

Landesgeschichte mit und ohne Land

West- und ostdeutsche Historische Kommissionen nach 1945

Herausgegeben von Mathias Beer

idgl

Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde | 27

Franz Steiner Verlag





Schriftenreihe des Instituts für
donauschwäbische Geschichte und Landeskunde

Band 27

Landesgeschichte mit und ohne Land

*West- und ostdeutsche Historische
Kommissionen nach 1945*

Herausgegeben von
Mathias Beer

Franz Steiner Verlag

Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung –
Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Umschlagabbildung:
Ausschnitt aus Matthäus Seutter: Belgrad oder Griechisch Weißenburg.
Augsburg um 1740. IdGL Kartensammlung 2.5.35

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
dnb.d-nb.de abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Mathias Beer 2023
Veröffentlicht im Franz Steiner Verlag, Stuttgart
www.steiner-verlag.de

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen
Layout und Herstellung durch den Verlag
Druck: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.
ISBN 978-3-515-13516-0 (Print)
ISBN 978-3-515-13523-8 (E-Book)
<https://doi.org/10.25162/9783515135238>

Inhalt

I. Einführung

MATHIAS BEER

Landesgeschichte mit und ohne Land. Historische Kommissionen nach 1945 9
Eine Einführung

CARL-HANS HAUPTMEYER

Landesgeschichte und Historische Kommissionen 15
Spezifische Zugänge zur regionalen Geschichte

II. Landesgeschichte mit Land

MAX PLASSMANN

Rheinland oder Rheinprovinz? 35
Die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde nach 1945

LIOBA KELLER-DRESCHER

Die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg 55
Oder: wie man aus drei eins macht

MARTIN GÖLLNITZ

Schleswig-Holstein – Land ohne Historische Kommission 75
Etablierungsversuche, Revierkämpfe, Deutungshoheiten

MATHIAS TULLNER

Neue Kommission im alten Gewand? 97
Die Neugründung der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt 1990

III. Landesgeschichte ohne Land

WOLFGANG KESSLER

Kontinuitäten und Neuanfänge 115
Die Ostdeutschen Historischen Kommissionen nach dem Zweiten Weltkrieg

MATTHIAS BARELKOWSKI/EIKE ECKERT

Vom „Deutschtum in Polen“ zur „multiregionalen Beziehungsgeschichte“ 143
Zur Entwicklung der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V.

NORBERT SPANNENBERGER

„Wissenschaftler und Praktiker“ über Zeiten hindurch 159
Fritz Valjavec und die Südostdeutsche Historische Kommission

DAVID FEEST

Von der Erlebnis- zur Erkenntnisgeneration? 183
Die Baltische Historische Kommission 2007 bis 2021

ROLAND GEHRKE

Historische Schlesienforschung jenseits von Schlesien 199
Wiedergründung, Arbeitsvorhaben und Positionierung der Historischen Kommission für Schlesien in der Bundesrepublik nach 1945

IV. Fazit

MATTHIAS THUMSER

Historische Kommission, quo vadis? 235
Bestandsaufnahme und Perspektiven

Literaturverzeichnis 249

Verzeichnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 279

Personenregister 281

Ortsregister 285

I.
Einführung

Landesgeschichte mit und ohne Land. Historische Kommissionen nach 1945 *Eine Einführung*

MATHIAS BEER

1. Historische Forschung und Landesgeschichte

Seit dem 19. Jahrhundert öffnete sich die Schere zwischen Wissenschaft und Laienforschung bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit immer stärker. Von der *Geschichtsschreibung*, verstanden als jedwede Darstellung von Ereignissen, Zuständen und Entwicklungen der Vergangenheit, löste sich in einem Prozess der Professionalisierung und der Verwissenschaftlichung die *Geschichtswissenschaft* heraus. Damit wurde die Grundlage für zwei verschiedene, bis in die Gegenwart bestehende, sich partiell überschneidende Zugänge zur Vergangenheit gelegt. Die Unterschiede zwischen ihnen wurden durch eine weitere Ausdifferenzierung innerhalb der Geschichtswissenschaft noch verstärkt. Neben der „großen“, im Wesentlichen national- und politikgeschichtlich ausgerichteten Geschichtswissenschaft entstand die Landesgeschichte, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts die akademischen Weihen erhielt.¹ Mit dieser Verwissenschaftlichung der Geschichtswissenschaft, ihrem Aufstieg zur „ersten Historie“, ging die Herausbildung einer „zweiten Historie“, der Heimatgeschichte einher, „der Liebhaber-Historie *nach* der Professionalisierung der Geschichtswissenschaft“².

- 1 Hirbodian, Sigrid u. a. (Hg.): Methoden und Wege der Landesgeschichte. Ostfildern 2015; Werner, Matthias: Zwischen politischer Begrenzung und methodischer Offenheit. Wege und Stationen deutscher Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert. In: Moraw, Peter / Schieffer, Rudolf (Hg.): Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert. Ostfildern 2005, 251–364; Buchholz, Werner (Hg.): Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven. Paderborn u. a. 1998; Schorn-Schütte, Luise: Territorialgeschichte Provinzialgeschichte – Landesgeschichte Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung. In: Jäger, Helmut u. a. (Hg.): Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift Heinz Stoob zum 65. Teil 1. Köln/Wien 1984, 390–416.
- 2 Kluebing, Harm: Rückwärtigkeit des Örtlichen – Individualisierung des Allgemeinen. Heimatgeschichtsschreibung (Historische Heimatkunde) als unprofessionelle Lokalgeschichtsschreibung neben der professionellen Geschichtswissenschaft. In: Kluebing, Edeltraud (Hg.): Antimodernis-

Die Unterschiede zwischen der ersten und zweiten Historie wurden durch eine weitere Ausdifferenzierung innerhalb der Geschichtswissenschaft noch verstärkt. Neben der „großen“, im Wesentlichen national- und politikgeschichtlich ausgerichteten Geschichtswissenschaft entstand im 19. Jahrhundert die Landesgeschichte, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre akademischen Weihen erhielt. Welches waren die wesentlichen Etappen dieses Prozesses?

Unter Verwendung des von Thomas Nipperdey geprägten Satzes „Am Anfang war Napoleon“ wird man, bezogen auf die landesgeschichtliche Forschung, zu Recht sagen können: Am Anfang war Karl Lamprecht (1856–1915). Mit ihm und seinem Forschungskonzept ist eine wichtige Etappe in der Etablierung der Landesgeschichte in Deutschland verbunden. Nach Lamprecht sollte die Geschichte der materiellen Kultur im Zusammenwirken aller historisch ausgerichteten Fächer in kleinen Räumen interdisziplinär und systematisch erforscht werden. Im Kern ging es ihm darum, im Lokalen das Universale zu erfassen.³

Als Folge des Lamprecht-Streits setzte sich dieser landesgeschichtliche Forschungsansatz nicht durch. Er und die mit ihm verbundenen Desiderata wurden, und damit ist eine zweite Etappe benannt, in den 1920er Jahren des letzten Jahrhunderts wieder aufgegriffen. Seine Ausformung erfuhr er in der „Geschichtlichen Landeskunde“. Diese sollte aber mit ihrem ethnozentrischen, auf das deutsche Volk und den deutschen Volksboden gerichteten volksgeschichtlichen Ansatz eine völlig andere als die von Lamprecht intendierte Richtung einschlagen. Für diese institutionell verankerte Richtung stehen das 1920 gegründete „Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ in Bonn, das 1928 gegründete „Provinzialinstitut für westfälische Lands- und Volkskunde“ in Münster sowie das „Institut für geschichtliche Siedlungs- und Heimatkunde der Alpenländer“ in Innsbruck (1923).

Mit der Geschichtlichen Landeskunde war einerseits eine methodische Innovation verbunden, auf die u. a. auch Luise Schorn-Schütte oder Willi Oberkrome⁴ hingewiesen haben. Andererseits war die Geschichtliche Landeskunde auch, um mit Winfried Schulze zu sprechen, ein „Kind der unbewältigten Niederlage von 1918“. Sie geriet damit nicht nur in das Fahrwasser der während der NS-Zeit ausgeprägten „kämpfenden Wissenschaft“, sondern sie war einer ihrer wesentlichen Akteure und das bis zur bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches 1945.

- mus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung. Darmstadt 1991, 50–89, Zitat, 71; Vgl. auch Beer, Mathias (Hg.): Das Heimatbuch. Geschichte, Methodik, Wirkung. Göttingen 2010.
- 3 Schorn-Schütte, Luise: Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik. Göttingen 1984; Middell, Matthias: Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfälschung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890–1990. 3 Bde. Leipzig 2005.
- 4 Oberkrome, Willi: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945. Göttingen 1993.

Landesgeschichtliche Forschung wurde aber nicht nur in der institutionalisierten Form der Geschichtlichen Landeskunde betrieben. Eine wichtige Klammerfunktion zwischen der ersten und zweiten Historie kommt den seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Historischen Kommissionen zu.⁵ In ihrer auf bestimmte politische Einheiten ausgerichtete Geschichtsschreibung der Territorien und Provinzen, also der Landesgeschichte, verbinden sie zwei zentrale Funktionen. Einerseits sind sie Träger und Förderer der Grundlagenforschung (Handbücher, Quelleneditionen). Andererseits liegen sie mit ihrem territorialen Zuschnitt an der Schnittstelle zwischen „kommunikativem Gedächtnis“ und „kulturellem Gedächtnis“. Die Wirkungsmächtigkeit der Historischen Kommissionen beruht demnach auf ihrer kollektiv-offiziellen Traditionspflege und ihrer wissenschaftlichen Vergangenheitskonstruktion. Sie überbrücken, um mit Winfried Speitkamp zu sprechen, „Grenzen, indem sie gesellschaftliche Antriebskräfte und Bedürfnisse in wissenschaftliche Forschung [übertragen] und wissenschaftliche Erkenntnisse wiederum in den öffentlichen Raum“⁶ zurücktransportieren. Vor diesem Hintergrund ist neben ihrer Rolle als Forschungseinrichtungen die wichtige identitätsstiftende Funktion zu sehen, die Historische Kommissionen erfüllen.

2. Landesgeschichte und Historische Kommissionen nach 1945

Historische Kommissionen stellen somit neben der universitären historischen Forschung, der Landesgeschichte und der Laienforschung eine spezifische Form der Auseinandersetzung mit und der Deutung der Vergangenheit einer räumlichen Einheit dar. Dabei dürfen die engen personellen Verflechtungen mit der universitären Landesgeschichte sowie den Archiven und Archivwissenschaften nicht übersehen werden.

Durch ihre enge Bindung an eine politische Einheit wird die Entwicklung der Historischen Kommissionen in hohem Maß durch veränderte Grenzziehungen bestimmt. Das zeigt sich deutlich an der tiefen Zäsur, die das Ende des Zweiten Weltkriegs für die Entwicklung der Historischen Kommissionen darstellt. Neue Grenzziehungen, vom Deutschen Reich abgetrennte Territorien, Bevölkerungsverschiebungen riesigen Ausmaßes, also die Flucht und Vertreibung von rund 12,5 Millionen Menschen aus den östlichen Gebieten des Reiches und aus einer Reihe von Ländern Ostmittel- und Südosteuropas,⁷ die Teilung in zwei deutsche Staaten und der von den Besatzungsmäch-

5 Thumser, Matthias: Historische Kommissionen – ihre Wurzeln, ihre Situation heute und die Zukunft der Baltischen Historischen Kommission. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 153 (2017), 369–385.

6 Speitkamp, Winfried: Forum. Grenzen der Landesgeschichte. Bemerkungen zu neuen Standortbestimmungen. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 51 (2001), 233–256.

7 Vgl. dazu Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011.

ten vorgenommene oder eingeleitete neue territoriale Zuschnitt der Länder – all das wirkte sich auf die Entwicklung der Historischen Kommissionen aus.

Einige der Historischen Kommissionen, wie die heute offiziell so bezeichneten Historischen Kommissionen des östlichen Europa, genannt seien stellvertretend jene für Schlesien und Pommern, verloren ihr Bezugsterritorium vollständig.⁸ Auf dem Gebiet der DDR brach die Entwicklung völlig ab. In Westdeutschland dagegen bewahrten einige der Historischen Kommissionen ihren territorialen Bezugsrahmen, wie z. B. der Fall Bayerns zeigt, oder sie erhielten durch den neuen Zuschnitt der Ländergrenzen veränderte Bezugsgrößen, wofür das Beispiel Baden-Württemberg⁹ steht.

Überblickt man die Verhältnisse nach 1945 zeichnen sich vier grundsätzliche Entwicklungen ab: Erstens, das Verschwinden der Historischen Kommissionen auf dem Gebiet der DDR. Zweitens, Kontinuität über die Stunde Null hinaus, wie z. B. im Falle Bayerns oder, in Grenzen, in Nordrhein-Westfalen, wo die vor 1945 bestehenden Strukturen erhalten blieben. Drittens, Kontinuität mit neuem Bezugsrahmen, wie z. B. im Falle der 1954 gegründeten Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, in der die Badische Historische Kommission, die Oberrheinische Historische Kommission und die Württembergische Kommission für Landesgeschichte aufgegangen sind; und viertens ein Kontinuitätsbruch, vor den die ostdeutschen Kommissionen gestellt wurden. In diesem Fall bildete die historische Tradition den Anknüpfungspunkt für Neugründungen unter völlig anderen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen in Westdeutschland. Diese knüpften, um das Beispiel der Historischen Kommission für Schlesien zu nennen, an die Geschichte vor 1945 an, oder, wie im Fall der Südostdeutschen Historischen Kommission, stellen sie Neugründungen dar, die sich in ihrer Organisationsform und Tätigkeit am Muster der bestehenden Historischen Kommissionen orientierten.

Die Geschichte der Historischen Kommissionen als eine spezifische Form der landesgeschichtlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist, bei allen regionalen Spezifika, nach 1945 auch eine Geschichte „ohne Land“. Landesgeschichtliche Forschung im Rahmen der Historischen Kommissionen konnte auch in Westdeutschland angesichts der Länderneugründungen nicht mehr im gleichen Territorium wie vor dem Zweiten Weltkrieg stattfinden. Der enge Bezug zwischen Forschung und Forschungsgegenstand ging verloren. Das gilt in noch viel höherem Maß für die in Westdeutschland neu entstehenden ostdeutschen Historischen Kommissionen: Abgeschnitten vom territorialen Bezugsrahmen und damit auch von den Archiven und der bis 1945 beste-

8 Weber, Matthias: Historische Kommissionen. In: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/historische-kommissionen/> (5.10.2022); Lemberg, Hans / Weczerka, Hugo (Red.): Die Arbeit des Forschungsverbundes Ostmitteleuropa in den Jahren 1990–1996. Historische Kommissionen. Marburg 1997.

9 Schaab, Meinrad (Hg.): Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit der Landesgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1995.

henden Forschungsinfrastruktur, wurde und wird in den ostdeutschen Historischen Kommissionen Landesgeschichte zu Territorien betrieben, die als Folge des Krieges verloren gegangen sind, also Landesgeschichte ohne Land.

3. Forschungsstand

Befragt man die Literatur, inwiefern die geschilderte Konstellation der landesgeschichtlichen Forschung im Rahmen der Historischen Kommissionen ihren Niederschlag in der Forschung zur Entwicklung der landesgeschichtlichen Forschung nach 1945 gefunden hat, so findet man kaum Antworten. Vier Hinweise sollen das untermauern.

1969 erfolgte eine umfassende Bestandsaufnahme der Landesgeschichte in der Bundesrepublik im Rahmen einer Tagung, die nicht zufällig im Bonner Institut für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande stattfand. Die Ergebnisse wurden in den Rheinischen Vierteljahrsblättern 34 (1970) veröffentlicht. Zu den Historischen Kommissionen im Allgemeinen und den ostdeutschen Historischen Kommissionen im Besonderen finden sich darin keine Beiträge. Angeregt von Werner Buchholz, Greifswald, erfolgte 1995, also nach der deutschen Wiedervereinigung, eine weitere Bestandsaufnahme der Landesgeschichte in Deutschland. Die Ergebnisse sind 1998 im Druck erschienen.¹⁰ Auch hier sucht man nach den Historischen Kommissionen in West oder Ost vergeblich. Der gleiche Befund gilt für die vom Lehrstuhl für Landesgeschichte der Universität Tübingen vorgenommene Bestandsaufnahme, die unter dem Titel „Methoden und Wege der Landesgeschichte“ 2013 erschienen ist.¹¹ Und auch das als Referenzpublikation erschienene „Handbuch Landesgeschichte“ hat an diesem Befund nichts Wesentliches geändert.¹² Aber nicht nur in der westdeutschen Landesgeschichte war die Geschichte der Historischen Kommissionen bisher kein Thema der Forschung. Das gilt auch für die Geschichte der ostdeutschen Historischen Kommissionen nach 1945.

4. Desiderata der Forschung

Angesichts des herausgehobenen Stellenwerts von Historischen Kommissionen einerseits im Rahmen der landesgeschichtlichen Forschung und andererseits der wichtigen identitätsstiftenden Funktion, die ihrer Forschung für Länder, Regionen und Landschaften beigemessen wird, ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Historischen Kommissionen nach 1945 geboten. Hier setzt der vorliegende

10 Buchholz (Hg.), Landesgeschichte in Deutschland.

11 Hirbodian u. a. (Hg.), Methoden und Wege der Landesgeschichte.

12 Freitag, Werner u. a. (Hg.), Handbuch Landesgeschichte. Berlin 2018.

Band an, für den eine Tagung in Tübingen den Ausgangspunkt bildete, das Thema zu vertiefen. Er fragt in zwölf Beiträgen, wie sich die Zäsur von 1945 auf die Zielsetzung, die Arbeit, das Selbstverständnis und die Wirkung der Historischen Kommissionen ausgewirkt hat. Zudem gilt es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Historischen Kommissionen in Westdeutschland und den ostdeutschen Historischen Kommissionen herauszuarbeiten, also wie Landesgeschichte in ihrer institutionellen Ausprägung als Kommission mit und ohne Land betrieben wurde und wird. Neben dem Forschungsdefizit bezogen auf die Tätigkeit und das Wirken der Historischen Kommissionen nach 1945 greift die Tagung mit dem Zusammenführen und dem Vergleich von west- und ostdeutschen Historischen Kommissionen ein weiteres Defizit der Forschung auf. Bei alledem werden zentrale Funktionen von Historischen Kommissionen in den Blick genommen – neben der Grundlagenforschung auch ihre Identitätsstiftung, auf die auch die Tätigkeit der Kommissionen ohne Land, also der ostdeutschen Historischen Kommissionen ausgerichtet ist. Mit deren finanziellen Förderung zielt der Bund auf die Bewahrung des ostdeutschen kulturellen Erbes und damit auf dessen Verankerung in der gesamten deutschen Geschichte und im kulturellen Gedächtnis der Nation.

Der Band ist in vier Teile strukturiert. Zunächst führt dieser einleitende Beitrag in das Thema ein, und Carl-Hans *Hauptmeyer* fragt nach dem spezifischen Zugang der Historischen Kommissionen zur regionalen Geschichte. Der zweite Teil vereinigt vier Beiträge. Es handelt sich um Fallstudien von Max *Plassmann* zur Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, zur Entstehung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg von Lioba *Keller-Drescher*, zu Schleswig-Holstein, einem Land ohne Historische Kommission, von Martin *Göllnitz* und schließlich zur Neugründung der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt nach 1990 von Matthias *Tullner*. Der dritte Teil umfasst fünf Beiträge, in deren Mittelpunkt einige der nach 1945 in der Bundesrepublik wiederentstandenen ostdeutschen Historischen Kommissionen stehen. Wolfgang *Kessler* gibt zunächst einen Überblick zu Kontinuitäten und Neuanfängen dieser Kommission. Es folgen dann Fallstudien zu vier Kommissionen: Matthias *Barelkowski* und Eike *Eckert* gehen auf die Kommission für Geschichte der Deutschen in Polen ein, Nobert *Spannenberger* widmet sich dem Gründungsvater der Südostdeutschen Historischen Kommission, heute Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa, David *Feest* verfolgt die Geschichte der Baltischen Historischen Kommission, und die Historische Kommission für Schlesien jenseits von Schlesien hat Roland *Gehrke* im Blick. Der Band wird von Matthias *Thumser* abgeschlossen, der, die Beiträge des Bandes aufgreifend, nach Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Historischen Kommissionen fragt.

Wenn der Band plausibel machen kann, dass die Geschichte der Historischen Kommissionen nach 1945 ein Desiderat der Forschung ist, Ansätze liefert, um die unübersehbare Forschungslücke zu füllen und damit Grundlagen für das künftige Vermessen und Beackern des Forschungsfeldes Historische Kommissionen liefert, hat er wesentliche seiner Ziele erreicht.

Landesgeschichte und Historische Kommissionen

Spezifische Zugänge zur regionalen Geschichte

CARL-HANS HAUPTMEYER

1. Historische Kommissionen und Geschichtswissenschaft

Historische Kommission ist ein gängiger Begriff für Zusammenschlüsse von Fachleuten zur Erforschung bestimmter historischer Themen und der Verbreitung geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisse.¹ Ist das Arbeitsgebiet einer Kommission ein historischer Raum, so bestehen im heutigen Deutschland Kommissionen zumeist auf Landesebene, bisweilen auch für kleinere räumliche Einheiten. Die Arbeitsgebiete reichen von der Vor- und Frühgeschichte bis zur Zeitgeschichte. Für die ehemaligen deutschen Ostgebiete oder die einst mehrheitlich von Deutschen besiedelten Gebiete Osteuropas konzentrierte sich die historische Betrachtung lange auf die historischen Phasen bis zu Flucht, Vertreibung oder Aussiedlung. Erst in jüngster Zeit werden mit Blick auf die Gegenwartsgeschichte die länderübergreifenden wissenschaftlichen Kontakte ausgebaut.

Zumeist ihrerseits als eingetragene Vereine organisiert, sind Historische Kommissionen nicht immer trennscharf von Geschichtsvereinen zu unterscheiden. In der Mehrheit wurden die Historischen Kommissionen im 20. Jahrhundert gegründet, sie alle gehen aber auf die seit dem 19. Jahrhundert gedeihende bürgerliche Geschichtsbewegung zurück. Objekt der Historischen Kommissionen ist die Landesgeschichte. Der Begriff Land als politische Einheit besitzt für die faktisch erforschten Themen der kleinräumig orientierten Geschichte eine abnehmende Bedeutung und wird mittlerweile häufig durch Region ersetzt. Die Einflüsse überregionaler und die Geschichtswissenschaft grundsätzlich prägender Tendenzen waren und sind groß. Daher sind die wesentlichen Perspektiven der Betrachtung kleinerer historischer Räume im deutschsprachigen Raum, insbesondere nach Ende des Zweiten Weltkrieges, und neue Kon-

1 Generell über Historikerkommissionen: Cornelißen, Christoph / Pezzino Paolo (Hg.): Historikerkommissionen und historische Konfliktbewältigung. München 2018.

stellationen ab ca. 1989 ebenso zu erörtern, wie veränderte Chancen von Regionalität im Rahmen der Globalisierung und mögliche zukünftige Untersuchungsvarianten der kleinräumigen Geschichtsbetrachtung samt hierzu gehörenden organisatorischen Formen.

Was will Geschichtswissenschaft dabei leisten, und was kann sie generell leisten? Geschichtsstudierenden im ersten Semester führt man an die Leitfragen heran, also an das „Wer, Wie, Was, – Wieso, Weshalb, Warum.“ Allerdings fehlt dabei das so wichtige „Wo“, das zwingend zu ergänzen ist. Für eine historische Untersuchung ist jedoch die Reihenfolge zu ändern. Zunächst geht es um das ‚Was‘ (das Sujet, die historischen Ereignisse). Dann folgen das ‚Wo‘ (Verortung), das ‚Wer‘ (aktive Menschen oder Gesellschaften), das ‚Wie‘ (Handlungsweisen). Dem folgen das ‚Weshalb‘ (Ursachen), das ‚Warum‘ (Gründe) und am Ende steht das ‚Wieso‘ (Methoden und Theorien). Streng genommen schließt sich damit ein Kreis, denn die Auswahl von Methoden und von – bisweilen unausgesprochen – zugrunde gelegter Theorien prägt die Ausrichtung der Anfangsfragen mit; denn ohne eine Vorabreflektion der – ggf. gar außerwissenschaftlichen – Vorannahmen und der alle Fragen begleitenden sachgerechten Methodenauswahl bliebe die historische Untersuchung beliebig und damit im wissenschaftlichen Sinne unzureichend.

Geschichtswissenschaft will menschliches Handeln, Verhalten und Denken unter sich verändernden zeitlichen, natürlichen und sozialen Bedingungen erkunden und erklären. Historisches Wissen befähigt dazu, die unendliche Vielfalt der Informationen über menschliches Leben, Handeln und Denken zu ordnen und es mit Hilfe kritisch überprüfbarer Leitkategorien dem Verstehen des aktuell Geschehenden zu öffnen und vielleicht gar Zukunftsvarianten vorstellbar zu machen. Historiker treten mit bestimmten Fragestellungen an Überlieferungen früherer Menschen und menschlicher Gesellschaften heran. Historiker entwickeln wissenschaftliche Methoden zur Analyse dieser Materialien und interpretieren die Analyse mit ihren zeitgenössisch geltenden Maßstäben. Die Synthese kann zu Vergleichen, zur Herausbildung historischer Strukturen oder Typen führen. Die Geschichte umschließt die bisherige Erfahrung der Menschen. Diese lautet vorrangig ‚Wandel‘, und dieser vollzieht sich derzeit nach dem Eindruck vieler Menschen sehr schnell. Heimat und Identität werden gesucht. Historisierung heißt dabei Rationalisierung.

In diesem Kontext sollen zunächst einige Leitlinien der kleinräumig orientierten Geschichtsforschung in Mitteleuropa vorgestellt werden, sodann folgt ein knapper Überblick zu den Historischen Kommissionen. In der Zusammenfassung sollen aktuelle Herausforderungen benannt und mögliche Zukunftsfragen gestellt werden.

2. Leitlinien der kleinräumig orientierten Geschichtsforschung in Mitteleuropa

Historische Darstellungen gibt es seit langem, beginnend mit mündlichen Überlieferungen zur Tradition einzelner Kulturen.² Auch die Genesis der Heiligen Schrift liest sich wie eine Reihe historischer Ereignisse. In den frühen, schriftliche Überlieferungen kennenden Kulturen wird immer wieder auf deren Ursprung rekurriert, oft ausgebaut zu Stammeslegenden. Historische Erfahrungen werden dabei durchaus verarbeitet, so in Homers epischen Gesängen. Herodot, Thukydides und viele antike Autoren mehr stellen zwar historische Ereignisse dar, sie verfolgen aber in durchaus hoher künstlerischer Form bestimmte Wirkungsabsichten und nutzen somit die Quellen interessengebunden. Im Mittelalter entstanden zahlreiche Chroniken, Annalen oder Biographien. So manches Adelsgeschlecht des Mittelalters sah seine Vorfahren in der Antike. Gerade um Rechtsansprüche über Land und Leute zu rechtfertigen, wurde in Mittelalter und früher Neuzeit zunehmend historisch argumentiert, und man zog ältere schriftliche Zeugnisse als Belege heran, doch herrschte die Zweckbindung vor. Mit zunehmender naturwissenschaftlicher Erkenntnis gerieten allerdings biblisch fundierte und religiös abgesicherte Erkenntnisse ins Wanken.

Für die dokumentenkritische Geschichtsforschung wird vielleicht die Bedeutung von Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) zu wenig beachtet,³ weil er letztlich Geschichte im Kontext göttlicher Vorsehung sah. 1685 begann er eine Geschichte des Welfenhauses zu schreiben. Das Werk als solches wurde zwar nicht abgeschlossen, aber Leibniz forschte gewissenhaft in diversen Archiven und untersuchte kritisch die historischen Quellen, auf deren Edition bis heute zurückgegriffen werden kann.⁴ Bei Leibniz blitzt meines Erachtens erstmalig auf, was Geschichtswissenschaft bis heute auszeichnet: Erfassung und Erklärung der aktuellen Situation mit historischen Methoden, Vergangenheit erforschen, Gegenwart erklären, Zukunft vorstellbar machen, Schaffung von Konzepten gemäß historischer Vorüberlegungen.

Verfeinert wurde die Geschichtsbetrachtung während der Zeit der Aufklärung durch die von Rationalität gesteuerte Auswahl und Interpretation der Quellen, so dass ein zureichendes kritisches Potenzial bereitstand, als sich seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts ein verbreitetes historisches Interesse abzeichnete. Dieses war in Deutschland nicht zuletzt gespeist von der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, der napoleonischen Herrschaft und den damit verbundenen

- 2 Aus der Fülle der zum Nachfolgenden vorliegenden allgemeinen Literatur und gut recherchierter Internetseiten (so auch https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Geschichtsschreibung) ist als erweiternde Anregung für den regionalgeschichtlichen Gebrauch nützlich Völkel, Markus: *Geschichtsschreibung. Eine Einführung in globaler Perspektive*. Stuttgart 2006.
- 3 Siehe aber bereits Conze, Werner: *Leibniz als Historiker*. Berlin 1951; Gädeke, Nora (Hg.) *Leibniz als Sammler und Herausgeber historischer Quellen (Wolfenbütteler Forschungen 129)*. Wiesbaden 2012.
- 4 *Origines Guelficae [...]* Bd. 1. Hrsg. von Christian Ludwig Scheidt. Hannover 1750.

historischen Verlusterfahrungen. Die bürgerliche Geschichtsbewegung nach den ‚Befreiungskriegen‘ suchte im mittelalterlichen Reich oder in der mittelalterlichen Stadt historische Anhaltspunkte für die Gegenwart. Karl Freiherr vom Stein begründete 1819 die *Monumenta Germaniae Historica* (MGH) als die alsbald größte Bedeutung gewinnende wissenschaftlich bearbeitete Editionsreihe historischer Dokumente zur deutschen Geschichte des Mittelalters.

Der Historismus⁵ oder die Beteiligung von Historikern an der demokratischen und an der deutschen nationalen Geschichte kann hier nicht Thema sein, wohl aber das Sammeln historischer regionaler Dokumente, der so genannten vaterländischen Altertümer, aus denen Quelleneditionen, insbesondere Urkundenbücher, erwuchsen. Hierzu wurden die ersten regionalen Geschichtsvereine gegründet, so beispielsweise 1812 der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, 1833 die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte oder 1835 der Historische Verein für Niedersachsen. Der 1852 gegründete Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine bündelt bis heute die Aktivitäten der regionalen Geschichtsvereine – sowie der hier im Weiteren genauer zu betrachtenden Historischen Kommissionen – und gibt die Blätter für Deutsche Landesgeschichte heraus.⁶

Im Hinblick auf die heutige breite Landes- und regionalgeschichtliche Forschung sind immer wieder die Anregungen zu beachten, die Karl Lamprecht (1856–1915) gab.⁷ Ausgehend von der Nationalökonomie wandte er sich der Wirtschaftsgeschichte zu und gründete mit einem Industriellen die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde.⁸ Lamprecht arbeitete u. a. im Editionsprojekt der Deutschen Städtechroniken, gründete 1898 in Leipzig mit dem Geographen Friedrich Ratzel (1844–1904) das historisch-geographische Seminar und regte die Einrichtung des Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde an, das Rudolf Kötzschke (1867–1949) sodann leitete. Mit der Betonung der materiellen Faktoren und des Gruppenhandelns in der Geschichte, ja der Kulturgeschichte generell, stellte er dem Motiv, wie Geschichte eigentlich gewesen sei, das Prinzip, wie sie geworden ist, gegenüber. Er wandte sich von der Idee ab, dass bedeutende Persönlichkeiten primär geschichtsprägend seien, und stellte die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Umgebung dagegen. Im sogenannten Methodenstreit war Lamprecht zwar der Unterlegene, doch wurde seine Kulturgeschichtskonzeption langfristig positiv aufgenommen und übte Einfluss auf die strukturgegeschichtliche Schule der Annales in Frankreich aus, die wiederum

5 Weiterhin grundlegend Iggers, Georg G.: Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart. Köln u. a. 31997.

6 [Http://www.gesamtverein.de/startseite.html](http://www.gesamtverein.de/startseite.html) (18.12.2021).

7 Schorn-Schütte, Luise: Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik. Göttingen 1984.

8 Vgl. dazu den Beitrag von Max Plassmann im vorliegenden Band.

große Bedeutung für die Entstehung der Regionalgeschichte in Deutschland im Lauf der 1970er Jahre erhielt. Lamprecht war seiner Zeit voraus.

Zunächst etablierte sich die kleinräumig orientierte Geschichtsforschung um die Vergesellschaftungsformen der Historischen Vereine und Kommissionen, und dies in enger Kooperation mit den für historische Territorien zuständigen Archiven. Sie konzentrierte sich um Professuren, die sich der Geschichte deutscher Länder widmeten, oft fixiert an territorialen Grenzen der nachnapoleonischen Zeit oder – im großen Staat Preußen – der dortigen Provinzen. Zum Leitbegriff avancierte die Landesgeschichte inhaltlich zumeist gefüllt mit Politik und Verwaltung, seltener mit Wirtschaft und Kultur.⁹ Territorien entstanden aber erst im Spätmittelalter und deren Abgrenzungen änderten sich. Wenn der Terminus Landesgeschichte zu sehr auf politische Einheiten zu verweisen schien, bot der Begriff geschichtliche Landeskunde, speziell im rheinischen Raum, seit den 1920 Jahren auch Kulturraumforschung, eine größere Offenheit.¹⁰

Ende der 1970er Jahre begann eine Diskussion, wie vermeintlich konservative Landesgeschichte und angeblich fortschrittliche Regionalgeschichte zueinander standen. Vergleichbar mit anderen Wissenschaftszweigen hatte in der Landesgeschichte kein Widerstandsgeist gegen den Nationalsozialismus vorgeherrscht und nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zunächst keinen thematischen oder methodischen Bruch.¹¹ In theorieorientierten Beiträgen wird stets wiederholt, dass erst im Gefolge der gesellschaftspolitischen Anstöße der 1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland die dominierende politisch- und ereignisorientierte Geschichte fragwürdig geworden war. Die Geschichtswissenschaft öffnete sich gegenüber den Sozialwissenschaften.¹² Die neue Betrachtungsweise war makroskopisch; sie war an der Gesellschaft als einem Ganzen selbst dann interessiert, wenn nur eine soziale Gruppe untersucht wurde.¹³ Als Folge der Theoriedebatten änderten sich die vorherrschenden Erkenntnisziele der allgemeinen Geschichte. Kategorien wie Konflikt, Herrschaft, Interesse oder Emanzipation rückten in den Mittelpunkt; das Schwergewicht historischer Forschung

9 Vgl. Fried, Pankraz (Hg.): Probleme und Methoden der Landesgeschichte. Darmstadt 1978; Patze, Hans: Landesgeschichte. In: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland 1980, 15–40; 1981, 11–33.

10 Irsigler, Franz: Vergleichende Landesgeschichte. In: Hauptmeyer, Carl-Hans (Hg.): Landesgeschichte heute. Göttingen 1987, 35–54.

11 Schmidt, Heinrich: Heimat und Geschichte. Zum Verhältnis von Heimatbewußtsein und Geschichtsforschung. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 39 (1967), 1–44.

12 Iggers, Georg G.: Neue Geschichtswissenschaft. Vom Historismus zur historischen Sozialwissenschaft. Ein internationaler Vergleich. München 1978, 97–156.

13 Zum Nachfolgenden vgl. Hauptmeyer, Carl-Hans: Wozu heute Regionalgeschichte? In: Aufgebauer, Peter / van den Heuvel, Christine (Hg.): Herrschaftspraxis und soziale Ordnung im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Ernst Schubert zum Gedenken (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 232). Hannover 2006, 555–568.

verlagerte sich auf die neue und neueste Zeit. Bald zeigte sich jedoch ein Mangel an Detaildaten, die nur aus dem regionalspezifischen Zusammenhang zu gewinnen waren. So gewann die Regionalgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland neben der Landesgeschichte allmählich an Bedeutung. Die Ergebnisse der strukturgeschichtlich orientierten Regionalstudien produzierten neue Fragen, z. B. die nach der Mentalität sozialer Gruppen, nach dem Alltagsleben der Menschen, nach dem Geschlecht als historischer Kategorie, nach dem Verhalten der Menschen in ihrer Umwelt sowie nach dem identitätsstiftenden Wert der Geschichte für das einzelne Leben.

Die sozialwissenschaftliche Wendung der Geschichtswissenschaft half, den Alltag der Menschen einst, ihre Lebenswelt und das individuelle Schicksal der einzelnen Frau oder des einzelnen Mannes wirkungsbezogen zu betrachten. In den 1990er Jahren begann eine lebhaftige ‚Mikro-Makro-Debatte‘. Traditionelle hermeneutische Methoden der Quellenforschung wurden um teilnehmende Beobachtung oder so genannte dichte Beschreibung erweitert und mit sozialwissenschaftlich-statistischen Methoden kombiniert. Allgemeine historische Strukturen konnten auf diese Weise mit lokal- oder regionalgebundenen alltäglichen Verhaltensformen, Denk- und Handlungsmustern verbunden werden.

Region ist in diesem Kontext eine durch die Benennung von qualitativen Kriterien unabdingbare Untersuchungseinheit für das Verständnis langwährender sozialer Verhaltenstrends. Sie ist eine flexible, aber nicht beliebige Struktur der mittleren Ebene, die es je nach Untersuchungsinteresse ermöglicht, zwischen der Mikroebene und der nationalen bis globalen Makroebene sinnvolle Untersuchungsfelder festzulegen. In jüngerer Zeit bringen der sogenannte ‚Spatial Turn‘¹⁴ – aber auch die historische Anthropologie – neue Anregungen in die kleinräumig orientierte Geschichtsforschung. Dadurch finden in den Jahrzehnten zuvor wenig beachtete, dem Fach Geographie zugeordnete Phänomene neue Beachtung, aber auch das individuelle Dasein und die Handlungspraxis in ihren raumbezogenen Besonderheiten.

Dieser kursorische Überblick zeigt, dass es innerhalb der kleinräumig orientierten Geschichtsforschung heute eine große Theorieoffenheit, eine weite Methodenvielfalt und kaum ‚ideologische‘ Barrieren zwischen den verschiedenen Zugangsweisen und Interpretationsvarianten gibt.¹⁵ Umso interessanter ist die Frage, wo Historische Kommissionen heute stehen und wie sie sich mit ihrem Sujet, ‚dem Land‘, thematisch verorten.

14 Ganz wesentlich Schlögel, Karl: Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. München u. a. 2003.

15 Vgl. dazu bereits die Beiträge im Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21 (1997/1998).

3. Ein Überblick zu Historischen Kommissionen

Fragt man danach, wie die Ausformung der Historischen Kommissionen und ihre Entwicklung nach 1945 erfolgten, werden drei grundsätzliche Entwicklungen sichtbar: Erstens, Kontinuität über die so genannte *Stunde Null* hinaus, wie z. B. im Falle Bayerns; zweitens, Kontinuität mit neuem Bezugsrahmen, wie z. B. im Falle der 1954 gegründeten Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg¹⁶; und drittens, Kontinuitätsbruch, vor den die ostdeutschen Kommissionen gestellt wurden. In deren Fall bildete die historische Tradition den Anknüpfungspunkt für Neugründungen unter völlig anderen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen als in Westdeutschland.¹⁷

Diese drei Varianten zureichend zu beschreiben verlangt, die Entstehungs- und Entwicklungsmuster Historischer Kommissionen zu betrachten. Voraussetzung hierzu ist zu skizzieren, was Historische Kommissionen von anderen Einrichtungen, die sich kleinräumiger historischer Einheiten widmen, unterscheidet. Daher gehören zum hier dargestellten Thema der Historischen Kommissionen jene Kommissionen nicht, die sich mit allgemeinen historischen Fragen beschäftigen oder aber spezielle, nicht primär raumbezogene Forschungsangelegenheiten behandeln: also nicht die sich generellen historischen Problemen widmende Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften oder die speziell politikrelevante Fragen erörternde Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand.

Schwieriger ist es, trennscharf zwischen Historischen Kommissionen und Geschichtsvereinen zu unterscheiden. Geschichtsvereine geben oft, ebenso wie Historische Kommissionen, Publikationsreihen oder wissenschaftliche Zeitschriften heraus, organisieren Tagungen oder Vortragsreihen. Der größte Unterschied besteht darin, dass den Geschichtsvereinen Personen frei beitreten können, während Historische Kommissionen engere Auswahlprinzipien anwenden, mit denen sie die Mitgliedschaft steuern. Vereinfacht: der Professionalisierungsgrad in den Historischen Kommissionen ist höher.

Landschaftsverbände, das sei ergänzt, sind kaum verwandt mit Historischen Kommissionen. In Nordrhein-Westfalen nehmen Landschaftsverbände weitgehende überörtliche, quasi halbstaatlich-hoheitliche Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich wahr, auch zur Geschichte. Speziell für Westfalen gibt es eine Historische Kommission als Gremium des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. In Niedersachsen ist der Aufgabenbereich der einzelnen Landschaften und Landschaftsverbände differenzier-

16 Vgl. dazu den Beitrag von Lioba Keller-Drescher im vorliegenden Band.

17 Eine Gesamtübersicht fehlt. Wichtige Aspekte wurden behandelt u. a. von Neitmann, Klaus: Land und Landeshistoriographie. Beiträge zur Geschichte der brandenburgisch-preußischen und deutschen Landesgeschichtsforschung. Berlin/Boston 2015.

ter und weniger umfassend, dafür werden partiell Aufgaben übernommen, die auch zum Tätigkeitsfeld von Heimat- oder Geschichtsvereinen gehören.

Einzelne Historische Kommissionen werden im vorliegenden Band vorgestellt und individuell charakterisiert bzw. typisiert.¹⁸ Sie lassen sich sechs Gruppen zuordnen. Bei deren näheren Betrachtung wird stets der aktuelle Name der jeweiligen Kommission verwendet, kurzzeitig bestehende Einrichtungen werden nicht gesondert genannt.

3.1 Traditionelle Historische Kommissionen für ein Bundesland in Gänze

Auf den ersten Blick mögen in der Bundesrepublik Deutschland, einem in Bundesländer gegliederten Staat, solche Historischen Kommissionen als die vorherrschenden erscheinen. Auf Grund der wechselvollen Territorialgeschichten in Mitteleuropa sind sie es aber nicht. Im engeren Sinne kommen nur die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen sowie die Kommission für Bayerische Landesgeschichte in Frage.

Für Bayern ließe sich wegen der seit Beginn des 19. Jahrhunderts kontinuierlichen Landesgrenzen am ehesten eine alte Historische Kommission erwarten. Hier allerdings standen in der frühen Entwicklung der Geschichtswissenschaft die allgemeinen historischen Fragen im Mittelpunkt, als 1858 auf Initiative Leopold von Ranke (1795–1886) die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gegründet wurde. Erst 1927 folgte die speziell für das Land Bayern zuständige Historische Kommission, die seither im Wesentlichen aus Hochschullehrern der Lehrstühle für Bayerische Landesgeschichte, Leitern der staatlichen Archive und weiterer Forschungseinrichtungen zusammengesetzt ist.¹⁹

Die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen, deren Gründung 1910 auf das Betreiben von Karl Brandt (1868–1946) zurückgeht, umfasst zwar ein Bundesland, dieses gab es aber erst seit 1946.²⁰ Der Niedersachsenbegriff hatte sich, ohne klare Grenzbenennungen, bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts zunehmend durchgesetzt, wann immer es für das territorial vielgliedrige Gebiet zwischen Nordsee und Harz einer übergreifenden Bezeichnung bedurfte, einschließlich Bremen.

18 Die speziellen Literaturhinweise sind den nachfolgenden einzelnen Aufsätzen zu entnehmen sowie der diesem Band beigelegten Literaturliste. Eine erste, auf die jeweiligen Historischen Kommissionen verweisende Gesamtschau bietet: https://de.wikipedia.org/wiki/Historische_Kommission (18.12.2021). Die Historischen Kommissionen besitzen mittlerweile allesamt sehr aussagefähige Internetseiten.

19 Volkert, Wilhelm: Die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften. In: Ders. / Ziegler, Walter (Hg.): Im Dienst der bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte, 50 Jahre Institut für Bayerische Geschichte (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 111). München 1999, 21–103.

20 von Reeken, Dietmar: „... gebildet zur Pflege der landesgeschichtlichen Forschung“. 100 Jahre Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen 1910–2010. Hannover 2010.

3.2 Kommissionen in Bundesländern mit diversen Vorgängereinrichtungen

Hierzu gibt es ebenfalls zwei Beispiele, nämlich Baden-Württemberg und Hessen. Die Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg²¹ entstand 1954 als Nachfolgerin von zwei älteren Einrichtungen: Badische Historische Kommission (ab 1883, ab 1941 Oberrheinische Historische Kommission) und Württembergische Kommission für Landesgeschichte (ab 1891). In Hessen hingegen²² blieben die älteren Historischen Kommissionen bestehen: die Historische Kommission für Nassau, eng verbunden mit dem Staatsarchiv in Wiesbaden (ab 1897), die Historische Kommission für Hessen, eng verbunden mit dem Staatsarchiv in Marburg (ab 1897), die Frankfurter Historische Kommission (ab 1906) und die Hessische Historische Kommission Darmstadt (ab 1908). In der Arbeitsgemeinschaft der Historischen Kommissionen des Landes Hessen (seit 1920) sowie gemeinsam mit dem Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde arbeiten sie aber eng zusammen und geben das Hessische Jahrbuch heraus.

3.3 Raum Berlin

Historische Kommissionen für Berlin und Brandenburg, ja für Preußen haben eine wechselvolle und sich vielfach überschneidende Geschichte. Die Historische Kommission zu Berlin,²³ deren Ursprung auf das Jahr 1925 zurückgeht, hat wie viele andere Historische Kommissionen einen Vorläufer in einem Historischen Verein, hier dem Märkischen Geschichtsverein. Sie spaltete sich 1939 zwischen Berlin und Brandenburg auf und wurde 1959, angelehnt an die Freie Universität (Friedrich-Meinecke-Institut), neu gegründet. Die weitere Geschichte ist wechselvoll zwischen Internationalisierung und finanziellem Niedergang sowie Konsolidierung in den Jahren nach 2000. Einzelne Sektionen untersuchen Themen der berliner, der brandenburgischen und der preußischen Geschichte. In Verbindung mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und dem Geheimen Staatsarchiv wurde 1977 in Berlin die Preußische Historische Kommission

21 Schaab, Meinrad: Die südwestdeutsche Landesgeschichte seit 1918 im Spannungsfeld zwischen staatlicher Förderung, Zeitströmungen und wissenschaftlicher Unabhängigkeit. In: Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit der Landesgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1995, 1–127. Vgl. dazu auch den Beitrag von Lioba Keller-Drescher im vorliegenden Band.

22 Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 50 (2000): 50 Jahre Landesgeschichtsforschung in Hessen.

23 Ribbe, Wolfgang (Hg.): Die Historische Kommission zu Berlin. Forschungen und Publikationen zur Geschichte von Berlin-Brandenburg und Brandenburg-Preußen. Berlin 2000.

eingerrichtet.²⁴ Sie widmet sich zwar der Preußischen Geschichte, behandelt dabei allerdings zwangsläufig auch Themen der Geschichte Brandenburgs und Berlins. Die Brandenburgische Historische Kommission untersucht speziell die brandenburgische Geschichte.²⁵ Sie wurde 1996 als jüngste Historische Kommission eines Bundeslandes in Anlehnung an Einrichtungen in der Landeshauptstadt Potsdam gegründet.

3.4 Neue Bundesländer

Nach dem deutsch-französischen Saarvertrag 1956 wurde das autonome, aber starkem französischen Einfluss unterliegende Saarland am 1. Januar 1957 als 10. Bundesland der Bundesrepublik angeschlossen, und 33 Jahre später gab es mit dem am 3. Oktober 1990 vollzogenen Einigungsvertrag durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit Mecklenburg, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sechs neue Bundesländer.

Die wechselvolle Geschichte des in sich territorial fein gegliederten Saarlandes kannte keine ältere Historische Kommission. Die Kommission für Saarländische Landesgeschichte entstand erst 1951 als staatliche Einrichtung und erhielt 1960 die für Historische Kommissionen vorherrschende Form des eingetragenen Vereins.²⁶

Auf die Historischen Kommissionen in Berlin und Brandenburg wurde bereits verwiesen. In der DDR hatten Historische Kommissionen für die 1952 aufgelösten Länder nicht fortbestanden. Eine gewisse Ausnahme stellt die Historische Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften dar, wurde diese Akademie doch bereits 1846 gegründet und in der DDR fortgeführt.²⁷ Mit der Überleitung der Akademie 1994 in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die Historische Kommission also kein eingetragener Verein, agiert aber bei der Erforschung und wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte Sachsens und seiner Nachbarländer ähnlich die anderen übrigen Historischen Kommissionen.

24 Kloosterhuis, Jürgen (Hg.): Archivarbeit für Preußen. Symposium der Preußischen Historischen Kommission und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz aus Anlass der 400. Wiederkehr der Begründung seiner archivischen Tradition (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Arbeitsberichte 2). Berlin 2000.

25 Siehe <http://www.brhiko.de/> (12.10.2021).

26 Kasten, Brigitte (Hg.): Historische Blicke auf das Land an der Saar. 60 Jahre Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 45). Saarbrücken 2012.

27 Paul, Saskia: „Stark sein im Geiste, klar in der Welt, fest im Dienste an unserem Volk“. Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von ihrer Reorganisation bis zur Akademiereform (1945–1974). Stuttgart, Leipzig 2015; Siehe des Weiteren <https://www.saw-leipzig.de/de/ueber-die-akademie/kommissionen/historische-kommission> (18.11.2021).

1990 wurde in Sachsen-Anhalt eine Historische Kommission gegründet. Sie hatte eine auf das Jahr 1876 zurückgehende Vorläuferorganisation.²⁸ Ebenfalls 1990 entstand die Historische Kommission für Mecklenburg.²⁹ Auch sie kannte eine Vorgängerinstitution, hier aus dem Jahr 1928. 1991 folgte die die Historische Kommission für Thüringen.³⁰

3.5 Ehemalige deutsche Ostgebiete und Ostmitteleuropa³¹

Für die ‚Kommissionen ohne Land‘, also denjenigen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und in Ostmitteleuropa, spielte das Herder-Institut in Marburg in der ersten Hälfte der 1950er Jahre eine zentrale Rolle.

In Königsberg wurde 1923 eine Historische Kommission für Ost- und Westpreussische Landesforschung gegründet, die in Kooperation mit dem Herder-Institut ab 1950 fortgeführt wurde. Die Historische Kommission für Pommern geht auf das Jahr 1910/11 zurück und wurde 1951 wieder eingerichtet. Sie ist weiterhin – unabhängig von der Historischen Kommission für Mecklenburg – auch für Vorpommern tätig. Im selben Jahr wurde auch die Historische Kommission für Schlesien von 1921 fortgeführt,³² die ab 1934 unter Hermann Aubin ganz speziell im NS-Sinne ausgerichtet worden war. Die Baltische Historische Kommission wurde 1951 von sich in Göttingen versammelnden baltischen Historikern neu gegründet.³³ Die Historische Kommission für die böhmischen Länder³⁴ entstand 1954 nicht nur in Verbindung mit dem Herder-Institut Marburg, sondern auch dem Collegium Carolinum in München. 1957 begann die Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa ihre Arbeit.³⁵

Alle diese Einrichtungen standen anfangs unter starkem Einfluss der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflohenen Historiker. Manche historischen Quellen wurden vernichtet, andere wurden erst in jüngerer Zeit wieder zugänglich, teils aber konnten komplette Archivbestände nach Westdeutschland transloziert werden. Insbesondere seit den 1970er Jahren verdichteten sich die Kontakte zwischen den im Westen forschenden Wissenschaftlern und ihren Kollegen in den Gebieten, die nunmehr zu den

28 Hartmann, Josef: 125 Jahre Historische Kommission 1876–2001. In: Jahrbuch für Sachsen und Anhalt 23 (2001), 9–52. Vgl. dazu auch den Beitrag von Matthias Tullner im vorliegenden Band.

29 Siehe <http://www.hiko-mecklenburg.de/geschichte> (18.11.2021).

30 Greiling, Werner (Hg.): 20 Jahre Historische Kommission für Thüringen. Eine Dokumentation. Jena 2012.

31 Vgl. hierzu die weiteren Beiträge dieses Bandes.

32 Vgl. dazu den Beitrag von Roland Gehrke im vorliegenden Band.

33 Vgl. dazu den Beitrag von Matthias Barelkowski und Eike Eckert im vorliegenden Band.

34 Albrecht, Stefan / Malíř, Jiří / Melville, Ralph (Hg.): Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2008.

35 Vgl. dazu die Beiträge von Wolfgang Kessler und Norbert Spannenberger im vorliegenden Band.

Staaten Ostmitteleuropas und Osteuropas gehörten. Schritt für Schritt und speziell nach 1989 konnten auf diese Weise enge und oft freundschaftliche Beziehungen gepflegt werden in jeweils wechselseitiger Beachtung der kulturellen Leistungen. Verbundprojekte unter modernen Fragestellungen gediehen, und es gilt heute zu hoffen, dass die Kontakte trotz gewisser Abkühlung der einen oder anderen Beziehung erfolgreich weitergeführt werden können.

3.6 Einige Sonderfälle

Die regionale territoriale Gliederung Deutschland und der von Deutschen besiedelten Gebiete des östlichen Mitteleuropas, Ost- und Südosteuropas lassen bereits erwarten, dass auch die Geschichte der jeweiligen Historischen Kommissionen sehr unterschiedlich ist, ohne dass in diesem Überblick alle Einrichtungen benannt werden können. Doch nicht alle Bundesländer sind abgedeckt und innerhalb der Bundesländer gibt es zudem Einrichtungen, besonders im rheinischen Raum, die nicht ohne weiteres von Historischen Kommissionen zu unterscheiden sind. Bremen gehört zur Historischen Kommission von Niedersachsen – und Bremen. Hamburg aber hat keine Historische Kommission, Schleswig-Holstein³⁶ ebenfalls nicht. Hier treten sehr alte Geschichtsvereine an deren Stelle: die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (1833)³⁷ und der Verein für Hamburgische Geschichte (1839).³⁸

Wie aber steht es um Einrichtungen wie die Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz oder die Historische Kommission für Westfalen? In Rheinland-Pfalz fehlte eine Organisationseinheit, die einer Historischen Kommission hätte gleichkommen können. Zwar gibt es seit 1949 hier eine Akademie der Wissenschaften und Literatur samt einer Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse, doch die landesgeschichtliche Arbeit als solche wird erst durch die 1974 beim rheinland-pfälzischen Landtag angesiedelte Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz gewährleistet,³⁹ wohl die einzige territoriale Historische Kommission, die im Zusammenhang mit einem Parlament landesgeschichtlich arbeitet. Die bereits erwähnte Historische Kommission für Westfalen geht auf das Jahr 1896 zurück und ist heute ein wissenschaftliches Gremium des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.⁴⁰

36 Vgl. dazu den Beitrag von Martin Göllnitz im vorliegenden Band.

37 Siehe <http://www.geschichte-s-h.de/> (18.11.2022).

38 Hauschild-Thiessen, Renate: 150 Jahre Verein für Hamburgische Geschichte. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 76 (1990), 1–11.

39 Siehe <https://www.landtag.rlp.de/Parlament/Aufgaben-und-Arbeitsweise/Kommission-fuer-die-Geschichte-des-Landes/> (18.11.2022).

40 Kohl, Wilhelm: Neun Jahrzehnte Historische Kommission für Westfalen. In: Westfälische Forschungen 39 (1988), 148–166; Siehe des Weiteren <http://www.historische-kommission.lwl.org/de/die-kommission/> (18.11.2022).

Auch sie ist den vorgenannten Historischen Kommissionen zuzuordnen, selbst wenn sie keine eigenständige Organisation z. B. im Sinne eines eingetragenen Vereins ist, sondern eine der sechs Kommissionen, die sich im Landschaftsverband Westfalen-Lippe historisch landes- und volkskundlichen Themen widmen. Das schließt den Kreis wieder zu den Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen, da diese ebenfalls regionale geschichtliche Aufgaben übernehmen.

Ein Überblick der (Wieder-)Entstehungszeiten der Historischen Kommissionen zeigt vier charakteristische Entwicklungsphasen.⁴¹ Die früheste weist auf die nachnapoleonische Zeit zurück, auf das Entstehen des liberal-bürgerlichen Vereinswesens und auf die liberal-revolutionären 1830er und 1848er Jahre. Die zweite Phase umfasst die Etablierung der Geschichtswissenschaft von der Mitte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Die dritte Phase scheint eng verbunden zu sein mit den Diskussionen um eine Neuordnung des Reiches während der Weimarer Republik. Für Westdeutschland gilt von hieraus im Wesentlichen eine kontinuierliche Weiterentwicklung bis in die heutige Zeit. Für das Gebiet der DDR gab es jedoch eine Unterbrechung nach 1952. Aus dem Vorbild westdeutscher Historischer Kommissionen entstanden in den 1990er Jahren als vierte Phase hier entsprechende neue Einrichtungen, bisweilen an ältere anknüpfend. Gesondert davon stehen die in den 1950er Jahren geschaffenen ‚Kommissionen ohne Land‘, die die Tradition der Historischen Kommissionen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, in Ostmittel- und Südosteuropa fortführen.

4. Aktuelle Herausforderungen und Zukunftsgedanken

Ob mit oder ohne aktuelles Land: Historische Kommissionen betreiben wissenschaftliche Grundlagenforschung für ihr jeweiliges Zuständigkeitsgebiet. Sie sind notwendig als Integrationsinstitutionen wissenschaftlicher kleinräumig orientierter Geschichte, und zwar zwischen den verschiedenen Einrichtungen der Geschichtsforschung, -dokumentation und -präsentation sowie im weiten historischen Feld zwischen Heimatgeschichte und Geschichtswissenschaft im interregionalen und im allgemeinen Kontext. Basisaufgaben der Historischen Kommissionen sind Quellenedition und wissenschaftliche Publikation. Hinzu kommt die wissenschaftliche Kommunikation zwischen den Personen, die zu Themen des Zuständigkeitsgebietes forschen. Hierzu dienen allemal die üblichen jährlichen Tagungen. Diese Aufgaben werden durch die Kooperationen mit ähnlichen Einrichtungen und die Mitwirkung in übergeordneten Organisations-

41 Hierzu weiterhin Boockmann, Hartmut (Hg.): *Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 1). Göttingen 1972; Vgl. mit regionalem Schwerpunkt die Aufsätze von Kunz, Georg: *Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewusstsein in den deutschen historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 138). Göttingen 2000.

einheiten wie dem Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine ergänzt. Dies alles hat sich bewährt und wird Leittätigkeit Historischer Kommissionen bleiben.

Wer allerdings rastet, der rostet. Offenheit für mögliche neue Herausforderungen und die Auseinandersetzungen mit Zukunftsvarianten ist stets nützlich. Worin könnten diese bestehen?⁴²

4.1 Krise der Ehrenamtlichkeit

Ganz generell erleben wir – wie überall in unserer Gesellschaft – eine Intensivierung der Arbeitsbelastungen in den geschichtswissenschaftlichen Berufsfeldern. ‚Nebstunden‘ für freie wissenschaftliche Arbeit verbleiben kaum. Mit Evaluierungen, Zertifizierungen, Akkreditierungen usw. hat quasi eine Taylorisierung auch der Geistes- und Sozialwissenschaften Platz gegriffen. Ehrenamtliches Engagement und Professionalisierung der Haupttätigkeiten passen allerdings nicht zusammen. Ob bei den Historischen Kommissionen stetig auf langanhaltende ehrenamtliche Tätigkeiten von Pensionären gehofft werden darf?

4.2 Finanzielle Lage

Auf Grund der Professionalisierung der Hauptberufe verschärft sich die materielle Ausstattung der Historischen Kommissionen. Sie werden mehr und mehr bezahlte Arbeit anbieten müssen. Erhöhte staatliche Förderung dürfte kaum zu erwarten sein. Insofern wäre der bereits jetzt wachsende Drittmittelanteil weiterhin zu steigern. Allerdings sind Drittmittelwerbung und -verwaltung ebenfalls ein immer höher professionalisierter Bereich. Außerdem darf nicht unbedacht bleiben, dass Drittmittelforschung Anpassungen an die Geldgeber schafft. Könnte die Abhängigkeit von Themen, die von den Drittmittelgebern vorgegeben werden, eine freie, grundlagenorientierte landesgeschichtliche Forschung gefährden?

42 Meine Überzeugung ist, dass sich Geschichtswissenschaft aktuellen Problemen immer wieder neu stellen muss, will sie ihrer aufklärerischen Funktion und der Bewahrung humanistischer Prinzipien in der Gesellschaft treu bleiben. Detlef Schmiechen-Ackermann und Karl Heinz Schneider haben dies in zwei Beiträgen zusammengefasst: ‚Die Kategorie der „Region“ oder eine aus der Praxis gewonnene Antwort auf die Frage: Was ist und wozu betreibt man Regionalgeschichte‘ und ‚Angewandte Regionalgeschichte oder: Erinnerungen an die Anfänge‘. In: Schröder, Christiane u. a. (Hg.): Geschichte, um zu verstehen. Traditionen, Wahrnehmungsmuster, Gestaltungsperspektiven. Bielefeld 2013, 29–42 und 43–54.

4.3 Landesgeschichte in einer Gesellschaft, der die Tradition fremd wird

Deutschland ist ein Einwanderungsland und dürfte es auch bleiben. Dies bedeutet, dass eine wachsende Zahl von Menschen einen kulturellen Hintergrund hat, der nicht an die Regionen oder Länder in Deutschland gebunden ist.⁴³ Hinzu tritt die vielfach beklagte Entfremdung der jüngeren Generation gegenüber Traditionen und Leitbildern. In meiner vierzigjährigen universitären Lehrtätigkeit fiel mir z. B. auf, wie anlässlich von Exkursionen immer geringere Kenntnisse über Land- und Forstwirtschaft bestanden oder beim Besuch von Kirchen bzw. Klöstern das Zusammenhangwissen über das Christentum schwand. Sollte es eine neue Aufgabe der Historischen Kommissionen werden, auf einfache und neue Medien einsetzende Weise über Land und Leute zu informieren und zugleich über Traditionsrelikte? Könnten diejenigen Historischen Kommissionen, deren Sujet ohnehin multiethnische regionale Gesellschaften sind, eine historisierende oder aufklärerische Funktion für heutige Probleme und Fragestellungen liefern?

4.4 Herausforderung der Digitalisierung

Vor gut 10 Jahren suchten mich noch Studierende auf und erklärten, sie hätten über das zu bearbeitende Thema im Internet nichts gefunden. Traditionelles Recherchieren war immer schwieriger zu vermitteln, das Medium Internet aber nicht zureichend. Diese Feststellung gilt nur noch eingeschränkt. Das Internet ist auch für historische Recherchen eine immer breitere Plattform geworden. Der Anteil von Büchern und Quellen, die im Internet als Volltext zu erreichen sind, steigt rasant. Die Archive stellen ihre Findbehelfe auf umfassende digitale Recherche um, und immer mehr Quellen sind im Internet zu lesen, ohne dass das zuständige Archiv aufgesucht werden muss. Für die Archive wächst dennoch das Problem, wie sie Digitalisate der heutigen Zeit – also auch Quellen, die nicht mehr in Papierform überliefert werden – langfristig bewahren und lesbar halten können. Regionale Geschichtsnetze entstehen und darüber hinaus Themenblogs zu Einzelfragen. Zugleich jedoch stellen wir fest, dass insbesondere über die *Social Media* Meinungsmanipulation betrieben wird. Müssten sich Historische Kommissionen nicht, über die bereits üblichen Homepages hinaus, der allumfassenden Digitalisierung weit schneller öffnen als bisher, und zwar um gehört zu werden im allgemeinen Netzlärm und vor allem, um bereit zu sein, *Fakenews* entgegenzutreten und Geschichtslügen im Internet zu entlarven?

43 Vgl. dazu die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes: Gut jede vierte Person in Deutschland hatte 2021 einen Migrationshintergrund Menschen mit Migrationshintergrund. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_162_125.html (18.11.2021).

4.5 Veränderung der Kulturlandschaft

Kulturlandschaftsforschung ist heute ein gelegentliches Nebenprodukt der Arbeit Historischer Kommissionen. Das war einst anders, als zur historischen Landeskunde stets auch die Veränderung der Landschaft gehörte, häufig in enger Verbindung mit geographischer Kulturlandschaftsforschung. Der oben genannte *Spatial Turn* verändert jüngst die Sichtweise. Einst war die Beschäftigung mit ‚Vaterländischen Altertümern‘ in der Phase der Auflösung des Alten Reiches bis in die nachnapoleonische Zeit hinein auch eine Reaktion auf die schnellen politischen Veränderungen und den damit einhergehenden kulturellen Verlusten. Ähnlich war die beginnende Naturschutz- und sodann Heimatbewegung eine Reaktion auf die Gemeinheitsteilungen und Verkoppelungen sowie vor allem auf die rasante Industrialisierung in Deutschland seit Mitte und Ausgang des 19. Jahrhunderts.⁴⁴ Ein ähnlicher Prozess, von städtisch sozialisierter Bevölkerung noch kaum wahrgenommen, scheint in diesen Jahren zu drohen: die Industrialisierung des ländlichen Raumes z. B. durch Photovoltaikfelder, Biogasanlagen, Maismonokulturen, Gleichstromtrassen, Güterverteilzentren, Güterentlastungsbahnlinien, Umgehungsstraßen und vor allem durch riesige Windkraftanlagen. Dies scheint auf den ersten Blick nichts mit Historischen Kommissionen zu tun zu haben. Freilich sei darauf verwiesen, dass aus solchen Situationen bereits zweimal neue Interessensphasen an Landschaft und Geschichte entstanden. Sollten sich daher die Historischen Kommissionen stärker der Erhaltung und ggf. Entwicklung historischer Kulturlandschaften widmen?

4.6 Einbeziehung historischer Argumentationen in aktuelle Problemdiskussionen⁴⁵

Wer sich mit Geschichte beschäftigt, kann wohl gegenüber anderen wissenschaftlichen Disziplinen die Zukunft kaum besser vorhersehen, besitzt aber weit mehr Erklärungswissen für die Gegenwart und Interpretationsvarianten für aktuelle Prozesse. Daher ist es für mich unabdingbar, dass sich Historiker in aktuelle Diskussionen einmischen. In einer Zeit von neuem Populismus und Krieg, in der die Gefahr droht, dass in man-

44 Vgl. insbesondere Oberkrome, Willi: „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen 1900 bis 1960. Paderborn u. a. 2004

45 Vgl. Hauptmeyer, Carl-Hans: Städtische Wirtschaft im Längsschnitt – oder warum die mittelalterliche Stadt weiterhin Modellcharakter besitzt. In: Holbach, Rudolf / Pauly, Michel (Hg.): Städtische Wirtschaft im Mittelalter. Festschrift für Franz Irsigler zum 70. Geburtstag. Köln u. a. 2011, 355–370; Ders.: Land- und Stadtgemeinde des Späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit als Szenarien einer neuen Zivilgesellschaft? In: Jendorff, Alexander / Pühringer, Andrea (Hg.): Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder. Neustadt a. d. Aisch 2014, 27–38.

chen Bereichen Europas Demokratie zur Diktatur der Dummen verkommt und der nationale Imperialismus neue Blüten treibt, besteht die Verpflichtung der Geschichtswissenschaft zur Rationalisierung aktuell debattierter Themen und zur Versachlichung von Konflikten. Sollten Historische Kommissionen mit ihrer Arbeit Aufklärung durch Historisierung leisten?

5. Und nun?

Vermutlich werden die Antworten vorherrschen, die lauten, man schaffe es ja bereits jetzt nicht, die vielfältigen Aufgaben zu erledigen. Tätigkeitserweiterungen brächten erst recht neue Kosten. Im Übrigen sei die Beteiligung an Gegenwartsdiskussionen nicht Aufgabe der Historiker. Doch wiederhole ich: Wer rastet, der rostet! Historische Kommissionen haben Jahrzehnte, teils über mehr als ein Jahrhundert, wechselnde politische Grundkonstellationen überdauert. Sie haben gezeigt, dass sie ausgehend von ihren Kernaufgaben vielseitig genug waren, Rückschläge zu meistern und Probleme immer wieder zu lösen. Eine Garantie für die Zukunft ist das nicht. Umso optimistischer stimmen die Beiträge dieses Bandes, die aus meiner Sicht zeigen, dass im Falle neuer Herausforderungen eine innovative Inwertsetzung Historischer Kommissionen durch Erweiterung des Aufgabenspektrums möglich ist.⁴⁶ Gerade in einer Zeit von ‚Fake News‘ und in sich geschlossenen Informationszirkeln, können Historische Kommissionen im regionalen Zusammenhang Aufklärung durch Historisierung betreiben und ihren ureigenen Beitrag für das Wiedererkennen der einzigartigen Qualität der kleinräumig orientierten Geschichte leisten. Darüber hinaus könnten sie zur Intensivierung der Kooperation zwischen Geschichtsvereinen, Historischen Kommissionen und Lehrstühlen an Universitäten in Mitteleuropa beitragen sowie zur Erweiterung der Aufgabenfelder kleinräumig orientierter Geschichte in Mitteleuropa.

46 Vgl. Hauptmeyer, Carl-Hans: Die Historische Kommission und der Niedersächsische Heimatbund. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 83 (2011), 93–115, hier 112–115.

II.
Landesgeschichte mit Land

Rheinland oder Rheinprovinz?

Die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde nach 1945

MAX PLASSMANN

Die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde¹ führt diesen Titel zwar nicht im Namen, bildet aber ihrem Selbstverständnis nach die Historische Kommission für das Rheinland und will als solche „Impulszentrum der rheinischen Landesgeschichte“² sein, indem sie vor allem „Quelleneditionen“³ in Form von Editionen und Regestenwerken herausgibt. Gegründet wurde sie 1881 unter dem maßgeblichen Einfluss des Kölner Unternehmers Gustav Mevissen. Bereits damals wurde eine lange nachwirkende Tradition begründet, nach der das besitzende rheinische Bürgertum die Finanzierung der Gesellschaft als seine Sache ansah, weshalb man auf eine auf Dauer gestellte staatliche Unterstützung verzichten könne. Sogenannte Stifter engagieren sich mit einem namhaften Einmalbetrag, der dem Gesellschaftsvermögen zuwächst. Hinzu kommen Patrone, die einen Jahresbeitrag leisten und dafür die Publikationen erhalten. Hier handelt es sich also um eine Form der Subskription, die auch viele öffentliche Einrichtungen wie Archive und Bibliotheken wählten, um eine vollständige Reihe der Veröffentlichungen zu erhalten. Daneben wurden immer öffentliche und private Zuschüsse eingeworben, die entweder für einen bestimmten Zeitraum jährlich flossen oder einem bestimmten Projekt galten. Die Gesellschaft ist so nach wie vor ein altrechtlicher Verein, der erst seit 2019 eine dauerhafte Förderung durch den Landschaftsverband Rheinland erfährt.

- 1 Als Quellenbasis dieses Beitrags werden neben Publikationen die Unterlagen der Gesellschaft im Historischen Archiv der Stadt Köln Best. 1800 sowie die in der Geschäftsstelle der Gesellschaft ebenfalls im Historischen Archiv geführte laufende Registratur herangezogen. Die Protokolle des Vorstands werden nach den Exemplaren in der Registratur des Landesarchivs NRW, Abteilung Rheinland, in Duisburg zitiert.
- 2 Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde. o. O. o. J. [Köln 2017], 1. Das Zitat entstammt der aktuellen Imagebroschüre der Gesellschaft. Siehe auch die aktuelle Homepage der Gesellschaft unter <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/GRhG> [16.11.2022].
- 3 Satzung § 1, abgedruckt u. a. in: 119–125. Jahresbericht der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde über die Jahre 1999–2005. Köln 2006, 97.

1. Die Frage der Zuständigkeit: Die Diskrepanz territorialer Grenzen und regionaler Zusammengehörigkeit

Nicht ganz eindeutig sind die Grenzen der von der Gesellschaft reklamierten Zuständigkeit. Bis heute scheiden sich die Geister darüber, was denn genau das Rheinland sein soll und wie es zu Nachbarregionen abzugrenzen ist. Entsprechend unscharf ist auch der Begriff der rheinischen Geschichte. Es dürfte unmöglich sein, diese Diskussion jemals zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen, und das ist aus wissenschaftlicher Perspektive nicht unbedingt als Nachteil zu betrachten, weil diese Unschärfe sowohl für Kooperationen mit der Landesgeschichte benachbarter Regionen als auch für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit Türen öffnen kann. Für die Tätigkeit einer Historischen Kommission ist es aus praktischen und nicht zuletzt finanziellen Gründen gleichwohl schwierig, ihren Gegenstand nicht genau angeben zu können. Denn das Rheinland wird je nach Wissenschaftszweig oder Fragestellung unterschiedlich verortet. Zudem müssen die in Politik und Gesellschaft verwendeten Definitionen keineswegs mit einer historischen Einordnung aus landesgeschichtlicher Perspektive übereinstimmen.⁴ Das Rheinland – verstanden als die Region um den Nieder- und zum Teil auch den (nördlichen) Mittelrhein – war vor dem 19. Jahrhundert zu keinem Einzelterritorium zusammengewachsen, es bildete auch in wirtschaftlicher, kultureller oder religiöser Hinsicht keine Einheit. Erst Preußen schuf 1822 einen, wenn auch zunächst künstlichen Rahmen, indem es die nach dem Wiener Kongress erworbenen westlichsten Gebiete zu einer politischen und administrativen Einheit zusammenfasste. Diese Rheinprovinz reichte von Kleve bis Saarbrücken und umfasste hauptsächlich linksrheinische Gebiete, griff aber im Bereich der ehemaligen Herzogtümer Kleve und Berg auch auf die andere Rheinseite über. Die Rheinprovinz hatte jedoch keine historischen Vorläufer, sondern integrierte eine bunte Vielzahl ehemaliger weltlicher und geistlicher Fürstentümer, Herrschaften und Reichsstädte. Ihre Grenzen orientierten sich überdies keineswegs an diesen früheren politischen Einheiten, die Gegenstand der landesgeschichtlichen Forschung hätten sein können. Das Erzstift Köln bildet hier mit seinen rheinischen und westfälischen Besitztümern sicher das bedeutendste Beispiel,

4 Zu diesem Problem vgl. Engelbrecht, Jörg: Das Rheinland. In: Buchholz, Werner (Hg.): Das Ende der Frühen Neuzeit im „Dritten Deutschland“. Bayern, Hannover, Mecklenburg, Pommern, das Rheinland und Sachsen im Vergleich. München 2003, 121–133. Jüngste Zusammenfassung der Debatte um den Rheinlandbegriff: Arnolds, Willi: Die Position des jülicher Landes im Rheinland. In: Jülicher Geschichtsblätter 82/83/84 (2014/2015/2016), 61–115, insbes. 62–73; Brenner, Sabine: „Das Rheinland aus dem Dornröschenschlaf wecken!“. Zum Profil der Kulturzeitschrift Die Rheinlande (1900–1922). Düsseldorf 2004, 9–14; Dross, Fritz: Von der Erfindung des Rheinlandes durch die rheinische Landesgeschichte. Eine Polemik. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte 23 (2005), 13–34; Janssen, Wilhelm: Kleine Rheinische Geschichte. Düsseldorf 1997, 11–13; Ders.: Rheinland – Begriff und Sache. Eine Skizze. In: Duchhardt, Heinz / Reininghaus, Wilfried (Hg.): Stadt und Region. Internationale Forschungen und Perspektiven. Kolloquium für Peter Johaneck. Köln/Weimar/Wien 2005, 31–42.

denn letztere wurden der Provinz Westfalen zugeschlagen und gehören daher bis heute zum Arbeitsgebiet der Historischen Kommission für Westfalen.⁵ Doch auch sonst hat „die Beschränkung auf die Provinzgrenzen [...] die territorialen Zusammenhänge von einst gänzlich zerrissen“⁶ – so Hermann Aubin 1925 im Hinblick auf die historische Kartographie. Teilweise werden deshalb dem „rheinische[n] Geschichtsraum“⁷ noch Teile von Belgien, Lothringen und Luxemburg zugerechnet, die nie etwas mit der Rheinprovinz zu tun hatten. Zu beachten sind auch mehr oder weniger enge Bezüge zu Frankreich, weil sich der linksrheinische Schwerpunkt der Rheinprovinz mit den Gebieten deckte, die vor 1815 unter direkter französischer Herrschaft gestanden hatten und daher über eine neue wenn auch kurzlebige Erfahrung der Zusammengehörigkeit unter anderen Vorzeichen und mit Blick nach Paris verfügten.⁸

Die Gesellschaft litt folglich von Anfang an unter einer gewissen Unschärfe ihres Gegenstandes, der rheinischen Geschichte. Dennoch bezog man sich 1881 ausdrücklich auf die preußische Rheinprovinz. Diese Fixierung auf die damals aktuellen politischen und administrativen Verhältnisse bot pragmatisch eine zumindest vordergründige Eindeutigkeit des Untersuchungsraumes.⁹ Diesen Vorteil nutzten damals auch das Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn¹⁰ und viele andere im 19. Jahrhundert aus der Taufe gehobene Institutionen und Vereine¹¹, so dass Zusammenarbeit und Vernetzung leicht fielen, solange die Rheinprovinz existierte.¹² Es fehlte jedoch der direkte Bezug des aktuellen Staatswesens zu einem (imaginierten) historischen Vorgänger, der anderen Kommissionen im 19. Jahrhun-

5 Vgl. die Beiträge in Mölich, Georg / Veltzke, Veit / Walter, Bernd (Hg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte. Münster 2011.

6 Aubin, Hermann: Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen. Bonn/Leipzig 1925, 11.

7 Arnolds, Position, 62 f.

8 Vgl. Engelbrecht, Jörg: Die Territorialisierung des Raums als Problem der Geschichtswissenschaft. In: Ackermann, Volker / Rusinek, Bernd-A. / Wiesemann, Falk (Hg.): Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger. Essen 1995, 16–26, hier 23.

9 Wobei auch die Wissenschaft durchaus dazu bereit war, die Grenzen der Rheinprovinz sehr weit in die Vergangenheit zu projizieren, um ihre eine, wenn auch künstliche Geschichte zu geben. Vgl. Schulte, Aloys (Hg.): Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein. Düsseldorf 2. Auflage 1925.

10 Vgl. dazu Aubin, Geschichtliche Landeskunde, 28–45; Rutz, Andreas: Deutsche Landesgeschichte europäisch. Grenzen – Herausforderungen – Chancen. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 79 (2015), 1–19, hier 5.

11 Vgl. Engelbrecht, Rheinland, 122.

12 Es wurde sogar als Vorteil der Rheinlande betrachtet, wegen ihrer territorialen Zersplitterung leichter als andere Gegenden einer historischen „Raumforschung“ zugänglich zu sein. Vgl. z. B. Wrede, Günther: Zur historischen Raumforschung in Nordwestdeutschland. In: Historische Zeitschrift 153 (1936), 306–317, hier 306. Zur Nähe von raumbezogenen Fragestellungen zur völkischen und nationalsozialistischen Ideologie vor 1945 vgl. Ditt, Karl: Der Wandel historischer Raum-begriffe im 20. Jahrhundert und das Beispiel Westfalen. In: Geographische Zeitschrift 93 (2005), 45–61, insbes. 46–50.

dert zu staatlicher Förderung verhalf, indem sie der jeweils herrschenden Dynastie ein historisches Fundament schufen.¹³ Immerhin konnte man sich aber eines gewissen staatlichen Wohlwollens sicher sein, weil die Gesellschaft dazu beitrug, der Rheinprovinz mit historischen Argumenten Legitimität und ein Gemeinschaftsbewusstsein zu verschaffen.¹⁴ Dass es aber nicht wie in Westfalen zu einer Vollfinanzierung durch die Provinzialverwaltung kam, ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass man davon überzeugt war, auf eine solche öffentliche Finanzierung verzichten zu können.¹⁵

Spätestens nach Kriegsende 1945 wurde die Situation allerdings prekär. Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches wurde die Rheinprovinz zunächst auf die britische und die französische Besatzungszone aufgeteilt. 1946 folgte die Gründung der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, mit der die Teilung der alten Provinz perpetuiert wurde, obgleich es einige fruchtlose politische Diskussionen über eine andere Gliederung des rheinischen Raums gab.¹⁶ Die politische Zukunft des Saarlandes war bis 1956 ungeklärt. Mit der Auflösung Preußens durch die Alliierten 1947 kam der alten Rheinprovinz endgültig ihr früherer staatlicher Oberbau abhanden. Die Gesellschaft stand fortan vor dem doppelten Problem, nicht allein den historischen Gegenstand ihrer Tätigkeiten nur unscharf definieren zu können, sondern auch ihre aktuelle Bezugsgröße eingebüßt zu haben. Den naheliegenden Schluss,¹⁷ die Tätigkeit auf eine neue politische Bezugsgröße anzupassen und sich zum Beispiel zu einer Historischen Kommission für den rheinischen Teil von Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, zog man nicht. Bis heute bezieht sich die Gesellschaft daher auf die ehemalige preußische Rheinprovinz, was spezifische Vor- und Nachteile mit sich bringt – und sie in gewisser Hinsicht zu einer Kommission ohne Land macht. Im Folgenden soll untersucht werden, wie die Gesellschaft in den Jahren nach 1945 auf den Verlust der Rheinprovinz reagierte. Das seinerseits noch nicht ausreichend erforschte Thema des Umgangs mit den Verstrickungen der Gesellschaft bzw. ihrer Mitglieder in den Nationalsozialismus wird dem Fokus dieses Bandes entsprechend nicht verfolgt.¹⁸

13 Vgl. Steinbach, Peter: Territorial- oder Regionalgeschichte: Wege der modernen Landesgeschichte. Ein Vergleich der „Blätter für deutsche Landesgeschichte“ und des „Jahrbuchs für Regionalgeschichte“. In: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), 528–540, hier 528.

14 Vgl. Gräf, Holger Th. / Jendorff, Alexander / Monnet, Pierre (Hg.): *Land – Geschichte – Identität. Geschichtswahrnehmung und Geschichtskonstruktion im 19. und 20. Jahrhundert – eine historiographische Bestandsaufnahme*. Marburg 2016.

15 Vgl. Pabst, Klaus: *Die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde (1881–1981). Trägerschaft, Organisation und Ziele in den ersten 100 Jahren ihres Bestehens*, Redaktion: Stephan Laux, Wien/Köln/Weimar 2022.

16 Vgl. Arnolds, Position, 72.

17 Vgl. anhand des brandenburgischen Beispiels Neitmann, Klaus: *Land und Landeshistoriographie. Beiträge zur Geschichte der brandenburgisch-preußischen und deutschen Landesgeschichtsforschung*. Hrsg. von Hans-Christof Kraus und Uwe Schaper, Berlin/Boston 2015, 126.

18 In den von der Gesellschaft selbst überlieferten Quellen spielte die Frage einer Verstrickung einzelner Mitglieder oder des Arbeitsprogramms in nationalsozialistisch-völkische Kontexte nach 1945 offenbar keine Rolle. Falls dieses Thema diskutiert oder bei Personalentscheidungen berück-

2. Aktivitäten während des Zweiten Weltkriegs und Neupositionierung nach 1945

Um die Situation der Gesellschaft in der Nachkriegszeit zu verstehen, ist zunächst ein kurzer Blick auf die Kriegszeit erforderlich, die sich in naheliegender Weise nicht eben günstig auf ihre Aktivitäten auswirkte. Zwar konnten die landesgeschichtliche Forschung oder wenigstens einige Protagonisten durchaus von dem zunächst für Deutschland günstigen Kriegsverlauf profitieren, weil man sich im Rahmen der sogenannten Westforschung als ein nützlicher Partner für Politik und Verwaltung in den besetzten Gebieten Nordostfrankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs präsentieren konnte.¹⁹ Aber vielen Mitgliedern fehlte die Zeit, sich für die Gesellschaft zu engagieren, die Publikationstätigkeit litt unter Papiermangel und schließlich wurden bereits gedruckte Werke bei Luftangriffen vernichtet. Am Ende blieben auch die Zuwendungen der Patrone aus, so dass die finanzielle Lage schließlich schwierig wurde – obgleich durch den Wegfall von Publikationen die Kasse noch Anfang 1944 mangels Ausgaben als „flüssig“²⁰ bezeichnet wurde. Als dann 1944/45 der Krieg das Rheinland unmittelbar erreichte, kamen zunächst alle weiteren Aktivitäten zum Erliegen.

Die Gesellschaft berief erst 1947 wieder eine Vorstandssitzung ein.²¹ Im Protokoll erstaunen der nüchterne geschäftsmäßige Ton sowie ein völliges Hinweggehen über personelle Probleme, die sich aus einer Belastung von Vorstandsmitgliedern im Nationalsozialismus ergaben und die nun zumindest die Handlungsfähigkeit einiger Personen gegenüber den Besatzungsmächten und den entstehenden Bundesländern in Frage stellten. Zu denken ist hier insbesondere an den Vorsitzenden Gerhard Kallen (1884–1974), der dieses Amt von 1927 bis 1958 innehatte. 1946 war er von der Militärregierung als belastet eingestuft und deshalb von seinem Kölner Lehrstuhl entfernt worden. Erst 1948 wurde er wieder in sein Amt berufen.²² Er leitete wegen seiner ungewissen Position die Vorstandssitzung von 1947 nicht, verzichtete aber auch nicht auf

sichtigt wurde, wurde das entweder nicht verschriftlicht oder außerhalb der offiziellen Protokolle und Verlautbarungen kommuniziert.

- 19 Vgl. Dietz, Burkhard / Gabel, Helmut / Tiedau, Ulrich (Hg.): Griff nach dem Westen. Die ‚Westforschung‘ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960) 2 Bde. Münster 2003; Nikolay-Panter, Marlene: Der Steinbach-Lehrstuhl an der Universität Bonn und seine Wiederbesetzung (1960–1962). In: Mauer, Benedikt (Hg.): Das Heute hat Geschichte. Forschungen zur Geschichte Düsseldorfs, des Rheinlands und darüber hinaus. Festschrift für Clemens von Looz-Corswarem zum 65. Geburtstag. Essen 2012, 279–295, insbes. 286; Laux, Stephan: Deutschlands Westen – Frankreichs Osten. Überlegungen zur Historiographie und zu den Perspektiven der rheinischen Landesgeschichte in der Frühen Neuzeit. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 79 (2015), 143–163, hier 145.
- 20 Protokoll der 130. Vorstandssitzung, 17.02.1944.
- 21 Protokoll der 131. Vorstandssitzung, 11.04.1947.
- 22 Vgl. Pabst, Klaus: Gerhard Kallen. In: Internetportal Rheinische Geschichte, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/gerhard-kallen/DE-2086/lido/57c9318ad56b66.44143121> (16.11.2022); Laux, Deutschlands Westen, 147.

den Vorsitz der Gesellschaft und riskierte so, dass sie in einem kritischen Augenblick ihrer Geschichte an der Spitze nicht voll handlungsfähig war.

Erste und offenbar wichtigste Themen der Sitzung waren der Neu- oder Nachdruck von im Krieg verbrannten Publikationen und die Fortsetzungen von Arbeiten, die ins Stocken geraten waren. Über die finanzielle Lage wurde dabei nicht eingehend berichtet. Schließlich widmete man sich der personellen Ergänzung des Vorstandes. Falls dabei strategische Überlegungen im Sinne einer Neuaufstellung der Gesellschaft eine Rolle spielten, haben sie keinen Eingang in das Protokoll gefunden. Immerhin nahm an der Sitzung schon mit Ministerialrat Dr. Josef Busley (1886–1970) vom Kultusministerium ein Vertreter der nordrhein-westfälischen Landesregierung teil, der von dieser bereits im Vorfeld entsandt und nicht in den Vorstand kooptiert worden war. Das konnte durchaus als positives Zeichen dafür gedeutet werden, dass die Landesregierung gewillt war, an die Stelle der Rheinprovinz zu treten und die Gesellschaft zu fördern. Allerdings zog man aus dieser Möglichkeit nicht den Schluss, sich auch in seinen wissenschaftlichen Aktivitäten auf Nordrhein zurückzuziehen und so die Voraussetzung für ein vertieftes und nachhaltiges Engagement des Landes zu schaffen. Vielmehr findet sich folgender Passus im Protokoll:

Da das frühere Forschungsgebiet der Gesellschaft grundsätzlich beibehalten werden soll, erscheint es als wünschenswert, die Regierung des Landes Rheinpfalz zur Mitarbeit einzuladen. Herr Kuske hat es übernommen, die Verhandlungen darüber mit dem Minister-Präsident Bode [d. i. Wilhelm Boden] aufzunehmen.²³

Hiermit war eine weitreichende Grundsatzentscheidung vor großer Tragweite gefallen, offenbar ohne, dass darüber ausgiebig diskutiert worden war. Die Nachteile, so zwischen den Stühlen zweier Länder zu sitzen und von keinem eine exklusive Förderung erwarten zu können, wurden nicht bedacht oder als nicht schwerwiegend angesehen. Zwei Erklärungen bieten sich dafür an: Zunächst die Wirkung einer übermächtigen Tradition. Die maßgeblichen Persönlichkeiten hielten seit Jahrzehnten die Rheinprovinz im Fokus ihrer Forschungen, und auch ihre wissenschaftliche Reputation war damit verbunden, sie als wie auch immer begründete Geschichtslandschaft zu betrachten, die natürlicherweise durch eine Kommission in den Blick zu nehmen sei. Eine Beschränkung auf Nordrhein wäre daher einer Niederlage gleichgekommen, und das hätte nicht ohne Folgen für die Einbindung und Stellung insbesondere der Vorstandsmitglieder in ihren jeweiligen wissenschaftlichen Netzwerken bleiben können. Weil sie zuvor kein

23 Protokoll der 131. Vorstandssitzung, 11.04.1947. Bruno Kuske (1876–1964), Wirtschaftshistoriker an der Universität zu Köln. Zu ihm vgl. Engels, Marc: Bruno Kuske. In: Internetportal Rheinische Geschichte, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Personlichkeiten/bruno-kuske/DE-2086/lido/57c93coda134c5.15136554> (16.11.2022). Dass der Name des Ministerpräsidenten dem Protokollanten offenbar nicht genau bekannt war, zeigt die Rheinland-Pfalz-Ferne der Gesellschaft.

wissenschaftliches Hindernis in der Künstlichkeit der Rheinprovinz gesehen hatten, konnten sie jetzt nicht ohne Schaden für sich selbst von eben dieser Abschied nehmen. Hinzu dürfte in diesem Zusammenhang eine typisch rheinische Begründung gekommen sein: Man hatte es schon immer so gemacht, warum also etwas ändern?

Ein weiterer Erklärungsansatz könnte eine gewisse Selbstüberschätzung sein. Vielleicht glaubte der Vorstand, dass man die Bundesländer gegeneinander ausspielen und sich reichhaltige Zuwendungen von beiden Seiten sichern könne. Die Gesellschaft könnte hier als ein Pfand betrachtet worden sein, das man einer Landesregierung zu ihrem Vorteil anbieten konnte – und nicht realistischer als ein Bittsteller, der seinen wissenschaftlichen Fokus verloren hatte.

Das alles lässt sich zwar vermuten, aber entsprechende Überlegungen haben keinen Eingang in die schriftlichen Quellen gefunden.²⁴ Das aber dürfte das stärkste Argument dafür bilden, von einer aus Tradition und Überschätzung gespeisten Blindheit gegenüber den gewandelten Umständen auszugehen. Wenn man sorgfältig an einer Strategie zur Neuaufstellung unter Abwägung aller Vor- und Nachteile gearbeitet hätte, dann hätte sich davon ein zumindest schwacher schriftlicher Niederschlag finden müssen.

Doch selbst wenn es vielleicht gute Argumente dafür gab, die gesamte ehemalige Rheinprovinz grundsätzlich weiter im Blick zu behalten, dann folgte daraus kein nachhaltiges Nachdenken darüber, wie das unter den veränderten Umständen möglich war und wie man beide Bundesländer (und eigentlich auch Hessen, an das ein kleiner Teil der Rheinprovinz gefallen war, sowie das Saarland mit seiner noch ungeklärten Zukunft)²⁵ zufriedenstellen konnte. De facto verstärkte sich in den folgenden Jahren nämlich die Tendenz, sich auf Nordrhein-Westfalen bzw. Nordrhein zu konzentrieren. Der in der Praxis eher nordrheinische Schwerpunkt der Gesellschaft lässt sich u. a. an der Mitgliederstruktur ablesen. Der Wohnort der Mitglieder ist zwar ein unsicherer Gradmesser für die wissenschaftliche Ausrichtung, weil Wohnort und Forschungsinteressen nicht übereinstimmen müssen. Auf der anderen Seite gehörten immer viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Gesellschaft an, die zugleich an Archiven, Bibliotheken, Museen oder landesgeschichtlichen Institutionen der Region arbeiteten und wohl in deren Nähe wohnten. Nicht absolut, aber in der Tendenz vermögen die Wohnorte daher auch einen Einblick in den räumlichen Fokus der Gesellschaft zu geben.

Im Jahr 1953 wohnten allein in den Städten Aachen, Bonn und Köln – also den damaligen nordrheinischen Universitätsstädten – und Düsseldorf 88 persönliche Mitglieder, Stifter und Patrone. Dem standen bei insgesamt 199 Mitgliedern nur 16 aus den rheinland-pfälzischen Vororten, Koblenz, Mainz und Trier gegenüber. Noch schärfer

24 Zu der Frage würde vielleicht noch eine hier nicht zu leistende breite Auswertung der Nachlässe der beteiligten Personen weiterführen.

25 Bereits in Folge des Ersten Weltkrieges waren Eupen und Malmedy aus der Rheinprovinz ausgeschieden, ohne dass die Gesellschaft sie aus ihrem Fokus gestrichen hätte.

war dieses Missverhältnis im Vorstand, der – ohne die entsandten Vertreter der beiden Bundesländer – 20 Mitglieder hatte. Von denen stammten 13 aus Bonn, Köln und Düsseldorf, sechs aus anderen nordrheinischen Kommunen und eines aus Bayern. Rheinland-Pfalz war also in diesem für die Ausrichtung der Gesellschaft entscheidenden Gremium außer über seinen entsandten Vertreter nicht präsent.²⁶

Das nordrheinische Übergewicht erklärt sich leicht daraus, dass hier eine dichtere Universitätslandschaft mit längerer landesgeschichtlicher Tradition bestand. Diese Tradition und die persönliche wissenschaftliche Orientierung der hiesigen Wissenschaftler schlossen es fast schon aus, Rheinland-Pfalz gleichwertig mit Nordrhein in den Blick zu nehmen. Allerdings ist nach 1945 kein Versuch zu beobachten, diesem Problem durch eine aktive Gewinnung neuer Mitglieder im gesamten Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz wenigstens nach und nach zu begegnen. Schon bei der Ergänzung des Vorstandes 1948 wurden fast ausschließlich Persönlichkeiten aus Nordrhein-Westfalen berücksichtigt. Dies ist weniger bei denjenigen von Bedeutung, die aufgrund tatsächlicher wissenschaftlicher Verdienste in den Vorstand gewählt wurden, als dort, wo es sich um offensichtliche politische Nominierungen handelte, die Unterstützung für die Gesellschaft generieren sollten. Auch hier lag der Fokus eindeutig auf Nordrhein, und neben die Oberstadtdirektoren von Düsseldorf und Duisburg traten keine leitenden Kommunalbeamten aus Koblenz oder Trier. Von den 1948 neu hinzugewählten einfachen Mitgliedern wohnte ebenfalls eine deutliche Mehrheit in Nordrhein-Westfalen.²⁷

Zugleich wies man Bruno Kuske (1876–1964) die Rolle eines „Landesobmann[s]“ zu, der die „gemeinsamen Interessen und Aufgaben der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde und der Historischen Kommission von Westfalen“²⁸ vertreten sollte, weil er in beiden Kommissionen Mitglied war. Einen „Obmann“ in Richtung Rheinland-Pfalz ernannte man jedoch nicht. Die naheliegende Frage, ob man sich nun auf das neue Bundesland Nordrhein-Westfalen konzentrieren wollte und so vielleicht zu einer festen öffentlichen Finanzierung kommen konnte, die sich an den neuen Verwaltungsgrenzen orientierte, scheint man jedoch nicht diskutiert zu haben. Nordrhein-Westfalen bzw. das nördliche Rheinland bildete unhinterfragt den natürlichen Schwerpunkt der Arbeit. Rheinland-Pfalz galt schon als „Nachbarland“²⁹. Ihrem Selbstverständnis nach blieb die Gesellschaft also eine hauptsächlich nordrhein-westfälische Einrichtung. Dem entsprach auch der enge Schulterschluss mit der Historischen Kommission für Westfalen und damit mit dem anderen Landesteil des neuen Bundeslandes, das in

26 Vgl. 69.–73. Jahresbericht der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde über die Jahre 1949–1953. Köln 1953, 17–26.

27 Protokoll der 132. Vorstandssitzung, 02.02.1948. 1949 wurden dann ausschließlich neue Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen zugewählt, siehe Protokoll der 133. Vorstandssitzung, 22.03.1949.

28 Protokoll der 132. Vorstandssitzung, 02.02.1948.

29 59.–68. Jahresbericht der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde über die Jahre 1939–1948. Köln 1949, 6.

gewisser Weise an die Stelle der Rheinprovinz trat, ohne dass es dafür einer wissenschaftlichen Begründung bedurfte. Der erste Nachkriegsjahresbericht führte dazu aus: „Die Vereinigung der nördlichen rheinischen Regierungsbezirke mit Westfalen schafft für unsere Gesellschaft eine neue Lage; sie wird dadurch zugleich wissenschaftliches Organ für das Land Nordrhein-Westfalen und sucht und findet enge Zusammenarbeit auch mit der historischen Kommission von Westfalen“³⁰.

In vielerlei Hinsicht blieb hier wohl der Wunsch Vater des Gedankens, nämlich vor allem der Wunsch nach einer staatlichen Finanzierung. Jedoch setzte man ihn jenseits der programmatischen Äußerung nicht konsequent um – vielleicht abgesehen von der seit jeher gegebenen Kooperation mit dem westfälischen Pendant. Weder wurde das Arbeitsprogramm strikt auf die Bedürfnisse des Landes ausgerichtet, noch die Verbindungen nach außen gekappt. Auf der anderen Seite waren diese Verbindungen nicht so stark, dass sie eine stabile Alternative zur Orientierung an Nordrhein-Westfalen geboten hätten, und sie wurden auch nicht entsprechend ausgebaut. Dass man Rheinland-Pfalz und dem Saarland bis zu einem gewissen Grad, allerdings auch nicht konsequent den Rücken zukehrte, wurde nicht bedacht oder als unwesentlich betrachtet. Weil die staatliche Zukunft des Saarlandes bis 1955 nicht geklärt war, wäre es allerdings wohl schon aus politischer Opportunität nicht günstig gewesen, allzu deutlich die Einbeziehung seiner Geschichte in die Arbeit einer deutschen Historischen Kommission zu betreiben. Abgeschwächt gilt das auch für Rheinland-Pfalz als Teil der französischen Besatzungszone. Hier wurden mit der Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz 1950 die Weichen weg von einer traditionellen Landesgeschichte und hin zu einer Betrachtung Europas gestellt, was – auch wenn es sich um keine Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz handelte – einem deutlichen Engagement des Landes für die Gesellschaft in ihrem traditionellen Gewand auch politisch entgegenstand.³¹ „Die rheinische Landesgeschichte zog sich zunehmend in das bundesrepublikanische Rheinland zurück“³² und verlor damit den Anschluss an die Forschungsbereiche, die einer europäischen Perspektive verbunden waren.

Es hat jedoch den Anschein, dass strategische Erwägungen weder das Arbeitsprogramm noch die Zuwahl neuer Mitglieder oder die Zusammensetzung des Vorstandes trübten. Hier setzte man vielmehr auf die ausgetretenen Pfade der Tradition. Offenbar wirkte diese so stark auf das Selbstbild ein, dass man es für unnötig hielt, sie zu diskutieren oder auch nur zu erwägen, dass die Lage schwieriger geworden war, weil man ohne Rheinprovinz nunmehr zwischen den Stühlen der neuen politischen Größen saß. Der Vorstand konnte sich anscheinend nicht vorstellen, dass es mehr als den Verweis auf vergangene große wissenschaftliche Leistungen bedurfte, um die Länder für ein Engagement zu interessieren.

30 Ebd.

31 Vgl. Laux, Deutschlands Westen, 143 f.

32 Rutz, Deutsche Landesgeschichte, 6 f.

1949 legte die Gesellschaft erstmals seit 1938 wieder einen Jahresbericht vor, der sich neben den Einschränkungen der Arbeit infolge des Krieges auch den bis 1948 erarbeiteten Zukunftsperspektiven widmen musste.³³ Im Vordergrund stand dabei zunächst der Rückblick auf die Verstorbenen der Kriegszeit sowie auf die kriegsbedingten Probleme der wissenschaftlichen Arbeit: Eingeschränkte Publikationsmöglichkeiten, fehlende finanzielle Mittel sowie die Vernichtung einiger dennoch gedruckter Bände bei Luftangriffen und die Auswirkungen auf die Verlage bzw. Druckereien waren hier genauso zu nennen wie das Abreißen vieler Verbindungen und Projekte, weil im Krieg anderes wichtiger war. Auch der Neustart stand unter keinen guten Vorzeichen: „Durch die Währungsreform schmolz das Vermögen der Gesellschaft zu einem Minimum zusammen“³⁴. Dieses Problem traf die Gesellschaft härter als Historische Kommissionen, die sich einer öffentlichen Vollfinanzierung erfreuen konnten. Sie hatte von Anfang an stark auf ihre Stifter und Patrone und damit auf bürgerliches Mäzenatentum gesetzt. Dieses fiel nun wenigstens zeitweise aus, und zugleich waren die Rücklagen aus besseren Zeiten verbraucht. Die Frage, wie man langfristig die Tätigkeit der Gesellschaft finanzieren wollte, ging daher der nach einer wissenschaftlichen Neuausrichtung zunächst voran, es sei denn, letztere würde den Vorstellungen von möglichen Geldgebern und nicht unbedingt wissenschaftlichen Kriterien folgen.

Bezeichnenderweise enthielt dann der zweite Nachkriegs-Jahresbericht kein Vorwort des Vorsitzenden und keine andere Darstellung der Zukunftsperspektiven oder der Strategie der Gesellschaft.³⁵ Es wurde also weder die Notwendigkeit gesehen, eine Neuausrichtung anzustreben und in programmatischer Form vorzutragen, noch zu begründen, warum eine solche Neuausrichtung nicht angestrebt wurde. So blieb es hinsichtlich der wissenschaftlichen Grundlagen als auch des abgedeckten Raumes bei dem Versuch, die Vorkriegstradition möglichst bruchlos weiter zu führen.

3. Wirkungsfelder der Gesellschaft

Doch auch dem bruchlosen Fortführen der Tätigkeit waren unter den neuen Umständen enge Grenzen gesetzt. Abgesehen davon, dass viele Mitglieder noch für längere Zeit andere Prioritäten als die Zukunft der Gesellschaft hatten und haben mussten, verfügte diese auch nicht mehr über die finanziellen Mittel, um größere neue Projekte aus eigener Kraft anzustoßen und umzusetzen. Sie lebte daher wissenschaftlich in gewisser Weise von der Hand in den Mund, indem sie die Manuskripte und Projektvorschläge annehmen musste, die sich ihr boten. Eine strategische Neuausrichtung etwa durch die gezielte Einleitung neuer Großprojekte war in diesem Kontext natürlich schwierig.

33 Vgl. zum folgenden 59.–68. Jahresbericht.

34 Ebd., 6.

35 69.–73. Jahresbericht.

1949 stellte der Vorstand daher fest: „Die zur Zeit noch ungünstige Kassenlage der Gesellschaft verhindert die Durchführung eines großen Programms“³⁶. Daher wurden nur fertige oder fast fertige Manuskripte für den Druck vorgesehen, deren Bearbeitung schon vor langer Zeit begonnen worden war. Neue Projekte wurden nur begonnen, soweit Bearbeiterinnen und Bearbeiter sie von sich aus vorschlugen und unmittelbar keine Kosten entstanden, weil sie ehrenamtlich bzw. während sonstiger beruflicher Tätigkeit erarbeitet wurden. Dabei wurde lediglich geprüft, ob sie überhaupt einen wissenschaftlichen Ertrag versprachen. Ob sie auch zu einer wissenschaftlichen oder politischen Gesamtstrategie passten, war dem gegenüber zweitrangig. Die 1949 angenommenen neuen Projekte waren³⁷: Regesten der Erzbischöfe von Köln, Bd. 1; Schriften des Caesarius von Heisterbach, Bd. 2; Kölner Schreinskarten; Kölner Ratsprotokolle, Bd. 1 (dieser Band war fertig transkribiert, jedoch fehlten noch Anmerkungen); Quellen zur Geschichte des Merkantilismus in rheinischen Territorien; Kölner Häuserbuch; Regesten der Reichsstadt Aachen; Die ältesten rheinischen Urkunden; Topographie von Berg.

Dieses Arbeitsprogramm war stark mittelalter- und – angesichts der Mitgliederstruktur kaum verwunderlich – nordrheinlastig. Es legte sogar einen deutlichen Schwerpunkt auf die Stadt Köln, schlug aber auch mit den Regesten der Erzbischöfe von Köln eine Brücke nach Westfalen. Dass eine Historische Kommission auf der Suche nach Financiers damit nur wenige Argumente vorbringen konnte, um im gesamten Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz Politik, Verwaltungen und Wirtschaft von ihrer Förderungswürdigkeit zu überzeugen, liegt auf der Hand. Es fehlte nicht nur eine vollständige geographische Abdeckung dieses Raumes, sondern mit der traditionellen Fixierung auf die mittelalterliche Geschichte auch der Bezug zu aktuellen Fragen und Problemen, deren Diskussion durch die Bereitstellung von Quellen zur Zeitgeschichte unabhängig von deren wissenschaftlicher Nutzung gefördert werden konnte. Wohl deshalb empfahl Karl Jarres (1874–1951)³⁸, seit 1934 Patron und Vorstandsmitglied, „der Gesellschaft, ihre Publikationstätigkeit außer ihrem mittelalterlichen Programm auch aktuellen Aufgaben zuzuwenden“³⁹. Dies unterstützte der Unternehmer Peter H. Werhahn (1913–1996), ebenfalls Patron und Vorstandsmitglied, mit dem Vorschlag einer Publikation von Quellen zur Geschichte des Sozialismus.⁴⁰

36 Protokoll der 133. Vorstandssitzung, 22.03.1949.

37 Ebd. Nicht alle Projekte gelangten tatsächlich zur Publikation.

38 U. a. ehemaliger Oberbürgermeister von Duisburg, seit 1933 in Aufsichtsräten und Vorständen der Industrie. Siehe Weiss, Lothar: Karl Jarres. In: Internetportal Rheinische Geschichte <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/karl-jarres-/DE-2086/lido/578e1c9cd65737.66513734> (16.11.2022).

39 Protokoll der 133. Vorstandssitzung, 22.03.1949.

40 Diesem Vorschlag wurde in der Folge nachgegangen, siehe Protokoll der 134. Vorstandssitzung, 27.04.1950.

Landesregierungen fördern wissenschaftliches Arbeiten tatsächlich selten rein zweckfrei. Vielmehr versprechen sie sich von den erarbeiteten Ergebnissen gerne auch einen praktischen Nutzen. So sehr eine solche Denkweise auch dem Ideal einer ungebundenen und letztlich (zweck-)freien Wissenschaft widerstrebt, so günstig ist es, bei Finanzierungsverhandlungen über ein Argument zu verfügen, das auf aktuellen politischen Nutzen abzielt. Das war an sich für die Gesellschaft 1945 nichts Neues, denn schon die Arbeit am Geschichtlichen Handatlas der Rheinprovinz diente in den 1920er Jahren dazu, „die enge Verbindung dieser nun von Überfremdung bedrohten Gebiete [sic!] mit dem Deutschen Reich nicht nur in Flugschriften herauszustellen, sondern auch durch wissenschaftlich fundierte Publikationen zu untermauern“⁴¹. Allerdings standen 1945 die Vorzeichen für eine politische Wendung in eine solche Richtung ungünstig, jedenfalls konnten die neu entstehenden Länder kaum eine Publikation fördern, die deutsche Ansprüche u. a. in Richtung des Saarlandes oder belgischer Gebiete hätte untermauern sollen. Und auch der umgekehrte Gedanke wäre schwer zu realisieren gewesen. Hätte sich die Gesellschaft darauf konzentrieren wollen, die seit jeher engen Verbindungen des Rheinlands nach Westeuropa darzustellen, wäre das zwar mit einem Ansatz der Völkerverständigung und Versöhnung zu erklären gewesen. Jedoch nach der Erfahrung des Krieges und der unrühmlichen Rolle deutscher und insbesondere rheinischer Historiker bei der Begründung deutscher Herrschaftsansprüche hätte ein solcher Ansatz leicht den gegenteiligen Effekt erzielen können.

Politischer Nutzen von Landesgeschichte hätte aber auch durch eine Sicht nach innen generiert werden können, nämlich durch die Unterstützung der Schaffung eines Landesbewusstseins in den zunächst künstlichen Bindestrich-Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Gerade im Falle der historisch stets engen Verbindungen des nördlichen Rheinlandes und Westfalens hätte es hierzu auch unmittelbar einsichtige Anknüpfungspunkte gegeben.⁴² Dieses Spiel jedoch mit mindestens zwei Bundesländern zu treiben, war in der Praxis kaum möglich, hatte die Arbeit der Gesellschaft in der Vergangenheit doch stets den historischen Gemeinsamkeiten der Rheinprovinz gegolten, die nun hätten negiert werden müssen.

41 Herrmann, Hans-Walter: Der Geschichtliche Atlas der Rheinlande im Vergleich mit anderen landeskundlichen Atlanten. In: Bartsch, Frank (Red.): Der Geschichtliche Atlas der Rheinlande. Vorträge gehalten auf der Veranstaltung zum Abschluss des Atlasprojektes der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde am 5. Dezember 2008 im Rheinischen Landesmuseum Bonn, veranstaltet von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde in Verbindung mit dem Landschaftsverband Rheinland. Düsseldorf 2010, 15–32, hier 19. Gemeint ist: Aubin, Hermann (Hg.): Geschichtlicher Handatlas der Rheinprovinz. Bearb. von Josef Niessen. Köln/Bonn 1926.

42 Dass das Land in diesem Sinne durchaus zur Wissenschaftsförderung mit praktischer Stoßrichtung bereit war, zeigt die Schaffung des Lehrstuhls für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen 1976 in Düsseldorf, den die Universität gar nicht beantragt hatte. Vgl. Plassmann, Max / Süßmuth, Hans: Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Von der Gründung bis zur Exzellenz. Düsseldorf 2015, 170.

Der Mangel an Verfügungsmasse behinderte überdies eine gezielte strategische Neuaufstellung nachhaltig. 1950 stellte der Vorstand fest: „Die angespannte Kassenlage gestattet keine Planung auf längere Sicht und verbietet, bindende Verpflichtungen auf längere Sicht einzugehen“⁴³. Eine Übersicht über die Entwicklung der finanziellen Lage verdeutlicht das Problem⁴⁴:

Jahr	Vermögen	Patronate	Einnahmen	Davon Rheinprovinz	Davon Stadt Köln
1901	115000	115	34000	6000	1000
1912	144000	132	46000	9000	1000
1931	45000	80	28000	8000	500
1938	61000	75	31000	16000	1000
1950	6800	60	18800	9000 ⁴⁵	1000

Die Summen sind natürlich nicht direkt miteinander in Beziehung zu setzen, weil sich die Währungen unterscheiden bzw. Inflation und Währungsreform zu berücksichtigen sind. Auch haben sich die Kosten für den Druck von Büchern im betrachteten Zeitraum stark verändert. Die Aufstellung zeigt dennoch in der Tendenz, worunter die Gesellschaft litt: Die Zahl der Patronate ging kontinuierlich zurück. Patrone waren und sind sowohl Bibliotheken, die qua Patronat die Publikationen subskribieren, als auch Privatpersonen oder sonstige Institutionen, die ein inhaltliches Interesse an der Arbeit der Gesellschaft bewegt. Wenn die Zahl der Patrone von 1901 bis 1950 um fast die Hälfte einbrach, so war dies sicherlich vor allem den wirtschaftlich schweren Zeiten zuzurechnen, die die Spielräume für private Wissenschaftsförderung immer geringer werden ließen. Damit brach aber auch ein Grundpfeiler der Gesellschaft weg, nämlich der starke Rekurs auf bürgerschaftliches Engagement, das zum selbstbewussten Verzicht auf allzu weitgehende öffentliche Förderung geführt hatte. Diese hatte 1901 nur etwa 20 Prozent der Einnahmen aus Zuschüssen, Patronaten, sonstigen Drittmitteln und Verkaufserlösen ausgemacht. 1950 war man zu deutlich über 50 Prozent von der öffentlichen Förderung abhängig und das bei einem im Verlaufe der Jahrzehnte dramatisch abgeschmolzenen Gesamtvermögen.

Das ursprüngliche Geschäftsmodell der Gesellschaft war also grundsätzlich kaum noch haltbar. Einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der Grundfinanzierung über Patronate hatte überdies stets die Stadt Köln gehabt, die nicht nur namhafte Zahlungen

43 Protokoll der 134. Vorstandssitzung, 27.04.1950.

44 Protokoll der [135.] Vorstandssitzung, 11.04.1951. Im Protokoll irrtümlich als 134. Vorstandssitzung geführt.

45 Vermutlich wurden hier Zusagen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zusammengefasst.

leistete, sondern auch der Geschäftsstelle lange Zeit eine Heimstatt im Historischen Archiv der Stadt Köln bot. Eine starke Berücksichtigung Kölner Themen war die Folge, die einer Neuausrichtung in Richtung Rheinland-Pfalz Grenzen setzte.

Als Ausweg sollten neue Patrone und Stifter gewonnen und damit erneut das staatsunabhängige Finanzierungsmodell aktiviert werden. Ausdrücklich bat man zudem die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz „den Arbeiten der Gesellschaft auch weiterhin ihre aufmerksame Beachtung zu schenken“⁴⁶. Diese vorsichtige Formulierung zielte auf Zuschüsse aller Art ab, nicht aber auf die Einrichtung einer dauerhaften etatisierten Finanzierung. Offenbar wirkte hier der Gedanke des unabhängigen Arbeitens jenseits jeglicher Einflussnahme von öffentlichen Stellen nach, die die Produkte der Gesellschaft wegen ihres wissenschaftlichen Werts schätzen und fördern sollten, ohne jedoch bei den Arbeitsplanungen und Personalentscheidungen einen maßgeblichen Einfluss auszuüben. Und es blieb dabei, dass man von beiden Ländern Förderung erwartete, ohne insbesondere auf die Bedürfnisse von Rheinland-Pfalz einzugehen.

Unter diesen Umständen war ein dauerhaftes und festes Engagement der Länder nicht zu erreichen. Der Vertreter von Nordrhein-Westfalen im Vorstand, Josef Busley, machte dies in der Diskussion auch indirekt deutlich, indem er der Gesellschaft die Einwerbung projektbezogener Mittel bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, dem Vorläufer der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie anderen möglichen Geldgebern empfahl – worunter zwar auch das durch ihn vertretene Land fallen konnte. Aber der Übernahme einer dauernden auskömmlichen Grundfinanzierung war damit eine Absage erteilt. Das galt umso mehr für Rheinland-Pfalz, dessen Vertreter eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit über Zeitungen und den Rundfunk anregte.⁴⁷

Bezeichnenderweise deutete er aber gleichzeitig die Möglichkeit „wirksame[r] Förderung“⁴⁸ durch Rheinland-Pfalz bei einer Weiterführung des Projekts einer Wald-, Kultur- und Siedlungskarte der Rheinprovinz 1800–1820 an. Das war die Probe aufs Exempel: Die Länder waren durchaus zur Unterstützung bereit, jedoch nur dort, wo es für sie bzw. ihren Anteil an der ehemaligen Rheinprovinz sinnvoll war. Und da Rheinland-Pfalz sich niemals dauerhaft für landesgeschichtliche Forschung in Nordrhein engagieren konnte, dies aber auch umgekehrt für Nordrhein-Westfalen galt, konnte die Gesellschaft auf keine durchgreifende Lösung hoffen, so lange sie zum einen bei der Rheinprovinz als Bezugsrahmen blieb und zum anderen nicht strikt auf eine paritätische Behandlung des Raumes beider Bundesländer achtete. Letzteres kam angesichts des starken nordrheinischen Schwerpunkts sowohl bei den Projekten als auch beim Personal nicht in Frage und wäre ohnehin erst nach vielen Jahren einer strategischen Umsteuerung zu erreichen gewesen. Daraus zog der Vorstand schließlich 1951 zwar

46 Protokoll der 134. Vorstandssitzung, 27.04.1950.

47 Ebd.

48 Ebd.

den richtigen Schluss, dass eine dauerhafte Lösung der Probleme der Gesellschaft nur in einer vermehrten Landesförderung liegen könne. Aber es wurde nur eine Eingabe an „die Landesregierung“⁴⁹ vorbereitet, nicht an die Landesregierungen. Gemeint sein konnte damit nur die nordrhein-westfälische Landesregierung.

So blieb es bei einer gemischten Finanzierung durch Stifter und Patrone sowie aus projektbezogenen Zuschüssen von öffentlichen Stellen und anderen Drittmittelgebern. Die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz waren dabei durchaus in wechselndem Maße immer wieder engagiert, jedoch nicht in Form einer auf Dauer gestellten Grundfinanzierung. 1952 beispielsweise steuerte Rheinland-Pfalz 2.500 DM bei, während allein das Erzbistum Köln 3.000 DM zahlte, die Stadt Köln 1.000 DM aufbrachte und an Patronatsbeiträgen 3.530 DM eingenommen wurden.⁵⁰

Anstelle der alten Provinzialverbände der preußischen Provinzen traten in Nordrhein-Westfalen ab 1953 die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL).⁵¹ Der LVR wurde dadurch als Funktionsnachfolger der Rheinprovinz jedenfalls für deren nordrheinischen Teil natürlicher Kooperationspartner der Gesellschaft. Der Landschaftsverband engagiert sich in der Folge und bis heute tatsächlich in beträchtlichem Umfang. Jedoch machte er von Beginn an deutlich, dass es um eine Einzelförderung auf Antrag für bestimmte Projekte ging.⁵² Während der LWL also die institutionelle Förderung der westfälischen Historischen Kommission fortsetzte, kam es im Rheinland zu keiner vergleichbaren, auf Nordrhein bezogenen Konstellation. Dazu fehlte zum einen die Tradition, zum anderen aber auch der Wille der Gesellschaft, sich auf Nordrhein zurückzuziehen. Umgekehrt konnte der gerade erst gegründete LVR, der sich entsprechend noch in einer Findungsphase befand und bei der Übernahme von Funktionen des alten Provinzialverbandes ohnehin darauf achten musste, keine unnötigen Konflikte mit Rheinland-Pfalz zu provozieren, kaum eine wissenschaftliche Einrichtung unterhalten, die für die gesamte Rheinprovinz zuständig war.

4. Eingeschränkte Handlungsspielräume der Gesellschaft

Allerdings stellt sich die Frage, wie groß denn überhaupt die Handlungsspielräume in Richtung Umsteuerung des Arbeitsprogramms gewesen wären. Da die Gesellschaft vornehmlich mit Editionen und Regestenwerken Grundlagenarbeit leistet, die nicht rasch zu improvisieren ist und vielfach in jahrzehntelanger Mühsal entsteht, konnte sie

49 Protokoll der [135.] Vorstandssitzung, 11.04.1951. Im Protokoll irrtümlich als 134. Vorstandssitzung geführt.

50 69.–73. Jahresbericht, 8.

51 Vgl. Weisser, Ansgar (Hg.): Staat und Selbstverwaltung. Quellen zur Entstehung der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbandsordnung von 1953. Paderborn u. a. 2003.

52 Protokoll der 138. Vorstandssitzung, 07.03.1955. Die gilt bis 2019.

nach 1945 mit ihren Veröffentlichungen nicht schnell auf die neue Situation reagieren. Es fehlte ein Standbein anderer Kommissionen, nämlich das der rascher und flexibler zu erstellenden monographischen Untersuchungen sowie eine eigene wissenschaftliche Zeitschrift. Die ersten Nachkriegspublikationen mussten daher notwendigerweise Projekten gelten, die schon lange vor dem Krieg angestoßen worden waren. Dabei ging es um (nahezu) abgeschlossene Manuskripte sowie um nur durch den Krieg unterbrochene seit langem laufende Projekte, bei denen man unabhängig von der künftigen strategischen Ausrichtung im Wort stand. Ihre Fortsetzung nun nur deshalb abzulehnen, weil es die Rheinprovinz nicht mehr gab, war für die handelnden Personen offenbar unvorstellbar.

1948 war eine Reihe von Publikationen⁵³ mit direktem Nordrhein-Bezug in Vorbereitung oder in Planung: Kölner Schreinskarten; Caesarius von Heisterbach; Ratsprotokolle der Reichsstadt Köln; Liber iurium, reddituum et castrorum Coloniensium cis Rhenanum; Erbbuch des Fronhofes Bergisch-Gladbach; Niederrheinischer Städteatlas: Klevische Städte. Daneben wurden aber auch mehrere Projekte verfolgt, bei denen die alte Rheinprovinz oder sogar ein über sie hinausgehendes Rheinland im Zentrum stand: Wald-, Kultur- und Siedlungskarte der Rheinprovinz 1801–1820; Rheinisches Wörterbuch; Rheinische Briefe und Akten; Inschriften des Rheinlandes; Quellen zur Geschichte der rheinischen Aufklärung; Rheinischer Merkantilismus; Quellen zur Geschichte sozialer Betriebsorganisationen; Denkmälerstatistik der Rheinprovinz.⁵⁴ Hinzu kam nur ein Projekt, das vollkommen außerhalb von Nordrhein-Westfalen lag (nämlich das Urkundenbuch von St. Castor in Koblenz). Insgesamt hätte es zu einem erheblichen Eingriff geführt, wenn man sich nun auf Nordrhein-Westfalen konzentriert hätte. Abgesehen davon, dass man eine Reihe von Bearbeiterinnen und Bearbeitern dann nicht mehr verfolgter Projekte vor den Kopf gestoßen und damit personelle Netzwerke zerschnitten hätte, wäre in einigen Fällen ein Umsteuern auf Nordrhein auch wissenschaftlich bedenklich gewesen – man denke nur an das Rheinische Wörterbuch. Auf der anderen Seite hatten solche Überlegungen bei der Fokussierung auf die Rheinprovinz auch keine Rolle gespielt, denn die Projekte, die sie im Titel führten, verfügten auch über keine wissenschaftliche Legitimation, sondern schufen den titelgebenden Raum selbst.

Wie auch immer: Ein Umsteuern auf Nordrhein-Westfalen wurde nicht ernsthaft erwogen, zumal es angesichts der Verteilung der laufenden Projekte dazu geführt hätte, auf viele Jahre nur sehr begrenzt Publikationen vorlegen zu können, weil alte Projekte einzustellen oder substantiell zu verändern gewesen wären und neue erst nach vielen Jahren fertiggestellt sein konnten. Damit hätte die Gesellschaft aber auch ihre Relevanz und letztlich ihre Finanzierung selbst in Frage gestellt.

53 Vgl. zum folgenden 59.–68. Jahresbericht, 9–10.

54 Vgl. 59.–68. Jahresbericht, 11–12. Kurz vor Fertigstellung befanden sich 1948 sieben Bände, die alle das südliche Rheinland betrafen.

Eine Fokussierung auf Nordrhein-Westfalen hätte aus diesem Grund sinnvollerweise mit einer tiefgreifenden Umgestaltung verbunden sein müssen. Um der Landesregierung zu beweisen, dass eine Historische Kommission für Nordrhein eine sinnvolle Angelegenheit sei, wären rascher zu produzierende Ergebnisse in Form von Tagungen, Monographien, Sammelbänden und einer Zeitschrift wenigstens sinnvoll gewesen. Ein solches Programm war aber in der bisherigen Organisationsform einer nebenamtlichen Tätigkeit auch des Vorstandes und der Geschäftsführung kaum zu stemmen. Eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle neu aufzubauen, hätte aber noch mehr Mittel als die für Herstellung und Druck der laufenden Projekte erfordert und vermutlich die Chancen einer auskömmlichen Finanzierung allein durch Nordrhein-Westfalen oder den Landschaftsverband Rheinland verringert.

Während es schwierig ist, bei auf Jahrzehnte angelegten Projekten der Grundlagenforschung rasch auf einen neuen Fokus umzusteuern, war dies bei der Reihe der Vorträge vergleichsweise einfach möglich. Hier wurde, meist in schmalen Bänden, eine Auswahl der während der Jahresversammlungen gehaltenen Vorträge publiziert. Dieser Brauch wurde nach der kriegsbedingten Unterbrechung 1949 wieder aufgenommen. Erschienen sind in den folgenden zehn Jahren folgende Vorträge⁵⁵: Der Niederrhein und das Reich in der deutschen Kaiserzeit (Walther Holtzmann); Regino von Prüm und das historische Weltbild der Karolingerzeit (Heinz Löwe); Der Ursprung der Kölner Stadtgemeinde (Franz Steinbach); Das Kölner Erzstift und der „ducatus Westfalie et Angarie“ (Gerhard Kallen); Aloys Schulte und die rheinische Geschichte (Max Braubach).

Abgesehen von dem letzten biographisch auf den Bonner Historiker ausgerichteten Vortrag präsentierte sich die Gesellschaft auch hier weiterhin als eine auf das Mittelalter fixierte Institution mit nordrheinischem (und westfälischem) Schwerpunkt. Regino von Prüm (um 840–915) als Zugeständnis an rheinland-pfälzische Interessen zu werten, dürfte zu weit gehen. Prüm liegt zwar in diesem Bundesland, jedoch lässt sich die Bedeutung Reginos nicht auf einen engeren landesgeschichtlichen Fokus reduzieren. Das Land der Gesellschaft blieb auf diese Weise hauptsächlich der rheinische Teil von Nordrhein-Westfalen. Das ist bis heute mit Vor- und Nachteilen verbunden.

Mit dem *Geschichtlichen Atlas der Rheinlande* hat die Gesellschaft ein 2008 abgeschlossenes Großprojekt umgesetzt, das in einer ersten Phase von 1894 bis 1931 lief und 1973 wieder aufgenommen worden war.⁵⁶ Diese Daten liegen jeweils außerhalb des hier gewählten Untersuchungszeitraums. Aber der Atlas ist wie kein anderes Projekt dazu geeignet, die lange Traditionslinie der Gesellschaft aufzuzeigen, die von ihren Anfängen bis in die jüngste Vergangenheit reicht, und für die das Jahr 1945 keine wesentliche Zäsur darstellt.

55 Vgl. 119.–125. Jahresbericht der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde über die Jahre 1999–2005. Köln 2006, 90 f.

56 Vgl. Bartsch, *Der Geschichtliche Atlas*.

Der Wegfall der Rheinprovinz darf daher nicht nur als Nachteil für die Gesellschaft betrachtet werden. Da sie weiterhin den Raum der alten Provinz im Auge behielt, fehlte ihr nun zwar das staatliche Pendant. Aber sie gewann eine höhere Flexibilität, indem sie mit Politik, Verwaltung und Mäzenen aus dem gesamten Raum der Rheinprovinz kooperieren konnte. Wenigstens projektbezogen gelang und gelingt es so immer wieder, Finanzquellen auch aus anderen Bundesländern anzuzapfen – wenngleich umgekehrt eine Vollförderung aller Aktivitäten durch nur ein Bundesland bzw. durch nur einen Landschaftsverband nicht mehr in Frage kam, weil eben nordrhein-westfälische Stellen in der Regel nicht dazu bereit sind, Quelleneditionen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz zu fördern. Im Bereich der Finanzen brachte die neue Lage so Licht und Schatten mit sich, und viel kam jeweils darauf an, wie virtuos die Gesellschaft bzw. ihr Vorstand persönliche und institutionelle Netzwerke zu bedienen wussten.

Wissenschaftlich hatte die Situation einen weiteren Vorteil, denn durch sie wurde eine engstirnige Orientierung an künstlichen aktuellen politischen Grenzen vermieden. Vielmehr war und blieb es für die Gesellschaft natürlich, mit Begriffen wie Raum, Landschaft oder Region zu operieren, um ihren Gegenstand zu beschreiben. Nicht das Rheinland, sondern die „Rheinlande“⁵⁷ bilden seit jeher ihren Fokus. Dieser letztlich offene Gegenstand bot im Verlaufe der Zeit die Chance des Anschlusses an unterschiedliche geschichts- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen, die sich dezidiert nicht an den Grenzen eines historischen Territoriums orientieren wollen⁵⁸, vermeidet also die Gefahr einer provinziellen Landesgeschichte – soweit man diese Chance zu nutzen bereit war.

Die aus praktischen Gründen gewählte Fokussierung der Gesellschaft auf die Rheinprovinz war auf der anderen Seite jedoch unter wissenschaftlichen Aspekten seit jeher problematisch oder erklärungsbedürftig. Vielleicht auch deshalb setzten schon lange vor 1945 namhafte Protagonisten der rheinischen Landesgeschichte und der Gesellschaft wie Karl Lamprecht (1856–1915), Hermann Aubin (1885–1969), Franz Petri (1903–1993) oder Edith Ennen (1907–1999) auf einen letztlich unscharfen oder je nach Projekt anders zu definierenden Raum (oder eine Landschaft), den es zu erforschen gelte und dessen Grenzen sich auch noch im laufenden Projekt im Zweifel modellieren ließen.⁵⁹

Gleichwohl war die Wahrnehmung der Gesellschaft von außen häufig davon abhängig, wie sehr die gewählten Methoden den jeweils aktuellen Trends der Geschichts-

57 Aktuelle Satzung § 1; Satzung von 1949 § 1. In: 59.–68. Jahresbericht, 49; Satzung von 1935 § 1. In: 58. Jahresbericht der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde über das Jahr 1938. Köln 1939, 43.

58 Vgl. Irsigler, Franz: Vergleichende Landesgeschichte. In: Hauptmeyer, Carl-Hans (Hg.): Landesgeschichte heute. Göttingen 1987, 35–54, hier zur Gesellschaft v. a. 38–43; Steinbach, Territorial- oder Regionalgeschichte.

59 Vgl. Irsigler, Landesgeschichte, 38–43; Gerlich, Alois: Geschichtliche Landeskunde des Mittelalters. Genese und Probleme. Darmstadt 1986, 77–98.

wissenschaft entsprachen. In der Anfangszeit im späten 19. Jahrhundert galt der Ansatz der rheinischen Landesgeschichte zweifellos als innovativ. Dementsprechend wurden die frühen Jahresberichte der Gesellschaft in der Historischen Zeitschrift publiziert. Das zeigt deutlich den hohen Stellenwert, den (mittelalterliche) rheinische Landesgeschichte und die spezifische methodische Prägung insbesondere des Bonner Instituts auch in der allgemeinen deutschen Geschichtswissenschaft hatten. Aufmerksamkeit erfuhren die Publikationen darüber hinaus auch im Ausland, wobei unklar bleiben muss, ob die Gesellschaft insgesamt oder die besondere Leistung eines Bearbeiters bzw. die thematische Relevanz eines Bandes im Fokus standen.⁶⁰ Die Zahl der Mitglieder im Ausland blieb dabei stets überschaubar, zumal es sich bei nicht wenigen von ihnen um Deutsche handelte, die nur zeitweise außerhalb von Deutschland tätig waren. Am ehesten waren noch naheliegenderweise die an das Rheinland direkt angrenzenden Nachbarn vertreten, weil sich hier Überschneidungen der wissenschaftlichen Interessen ergaben.⁶¹

Die außerrheinische Sicht auf die Tätigkeit der Gesellschaft war bisweilen trotzdem von einer Unsicherheit über die Definition des Arbeitsgebietes geprägt. Adolf Hasenklever leitet beispielsweise 1933 seine umfassende Rezension zu Band 1 von Joseph Hansens *Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der französischen Revolution* mit umständlichen Ausführungen darüber ein, wie hier denn das Rheinland zu verstehen sei und welche Territorien und Städte durch Hansen abgedeckt wurden (der teils über die Rheinprovinz hinausgriff, sie aber auch teilweise nicht berücksichtigt).⁶² Diese Unsicherheit, so gut sie auch durch projektbezogene wissenschaftliche Erwägungen begründet war, konnte der Gesellschaft auf Dauer nur schaden. Denn niemand konnte genau sagen, mit welchem Raum sie sich befasste – und das bei noch existenter Rheinprovinz.

Nach 1945 wurde dieses Problem noch virulenter, und phasenweise scheint der Gesellschaft regelrecht aus der Zeit gefallen zu sein: Landesgeschichte traditioneller Prägung stand nicht mehr im Zentrum der wissenschaftlichen Diskussion, der Mittelalterschwerpunkt tat ein übriges zur Abkoppelung von einigen neuen Ansätzen der Geschichtswissenschaft, der Rheinlandbegriff war noch schwerer als zuvor zu fassen und an seinen westlichen Rändern mit dem politischen Erbe der NS-Zeit belastet, es fehlte politische Unterstützung, und ohne ausreichende Finanzausstattung war die Gesellschaft auch nicht dazu in der Lage, aus eigener Kraft neue Impulse zur Überwindung der Probleme zu setzen. Wenn sie trotzdem nicht einging oder aufgelöst wurde,

60 Siehe z. B. Postan, Michael: [Rezension] Bruno Kuske: *Quellen zur Geschichte Kölner Handels und Verkehrs im Mittelalter*. Bd. 4. Bonn 1934. In: *The Economic History Review* 6 (1935), 116.

61 Siehe die Mitgliederlisten in 58. Jahresbericht, 22–24; 59–68. Jahresbericht, 24–29; 69–73. Jahresbericht, 22–26.

62 Vgl. Hasenklever, Adolf: [Rezension] Joseph Hansen: *Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der französischen Revolution 1780–1801*. Bd. I: 1780–1791 Bonn 1931. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 94 (1933), 520–522.

so lag das sicher an der Beharrungskraft der Tradition zumindest bei den maßgeblichen rheinischen Protagonisten und an dem Umstand, dass die Gesellschaft neben- bzw. ehrenamtlich betrieben wurde, also keine nennenswerten laufenden Kosten anfielen. Der Mangel an hauptamtlichem Personal hat zwar auf der einen Seite sicher dazu beigetragen, eine Neuaufstellung nach 1945 zu verzögern oder zu verhindern. Aber immerhin gab es auch keine Finanzierungslücke, die eine Auflösung erfordert hätte. So konnte die Gesellschaft nach und nach das Tal durchschreiten. Seit 1961 wurde dann die biographische Reihe der Rheinischen Lebensbilder aufgelegt, mit der ein breiteres Publikum und vermehrt nachmittelalterliche Epochen erreicht werden konnten. Seit 1982 kam mit dem Geschichtlichen Atlas der Rheinlande ein weiteres Schwergewicht hinzu, mit dessen Herausgabe die Gesellschaft ein deutliches Lebenszeichen zu setzen vermochte.⁶³ Der Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland hat schließlich am 19. März 2018 beschlossen, eine Anbindung der Gesellschaft an eines seiner Institute und damit die Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsführung vorzubereiten.⁶⁴ Die Verhandlungen dazu wurden, während dieser Beitrag geschrieben wurde, erfolgreich abgeschlossen. Damit wurde in gewisser Weise mit über 70jähriger Verspätung die Konsequenz aus der Situation nach 1945 gezogen und die Arbeit der Gesellschaft auf eine zukunftsfähige Grundlage gestellt.

63 Anscheinend aber erst, nachdem das Land Rheinland-Pfalz informell eine Finanzierungszusage gegeben hatte, siehe Historisches Archiv der Stadt Köln Best. 1800 A 465, 3.

64 Vorlage 14/2557. Protokoll der Sitzung: [https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherche/www.nsf/0/67F264DDABB77039C125826600233994/\\$file/Niederschrift_Oeff_LA_20180319.pdf](https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherche/www.nsf/0/67F264DDABB77039C125826600233994/$file/Niederschrift_Oeff_LA_20180319.pdf) (9.05.2022).

Die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg *Oder: wie man aus drei eins macht.*

LIOBA KELLER-DRESCHER

1. Eine Kommission für ein neues Bundesland

Am 3. Dezember 1954 fand die feierliche Eröffnungssitzung der im April desselben Jahres neu gegründeten Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg im Saal des Alten Schlosses in Stuttgart statt. Der zuständige Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973) und der Vorsitzende der Kommission, Staatsarchivdirektor Max Miller (1901–1973), hielten die programmatischen Ansprachen, der Festvortrag kam vom Freiburger Mittelalterhistoriker Gerd Tellenbach (1903–1999), der zugleich stellvertretender Vorsitzender war. So war der Proporz zwischen Württemberg und Baden gewahrt. Simpfendörfer formulierte in seiner Ansprache die Erwartungen des Staates an die neue Kommission, Miller gab einen Überblick über die Geschichte, die bisherigen und zukünftigen Aufgaben und die Erwartungen der Kommission an den Staat, und Tellenbach referierte über „Alemannien in der Karolingischen Italienpolitik“¹

Diese neue Kommission trat die Nachfolge der vormaligen badischen und württembergischen historischen Kommissionen an. In der Selbstbeschreibung heißt es dazu: „Die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg wurde 1954 gegründet. Sie ist Rechtsnachfolgerin dreier Vorgängerkommissionen, nämlich der Badischen Historischen Kommission (1883–1941), der Oberrheinischen Historischen Kommission (1941–1945) und der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte (1891–1954).“² Die angegebenen Jahreszahlen täuschen etwas darüber hinweg, dass in den genannten Zeiträumen die Kommissionen nicht durchgängig arbeiteten. Auch gründete ihre Arbeit auf durchaus unterschiedlichen Tra-

1 Vgl. Artikel „Die landesgeschichtliche Forschung auf neuer Grundlage“. In: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 8.12.1954, Nr. 95, 1 f.

2 <https://www.kgl-bw.de/>. (03.04.2021)

ditionen, ehe sie zu einer neuen Kommission zusammengeschlossen wurden. Ihre Zusammenführung folgt mit zeitlichem Abstand zur 1952 vollzogenen Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg aus den drei Nachkriegsländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden. Eine einzige Kommission für das ganze Bundesland zu bilden, entsprach nicht den Absichten der sich gerade wieder formierenden badischen Kommissionsaktivisten und der sich bereits seit Ende 1945 restrukturierenden und 1946 wiedereröffneten württembergischen Kommission. Von den Unstimmigkeiten, Konflikten und konkurrierenden Ideen ist selbstverständlich bei einem Festanlass und seinen harmonisierenden Reden nichts oder nur in Andeutungen zu vernehmen.³ Mehr oder weniger viele solcher Andeutungen finden sich ebenso in den Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Kommissionen, die die Vorsitzenden Max Miller 1962, Meinrad Schaab (1928–2000) 1995 und Anton Schindling (1947–2020) 2007 publizierten,⁴ sowie in einer überschaubaren Reihe von Texten zu Teilaspekten der Kommissionsgeschichte.⁵ Vieles erschließt sich selbstverständlich erst, wenn man die Aktenüberlieferung der Kommission(en) hinzuzieht und die Texte kombiniert. Die Geschichte der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg beginnt dann nicht mit der Berufung des neuen Vorsitzenden und nicht mit der Veröffentlichung im Amtsblatt, sie beginnt irgendwann um 1952 und ist erst durch ihre Vorgeschichte in ihrem Selbstverständnis und in ihrer Struktur zu verstehen. Im Folgenden sollen die unterschiedlichen Ansätze, die Stationen bis zum Zusammenschluss, die Diskussion über die Neukonzeption der Kommission(en) und letztlich der Zusammenschluss nebst einem Ausblick auf erste gemeinsame Projekte beschrieben werden.

2. Historische Kommissionen in Baden und Württemberg bis 1945

Die Badische Historische Kommission wurde, so berichtet es Herwig John in seinem Überblick über deren erste 50 Jahre, 1883 von Großherzog Friedrich I. (1856–1907) ins Leben gerufen und verdankt sich seinem persönlichen Interesse, das er im Oktober

3 Dem folgt auch der Bericht im Staatsanzeiger über die Veranstaltung, der bezeichnenderweise die oberrheinische Kommission in der Einleitung nicht erwähnt, sondern die Neugründung ganz in die Folge der Badischen Historischen Kommission und der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte stellt.

4 Miller, Max: 70 Jahre landesgeschichtliche Forschungsarbeit. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 21 (1962), 1–236; Schaab, Meinrad (Hg.): Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1995; Schindling, Anton: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. In: Revue d'Alsace 133 (2007), 149–165, URL: <http://alsace.revues.org/1469> (03.04.2021).

5 Zu Titeln der wesentlichen Arbeiten vgl. Schaab, Staatliche Förderung, 347 f., 352 f., 366 f. Weitere relevante Literatur wird hier im Text und in den Anmerkungen nachgewiesen.

1882 geäußert hatte.⁶ Daher wurde der zuständige Minister Dr. Wilhelm Nokk (1832–1903) aufgefordert, Vorschläge zu machen,

in welcher Weise die wissenschaftliche Erforschung und Bearbeitung der Geschichte des Großherzoglichen Hauses und des badischen Landes energischer, als dies seither der Fall war, gefördert und auf Grund der erforderlichen Vorarbeiten die Erstellung eines Geschichtswerkes von wissenschaftlicher Bedeutung ermöglicht werden könnte, wie solche für einzelne unserer Nachbarländer bereits vorliegen.⁷

Friedrich selbst hatte in den frühen 1840er-Jahren ein paar Semester Geschichte und Staatswissenschaften in Heidelberg und Bonn studiert und galt als geschichtsinteressiert. Vermutlich sind es auch diese Studienfächer, die man als legitimatorische Wissenschaften auffassen kann, die es ihm nahegelegt haben, seine reformorientierte Landespolitik auch mit einem entsprechenden geschichtsgestützten Image zu verknüpfen und dafür eine Wissensbasis erarbeiten zu lassen. Das Geschichtswissen und seine öffentlichkeitswirksame Darstellung sollten identifikatorische Impulse auf das Land erzeugen. Genau wie in anderen im Zuge der napoleonischen Kriege und des Wiener Kongresses neu arrondierten Staaten, die seit 1871 auch als kleindeutsche Teilstaaten des deutschen Kaiserreichs zu verstehen waren, verbindet man in Baden damit die Feststellung einer noch nicht erreichten Landesidentität.

Baden war keineswegs das einzige Land, als das es die Baden-Nostalgiker des 20. Jahrhunderts und heutzutage gerne darstellen: Nicht nur die Bevölkerung war sich fremd und identifizierte sich keineswegs mit dem neuen Großherzogtum, auch die Regierung des Landes war legitimatorisch unsicher, weil der erste Großherzog Karl Friedrich als Erbe der kleinen Teilherrschaft Baden-Durlach zur Gesamtherrschaft des neu entstandenen Großherzogtums Baden gelangt war, andere Kleinfürsten aber durchaus auch Ansprüche gehabt hätten. Das war auch unter Großherzog Friedrich I. noch nicht erledigt, zumal Friedrich Spross einer zunächst nicht thronberechtigten Seitenlinie war. Die Situation in dem von Preußen dominierten Reich legte es ebenfalls nahe, kulturelles und damit geschichtliches Selbstbewusstsein nach innen und außen zu demonstrieren, obwohl gerade Friedrich I. maßgeblich daran beteiligt war, die Reichsherrschaft an den preußischen König (seinen Schwiegervater) zu übertragen. Dieter Langewiesche hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Identitätsbildung der Staatsbildung folgt, und ebenso, dass sich nationale und teilstaatlich-regionale Bindungen nicht ausschließen, sondern je nach Bedarf akzentuiert werden.⁸ Die Be-

6 Vgl. John, Herwig: „Zur Förderung der Kenntnis des Großherzoglichen Hauses und des Badischen Landes“. Die ersten fünf Jahrzehnte der Badischen Historischen Kommission. In: Schaab, Staatliche Förderung, 173–200, hier 173 f.

7 Zitat von Nokk, nach John, Zur Förderung, ebd.

8 Z. B. in: Langewiesche, Dieter: Föderalismus und Unitarisierung – Grundmuster deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. In: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Bd. 4. Stuttgart 2003, 1–21, hier 21.

schäftigung mit Landesgeschichte kann daher als Gegenpol zur Nationalgeschichte wie auch als deren Ergänzung verstanden werden.

Nach dem Auftrag des Großherzogs, endlich für ein „Geschichtswerk“ zu sorgen, überlegte man, wie man das umsetzen könnte. Minister Nokk wandte sich daher in dieser Sache an den Geheimen Archivrat Friedrich von Weech (1837–1905) vom großherzoglichen Generallandesarchiv. Dieser schlug vor, dafür eine historische Kommission einzurichten, so wie man das anderenorts auch schon gemacht hatte. Da die alte Kurpfälzische Akademie in Mannheim, die ursprünglich historisch tätig war, mit dem Ende der Kurpfalz untergegangen war und erst 1909 in Heidelberg eine neue Akademie der Wissenschaften gegründet wurde⁹, gab es keinen bestehenden akademischen Ort in Baden, an den die Kommission hätte angegliedert werden können. Nur das Generallandesarchiv, das bisher schon Sitz der „Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins“ war, kam dafür infrage. Damit war die Kommission, anders als die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die außerdem keine landesgeschichtliche, sondern der deutschen Gesamtgeschichte gewidmet war, nicht Teil einer Akademie, sondern musste eigenständig gegründet werden. Dennoch wandte sich von Weech um Rat nach München, wo er selbst eine Zeit lang tätig gewesen war.¹⁰ Ebenfalls holte man sich ergänzend Rat beim Historiker und preußischen Archivrat Heinrich von Sybel (1817–1895), der 1858 Gründungsmitglied und Sekretär der Akademie in München war.¹¹ Dieser gab dann auch Empfehlungen, welche Aufgaben zu erledigen und welcher Personenkreis an Gelehrten als Mitglieder zu berufen seien. Auch die Satzung lehnte man eng an die bayerische an. Herwig John schreibt, dass es aber Alleinstellungsmerkmal im Kreis der damaligen Kommissionen gewesen sei, auch einen Nationalökonom zu berufen, und dass es eine direkte und großzügige Finanzierung durch den Staat gab. Die Kommission war also direkt dem zuständigen Ministerium unterstellt und wurde aus dem Staatshaushalt finanziert. Baden konnte so wieder zum Vorbild für nachfolgende Kommissionsgründungen werden. Festgehalten werden muss, dass sich die Gründung einer solchen Institution immer an mehreren Zwecken ausrichtet. Neben der Selbstbehauptung sowie der Erarbeitung und Darstellung einer legitimen Herrschafts- und Landesgeschichte steht die Förderung und Regulierung der vaterländischen Vereine an, die sich bis zu diesem Zeitpunkt in Baden nicht zu einem Zentralverein zusammenfinden konnten. Ebenso kann man annehmen, dass es neben der Stärkung des Generallandesarchivs auch um die Zusammenführung von Gelehrten der zwei Universitäten im Land, Freiburg und

9 <http://www.haw.uni-heidelberg.de/akademie/geschichte.de.html> (26.11.2022).

10 John, Zur Förderung, 177.

11 Zu den Gründungsmitgliedern gehörten mit Christoph Friedrich von Stälin (1805–1871), Direktor der württembergischen Königlichen Bibliothek, diverser Sammlungen sowie Historiker u. a. für das Statistisch-topographische Bureau, und Ludwig Häusser (1818–1867), Geschichtspräsident in Heidelberg, auch je ein Württemberger und ein Badener; vgl. http://www.historischekommission-muenchen.de/fileadmin/user_upload/pdf/Chronik_HiKo.pdf, 9.

Heidelberg, ging. Eine staatlich finanzierte Historische Kommission – das ist zunächst ein Alleinstellungsmerkmal Badens – regelt auch die Vergabe von Fördergeldern und schafft und kontrolliert damit Konkurrenzsituationen historischer Forschung.

Max Miller als Historiograf der baden-württembergischen Kommission attestierte der württembergischen Historischen Kommission einen stärkeren „gouvernementalen Zug“¹² im Vergleich zur badischen. Das ist nicht im modernen Sinne gemeint, sondern als eine im stärkeren Maße an das Herrscherhaus und den Staat gebundene Organisation und Mitgliederauswahl.¹³ Ob es stimmt, dass Baden weniger staatsförmig aufgestellt war, lässt sich nicht einfach beantworten. In Württemberg jedenfalls bezog man sich direkt auf die vorgängige Gründung in Baden, als man begann, eine eigene Kommission zu gründen bzw. erst einmal für sie zu werben und das Feld vorzubereiten.

In Württemberg kam die Anregung nicht aus dem Herrscherhaus, soweit sich das nachvollziehen lässt: Man war vonseiten des regierenden Hauses weniger an der Geschichtsschreibung interessiert bzw. man bemühte andere Wege für eine identifikatorische, kulturelle Raumpolitik. Anders aber sahen das die bürgerlichen Geschichtssinteressierten in den Vereinen und in der Staatsverwaltung, insbesondere in der statistischen Abteilung, die außer Zahlenstatistik auch beschreibende Statistik betrieb und für diese Aufgabenstellung mehr geschichtlich-landeskundliches Wissen benötigte, als vorhanden war.¹⁴ So kam es, dass der Vertreter der Staatsbeschreibung Julius Hartmann (1836–1916) und der evangelische Pfarrer Gustav Bossert (1841–1925) zu Aktivisten für eine württembergische historische Kommission wurden. Vielfach haben sie in ihrer Argumentation das Vorbild Baden bemüht, und Bossert wurde dort 1902 auch korrespondierendes Mitglied. Bossert war Redakteur in der Geschäftsführung des Historischen Vereins für Württembergisch Franken (dem auch Hartmann angehörte) und im Redaktionsausschuss der *Vierteljahreshefte für Landesgeschichte*. Er war ebenfalls Kirchenhistoriker und hat bemerkt, an welchen Grundlagenwerken es allgemein fehlte. Mehrfach wandte er sich mit Publikationen unter dem Titel „Pia desideria“ an die interessierte Öffentlichkeit, um auf den großen Bedarf an landesgeschichtlicher Grundlagenforschung aufmerksam zu machen.¹⁵ Miller schrieb, dass er der Württembergischen Kommission bei der Eröffnungssitzung eine aktualisierte Liste mit seinen „frommen Wünschen“¹⁶ vorlegte.

12 Miller, 70 Jahre, 26.

13 Vgl. Keller-Drescher, Lioba: Vom Wissen zur Wissenschaft. Ressourcen und Strategien regionaler Ethnografie (1820–1950). Stuttgart 2017, 256.

14 Vgl. ebd., 136.

15 Für die landesgeschichtliche Forschung legte er dann den Titel vor: Bossert, Gustav: Drei pia desideria für die württembergische Geschichtsforschung. Ein Testament. Heilbronn 1883. Ob Bossert an Jacob Speners pietistisches Manifest „Pia Desideria“ anspielen wollte, muss hier offenbleiben.

16 Miller, 70 Jahre, 148.

In Württemberg gab es ebenfalls keine Wissenschaftsakademie, aber zwei wegweisende Vorläufer dieser Kommission: den Verein für Vaterlandskunde (ab 1822) und den Württembergischen Altertumsverein (ab 1843). Ersterer war kein Verein im modernen Sinne, sondern ein vom König berufenes Gremium zur Unterstützung der Arbeiten des 1820 gegründeten Statistisch-topographischen Bureaus¹⁷, und letzterer eine bürgerliche Gegengründung zum Staatsverein zur Bündelung von historischen Aufgaben. Das schien lange auszureichen. Oder man dachte zu lange, dass es ausreichen würde, um landesgeschichtliche Fragen zu klären und im Verbund mit den Statistikern genug legitimatorisches landeskundliches und historisches Wissen zu erzeugen, das dann in den amtlich erarbeiteten Oberamtsbeschreibungen und in den großen Landesbeschreibungen niedergelegt wurde. Der König jedenfalls fand die immer umfanglicher werdenden historischen Teile der Landesbeschreibungen nicht so wichtig. Das sahen die Beteiligten aber anders. Bossert formulierte wiederholt einen Bedarf an landesgeschichtlicher Grundlagenforschung und Hartmann wirkte in das übergeordnete Ministerium, dass hier neue Organisationsformen quasi als Staatsbedarf an historischer Forschung notwendig wären. Zur Ermöglichung von Grundlagenforschung und zur Sicherung der Überlieferung überhaupt waren bisher kaum Maßnahmen getroffen worden. Schon gar nicht gab es einen Zugang zu Archiven oder auch nur solide Überblicke über relevante Archivbestände. Das waren alles noch unbearbeitete Gebiete, und Archive waren eher Orte des Geheimnisses als der Forschung. Das zu ändern waren einstweilen, wie Gustav Bossert es bereits formulierte, „Pia desideria“, aber die ersten Schritte waren damit getan.

Der Bedarf in Baden unterscheidet sich von dem in Württemberg aufgrund unterschiedlicher Ausgangssituationen und es entstanden in der Folge auch unterschiedliche Werke¹⁸, aber beide Kommissionen bezogen sich doch immer wieder zumindest argumentativ aufeinander und hatten Mitglieder in Doppelmitgliedschaft, die die Verbundenheit symbolisierten. Nicht zuletzt hatte man in Württemberg die badische und damit die bayerische Satzung zum Vorbild genommen und erreichte auch einen eigenen Haushaltstitel, war aber finanziell nicht so gut ausgestattet. Unterschiede gab es auch in der Mitgliederstruktur.¹⁹ Beide Kommissionen betrieben eine historische Zeitschrift, deren Vorläufer erst vereinsmäßig organisiert waren und dann in Baden im Generallandesarchiv herausgegeben wurde und in Württemberg auf behördlich-vereinsmäßiger Basis organisiert war. Baden behielt den Namen der seit 1850 bestehenden *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* durchgehend bei²⁰, Württemberg än-

17 Keller-Drescher, *Vom Wissen*, 36–38.

18 Verzeichnisse und Würdigung bei Miller, 70 Jahre, 47–102 und Schaab, *Staatliche Förderung*, 280–342 (zusammengestellt von Michael Klein).

19 John, *Zur Förderung*, 181–190.

20 Zur Geschichte der Zeitschrift vgl. Krimm, Konrad: Eine große, alte Dame der Landesgeschichte. Die Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. In: *Revue d'Alsace* 133 (2007), 199–216. <http://alsace.revues.org/1473>.

derte ihn erst in der NS-Zeit, als aus den „Württembergischen Vierteljahresheften für Landesgeschichte“ die „Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte“ wurde.²¹ Über die eigentliche Arbeit der Kommissionen informieren ausführlich die genannten Berichte von Miller, Schaab und John und in seiner Monografie über Eberhard Gothein (1853–1923), der lange im Auftrag der Badischen Kommission forschend tätig war, auch Michael Maurer.²² Eine große Zäsur für beide Kommissionen war der Untergang der Monarchien und die ökonomische und gesellschaftliche Krise nach dem Ersten Weltkrieg. Das führte zu einer stark nachlassenden Arbeitsfähigkeit der Kommissionen. Ihre Gleichschaltung und de facto Außerkraftsetzung ab 1933 war auch der vorläufige Schlusspunkt einer zuvor schon krisenhaften Situation.

Beide Kommissionen wurden nach mehreren Jahren neu als NS-Staatskommissionen wiedergegründet. Nicht alle vorherigen Mitglieder wurden wieder berufen, die Vorstände wurden ausgetauscht und neue Satzungen ausgearbeitet. Aber es gab auch viele Kontinuitäten. Die offiziellen Jahreszahlen, wie oben schon erwähnt, stimmen so nicht. Die Badische Historische Kommission endete eben nicht erst 1941 mit der Gründung der ihr nachfolgenden Oberrheinischen Historischen Kommission, sondern eigentlich schon um 1933, auch wenn es für eine Zwischenphase von 1935 bis 1938/39 noch einen Vorstand gab.²³ Die Württembergische wurde durch die sie steuernden Personen, hauptsächlich Archivare, in der Weimarer Zeit ebenso noch eine Weile über die Runden gerettet, aber erlosch eigentlich auch 1933, obwohl es noch einen Vorstand gab, und wurde dann 1937 vom NS-Kultminister und Staatspräsidenten Christian Mergenthaler nach seit 1936 erarbeiteten Vorschlägen von Archivdirektor Hermann Haering (1886–1967) neu gegründet, allerdings unter Beibehaltung des alten Namens. Die badische Kommission konnte währenddessen ihren Namen auch deshalb nicht behalten, weil die neue Kommission gleichzeitig die linksrheinischen, deutsch besetzten Gebiete und damit auch die Universität Straßburg²⁴ mitrepräsentieren sollte. Der Status der besetzten linksrheinischen Gebiete war staatsrechtlich komplex: Obwohl es

21 Zur Geschichte der Zeitschrift vgl. Theil, Bernhard: Zwischen Hochschule und Geschichtsverein: Die Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte (ZWLG) in den letzten fünfzig Jahren. In: *Revue d'Alsace* 133 (2007), 245–258. <http://alsace.revues.org/1473>.

22 Maurer, Michael: Eberhard Gothein (1853–1923). Leben und Werk zwischen Kulturgeschichte und Nationalökonomie. Köln/Weimar/Wien 2007.

23 Die Jahreszahlen gibt Schaab an, vgl. Schaab, Staatliche Förderung, 209 f.

24 Überblicke zur Rolle der Historiker an der Reichsuniversität Straßburg mit weiterführender Literatur bieten: Hausmann, Frank-Rutger: Wissenschaftslenkung an der Reichsuniversität Straßburg. Ernst Anrich, Hans Bender und das „Grenzwissenschaftliche Institut“ und Pinwinkler, Alexander: Konstruktionen des Volkstums in historisch-landeskundlichen Forschungen an der „Reichsuniversität Straßburg“, 1914–1944. Beide in: Krimm, Konrad (Hg.): NS-Kulturpolitik und Gesellschaft am Oberrhein 1940–1945. Ostfildern 2013, 131–143 und 145–160. Ebenso Lerchenmüller, Joachim: Die Reichsuniversität Straßburg. SD-Wissenschaftspolitik und Wissenschaftlerkarrieren vor und nach 1945. In: Bayer, Karen / Sparing, Frank / Woelk, Wolfgang (Hg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit. Stuttgart 2004, 54–80.

politisch von Baden aus gesteuert wurde, konnte es nicht unter „badisch“ subsumiert werden. Das machte den über die bestehende Zeitschrift eingeführten raumkulturell gedachten Begriff „Oberrheinisch“ passender als den staatsräumlich zu deutenden alten Begriff „badisch“. Insofern ist die oberrheinische Kommission in der Reihe der Vorläufer der baden-württembergischen Kommission als eine eigene, dritte zu zählen. In beiden NS-Kommissionen waren die Vorsitze an den jeweiligen Minister gebunden, die Stellvertretung und damit die eigentliche Geschäftsführung wurde aber von den leitenden Archivaren in Karlsruhe und Stuttgart wahrgenommen. In beiden Staatsarchiven kam es während dieser Zeit zu massiven Konflikten, die zum Teil aber erst nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes ausgetragen wurden.²⁵ Ähnliches passierte auch in den historischen Instituten der Universitäten, wobei es nicht immer eindeutige Fronten zwischen harten NS-Anhängern und -Gegnern waren, die zu diesen Konflikten führten.²⁶ Während der NS-Zeit gab es zwischen beiden Kommissionen verstärkte Kontakte, die zum Teil mit den Personen und zum Teil mit den anvisierten Projekten zusammenhingen, aber, soweit ich es beurteilen kann, zu keinen Ergebnissen geführt haben. In Württemberg wurde bis kurz vor dem Ende noch Aktivismus an den Tag gelegt, während in Baden mit der Befreiung des Elsasses im Herbst 1944 die territoriale Zuständigkeit und damit die Handlungsfähigkeit in Auflösung geriet und auch bis in die frühen 1950er-Jahre als Kommission nicht wiederhergestellt werden konnte.

3. Historische Kommissionen im deutschen Südwesten nach 1945

In Württemberg beginnt die Neukonstituierung mit ein paar roten Strichen – um genau zu sein nicht erst nach, sondern bereits im Herbst 1945. Die roten Striche gelten den Namen Bebermeyer (Volkskunde) und Lämmle (ehem. Abteilung Volkstum), Riek (Urgeschichte) und Gieseler (Rassenkunde), ebenso den Vertretern der NS-Gauleitung und finden sich in einem Schriftsatz, den Peter Goessler zu einer möglichen Neugründung der württembergischen historischen Kommission zusammengestellt hatte.²⁷ Mit einem Schreiben vom 1. November 1945 hatte der neue Kultminister Theodor Heuss (1884–1963) den Tübinger Altertumswissenschaftler und früheren Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege Prof. Peter Goessler (1872–1956) zu diesen Aktivitäten aufgefordert.

25 Vgl. Krimm, Konrad: Das Badische Generallandesarchiv im NS-Staat. Kampfplatz, Nische, Abstellraum? In: Krimm, Konrad / John, Herwig (Hg.): Archiv und Öffentlichkeit. Aspekte einer Beziehung im Wandel. Stuttgart 1997, 75–108.

26 Zu Heidelberg vgl. Wolgast, Eike: Mittlere und Neuere Geschichte. In: Eckart, Wolfgang / Sellin, Volker / Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus. Heidelberg 2006, 491–516. Zu Tübingen vgl. Daniels, Mario: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Institutionalisierungsprozesse und Entwicklung des Personenverbandes an der Universität Tübingen 1918–1964. Stuttgart 2009.

27 StAL E 216 Bü 8.

Dieser Brief gilt gemeinhin als Initial der Nachkriegsgeschichte der württembergischen Kommission, die bald darauf ihre Geschäfte unter dem Vorsitz von Goessler wieder aufnahm, während die badische historische Kommission wie bereits erwähnt nach 1945 organisatorisch nicht mehr in Gang kam und erst 1954 durch die Neugründung als Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg als badische Sektion wieder sichtbar wurde. Es war aber keine Übermacht der württembergischen Kommission, die zu dieser Entwicklung geführt hat;²⁸ auch sonst war nicht alles so, wie es sich auf den ersten Blick darstellt. Und schon gar nicht herrschte unter den Beteiligten Einigkeit darüber, welcher Weg von wem zu beschreiten war und beschritten wurde und welche Kommission man eigentlich haben wollte. Zunächst wollten vor allem die württembergischen Aktivisten ihre Kommission wie auch andere Institutionen der Landeskultur wieder arbeitsfähig machen und dies über die eigentlich bestehende Besatzungszonengrenze hinweg. Der Auftraggeber und der Beauftragte sitzen zu dieser Zeit in den Hauptstädten der zwei Zonen Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Wobei durchaus nicht eindeutig ist, wer von diesen beiden der Auftraggeber und wer der Beauftragte ist.

Natürlich gibt es die genannten Schreiben, und die Jahreszahlen stimmen auch, sie sind veröffentlicht bzw. liegen als Manuskript in den Akten der Geschäftsführung der Kommission und in den teilweise komplementären Akten aus dem zuständigen Ministerium, aber die Geschichte vor und nach 1945 ist weitaus komplexer, als man es annehmen kann, wenn man z. B. die karge Selbstdarstellung der heutigen Kommission liest. Interessant ist daher erst einmal zu untersuchen, warum diese Neukonstitution als eigenständige Kommission in Württemberg gelingen konnte, um dann Überlegungen dazu anzustellen, warum dies in Baden nicht der Fall war.

Peter Goessler fungierte zu diesem Zeitpunkt wie auch während der letzten Kriegsjahre als Verwalter der im Tübinger Schloss angesiedelten Universitätsinstitute für Vorgeschichte, Rassekunde und Volkskunde, deren ehemalige Repräsentanten Riek, Gieseler und Bebermeyer er mit den roten Strichen versehen hatte. Er vertrat die Interessen dieser Fächer (Volkskunde inoffiziell) und war selbst als Honorarprofessor für Vorgeschichte in Tübingen tätig, obwohl er seit 1934 im Zwangsruhestand war. Davor war er die zentrale Figur der historisch-landeskundlichen Szene und als Leiter des Landesdenkmalamtes natürlich auch Mitglied in der Kommission für Landesgeschichte gewesen. Theodor Heuss, der ehemalige württembergische Reichstagsabgeordnete, war in diesen Kreisen auch kein Unbekannter, wie auch sein Staatssekretär und späterer Nachfolger im Amt, Theodor Bäuerle. Sie alle waren im vormaligen Freien Volksstaat Württemberg im landeskundlichen Feld aktiv gewesen und darin in der NS-Zeit ausgebremst worden.²⁹

28 Meinrad Schaab schreibt: „Doch scheint es eher so gewesen zu sein, daß in Baden keine entsprechend überzeugende Initiative ergriffen wurde, als daß von Stuttgart aus planmäßig dagegen gehandelt worden wäre“ Schaab, Staatliche Förderung, 21.

29 Vgl. Keller-Drescher, Vom Wissen.

Peter Goessler war nicht nur ein Verwalter verwaister Fächer an der Universität Tübingen, sondern trotz fortgeschrittenen Alters noch aktiv bis aktivistisch. Aus seiner Sicht war es auch notwendig, möglichst schnell wieder verlässliche Strukturen im Feld der Landeskunde zu schaffen und partikularistische Tendenzen zu verhindern, die dazu führen würden, die Aufteilung der Siegermächte zu zementieren. Dazu gab es bereits erste Initiativen an der Universität Tübingen im Umfeld der Professur für Landesgeschichte, hier hatte Otto Herding seit 1943 eine außerordentliche Professur. Zunächst wollte man dort einen Arbeitskreis und dann ein landeskundliches Institut errichten. Das alles hatte mit dem in den 1930er-Jahren gescheiterten Versuch der Gründung eines landeskundlichen Instituts an der Universität Tübingen zu tun, gegen das im Staatsarchiv unter Hermann Haering massiv Politik gemacht wurde, sodass es damals scheiterte.³⁰ Und das, obwohl dieses beinahe schon alte Anliegen bereits um 1900 virulent war. Solche Ideen wurden jetzt wieder aufgegriffen. So ist in Südbaden das Alemannische Institut in Freiburg ohne die Konkurrenz der darniederliegenden Kommission wieder in Gang gesetzt worden. Auch am Bodensee gab es neue Arbeitskreise und Institute, die die Lücke füllen wollten. Die Aktivisten der neuen Arbeitskreise waren meist alte Bekannte, die sich hier mit neuen Ideen reetablieren wollten und überwiegend im öffentlichen Dienst nicht mehr hatten beschäftigt werden können. Deshalb ergriff Goessler in Tübingen die Initiative, bevor zu viel festgelegt werden konnte. Man kann daher davon ausgehen, dass, wenn bei Goessler ein Brief eintraf, in dem er zu irgendetwas aufgefordert wurde, er den Briefschreiber vorher im Hintergrund dazu aufgefordert hatte, ihn zu beauftragen.³¹ Er setzte dafür auch Mittelsmänner ein, die zwischen Stuttgart und Tübingen hin und her reisten und persönlich vorsprachen. Dazu gehörte Helmut Dölker (1904–1992), dessen Karriere er im Gegenzug auch unterstützte. Es war Goessler klar, dass man mit Arbeitsgemeinschaften und Willensbekundungen nicht weiterkam und es eine staatliche Beauftragung brauchte. Für die Zukunft des Denkmalamtes verfasste er dann genau so ein Manifest wie für die historische Kommission, und er konnte dabei jeweils auf seine Ideen aus den 1920er-Jahren zurückgreifen und deren dann im Nationalsozialismus nicht weiter geförderten Ziele wieder stark machen. So auch bei der Kommission: Er nimmt für seinen neuen Entwurf den Zustand vor der NS-Zeit zwar zum konzeptionellen Ausgangspunkt, löst sich allerdings dennoch nicht von Satzungsbestandteilen der NS-Zeit, die er für sinnvoll hält, weil sie eine Verbesserung der vorherigen Satzung darstellten. Sinnbild dafür ist, dass er seinen Entwurf auf dem Papier der alten Satzung bzw. der Darstellung der Kommission macht und dort ausstreicht und einträgt, was er für nicht mehr haltbar

30 Ebd., 252.

31 Nachweislich der Akten nimmt auch Hermann Haering bereits am 02.10.1945 in dieser Sache mit dem Kultministerium Kontakt auf und verweist auf eine Unterredung mit Goessler in Tübingen, bei der dieser mitteilte, bereits aus dem Ministerium angesprochen worden zu sein, „wegen des künftigen Vorsitzenden der Kommission“ (HStAS EA 3/903 Bü 1).

befindet. Selbstverständlich war auch das Papier knapp, und man darf auch nicht vergessen, dass die Satzungen immer auf der Grundlage der vorherigen gemacht wurden. In der später veröffentlichten Version später ist dieses Ausstreichen dann verbalisiert und man sieht die roten Striche und den ganzen Vorgang, der von vielen Aushandlungen dieser Art begleitet war, nicht mehr.³² Die roten Striche an den offensichtlichen Stellen bedeuten auch, dass er andere Personen, die vom Dienst suspendiert waren bzw. es demnächst wohl werden würden, für durchaus wiederberufbar hielt. Ganz unverzichtbar für die weitere Zukunft der Arbeit der Kommission war für ihn der dienstenthobene Leiter des Staatsarchivs, der die württembergische Kommission bis 1945 geleitet und seinerzeit auf NS-Linie gebracht hatte: Hermann Haering.

Goessler fertigte auf dieser Grundlage eine aus seiner Sicht gut ausbalancierte Berufsliste, die er paritätisch aus Stuttgarter und Tübinger Vertretern (als Repräsentanten der neuen Verwaltungseinheiten) besetzte, darunter auch die (ehem.) hohenzollerischen Archivare und Geschichtsvereinsvertreter,³³ so wie es bisher auch schon war. Der ebenfalls zu „Stuttgart“ gehörende Teil Nordbadens wurde nicht berücksichtigt, es wurde sozusagen die alte Länderordnung beibehalten. Es stand nicht zu Diskussion, das anders zu machen. Auch die zwei weiteren Stellungnahmen zur Zukunft der Kommission stellen eine solche Verbindung nach Baden nicht her. Die eine stammt vom Heidelberger Historiker Fritz Ernst und die andere von Haerings Nachfolger in der Leitung des Staatsarchivs, Karl Otto Müller. Ernst, ein gebürtiger Württemberger und Sohn des früheren Leiters der amtlichen Landesbeschreibung Victor Ernst, war seit 1937 Heidelberger Professor für Geschichte und damit eine Person zwischen allen Lagern. Er hatte diesen Verbindungsschritt damals nicht anvisiert, obwohl er Mitglied in der badischen Kommission und in Württemberg korrespondierendes Mitglied gewesen war.³⁴ Müller war eher traditionalistisch-archivarisch eingestellt und versuchte, eine konzentrierte, kleine Kommission zu entwerfen.³⁵

Eine neue Berufsliste wurde auf Grundlage von Goesslers Vorschlägen am 10. Juli 1946 vom Kultminister erlassen, darunter befand sich der neue Leiter der Landesstelle für Volkskunde Helmut Dölker, der dann auch Vorsitzender des Württembergischen Geschichtsvereins wurde, die Volkskunde an der Universität Tübingen vertrat

- 32 Die roten Striche sind nur in der Aktenablage von Goessler sichtbar, die sich in der Sammlung im Staatsarchiv Ludwigsburg befinden. In der komplementären Aktenablage aus dem Ministerium im Hauptstaatsarchiv sind nur Bleistiftkringel zu sehen und nur bei Riek, Gieseler, Bebermeyer. Lämmle war zwischenzeitlich pensioniert und wäre daher nicht mehr berufbar gewesen. Goessler hatte aber eine beschädigte Beziehung zu seinem ehemaligen Mitarbeiter, und vielleicht war ihm der an sich überflüssige Strich auch eine Genugtuung.
- 33 Goesslers Vorschläge sind abgedruckt in Schaab, *Staatliche Förderung*, 116–124.
- 34 Die Bezeichnung für die Nichtvollmitglieder der Kommissionen wechseln im Lauf der Geschichte, beibehalten ist der jetzt gültige.
- 35 Die Stellungnahmen von Ernst und Müller sind abgedruckt in: Schaab, *Staatliche Förderung*, 111–115 und 125–127.

und zeitweise das Landesdenkmalamt leitete, zu dem die Landesstelle damals gehörte.³⁶ Goessler wurde bereits am 1. Februar 1946 zum Vorsitzenden ernannt, er selbst hatte bei Ministerialrat Rupp auf schnellen Vollzug gedrängt, damit Gelder abgerufen und die dringenden Publikationen wieder aufgenommen werden konnten. Heuss berief ihn zunächst zum Mitglied und dann zum Vorsitzenden, so hatte alles die richtige Reihenfolge.³⁷ Sein Wunsch, Hermann Haering wieder in den Vorstand zu berufen, auch wenn er dienstentlassen ist, wurde zunächst akzeptiert, obwohl Voraussetzung für die Berufung der Nachweis der Zulassung zum Staatsamt bzw. einer entsprechenden Unbedenklichkeit durch ein Spruchkammerverfahren war und beides für Haering zu diesem Zeitpunkt nicht vorlag.³⁸ Der satzungsgemäß zu berufende Staatsarchivrat Max Miller jedoch weigerte sich daraufhin, der Kommission beizutreten.

Das hatte eine gewisse Brisanz, noch dazu wurde diese Haltung mit einer mehrseitigen scharfen Note dem Minister und – zumindest mehrfach angedroht – auch der Öffentlichkeit vor Augen gestellt. Was Miller im Juli 1946 auf vielen Seiten vorbrachte, war schwerwiegend.³⁹ Miller selbst schreibt: „Dieser Regelung [Haering wieder in den Vorstand zu berufen] ist aus fachlichen, politischen und persönlichen Gründen zu widersprechen.“⁴⁰ Der Vorsitz sollte weiter in den Händen der Historiker und Staatsarchivare bleiben, und das, so der fachliche Einwand, war Goessler als Altertumskundler im strengen Sinne nicht. Der politische Einwand war, dass hierbei verhandelt wurde, wer sich während der NS-Zeit wie systemkonform verhalten hatte und was davon als nicht mehr tragbar zu gelten habe. Miller äußerte sich dazu: „Die Welt hat sich gedreht, in der Württ. Kommission für Landesgeschichte bleibt alles beim Alten, von ein wenig Theaterspiel abgesehen.“⁴¹ Persönliche Gründe gab es auch, die sich aus älteren Konflikten in der württembergischen Landesverwaltung ableiteten, insbesondere heute kaum noch vorstellbare konfessionelle Vorhaltungen, und das regimetreue, autoritäre, die Kollegen drangsalierende Verhalten Haerings. Dass der seine Verachtung für die Kollegen in seinem Rechenschaftsbericht an den neuen Kultminister⁴² nochmals durchscheinen lässt, kann man als persönliche Kränkungen Millers und Müllers, für den Miller ebenso das Wort ergreift, auffassen. Das wollte Miller nicht durch seine Mitgliedschaft gutheißen.

Das führte schließlich dazu, dass Haering zunächst nicht wieder berufen wurde, Goessler dennoch den Vorsitz übernahm und ständig versuchte, Haering irgendwie wieder zu installieren. Aus seiner Sicht war dessen Sachverstand unverzichtbar für die

36 StAL E 216 Bü 8. Zu Dölker vgl. Keller-Drescher, Vom Wissen.

37 HStAS EA 3/903 Bü 1.

38 In den Akten liegen jeweils Schreiben der Neuberufenen mit dieser Zusicherung. Vgl. ebd.

39 Schaab gibt sich hier etwas nebulös. Vgl. Schaab, Staatliche Förderung, 21.

40 StAL E 216 Bü 76.

41 Ebd.

42 Das Ministerium hieß bis 1954 Kultministerium und wurde dann in Kultusministerium umbenannt.

Fortführung der Projekte und Aufgaben der Kommission. Das war in erster Linie die Weiterführung der Zeitschrift und der langfristigen Aufgaben wie die Biografienreihe und Publikationsreihen wie die nicht abgeschlossene Besiedlungsgeschichte oder der lange angedachte historische Atlas.

Der Konflikt schwelte weiter, Miller hatte die Berufung inzwischen angenommen, und es fanden Verhandlungen über die neue Satzung statt. Wieder wurden alte Satzungen gesichtet. Alles, was mit dem Nationalsozialismus identifiziert werden konnte, sollte herausgestrichen werden. Es gab einen längeren Austausch und eine Diskussion um Formulierungen und Punkte der Satzung, beteiligt war neben dem Vorstand auch das zuständige Ministerium.⁴³ Die neue Satzung wurde am 1. April 1949 genehmigt. Dies allerdings nicht mehr unter dem Vorsitz Goesslers. Obwohl auf fünf Jahre ernannt, war er zum Ende 1948 zurückgetreten, vermutlich eine Reaktion darauf, dass er, obwohl 1934 dienstentlassen, immer häufiger als NS-nah bezeichnet wurde. Seine Gegner hatten Beweise gesammelt, die sie intern gegen ihn vorbrachten⁴⁴, was am Ende dann immer mehr durchsickerte und nach einem erhaltenen Aktenstück selbst im Finanzausschuss angemerkt wurde.⁴⁵ Man kann es als Kampagne betrachten, und sie war erfolgreich. Ob Goessler nun lieber selbst den Rückzug antrat, ehe sein Ansehen wirklich beschädigt wurde, oder ob ihm das vonseiten des Ministeriums nahegelegt wurde, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausmachen. In späteren Gratulationsschreiben und Jubiläen war davon nie wieder die Rede, und selbst Miller schrieb nur noch Ehrenwertes über Goessler.

Nun war doch der Platz des Vorsitzes für Archivdirektor Karl Otto Müller frei, nachdem der von Goessler vorgeschlagene Otto Herding abgesagt hatte. Damit war die alte württembergische Ordnung hergestellt, dass das Staatsarchiv oder die Abteilung Landesbeschreibung im Statistischen Landesamt die Geschäfte der Kommission führt bzw. auch den Vorsitz haben sollte. Das war auch ein Punkt in der Auseinandersetzung, die Miller angestoßen hatte. Miller selbst wurde 1952 Vorsitzender, als er Müller als Staatsarchivdirektor nachfolgte, der mit dem Argument weichen musste, der Vorsitz setze aktiven Dienst voraus.⁴⁶ Unter dem Vorsitz von Miller begannen dann nach der Gründung des Südweststaates die Verhandlungen über die Zukunft der Kommission(en).

In Baden sind, wie schon angedeutet, bis zu diesem Zeitpunkt keine Impulse zu einer Neugründung der Kommission auszumachen gewesen. Wären diese vorhanden gewesen, so hätten sie zu vergleichbaren Schwierigkeiten und Konflikten wie in Württemberg führen müssen. Die führenden Köpfe der Geschichtswissenschaft und die

43 Nachvollziehbar auch in den Handakten des Vorstandsmitglieds Helmut Dölker, vgl. LVS N Altregistratur B/24.

44 Es werden ihm publizistische Ergebnisadressen an das Regime nach seiner Entlassung vorgeworfen.

45 Notiz gerichtet an Ministerialrat Rupp vom 05.05.1948.

46 Zu dieser Konfliktsituation bei der Neukonstituierung der württembergischen Kommission vgl. Keller-Drescher, Vom Wissen 278–282.

Leitungsebene der Archive waren durch ihre Beteiligung am NS-System, durch innere Konflikte in den Institutionen⁴⁷ und durch Auflösung von Instituten nicht einfach wieder zu einer neuen Kommission zusammenzuführen. Insbesondere die Beteiligung an der Besetzung und Verwaltung des Elsasses und der Reichsuniversität Straßburg, die zum Kriegsende auch noch nach Tübingen ausgelagert wurde,⁴⁸ dürfte sich lähmend ausgewirkt haben. Auch in Baden hätten zahlreiche rote Striche vorgenommen werden müssen. Weiterhin war hinderlich, dass Freiburg nun die Hauptstadt von Baden war und die alte Hauptstadt Karlsruhe mit dem Generallandesarchiv ebenso wie die Universität Heidelberg (und die Fachhochschulen in Karlsruhe und Mannheim) nun zu Württemberg-Baden gehörten. Süd-Baden und Nord-Baden gelang es nicht, über die Grenze hinweg kulturpolitisch zusammenzuwirken. Das Generallandesarchiv wird zwar als Sachwalter der Kommission nach einigen Jahren die Zeitschrift unter dem alten Titel wieder in Gang bringen, aber mehr auch nicht. Genau aufgearbeitet im Hinblick auf die Kommission hat das bisher niemand. In den bisherigen Darstellungen wird die Lücke zwar gezeigt, aber nicht ausgeleuchtet. Hier konnten deshalb nur das Problem benannt und ein paar weiterführende Überlegungen gemacht werden, die man einmal mithilfe des Aktennachlasses der badischen Kommission und ausgewählter Personennachlässe präzisieren müsste.

Die württembergische Kommission war demgegenüber im Vorteil und konnte mit einem bestehenden und nur in Teilen als belastet geltenden Personenkreis und einer starken Verbindung in die Politik und Verwaltung beider württembergischer Teilstaaten relativ leicht und vor allem schnell wieder in Gang gesetzt werden.

4. Von den Bergen und der Maus und wie aus dreien eine wird

Am Schluss der Rede zur Eröffnung der neuen Baden-Württembergischen Kommission äußerte deren neuer Vorsitzender Max Miller große Erwartungen, aber auch Skepsis über die Einlösung der vielen fachlichen und „staatspolitischen“ Aufgaben: „Ob sie tatsächlich erfüllt werden kann, oder ob über unsere heutige Geburtsfeier die spätere Geschichte einmal das bittere Wort schreiben wird ‚Parturiunt montes nascitur ridiculus mus‘ wird nicht zuletzt davon abhängen, ob ihr auf die Dauer die geforderte Ausstattung gewährt wird [...]“⁴⁹ Miller sah den Staat in der Pflicht, die Kommission ausreichend zu finanzieren, und meinte damit auch, dass, wenn der Staat schon auf

47 Wolgast, *Mittlere und Neuere Geschichte*; Krimm, *Das badische Generallandesarchiv*.

48 Lerchenmüller, Joachim: *Das Ende der Reichsuniversität Straßburg in Tübingen*. In: *Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte* 10. Tübingen 2005, 115–174.

49 Miller, *70 Jahre*, 214. Das Zitat geht auf Horaz' *Ars Poetica* zurück und kann übersetzt werden mit: „Die Berge werden gebären und eine lächerliche Maus hervorbringen.“ Miller benutzt „nascitur“ statt wie häufig „nascetur“.

der nun vollzogenen Einheitslösung bestanden habe, er nun auch für den Erfolg des Ganzen verantwortlich sei – und eben nicht die sprichwörtliche lächerliche Maus das Ergebnis der Geburtsmühen der Berge werden dürfe. Damit argumentierte er auch in der Tradition der Vorgängerkommissionen und stellte sie zugleich in eine neue Tradition, die er schon in der ersten Hälfte seiner Rede erwähnt hatte, und das ist Artikel 29 des Grundgesetzes.⁵⁰ Davon leitete er ab:

Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist die Existenz der Länder und so des Landes Baden-Württemberg gegründet auch, ja an erster Stelle, in der landsmannschaftlichen Verbundenheit, in den geschichtlichen und kulturellen Zusammenhängen. Sie zu pflegen und zu stärken ist unsere Aufgabe und unser Wille. Damit wird die Kommission sich auch allzeit als lebendiges Glied in dem großen Organismus deutscher Geschichtsforschung erweisen.⁵¹

Kultusminister Simpfendörfer sprach in seiner Rede davon, dass er seit seinem Amtsbeginn mit der jetzt vollzogenen Neugründung beschäftigt gewesen sei: „Wenn ich mich recht erinnere, war die Frage der Schaffung der neuen Kommission das erste Problem, mit dem ich mich in meinem Amte zu befassen hatte.“⁵² Das stimmt in doppelter Hinsicht, denn Simpfendörfer war von Ende 1946 bis 1947 schon einmal kurz Kult(us)minister und wurde in dieser Phase von den damals heftig streitenden Herren schon in Sachen der damaligen württembergischen Kommission behelligt. In seiner Rede machte er 1953 mit Beginn seiner zweiten Amtszeit (im Herbst 1953 war Wilhelm Simpfendörfer im Kabinett Gebhard Müller wieder zum Kultusminister berufen worden) als den Zeitpunkt deutlich, an dem sich die Kommission(en) unter Begleitung seines Ministeriums wieder umorganisierte(n).

Intern jedoch war man schon 1952 bemüht zu überlegen, wie es unter den Bedingungen des neuen Bundeslandes weitergehen könnte. In den Akten der Kommission und des Ministeriums, aber auch in den Handakten des Vorstandsmitglieds Helmut Dölker sind dazu Schriftwechsel und Protokolle vorhanden. Der Beginn der Überlegungen ist nach Dölkers Akten im Umfeld und Nachlauf einer Tagung in Sigmaringen zu lokalisieren, bei der Themen der zukünftigen Organisation landeskundlicher Arbeit angesprochen worden sein müssen, denn Dölker bezog sich in einem Schreiben vom 08.11.1952 an Ministerialrat Durach (Kultministerium) darauf und berichtete vom Stand seiner Versuche, Überlegungen bei den vorgesetzten Dienststellen (über Ober-

50 Vgl. GG. Artikel 29. (1): „Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, daß die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Dabei sind die landsmannschaftliche Verbundenheit, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung zu berücksichtigen.“

51 Miller, 70 Jahre, 214.

52 Simpfendörfer in Miller, 70 Jahre, 188, bzw. Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 08.12.1954, Nr. 95, 2.

regierungsrat Hochstetter an den damaligen Kultminister Bäuerle) vorzubringen. Inhaltlich wurde hier neben anderem geäußert, dass es künftig eine Kommission für das ganze Bundesland geben solle und dass sich diese neu auszurichten habe unter dem Namen „Kommission für Landeskunde“.⁵³ In einem Antwortschreiben zwei Tage später äußerte Durach: „Auch ich bin der Meinung, dass eine einzige, gegliederte ‚Kommission für Landeskunde‘ das Richtige wäre. Man sollte bei jeder passenden Gelegenheit darauf hinweisen, ich werde es jedenfalls tun.“⁵⁴ Von dort ausgehend, begann Dölker bei der württembergischen Kommission zu sondieren, einen schriftlichen Entwurf hatte er schon für das Ministerium ausgearbeitet und legte ihn nun auch Max Miller im Januar 1953 informell vor. Auch von Miller kamen zu jener Zeit Aufforderungen, dass man sich über die Zukunft im neuen Bundesland Gedanken machen müsse. Miller signalisierte eine gewisse Zustimmung, wollte aber Dölkers Entwurf für eine gänzlich neue Konzeption erst einmal nicht als Vorstandsentwurf kursieren lassen, sondern empfahl die Vorlage bzw. den Vortrag für die nächste Kommissionssitzung im März 1953.

Dölker schlug nun vor, die Kommission solle sich nicht mehr nur der Landesgeschichte, sondern der erweiterten Landeskunde in zwei Sektionen widmen, einer geistes- und einer naturwissenschaftlichen, wobei er die geisteswissenschaftliche „historisch-volkskundlich“ nennt. Das war nun die alte, oben bereits erwähnte, in den 1920er-Jahren moderne Idee von umfassenden Instituten der Landeskunde, wie sie in Erlangen und Bonn verwirklicht waren. Robert Gradmann, der Nestor der naturwissenschaftlichen Landeskunde, hatte das in Erlangen kennengelernt und die Idee in Württemberg zusammen mit anderen, z. B. dem Dialektologen Karl Bohnenberger und Peter Goessler, lange ergebnislos vorangetrieben. Goessler hatte dies in seinem Denkmalamt für kurze Zeit verwirklicht, und Dölker brachte es jetzt wieder vor, auch mit dem an sich stimmigen Argument, die württembergische Kommission sei schon lange keine rein historische mehr – wieder vergeblich. Aber Dölkers Namensvorschlag „Kommission für geschichtliche Landeskunde“ reüssierte und besteht bis heute.

Prominentester Vertreter des Konzeptes einer „geschichtlichen Landeskunde“ war Hermann Aubin (1895–1969), der heute von der Wissenschaftsgeschichte sehr kritisch gesehen wird, damals aber in hohem Ansehen stand. Er gründete 1920 das Bonner Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande und legte 1925 einen grundlegenden Aufsatz⁵⁵ zum Konzept der Kulturraumforschung vor, der dieses Institut gewidmet war.⁵⁶ Aubin wurde 1959 korrespondierendes Mitglied der Kommission. Das Bonner Institut hatte als Idee weitreichenden Einfluss auf ähnliche landeskundliche

53 LVS N Altregistratur B/24.

54 Ebd.

55 Aubin, Hermann: Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde. In: Ders.: Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen. Bonn, Leipzig 1925, 28–45.

56 Vgl. Janssen, Wilhelm: Ein programmatischer Neuansatz im 20. Jahrhundert: Die geschichtliche Landeskunde. In: Lorenz, Sönke / Holtz, Sabine / Schmidt, Jürgen Michael (Hg.): Historiographie – Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum. Ostfildern 2011, 123–133.

Institute. Dass in Dölkers Entwurf nun neben der Geografie, wie sie Gradmann vertrat, auch gleich eine naturwissenschaftliche Sektion zur Landeskunde dazugehören sollte, erinnert auch an die Aufteilung von Wissenschaftsakademien, was Dölker auch anmerkte. Dölkers Idee verwies also wie bei vielen seiner Zeitgenossen zugleich in die 1920er-Jahre zurück, die er mit zeitgemäßen und zukunftsweisenden Innovationen zu erneuern versuchte. Dass dabei die Korrumpierungen der Kulturraumforschung durch die NS-Ideologie ausgeklammert wurden, vielleicht auch noch nicht verstehbar waren, war allerdings auch zeittypisch. Den Kommissionsmitgliedern und dem Vorsitzenden Miller war es dann im Ganzen aber zu innovativ. Insbesondere kam der Einwand, dass das von der badischen Seite zu viel verlangt sei und diese sich überrumpelt fühlen könne. Es gab aber keinen Ablehnungsbeschluss, und die Aktivisten konnten für sich den Schluss ziehen, dass man ruhig in diese Richtung weiter agitieren solle. So berichtete Dölker dann über den Verlauf der Kommissionssitzung vom 26. März 1953 an Hochstetter und damit auch an Minister Schenkel (1889–1960, Minister von 1951–1953). Bereits Ende Mai hatte Dölker dann über eine Besprechung mit Miller einen Aktenvermerk angelegt, in der ihm die Ablehnung des badischen Satzungsentwurfs durch das Ministerium mitgeteilt wurde und dass das Ministerium auf eine gemeinsame Kommission drängte.⁵⁷ Miller zeigte sich im Gespräch zwar von Dölkers hier wiederholten Vorschlägen angetan, aber blieb aber skeptisch, was die Durchsetzung und überhaupt den Sinn einer interdisziplinären Kommission anbetraf. Miller hatte die Haltung des Ministeriums vom neuen Ministerialrat Heidelberger mitgeteilt bekommen, der in der folgenden Zeit dann auch die Verhandlungen weiterführte und auf einer Sitzung im November 1953 durchsetzte, dass es nur eine Kommission geben werde.⁵⁸ Dabei hatten die Archivdirektoren in Karlsruhe und Stuttgart bereits Überlegungen angestellt, die Kommissionen getrennt zu halten und nur eine Zusammenarbeit mit einer Doppelmitgliedschaft der Vorstände in der jeweils anderen Kommission zu vereinbaren, und dies in einem gemeinsamen Schreiben mitgeteilt. Auch hatte das Generallandesarchiv „als Treuhänder der Badischen Historischen Kommission“ zusammen mit der württembergischen Kommission im Juli 1952 einen Brief an das Ministerium verfasst, der den Wunsch nach Eigenständigkeit beider Kommissionen unter anderem mit der Eigenheit der badischen begründet, die schon immer über das Staatsgebiet hinaus gegriffen habe, was in der Einheitskommission nun verloren zu gehen drohe. Hervorgehoben wurde, dass das Generallandesarchiv die Zeitschrift wie-

57 Aktenvermerk Dölkers von einer Besprechung am 28. März 1953 mit Miller: LVS N Altregistratur B/24.

58 Hier gehen die Daten im Vergleich zu Miller etwas auseinander. Dieser schreibt, es sei die Sitzung vom 10.12. gewesen, das Protokoll trägt aber das Datum vom 20.11.1953. Die Sitzung vom Dezember diente der Arbeit an der Satzung. Letztlich ist das aber nicht ausschlaggebend.

der in Gang gebracht habe und dass inzwischen der vielfache Wunsch bestehe und auch Initiativen in Gang seien, die badische Kommission neu zu gründen.⁵⁹

Das wurde nun durch die Direktive des Ministeriums hinfällig, wobei dennoch – schon die Bemerkung von Ministerialrat Durach deutete es an – eine Aufgliederung möglich sein sollte. Aus dem Protokoll der Sitzung:

Die bisher in den beiden Landesteilen Baden und Württemberg bestehenden Historischen Kommissionen sollen in eine Kommission mit Namen: ‚Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg‘ zusammengeschlossen werden. Neben den vorgesehenen ordentlichen Mitgliederversammlungen kann die Kommission durch öffentliche Mitgliederversammlungen im Bereich des Landesterritoriums in Erscheinung treten. Diese Versammlungen werden durch Vorträge und sonstige zur Repräsentation geeignete Darbietungen ausgestaltet. Innerhalb der Kommission werden zwei Sektionen nach den früheren Landesterritorien Baden und Württemberg gebildet, denen die nicht gemeinsam zu behandelnden Kommissionsvorhaben zugewiesen werden. Der Vorstand wird in Form eines engen Arbeitskreises vorgesehen.

Dann wurden informell Max Miller als Vorsitzender und Manfred Krebs (1892–1971), ab 1954 Direktor des Generallandesarchivs (Karlsruhe), als stellvertretender Vorsitzender nominiert. Die Reichweite der Sektionen wurde im Laufe der Beratungen nochmals spezifiziert als die beiden Herausgeberkreise der beizubehaltenden Zeitschriften. Auch konnten weitere Ausschüsse zur Durchführung gemeinsamer Arbeiten eingerichtet werden.

Eine interessante Pointe liegt in der Personalie des ausführenden Ministerialbeamten Franz Heidelberger (1889–1971). Dieser war seit 1946 bis zum Zusammenschluss der Länder in der Karlsruher Landesbezirksdirektion für Kultus und Unterricht als Oberregierungsrat tätig und in dieser Eigenschaft auch kommissarischer Leiter des Generallandesarchivs, was er auch blieb, obwohl er mit der Gründung Baden-Württembergs nach Stuttgart ins Kultministerium wechselte.⁶⁰ Die Direktorenstelle am Generallandesarchiv war nach der Entlassung von Karl Stenzel 1945 bisher nicht wieder besetzt worden, erst 1954 übernahm dann der oben erwähnte Manfred Krebs die Stelle, die er noch bis 1957 innehatte. Eigentlich war Heidelberger der Sachwalter der badischen Interessen und daher an allen vorhergehenden Überlegungen und Sondierungen einschließlich des auch bei Schaab zitierten Schreibens der Archivleiter beteiligt.⁶¹ Es kann nur als äußerst gelungen bezeichnet werden, ihn mit der Durchsetzung der Einheitskommission zu beauftragen. Damit waren alle Argumente hinfällig, dass

59 HStAS EA 3/903 Bü 1.

60 Zur Biographie vgl. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgf_biographien/116604743/Heidelberger+Franz (27.03.2022).

61 Schaab, Staatliche Förderung, 23.

die badische Seite nicht genügend berücksichtigt werden könne oder worden sei. Dass die Stimmung im Ministerium schon 1952 in diese Richtung wies, hat Dölkers Aktennotiz gezeigt. Heidelberger führt aus, was bereits Tendenz war, von manchen aber nicht wahrgenommen wurde.

Zugleich mit der Mitteilung des Entschlusses wurde von Heidelberger die Diskussion für die neue Satzung eröffnet und in der nächsten Sitzung sowie mit einem dafür eingerichteten Ausschuss erarbeitet. Am 11.04.1954 wurde die neue Satzung durch den Minister genehmigt und am 25.05.1954 im Amtsblatt veröffentlicht und der neue Vorstand eingesetzt.⁶² Die Arbeit an der gemeinsamen Satzung lässt sich in den Akten als ein Aushandlungsprozess und als papierene Praktik verfolgen: Alte Satzungsbestandteile wurden überschrieben und überklebt und neue Teile mit passenden Papierstücken angefügt, sodass eine Art Triptychon entstand, das man auseinanderfalten und so heute noch die Beteiligten mit ihren Beiträgen und die Arbeitsschritte am Papier und in der Sache nachverfolgen kann.

Nachdem man sich einen neuen Namen und eine neue Satzung gegeben hatte, wurden weitere Vorgehensweisen zur paritätischen Arbeit anvisiert, die zum Teil schon in der Satzung vorgegeben waren: Sitzungen sollten alternierend in den Landesteilen stattfinden, die Zeitschriften sollten als zwei getrennte bestehen bleiben. Bisherige Unternehmungen sollten, mit neuen Akzenten versehen, zusammengeführt werden. Als gemeinsames neues Großunternehmen sollte hier der historische Atlas für Baden-Württemberg nicht unerwähnt bleiben. Das war ein schon lange angedachtes Unternehmen, für das es Vorarbeiten gab und das nun gemeinsam betrieben wurde. Das kann man in Meinrad Schaabs Bericht über die Kommission und seinem Kapitel über den Atlas ausführlich nachlesen.⁶³ Konflikte hingegen finden sich eher in den Vorstandsprotokollen und gelegentlich in den Sitzungsberichten, wobei sie sich mehr an Personalien und an grundsätzlichen Einschätzungen zu den Schwerpunktsetzungen entzündeten als an den Zugehörigkeiten zu den Landesteilen. Der Atlas und später das Handbuch der Baden-Württembergische Geschichte waren geeignete Projekte für die Gesamtkommission, denn hier wurde in der Tradition der alten Interessen ein neues, die Kohärenz des neuen Staatsgebildes erzeugendes Wissen erstellt, das gleichzeitig für eine breitere Öffentlichkeit und für die Wissenschaft nützlich sein konnte.

Die Aufteilung in die zwei Sektionen blieb noch bis Anfang der 1980er-Jahre in der Satzung.⁶⁴ Dann war man so weit, dass der landsmannschaftlich-regionalen Prägung nicht mehr so viel Gewicht beigemessen wurde. Oder man sah sie einfach im Fortbestehen der beiden Zeitschriften genügend repräsentiert. Auch wurde 1960 in

62 Miller, 70 Jahre, 187.

63 Schaab, Staatliche Förderung, 128–172.

64 „Erst in der Satzung vom 21. Juli 1982 finden die Sektionen keine Erwähnung mehr.“ Freundliche Auskunft von Dr. Uwe Sibeth, Geschäftsführer der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Baden im Umfeld des Generallandesarchivs zusätzlich die „Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein“⁶⁵ gegründet, damit war unter anderem auch ein Pendant zum einflussreichen Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein geschaffen. Sitzungen und Vortragsveranstaltungen wurden in allen Landesteilen gehalten. Die Publikationsreihen fanden zusammen und werden als A- und B-Reihe unterteilt als Quellen und Forschungen nur sachlich unterschieden und nicht nach Provenienz, in den Nebenreihen haben sich noch regionale Segregationen erhalten, die aber keine Residuen alter Unterschiede sind, sondern zum Beispiel den Veröffentlichungen der oben genannten Arbeitsgemeinschaft dienen. Die Biografienreihe Württembergs, die Haering und Goessler so wichtig war, entwickelte sich aus den „Schwäbischen Lebensbildern“ über die „Lebensbilder aus Schwaben und Franken“ dann vereint mit den „Badischen Biographien“ zu den „Baden-Württembergischen Biographien“ (ab 1994). An manchen Stellen dauerte es eine Weile, bis es selbstverständlich war, dass man die historisch-landeskundliche Arbeit als eine gemeinsame ansah. Schaut man sich die bisherigen Leistungsbilanzen bei Miller und Schaab an, so hat sich die gemeinsame Kommission zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Der seinerzeitige Widerwille war vielleicht auch nur ein wenig reflektierter Traditionalismus, er täuschte auch darüber hinweg, dass es eigentlich ständig sachlichen und personellen Austausch gegeben und man sich gegenseitig inspiriert hatte. Eine Staatskommission – das waren beide und wollten es bleiben⁶⁶ – musste logischerweise dem Territorium folgen. Sie diente wie bisher auch legitimatorischen Zwecken und sollte Kohärenz erzeugen durch das kulturelle Wissen, das sie herstellt, und vor allem auch der Öffentlichkeit mitteilt. Solche Transformationsprozesse wurden zwar von einzelnen Akteuren innerhalb der Institution angestoßen, für die Durchsetzung brauchte es aber den Entschluss der Staatsbehörde: Die Konstellation in den Kommissionen (die Badische Historische Kommission hätte noch dazu förmlich erst noch wiedergegründet werden müssen und hätten sich mit dem belasteten Erbe der nationalsozialistisch bedingten Oberrheinischen Historischen Kommission auseinandersetzen müssen) hätte das nicht ermöglicht. Aus diesen drei Vorgängerinnen wäre von sich aus keine Einheitskommission zu entwickeln gewesen. Es brauchte also ministeriale Hebammen, damit nicht die vom ersten Vorsitzenden Max Miller befürchtete „ridiculus mus“, sondern eine arbeitsfähige Kommission für ein neues Bundesland das Licht der Welt erblicken konnte.

65 Mehr dazu bei Krimm, *Eine große, alte Dame*.

66 Es war ein Teil von Dölkers Argumentation für die grundsätzliche Erweiterung der Kommission, dass man aufpassen müsse, dass der Staat und die Öffentlichkeit nicht das Interesse an deren Arbeit und Existenz verlören.

Schleswig-Holstein – Land ohne Historische Kommission *Etablierungsversuche, Revierkämpfe, Deutungshoheiten*

MARTIN GÖLLNITZ

1. Historische Kommissionen als Akteure der Geschichtsschreibung

Neben der an den Universitäten institutionalisierten Landes- und Regionalgeschichte, den zahlreichen lokalen, regionalen und überregionalen Geschichtsvereinen sowie der Laienforschung insgesamt, stellen vor allem die Historischen Kommissionen wichtige Akteure dar, wenn es darum geht, die Vergangenheit einer territorialen Einheit zu interpretieren, zu deuten oder sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen.¹ Dennoch ist der Befund zur Situation ihrer Geschichtsschreibung, als moderne Entwicklungsgeschichte, die nach strukturellen Gemeinsamkeiten und Unterschieden, institutionellen Ausprägungen oder zentralen Funktionen dieser Institutionen fragt, überraschend einfach: Es gibt keine Geschichte der Kommissionsgeschichtsschreibung.²

- 1 Zur historischen Genese der Landes- und Regionalgeschichte sowie zu Konvergenzen und Divergenzen beider Disziplinen siehe neuerdings Freitag, Werner: Die disziplinäre Matrix der Landesgeschichte. Ein Rückblick. In: Hirbodian, Sigrid / Jörg, Christian / Klapp, Sabine (Hg.): Methoden und Wege der Landesgeschichte. Ostfildern 2015, 5–27; sowie Rummel, Walter: Landes- und Regionalgeschichte – Komplementärdisziplinen im gesellschaftlichen Umfeld. In: Hirbodian, Sigrid / Jörg, Christian / Klapp, Sabine (Hg.): Methoden und Wege der Landesgeschichte. Ostfildern 2015, 29–40; Werner, Matthias: Zwischen politischer Begrenzung und methodischer Offenheit. Wege und Stationen deutscher Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert. In: Moraw, Peter / Schieffer, Rudolf (Hg.): Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert. Ostfildern 2005, 251–364. Dort ist auch der jeweils aktuelle Forschungsstand wiedergegeben.
- 2 Die schon seit einigen Jahren Hochkonjunktur erfahrenden Historikerkommissionen, deren Anfänge sich bis in die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen und die im staatlichen, öffentlichen oder privaten Auftrag aktuelle historische Konflikte oder Forderungen nach einer Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht mittels geschichtswissenschaftlicher Methoden klären und bewerten sollen, dürfen nicht mit den hier behandelten Historischen Kommissionen verwechselt werden. Vgl. dazu Cornelissen, Christoph / Pezzino, Paolo: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Historikerkommissionen und historische Konfliktbewältigung. Berlin 2018, 1–18, hier 1; Cattaruzza, Marina / Zala, Sascha: Negotiated History? Bilateral Historical Commissions in Twentieth Century Europe. In: Jones, Harriet / Östberg, Kjell / Randerad, Nico (Hg.): Contemporary History on Trial. Europe since 1989 and the Role of the Expert Historian. Manchester

Aus der forschungsgeschichtlichen Perspektive muss dieser Sachverhalt erstaunen, schließlich blieben die Historischen Kommissionen nicht von den allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts verschont. Im Gegenteil, durch die enge Bindung an ein bestimmtes Territorium war und ist ihre Entwicklung besonders anfällig für raumbezogene Veränderungen. Einige von ihnen, in erster Linie die sogenannten „ostdeutschen“ Historischen Kommissionen, verloren ihr Bezugsterritorium vollständig; andere erhielten durch den neuen Zuschnitt von Ländergrenzen veränderte Bezugsgrößen. Nur in Einzelfällen gelang es den Kommissionen, ihren territorialen Bezugsrahmen zu bewahren.

Der Blick auf einen – hier nur imaginierten – Atlas der deutschen Historischen Kommissionen macht sichtbar, dass gegenwärtig in fast allen Bundesländern derartige Einrichtungen in den unterschiedlichsten Formen existieren: zum Teil mit historisch gewachsenen territorialen Zuschnitten oder aber als Akademie- bzw. Verbundprojekte. Eine Ausnahme bildet der nördlichste Zipfel der Bundesrepublik: Schleswig-Holstein und Hamburg müssen allem Anschein nach als die einzigen Länder ohne eine eigene oder fremdbezogene Historische Kommission gelten. Während die Hamburger Kulturbehörde im Jahr 1950 immerhin die Errichtung der Numismatischen Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Muster der Kultusministerkonferenz anregte,³ blieb es in der schleswig-holsteinischen Region in Bezug auf Kommissionsgründungen erstaunlich ruhig. In Anlehnung an eine bekannte französische Comicserie ließe sich überspitzt formulieren: „Ganz Deutschland ist von den Historischen Kommissionen besetzt ... Ganz Deutschland? Nein! Ein von unbeugsamen Schleswig-Holsteinern bevölkertes Land hört nicht auf, den Eindringlingen Widerstand zu leisten.“⁴

Mag diese ironische Analogie auch auf den gegenwärtigen Zustand zutreffen, muss sie doch aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive zumindest teilweise revidiert werden. Denn tatsächlich bestand ab Mitte der 1920er Jahre im Umfeld der Christian-

u. a. 2007, 123–143; Karn, Alexander: Depolarizing the Past. The Role of Historical Commissions in Conflict Mediation and Reconciliation. In: *Journal of International Affairs* 60 (2006), 31–50; Rathkolb, Oliver: Die späte Wahrheitssuche. Historikerkommissionen in Europa. In: *Historische Anthropologie* 8 (2000), 445–453.

3 Vgl. Hävernich, Walter: Bericht über das 1. Geschäftsjahr 1950. In: Cunz, Reiner (Hg.): *Concordia ditat. 50 Jahre Numismatische Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 1950–2000*. Regenstauf 2000, 34–38.

4 Gemeint ist ein Zitat aus den Asterix-Heften, die fast sämtlich mit folgender Einleitung – hier im französischen Original wiedergegeben – beginnen: „Toute la Gaule est occupée par les Romains ... Toute? Non! Car un village peuplé d’irréductibles Gaulois résiste encore et toujours à l’envahisseur.“ Vgl. zu dieser populären Eröffnung eines jeden Asterix-Abenteuers auch Gundermann, Christine: 50 Jahre Widerstand. Das Phänomen Asterix. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 6 (2009), H. 1, 115–128, hier 116 f. Nach Gundermann wird das Comiczitat vor allem in Tages- und Wochenzeitungen gerne als „ironische Analogie eines vermeintlich uralten und gleichzeitig zeitlos wirkenden Kampfes gegen einen übermächtigen Gegner gesetzt“.

Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft (SHUG) kurzzeitig eine solche Historische Kommission.⁵ Sie konnte aber aufgrund ihrer bescheidenen Existenzdauer von zehn Jahren kaum Impulse für die landesgeschichtliche Forschung setzen und ist im historischen Gedächtnis der Region heute weitgehend vergessen. Die Existenz dieser Einrichtung bildet den Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen, die sich mit der Frage befassen, weshalb es nach 1945 im neu gegründeten Bundesland Schleswig-Holstein zu keiner (Wieder-)Etablierung einer Historischen Kommission kam. Dabei wird die These zur Diskussion gestellt, dass in der erwähnten schleswig-holsteinischen Institution an sich, vor allem aber in ihrer wissenschaftlichen Zielsetzung und den damit verbundenen Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der regionalen Historikergemeinschaft, die Ursachen für das Fehlen einer solchen Einrichtung im nördlichsten Bundesland zu sehen sind.

Der vorliegende Beitrag nähert sich dem Themenkomplex „Land ohne Kommission“ in drei Schritten, die aufeinander aufbauen und ein differenziertes Gesamtbild ermöglichen sollen: Ausgehend von einer institutionengeschichtlichen Betrachtung, die (1.) Personen und Arbeitsschwerpunkte, (2.) innerwissenschaftliche Konflikte und forschungsstrategische Verankerungen in den Blick nimmt, wird (3.) nach alternativen landeshistoriographischen Deutungsangeboten gefragt. Schließlich erfüllen in den übrigen deutschen Landesteilen die Historischen Kommissionen durch ihre offizielle Traditionspflege und ihre wissenschaftlichen Vergangenheits(re)konstruktionen vielfach identitätsstiftende Funktionen.

2. Etablierung und Forschungsschwerpunkte der Baltischen Kommission

Zur Gründung der besagten Historischen Kommission kam es 1925 unter dem Theologen Otto Scheel (1876–1954),⁶ der erst im Jahr zuvor von Tübingen nach Kiel auf den für ihn errichteten Speziallehrstuhl für Schleswig-Holsteinische, Nordeuropäische und

5 Zur Entwicklung der SHUG in der Zwischenkriegszeit siehe bislang Jessen-Klingenberg, Manfred: Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft 1933–1945. Intrigen, Krisen, Kriegseinsatz. In: Prahl, Werner / Petersen, Hans-Christian / Zankel, Sönke (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 2. Kiel 2007, 61–98; Ders. / Jürgensen, Kurt: Universität und Land. Die Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft 1918–1993. Neumünster 1995, insb. 11–85. Eine Wiedergabe auch nur der wesentlichsten Titel zur Geschichte der CAU in der Weimarer Republik und im NS-Regime würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Einen aktuellen Forschungsüberblick zu dieser Thematik bietet Göllnitz, Martin: Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927–1945). Ostfildern 2018, 15–32. Zur Historiographie der CAU insgesamt siehe Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Die Christian-Albrechts-Universität und ihre Geschichtsschreibung. In: Christiana Albertina 78 (2014), 38–58.

6 Zur Person des Landeshistorikers Otto Scheel siehe neuerdings Mish, Carsten: Otto Scheel (1876–1954). Eine biographische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriographie und deutsch-

Reformationsgeschichte gewechselt war.⁷ Schon im Zuge seiner Berufungsverhandlungen mit dem Oberpräsidium der preußischen Provinz Schleswig-Holstein waren ihm die Mittel für die Gründung eines Baltischen Historischen Forschungsinstituts (BHF) zugesichert worden, welches er im Herbst des Jahres 1924 im Ostflügel des Kieler Schlosses einrichtete. Dabei lassen der Personalstab (Assistent, Sekretariat, Hilfskräfte) und die hauseigene Bibliothek den Eindruck entstehen, dass Scheel damit über ein persönliches Historisches Seminar im Kleinformat verfügte.⁸ Im Sommer des Folgejahres konstituierte Scheel aus dem Institut heraus eine spezielle Baltische Kommission (BK), bei der es sich nicht um eine feste Einrichtung handelte, sondern vielmehr um ein Gremium, das zwei- bis dreimal im Jahr unter dem Vorsitz Scheels tagte und im Wesentlichen über die Vergabe von Forschungsgeldern entschied.⁹ Im Gegensatz zum BHF verfügte die BK allerdings zu keinem Zeitpunkt über einen eigenen Etat, weshalb Scheel sich von Anfang an darum bemühte, seine neue Kommission an die SHUG anzugliedern. Diese Initiative erwies sich als erfolgreich, und schon am 25. Juni 1925 konnte der Landeshistoriker die Gründung der Baltischen Kommission bekannt geben. Mit der Gründung der BK erhofften sich die verantwortlichen Akteure,

dänischen Beziehungen. Göttingen 2015; Kurlander, Eric: Otto Scheel. National Liberal, Nordic Prophet. In: Haar, Ingo / Fahlbusch, Michael (Hg.): German Scholars and Ethnic Cleansing (1919–1945). New York 2006, 200–212.

- 7 Zum Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische, Nordeuropäische und Reformationsgeschichte, der 1924 vom Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein mit Blick auf eine mögliche Grenzrevision der 1920 nach Süden verschobenen deutsch-dänischen Grenze errichtet worden war, siehe ausführlich Mish, Otto Scheel, insb. 111–157; sowie Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Zwischen Grenzkampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität. Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zwischen 1945 und 1965. In: Cornelißen, Christoph (Hg.): Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945. Essen 2014, 101–129, hier 101–105; Göllnitz, Martin: Umbruch oder Kontinuität? Landesgeschichte unter Christian Degn (1974–1978). In: Auge, Oliver / Piotrowski, Swantje (Hg.): Gelehrte Köpfe an der Förde. Kieler Professorinnen und Professoren in Wissenschaft und Gesellschaft seit der Universitätsgründung 1665. Kiel 2014, 217–262, insb. 219–222. Siehe neuerdings auch Auge, Oliver: Vom Grenzkampf bis zu globalen Bezügen in der Geschichte Schleswig-Holsteins. Landes- und Regionalgeschichte an der CAU. In: Ders. / Schwedler, Gerald (Hg.): Impulse der Kieler Geschichtsforschung einst und heute für die deutschsprachige Geschichtswissenschaft. Zum 150-jährigen Bestehen des Historischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Kiel 2022, 147–181, insb. 153–158.
- 8 Vgl. etwa Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 301, Nr. 3669, Finanzplan des Provinzialausschusses, 07.10.1924; LASH, Abt. 371, Nr. 881, Bericht Scheels, 14.05.1925. Siehe ferner Mish, Otto Scheel, 139.
- 9 Die 1951 gegründete Baltische Historische Kommission, die aus den ab 1947 jährlich stattfindenden Treffen baltischer Historiker in Göttingen hervorging, sieht sich in keiner Tradition zur Kieler Kommission und nimmt auf diese auch keinerlei Bezug. Vgl. Pistohlkors, Gert von: Baltische Regionalgeschichte in universalhistorischer Perspektive. Sechzig Jahre Baltische Historikertreffen in Göttingen. In: Forschungen zur baltischen Geschichte 3 (2008), 11–32; Kaegbein, Paul / Lenz, Wilhelm: Fünfzig Jahre baltische Geschichtsforschung 1947–1996. Die Baltische Historische Kommission und die Baltischen Historikertreffen in Göttingen. Veröffentlichungen, Vorträge, Mitglieder. Köln 1997.

allen voran Scheel und der Vorstand der SHUG, „endlich auch für Schleswig-Holstein eine Lücke [auszufüllen]. Denn in den anderen Landesteilen Deutschlands wirken seit Jahrzehnten die örtlichen historischen Kommissionen zum großen Nutzen der wissenschaftlichen Erforschung der betreffenden Gebiete [...]“¹⁰ Zugleich bemühten sie sich darum zu versichern, dass sie keineswegs beabsichtigten, die Selbstständigkeit anderer schon bestehender historischer Gesellschaften anzutasten oder in deren Arbeitsbereiche überzugreifen. Sie wollten vielmehr darauf hinwirken, dass die BK künftig die „Grundlage und Stütze aller die Heimat und das Ostseegebiet betreffenden Forschungen“ darstelle, in deren Aufgabenfeld ferner die Zusammenfassung der „geistigen und finanziellen Kräfte unserer Heimat“ für jene „weitreichenden Forschungsaufgaben“ falle, die von den bereits bestehenden Organisationen nicht bearbeitet würden.“ Hinter dieser Formulierung stand offenbar die Sorge, die Neugründung könnte zu etwaigen Revierkämpfen innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Vereinslandschaft der Region führen. Nicht zu Unrecht, wie noch zu zeigen sein wird. Letzten Endes erfüllte die Kommission die an sie selbst gestellte Aufgabe nur unzureichend. Anstatt das Ostseegebiet in seiner vollen Breite zu erforschen, förderte sie vornehmlich Arbeiten zur traditionellen schleswig-holsteinischen Landesgeschichte – ein Aufgabengebiet, dem sich bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (GSHG) verpflichtet gefühlt hatte.

Bemerkenswert ist in Bezug auf die Etablierung der BK, dass sich deren forschungsstrategische Ausrichtung sichtbar von den tradierten Historischen Kommissionen unterschied. Letztere standen gewiss hinter Scheels Idee Pate, besaßen nach dessen Einschätzung aber nicht das geeignete Fundament für eine moderne landesgeschichtliche Forschung. Mit der Aufteilung in eine historisch-philologische Abteilung, deren Leitung Scheel selbst übernahm, und eine naturwissenschaftlich-geographische Abteilung unter dem Vorsitz des Ordinarius für Geologie und Paläontologie Ewald Wüst (1875–1934) war offenbar der Anspruch verknüpft, eine interdisziplinäre Landesforschung neuen Musters zu etablieren:

Mitbestimmend für die Begründung der Kommission auf der angegebenen breiten Grundlage war die Erwägung, den modernen Forschungsmethoden entsprechend nicht nur mit dem von den bisherigen Historischen Kommissionen fast ausschließlich gepflegten Gebiet, der politischen Geschichte des Landes, sich zu befassen, sondern über die Sprach- und Vorgeschichte hinweg bis zur Raum- und Erdgeschichte vorzudringen. Mit

10 Scheel, Otto: Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden der Baltischen Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 1 (1925), 95–97, hier 97. In diesem Beitrag ist auch die sechs Punkte umfassende Geschäftsordnung der BK abgedruckt. Siehe ferner LASH, Abt. 371, Nr. 881, Bericht Scheels über die Tätigkeit des Baltischen Historischen Forschungsinstituts 1925/26, 14.05.1926.

11 Scheel, Tätigkeitsbericht [1925], 97.

dieser Form dürfte vermutlich etwas Neues und Besonderes geschaffen sein, das auch für andere Länder erwägenswert werden könnte.¹²

Deutlich wird dies in erster Linie an der Zusammenstellung des Gremiums. Zwar machten Historiker stets den größten Teil des 30 Personen umfassenden Gremiums aus, doch wurden von Anfang an Vertreter anderer Fachbereiche wie Germanisten, Geologen, Skandinavisten, Staatswissenschaftler und Anthropologen als Mitglieder berufen.¹³ Mitte der 1920er Jahre war es keineswegs üblich, dass Historische Kommissionen in großem Umfang Wissenschaftler verwandter oder fremder akademischer Disziplinen aufnahmen – oftmals blieben sie reine Historikergemeinschaften. In personeller wie methodischer Hinsicht verschrieb sich die BK mit diesem programmatischen Rückzug von etatistischen Kategorien somit dem vordringlichsten volksgeschichtlichen Paradigma: Volkstums- statt Staatsarbeit.¹⁴ Die pangermanistische Idee und das Konzept ethnisch-kultureller Verbundenheit der vermeintlich germanischen Nationen im Ostseeraum aufgreifend, sollte Landesgeschichte künftig in volks- und raumhistorischer Absicht innovativ durchgeführt werden.¹⁵ Interdisziplinäre Volksforschung mit historischen Erkenntnisschwerpunkten wurde hier als dezidiert zukunftsorientierte

12 Archiv der Hansestadt Lübeck (AHL), Nachlass Johannes Kretschmar, Nr. I/3, Denkschrift *Die Baltische Kommission* vom November 1925.

13 Vgl. o. V.: Mitglieder der „Baltischen Kommission“. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 1 (1925), 77. Die Anzahl der Mitglieder im Gremium sank aufgrund von persönlichen Konflikten, Todesfällen oder Wegberufungen von Jahr zu Jahr. 1929 setzte sich die Kommission aus insgesamt 24 Personen zusammen, im Jahr 1931 waren es nur noch 23. Vgl. dazu o. V.: Die Baltische Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 5 (1929), H. 11; o. V.: 1. Die Baltische Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 7 (1931), H. 7.

14 Mish, Otto Scheel, 140. Zu einer vermeintlich „innovativen Landesgeschichte in volkshistorischer Absicht“, der Verknüpfung von Landes- und Volksgeschichte sowie zur „Volks- und Raumfrage“ in historischen Arbeiten der Zwischenkriegszeit siehe die immer noch grundlegende Studie von Oberkrome, Willi: *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*. Göttingen 1993, insb. 56–101.

15 Das im 19. Jahrhundert entstandene Schlagwort Pangermanismus bezeichnete in Anlehnung an den Panslawismus zunächst das gemeinsame Nationalbewusstsein aller germanischen Völker, später die Forderung nach einem gemeinsamen Staat aller deutsch sprechenden Völker. Die kleindeutsche Lösung der Reichsgründung 1871 ging vielen Nationalisten und Vertretern des Pangermanismus nicht weit genug, sie strebten fortan die Einbeziehung Österreich-Ungarns und anderer europäischer Gebiete mit deutschsprachigen Bevölkerungsteilen an. Erst am Vorabend des Ersten Weltkrieges setzte sich die Vorstellung durch, dass nur das „Blut“ oder die „Rasse“ die Einheit einer alldeutschen Nation schaffen könne. Vgl. Hering, Rainer: Art. „Pangermanismus“. In: Benz, Wolfgang (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Bd. 3: Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin 2010, 262–264; Korinman, Michel: *Deutschland über alles. Le pangermanisme 1890–1945*. Paris 1999. Dass Scheel ein Verfechter dieser Ideen war, belegt eine von ihm gemeinsam mit dem SHUG-Vorsitzenden Anton Schifferer unternommene Reise in die skandinavischen Länder 1927. Vgl. Jessen-Klingenberg, Manfred: *Nord-Locarno – Anton Schifferers und Otto Scheels „nordische Reise“ im Oktober 1927*. In: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 96 (1971), 309–339.

Aufgabe begriffen.¹⁶ Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg stellten speziell die jüngeren deutschen Historiker die konventionellen Ansätze der Diplomatie- und Personengeschichte infrage und definierten das „Volk“ als neuen Forschungsgegenstand.¹⁷ Mit diesem intendierten Paradigmenwechsel war auch eine politische Komponente verknüpft. Denn das Volksbodentheorem postulierte das „Recht“ des deutschen Volkes, jedes Staatsgebiet oder jeden Raum für sich zu beanspruchen, den es siedelnd erschlossen habe.¹⁸ Freilich blieben Begriffe wie „Volkstum“ eine vage Entität, doch sollten aus ihrer Kraft die Mittel zur Restitution der deutschen Machtposition geschöpft werden.¹⁹ Auch die Ostseeraumthematik, die im Mittelpunkt des Forschungsinteresses der Baltischen Kommission stand, resultierte mehrheitlich aus dem Anspruch, „die Kenntnis unserer Heimat zu vertiefen, zugleich aber die auf sie bezogenen wissenschaftlichen Probleme mit den großen Problemkreisen des uns umschließenden Vaterlandes in Verbindung zu setzen.“²⁰

Von derartigen Absichtserklärungen zur methodischen und thematischen Erneuerung der Landesgeschichte einmal abgesehen, erstreckte sich die praktische Arbeit der BK im Grunde genommen auf die Veröffentlichung eingereicherter Arbeiten. Eigene Projekte wurden von den Mitgliedern des Gremiums selten initialisiert, nur in Einzelfällen in die Praxis umgesetzt und in keinem einzigen Fall zum Abschluss gebracht. Das äußerst knapp bemessene Budget, das überwiegend aus dem Haushalt der SHUG

- 16 Oberkrome, *Volksgeschichte*, 82. Als äußerst fruchtbar für die Methodik und Thematik der Volksgeschichte erwiesen sich die landeshistorischen Ansätze von Hermann Aubin (1885–1969) und Rudolf Kötzschke (1867–1949). Kötzschke hatte schon vor 1914 von volkskundlichen Untersuchungen wie der Dialekt-, Flurnamen- oder Siedlungsforschung sowie bevölkerungsstatistischen Erhebungen, vergleichenden wirtschaftsgeschichtlichen Studien, numerischen Verfahren und der Kartographie Gebrauch gemacht. 1920 formulierte dann Aubin ein neues landesgeschichtliches Programm, welches das autonome Volksganze zugunsten von partikularen Gewalten und bedeutungslosen Duodezfürsten in den Vordergrund rückte. Vgl. ebd., 32–37.
- 17 Siehe dazu demnächst Göllnitz, Martin: *Stadt, Land, Volk? Zur wissenschaftspolitischen Instrumentalisierung der Landesgeschichte im Kontext von Heimat und Volkstumskampf in der Zwischenkriegszeit*. In: Auge, Oliver / Hecht, Michael (Hg.): *Jenseits von Ideologie und Borniertheit? Zum Verhältnis von Landesgeschichte und Heimatgeschichte (19. bis 21. Jahrhundert)*. Ostfildern [in Vorbereitung].
- 18 Vgl. dazu ausführlich ebd., passim; Fahlbusch, Michael: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*. Baden-Baden 1999; Haar, Ingo: *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*. Göttingen 2002; Volkmann, Hans Erich: *Historiker im Banne der Vergangenheit. Volksgeschichte und Kulturbodenforschung zwischen Versailles und Kaltem Krieg. Versuch eines thematischen Aufrisses*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), 5–12.
- 19 Oberkrome, *Volksgeschichte*, 23. Vgl. dazu auch Noodt, Birgit: *Fritz Rörig (1882–1952)*. Lübeck, Hanse und die Volksgeschichte. In: *Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde* 87 (2007), 155–180, hier 159.
- 20 Schifferer, Anton / Wolters, Friedrich / Petersen, Carl: *Jahresbericht der Universitäts-Gesellschaft 1925*. In: *Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft* 1 (1925), 80–94, hier 92.

und zu Teilen vom BHF stammte,²¹ reichte oft ohnehin nur für kleinere Projekte sowie Publikationen, die sich zudem fast ausschließlich mit historisch-geisteswissenschaftlichen oder geographisch-naturwissenschaftlichen Fragen des schleswig-holsteinischen Raumes befassten. Über die Druckwürdigkeit der Arbeiten entschied die Kommission auf Basis von internen oder bei Bedarf externen Fachgutachten. Als Publikationsplattform standen die neu etablierten *Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel* zur Verfügung, die wie schon die Förderung der BK auf einen früheren Beschluss der SHUG zurückgeht, eigene Schriften zur Landesgeschichte herauszugeben. Die ursprünglich geplante Reihe war also lediglich – und ausschließlich auf dem Papier – um den „Raum des Ostseegebietes“ und die „Geschichte der Baltischen Welt“ erweitert worden.²² Insgesamt erschienen in der Reihe 24 Abhandlungen mit zumeist regionalem Bezug und in traditioneller Manier. Von einem methodischen Erneuerungsgeist ist in den Arbeiten erstaunlich wenig zu spüren.²³

21 Ebd.

22 Scheel, Tätigkeitsbericht [1925], 95 f.

23 In den vom Breslauer Verlag „Ferdinand Hirt“ verlegten *Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel* (SBK) erschienen von 1926 bis 1937 folgende Werke: Credner, Wilhelm: Landschaft und Wirtschaft in Schweden. Ein Ausschnitt aus der Wirtschaftsgeographie des Ostseegebiets (SBK 1). Breslau 1926; Scheel, Otto: Der junge Dahmann (SBK 2). Breslau 1926; Schnell, Jenny: Die dänische Kirchenordnung von 1542 und der Einfluss von Wittenberg (SBK 3). Breslau 1927; Vogt, Walther Heinrich: Die Stilgeschichte der eddischen Wissensdichtung. Bd. 1: Der Kultredner (þulr) (SBK 4). Breslau 1927; Soltau, Heinrich: Die geographische Verbreitung und Bedeutung des Nebels in Schleswig-Holstein und Dänemark (SBK 5). Breslau 1927; Mager, Friedrich: Der Abbruch der Insel Sylt durch die Nordsee. Eine historisch-geographische Untersuchung (SBK 6). Breslau 1927; Tönnies, Ferdinand: Der Selbstmord in Schleswig-Holstein. Eine statistisch-soziologische Studie (SBK 7). Breslau 1927; Gehrcke, Carl: Theodor Mommsen als schleswig-holsteinischer Publizist (SBK 8). Breslau 1927; Rörig, Fritz: Hansische Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte (SBK 9). Breslau 1928; Holthausen, Ferdinand / Siebs, Benno Eide: Die Helgoländer. Eine Volkskunde der roten Klippe (SBK 10). Breslau 1928; Martens, Paul: Morphologie der schleswig-holsteinischen Ostseeküste (SBK 11). Breslau 1927; Engelke, Bernhard: Musik und Musiker am Gottorfer Hofe. Bd. 1: Die Zeit der englischen Komödianten 1590–1627 (SBK 12). Breslau 1930; Waschinski, Emil: Das kirchliche Bildungswesen in Ermland, Westpreußen und Posen. 2 Bde. (SBK 13). Breslau 1928; Pfeifer, Gottfried: Das Siedlungsbild der Landschaft Angeln (SBK 14). Breslau 1928; Hähnsen, Fritz (Hg.): Ursprung und Geschichte des Artikels V des Prager Friedens. Die deutschen Akten zur Frage der Teilung Schlesiens (1863–1879). 2 Bde. (SBK 15). Breslau 1929; Hüseler, Konrad: Geschichte der schleswig-holsteinischen Fayence-Manufakturen im 18. Jahrhundert (SBK 16). Breslau 1929; Mager, Friedrich: Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, 2 Bde. (SBK 17). Breslau 1930–1937; Jessen, Wilhelm (Hg.): Uwe Jens Lornsens Briefe an seinen Vater 1811–1837 (SBK 18). Breslau 1929; Jabben, Oltmann Tjardes: Die friesische Sprache der Karrharde. Lautlehre (SBK 19). Breslau 1931; Rörig, Fritz: Das Einkaufsbüchlein der Nürnberg-Lübecker Mulich's auf der Frankfurter Fastenmesse des Jahres 1495 (SBK 20). Breslau 1931; Eggers, Willy: Die Oberflächenformen der jungeszeitlichen Landschaft im südlichen Schleswig und nördlichen Holstein (SBK 21). Breslau 1934; Scheel, Otto: Bismarcks Wille zu Deutschland in den Friedensschlüssen 1866 (SBK 22). Breslau 1934; Rantzau, Johann Albrecht von: Europäische Quellen zur schleswig-holsteinischen Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. 1: Akten aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv 1818–1852 (SBK 23). Breslau

Zusätzlich zur Finanzierung von eingereichten Publikationen initialisierte oder förderte die BK nur in Einzelfällen neue Forschungsvorhaben. Größere, zumeist von außen an die Kommission herangetragene Projekte wie die *Baltische Biographie*, die auf eine Denkschrift des Kunsthistorikers Georg Dehio (1850–1932) und des Tübinger Ordinarius für Mittlere Geschichte Johannes Haller (1865–1947) zurückging, kamen nie über das Planungsstadium hinaus. Dabei verfolgte das Konzept Dehios und Hallers durchaus ambitionierte Ziele, wollte man doch „etwas Ähnliches bieten wie die Allgemeine deutsche Biographie“ und derart die „Erinnerung an die alten deutschen Kolonien im Osten des Baltischen Meeres (Livland, Estland und Kurland) lebendig“ halten.²⁴

Ein internes Vorhaben stellte dagegen das *Nordfriesische Wörterbuch* dar, für das die Kommission im Jahr 1927 eine eigene nordfriesische Abteilung einrichtete und sogar den Studienrat Julius Tedsen (1880–1939) vom Schuldienst freistellen ließ.²⁵ Ganz im Sinne der von Scheel propagierten Volkstumsarbeit ging es bei dem Wörterbuch nicht nur um eine Zusammenstellung des „lebende[n] Sprachgut[es]“, sondern der ausgewählte Bearbeiter hatte das „gesamte Volkstum, die Kultur der Nordfriesen, die Volkskunde im weitesten Sinne“ zu behandeln.²⁶ Bis 1931 bearbeitete Tedsen das Projekt planmäßig, dann musste er aus wirtschaftlichen Gründen in den Schuldienst zurückkehren, da es sich für die SHUG und die BK aus ökonomischen Gründen „als unmöglich erwies“, ihn während der Wirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre noch länger freizustellen. Die Arbeiten am Wörterbuch konnten daher „nur sehr gedämpft weitergeführt werden“.²⁷

Ausschlaggebend für die weitgehend gescheiterte Projektarbeit der BK dürfte das geringe Interesse Scheels an der tatsächlichen Arbeit der Kommission, ab 1927 ließ er sich wiederholt vertreten,²⁸ und der schmale Etat gewesen sein, der es schon ab 1928

1934; Prinz, Reinhard: Die Schöpfung der *Gísla Saga Súrssonar*. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Isländischen Saga (SBK 24). Breslau 1935.

24 Gundlach, Franz: Tätigkeitsbericht der Baltischen Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 3 (1927), 34 f.

25 In der Literatur findet die Baltische Kommission bezüglich der Schaffung eines gesamt-nordfriesischen Wörterbuchs keinerlei Erwähnung. Vgl. beispielhaft Walker, Alastair: Hans Kuhn, das Nordische Institut und die Anfänge der Nordfriesischen Wörterbuchstelle. In: Krüger, Jana u. a. (Hg.): Die Faszination des Verborgenen und seine Entschlüsselung: *Rāði sār kunni*. Beiträge zur Runologie, skandinavistischen Mediävistik und germanischen Sprachwissenschaft. Berlin 2017, 347–362, hier 354. Dieser Befund erstaunt, geht diese Kooperation doch auf Tedsen zurück: Tedsen, Julius: Plan zu einem großen nordfriesischen Wörterbuch. In: Nordfriesische Rundschau vom 11.11.1927.

26 Gundlach, Tätigkeitsbericht [1927], 34.

27 Scheel, Otto: Tätigkeitsbericht der Baltischen Kommission für das Jahr 1931. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 7 (1931), 16. Die Arbeit an dem Projekt führte nach dem Zweiten Weltkrieg die am 24. Juni 1950 am Nordischen Institut der CAU gegründete Nordfriesische Wörterbuchstelle fort. Siehe dazu Walker, Hans Kuhn, 354 f.

28 Insbesondere die zeitintensive Arbeit an dem dezidiert revisionistischen *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*, dessen Hauptredaktion er 1930 gemeinsam mit dem Kieler Neu-

nicht mehr erlaubte, alle eingereichten Arbeiten zu veröffentlichen. In der Folgezeit mussten diverse Publikationen mehrfach zurückgestellt werden.²⁹ 1930 entschied dann die SHUG eine erhebliche Begrenzung ihres Fördervolumens, wovon die BK direkt betroffen war. Fortan wurden nur noch diejenigen Projekte und Publikationen finanziell unterstützt, die aus den bereits begonnenen Tätigkeiten der Kommission resultierten.³⁰ Im Berichtsjahr 1931 stellte die Kommission ihre Arbeit dann weitgehend ein und auf jegliche Fortführung der Projekte wurde „aus Mangel an Mitteln bis auf weiteres verzichtet“.³¹ Zwar konnten zwischen 1934 und 1937 noch fünf weitere Studien in den hauseigenen Schriften erscheinen, zu einer Sitzung fand sich die BK aber nicht mehr zusammen und selbst die fortgeschrittenen Forschungsvorhaben blieben letztlich unverwirklicht. Dem Bericht der SHUG zum Kalenderjahr 1934/35, der sich fast wie ein akademischer Nachruf liest, ist zu entnehmen, dass die Baltische Kommission zu diesem Zeitpunkt de facto schon nicht mehr existierte.³²

3. Revierkämpfe um die forschungsstrategische Ausrichtung der Baltischen Kommission

Den verantwortlichen Akteuren in der Baltischen Kommission, in erster Linie also Otto Scheel und seinem Stellvertreter, dem Hansehistoriker Fritz Rörig (1882–1952), sowie dem Vorsitzenden der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft, Anton Schifferer (1871–1943), blieb natürlich nicht verborgen, dass ihre Neugründung innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Vereinslandschaft der Region äußerst kritisch beäugt wurde. Speziell die GSHG, die bis dahin wichtigste außeruniversitäre Institution im Bereich der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte, und ihr Schriftführer, der Landesbibliothekar Volquart Pauls (1884–1954), sahen in der

zeithistoriker Carl Petersen (1885–1942) übernahm, schränkte Scheels Engagement für die BK ein. Obgleich die Zentrale des politischen Großprojektes in die Räume des BHF einzog, schien es zu keiner Kooperation mit der BK gekommen zu sein. Vgl. zum Handwörterbuch Oberkrome, Volksgeschichte, 154–169; Ders.: Geschichte, Volk und Theorie. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“. In: Schöttler, Peter (Hg.): Geschichte als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt a. M. 1997, 104–127; Mish, Otto Scheel, 154–157.

- 29 Rörig, Fritz: Tätigkeitsbericht der Baltischen Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 4 (1928), 34–35, hier 35.
- 30 Schifferer, Anton / Petersen, Carl: Jahresbericht der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 1930. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 6 (1930), 17–24, hier 24.
- 31 Scheel, Tätigkeitsbericht [1931], 16.
- 32 Vgl. o. V.: Bericht über die Arbeit der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft im Jahrzehnt von 1924 bis 1934/35. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 8 (1934/35), 5–21, hier 16 f.; vgl. dazu ferner die Protokolle in AHL, Nachlass Fritz Rörig, Nr. 22 (Baltische Kommission, Kiel, 1924–1933).

BK einen unliebsamen Konkurrenten.³³ Daran änderte auch Pauls' Ernennung zum Kommissionsmitglied kaum etwas. Nicht viel anders verhielt es sich beim Hansischen Geschichtsverein,³⁴ deren Vertreter in der BK, die Archivleiter Hans Nirrnheim (1865–1945) und Johannes Kretzschmar (1864–1947), schon früh klarstellten, man dürfe den Archiven und Forschungseinrichtungen der Hansestädte Lübeck und Hamburg unter keinen Umständen „ins Gehege kommen“.³⁵ Kretzschmar gehörte neben Pauls zu den größten Kritikern der Kommission und bekannte in einem Brief an Rörig, er könne die BK schon deshalb nicht billigen, da sie durch ihre Ausdehnung auf den baltischen Raum ein „Konkurrenzinstitut“ darstelle. Für ihn war das Vorhaben letztlich nichts anderes als „eine von Scheels überspannten Ideen, die an Großmannssucht streifen“.³⁶ Bei einem derart stark ausgeprägten Ressortprotektionismus, von dem das Gros der etablierten Träger schleswig-holsteinischer Landesgeschichte offenbar ergriffen war, verwundert es nicht, dass die Arbeit der Baltischen Kommission nur stockend vorankam und letzten Endes kaum Erfolge zeitigte. Deutlich tritt hier die Sorge vor einem neuen Rivalen zutage, zumal sich die Bedenken auf ganzer Linie zu bestätigen schienen.

Entgegen der vollmundigen Verlautbarungen spielte der Ostsee- bzw. baltische Raum allenfalls eine untergeordnete Rolle im Arbeitsprogramm und Themenspektrum der Kommission und trat nach dem ersten Band in der hauseigenen Schriftenreihe kaum noch in Erscheinung.³⁷ Methodisch innovative und interdisziplinäre Studien sucht man im Œuvre der Baltischen Kommission vergeblich, womit die offizielle Zielsetzung eindeutig verfehlt wurde. Die veröffentlichten Studien befassen sich stattdessen überwiegend mit den politik- oder wirtschaftshistorischen Fragen der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte. Mit ihren politischen Konzeptionen „großer Männer“ waren die Autoren und Herausgeber der BK, wie Carsten Mish betont, „Lichtjahre von dem entfernt, was [sie sich] in methodisch-theoretischer Hinsicht auf die Fahnen geschrieben hatte[n]“.³⁸

33 Vgl. Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (SHLB), Nachlass Ludwig Ahlmann, Cc 19, A–B, Aktennotiz des Vorsitzenden der GSHG, 19.11.1925.

34 Zu den volksgeschichtlichen Ansätzen in der Hanseforschung der 1920/30er Jahre vgl. Stubbe da Luz, Helmut: „Die Arbeit in der gewohnten Form fortgesetzt“? Der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, die Bremer Historische Gesellschaft und der Hansische Geschichtsverein in der NS-Zeit. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/06), 289–345; Noodt, Fritz Rörig, 155–180; sowie Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Hansegeschichte als Regionalgeschichte. Das Beispiel des Kieler Historikers Wilhelm Koppe (1908–1986). In: Hansische Geschichtsblätter 131 (2013), 229–273.

35 Staatsarchiv Hamburg (StAHH), Nachlass Hans Nirrnheim, Best. 622–2/44, Nr. 21, Kretzschmar an Nirrnheim, 30.11.1925.

36 AHL, Nachlass Johannes Kretzschmar, Nr. I/3, Kretzschmar an Rörig, 19.02.1929.

37 Siehe die Studie Credner, Landschaft.

38 Mish, Otto Scheel, 142. Vgl. die Arbeiten: Gehrcke, Mommsen; Jessen, Lornsens Briefe; Scheel, Dahlmann.

Die Kommission trat somit für alle Landeshistoriker sichtbar in Wettstreit zum Hansischen Geschichtsverein und zur GSHG. Vor allem für die alteingesessene Geschichtsgesellschaft wog dies besonders schwer, da sie zum einen ihren Alleinvertretungsanspruch für die Geschichte Schleswig-Holsteins einbüßte und zum anderen mit dem BHF um die öffentlichen Mittel des Provinzialausschusses konkurrieren musste. Zusammen mit den Fördersummen der SHUG verfügten Scheels Institute – BHF und BK – über einen deutlich größeren Etat als die GSHG.³⁹ Der Kleinkrieg um die Finanzen und den thematischen Zuschnitt der BK brachte das Fass allmählich zum Überlaufen. Schließlich hatte Scheels Beteuerung bei der Gründung der Kommission 1925, nicht auf die Arbeitsfelder bereits bestehender historischer Gesellschaften übergreifen zu wollen, zwölf Monate Bestand gehabt.

Wie wenig Bedeutung Scheel seinen eigenen Versprechen beimaß, zeigt sich an einem auf den Göttinger Historiker Arnold Oskar Meyer (1877–1944) zurückgehenden Forschungsvorhaben, das die BK gemeinsam mit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ab Herbst 1926 realisierte.⁴⁰ Meyer hatte im August 1925 in einer Denkschrift mit dem Titel *Die europäischen Quellen zur schleswig-holsteinischen Geschichte* angeregt, die wichtigsten Staatsarchive Europas nach neuzeitlichem Aktenmaterial zu durchforsten, diese systematisch zu erfassen und in edierter Form herauszugeben:

Schleswig-Holsteins Geschichte ist zu allen Zeiten, und in der Neuzeit mehr noch als im Mittelalter, durch den Strom europäischer Ereignisse und europäischer Politik so stark durchflutet worden, daß die Erforschung der Landesgeschichte so lange Bruchstück bleiben wird, bis ihr die noch unerschlossenen Quellen aus den großen Staatsarchiven in Wien, Berlin, München, London, Paris, Brüssel, Moskau, Kopenhagen, Stockholm zugeführt werden. Keine größere und lohnendere Aufgabe als diese gibt es auf dem Felde der schleswig-holsteinischen Geschichtsforschung für die neugegründete Baltische Historische Kommission.⁴¹

Die Bearbeitung des Großprojekts übernahm Scheels Assistent am BHF Johann Albrecht von Rantzau (1900–1993). Geplant als mehrbändige Reihe, sollte ausgehend vom Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv am Ende eine umfängliche Quellenedition entstehen – angelegt als „Verbindung von Inventarisierung, Regesten und [dem] Abdruck der wesentlichen Akten“.⁴² Obleich Rantzaus Recherche unter einem guten Stern

39 Vgl. diesbezüglich die von Volquart Pauls vorgenommene finanzielle Aufschlüsselung: LASH, Abt. 397, Nr. 143, Pauls an das Oberpräsidium, Januar 1935.

40 Zum Vorläufer der Deutschen Forschungsgemeinschaft siehe Flachowsky, Sören: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg. Stuttgart 2008; Marsch, Ulrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte 1920–1925. Frankfurt a. M. 1994.

41 Meyer, Arnold Oskar: Die europäischen Quellen zur schleswig-holsteinischen Geschichte. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 2 (1926), 168–176, hier 168 f.

42 Scheel, Otto: Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden der Baltischen Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 2 (1926), 166–168, hier 167.

stand und er 1930 die archivalischen Untersuchungen in Wien abschließen konnte, wurden die Arbeitspläne im Folgejahr auf Eis gelegt.⁴³ Während der Weltwirtschaftskrise waren die kostenintensiven Forschungen in den Archiven Europas schlicht nicht durchführbar, sofern sie innerhalb der SHUG und der Notgemeinschaft nicht ohnehin als unnötiger Luxus galten.

Problematisch an dem ganzen Vorhaben war, dass es sich dabei um ein reguläres Spielfeld der konventionellen Landesgeschichtsforschung handelte,⁴⁴ welches die GSHG mit ihrer eigenen Schriftenreihe *Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* abzudecken versuchte. Allem Anschein nach befand sich die Geschichtsgesellschaft in einem Dilemma, konnte sie doch nicht grundsätzlich gegen das Forschungsprojekt opponieren: Zum einen profitierten auch ihre eigenen Mitglieder von einer derart konzipierten Quellensammlung, zum anderen besaß sie schlichtweg nicht die finanziellen Mittel, um diese teure und zeitintensive Arbeit durchzuführen. Selbst bei einer positiven Drittmittelbewilligung wäre es aller Voraussicht nach nicht zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit Meyer gekommen, da dieser, in seiner Zeit als Vorstandsmitglied der GSHG, das Opfer diverser interner Konflikte geworden war – woraus sich auch erklärt, warum sich der Göttinger Ordinarius mit seiner Idee an Scheel und nicht an Pauls wandte.⁴⁵ Zum Zeitpunkt der Projektinitialisierung gehörte Scheel noch nicht dem Vorstand der GSHG an, diesen Schritt vollzog er erst Ende des Jahres

- 43 Der erste Band für den Zeitraum von 1818 bis 1852 wurde aus finanziellen Gründen erst 1934 publiziert, obwohl das fertige Manuskript dem Verlag schon 1931 vorlag. Siehe Rantzau, Europäische Quellen.
- 44 Zur traditionellen Arbeit landeshistorischer Vereine und deren regionalem Geschichtsbewusstsein siehe in Auswahl: Clemens, Gabriele B.: Regionaler Nationalismus in den Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts? In: Westfälische Forschungen 52 (2002), 133–158; Kunz, Georg: Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewusstsein in den deutschen historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2000; Neitmann, Klaus: Geschichtsvereine und Historische Kommissionen als Organisationsformen der Landesgeschichtsforschung. Dargestellt am Beispiel der preußischen Provinz Brandenburg. In: Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin 2006, 115–182; Pabst, Klaus: Historische Vereine und Kommissionen in Deutschland bis 1914. In: Seibt, Ferdinand (Hg.): Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. München 1986, 13–38. Diesbezügliche thematische Studien zu den 1920er Jahren existieren kaum, da dieser Zeitabschnitt oftmals in Arbeiten zum Nationalsozialismus mehr oder weniger am Rande abgehandelt wird. Siehe exemplarisch die Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/06), in denen die Beiträge des 2005 in Stuttgart veranstalteten 32. Tages der Landesgeschichte abgedruckt sind. Als übergeordnetes Thema wählten die Veranstalter: „Historische Vereine im Nationalsozialismus“. In insgesamt 13 Beiträgen befassen sich die Autoren mit regional unterschiedlichen Geschichtsvereinen, prominenten Landeshistorikern und methodischen Fragen der Landesgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.
- 45 Vgl. dazu LASH, Abt. 399.57, Nachlass Karl Strackerjahn, Nr. 4, Meyer an Strackerjahn, 08.05.1919; ausführlich berichtet dazu Cordes, Lena: Regionalgeschichte im Zeichen politischen Wandels. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte zwischen 1918 und 1945. Frankfurt a. M. 2011, 32 f., 47–53.

1925.⁴⁶ Pauls – der mit Meyer zerstritten war, zu Scheel in offener Rivalität stand und sowohl in der SHUG als auch in der BK unliebsame Konkurrenten erblickte – waren somit Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre die Hände gebunden. In Anbetracht der Tatsache, dass Scheel gewichtige Fürsprecher im schleswig-holsteinischen Oberpräsidium und an der CAU besaß, blieb dem streitbaren Schriftführer der GSHG keine andere Möglichkeit, als im Gremium der Baltischen Kommission gegen das Projekt zu intervenieren – freilich erfolglos.

Wenngleich Scheel in der Nachkriegszeit gegenüber Dritten wie etwa dem Kieler Mediävisten Karl Jordan (1907–1984) gerne behauptete, die von ihm etablierte Kommission sei ein Opfer der Nationalsozialisten geworden, „die es natürlich nicht ertrugen, dass eine von ihnen unabhängige wissenschaftliche Kommission bestünde“;⁴⁷ ist das Ende der BK im Wesentlichen auf den dauernden Ressortprotektionismus und die damit verbundenen Kompetenzkonflikte zurückzuführen. Ausschlaggebend war eine von Pauls verfasste *Denkschrift über die notwendige Zusammenfassung der landes- und volkskundlichen Forschung in Schleswig-Holstein*, die er im Juli 1933 an den Gauleiter der NSDAP Hinrich Lohse (1896–1964), der in Personalunion als neu ernannter Oberpräsident der Region fungierte, sandte.⁴⁸

In dem Memorandum empfahl er die Gründung eines „Instituts für schleswig-holsteinische Landes- und Volkskunde“, unter dessen Dach sich alle landes- und volkskundlichen Forschungsbestrebungen zusammenfassen ließen, ohne dass dadurch ein „ausgedehnter Verwaltungsapparat“ entstünde.⁴⁹ Gemäß Pauls’ Vorstellungen sollten auf diese Weise seine landeshistorischen Rivalen auf „den ganzen Raum des Ostseebereiches und die Geschichte der baltischen Welt“ begrenzt werden; die genuine Landesgeschichte hätte im projektierten Institut hingegen alleiniges Betätigungsfeld der GSHG zu sein:

46 LASH, Abt. 397, Nr. 143, Pauls an das Oberpräsidium, Januar 1935.

47 LASH, Abt. 399.67, Nachlass Otto Scheel, Nr. 39, Scheel an Jordan, 14.08.1950.

48 Siehe dazu LASH, Abt. 301, Nr. 5510, *Denkschrift über die notwendige Zusammenfassung der landes- und volkskundlichen Forschung in Schleswig-Holstein*, 12.07.1933. Bislang existiert keine Biographie zu Hinrich Lohse, sodass über dessen wissenschafts- oder hochschulpolitisches Wirken während des NS-Regimes kaum etwas bekannt ist. Sein mangelndes Interesse für die regionale Hochschulpolitik thematisiert Göllnitz, *Der Student. Zum generellen Einfluss der Gauleiter auf die Hochschulen* vgl. Grüttner, Michael: *Hochschulpolitik zwischen Gau und Reich*. In: John, Jürgen / Möller, Horst / Schaarschmidt, Thomas (Hg.): *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“*. München 2007, 177–193. Zu Lohse siehe u. a. Danker, Uwe: *Der schleswig-holsteinische Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biografie*. In: Ruck, Michael / Pohl, Karl Heinrich (Hg.): *Regionen im Nationalsozialismus*. Bielefeld 2003, 91–120; Ders.: *Oberpräsident und NSDAP-Gauleitung in Personalunion: Hinrich Lohse*. In: *Nationalsozialistische Herrschaftsorganisationen in Schleswig-Holstein*, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein. Kiel 1996, 23–44.

49 LASH, Abt. 397, Nr. 365, *Skizze für ein Institut für schleswig-holsteinische Landes- und Volkskunde*, 12.07.1933.

Träger und Mittelpunkt der landesgeschichtlichen Forschung in unserem Lande ist ein ganzes Jahrhundert hindurch vornehmlich die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte gewesen, die im März dieses Jahres auf eine hundertjährige Tätigkeit zurückblicken konnte. Von ihrer fruchtbaren Arbeit während dieses Zeitraums zeugt neben wichtigen Quellenpublikationen (Urkundenbuch, Siegel- und Quellensammlung) und Einzelschriften (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins) die lange Reihe ihrer Zeitschrift [...]. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte hat von je her das ganze weitgespannte Gebiet der Landesgeschichte und geschichtlichen Landeskunde gepflegt.⁵⁰

Wenn Pauls in seiner Denkschrift darauf verwies, von der Wirksamkeit des BHF sei „nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen“ und die wissenschaftliche Tätigkeit der BK sei nach der „Juli-Krisis 1931“ weitgehend zum Erliegen gekommen,⁵¹ konnten gewiss keine Zweifel daran bestehen, dass er mit seinem Vorstoß auf eine Wiederherstellung der landesgeschichtlichen Monopolstellung der Geschichtsgesellschaft abzielte. Zwar scheiterte er mit seinem Anliegen, doch präsentierte er sich hier als geeigneter Fachmann für die historische Vereinslandschaft. Wohl auch deshalb erhielt er nur anderthalb Jahre später erneut die Möglichkeit gegen seine Widersacher zu opponieren – und dieses Mal hatte er mehr Erfolg. Das Oberpräsidium war offenbar Ende des Jahres 1934 mit der Bitte um Stellungnahme an ihn herangetreten, ob es zur Finanzierung des Baltischen Historischen Forschungsinstituts verpflichtet sei. In einem umfangreichen Dossier legte er seinem Auftraggeber eine „rationellere Verwendung“ der öffentlichen Mittel nahe, deren Verteilung „von dem Zustande vor der Errichtung“ des BHF ausgehen müsse.⁵² Eine „Verpflichtung zur dauernden Unterhaltung des Instituts“ durch die Provinz wollte er in dem ihm zur Verfügung stehenden Aktenmaterial dagegen nicht erkennen und begründete seine Empfehlung auffallend minutiös, wobei er von seinem Wissen als Mitglied des BK-Gremiums profitierte. Laut Pauls sei es den beiden Institutionen (BHF und BK) weder gelungen, sämtliche Historiker der Provinz zu einer

50 LASH, Abt. 301, Nr. 5510, Denkschrift über die notwendige Zusammenfassung der landes- und volkskundlichen Forschung in Schleswig-Holstein, 12.07.1933. Aus landesgeschichtlicher Perspektive erscheint es zudem durchaus interessant, dass Pauls zusätzlich eine Gleichschaltung der regionalen Geschichtsvereine empfahl, die künftig von der GSHG geführt werden sollten: „Neben der Zusammenfassung der wissenschaftlichen Arbeit in einem Institut für schleswig-holsteinische Landes- und Volkskunde wäre ein Zusammenschluß der lokalen Geschichts- und Heimatvereine der Provinz dringend zu wünschen. [...] Auch sie arbeiten bisher ohne Verbindung miteinander. Eine Zusammenfassung zu einer Arbeitsgemeinschaft würde die Möglichkeit schaffen, die Arbeit dieser lokalen Vereine planmäßiger zu gestalten [...] und ihre Arbeiten der allgemeinen landesgeschichtlichen und landeskundlichen Forschung dienstbar zu machen. Das könnte unter der Leitung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte [geschehen].“

51 Ebd.

52 LASH, Abt. 397, Nr. 143, Pauls an das Oberpräsidium, Januar 1935. Dort finden sich auch die folgenden Zitate.

Mitarbeit zu bewegen noch methodische Impulse für die Landesgeschichte zu setzen. Die dem BHF zugewiesenen Mittel seien in erster Linie in einen aufgeblähten Verwaltungsapparat geflossen, ohne dass es dieser vermocht hatte, eigene Forschungsvorhaben zu initialisieren; lediglich ein kleiner Teil des Haushalts sei der Schriftenreihe der Baltischen Kommission zugutegekommen.

Die Argumentation Pauls' aufgreifend, teilten die Empfänger des Gutachtens Scheel umgehend mit, aus Gründen einer einheitlichen Finanzwirtschaft werde der Provinzialausschuss künftig nur noch die GSHG fördern.⁵³ Kurze Zeit darauf wurde dann auch die BK finanziell schachmatt gesetzt, nachdem das Oberpräsidium als neuer Schirmherr der SHUG die von dort an die Kommission geflossenen Fördergelder kappte.⁵⁴ Tatsächlich machte das Oberpräsidium damit nur offiziell, was seit 1931 de facto Realität war: Die Baltische Kommission war am aggressiven Ressortprotektionismus der Geschichtsgesellschaft gescheitert. In der kurzen Phase ihres Bestehens hatte sie es zudem nicht vermocht, ihre lautstark proklamierten Ziele und Aufgaben zu erfüllen oder sich in methodisch-konzeptioneller Hinsicht von dem vermeintlichen Platzhirsch der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte abzugrenzen. Gleichwohl Scheel auch in den Folgejahren methodische Innovation in der landeshistorischen Disziplin anmahnte, gehörte er nicht zu jenem Kreis von Landeshistorikern, die den Wissenschaftszweig der Landesgeschichte auf einen Pfad jenseits „der etatistischen und territorialistischen Mauer“ führte.⁵⁵

4. Alternative landeshistoriographische Deutungsangebote

Was die Geschichtsgesellschaft anbelangt, war ihr Bestreben, die eigene Deutungsmacht in der schleswig-holsteinischen Landeshistoriographie weiter zu festigen und auszubauen, eine wesentliche Ursache für das Scheitern der Baltischen Kommission.

53 Ebd., Oberpräsidium an Scheel, 17.01.1935.

54 Mish, Otto Scheel, 184 f. Zur Übernahme der SHUG durch Gauleiter Hinrich Lohse vgl. Jesen-Klingenberg, Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft, 81–83.

55 LASH, Abt. 399.67, Nachlass Otto Scheel, Nr. 27, Manuskript des Vortrages „Landesgeschichte als politische Wissenschaft“, 13. Diesen Vortrag hielt Scheel 1939 im Rahmen der Jahrestagung des Instituts für Volks- und Landesforschung (IVL), welches ein Jahr zuvor als An-Institut der CAU gegründet worden war. Es gehört wohl zu den erstaunlichsten Paradoxien der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte, dass ausgerechnet Scheel zum wissenschaftlichen Leiter dieses Instituts auserkoren wurde, obwohl Pauls mit seiner Initiative zur Etablierung des IVL gerade jenen im Bereich der landeshistorischen Forschung hatte kaltstellen wollen. Zum IVL siehe Diedrichsen-Heide, Karen: Das Institut für Volks- und Landesforschung an der Universität Kiel. Ein Element nationalsozialistischer Kulturpolitik. Seine Vorläufer – seine Nachfolger. In: Kieler Blätter für Volkskunde 25 (1993), 21–63; Mish, Otto Scheel, 192–197. Vgl. ferner den Beitrag Hoffmann, Gottfried: Das Institut für Volks- und Landesforschung an der Landesuniversität Kiel. Sein Aufbau und seine Aufgaben. In: Kieler Blätter 1 (1938), 213–215.

Es erwies sich von Vorteil, dass Volquart Pauls über gute Kontakte zum Oberpräsidium der Provinz verfügte, die dieser zudem gekonnt auszunutzen verstand. Indem er seinem unmittelbaren Konkurrenten auf dem landesgeschichtlichen Feld die Verschwendung öffentlicher Mittel und einen unzureichenden wissenschaftlichen Output vorwarf, positionierte er sich und die Gesellschaft zugleich als die besseren Ansprechpartner, wenn es darum ging, landeshistoriographische Deutungsangebote zu erarbeiten. Diese Taktik erwies sich zwar während des NS-Regimes als erfolgreich, sie erklärt aber nicht, warum es nach 1945 zu keiner Neugründung einer Historischen Kommission in Schleswig-Holstein kam. Dazu bedarf es einer näheren Inaugenscheinnahme der GSHG, die seit ihrer Gründung zum Kreis der sogenannten „Professorenvereine“ gezählt werden muss.⁵⁶

Als sich am 13. März 1833 im Haus des Kieler Advokaten Meyer Isaac Schiff (1783/84–1847) vierzehn an der Landesgeschichte interessierte Männer dazu entschlossen, die Schleswig-Holstein-Lauenburgische Gesellschaft für vaterländische Geschichte ins Leben zu rufen, befanden sich unter ihren Gründern und Vordenkern auch namhafte Professoren der Kieler Universität.⁵⁷ Ziel war es, neben der Aufarbeitung der lückenhaften schleswig-holsteinischen Geschichte sowie der Erschließung landesgeschichtlicher Quellen auch von Anfang an als Identitätsstifterin für die geschichtsinteressierte Bevölkerung der Herzogtümer aufzutreten; Vergangenes sollte erforscht und für die Gegenwart im Sinne der eigenen politischen Ideale nutzbar gemacht werden.⁵⁸ Doch erschließt sich die Gründung der in Schleswig, Holstein und Lauenburg ansässigen Gesellschaft nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der seinerzeit umkämpften Grenzziehung zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund. Vor allem die beiden GSHG-Mitglieder Christoph Dahlmann (1785–1860) und Georg Waitz (1813–1886) betrieben zwischen 1814 und 1864 ja nicht nur Geschichtsschreibung. Vielmehr gehörten sie zu den Vorkämpfern und Wegbereitern des sogenannten Schleswig-Holsteinismus.⁵⁹ In der Satzung wurde der Zweck der gesellschaftlichen Tätigkeit aber lediglich folgendermaßen festgelegt:

56 Als Professorenvereine werden jene Vereine des 19. Jahrhunderts klassifiziert, „die ein überdurchschnittlich hohes Maß an Professionalität und Forschungsniveau aufwiesen und personell und fachlich vom Potential der jeweiligen Universität stark profitierten“. Vgl. dazu Kunz, Verortete Geschichte, 69 (Zitat).

57 LASH, Abt. 397, Nr. 2, Protokoll über die erste Versammlung der Gesellschaft, 03.04.1833. Vgl. ferner Pauls, Volquart: Hundert Jahre Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. 1833–13. März – 1933. Neumünster 1933, 16 f. Ihren jetzigen Namen erhielt die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte im Jahr 1879.

58 Cordes, Regionalgeschichte, 20–22; sowie Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Landesgeschichtliche Zeitschriften und universitäre Landesgeschichte. Das Beispiel Schleswig-Holstein (1924–2008). In: Küster, Thomas (Hg.): Medien des begrenzten Raumes. Regional- und landesgeschichtliche Zeitschriften im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u. a. 2013, 69–125, insb. 69–73.

59 Vgl. etwa Degn, Christian: Geschichtsschreibung in Schleswig-Holstein. Ausdruck ihrer Zeit. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 109 (1984), 11–34, hier 28 f.

Was aber zunächst die Aufgabe des jetzt zu stiftenden Vereins beträfe, so müßte derselbe, nach geschehener Organisation dahin arbeiten, daß die etwa noch vorhandenen, im Privatbesitz oder in Archiven befindlichen Urkunden, Chroniken und andere handschriftliche Dokumente gesammelt, die ungedruckten bekannt gemacht, über gedruckte und ungedruckte sorgfältige Register verfasst und eine zur Beförderung der geschichtlichen Forschungen und der Verbreitung derselben dienliche Zeitschrift herausgegeben werden. Wobei noch zu bemerken sey, dass die Arbeiten der Gesellschaft sich nicht auf das Historische im engeren Sinne beschränken dürften, sondern alle Zweige desselben, sowie auch das Statistische der Gegenwart und Vorzeit, umfassen müssen.⁶⁰

Gemäß den Statuten übernahm die GSHG seit ihrer Etablierung also jene Aufgabengebiete, die im Allgemeinen den Historischen Kommissionen zugewiesen wurden: Grundlagenforschung sowie Vermittlung und Stiftung einer regionalen respektive landesbezogenen Identität.⁶¹ Dass sie dabei keinen Rivalen neben sich duldet, ist bereits thematisiert worden. Innerhalb der Provinz beharrte sie stets auf ihrem Alleinstellungsmerkmal, als einziger Verein die „Kenntnis der Geschichte und der geschichtlichen Landeskunde von Schleswig-Holstein [in ihrer Gesamtheit] zu fördern und zu verbreiten“.⁶² An dem derart regional, nicht lokal definierten Arbeitsprogramm hielt die Geschichtsgesellschaft auch nach 1945 beharrlich fest, wie einem Eintrag im Protokollbuch der GSHG vom Mai 1949 entnommen werden kann. Demzufolge kaprizierte sich der Beirat auf die „Fortsetzung der Landesgeschichte in der bisherigen Linie“ – dies sei immerhin „eine einmalige Leistung“.⁶³

Da eine ausführliche Beschäftigung mit den Projekten und einzelnen Arbeitsbereichen des Vereins den Rahmen des vorliegenden Beitrages sprengen würde, soll im Folgenden nur die 1933 begründete Reihe *Geschichte Schleswig-Holsteins* in den Blick genommen werden. Die sogenannte „große Landesgeschichte“ stellt das bislang längste Projekt der GSHG dar und wurde von Volquart Pauls bereits ab 1927 vorangetrieben, nach 1945 vorerst auf Eis gelegt und zu Beginn der 1950er Jahre von Grund auf neu konzipiert. Das ursprüngliche Konzept sah vor, die schleswig-holsteinische Geschichte

60 LASH, Abt. 397, Nr. 2, Protokoll über die erste Versammlung der Gesellschaft, 03.04.1833. In ihren Statuten formulierte die Gesellschaft als Ziel, zur „Erweiterung und Verbreitung vaterländischer Geschichtskunde“ durch das Sammeln, Erschließen und Veröffentlichern der überlieferten landesgeschichtlichen Quellen beitragen zu wollen. Vgl. Statut der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte vom 06.07.1833. In: Archiv für Staats- und Kirchengeschichte der Herzogtümer Schleswig, Holstein, Lauenburg und der angrenzenden Länder und Städte 1 (1833), H. 1, XXXV–XXXX, hier XXXV.

61 Volquart Pauls brachte diesen Punkt auch in seinem Dossier an das Oberpräsidium zum Ausdruck, wenn er etwa schreibt, dass die „Geschichtsgesellschaft für Schleswig-Holstein die gleichen Aufgaben zu erfüllen hat wie die in andern Landesteilen bestehenden historischen Kommissionen“. LASH, Abt. 397, Nr. 143, Pauls an das Oberpräsidium, Januar 1935.

62 LASH, Abt. 397, Nr. 2, Satzung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 22.07.1931.

63 Ebd., Protokoll der Sitzung des Beirates, 13.05.1949.

von der Stein- und Bronzezeit bis ins 20. Jahrhundert in insgesamt sechs Bänden zu behandeln.⁶⁴ Als Mitherausgeber fungierte Otto Scheel, der 1933 eine erste Probelieferung vorlegte; es folgten bis 1942 vier weitere Lieferungen und ein vollständiger Band aus der Feder des Prähistorikers Gustav Schwantes (1881–1960). Fehlende Geldmittel, zum Kriegsdienst eingezogene Autoren und interne Streitigkeiten verhinderten jedoch eine Fertigstellung noch während der NS-Zeit.⁶⁵ Erst zu Beginn der 1950er Jahre überarbeitete Pauls in weiten Teilen das Konzept der landesgeschichtlichen Schriftenreihe, die sich nun auf acht Bände erstrecken sollte. Dem neuen Herausgeber Olaf Klose (1903–1987) – Pauls und Scheel waren beide im Jahr 1954 verstorben – gelang es, für das Mammutprojekt zwölf Autoren zu gewinnen, denen er feste Zeiträume (Stein- und Bronzezeit, Eisenzeit, Frühes Mittelalter sowie die Jahre 1050–1544, 1544–1721, 1721–1830, 1830–1867 und 1867–1945) zuwies.⁶⁶ Geographisch wurden die Räume Nordschleswig und Lauenburg eingeschlossen, Lübeck jedoch nicht. Weiterhin sollten alle Bände „außer der politischen die Siedlungs-, Kultur-, Rechts-, Sozial-, Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte“ berücksichtigen.⁶⁷ Zum Leserkreis bemerkten die Verantwortlichen, die Landesgeschichte sei für „jedes Haus und jede Schule“ gedacht, für „den historischen Laien wie den Wissenschaftler bestimmt“ und „in einer allgemeinverständlichen Weise dargestellt“.⁶⁸

Mithilfe dieses Großprojektes und der finanziellen Unterstützung durch das Kultusministerium sicherte sich die Geschichtsgesellschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in den folgenden Jahrzehnten gezielt die wissenschaftliche Deutungshoheit über die schleswig-holsteinische Landesgeschichte. Die Etablierung einer Historischen Kommission nach 1945 hätte folglich erhebliche Schwierigkeiten und Hindernisse mit sich gebracht, zumal die Gegner derartiger Konstituierungsversuche noch bis in die 1980er Jahre die Geschichtsvermittlung in Schleswig-Holstein bestimmten. Und die bereits arrivierten Landeshistoriker besetzten die regionalgeschichtlichen Schaltzentralen der Macht, wozu die Landesbibliothek in Kiel, das Landesarchiv in Schleswig sowie der Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische und Nordische Ge-

- 64 Geplant waren folgende Zeitabschnitte und Autoren, Bd. 1: Die Vorgeschichte (Gustav Schwantes) und die Frühgeschichte bis 1100 (Otto Scheel); Bd. 2: Das Mittelalter bis 1544 (Volquart Pauls); Bd. 3/4: Die Zeit von 1544 bis 1773 (Carl Petersen); Bd. 5: 1773–1830 (Otto Scheel) und 1830–1867 (Hermann Hagenah); Bd. 6: 1867–1914 (Otto Scheel) und 1914–1933 (Karl Alnor). Zwischen 1934 und 1942 wurde das Konzept angesichts der hohen zeitlichen Arbeitsbelastung der beteiligten Autoren und aufgrund einer Reihe von kriegsbedingten Todesfällen mehrfach überarbeitet. Siehe Klose, Olaf: 125 Jahre Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. 13. März 1833–13. März 1958, Neumünster 1958, 8 f.
- 65 Vgl. Pauls, Volquart: Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 74/75 (1951), 591–597, hier 596 f.
- 66 Klose, 125 Jahre, 20.
- 67 Pelc, Ortwin: Die große Landesgeschichte – das längste Projekt der GSHG. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 92 (2017), 29–33, hier 29.
- 68 Klose, 125 Jahre, 20; Pelc, Landesgeschichte, 29.

schichte, wie dessen Denomination seit 1952 lautete, zu zählen sind, in erster Linie mit ihren Vertrauten aus dem Umfeld der GSHG.⁶⁹

Rivalitäten mit den übrigen Geschichtsvereinen der Region waren im Grunde nur selten zu befürchten, da diese entweder einen anderen thematischen (Hansischer Geschichtsverein, gegründet: 1870) bzw. fachlichen Zuschnitt (Verein für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, gegründet: 1896) besaßen oder sich auf bestimmte Städte (Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, gegründet: 1875) und Landkreise (Heimatbund und Geschichtsverein Herzogtum Lauenburg, gegründet: 1883) beschränkten. Auch in dem 1992 gegründeten Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) erwuchs letztlich kein neuer Konkurrent.⁷⁰ Der in der Satzung fixierte Katalog an Forschungsvorhaben liest sich zwar teilweise wie eine Liste der damaligen Desiderate der Landesgeschichte, doch verhinderte die Fixierung auf die Zeitgeschichte eine über einzelne methodische Kontroversen hinausgehende Rivalität in allgemeinen oder epochenübergreifenden landeshistorischen Fragen.⁷¹ Unter dem zentralen Themenkomplex „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau – Schleswig-Holsteinische Führungsschichten im 20. Jahrhundert“ nahm sich das junge Institut im Wesentlichen folgenden thematischen Schwerpunkten an:

Das Institut hat die Geschichte der Demokratisierung, Geschichte des Nationalsozialismus einschließlich seiner Vor- und Nachgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Mentalitätsgeschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die politische Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein seit Beginn der Industrialisierung unter landes-, regio-

69 Mit dieser Personalpolitik der GSHG im 20. Jahrhundert befassen sich am Rande und anhand von ausgewählten Beispielen auch die Beiträge von Auge / Göllnitz, *Landesgeschichtliche Zeitschriften*; Dies., *Zwischen Grenzkampf*; sowie Göllnitz, *Umbruch*.

70 Eine wirkliche Konkurrenzsituation wurde schon dadurch verhindert, dass sich die Leitung des IZRG ab Mitte der 1990er Jahre in Selbstzerfleischung übte, was ihre Kritiker, darunter etablierte Landeshistoriker der CAU, zuweilen mit Genugtuung vernahmen und durch von außen aufgebautem Druck sogar noch verstärkten. Vor allem interne Berufungen und Stellenbesetzungen lösten eine „heftige Kontroverse um vermeintlichen oder tatsächlichen Filz“ aus und führten inner- wie außerhalb des Bundeslandes zeitweilig zur wissenschaftlichen Abwertung des Instituts. Vgl. bspw. die kritischen und mit bissigen Kommentaren gespickten Beiträge von Omland, Frank: *Kein Phoenix aus der Asche – das IZRG oder vom Scheitern einer guten Idee*. In: *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* (1999), H. 36, 73–83 (Zitat: 75); Pusch, Thomas: *Das IZRG – ein Opfer der eigenen Strukturen*. In: *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* (1999), H. 36, 84–89.

71 Zu der Entstehung, dem Aufbau und den Zielen des IZRG siehe auch Korte, Detlef: *Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte*. In: *Grenzfriedenshefte* (1993), H. 2, 115–122. Einen Überblick zur Arbeit des IZRG nach der Neufindungsphase 2000/01 liefert Danker, Uwe: „Projektunterricht“ oder „Forschungen im Team“? *Erfahrungen aus dem IZRG*. In: Hill, Thomas / Pohl, Karl Heinrich (Hg.): *Projekte in Schule und Hochschule. Das Beispiel Geschichte*. Bielefeld 2002, 139–159; sowie ferner Claasen, Birte / Köhler, Nils / Lehmann, Sebastian: „Nationalsozialismus in der Region“. Bericht über die Konferenz des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte am 8./9. November 2002 in Schleswig aus Anlass seines 10jährigen Bestehens. In: *Demokratische Geschichte* 15 (2003), 301–310.

nal- und lokalgeschichtlichen Aspekten und im Kontext insbesondere mit der dänischen Geschichte zu erforschen, darzustellen und zu vermitteln.⁷²

Als regionalgeschichtliche Aufgabenfelder wurden somit in erster Linie jene Themengebiete definiert, denen die etablierte Landesforschung bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Dieses wissenschaftliche Desinteresse der GSHG an der Aufarbeitung der schleswig-holsteinischen Geschichte zwischen 1933 und 1945 brachte dann auch am deutlichsten der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft und zugleich Lehrstuhlinhaber für Schleswig-Holsteinische und Nordische Geschichte Erich Hoffmann (1926–2005) im Jahr 1984 zum Ausdruck: Die Phase des Nationalsozialismus müsse als „zeithistorisch nicht besonders interessante politische Landschaft angesehen“ werden.⁷³

Erst infolge eines Generationenwechsels im Vorstand der GSHG und der Neustrukturierung des IZRG zu Beginn der 2000er Jahre kam es zwischen dem in Schleswig sitzenden An-Institut der Europa-Universität Flensburg und der Geschichtsgesellschaft, die seit einigen Jahren sogar „vorschlagsberechtigt für jeweils eines der zu berufenden Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats“ ist,⁷⁴ zu einem fachwissenschaftlichen Austausch, der bis heute fort dauert und trotz einzelner Reibungspunkte in einem scharfen Kontrast zum Ressortprotektionismus der 1920/30er Jahre steht.

5. Schlussbetrachtung

Eine Historische Kommission klassischen Stils bestand im nördlichsten Landesteil der heutigen Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt, obgleich deren traditionelle Aufgaben-

72 Zitiert aus Jessen-Klingenberg, Manfred: „Aufklären, beschämen, unterdrückte edlere Erinnerungen zur Auferstehung bringen“. Vorrede zum Forschungsprogramm des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG). In: Grenzfriedenshefte (1994), H. 4, 239–254, hier 251 f.

73 Zitiert nach Schleswiger Nachrichten vom 09.11.2002. Zu Erich Hoffmanns Engagement für die Gesellschaft vgl. Auge / Göllnitz, Landesgeschichtliche Zeitschriften, 88–90.

74 Vgl. dazu § 5, Abs. 4 der Satzung des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte vom 06.12.2012, http://www.izrg.de/fileadmin/downloads/13_Satzung_IZRG.pdf (16.03.2018). Während der vorliegende Beitrag für den Druck vorbereitet wurde, erfolgte zum 1. Januar 2019 die Umbenennung des IZRG in Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History (frzph). Im Zuge der Umwandlung erweiterten und aktualisierten die verantwortlichen Akteure auch den institutionellen Aufgabenkanon: „Der Fokus liegt weiterhin auf der regionalen Zeitgeschichte Schleswig-Holsteins im überregionalen und internationalen Kontext. Die Einrichtung betreibt daneben geschichtsdidaktische Forschung, Vermittlung und Öffentlichkeitsarbeit, Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bildungswesen und reflektiert Geschichte in der Gesellschaft. Der Begriff der ‚Region‘ bildet neben einer fachwissenschaftlichen Gegenstandskennzeichnung auch geschichtsdidaktisch, methodisch und theoretisch die reflektierte gemeinsame Klammer der Tätigkeitsfelder.“ Siehe dazu die vom frzph-Direktor Uwe Danker verfasste Presseerklärung vom 09.01.2019, https://www.frzph.de/fileadmin/downloads/pm_umbenennung_u__a.pdf (03.09.2022).

felder, zu denen die offizielle Traditionspflege und eine identitätsstiftende Funktion anhand wissenschaftlicher Vergangenheits(re)konstruktionen gehören, sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert von unterschiedlichen Akteuren bedient wurden, die ihr Vorgehen wiederum mit dem Fehlen dieser speziellen Form der außeruniversitär institutionalisierten Geschichtswissenschaft in Schleswig-Holstein legitimierten.

Wie gezeigt werden konnte, existierte mit der Baltischen Kommission von 1925 bis 1931/35 ein spezieller Ableger dieser Institutionen, der sich in den anhaltenden Revierkämpfen innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Vereinslandschaft Schleswig-Holsteins aber nicht durchzusetzen vermochte und die Arbeit aufgrund fehlender ökonomischer Mittel während der Weltwirtschaftskrise schließlich einstellte. Auch wenn die BK den Anspruch erhob, sich nicht auf ein bestimmtes Staatsterritorium zu beschränken, vielmehr die Geschichte des gesamten Ostseeraumes erforschen zu wollen, betrieb sie de facto Landesgeschichte konventionellen Stils. Dies bedingte erst die Konkurrenzsituation und die daraus resultierenden Kompetenzstreitigkeiten mit der traditionellen Geschichtsgesellschaft, die ihrerseits eine wissenschaftliche Deutungshoheit über die Landesgeschichte beanspruchte. Indem sie die üblichen Arbeitsbereiche und Ziele der Historischen Kommissionen übernahm – was sie mit Bezug auf deren Wirken in den übrigen Landesteilen auch stets lautstark betonte –, baute sie eventuellen Etablierungsversuchen vor und besetzte wichtige Deutungsfelder mit eigenen Vergangenheits(re)konstruktionen. Auf der Grundlage ihres methodischen wie thematischen Zuschnitts, ihrer offiziellen Verlautbarungen und der internen Satzungen drängt sich geradezu die Schlussfolgerung auf, bei der Geschichtsgesellschaft handelt es sich um eine Historische Kommission wider Willen. Eine Antwort auf die Frage, ob Schleswig-Holstein nun ein Land *mit* oder *ohne* Historische Kommission ist, muss schon aus diesem Grund höchst ambivalent ausfallen.

Neue Kommission im alten Gewand? *Die Neugründung der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt 1990*

MATHIAS TULLNER

1. Die Geschichte der Historischen Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt bis 1945

Die Historische Kommission von Sachsen-Anhalt ist die älteste ihrer Art in Deutschland. Sie ist am 2. Oktober 1876 als Historische Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt gegründet worden. Bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland im Jahre 1933 entfaltete die Kommission eine umfangreiche und erfolgreiche Tätigkeit. Sie galt daher als eine angesehenere und wichtige Institution im Kreis der Historischen Kommissionen Deutschlands, zumal sich ihr Wirkungsfeld auf eine der historisch interessantesten Regionen deutscher Geschichte erstreckte. Während des Zweiten Weltkriegs geriet ihre Tätigkeit in eine Krise.¹ Im Jahre 1943 musste sie ihre Aktivitäten gänzlich unterbrechen. Nach dem Zweiten Weltkrieg schienen sich mit der Gründung des Landes Sachsen-Anhalt neue Perspektiven für die Tätigkeit der Historischen Kommission zu eröffnen.² Ihre verbliebenen Mitglieder bemühten sich darum, die durch die Kriegswirkungen unterbrochene Tätigkeit in der Hoffnung auf deren ungehinderte Fortführung wieder aufzunehmen. Das erwies sich jedoch unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung und des Heraufziehens einer neuen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) als zunehmend schwierig und schließlich als unmöglich.

- 1 Vgl. Hartmann, Josef: 125 Jahre Historische Kommission 1876–2001. In: Schulze, Hans (Hg.): 125 Jahre Historische Kommission 1876 bis 2001. Köln/Weimar/Berlin 2001, 9–52, hier 19 f.
- 2 Innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone entstand aus den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg der früheren preußischen Provinz Sachsen, dem Land Anhalt und weiteren Kleinterritorien anderer deutscher Länder die „Provinz Sachsen“, welche 1946 als „Provinz Sachsen-Anhalt“ und 1947 schließlich als „Land Sachsen-Anhalt“ bezeichnet wurde. Vgl. Tullner, Mathias: Sachsen-Anhalt die Entstehung eines Bundeslandes. Von der Weimarer Republik bis zur Landesverfassung von 1992, Halle/Saale 2015, 35 f.

Zunächst betraf das die Entfernung des Vorsitzenden der Kommission Prof. Dr. Walter Möllenberg (1879–1951) aus seinem Amt als Direktor des Magdeburger Staatsarchivs und damit von der Spitze der Kommission.³ Neben weiteren personellen Veränderungen erwies sich die Auflösung der Geschichtsvereine, der traditionellen Basis der Arbeit der Historischen Kommission, als besonders folgenschwer. Die Historische Kommission konnte jedoch trotz großer Probleme der Nachkriegszeit bis zur Auflösung der Länder in der inzwischen gegründeten DDR im Jahre 1952 überleben und Teile ihrer Wirkungsfelder reaktivieren bzw. fortführen. Unter den Bedingungen der DDR schwanden dann aber die wissenschaftlichen und politischen Voraussetzungen für ihre weitere Tätigkeit. Nicht wenige Wissenschaftler verließen unter dem Druck der Verhältnisse die DDR und suchten in der Bundesrepublik neue Lebens- und Berufsperspektiven. Zudem waren nicht nur die Länder aufgelöst worden, womit der Bezugsrahmen für die landesgeschichtliche Forschung und Diskussion verschwanden, sondern die ideologisch orientierte Geschichtspolitik der SED setzte gegen die als „bürgerlich“ diffamierte Landesgeschichte ihr marxistisch-leninistisches Konzept der „Regionalgeschichte“. In deren Mittelpunkt sollte die regionale Arbeiterbewegung stehen.⁴ In diesem Zusammenhang ist auch das *Jahrbuch für Regionalgeschichte* als leitendes Publikationsorgan ins Leben gerufen worden. Unter diesen Bedingungen ist die Tätigkeit der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt wie die anderen Historischen Kommissionen auf dem Gebiet der DDR nach 1952 erloschen.⁵ Dennoch konnten noch einige Projekte in der DDR-Zeit realisiert werden, ohne dass sie als solche der Historischen Kommission zugeordnet worden sind.⁶

Von großer Bedeutung für die Weiterführung der landesgeschichtlichen Forschungen auch für Sachsen-Anhalt war der von Walter Schlesinger (1908–1984) im Jahr 1953 in Marburg (Lahn) gegründete „Mitteldeutsche Arbeitskreis“.⁷ In diesem Zusammenhang führten auch Wissenschaftler aus Sachsen-Anhalt, die noch Mitglieder der erloschenen Historischen Kommission waren oder ihr nahe standen, bestimmte Projekte fort. Damit hielten sie auch die Erinnerung an die Kommission wach.

3 Seit dem Jahre 1934 war die Historische Kommission in eine „Landesgeschichtliche Forschungsstelle für die Provinz Sachsen und Anhalt (Historische Kommission)“ umgewandelt worden. Vgl. Landesgeschichtliche Forschungsstelle für die Provinz Sachsen und für Anhalt (Historische Kommission). In: Sachsen und Anhalt 11 (1935), 279 f.

4 Vgl. Steinmetz, Max: Die Aufgaben der Regionalgeschichtsforschung in der DDR bei der Ausarbeitung eines nationalen Geschichtsbildes. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961), H. 8, 1735–1773.

5 Hartmann, 125 Jahre, 33.

6 Vgl. ebd., 36 f.

7 Vgl. Gockel, Michael: Zur Arbeit der „Forschungsstelle für geschichtliche Landeskunde Mitteldeutschlands“ in Marburg an der Lahn. In: Sachsen und Anhalt 18 (1994), 595 f.

2. Der schwierige Neuanfang nach 1989

Die Friedliche Revolution von 1989 in der DDR und die damit verbundene Wiedervereinigung Deutschlands hat auch die Geschichtswissenschaften herausgefordert. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Reföderalisierung der untergehenden DDR und einer möglichen föderalen Neugliederung des vereinigten Deutschlands sind Fragen der Landesgeschichte von Historikern, Geographen und Raumplanern wissenschaftsintern und öffentlich breit diskutiert worden. Zu den wichtigsten Beiträgen gehörten in diesem Zusammenhang die des sächsischen Landeshistorikers Karlheinz Blaschke (1927–2020) und des Bochumer Geographen Werner Rutz.⁸

So gut wie alle der meist in Eile erarbeiteten Vorschläge für eine Reföderalisierung der DDR oder auch die föderale Neuordnung der Bundesrepublik insgesamt liefen darauf hinaus, das Land Sachsen-Anhalt nicht wieder zu gründen. Vom Herbst 1989 bis weit in das Frühjahr 1990 gab es im späteren Sachsen-Anhalt keine öffentlich wahrnehmbaren Diskussionen über Fragen der möglichen Wiedergründung des Landes oder seiner Landesgeschichte. Wenn entsprechende Wortmeldungen erfolgten, so kamen sie von außen, wie jene des sächsischen Landeshistorikers Blaschke. Er warb in dieser Zeit für eine groß-sächsische Lösung in Mitteldeutschland und wollte damit die Leipziger Erbteilung der Wettiner von 1485 korrigieren.⁹ Die weitgehend fehlende öffentliche Debatte zur Landesgeschichte von Sachsen-Anhalt und auch das verbreitete Desinteresse an Diskussionen, wie sie Blaschke anregte, ist vor dem Hintergrund der fast erloschenen Beschäftigung mit solchen Fragen in der DDR und der Vereinnahmung auch der Geschichtswissenschaften durch die SED zu sehen. Das nur kurzlebige Land Sachsen-Anhalt und seine Vorgeschichte waren im Vergleich auch mit den anderen 1952 aufgelösten Ländern der DDR in der Wahrnehmung der Gesellschaft und ihrer Akteure an Mittel- und unterer Saale kaum präsent. Auch unter den Historikern und Archivaren des späteren Sachsen-Anhalt gab es kaum Kreise, die sich vernehmbar mit entsprechenden historischen Argumenten in die öffentliche Debatte artikulierten, obwohl Historiker aus Halle und Magdeburg unter der Führung der Universität Halle seit 1986 an einer „sozialistischen“ Landesgeschichte Sachsen-Anhalts arbeiteten.¹⁰ Eine unabhängige oder alternative Geschichtsschreibung auch

8 Vgl. Rutz, Werner: Mitteldeutschland in den Konzepten zur Neugliederung der Bundesrepublik nach 1990. In: Jürgen, John (Hg.): „Mitteldeutschland“ Begriff-Geschichte-Konstrukt. Rudolstadt/Jena 2001, 449–467.

9 Die Idee, den wettinischen Herrschaftsbereich vor der Erteilung von 1485 als Grundlage der Länderbildung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit von 1990 zu betrachten, hat Karl-Heinz Blaschke noch im Sommer 1990 vertreten. Vgl. Blaschke, Karl Heinz: Alte Länder – neue Länder. Zur territorialen Neugliederung der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*. B 27/90 vom 29. Juni 1990, 51.

10 In der Endzeit der DDR hatte es einen Kurswechsel der von der SED gesteuerten Geschichtspolitik gegeben, der die Forderung, „sozialistische Landesgeschichten“ zu erarbeiten, einschloss.

zu landesgeschichtlichen Themen konnte sich kaum entfalten oder sich Gehör verschaffen. Ansätze dafür bestanden zwar im Umkreis der Kirchen, in vereinsähnlichen Organisationen oft unter dem Dach des Kulturbundes der DDR wie der „Gesellschaft für Heimatgeschichte“,¹¹ sie waren jedoch schwächer entwickelt als in anderen nach Wiedergründung strebenden Ländern der DDR.

Namhafte Historiker der Bundesrepublik entwickelten dagegen angesichts der Friedlichen Revolution und des Zusammenbruchs der DDR bereits sehr früh die Idee der Wiedergründung der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt. Dieser Gedanke war zwar von der aufkommenden Demokratie- und Freiheitsbewegung in der DDR beeinflusst, hatte aber kaum mit Vorstellungen einer Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt zu tun. Während der Herbsttagung des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte auf der Insel Reichenau im Jahre 1989 sprach sich der Marburger Historiker Helmut Beumann (1912–1995) für eine „Wiederbelebung“ der Historischen Kommission in Sachsen-Anhalt aus.¹² Bei dieser Tagung war auch der Hallenser Kunsthistoriker Prof. Dr. Ernst Schubert (1927–2012) anwesend, der die Idee unterstützte. Beumann wie auch andere Persönlichkeiten, die sich für den Plan einsetzten, waren nicht nur von ihren Forschungen her mit den mitteldeutschen bzw. sachsen-anhaltischen Landschaften verbunden, sondern sie verfügten auch über entsprechende biographische Wurzeln. Auf Beumanns Initiative bildete sich in Marburg ein Kreis, der im Verlaufe des Jahres 1990 den Plan der Wiedergründung der Historischen Kommission Sachsen-Anhalts weiter betrieb. Neben dem Hallenser Kunsthistoriker Ernst Schubert fand er mit Roderich Schmidt (1925–2011), dem Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Historischer Kommissionen und Landesgeschichtlicher Institute, einflussreiche und tatkräftige Unterstützer.

Im Herbst 1989 war ungewiss, welche Entwicklung die deutsche Frage angesichts der Friedlichen Revolution in der DDR nehmen würde. Erst 1990 zeichnete sich die deutsche Einheit als Perspektive ab. Bis dahin war unklar, ob das Land Sachsen-Anhalt wieder gegründet wird. Die politische Entscheidung für die Landesgründung fiel erst mit dem Ländereinführungsgesetz der DDR vom 22. Juli 1990.

Unter Führung von Historikern der Universität Halle sind bis 1989 Entwürfe erarbeitet worden, die aber wegen des Untergangs der DDR nicht mehr in den Druck gelangten. Vgl. Kathe, Heinz: Geschichte Sachsen-Anhalts – konzeptionelle Überlegungen zu einem gemeinsamen Forschungs- und Publikationsvorhaben der Sektionen Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle und an der Pädagogischen Hochschule „Erich Weinert“ Magdeburg. In: Magdeburger Blätter. Jahresschrift für Heimat- und Kulturgeschichte im Bezirk Magdeburg. Magdeburg 1986, 95 f.

11 Ein Beispiel für einen vereinsähnlichen Zusammenschluss mit einer erheblichen Wirksamkeit war der „Freundeskreis Otto von Guericke“ im Kulturbund der Stadt Magdeburg, der bedeutende Beiträge zum Leben und Werk des Magdeburger Naturforschers und Bürgermeisters leistete. Vgl. Tullner, Mathias: 20 Jahre Otto-von-Guericke-Gesellschaft Magdeburg. In: Monumenta Guericckiana 22 (2012), 12–23, 14.

12 Vgl. Schubert, Ernst: Zum Tode von Helmut Beumann. In: Sachsen und Anhalt, 20 (1997), 467–470, 469.

Im späteren Sachsen-Anhalt bzw. in den DDR-Bezirken Halle und Magdeburg gab es im Unterschied zu anderen wieder entstehenden Ländern der DDR im Herbst 1989 und im Winter 1989/90 keine Strukturen oder belastbare Gründerkreise für die Wiedergründung des Landes, wenn man von den „Runden Tischen“ der Bezirke absieht.¹³ Wohl aber gab es im Umkreis der Regierung der DDR sowie in der am 18. März 1990 demokratisch gewählten Volkskammer Strukturen, die sich mit einer Reföderalisierung befassten. Zudem waren seit Anfang Juni 1990 in den noch bestehenden Bezirken der DDR Regierungsbevollmächtigte eingesetzt worden, deren Aufgabe es ebenfalls war, die Länderbildung voranzutreiben.¹⁴ Auch die Bundesregierung in Bonn begann mit Überlegungen hinsichtlich der föderalen Gestaltung angesichts einer möglichen deutschen Wiedervereinigung.¹⁵

Die Vorbereitungen zur Wiedergründung der Historischen Kommission erfolgten ohne Kontakte zu politisch oder administrativ verantwortlichen Stellen des entstehenden Landes Sachsen-Anhalt oder der DDR-Regierung, die sogar mit dem Magdeburger Manfred Preiß einen „Föderalisierungsminister“ aufwies.¹⁶ Trotz der sich abzeichnenden oder zumindest möglichen Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt fuhr der Gründerkreis damit fort, die Historische Kommission für Sachsen-Anhalt als Revitalisierung der in der Frühzeit der DDR erloschenen Kommission unabhängig von den Vorgängen in der untergehenden DDR vorzunehmen. Die Zurückhaltung gegenüber den politischen Vorgängen hatte sowohl für die wieder zu gründende Historische Kommission als auch für die Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt Folgen. Der renommierte Gründerkreis verzichtete damit weitgehend darauf, auf die schwierige Landesbildung Sachsens Einfluss zu nehmen. Insgesamt hätte die wissenschaftliche Kompetenz und die moralische Autorität des Marburger Gründerkreises, der zu einem guten Teil aus wissenschaftlichen und politischen Gründen aus Sachsen-Anhalt verdrängten Persönlichkeiten bestand, in der Phase der Wiedergründung Sachsens und dessen Neuaufbau bedeutende und willkommene Wirkungsmöglichkeiten vorgefunden. Dass dies nur eingeschränkt erfolgte, war nicht nur auf eine gewisse elitäre Zurückhaltung bedeutender Historiker, sondern auch auf erhebliche Probleme beim Länderbildungsprozess Sachsens zurückzuführen. Die damit beauftragten Behörden und die beteiligten Interessengruppen waren eingeschränkt funktionsfähig oder bestanden nur formal. Zudem arbeiteten sie teilweise neben- und gegeneinander, sodass keine belastbaren Absprachen oder verbindliche

13 Vgl. Lintzel, Detlev: *Einhundertneunzig Tage. Der Runde Tisch des Bezirkes Halle 1989–1990.* Halle/Saale 1997.

14 Regierungsbevollmächtigte waren in Halle Dr. Klaus Keitel und in Magdeburg Wolfgang Braun. Vgl. Cornberg, Joachim Freiherr von: *Die Regierungsbevollmächtigten – eine Institution der Wendezeit.* Sinzheim 1996, 29 f.

15 Vgl. Rutz, 451.

16 Manfred Preiß war Minister für Regionale und Kommunale Angelegenheiten der DDR im Kabinett von Lothar de Maizière.

Kontakte getroffen bzw. geknüpft werden konnten.¹⁷ Auch daher verliefen die Vorbereitungen für die Gründung der Historischen Kommission weitgehend unabhängig von den konkreten Gegebenheiten im entstehenden Land selbst.

3. Die Historische Kommission für Sachsen-Anhalt – eine Wiedergründung?

Die Historische Kommission für Sachsen-Anhalt entstand bereits am 29. November 1990, wenige Wochen nach der Neugründung Sachsens-Anhalts als Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat sich nicht als *Neugründung*, sondern als *Wiedergründung* verstanden. Die Gründungsversammlung fand in der Wohnung von Dr. Franz Schrader (1919–2007) in Magdeburg statt,¹⁸ womit eine gewisse Distanz zum entstehenden öffentlichen Raum und zu Strukturen des soeben wieder ins Leben getretenen Landes Sachsen-Anhalt gegeben war. Zudem haben die Gründer keine öffentliche Aufmerksamkeit angestrebt. Daher drang Wiedergründung der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt auch nur eingeschränkt in das öffentliche Bewusstsein.

Die wiedergegründete Historische Kommission für Sachsen-Anhalt bestand aus 13 Mitgliedern, fünf davon aus den alten Bundesländern.¹⁹ Unter ihnen befand sich auch Hanns Gringmuth-Dallmer (1907–1999), der letzte Vorsitzende der offiziell bis 1955 bestehenden „Landesgeschichtlichen Forschungsstelle“ (Historischen Kommission). Damit war sogar eine personelle Kontinuität von der alten zur neuen Kommission gegeben, ohne dass diese hervorgehoben oder im Zusammenhang mit der Wiedergründung besonders erwähnt worden wäre. Die Mitglieder aus Sachsen-Anhalt selbst waren Historiker, Kunsthistoriker und Archivare aus Sachsen-Anhalt, die entweder im Umkreis der Kirchen wirkten, außerhalb der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung tätig waren oder während der DDR-Zeit in verschiedener Weise benachteiligt worden sind. Eine Rolle spielten dabei auch persönliche Bekanntschaften der führenden Gründungsmitglieder mit bestimmten Persönlichkeiten. Die Eile, mit der man die Wiedergründung der Historischen Kommission betrieb, brachte es mit sich, dass nicht alle als Mitglieder in Frage kommenden Persönlichkeiten berücksichtigt werden

17 Es bestanden auch für das zu bildende Land Regierungsbevollmächtigte in den Bezirken Halle und Magdeburg, deren Aufgabe die Landesbildung war. Da diese sich aber gegenseitig blockierten und schließlich ein dritter Landesbeauftragter mit dem Minister Prof. Steinberg eingesetzt worden ist. Vgl. Tullner, Mathias: Sachsen-Anhalt. Die Entstehung eines Bundeslandes. Halle/Saale 2015, bes. 111–125.

18 Die Information stammt vom Gründungsmitglied Dr. Josef Hartmann.

19 Es handelte sich um folgende Mitglieder: Prof. Dr. Dr. hc. Helmut Beumann, Dr. Hanns Gringmuth-Dallmer, Dr. Josef Hartmann, Dr. Hans-Joachim Krause, Prof. Dr. Dr. hc. Edgar Lehmann, Prof. Dr. Arno Sames, Prof. Dr. Dr. hc. Roderich Schmidt, Dr. Franz Schrader, Prof. Dr. Werner Schröder, Prof. Dr. Ernst Schubert, Prof. Dr. Berent Schwineköper, Fritz Wächter, Prof. Dr. Walter Zöllner.

konnten. Das war für den Gründungsvorgang zwar nicht unbedingt notwendig, hätte der Kommission aber eine breitere Basis verschafft. Kontakte zu den noch bestehenden Strukturen und Personen an Universitäten und Hochschulen sowie Archiven, die noch aus der Zeit der DDR bestanden, hatte man von vornherein ausgeschlossen und somit Auseinandersetzungen und Evaluierungsvorgänge vermieden.

Die am 29. November 1990 in Magdeburg nach dem Selbstverständnis ihrer Initiatoren wiedergegründete Historische Kommission für Sachsen-Anhalt verdankte ihre Existenz in erster Linie dem Marburger Kreis um Helmut Beumann und Roderich Schmidt. Wegen des entscheidenden inhaltlichen und auch organisatorischen Einflusses des Marburger Kreises auf den Gründungsvorgang handelte es sich um eine Gründung „von außen“. Angesichts der noch nicht einmal begonnenen Evaluierung oder gar Erneuerung der aus der DDR-Zeit überkommenen Strukturen und deren Repräsentanten waren zu diesem Zeitpunkt andere Wege kaum denkbar. Es entstand eine Kommission, die ihre Legitimation daraus ableitete, dass sie mit hochrangigen Wissenschaftlern besetzt war, welche durch Arbeiten zu Themen der (zumeist mittelalterlichen) Geschichte Sachsen-Anhalts ausgewiesen und biographisch mit dem Land verbunden waren. Dazu kamen neben Ernst Schubert Mitglieder aus Sachsen-Anhalt, die, wie Franz Schrader, im Umkreis der katholischen Kirche wirkten oder in der Zeit der DDR aus politischen Gründen benachteiligt worden sind, wie der Hallenser Historiker Walter Zöllner (1932–2011).²⁰ Auffallend ist, dass sich unter den Gründungsmitgliedern im Ursprungsland der Reformation nur ein Kirchenhistoriker der Evangelischen Kirche mit dem Hallenser Professor Arno Sames (1937–2019) befand, während Historiker der Kirchlichen Hochschule Naumburg oder aus Wittenberg unberücksichtigt blieben.

In ihren Gründungsdokumenten hat sich die Kommission ausdrücklich dazu bekannt, in der Tradition ihrer Vorgängerin, der Historischen Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt zu stehen. Das war mit dem selbstbewussten Hinweis verbunden, dass die am 2. Oktober 1876 gegründete Vorgänger-Kommission die erste ihrer Art und bis zu ihrem Erliegen infolge des Zweiten Weltkrieges und der SBZ- bzw. DDR-Zeit eine der erfolgreichsten und angesehensten in Deutschland war. Inhaltlich wollte die ins Leben gerufene Kommission nach einer Unterbrechung von einem halben Jahrhundert an das Wirken der Vorgängerin anknüpfen und dabei auch deren unvollendeten wissenschaftlichen Vorhaben zu Ende führen. Die Gründung erfolgte damit mit Blick auf die Tradition der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in der alten Bundesrepublik zu Themen der in erster Linie mittelalterlichen Geschichte Sachsen-Anhalts bzw. des Geschichtsraumes an Mittelelbe, unterer Saale und Harz. Die starke Orientierung auf das Mittelalter und

20 Vgl. Lück, Heiner: Beharrlich und unbeirrbar. Walter Zöllner als Hochschullehrer, Autor und Editor. In: Historische Forschungen in Sachsen-Anhalt. Ein Kolloquium anlässlich des 65. Geburtstages von Walter Zöllner. Hrsg. von Heiner Lück und Werner Freitag. Stuttgart/Leipzig 1999, 7–12.

die mittelalterliche Kunstgeschichte erklärt sich nicht zuletzt aus deren überragenden Bedeutung für die deutsche und europäische Geschichte insgesamt sowie aus der wissenschaftlichen Profilierung ihrer Hauptakteure.

Das große Engagement von Historikern, die aus Sachsen-Anhalt stammten und durch die Verhältnisse in der SBZ/DDR vertrieben bzw. zur Flucht gezwungen wurden, ist hoch zu bewerten und hat dem Aufbau eines neuen wissenschaftlichen Umgangs mit Geschichte im entstehenden „neuesten der neuen Bundesländer“ bedeutende Impulse verliehen. Mit der Historischen Kommission war auf hohem wissenschaftlichem Niveau ein Kompetenzzentrum für die Forschung und den Umgang mit Geschichte im soeben wiedergegründeten Land entstanden. Die Kommission fußte auf dem Zusammenwirken von Historikern, die aus Sachsen-Anhalt vertrieben worden waren, und solchen aus dem Lande selbst, die sich der Erneuerung landesgeschichtlicher Forschung und Pflege verpflichtet fühlten. Es gelang der Kommission, in Anknüpfung an die Tätigkeit der nach 1945 erloschenen alten Kommission mehrere Publikationsprojekte zum Abschluss zu bringen. Darunter befanden sich auch Nachdrucke von Schriften, welche die Kommission vor 1945 veröffentlicht hatte. Es handelte sich vor allem um Urkundenbücher, Kunstdenkmalinventare, um Vorbereitungen für die *Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts* sowie um die Herausgabe des Jahrbuches *Sachsen und Anhalt*.²¹

Die Kommission setzte damit ihre erklärte Absicht um, in gerader Linie auch inhaltlich an die Tätigkeit der alten Kommission anzuknüpfen. Von besonderer Bedeutung für die Wirksamkeit der Kommission war die Fortsetzung der Herausgabe des Jahrbuches *Sachsen-Anhalt*, weil damit aktuelle Fragen der Landesgeschichte thematisiert und diskutiert werden konnten. Das Jahrbuch eröffnete neben der Präsentation und Diskussion neuer Forschungsergebnisse auch Möglichkeiten für eine wissenschaftliche Debatte zu Grundfragen der Landesgeschichte Sachsen-Anhalts. Obwohl wegen finanzieller und organisatorischer Probleme die Herausgabe des Jahrbuches zunächst nicht regelmäßig möglich war, wurde es zu einem wichtigen Mittelpunkt der seit Wiedergründung des Landes breiter und intensiver werdenden Diskussion zur Landesgeschichte.

Die wiedergegründete Historische Kommission ist in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins bürgerlichen Rechts entstanden. Ihre Gründer stellten sich eine ähnliche Finanzierung vor, wie sie vor 1945 durch den Provinzialverband der preußischen Provinz Sachsen und die anhaltische Staatsregierung bestanden hatte. Um diese zu sichern, suchte man eine stabile Verbindung zu den Entscheidungsträgern bzw. den im Entstehen begriffenen staatlichen Strukturen des Landes Sachsen-Anhalt, die man zunächst weitgehend vermieden hatte. Dies sollte nunmehr über den am 28. Oktober konstituierten Landtag geschehen. Daher gewann man den Pharmazeuten

21 Vgl. Hartmann, 125 Jahre, 74 f.

Prof. Dr. Hans-Herbert Haase, Vorsitzender der zu dieser Zeit großen FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, im Jahre 1991 als Mitglied. Die FDP bildete als kleinerer Koalitionspartner zusammen mit der CDU die erste Landesregierung Sachsen-Anhalts. Es gelang schließlich, eine Finanzierung der Historischen Kommission mit Landesmitteln zu erreichen, womit auch hinsichtlich der finanziellen Basis ein ähnlicher Zustand wie in der Zeit der preußischen Provinz Sachsen und des Landes Anhalt hergestellt werden konnte. Als jedoch die Landesregierung nach 1995 die institutionelle Förderung einstellte und zur Projektförderung kultureller bzw. historischer Aktivitäten übergang, entstand für die Historische Kommission eine neue Situation, die nicht wenig zu Irritationen und Problemen aller Art beitrug, unter anderem auch bei der Herausgabe von Publikationen. Es sollte einige Zeit dauern, bis sich die Kommission auf neue finanzielle Lage einstellen konnte.

4. Die schwierige Wiedergründung

Bei der frühen Gründung der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt waren die Risiken und Probleme nicht zu übersehen. Sie war von ihrem Ansatz her eine Wiedergründung „ohne Land“ von außen, sah sich aber bereits in der Gründungsphase damit konfrontiert, dass sie im entstehenden Sachsen-Anhalt selbst wirken konnte und musste. Dass sie zu einer Kommission „mit Land“ wurde, hat sie jedoch nur zögerlich angenommen. In ihren Gründungsdokumenten finden sich kaum Überlegungen, die auf die besondere Situation des Landes Bezug nehmen, wo ein Landesbewusstsein der Bevölkerung kaum gegeben war und sich auf das Land bezogene Geschichtsbilder allenfalls auf eine kleine Elite beschränkten. Die Verbreitung landesgeschichtlicher Kenntnisse, aufzubauende Strukturen für landesgeschichtliche Forschung, Lehre und Präsentation spielten in den Gründungsdokumenten und in der ersten Phase ihrer Tätigkeit der Kommission kaum eine Rolle. Entscheidende Mitglieder der Kommission hatten Wirkungsstätten und Wohnsitze zum Teil fern von Sachsen-Anhalt und konnten daher nur eingeschränkt tätig werden. Einige führende Mitglieder standen zudem im hohen Lebensalter. Eine engere Verbindung mit der Universität Halle wurde nicht gesucht, weil sie zu diesem Zeitpunkt kaum möglich war, hatte deren wissenschaftliche und personelle Erneuerung noch nicht einmal begonnen. Aus dem Institut für Geschichte der Universität Halle war zwar Prof. Dr. Walter Zöllner Mitglied, doch war dieser als integrierter Historiker, der in der DDR-Zeit aus politischen Gründen gemäßigelt worden war, nicht als Mitarbeiter der Universität aufgenommen worden. Die Universität in Magdeburg befand sich zum Zeitpunkt der Gründung der Kommission erst in der Planungsphase. Ähnlich verhielt es sich mit anderen bestehenden Einrichtungen im soeben wiedergegründeten Land Sachsen-Anhalt, die mit regionaler Geschichtsforschung und -pflege verbunden waren. Daher brachte die prominent zusammengesetzte Kommission zwar viel Kompetenz ein und entwickelte Enthusiasmus,

stieß aber in ihrer Wirksamkeit an Grenzen. Von ihr gingen kaum Impulse für eine aufzubauende landesgeschichtliche Forschung und Lehre in Sachsen-Anhalt aus. Das aber wäre in der Aufbauphase des Landes Sachsen-Anhalt nicht nur möglich gewesen, sondern hätte auch eine willkommene und für die Erneuerung höchst wichtige und richtungweisende Hilfe darstellen können. Nicht zuletzt wegen der Zurückhaltung der Historischen Kommission und ihrer führenden Mitglieder konnte die für die Universität Halle vorgesehene Professur für Landesgeschichte lange nicht besetzt werden. Für die neu aufzubauende Universität Magdeburg war sogar keine solche Professur vorgesehen. Auch in dieser Frage wäre ein Votum der Kommission von Gewicht gewesen.

Die Historische Kommission nahm zudem keinen Anteil an damals geführten Debatten und Gründerkreisen, die den Aufbau besonderer Institute oder Zentren zur Forschung und Pflege regionaler Geschichte und Kultur zum Ziel hatten. Auch wegen ausbleibender Voten der Historischen Kommission kam manche gut gemeinte Gründung nicht zustande. Das betraf vor allem die relativ weit gediehenen Vorbereitungen für die Gründung eines Institutes für zeitgeschichtliche Forschungen ähnlich dem Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Dessen Gründerkreis setzte sich vor allem aus Persönlichkeiten der Kirchen und der neuen politischen Parteien zusammen.²² So erfolgte der Aufbau von Strukturen der Forschung, Lehre und Kommunikation geschichtswissenschaftlichen Charakters des entstehenden Landes, darunter der Landesgeschichte, weitgehend ohne die Mitwirkung der neuen bzw. in ihrem Selbstverständnis wiederbelebten Historischen Kommission. Lediglich einzelne Mitglieder der Historischen Kommission waren von ihren Dienststellungen her in solche Vorgänge eingebunden.

Auch als sich dann neue Strukturen in Sachsen-Anhalt abzeichneten, vollzog sich die Verbindung zu den erneuerten Universitäten im Lande, zum Landesamt für Denkmalspflege und zu wichtigen Museen eher schleppend. Lediglich im Landeshauptarchiv Magdeburg war die Historische Kommission stärker durch ihre Mitglieder verankert, während ihre Verbindung zur Universität Halle weiterhin begrenzt blieb und zur neu aufgebauten Magdeburger Universität völlig fehlte. Hier zeigte sich ein gewisses elitäres Verharren und eine bestimmte Abgeschlossenheit sowie Distanz der Historischen Kommission gegenüber den tatsächlichen Entwicklungen im Lande und dem Wirken in die Öffentlichkeit.

Besonders deutlich zeigte sich diese Kluft bei der Vorbereitung und Präsentation der Ausstellung „Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte. Renaissance eines Kulturraumes“ im Jahre 1993. Diese erste große Landesausstellung zur Geschichte Sachsens-Anhalts

22 Der Gründerkreis für ein Institut für zeitgeschichtliche Forschung wurde von Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Christoph Demke, geleitet und umfasste neben Persönlichkeiten der Kirchen auch solche der neuen politischen Parteien und des Landtages, Gründungsdekane der Magdeburger Universität und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich vor allem in der Landeshauptstadt Magdeburg konzentrierten. Die Gründung scheiterte vor allem an ungefestigten politischen Strukturen des im Aufbau befindlichen Landes und am Sturz der ersten Landesregierung unter Gerd Gies nach nur kurzer Amtszeit.

nach der Wiedergründung des Landes ging auf eine Initiative des Braunschweigischen Landesmuseums und seines Direktors Gerd Biegel zurück. Angeregt wurde das Projekt von einem Treffen von Vertretern der Museen aus dem entstehenden Sachsen-Anhalt und Braunschweigs im März 1990.²³ Das hatte auch mit traditionellen Beziehungen der Regionen und Städte Braunschweig und Magdeburg sowie mit den sich nach dem Fall der innerdeutschen Grenze entwickelnden engen Kontakten zwischen beiden Regionen zu tun. In Braunschweig sind während der deutschen Teilung Themen der benachbarten sachsen-anhaltischen Regionen wachgehalten worden. Das beruhte auch darauf, dass frühere Gebietsteile des Landes Braunschweig seit 1945 zu Sachsen-Anhalt bzw. zur DDR gehörten. Unter der Leitung der Braunschweiger Landesmuseums und der Museumsdirektoren Dr. Adolf Siebrecht (1937–2019), Halberstadt, und Dr. Matthias Puhle, Magdeburg, konnte ein Kreis von Historikern, Museologen und Archäologen aus Sachsen-Anhalt und Braunschweig gewonnen werden, die sowohl im Wissenschaftlichen Beirat als auch als Autoren im Katalog zur Ausstellung mitwirkten. Die Einwerbung der beteiligten Wissenschaftler erfolgte auf Grund deren wissenschaftlicher Kompetenz und danach, ob sie im Falle der sachsen-anhaltischen Vertreter als integer und willens angesehen wurden, an dem Projekt mitzuwirken. Auf diese Weise waren an dem Projekt insgesamt zwölf Wissenschaftler der Universität Halle bzw. der Pädagogischen Hochschule Magdeburg sowie der Museen und Archive aus Sachsen-Anhalt als Autoren beteiligt. Unter den Autoren des Katalogbandes war mit Dr. Franz Schrader ein Vertreter der Historischen Kommission, die ansonsten an der Vorbereitung und Präsentation der Ausstellung nicht beteiligt war. Das ist umso erstaunlicher, als mit Dr. Josef Hartmann, Fritz Wächter und Dr. Franz Schrader gleich drei Mitglieder der Kommission im wissenschaftlichen Beirat des Projektes vertreten waren. Dagegen war der renommierte Kunsthistoriker Prof. Ernst Schubert, der Vorsitzende der Historischen Kommission, weder Mitglied des Beirates noch Autor eines kunstgeschichtlichen Katalogbeitrages.²⁴ Die Distanz der Historischen Kommission gegenüber der ersten großen Präsentation und Diskussion zur Landesgeschichte Sachsen-Anhalts nach Wiedergründung des Landes war Ausdruck sowohl ihres elitären Selbstverständnisses und ihrer Abgeschlossenheit wie auch ihres mangelnden Bezuges zur Realität „ihres“ Landes.

Auch später zeigte sich die Historische Kommission distanziert gegenüber einem weiteren großen Ausstellungsprojekt zur Landesgeschichte 1998 im Kraftwerk Vockeroode bei Dessau. Diese Ausstellung, „mittendrin. Sachsen-Anhalt in der Geschichte“, war von der „Expo 2000 Sachsen-Anhalt GmbH“ angeregt, vorbereitet und umgesetzt worden. Sie ist von Mitarbeitern des sachsen-anhaltischen Korrespondenzstandortes der Expo 2000 konzipiert und gestaltet worden, wobei einige Historiker aus Sachsen-

23 Vgl. Biegel, Gerd: Vorwort. In: Ders. (Hg.): Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte – Renaissance eines Kulturraumes. Braunschweig 1993, 9–15, 9.

24 Vgl. dazu Vogel, Wulf: Grundzüge der Kunstgeschichte Sachsen-Anhalts im Mittelalter. In: Biegel (Hg.), Sachsen-Anhalt, S. 76–79.

Anhalt hinzugezogen worden sind.²⁵ Die zu diesem Zeitpunkt fast ein Jahrzehnt wieder bestehende Historische Kommission ist von den Ausstellungsmachern nicht zur Kenntnis genommen worden. Die Kommission hat ihrerseits keinerlei Schritte unternommen, auf die immerhin sehr aufwendige und für das Verständnis der Landesgeschichte Sachsen-Anhalts bedeutsame Ausstellung einzuwirken.

Ein weiteres Problem bildete das Verhältnis der Historischen Kommission zu den Geschichtsvereinen, die ursprünglich die alte Kommission gegründet hatten und vor 1945 eine wesentliche Basis ihrer Arbeit bildeten. Die Geschichtsvereine befanden sich in den 1990er Jahren im Aufbau, der sich so gut wie unabhängig von der Kommission vollzog. In verschiedenen Regionen wie der Altmark, der Harzregion und in Anhalt gab es durchaus verheißungsvolle vereinsähnliche Ansätze, die rasch zu leistungsfähigen Vereinen führten. Doch die Historische Kommission wandte sich den Geschichtsvereinen nicht zu. Deshalb orientierte sich ein großer Teil dieser Vereine auf den sich bildenden Landesheimatbund. Der Landesheimatbund bildete sich vorwiegend auf der Basis von einheimischem Personal, an dessen Spitze Prinz Eduard von Anhalt, Chef des bis 1918 regierenden Hauses Anhalt, trat. Der Landesheimatbund integrierte anders als die Historische Kommission auch Historiker und andere Interessierte aus DDR-Strukturen, die bei persönlicher Integrität bereit und willens waren, unter freiheitlich-demokratischen Verhältnissen wissenschaftliche Neuanfänge zu wagen. Er war von Anfang an gut organisiert und bot den Vereinen nicht nur ein inhaltliches und organisatorisches Dach an, sondern kümmerte sich auch um deren Aufbau und Funktionsweise und half in praktischen Fragen bis hin zur Finanzierung ihrer Tätigkeit. Das hatte zur Folge, dass der Landesheimatbund in Bereiche hineinwirkte, die eigentlich dem Betätigungsfeld der Historischen Kommission zukamen. Darunter waren Konferenzen und Publikationen, die Grundfragen der Landesgeschichte betrafen, wie die nach ihren preußischen, sächsischen und anhaltischen Wurzeln, Traditionen usw. des nunmehr wieder existierenden Landes Sachsen-Anhalt.²⁶ Damit war neben der Histo-

25 Der „Lenkungsgruppe“ der Ausstellung gehörte kein Mitglied der Historischen Kommission an. Allerdings waren hier inzwischen neu berufene Historiker der Universität Halle beteiligt, wie auch der Landeskonservator Gotthard Voß Mitglied des Beirates war. Im Beirat war mit Dr. Matthias Puhle, Direktor des Kulturhistorischen Museums Magdeburg, ein 1995 aufgenommenes Mitglied der Historischen Kommission vertreten. Damit war jedoch keine Präsenz oder Mitwirkung der Historischen Kommission verbunden. Vgl. Brüggemeier, Franz-Josef / Korff, Gottfried / Steiner, Jürg (Hg.). mittendrin. Sachsen-Anhalt in der Geschichte. Katalog zur Ausstellung im stillgelegten Kraftwerk Vockerode, 15. Mai bis 13. September 1998. Dessau 1998, 14.

26 Vgl. Die sächsischen Wurzeln des Landes Sachsen-Anhalt und die Rolle der sächsischen Sekundogenituren Sachsen-Weißenfels, Sachsen-Merseburg und Sachsen-Zeitz. Protokoll des Wissenschaftlichen Kolloquiums am 21.10.1995. In Weißenfels. Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts 4 (1996); Preußische Wurzeln Sachsen-Anhalts. Vorträge der Wissenschaftlichen Kolloquien des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt e. V. am 18. Mai 2001 in Döbbelin, am 18.09.2001 in Halle, am 27.10.2001 in Magdeburg und des Salzwedler Stadtarchivs am 19.05.2001 sowie weitere Vorträge und Aufsätze. In: Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts 25 (2003).

rischen Kommission ein zweites Kompetenzzentrum zu Fragen der Landesgeschichte entstanden, dass mit den Geschichtsvereinen eng verbunden war.

Nicht nur die Tatsache, dass mit dem Nachkommen der anhaltischen Herzöge eine prominente Persönlichkeit zunächst an der Spitze des Landesheimatbundes stand, deutet darauf hin, dass die anhaltische Landesgeschichte in dessen Tätigkeit einen hohen Stellenwert einnahm. Auch dieser Aspekt der Landesgeschichte Sachsen-Anhalts ist von den Gründern der Historischen Kommission nicht besonders betont worden. Die vorwiegend mittelalterliche Profilierung ihrer Hauptakteure schloss die askanische bzw. anhaltische Geschichte immer ein, so dass von hier aus kein besonderer Grund gesehen wurde, anhaltischen Vorgängen einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Doch das Land Sachsen-Anhalt mit seiner nur schwach ausgebildeten Landestraddition weist die Besonderheit auf, dass das namengebende Land Anhalt einen historisch gewachsenen und identitätsstiftenden Teil des Landes darstellt. Zudem hatte Anhalt bei der schwierigen Landesbildung von 1990 eine herausragende Rolle gespielt. Daher kam der anhaltischen Geschichte für das Selbstverständnis des Landes Sachsen-Anhalt ein besonderer Stellenwert zu. Die Historische Kommission nahm erst im Jahre 1994 mit Prof. Dr. Erhard Hirsch einen renommierten einheimischen Historiker auf, der sich vor allem zur Landesgeschichte Anhalts profiliert hatte. Die Zuwahl von in Sachsen-Anhalt selbst tätigen Persönlichkeiten in die Historische Kommission verlief dennoch zögerlich, obwohl mittlerweile von Universitäten, Hochschulen bis zu Museen und Archiven neue Strukturen aufgebaut und wirksam waren. 1995 nahm die Kommission mit Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann einen ersten Vertreter der neuen Magdeburger Universität und mit Dr. Matthias Puhle den Direktor des größten Magdeburger Museums auf.

Dem erhöhten Bedürfnis der Öffentlichkeit in Fragen nach Identität und Tradition und damit nach Informationen und Diskussionen zur Landesgeschichte wich die Historische Kommission geradezu aus. In das entstandene Vakuum stießen daher mehrere Publikationen verschiedener Autoren.²⁷ Auch politische Stiftungen boten in der Zeit nach 1990 eine Plattform für Diskussionen zu Grundfragen der Landesgeschichte.²⁸ Im Jahre 1993 erschien eine kurze Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt im Auftrage der Landeszentrale für politische Bildung, die ebenfalls keinerlei Bezug zur Tätigkeit der Historischen Kommission aufwies.²⁹ Der Landesheimatbund publizierte im

27 Bartmuß, Joachim / Kathe, Heinz: Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Halle/Saale 1992; Asmus, Andrea und Helmut: Sachsen-Anhalt. Landesgeschichte. Magdeburg 1991.

28 Im Juni 1992 organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Magdeburg eine Tagung zum Thema „Das Gerede vom unhistorischen Land. Identität und Tradition in Sachsen-Anhalt“, der im September 1993 eine weitere zum Thema „Wirtschafts- und Sozialgeschichte Sachsen-Anhalts im 19. und 20. Jahrhundert“ in Merseburg folgte. Vgl. Identität und Tradition in Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Selbstfindung eines neuen Bundeslandes. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1993.

29 Tullner, Mathias: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, 1. Aufl., Magdeburg 1993.

Jahre 1993 bzw. 1994 sogar eine dreibändige Geschichte Sachsen-Anhalts.³⁰ Damit festigte der Landesheimatbund seine landesgeschichtliche Kompetenz, zumal in der Folgezeit mehrere Konferenzen zu grundlegenden und spezifischen Fragen der Landesgeschichte folgten und eine entsprechende Publikationsreihe regelmäßig erschien.³¹ Der Landesheimatbund eröffnete einheimischen Historikern, die sich bereits in der Zeit der DDR mit landesgeschichtlichen oder ähnlichen Fragen befasst hatten, Möglichkeiten der wissenschaftlichen Diskussion und der Publikation. So fanden sich nicht wenige Manuskripte und Autoren in der dreibändigen „Geschichte Sachsen-Anhalts“ in überarbeiteter Form wieder, die im Zusammenhang mit der Erarbeitung der „sozialistischen“ Landesgeschichte vor 1989 entstanden sind.³²

Die Historische Kommission konnte zum 125. Jahrestag der Gründung von 1876, in deren Kontinuität man sich sah, dennoch eine eindrucksvolle Liste von Publikationen vorgelegen. Dabei wurde auch deutlich, dass sie ihre Absicht, Projekte der alten Kommission weiterzuführen, umgesetzt hat. Bei einer genaueren Durchsicht der 2001 vorgelegten Liste wird allerdings sichtbar, dass es sich nur teilweise um tatsächliche Ergebnisse der Tätigkeit der Historischen Kommission handelt, da man alle Publikationen ihrer Mitglieder – zu diesem Zeitpunkt immerhin schon 23 –, die in anderen Zusammenhängen entstanden waren, aufgenommen hat.³³

5. Auf dem Weg zur Etablierung

Eine grundlegende Wandlung der Haltung der Historischen Kommission gegenüber Problemen, Strukturen und Repräsentanten im Bundesland Sachsen-Anhalt selbst bahnte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre an. Dazu trug bei, dass nach mehreren Anläufen Ende 1996 an der Universität Halle die Professur für Landesgeschichte Sachsen-Anhalts mit Prof. Dr. Werner Freitag besetzt werden konnte. Freitag wurde 1997 in die Historische Kommission aufgenommen. Unter seinem Einfluss wandelte sich auch die restriktive Zuwahlpolitik, und es begann eine Öffnung der Kommission zu den inzwischen in Sachsen-Anhalt selbst etablierten Historikern und anderen Wissenschaftlern.

30 Müller, Walter: Geschichte Sachsen-Anhalts. Das Mittelalter. Bd. 1. Berlin/München 1993; Kathe, Heinz: Geschichte Sachsen-Anhalts. Reformation bis Reichgründung 1871. Bd. 2. Berlin/München 1993; Hübner, Hans: Geschichte Sachsen-Anhalts. Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952. Bd. 3. Hrsg. vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt. Berlin/München 1994.

31 Der Landesheimatbund thematisierte Grundfragen der Landesgeschichte bereits im Jahre 1994. Vgl. Zur Kultur- und Sozialgeschichte Sachsen-Anhalts: Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz am 8. und 9. Oktober 1994 in Quedlinburg. Hrsg. vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V., Halle/Saale 1995. Der Band war gleichzeitig das erste Heft der bis zur Gegenwart fortgeführten Reihe „Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts“.

32 Vgl. Anm. 31.

33 Vgl. Hirsch, Erhard: Die Publikationen der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt 1994–2000. In: Hartmann (Hg.), 65–82.

Vor allem aber erfolgte eine inhaltliche Zuwendung der Historischen Kommission zu neuen und modernen Ansätzen und Themen einer Landesgeschichte Sachsen-Anhalts.³⁴ Mit der Zuwahl namhafter Persönlichkeiten der Universität Halle wie den Professoren Rupieper und Ranft im Jahre 2000 erfuhr die Historische Kommission eine wesentliche inhaltliche und personelle Stärkung. Mit Hermann Joseph Rupieper (1942–2004) trat auch die Zeitgeschichte ins Blickfeld der Kommission. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits namhafte Gründerpersönlichkeiten, darunter Helmut Beumann, verstorben.³⁵

Unter Beibehaltung von traditionellen Themenstellungen und Methoden erfolgte eine Öffnung hin zu neuen wissenschaftlichen Fragestellungen und Arbeitsweisen. Die Historische Kommission von Sachsen-Anhalt wandelte sich damit endgültig von einer Kommission „ohne Land“ zu einer Kommission „mit Land“. Das war auch mit der weiteren Einbeziehung von Historikern der mittlerweile aufgebauten wissenschaftlichen Institutionen des Landes, die für die Tätigkeit der Kommission von Bedeutung waren, verbunden. Die Festigung der Kommission und ihrer Tätigkeit wurde allerdings 2004 erneut erschüttert, weil Prof. Werner Freitag, mit dessen Wirken die Erneuerung stark verbunden war, einem Ruf nach Münster folgte und die Universität Halle wegen Einsparungszwängen die einzige Professur für Landesgeschichte in Sachsen-Anhalt nicht wieder besetzte. Gleichzeitig erlitt die Kommission einen schweren Verlust durch den plötzlichen Tod des Zeithistorikers Hermann Josef Rupieper.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Ranft (Halle) und Prof. Dr. Ulrike Höroldt, leitende Archivdirektorin des Landeshauptarchives in Magdeburg, setzte die Kommission unter schwierigen Bedingungen ihren Weg der Erneuerung und Öffnung dennoch fort. Der Kommission gelang es, ihre Tätigkeit und deren Wirksamkeit zu stabilisieren und zu erweitern. Dazu gehört auch die Einführung eines „Tages der Landesgeschichte“.³⁶ Eine weitere Stabilisierung auf ihrem Weg zu einer wissenschaftlich modern orientierten, den Bedingungen des Landes Sachsen-Anhalt entsprechenden, leistungsfähigen Institution erfuhr die Historische Kommission im Jahre 2014 mit der Wahl eines neuen Vorstandes unter Führung von Prof. Dr. Thomas Müller-Bahlke, Direktor der Franckeschen Stiftungen in Halle. All diese Schritte begründen die Zuversicht, dass die 1990 wiedergegründete Kommission nach einer eher schwierigen Anfangsphase mittlerweile zu einem anerkannten Akteur der geschichtlichen Landeskunde in Sachsen-Anhalt geworden ist.³⁷

34 Einen solchen Vorschlag entwickelte Werner Freitag, der allerdings nicht im Jahrbuch „Sachsen und Anhalt“, erscheinen konnte. Vgl. Freitag, Werner: Perspektiven einer Landesgeschichte für Sachsen-Anhalt. In: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte 12 (1998), 83–99.

35 Es handelte sich um Helmut Beumann († 1995); Hanns Gringmuth-Dallmer († 1999); Edgar Lehmann († 1997) und Berent Schweineköper († 1993).

36 Der erste „Tag der Landesgeschichte“ fand am 28. Juni 2003 zum Thema „Neue Forschungen zur Stadtgeschichte Sachsen-Anhalts“ in Dessau statt.

37 Vgl. die Homepage der Kommission, URL: <https://www.historische-kommission-fuer-sachsen-anhalt.de/die-kommission/geschichte> (18.09.2021).

III.
Landesgeschichte ohne Land

Kontinuitäten und Neuanfänge

Die Ostdeutschen Historischen Kommissionen nach dem Zweiten Weltkrieg

WOLFGANG KESSLER

1. Ostdeutsche Historische Kommissionen – ein Überblick

Historische Kommissionen stellen eine spezifische Organisationsform der außeruniversitären historischen Forschung dar. Sie sind Zusammenschlüsse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich zur Bearbeitung eines gemeinsamen Themenkomplexes zusammengefunden haben, darunter als Sonderform landesgeschichtliche Kommissionen. Systematisch beschrieben hat ihre Aufgaben nur Meinhard Schaab im Jahre 1991: Die Herausgabe von Grundlagenwerken wie Archivführern, Quelleneditionen und Urkundenbüchern, die landesgeschichtliche Bibliographie, die Erstellung von biographischen Nachschlagewerken und Lebensbildern, die Publikation historisch-landeskundlicher Arbeiten in Buch- und Zeitschriftenform, aber auch hilfswissenschaftliche Grundlagenforschung wie Orts- und Flurnamenkunde, Siedlungsforschung und historische Kartographie.¹ Doch gilt dabei die Feststellung des langjährigen Direktors des Marburger Johann Gottfried Herder-Instituts und Vorsitzenden der Historischen Kommission für Pommern, Roderich Schmidt (1925–2011): „Aber nicht nur nach Entstehung und Organisationsformen unterschieden sich die Historischen Kommissionen, auch ihr Arbeitsfeld ist von verschiedener Art und bedingt unterschiedliche Betrachtungs- und Arbeitsweisen.“² Jürgen Petersohn (1935–2017) hat vorgeschlagen, „historische Kommissionen für territoriale Einheiten“ zu „definieren als Zusammenschlüsse von Fachleuten, die mit der Erforschung und Nutzbarmachung

- 1 Schaab, Meinhard: Der Beitrag der historischen Kommissionen zur geschichtlichen Landesforschung. In: Aufgabe und Bedeutung historischer Vereine in unserer Zeit. Vorträge eines Symposiums zum 150jährigen Bestehen des Vereins für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben am 4. Mai 1991. Hrsg. von Hans Eugen Specker. Ulm 1992, 49–70.
- 2 Schmidt, Roderich: Pommersche Landesgeschichte und die Historische Kommission für Pommern. In: Ders. (Hg.): Das historische Pommern: Personen, Orte, Ereignisse. Köln/Weimar/Wien 2007, 677–697, 682.

der geschichtlichen Quellen und Befunde eines bestimmten historisch-politischen Raumes beauftragt sind.“³ Ihr Forschungsobjekt ist – fächerübergreifend – regional definiert. Landesgeschichte als Disziplin sei, so Ludwig Petry (1908–1991), 1969 bis 1988 Vorsitzender der Historischen Kommission für Schlesien, treffend, „in Grenzen unbegrenzt“;⁴ thematisch und fachlich breit interdisziplinär aufgestellt.

Die mit Landesgeschichte oder Historischer Landesforschung befassten Kommissionen haben ihren Standort traditionell in der erforschten Region. Darüber hinaus gibt es, so Matthias Weber, „für die historischen preußischen Ostprovinzen sowie Siedlungsgebiete von Deutschen [...] eigene H[istorische] K[ommissionen].“⁵ Deren spezifische Lage beschrieb Hermann Aubin (1885–1969), der wie kaum ein anderer die Kontinuität der deutschen Ostforschung von den 1930er bis in die 1960er Jahren repräsentiert,⁶ 1952 im ersten Heft der *Zeitschrift für Ostforschung*: Noch viele Jahre werde „die deutsche Wissenschaft gewaltige Anstrengungen machen müssen“ um die Kriegsfolgen zu überwinden: „Am schwersten getroffen wurde dabei die deutsche Ostforschung. Ihre Einrichtung sind vernichtet oder ihr durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse entzogen worden. Die meisten Forscher sind aus Amt und Heimat vertrieben, ihrer Bücher und Sammlungen beraubt.“⁷

Der Präsident des 1950 gegründeten Johann Gottfried Herder-Forschungsrates beklagte allerdings nicht den – de facto endgültigen – Verlust des Landes, mit dem man sich wissenschaftlich befasst hatte: Nach dem in der Politik der jungen Bundesrepublik mit dem Anspruch auf die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 formulierten Friedensvertragsvorbehalt durfte er für „Ostdeutschland“ nicht sein,⁸ was auch die wieder erweckte Ostforschung verhindern sollte. Für die historisch auslanddeutschen Siedlungsgebiete mit – in ihrer Qualität nicht präziserter –

3 Petersohn, Jürgen: Die Historische Kommission für Pommern im Exil (1951–2001). In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 159–173.

4 Petry, Ludwig: In Grenzen unbegrenzt. Möglichkeiten und Wege der geschichtlichen Landeskunde. Mainz 1961; Vgl. auch Schaab, Der Beitrag der Historischen Kommissionen, 68–70: Die Universalität der Landesgeschichte und die eigentliche Aufgabe der Kommissionen.

5 Weber, Matthias: Historische Kommissionen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32691 (Stand 03.05.2021).

6 Zu Aubins Publikationen 1933–1945 vgl. Wolf, Ursula: Litteris et Patriae. Das Janusgesicht der Historie. Stuttgart 1996, 288–305. Zum Terminus ‚Ostforschung‘ Eduard Mühle: ‚Ostforschung‘. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 46 (1997), H. 3, 317–350, insb. 326–331; Petersen, Hans-Christian: Ostforschung. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p53916 (Stand 03.06.2021).

7 Aubin, Hermann: Zum Geleit. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 1 (1952). Zu Aubin vgl. Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005.

8 Vgl. Kessler, Wolfgang: Zwischen Deutschland und Polen. Zu Geschichte und Geschichtsschreibung des preußischen Ostens und polnischen Westens. In: *Deutschlands Osten – Polens Westen*.

„deutscher“ Bevölkerung⁹ wurde der Heimatverlust eher verdrängt, allerdings auch nicht – das Sudetenland und das Memelgebiet ausgenommen – mit territorialen Revisionsforderungen verknüpft.

Seit 1950 setzten die für Ost- und Westpreußen, Pommern bzw. Schlesien zuständigen Historischen Kommissionen im Rahmen des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates ihre Tätigkeit fort, bis 1954 ergänzt um drei neue Historische Kommissionen für die im Zuge des Zweiten Weltkriegs umgesiedelten, geflüchteten oder vertriebenen deutschen Minderheitengruppen aus Lettland, Estland, Polen und der Tschechoslowakei, dem „Ost-Mitteleuropa“ nach dem Zuschnitt des Herder-Forschungsrates. Die Geschichte dieser Kommissionen ist in sehr unterschiedlichem Maße erforscht: Während sich die Historische Kommission für Pommern, wenn auch nur bedingt kritisch, und die Kommission für Schlesien kritisch und eingehend mit ihrer Geschichte befasst haben,¹⁰ fehlen vergleichbare Darstellungen für die Kommission für Ost- und Westpreußen.¹¹ Bei den Kommissionen für nach dem Gebietsstand von 1937 auslanddeutsche Minderheitengruppen und ihre historischen Wohn- und historischen Siedlungsgebiete haben sich die Historische Kommission für die böhmischen Länder und die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen intensiver mit ihrer Vorgeschichte und ihrer Geschichte auseinandergesetzt,¹² weniger dagegen die Baltische Historische Kommission¹³ und die bis 1975 außerhalb des Herder-Forschungsrates eigenständige Südostdeutsche Historische Kommission.¹⁴

Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde. Hrsg. v. Matthias Weber. Frankfurt a. M. 2001, 31–81, 41–44.

- 9 Vgl. Philippi, Paul: Von Deutschtum und Zukunft der Siebenbürger Sachsen. In: Siebenbürgisch-sächsische Geschichte in ihrem neunten Jahrhundert. München 1977, 73–93, jetzt auch in Ders.: Land des Segens? Fragen an die Geschichte Siebenbürgens und seiner Sachsen. Köln 2008, 350–374.
- 10 Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011 (2018); Bahlcke Joachim / Gehrke, Roland / Schmilewski, Ulrich (Hg.): Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Historische Kommission für Schlesien (1921–2021), Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Dokumentation. Leipzig 2021.
- 11 75 Jahre Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Forschungsrückblick und Forschungswünsche. Hrsg. von Bernhart Jähnig. Lüneburg 1999, bietet keine Gesamtgeschichte der Kommission.
- 12 Zwischen Region und Nation 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Hrsg. von Wolfgang Kessler und Markus Krzoska. Osnabrück 2013; Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. Hrsg. von Stefan Albrecht, Jiří Malíř und Ralph Melville. München 2008.
- 13 Rauch, Georg von: Die deutschbaltische Geschichtsschreibung nach 1945. In: Georg von Rauch (Hg.): Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung. Köln/Wien 1986, 399–435, 400–405, berichtet über die Aktivitäten der Kommission. In die Vorgeschichte gehören Untersuchungen wie Volkmann, Hans-Erich: Von Johannes Haller zu Reinhard Wittram. Deutschbaltische Historiker und der Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), H. 1, 1–46.
- 14 Gottas, Friedrich: Vierzig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. Rückblick und Ausblick. In: Südostdeutsches Archiv 40/41 (1997/98), 1–10, bietet – wie die vorangehenden in Fünfjahresab-

Die Akteure der ersten Jahre waren in allen Kommissionen, wie überhaupt im Wissenschaftsbereich, mehrheitlich innerhalb des nationalsozialistischen Wissenschafts-systems aktiv gewesen, wobei die Ostforschung in besonderem Maße politisiert gewesen ist und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland auf andere Weise wieder war.¹⁵ Die Geschichte der Historischen Kommissionen reicht aber weit über die Zeit des Zweiten Weltkriegs hinaus und ist heranzuziehen, wenn es die ostdeutschen historischen Kommissionen nach 1945 in der Bundesrepublik zu betrachten gilt.

2. Ausgangslage

2.1 Die Provinzialkommissionen bis 1918

Die Universitätshistoriker befassten sich bis ins 20. Jahrhundert vorwiegend mit Staats- und Politikgeschichte. Karl Lamprechts (1856–1915) Plädoyer für die Erweiterung um Sozial- und Kulturgeschichte war um die Jahrhundertwende umstritten, legte aber den Grund für eine neue, thematisch und fachlich breit aufgestellte historische Landesforschung, die in den 1920er Jahren vor allem Hermann Aubin mit seinem Konzept der „geschichtlichen Landeskunde“ wesentlich weiterentwickelt hat.¹⁶ Die Geschichte der historischen Regionen und Länder, die „Landesgeschichte“, lag vor allem in den Händen von Archivaren, die sich im 19. Jahrhundert als eigener Berufsstand professionalisierten, die Orts- und Lokalgeschichte überwiegend in den Händen von Lehrern und Pfarrern. Seit dem Vormärz schlossen sich Fachhistoriker und an der Geschichte der engeren Region Interessierte in historischen Vereinen und Gesellschaften zusammen, die 1852 den Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine als Dachverband gründeten.¹⁷

ständen publizierten Jubiläumsartikel – nur einen Tätigkeitsbericht. In Vorbereitung Kessler, Wolfgang: Die Südostdeutsche Historische Kommission 1957–2007. Geschichte und Bibliographie.

- 15 Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Hrsg. v. Jan M. Piskorski in Verb. mit Jörg Hackmann und Rudolf Jaworski. Osnabrück 2002; Hackmann, Jörg: „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Westfälische Forschungen 46 (1996), 232–258.
- 16 Buchholz, Werner: Vergleichende Landesgeschichte und Konzepte der Regionalgeschichte von Karl Lamprecht bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990. In: Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektive. Hrsg. von Werner Buchholz (Hg.). Paderborn 1998, 11–60, 17–18; Schorn-Schütte, Luise: Territorialgeschichte – Provinzialgeschichte – Landesgeschichte – Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung. In: Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift Heinz Stoob zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Helmut Jäger, Franz Petri, Heinz Quirin. Bd. 1. Köln/Wien 1984, 390 f., 394–395.
- 17 Pabst, Klaus: Historische Vereine und Kommissionen in Deutschland bis 1914. In: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. München 1986, 13–38, 21–33.

Im Königreich Preußen war Landesgeschichte wesentlich Provinzialgeschichte. In den preußischen Ostprovinzen wurden mit der Gesellschaft für Pommersche Geschichte (1825),¹⁸ dem Verein für die Geschichte der Mark Brandenburg (1838),¹⁹ der Altertumsgesellschaft Prussia (1844) für die Provinz Preußen, dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Schlesiens (1846),²⁰ dem Westpreußischen Geschichtsverein (1879 als Historischer Verein für die Stadt und den Regierungsbezirk Danzig für einen Teil der 1878 verselbständigten Provinz Westpreußen gegründet) und der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen (1885)²¹ Geschichtsvereine gegründet, denen bald Vereine für Unterregionen wie die Altertumsgesellschaft Insterburg (1888)²², der Rügisch-Pommersche Geschichtsverein (1899) für Vorpommern und der, wie der nach 1945 reaktivierte Historische Verein für Ermland (1856),²³ katholisch geprägte Oberschlesische Geschichtsverein (1904)²⁴ folgten. Diese Vereine sind nur ausnahmsweise erforscht.

Die Verwissenschaftlichung des Vereinslebens war vor allem bei den Provinzialvereinen, die Zeitschriften verantworteten und Quelleneditionen wie Urkundenbücher herausgaben, seit der Reichsgründung unübersehbar.²⁵ Doch gab es immer wieder Spannungen zwischen den Interessen der Mitglieder und dem wissenschaftlichen Programm. Die Einrichtung Historischer Kommissionen bedeutete einen weiteren Schritt

- 18 Unterstell, Rembert: *Klio in Pommern. Die Geschichte der pommerschen Historiographie 1815 bis 1945*. Köln/Weimar/Wien 1996, S. 37–55, 109–132.
- 19 Neitmann, Klaus: *Geschichtsvereine und Historische Kommissionen als Organisationsformen der Landesgeschichtsforschung*. In: Ders., *Land und Landeshistoriographie. Beiträge zur Geschichte der brandenburgisch-preußischen und deutschen Landesgeschichtsforschung*. Berlin 2015, 137–170. Der Verein war eine reine Gelehrtenvereinigung und zeigte zahlreiche Merkmale einer Historischen Kommission, vgl. Schaab, *Der Beitrag der Historischen Kommissionen*, 51.
- 20 *150 Jahre Verein für Geschichte Schlesiens*. Namens des Vereins für Geschichte Schlesiens hrsg. von Johannes Schellakowsky und Ulrich Schmilewski. Würzburg 1996; Kersken, Norbert: *Breslau als Zentrum landesgeschichtlicher Forschung, Der „Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens“*. In: Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland (Hg.): *Institutionen der Geschichtspflege und Geschichtsforschung in Schlesien von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*. Köln/Weimar/Wien 2017, 87–120; *Bibliographie der Vereinsveröffentlichungen*: Kessler, Wolfgang: *Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens*. *Schlesische Geschichtsblätter*. Gesamtinhaltsverzeichnis. Hannover 1984.
- 21 Dyroff, Stefan: *Die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen 1885–1918. Marginalisierung dilettierender Identitätsarbeit durch archivgestützte Wissenschaft*. In: *Zwischen Region und Nation*, 11–30.
- 22 Eine Übersicht der Vereine in den Provinzen Ost- und Westpreußen bei Malłek, Janusz: *Die „Altpreußischen Forschungen“*. Das Kommissionsorgan im polnisch-deutschen Nationalitätenstreit, in: *75 Jahre Historische Kommission für Ost- und Westpreussische Landesforschung*, 183–204, 186 f.
- 23 Zu den Aktivitäten Karp, Hans-Jürgen: *Der Historische Verein für Ermland*. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 147 (2011), 513–518.
- 24 Kaczmarek, Ryszard: *Geschichtspflege und Vereinswesen im preußischen Oberschlesien vor dem Ersten Weltkrieg*. In: *Institutionen der Geschichtspflege und Geschichtsforschung in Schlesien von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*. Hrsg. von Joachim Bahlcke und Roland Gehrke. Köln/Weimar 2017, 215–227.
- 25 Pabst, *Historische Vereine*, 28–30, 34.

zur Professionalisierung der landesgeschichtlichen Forschung. 1876 wurde als erste provinzialgeschichtliche Historische Kommission im Deutschen Reich die Historische Kommission für die Provinz Sachsen gegründet.²⁶ Erst 1910 errichtete der Oberpräsident in Zusammenarbeit mit dem Stettiner Staatsarchiv die Historische Kommission für Pommern und übernahm – bis 1920 – den Vorsitz.²⁷ Wesentlicher Unterschied zu den Geschichtsvereinen war die Beschränkung auf Fachwissenschaftler und „Förderer“, dazu die Zuwahl von Mitgliedern. Eine vergleichbare landesgeschichtliche Kommission bestand und besteht im Raum des heutigen Österreich nur in der Steiermark.²⁸

2.1.1 Die Provinzialkommissionen 1918–1945

Die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs änderten die geopolitische Lage und die politische Situation der drei preußischen Ostprovinzen entscheidend: Pommern wurde Grenzland zu Polen, Ostpreußen territorial vom Reich getrennt, Westpreußen unter Polen, dem Deutschen Reich und dem Freistaat Danzig geteilt, ebenso nach drei Aufständen und einem Plebiszit der Regierungsbezirk Kattowitz der Provinz Schlesien zwischen dem Deutschen Reich und Polen. In der sich interdisziplinär entwickelnden historischen Landesforschung dominierte die Volks- und Kulturbodenforschung, die bald durch die vor allem auch von den Danziger Museumsdirektor Erich Keyser (1893–1968) formulierte „völkische Geschichtsauffassung“ abgelöst wurde.²⁹ Nicht nur für die „Landeshistorie“ Ost- und Westpreußens gilt die Feststellung Hackmanns, „dass die wissenschaftlichen Fragestellungen fast ausnahmslos von politischen Erkenntnisinteressen geprägt wurden. [...] viele Historiker tendierten auch zur Verknüpfung ihrer Wissenschaft mit politischen Funktionen.“³⁰

Der Einzelne sei, so 1925 der Greifswalder historische Geograph Fritz Curschmann (1874–1946), durch die Anforderungen der historischen Wissenschaften bei der Erforschung der „mittelalterlichen Kolonisation Ostdeutschlands“ überfordert, es bedürfe

26 Ebd., 34. Zum Umfeld Schmidt, Pommersche Landesgeschichte, 681. Übersicht bei Schaab, Der Beitrag der Historischen Kommissionen, 50–51.

27 Unterstell, Klio, 55–61; Szukała, Maciej: Pruskie archiwa państwowe a niemieckie badania wschodnie (deutsche Ostforschung) w okresie międzywojennym XX wieku (1918–1939). Między nauką a politycznym zaangażowaniem. Warszawa 2011, 187–190.

28 100 Jahre Historische Landeskommission für Steiermark 1892–1992. Bausteine zur Historiographie der Steiermark. Hrsg. Othmar Pickl. Graz 1992.

29 Keyser, Erich: Die völkische Geschichtsauffassung. In: Preußische Jahrbücher 234 (1933), 1–20. Zu Keyser vgl. Hackmann, Jörg: „Der Kampf um die Weichsel“. Die deutsche Ostforschung in Danzig von 1918–1945. In: Zapiski Historyczne 58 (1993), 37–58; Ders.: Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem. Wiesbaden 1996, 194, 262. Zur thematischen Erweiterung Ders., Ostpreußen, 174.

30 Hackmann, Ostpreußen, 242 f. Zu Keyzers politischen Positionen auch Szukała, Pruskie archiwa państwowe, 238–242.

der Zusammenfassung der Kräfte durch Organisationen, die auf lange Sicht arbeiten können. Das sind aber, wo es sich [...] um Fragen der Landesgeschichte handelt, die Historischen Kommissionen. Sie dürfen sich bewußt sein, wenn sie ihre Kräfte nicht nur in dieser Richtung einsetzen, nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der nationalen Sache zu dienen, denn überall im Osten sehen wir, wie unsere unfreundlichen Nachbarn eine voreingenommene Pseudowissenschaft in den Dienst der Politik stellen und mit den Erfolgen, die ihnen diese Methode schon in Paris und Versailles gebracht hat, noch immer nicht zufrieden sind. Dem gegenüber gilt es [,] der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wir Deutsche dürfen sie nicht fürchten.³¹

Curschmann forderte die Förderung der historischen Kartographie, der Orts- und Flurnamenforschung sowie der Hausforschung und der Volkskunde: „Erst wenn die historischen Kommissionen überall genügende Mittel gesichert haben, lohnt es sich für sie [,] an wirklich große Aufgaben heranzutreten.“³²

Die Landeshistoriker lieferten wissenschaftliche Argumente im „Grenzkampf“ gegen Polen, in Ostpreußen um den „Polnischen Korridor“ und Masuren³³, zum Memelgebiet und zu Preußisch Litauen gegen Litauen, in Schlesien in den Auseinandersetzungen um Oberschlesien und das Teschener Schlesien, aber auch im Westen gegen die „Fremdherrschaft am deutschen Rhein“.³⁴ Die „Sorge um die [von innen und außen] bedrohte Heimat“ war mehr als der „weitgehend irrealer Reflex auf die politisch-geographische Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg“, als den Luise Schorn-Schütte ihn gesehen hat,³⁵ sie wurde auch instrumentalisiert im Kampf für die Revision der Bestimmungen des „Versailler Diktats“.

Die Kommissionen arbeiteten auf der Grundlage einer, wenn auch nicht immer gesicherten Etatisierung aus Mitteln der Provinzialverwaltung oder der von den Kommunen gebildeten Provinzialverbände. Sie stützten sich auf wenige hauptamtliche oder auf Honorarbasis tätige Mitarbeiter, die ehrenamtliche Leistung der aktiven Mitglieder sowie die Zusammenarbeit mit den Provinzialarchiven und den einschlägigen Universitätsinstituten (seit 1925 in Königsberg, seit 1930 in Breslau)³⁶ und den auf den

31 Curschmann, Fritz: Die Aufgaben der Historischen Kommissionen bei der Erforschung der mittelalterlichen Kolonisation Ostdeutschlands. In: *Altpreußische Forschungen* 4 (1927), H. 1, 15–40, 15 f. Zu Curschmann vgl. Unterstell, *Klio*, 201–217.

32 Curschmann, *Aufgaben*, 40.

33 Kossert, Andreas: *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956*. Wiesbaden 2001, 167–230: Masuren als umstrittenes Grenzland bis 1933.

34 Wein, Franziska: *Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930* Essen 1992.

35 Schorn-Schütte, *Territorialgeschichte*, 414; ebd. das Zitat von Rudolf Kötzschke.

36 Peters, Jelko: *Das Institut für Heimatforschung und Volkskunde in Königsberg (1924–1945)*. In: Dröge, Kurt (Hg.): *Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte*. München 1995, 213–226; Mühle, *Für Volk und deutschen Osten*, 236–240.

Provinzrahmen bezogenen Geschichtsvereinen. Die Übergänge von der traditionellen Landesgeschichte zur Volksgeschichte waren fließend.³⁷

Nach faktischer Tätigkeitsunterbrechung durch den Ersten Weltkrieg und die Inflation wurde die Historische Kommission für Pommern 1925 unter der formellen Leitung des Landeshauptmanns, d. h. des Leiters des für die Kultur zuständigen Provinzialverbands, auch unter dem Grenzlandaspekt revitalisiert. Die Kommission übernahm vom 1930 vom Staatsarchiv die Weiterführung des seit 1871 erscheinenden, 1907 eingestellten Pommerschen Urkundenbuchs, verzeichnete Archivbestände, veröffentlichte „Lebensbilder“ und zeichnete sich überhaupt durch eine rege Publikationstätigkeit aus. Die Pommerschen Lebensbilder (3 Bände, 1934–1939) zielten auf ein breiteres Publikum. Finanziert wurde sie zunächst wesentlich durch die Provinzialverwaltung, seit 1925 durch den Provinzialverband, ergänzt durch Mitgliedsbeiträge, Stifter und Förderer (Kommunen, Kreise, aber auch Einzelpersonen).³⁸ 1935 wurde die Kommission wie die anderen landesgeschichtlichen Kommissionen im Deutschen Reich in Landesgeschichtliche Forschungsstelle der Provinz Pommern umbenannt, die 1939 dem Provinzialverband straff unterstellt wurde.³⁹

Ähnlich sahen das wissenschaftliche Programm, die Finanzierung, aber auch die politischen Abhängigkeiten bei der am 12. November 1921 auf Initiative des Vorstands des Vereins für Geschichte Schlesiens in Verbindung mit dem Staatsarchiv unter dem Eindruck der oberschlesischen Abstimmungskämpfe und Aufstände als eingetragener Verein gegründeten Historischen Kommission für Schlesien aus.⁴⁰ Die Historische Kommission für Schlesien sollte, so der Gründungsaufruf 1921, „die heilige Aufgabe“ erfüllen,

mit den Waffen des Geistes und des Herzens festzuhalten, was unser ist, die uralte Überlieferung der schlesischen Einheit zu pflegen, den ehrenvollen Anteil Schlesiens an der

37 Oberkrome, Willi: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945. Göttingen 1993; Schöttler, Peter: Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die „unüberhörbare Stimme des Blutes“. In: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Hrsg. von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle. Frankfurt am Main 1999, 89–113.

38 Zur Finanzierung Unterstell, Klio, 137–141; Neitmann, Klaus: Die Historischen Kommissionen der preußischen Provinzen Brandenburg und Pommern 1911/25–1945. Antriebe – Rahmenbedingungen – Wirkungen. In: Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011, 98–129, 116–119.

39 Unterstell, Klio, 145; Schleiner, Dirk: Die Gründung der Historischen Kommission für Pommern und die Jahre bis 1945. In: Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011, 131–155, 138–140; Neitmann: Die Historischen Kommissionen, 122 f.

40 Petry, Ludwig / Schlenger, Herbert (†): Fünfzig Jahre Historische Kommission für Schlesien. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 17 (1972), 385–416, 385; Szukala, Pruskie archiwa państwowe, 227–230; Bahlcke / Gehrke / Schmilewski (Hg.), Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Vgl. auch den Beitrag von Roland Gehrke im vorliegenden Band.

deutschen Kulturgemeinschaft aufzuweisen und aus Erkenntnis dieser unlöslichen Zusammengehörigkeit die Zuversicht auf eine bessere Zukunft zu schöpfen.⁴¹

Zweck der Historischen Kommission für Schlesien sollte

in erster Linie sein, daß sie als Überorganisation der heimatwissenschaftlichen Vereine größere Veröffentlichungen [...] ins Leben ruft oder unterstützt. [...] Auch die Inventarisierung hat die Historische Kommission vom Verein übernommen [...]. Ebenso will die Kommission die Literaturberichte, zu deren Fortsetzung es dem Verein an Mitteln gebricht, fortsetzen.⁴²

Die Kommission beteiligte sich am seit 1857 vom Verein für Geschichte und Altertum Schlesiens herausgegebenen *Codex Diplomaticus Silesiae*, erarbeitete die Schlesische Bibliographie, gab die Einzelschriften zur schlesischen Geschichte heraus und bereitete das Schlesische Urkundenbuch vor.⁴³ Von den Schlesischen Lebensbildern erschienen 1922 bis 1931 vier Bände. Die sich – eine Ausnahme im Kontext der Provinzialkommissionen – an eine breitere Öffentlichkeit wendende Geschichte Schlesiens, deren erster Band 1938 erscheinen konnte, war ein Gegenprojekt zur polnischen *Historja Śląska* (1933–1939).⁴⁴

In Breslau führte die Kommission 1934 mit der Übernahme des Vorsitzes durch Hermann Aubin wie die anderen Historischen Kommissionen im Deutschen Reich nach dem Vorstandsbeschluss des Gesamtvereins der deutschen Geschichtsvereine vom 15. Januar 1934 das Führerprinzip ein.⁴⁵ Die Finanzausstattung blieb im Verhältnis zum ambitionierten Programm eng. Im Jahresbericht 1934/35 schrieb Aubin: „Es ergeht [...] auch in diesem Jahr wiederum an alle Stifter, Förderer und Mitglieder die dringende Bitte, der Kommission wie bisher und wenn irgend möglich in noch gesteigertem Maße ihre Hilfe angedeihen zu lassen.“⁴⁶

41 Zitiert nach Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 270 f.

42 Verein für Geschichte Schlesiens: Bericht über die Vereinstätigkeit 1921 und 1922. In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 57 (1923), 134 f.

43 Vgl. das Verzeichnis der Veröffentlichungen bei Petry, Ludwig: Die Historische Kommission für Schlesien im 6. Jahrzehnt ihres Bestehens. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität 22 (1981), 240–254; vgl. auch Schlenger, Herbert: Die Historische Kommission für Schlesien. In: Zeitschrift für Ostforschung 2 (1953), 585–592; Irgang, Winfried: Die Rolle der Historischen Kommission für Schlesien in der deutschen schlesienkundlichen Forschung der beiden letzten Jahrzehnte. In: *Śląska Republika Uczonych*. Bd. 2, Wrocław 2006, 554–569, 555–557.

44 Kessler, Wolfgang: Neue Gesamtdarstellungen der Geschichte Schlesiens. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 52 (2003), 230–250, 230–233; Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 273–284.

45 Petry / Schlenger (Hg.), Fünfzig Jahre, 388; Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 269–273. Allgemein Schaab, Beitrag der historischen Kommissionen, 53.

46 Aubin, Hermann: 14. und 15. Jahresbericht über die Tätigkeit Historische Kommission für Schlesien in den Geschäftsjahren 1934 und 1935. Breslau 1936, 6.

Die Historische Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung wurde am 13. Mai 1923 in der Stadtbibliothek in Königsberg (Pr) gegründet. Nach ihrer Satzung hatte sie

den Zweck, Quellen und Darstellungen aus dem Gebiet der ost- und westpreußischen Geschichte in streng wissenschaftlicher Form herauszugeben und die Tätigkeit einzelner Personen, sowie der ost- und westpreußischen Geschichtsvereine, soweit diese den Zielen der Historischen Kommission entspricht, durch Beihilfen zu unterstützen.⁴⁷

Jahrestagungen, Bibliographie, Biographie, historische Kartographie, Quelleneditionen (vor allem die Fortführung des nach dem 1882–1909 gedruckten ersten Band unterbrochenen Preußischen Urkundenbuchs) sowie Herausgabe der Altpreußischen Forschungen als Zeitschrift waren die Tätigkeitsfelder.⁴⁸ In derselben Rechtsform wie die schlesische Kommission gegründet, blieb die ostpreußische bis 1933, da strukturell unterfinanziert, auf Einzelzuschüsse der Provinzialverwaltung angewiesenen.⁴⁹

Für die Mitte der 1920er Jahre lässt sich ein Aufschwung der Kommissionen feststellen, der aber im finanziellen Sog der Weltwirtschaftskrise bald endete. Inhaltlich setzte sich in Breslau die volksgeschichtliche Landesforschung durch.⁵⁰ Für Pommern und Ost- und Westpreußen ist, wie in anderen Forschungsregionen innerhalb Deutschlands, ebenfalls die Dominanz des volksgeschichtlichen Ansatzes offensichtlich.⁵¹ Zur Gleichschaltung der institutionalisierten Landesgeschichte nach 1933 fehlen detaillierte Untersuchungen. Dirk Schleinerts „nicht eindeutiges“ Ergebnis zur Historischen Kommission für Pommern dürfte übertragbar sein:

Zweifellos gab es zumindest in der Anfangsphase der NS-Herrschaft Schnittmengen mit den politischen Ansichten vieler Kommissionsmitglieder, die überwiegend konservativ bis deutsch-national eingestellt waren. [...] Soweit es der [...] in keiner Weise als [...] befriedigend zu bezeichnende Kenntnisstand zuläßt, verhielten sich die die meisten Kommissionsmitglieder apolitisch [oder] opportun.⁵²

47 Satzungen der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. In: 75 Jahre Historische Kommission für Ost- und Westpreussische Landesforschung, 21–33, 22.

48 Vgl. die Bibliographie. In: 75 Jahre Historische Kommission für Ost- und Westpreussische Landesforschung, 143–163.

49 Jähmig, Bernhart: Die Unterstützung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung durch die öffentliche Hand während der Weimarer Republik. In: 75 Jahre Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, 93–112.

50 Für Breslau Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 166–178.

51 Oberkrome, Volksgeschichte; Am Beispiel Rudolf Kötzschkes Bünz Enno: Ein Landeshistoriker im 20. Jahrhundert: Rudolf Kötzschke (1867–1945) zwischen methodischer Innovation und Volksgeschichte – der Lehrer, der Forscher. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/2006), Teilbd. 1, 347–369.

52 Schleinert, Die Gründung der Historischen Kommission für Pommern, 141 f. Zu den Geschichtsvereinen Speitkamp, Winfried: Landesgeschichte und Geschichtsvereine in der NS-Zeit. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/2006), Teilbd. 1, 1–18.

Dagegen will Martin Schoebel für die Zeit nach 1933 „eine Regimenähe [...] der Kommission schon allein aufgrund der Tatsache unterstellen, dass der Vorstand und zahlreiche Mitglieder in hohen Verwaltungsfunktionen verblieben und zum Teil Mitglieder der NSDAP waren“.⁵³ Diese Feststellung dürfte für alle Provinzialkommissionen im Freistaat Preußen und für die historischen Landeskommissionen im übrigen Deutschen Reich gelten.

2.2 Auslanddeutsche Geschichtsvereine und -institute

2.2.1 Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs

Historische Vereine wurden im 19. Jahrhundert auch in den Kronländern Österreichs gegründet, in sprachlich gemischten oft in nationaler Konkurrenz als *deutsche* Vereine wie der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen (1862), der aus der Landwirtschaftsgesellschaft hervorgegangene Verein für die Geschichte Mährens und Schlesiens (1895, ab 1899 Deutscher Verein für die Geschichte Mährens und Schlesiens)⁵⁴ oder der Musealverein für Krain. Bereits 1834 war in Riga die deutschbaltische Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands gegründet worden,⁵⁵ und 1841 in Hermannstadt, im damals noch nicht mit Ungarn politisch verbundenen Großfürstentum Siebenbürgen, der Verein für siebenbürgische Landeskunde.⁵⁶

- 53 Schoebel, Martin: Historische Kommission für Pommern e. V. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 149 (2013), 505–515, 509 f.
- 54 Der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen ist vergleichsweise gut erforscht, vgl. Neumüller, Michael: Der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen: ein deutschliberaler Verein (von der Gründung bis zur Jahrhundertwende). In: *Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern*, 179–208; Lemberg, Hans: Der Verein für die Geschichte der Deutschen in Böhmen im 20. Jahrhundert, ebd., 209–230; Lohmann, Nina: „Eingedenk der Väter, unerschütterlich treu unserem Volke!“ Der Verein für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern im Protektorat Böhmen und Mähren. In: *Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag*. Hrsg. v. Dietmar Neutatz und Volker Zimmermann. Essen 2006, 25–46. Dagegen zum mährisch-schlesischen Verein nur Glassl, Horst: Mährisches Landesbewusstsein am Beispiel eines historischen Vereins. In: *Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern*, 61–70; Gawrecká, Marie: Geschichtspflege und historische Vereine in Österreichisch-Schlesien vor dem Ersten Weltkrieg. In: *Institutionen der Geschichtspflege und Geschichtsforschung in Schlesien*, 341–364.
- 55 Weiss, Hellmuth: Die historischen Gesellschaften. In: *Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung*, 121–139.
- 56 Zimmermann, Harald: Der Verein für siebenbürgische Landeskunde. In: *Epoche der Entscheidungen. Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Oskar Schuster. Köln/Wien 1983, 231–247; Gündisch, Gustav: Der Verein für siebenbürgische Landeskunde. Eine Wissenschaftsgeschichte. In: *Wege landeskundlicher Forschung – 25 Jahre Arbeitskreis für siebenbürgische Landeskunde 1962–1987*. Köln/Wien 1988 13–51.

2.2.2 In den „neuen Staaten“ (1918–1945)

Nach den Grenzziehungen in der Folge des Ersten Weltkriegs existierte in Estland und Lettland, in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien eine differenzierte Kultur deutscher Vereine und Institute wie bis zur Umsiedlung der Deutschbalten 1939 das Herder-Institut in Riga oder 1941–1945 die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg,⁵⁷ in den böhmischen Ländern weiterhin die 1882 aus der nationalen Teilung der Karls-Universität entstandene Deutsche Universität, nach der Schaffung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 1939 Reichsuniversität, in Prag. Im „Schutzstaat“ Slowakei wurde 1941 in Kesmark (Kežmarok) das Institut für Heimatforschung unter wesentlichem Einfluss der *Volksdeutschen Mittelstelle* gegründet.⁵⁸

In den nach dem Stand von 1937 auslandsdeutschen Gebieten unterschieden sich die Voraussetzungen und Strukturen für historische Forschungsarbeit beträchtlich: In Estland und Lettland bestand seit dem ausgehenden Mittelalter eine entwickelte deutschbaltische historiographische Tradition.⁵⁹ In der Zweiten Polnischen Republik endete die von der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen getragene deutschumszentrierte provinzialgeschichtliche Tradition mit dem Übergang an Polen, die Westpreußenforschung wurde vor allem in Danzig und in Königsberg weitergeführt. Die primär konfessionell organisierten deutschsprachigen Gruppen im bis 1918 russischen (Kongresspolen) und im österreichischen Teilungsgebiet (Kleinpolen) und im 1921 Polen angeschlossenen Westwolyhynien besaßen keine historischen Vereine. Ebenso bestand in der 1922 gebildeten Wojewodschaft Schlesien kein deutscher Geschichts- oder Landeskundlicher Verein mehr. In der deutschen wissenschaftlichen Forschung in Polen setzte sich schnell die deutschumszentrierte Volksforschung durch,⁶⁰ die, finanziert vor allem durch die Deutsche Stiftung, von Posen und Kattowitz aus für ganz Polen organisiert wurde: „Der Kern der [Historischen] Gesellschaft“, schrieb Gotthold Rhode 1955, „sah sich vor die Aufgabe gestellt, zum wissenschaftlichen Mittelpunkt des gesamten Deutschtums im neuen Polen zu werden.“⁶¹

57 Konrád, Ota: Die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung 1940–1945. In: Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960, 71–95.

58 Morrissey, Christof: Heimatkunde, Wissenschaft und die NS-Volkstumspolitik. Die Entwicklung des Instituts für Heimatforschung in der Slowakei 1941–1944. In: Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. Hrsg. von Mariana Hausleitner und Harald Roth. München 2006, 253–264; Ders.: Institut für Heimatforschung in Käsmark. In: Handbuch der völkischen Wissenschaften: Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Hrsg. von Michael Fahlbusch, Ingo Haar und Alexander Pinwinkler. 2. Aufl., Teilbd. 2: Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften. Berlin [2017] 1421–1427.

59 Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung.

60 Kessler, Wolfgang: Die „Ostforschung“ und die Deutschen in Polen. In: Nordost-Archiv, N. F. 9 (2000), H. 2, 379–411.

61 Rhode, Gotthold: Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen. In: Zeitschrift für Ostforschung 4 (1955) 4, 557–565, 559. Vgl. auch Kiec, Olgierd: Heimat-

Viktor Kauder (1899–1985), Alfred Lattermann (1894–1945), Walter Kuhn (bis 1934) und Kurt Lück (1900–1942) waren die Kontaktmänner der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft in Polen.⁶² Deren weitgehend geheime Aktivitäten hat erst 1988 der britische Historiker Michael Burleigh entdeckt, zum Unwillen der Betroffenen.⁶³ Hinzu kam die konfrontative, unter nationalsozialistischen Vorzeichen weiter instrumentalisierte, allerdings kaum an Regionalia interessierte Polenforschung im Deutschen Reich.⁶⁴

In der bis zum Münchner Abkommen 1938 zum „Südosten“ gerechneten Tschechoslowakei (bzw. nach deren Auflösung 1938/39 aus dem Reichsgau Sudetenland, dem Protektorat Böhmen und Mähren und der Slowakei)⁶⁵ bestand eine etablierte deutschzentrierte Geschichtsforschung. Seit dem 19. Jahrhundert bestanden der Verein für die Geschichte der Deutschen in Böhmen und in Mähren-Schlesien bzw. seit 1937 für „sudetendeutscher Geschichte“.⁶⁶ Darüber hinaus gab es die Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik sowie einer seit den 1920er Jahren von sudetendeutscher Seite forcierten Verein für „karpatendeutschen Geschichte“ in der Slowakei.

Auf unterschiedlichen Traditionen gründeten die Institutionen der deutschsprachigen Gruppen in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Hier wiederum ist zwischen den einzelnen Gruppen im Banat, Bukowina und in Siebenbürgen zu unterscheiden, wo seit dem 19. Jahrhundert der Verein für Siebenbürgischen Landeskunde bestand.

Die Dominanz der Volksforschung ist bei allen diesen Einrichtungen gegeben. Die Finanzierung durch das Deutsche Reich über die Deutsche Stiftung oder seit 1933 die

forschung und „Heimatbildung“ im deutschen Osten. Die Historische Gesellschaft in Posen 1918–1945. In: *Zwischen Region und Nation*, 57–90.

- 62 Fahlbusch, Michael: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*. Baden-Baden 1999, 230 f. Zu den Akteuren vgl. Gębolyś, Zdzisław: Viktor Kauder. Szkic do portretu. In: *O etosie książek*. Red. Teresy Wilkoń. Katowice 2017, 279–294; Białkowski, Blażej: Alfred Lattermann und Kurt Lück. Nationalsozialismus als doppelte Grenzerfahrung. In: *Zwischen Region und Nation*, 117–139;
- 63 Burleigh, Michael: *Germany turns eastwards. A study of Ostforschung in the Third Reich*. Cambridge 1988. Vgl. dazu die den Rezensenten decouvrierende Rezension Gotthold Rhodes in: *Zeitschrift für Ostforschung* 40 (1991), H. 1, 89–92.
- 64 Eine kurze Zusammenfassung bei Olszewski, Henryk: Die deutsche Historiographie über Polen aus polnischer Sicht. In: *Hundert Jahre osteuropäische Geschichte: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*. Hrsg. v. Dittmar Dahlmann. Stuttgart 2005, 281–292, 284 f.
- 65 Seewann, Gerhard: Die deutsche Südostforschung und die Tschechoslowakei. In: *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert: Wissenschaftstraditionen – Institute – Diskurse*. Hrsg. von Christiane Brenner u. a. München 2006, 137–155.
- 66 Lemberg, Hans: Von den Deutschböhmen zu den Sudetendeutschen. Der Beitrag von Geschichtswissenschaften und Geschichtspolitik. In: *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert*, 95–108.

von Aubin geleitete Nord- und Ostdeutsche oder die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft ist noch nicht zu Ende erforscht.⁶⁷

3. Das Herder-Institut und die Behauptung der Kontinuität

Der Johann Gottfried Herder-Forschungsrat wurde nach einem vorbereitenden Treffen im Rahmen des Deutschen Historikertages in München am 28. Januar 1950 in Marburg (Lahn) als Fortführung der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft gegründet, am 29. April 1950 in Anknüpfung an die Publikationsstelle Dahlem das Johann Gottfried Herder-Institut.⁶⁸ Die Einbindung der Historischen Kommissionen ging auf Überlegungen des gegen Kriegsende mit der Sicherstellung der Publikationsstelle Dahlem befassten Archivars Johannes Papritz (1898–1992) im Kontext der Sondierungen vom Frühjahr 1949 zurück.⁶⁹ Während der zweiten Mitgliederversammlung des Forschungsrats wurden auf Initiative Erich Keyser (1951–1959 Direktor des Herder-Instituts) die erreichbaren Vertreter der vor dem Zweiten Weltkrieg in den damals aktuell, so die offizielle Sprachregelung, „unter fremder Verwaltung stehenden“, bis 1945 deutschen Ostgebieten bestehenden Historischen Kommissionen zu einer Besprechung eingeladen, „in deren unmittelbarer Folge zunächst die Wiederbegründung der Historischen Kommission für ostpreußische Landesforschung sowie die Neugründung der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen erfolgte.“⁷⁰

67 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 314–358; Haar, Ingo: Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft. In: Handbuch der völkischen Wissenschaften. 2. Aufl., Teilbd. 2, 1894–1907; Fahlbusch, Michael: Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik. In: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, 241–264; Ders., Wissenschaft im Dienst, 178–297.

68 Vgl. Hermann Aubins „Denkschrift über die Umwandlung der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft [...]“, das Gründungskonzept für den Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und das Johann Gottfried-Herder-Institut. In: Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 589–599 (ohne Berücksichtigung Historischen Kommissionen). Dazu Hackmann, Jörg: „An einem neuen Anfang“, 243–248; Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 391–431. Zur Publikationsstelle Szukała, Pruskie archiwa państwowe, 91–110; Munke, Martin: „die Interessen des deutschen Volkstums zu stützen und zu fördern“. Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem 1931–33 bis 1943–47. In: Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933. Hrsg. von Sven Kriese. Berlin 2015, 307–334.

69 Hackmann, An einem neuen Anfang, 252; Kleindienst, Thekla: Johannes Papritz. In: Handbuch der völkischen Wissenschaften. 2. Aufl. Teilbd. 1, 555–558.

70 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 417, nach Keyser, Erich: Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. In: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), 525–529; Rhode, Gotthold: Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen. In: Zeitschrift für Ostforschung 4 (1955), 557–565. Zur Gründung Hackmann, An einem neuen Anfang, 252; Kleindienst, Thekla: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Marburg 2009, 62–66.

20 Mitglieder der Historischen Kommission für Pommern aus der Vorkriegszeit trafen sich am 27. August 1951 in Hannover⁷¹, am 15. September desselben Jahres führte die Historische Kommission für Schlesien, deren letzter Vorsitzender Aubin gewesen war, ihre erste Mitgliederversammlung nach dem Kriege durch.⁷² Nachdem deutsch-baltische Historiker seit 1947 in Göttingen zu Baltischen Historikertreffen zusammengekommen waren, gründeten sie 1951/52 unter dem Dach des Herder-Forschungsrates die Baltische Historische Kommission. Am 1. Mai 1954 wurde die Historische Kommission der Sudetenländer – wie die anderen Kommissionen in Anknüpfung an Vorkriegstraditionen – in Heidelberg neu gegründet.⁷³

Wie bei der Wiederbelebung oder Neugründung auch anderer Wissenschaftsorganisationen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland ging es um Kontinuität, nicht um einen Neubeginn. Ziel war die Sammlung der überlebenden Fachleute, die Publikation fertiger sowie der Abschluss begonnener Arbeiten.⁷⁴ Die Entnazifizierungsmaßnahmen hatten nur wenige Belastete wirklich getroffen.⁷⁵ Die Mitglieder des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats und der ihm zugeordneten Historischen Kommissionen waren wegen der politischen Ostforschungstraditionen vielleicht sogar im Durchschnitt stärker belastet als der übrige Wissenschaftsbetrieb.

4. Die „ostdeutschen“ Historischen Kommissionen seit 1950

4.1 Die Provinzialkommissionen nach 1945 „ohne Land“

In der Folge des Zweiten Weltkriegs waren bis dahin in den Vertreibungsgebieten aktive Landeshistoriker aus dem Kriegsdienst in der Wehrmacht oder den Besatzungsverwaltungen oder der Kriegsgefangenschaft in die Westzonen bzw. die Bundesrepublik Deutschland entlassen oder dorthin geflüchtet, vertrieben oder ausgewiesen worden. Kriegsende, Flucht und Vertreibung⁷⁶ markieren das Ende der deutschen historischen Landes- und der Volksforschung in den betroffenen Provinzen und Regio-

71 Hackmann, An einem neuen Anfang, 253.

72 Mühle, Für Volk und deutschen Osten.

73 Hackmann, An einem neuen Anfang, 255.

74 Mühle, Eduard: Institutionelle Grundlegung und wissenschaftliche Programmatik der westdeutschen Beschäftigung mit ‚deutscher‘ Geschichte im östlichen Mitteleuropa (1945–1959). In: Doświadczenia przeszłości. Niemcy w Europie Środkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 roku = Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945. Red. Jerzy Kłoczowski, Witold Matwiejczyk, Eduard Mühle. Marburg-Lublin 2000, 25–66, 39.

75 Unger, Corinna R.: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1945–1975. Stuttgart 2007, 82 f.

76 Vgl. dazu Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011.

nen. Die Regionalhistoriker arbeiteten, folgt man Jürgen Petersohn, „im Exil“.⁷⁷ Die jeweilige Regionalgeschichte wurde in den polnischen Westgebieten und im Gebiet Kaliningrad – wenn auch verzögert – zum eigenen Forschungsfeld. Nur Vorpommern verblieb – freilich ohne das historisch zugehörige Stettin – in den Grenzen eines deutschen Staates, der allerdings dessen historische Dimension auszublenden versuchte.⁷⁸ Erst seit den 1980er Jahren konnten die nationalen Historiographien in den ostmitteleuropäischen Staaten ein differenziertes Bild der deutschsprachigen Minderheiten in ihrem Gebiet entwickeln.

Das Kriegsende bedeutete in den Vertreibungsgebieten das Ende der Historischen Provinzialkommissionen als zentrale Einrichtungen der Landesgeschichtsforschung. Die Aussage „Eine Historische Kommission für Pommern existierte nicht mehr und bedurfte der Neugründung“⁷⁹ gilt auch für die beiden anderen Provinzialkommissionen. Adolf Diestelkamp (1900–1955), 1935 bis 1945 Direktor der Staatsarchivs Stettin, konnte 1951 die Kommission für Pommern unter ihrem alten Namen wiederbegründen und die wissenschaftliche Tätigkeit wieder aufnehmen, die sein Nachfolger Franz Engel (1908–1967) mit dem Schwerpunkt Mecklenburg-Vorpommern seit 1955 fortführte: Er setzte den Historischen Atlas von Pommern und das Pommersche Urkundenbuch fort und begründete mit den Forschungen zur pommerschen Geschichte und den Quellen zur pommerschen Geschichte zwei auch äußerlich repräsentative Buchreihen.⁸⁰ Die Bibliographie zur Geschichte und Landeskunde Pommerns wurde bis zum Berichtsjahr 1988 vom Herder-Institut herausgegeben. Roderich Schmidt verstand es, als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Arbeitskreises Mitteldeutschland zusätzliche Fördermittel zu beschaffen.⁸¹ Mit ihm sei, so Martin Schoebel, „ein grundlegender Wandel im Selbstverständnis“ einhergegangen, die Kommission sei „zu einem öffentlichkeitsoffenen Mittler pommerscher Geschichte“ geworden.⁸² Der Arbeitsschwerpunkt lag eindeutig schon wegen der Archivlage, mehr noch wegen der

77 Petersohn, Die Historische Kommission für Pommern im Exil.

78 Vgl. Beiträge zur Geschichte Vorpommerns. Die Demminer Kolloquien 1985–1994. Hrsg. von Haik Thomas Porada. Schwerin 1997.

79 Schoebel, Historische Kommission für Pommern, 510.

80 Petersohn, Die Historische Kommission für Pommern im Exil, 161–163. Zur Biographie insbesondere bis 1945 vgl. Menke, Matthias: Franz Engel (1908–1967). Historiker und Archivar zwischen Mecklenburg, Pommern und Niedersachsen. In: Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011, 279–294; Porada, Haik Thomas: Der Historische Atlas von Pommern, ebd., 221–241; Benl, Rudolf: Die „Quellen zur pommerschen Geschichte“, ebd., 213–330; Asmus, Ivo: Die „Forschungen zur pommerschen Geschichte“. Die Reihe V der Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, ebd., 243–255. Die Kommissionsveröffentlichungen verzeichnet Schmidt, Roderich: Achtzig Jahre Historische Kommission für Pommern 1910–1990. Verzeichnis ihrer Veröffentlichungen. Ebsdorfergrund 1990.

81 Schmidt, Pommersche Landesgeschichte, 692. Schmidt war in den deutschen Wissenschaftsorganisationen gut vernetzt, vgl. Kessler, Wolfgang / Lemberg, Hans / Sewering-Wollanek, Marlis: Osteuropaforschung in Marburg. Marburg 1988, 98.

82 Schoebel, Historische Kommission für Pommern, 511.

Sprachkenntnisse im 1648 bis 1815 schwedischen Vorpommern. Die Historische Kommission für Pommern entwickelte dabei die umfangreichste und vielseitigste Publikationstätigkeit der die Arbeit der älteren Provinzialkommissionen fortsetzenden Kommissionen innerhalb des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats. Auf eine eigene Zeitschrift konnte man dabei verzichten, gibt doch die 1954 reaktivierte Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst die 1832 begründeten Baltischen Studien mittlerweile im 107. Jahrgang (2021) als Jahrbuch heraus.

Die Historische Kommission für Schlesien nahm, seit 1950 vom letzten Vorsitzenden Hermann Aubin vorbereitet, „im Herbst 1951 mit der ersten ordnungsgemäß einberufenen Hauptversammlung ihre Arbeit in der Bundesrepublik“ im Rahmen des Deutschen Historikertages in Marburg wieder auf.⁸³ Mit Herbert Schlenger (1904–1968) und Ludwig Petry leiteten bis 1988 zwei enge Mitarbeiter Aubins aus der Breslauer Zeit die Kommission. Wenig innovativ blieb die schlesische Kommission bis 2005 unter dem Vorsitz des Petry-Schülers Josef Joachim Menzel (1933–2020), der sich Ende der 1970er Jahre mit viel Unterstützung aus den Landsmannschaften vor allem gegen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen engagiert hatte.⁸⁴ Mit den Quellen und Darstellungen zur Geschichte Schlesiens begründete die Kommission 1951 als Nachfolgerin der Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte (1906–1941) eine neue Schriftenreihe, die Schlesische Bibliographie bearbeitete bis zum Berichtsjahr 1985 Herbert Rister (1908–1993)⁸⁵, die Schlesischen Lebensbilder wurden wieder aufgenommen. Im Zentrum der Arbeit standen aber zwei in Breslau begonnene Projekte: Das von Winfried Irgang bearbeitete, mit dem sechsten Band abgeschlossene Schlesische Urkundenbuch (1971–1998)⁸⁶ und die mit dem zweiten Band (1973) fortgeführte und 1999 mit dem – misslungenen – dritten Band zu Ende geführte Geschichte Schlesiens, „insgesamt weniger gelungen und unter keinem sehr günstigen Stern stehend“.⁸⁷ Seit den 1980er Jahren haben einzelne Kommissionsmitglieder, wie Winfried Irgang und Norbert Conrads, sehr gute Beziehungen zur polnischen Geschichtsforschung insbesondere in Wrocław.

Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung führte die landesgeschichtliche Bibliographie und das Preußische Urkundenbuch sowie die Altpreußische Biographie weiter, dazu die Monographienreihe ihrer Einzelschriften,

83 Irgang, Die Rolle der Historischen Kommission für Schlesien, 557.

84 Menzel, Josef Joachim / Stribrny, Wolfgang / Völker, Eberhard: Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern. [Mainz] 1978.

85 Als Bibliographie zur Geschichte Schlesiens wird sie, vereinigt mit der in Wrocław bearbeiteten Bibliografia Historii Śląska, in deutsch-polnisch-tschechischer Kooperation vom Herder-Institut fortgesetzt.

86 Irgang, Winfried: Das Schlesische Urkundenbuch – ein Resümee. In: Stand, Aufgaben und Perspektiven territorialer Urkundenbücher im östlichen Mitteleuropa. Hrsg. von Dems. und Norbert Kersken. Marburg 1998, 153–162.

87 Irgang, Die Rolle der Historischen Kommission für Schlesien, 562–564, Zitat 562.

die ab Band 10 seit 1994 erscheint. *Vom Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens* sind nur Band 2 bis 4 (1994–1997) erschienen, der erste Band (bis zur Landesteilung 1466) wird wohl nicht mehr erscheinen. Tagungsberichte dokumentieren die Tagungen. Vorsitzende waren nach Erich Keyser 1965 bis 1974 Hans Koeppen (1913–1977) und – bis 1995 – Udo Arnold. Die Wahl des Bonner Historikers bedeutete einen Traditionsbruch. Über die Deutschordensforschung hat Arnold seit 1972 die Zusammenarbeit mit der polnischen Forschung gefunden.⁸⁸ Die unter dem Titel Preußenland vierteljährlich erscheinenden *Mitteilungen* erscheinen seit 2010, zusammengeschlossen mit von der Copernicus-Vereinigung zur Pflege der Heimatkunde und Geschichte Westpreußens, dem Geschichtsverein der Landsmannschaft Westpreußen, 1967 bis 2008 herausgegebenen *Beiträgen zur Geschichte Westpreußens*, als Jahrbuch.⁸⁹

4.2 Die neuen Kommissionen

Im Oktober 1950 konstituierte sich auf Initiative Gotthold Rhodes, damals Assistent an Aubins Lehrstuhl in Hamburg, in Marburg die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen als „Arbeitskreis deutscher Wissenschaftler aus Polen“ unter dem Vorsitz Friedrich Swarts (1885–1957), des letzten Vorsitzenden der Historischen Gesellschaft für Posen, in deren Tradition sich die Kommission ausdrücklich stellte. Schon der Name zeigt die Spannung zwischen der Tradition des Provinzialgeschichtsvereins bis 1918/20 und der Historischen Gesellschaft für Posen als Zentrale deutscher volksgeschichtlicher Forschung in der Zweiten Polnischen Republik. Manfred Laubert (1877–1960) war der erste Geschäftsführer.⁹⁰ Treibende Kräfte waren Gotthold Rhode (1916–1990) und Richard Breyer (1917–1999).⁹¹ Im Mittelpunkt stand die Sammlung der überlebenden Forscher aus beiden Traditionen: der Posener deutschen Provinzialgeschichte (Rhode) sowie der Volksgeschichte und der Geschichte der Minderheit (wesentlich aus der Volksgruppenperspektive der Jungdeutschen Partei in Polen von Richard Breyer vertreten). Auf Swart folgten Walter Kuhn (bis 1964), Gotthold Rhode (bis 1990) und (bis 1996) Richard Breyer, der, deren lang-

88 Vgl. 75 Jahre Historische Kommission für ost- und westpreussische Landesforschung (1999).

89 Eine Summe zieht Arnolds Nachfolger als Kommissionsvorsitzender, Jähmig, Bernhart: Landesgeschichte des Preußenlandes. Forschungsstand und Möglichkeiten Ende des 20. Jahrhunderts. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21 (1997/98), 93–108.

90 Zur Gründung Kessler, Wolfgang: Ostforschung als Abwehr: Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen als Gesinnungsgemeinschaft (1950–1990). In: Zwischen Region und Nation, 149–192; Zu Laubert vgl. Barelkowski, Matthias: Manfred Laubert und Wolfgang Kohte. Zwei deutsche Karrieren zwischen „Ostforschung“, Geschichtsschreibung und Wissenschaftspolitik, ebd., 91–116.

91 Zu den unterschiedlichen Positionen Eckert, Eike: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990). Osnabrück 2012, 203–205.

jähriger Sprecher, die Nähe zur Landsmannschaft Weichsel-Warthe betonte. Die Kommission hatte bis 1996 keine eigene Schriftenreihe oder Zeitschrift, sondern publizierte nach der *Geschichte der Stadt Posen* (1952) vor allem innerhalb der *Wissenschaftlichen Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas* des Herder-Instituts und in vier thematischen Heften der *Zeitschrift für Ostforschung*. Biographien erschienen in unregelmäßiger Folge in der Kulturzeitschrift der Landsmannschaft Weichsel-Warthe *Der Kulturwart*.⁹² Die Kommission trug bis in die 1980er Jahre Züge einer Gesinnungsgemeinschaft, die gegen die anderen mit Polen befassten Historiker und die polnische Historiographie ihre Sicht auf die deutsche Minderheit zu verteidigen versuchte.⁹³

Bereits 1947 fand auf Initiative des 1941 bis 1945 an der Reichsuniversität Posen lehrenden Reinhard Wittram⁹⁴ das erste Baltische Historikertreffen in Göttingen statt, das in den ersten Nachkriegsjahren ein Sammelpunkt für Ostforscher war.⁹⁵ 1951 konstituierte sich dort auf Anregung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats unter Vorsitz Wittrams „ein Kreis von 29 Historikern und Vertretern verwandter Fächer als Baltische Historische Kommission [...], in der fast alle bei der Umsiedlung aufgelösten baltischen geschichtsforschenden Gesellschaften durch ihre letzten Vorstandsmitglieder vertreten“ waren.⁹⁶ Zentrum der Aktivitäten waren und blieben die Baltischen Historikertreffen, die lange von deutschbaltischen Historikern dominiert wurden, zu denen schon 1954 Wissenschaftler aus den baltischen Emigrationen stießen.⁹⁷ Das

- 92 Zusammengefasst in: Beiträge zu einem biographischen Lexikon der Deutschen aus dem Raum der Provinz Posen. Nach den Jahren 1978–1998 in der Zeitschrift „Der Kulturwart“ von Joachim Balde herausgegebenen „Posener Biographien“. Herne 2003.
- 93 Kessler, Ostforschung als Abwehr. Diesen Abwehrcharakter bestätigt Cygański, Mirosław: Zachodniomiemiecka Komisja Historyczno-Krajoznawcza dla Obszaru Poznańskiego i do Badania Niemczyzny w Polsce (1950–1964). In: *Studia Historica Slavo-Germanica* 3 (1974), 85–126. Dazu die Reaktion Gotthold Rhodes bei Eike Eckert: Zwei Lebenswege in der deutschen Minderheit in Polen. Die Historiker Gotthold Rhode und Richard Breyer als treibende Kräfte in der Kommission. In: *Zwischen Region und Nation*, 93–212, 211, solange solche Äußerungen nur in polnischer Sprache vorlägen, brauche man sich nicht aufzuregen.
- 94 Białkowski, Błażej: Reinhard Wittram an der „Reichsuniversität“ Posen. In: *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*. Hrsg. von Michael Garleff. Bd. 2. Köln 2008, 353–384.
- 95 Neitmann, Klaus: Reinhard Wittram und der Wiederbeginn der baltischen historischen Studien in Göttingen nach 1945. In: *Nordost-Archiv N.F.* 7 (1998), H. 1, 11–32; Zum Umfeld Linnemann, Kai Arne: Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingen in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit. Marburg 2002.
- 96 Wittram, Reinhard: Die Baltische Historische Kommission. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 3 (1954), 250–253, 253; Weiss, Hellmuth: Der Historikerkreis und die Baltische Historische Kommission. In: *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* 1 (1954), 50f.; Hackmann, An einem neuen Anfang, 254. Vgl. auch den Beitrag von David Feest im vorliegenden Band.
- 97 Rauch, Die deutschbaltische Geschichtsschreibung nach 1945, 404–405; Pistohlkors, Gert von: Baltische Historische Kommission. In: *Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung*. Hrsg. von Hugo Weczerka. Marburg 1996, 79; Kaegbein, Paul / Lenz, Wilhelm: Fünfzig Jahre baltische Geschichtsforschung 1947–1996. Die Baltische Historische Kommission und die Baltischen Historikertreffen in Göttingen. Veröffentlichungen, Vorträge, Mitglieder. Köln 1997.

Deutschbaltische biographische Lexikon 1710–1960 (1970) ist ein unentbehrliches Nachschlagewerk. Eine eigene Buchreihe erscheint seit 1973.

Am 1. Mai 1954 gründeten insbesondere frühere Mitglieder der Historischen Kommissionen der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag (so seit 1941 der Name der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik) und der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg (Liberec), die beide nach 1938 in die nationalsozialistischen Wissenschaftsstrukturen im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren eingebunden waren,⁹⁸ mit dem Vereinszweck der „Förderung der wissenschaftlichen Erforschung der Sudetengebiete im Sinne des Völkerverständigungsgedankens und der Toleranz“ die Historische Kommission der Sudetenländer.⁹⁹ In Verbindung mit der Kommission wurde 1956 das Collegium Carolinum als Forschungsstelle für die böhmischen Länder in München gegründet,¹⁰⁰ in dessen Zeitschrift *Bohemia* und dessen Schriftenreihen die Kommission vor allem publiziert.

Unabhängig von der Marburger Initiative initiierte Fritz Valjavec (1909–1960) in deutsch-österreichischer Zusammenarbeit 1957 in enger räumlicher und personeller Verbindung, aber zugleich in inhaltlicher Abgrenzung zum Münchner Südost-Institut die Südostdeutsche Historische Kommission, heute Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa.¹⁰¹ Bis 1974 wurde die Kommission wie der Herder-Forschungsrat vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (seit 1960 für Innerdeutsche Beziehungen) institutionell gefördert, wenn auch mit nur einer Stelle für eine Schreib- und Verwaltungskraft sowie Forschungs- und Publikationsmitteln. Nach Einstellung der Förderung im Rahmen der Umstrukturierung der Forschungsförderung des Bundes in den Jahren 1972 bis 1975 wurde die Kommission 1975 in den

98 Hemmerle, Josef: Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen. In: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern, 231–247, 231; Weger, Tobias: Das Collegium Carolinum in München und einer seiner Vorläufer. Die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg. In: *Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert. Expertise und „Neuordnung“ Europas*. Hrsg. v. Michael Fahlbusch, Ingo Haar. Paderborn 2010, 363–377, bes. 372–376.

99 Dolezel, Stephan: Zu den Anfängen der Historischen Kommission der Sudetenländer. In: Stefan, Albrecht / Malír, Jirí / Ralph, Melville: Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer, München 2004., 1–9; Franzen, K. Erik / Peřinová, Helena: Biogramme der Mitglieder der Historischen Kommission der Sudetenländer im Gründungsjahr 1954, ebd., 219–276.

100 Cornelißen, Christoph: Nur noch „strenge Wissenschaftlichkeit“. Das Collegium Carolinum im Gründungsjahrzehnt (1955–1965). In: *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert*, 344–365, bes. 354 f.

101 Vgl. Beer, Mathias: Die deutsche Südosteuropa-Forschung zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Kontinuität – Bruch – Neubeginn. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 54 (2014), H. 4, 28–45; Ders.: Die unerforschte Geschichte der deutschen Südosteuropa-Forschung. Anmerkungen zu einem Editionsprojekt. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 56 (2016), H. 3, 42–53; vgl. auch den Beitrag von Norbert Spannenberger im vorliegenden Band.

Arbeitsbereich des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats übernommen, auch wenn ihre Forschungsregionen, die Slowakei ausgenommen, nicht in den Arbeitsbereich des Herder-Instituts fielen.

Die Südostdeutsche Historische Kommission, die einzige laut Satzung deutsch-österreichische Kommission, hatte als Ziel die

Erforschung der Geschichte des deutschen Elements in Südosteuropa, insbesondere auch seiner spezifischen Entfaltung im Vergleich mit den anderen Nationalitäten des Raumes, Verdeutlichung von übernationalen Entwicklungen, insbesondere auch der auf diesen Raum bezüglichen Probleme der Habsburger Monarchie.¹⁰²

Die Mitglieder des Gründungsjahrzehnts waren – wie bei den anderen Kommissionen – überwiegend nationalsozialistisch vorbelastet.¹⁰³ In den Gründungsjahren dominierte die Kommission der erste Vorsitzende Harold Steinacker (1875–1965), der dem Nationalsozialismus nie abgeschworen und unbeirrt bis zuletzt eine „völkische“ Geschichtsauffassung verfochten hat.¹⁰⁴ Der Innsbrucker Germanist Karl Kurt Klein (1897–1971) verantwortete eine Buchreihe und eine Zeitschrift, das *Südostdeutsche Archiv*. Nachfolger Steinackers als Vorsitzender wurde 1960 Theodor Mayer (1883–1972), der 1942 bis 1945 als Präsident der Monumenta Germaniae Historica (MGH) einer der Repräsentanten der nationalsozialistischen Geschichtswissenschaft gewesen war. 1947 als „Mitläufer“ entnazifiziert, wurde er wegen seiner politischen Belastung nicht als Präsident der MGH wiedergewählt, fand aber wissenschaftliche Anerkennung als Initiator und Leiter des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte und seit 1956 als Gründungsmitglied und Vorstand des Collegium Carolinum.¹⁰⁵ Beide haben sich – wie andere – mit ihrer wissenschaftlichen Vergangenheit nie öffentlich auseinandergesetzt. Auf Mayer folgte 1972 bis 1985, auf das Haus Habsburg und Oberitalien spezialisiert, Adam Wandruszka (1914–1997), unter dessen Leitung die volksgeschichtliche Orientierung aufgegeben wurde. Die Geschäfte führte seit 1961 als Vorstandsmitglied der am Südost-Institut angestellte Genealoge Felix von Schroeder (1912–2003),

102 Schroeder, Felix von: Zwanzig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. In: *Südostdeutsches Archiv* 19/20 (1976/77), 5–8, hier 5.

103 Spannenberger, Norbert: Vom Volksdeutschen Nachwuchswissenschaftler zum Protagonisten nationalsozialistischer Südosteuropapolitik. Fritz Valjavec im Spiegel seiner Korrespondenz 1934–1939. In: Beer / Seewann (Hg.), *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches*, 215–236; Spreitzer, Renate: Harold Steinacker (1875–1965). Ein Leben für „Volk und Geschichte“. In: *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftlichen Porträts*. Hrsg. v. Karel Hruza. Bd. 1. Wien 2008, 191–224; Vgl. allgemein Weber, *Historische Kommissionen*.

104 Vgl. Spreitzer, Harold Steinacker.

105 Maurer, Helmut: Theodor Mayer (1883–1972). Sein Wirken vornehmlich während der Zeit des Nationalsozialismus. In: *Österreichische Historiker 1900–1945*, 493–530; Heinzl, Reto: Theodor Mayer. Ein Mittelalterhistoriker im Banne des „Volkstums“. Paderborn 2016; Ders.: Theodor Mayer. In: *Handbuch der völkischen Wissenschaften*. 2. Aufl. Teilbd. 1, 485–488.

kein Spezialist für „südostdeutsche“ Themen.¹⁰⁶ Mit der Übernahme des Vorstandsvorsitzes durch Friedrich Gottas (1940–2020) in den Jahren 1986 bis 2000 wurde der Generations- und der Paradigmenwechsel in der Zeitschrift *Südostdeutsches Archiv* und in der Buchreihe der Kommission unübersehbar, wie sie in der Umbenennung in Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa (KGKDS) zum 1. Januar 2008 zum Ausdruck gekommen ist.

Vor 1945 ohne eigene Geschichtsvereine – und nach 1945 ohne Historische Kommissionen – blieben die wenigen Deutschen in Litauen,¹⁰⁷ die, traditionell außerhalb der deutschbaltischen Geschichtsforschung, erst nach 1994 in den Arbeitsbereich der Baltischen Historischen Kommission aufgenommen worden sind, und die zahlreichen Deutschen in Russland und der Sowjetunion, nach deren Auflösung in der GUS.¹⁰⁸

5. Das Herder-Institut und die Kommissionen

Anders als die Provinzialkommissionen der Vorkriegszeit besaßen die Nachkriegskommissionen keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter. Teile der Arbeitsprogramme wie die Erstellung von Bibliographien oder Tagungsvorbereitung wurden durch Mitarbeiter(innen) des Herder-Instituts übernommen. Das Herder-Institut bot den Kommissionen Publikationsmöglichkeiten und ermöglichte ihnen Forschungsarbeiten durch Zuschüsse z. B. zu Archivreisen zu fördern. Das Herder-Institut ermöglichte zum Beispiel durch die Abstellung von Mitarbeitern, aber auch durch Projektförderung den früheren Provinzialkommissionen, die vor dem Zweiten Weltkrieg begonnene Grundlagenarbeit weiterzuführen.

Das Herder-Institut ermöglichte als Einrichtung des Herder-Forschungsrates den ehemaligen Provinzialkommissionen die Weiterführung der jeweiligen Urkundenbücher, des Pommerschen (Bd. 8, 1961–11, 1990), des Preußischen (Bd. 3,2, 1958–6,2, 2000) sowie – auf der Grundlage von Vorkriegsarbeiten – die Erstellung des Schlesi-

106 Wandruszka, Adam: Felix von Schroeder zur Vollendung des siebenzigsten Lebensjahres (mit Schriftenverzeichnis). In: *Südostdeutsches Archiv* 24/25 (1981/82), 181–184; Weczerka, Hugo: Felix von Schroeder 75 Jahre (mit Schriftenverzeichnis für die Jahre 1982–1988). In: *Südostdeutsches Archiv* 30/31 (1987/88), 196 f.; Ders., Felix von Schroeder †. In: *Südostdeutsches Archiv* 46/47 (2003/2004), 147–149.

107 Das bis 1920 zur Provinz Ostpreußen gehörende Memelgebiet sowie die „Memelfrage“ wurden weiter in den ostpreußischen Forschungskontexten berücksichtigt.

108 Die in Verbindung mit dem Göttinger Arbeitskreis organisierte Wissenschaftliche Kommission für die Deutschen in Russland und in der GUS hat unter dem Vorsitz Alfred Eisfelds, soweit nachweisbar, in den Jahren 1996 bis 2014 ein *Wissenschaftliches Informationsbulletin* herausgegeben. Verbindungen zu den „ostdeutschen“ Historischen Kommissionen sind nicht bekannt.

schen Urkundenbuchs (6 Bände, 1971–1998).¹⁰⁹ Die laufenden Bibliographien wurden im Anschluss an die Vorkriegsarbeiten zu Ost- und Westpreußen, Pommern sowie Schlesien vor allem durch Honorarverträge ermöglicht.¹¹⁰ 1962 bis 1968 war Helmut Neubach (1933–2019) als Kommissionsassistent wesentlich für laufende Arbeiten bei den Kommissionen für Schlesien und für Posen beim Herder-Institut mit dem Arbeitsort an der Universität Mainz angestellt. Hier lehrten die Vorsitzenden Petry und Rhode.¹¹¹

Der Bundesrechnungshof stellte bereits 1969 die Finanzierung der Historischen Kommissionen durch den Herder-Forschungsrat – und damit mit Bundesmitteln – in Frage. Ferdinand Seibt schlug damals von Seiten der Historischen Kommission für die Sudetenländer ohne Resonanz durch die auf Besitzstandswahrung bedachten anderen Kommissionen eine Deutsche Historische Kommission für Ostmitteleuropa vor.¹¹² Die fördernden Bundesministerien und der Rechnungshof haben die Unterstützung der Kommissionen seit den 1970er Jahren mehrfach in Frage gestellt, da sie die Verwendungskontrolle der den selbständig agierenden Kommissionen zur Verfügung gestellten Mittel nicht gewährleistet sahen. Abgesehen von der Historischen Kommission für die Sudetenländer, die sich seit 1957 an das Collegium Carolinum (München) anlehnen konnte, und der Südostdeutschen Historischen Kommission, die im 1987 gegründeten Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (Tübingen) nach der Distanzierung von Seiten des Südost-Instituts eine institutionelle Stütze fand, blieb das Herder-Institut, wenn auch mit nachlassender Intensität, die organisatorische Grundlage der ehrenamtlichen Kommissionsarbeit. „Aufs Ganze gesehen nimmt der Herder-Forschungsrat gegenüber den ostdeutschen Historischen Kommissionen Aufgaben und Funktionen wahr, wie sie bei Historischen Kommissionen, die für Länder oder Landesteile der Bundesrepublik zuständig sind, von den Länderregierungen erfüllt werden“, stellte der Wissenschaftsrat 1980 fest.¹¹³

109 Vgl. Irgang, Winfried / Kersken, Norbert (Hg.): Stand, Aufgaben und Perspektiven territorialer Urkundenbücher. Marburg 1998; Spieß, Karl-Heinz: Das Pommersche Urkundenbuch. In: Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011, 203–211.

110 Für Pommern für die Berichtsjahre 1940–1988 (1958–1990), Schlesien für 1928–1985 (1961–1989), beide bearbeitet von Herbert Rister (1908–1993), und Ost- und Westpreußen in Fortsetzung seines 1933 gedruckten Grundwerks durch Ernst Wermke (1893–1987) für die Jahre 1930–1974 (1958–1990). Die Sudetendeutsche Bibliographie wurde nur für die Jahre 1949–1957 (1959–1965) bearbeitet, die Bibliographie für Polen bzw. das Posener Land für die Jahre 1943–1973 (1953–1983).

111 Neubach, Helmut: Fünfzig Jahre Zeitzeuge der Kommission. Ein autobiographischer Bericht. In: Zwischen Region und Nation, 213–258, hier 216–237.

112 Kessler, Ostforschung als Abwehr, 156.

113 Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat (vom 14. November 1980). In: Wissenschaftsrat. Stellungnahmen zu geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschule. Bonn 1981, 87–104, bes. 91 f.

6. Neupositionierung 1994

Nach der turnusgemäßen Begehung durch den Wissenschaftsrat musste der Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, der sich selbst gerne als „akademieähnliche Einrichtung“ verstand, zum 1. Januar 1994 die Trägerschaft für sein Institut an den neuen Herder-Institut e. V. abgeben.¹¹⁴ Der Forschungsrat und die sieben Historischen Kommissionen stellten die Mitglieder des neuen Trägervereins. Das Verhältnis zwischen den Kommissionen und dem neuen Direktor des Herder-Instituts, Eduard Mühle, war ausgesprochen schlecht. Mühle sah die Lage wie folgt:

Das berechtigte Interesse, ja die Notwendigkeit, der im Vergleich zu den einzelnen Zweigen bundesdeutscher Landesgeschichte universitär nur schwach verankerten ‚ostdeutschen‘ oder altostdeutschen Landesgeschichte im Herder-Institut eine zentrale Stütze zu geben, bedeutet nicht, daß hier ein historiographiegeschichtlich längst obsoletes Bemühen um die Ermittlung und Herausstreichung eines besonderen kulturprägenden oder geschichtsentscheidenden deutschen Anteils an der Geschichte Ostmitteleuropas seine Fortsetzung fände.¹¹⁵

Sein Plädoyer für „ostdeutsche Landesgeschichte als integralem Bestandteil ostmitteleuropäischer Geschichte“ verkannte, dass die Arbeit der Kommissionen bzw. ihrer Mitglieder in der Praxis mehrheitlich bereits diesem Prinzip folgte.

Den Trägervereinen des neuen Instituts verweigerte Mühle die bislang den Kommissionen gewährten Service-Leistungen und vor allem die Basisfinanzierung. Die Bibliographien wurden vom Institut auf einer neuen – wie sich erweisen sollte, nicht in allen Fällen erfolgreichen – Grundlage weitergeführt.¹¹⁶ Nach mühsamen Verhandlungen wurden die Kommissionen aus Bundesmitteln über das Herder-Institut in bescheidenem Umfang gefördert, zu wenig für seit 1989 leichter mögliche, funktionierende Kooperationen mit dem östlichen Mitteleuropa.¹¹⁷ Die Kommissionen hielten schon von Anfang an von der finanziellen Ausstattung und den daraus resultierenden Möglichkeiten her keinem Vergleich mit den landesgeschichtlichen Kommissionen der deutschen Bundesländern stand.¹¹⁸ Der ehrenamtliche Einsatz war beträchtlich: „Die Leitung einer solchen Kommission“, resümierte Udo Arnold 1996, sei „bei diesen Voraussetzungen vergleichbar mit der Suche nach der Quadratur des Kreises“, es sei

114 Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zur Historischen Kommission zu Berlin und zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat in Marburg. Berlin 1992, 65, 70–71.

115 Mühle, Eduard: Profil, Aufgaben und Kooperationen des ‚neuen‘ Herder-Instituts – anstelle eines Vorworts. In: Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung, VII–XIX, XI–XII.

116 Bibliographien zur Geschichte Ostmitteleuropas. Hrsg. von Norbert Kersken und Ralf Köhler. Marburg 1997.

117 Arnold, Udo: Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. In: Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung, 65–76, hier 73.

118 Schmidt, Pommersche Landesgeschichte, 688.

„unter dem Aspekt der seit der politischen Wende deutlich gewachsenen Aufgaben keine vernünftige Grundlage geben.“¹¹⁹

Schon 1951 war das Herder-Institut mit dem Versuch gescheitert, eine Arbeitsgemeinschaft der Historischen Kommissionen unter der Leitung Erich Keyzers als Lenkungsorgan einzurichten. Die Baltische und die Kommission der Sudetenländer hielten Distanz zum Institut, erst recht die Südostdeutsche Historische Kommission.¹²⁰ Zu Kooperationen kam es nicht. Der verzweifelte Versuch, in der Situation des verordneten Neuanfangs nach der vom Wissenschaftsrat verordneten Trennung von Kommissionen und Herder-Institut in einer Broschüre einen „Forschungsverbund Ostmitteleuropa“ aus den historischen Kommissionen und dem Herder-Forschungsstaat zu konstruieren,¹²¹ musste mangels organisatorischer Basis scheitern. Es blieb bei additiven Selbstdarstellungen der im Einzelfall beachtlichen Aktivitäten.

7. Forschungsperspektiven- und Generationswechsel

Das Aufgabenspektrum einer historisch-landeskundlichen Kommission erfüllen am nächsten die „alten“, die ehemaligen Provinzialkommissionen. Die „neuen“ Kommissionen haben sich weitgehend auf Publikationen und Tagungen beschränkt. Beide Typen von Kommissionen bilden von Anfang an Schnittstellen zwischen der universitären und der außeruniversitären, inzwischen auch zwischen der deutschen und der jeweiligen ausländischen Forschung. In der „Entwicklung der Ostforschung in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren blieben Deutschumszentrierung und eine zumindest latente politische Instrumentalisierung als kennzeichnende Merkmale für den Mainstream der Ostmitteleuropaforschung bestehen.“¹²²

Die Haltung der Kommissionsmitglieder zur Ostforschung war weitgehend generationsgebunden. Die Erlebnisgeneration, d. h. die vor 1945 wissenschaftlich aktiven Mitglieder in den Kommissionen hat versucht, die Geschichtsschreibung so weiterzuführen, als habe es den Verlust des Landes nicht gegeben, aber auch geholfen, territoriale Ansprüche im Sinne der Ostforschung,¹²³ aber auch der bundesdeutschen Politik bis zu den Ostverträgen zu begründen. In der vor 1945 geborenen, nach 1945 wissenschaftlich tätig gewordenen Folgegeneration gibt es kein einheitliches Bild. Ei-

119 Arnold, Historische Kommission, 72.

120 Hackmann, An einem neuen Anfang, 254–255.

121 Die Arbeit des Forschungsverbundes Ostmitteleuropa in den Jahren 1990–1996: Historische Kommissionen, Johann Gottfried Herder-Forschungsrat mit seinen Fachkommissionen. Hrsg. als Ms. d. J. G. Herder-Forschungsrates/[Red.: Hans Lemberg und Hugo Weczerka]. Marburg 1997.

122 Hackmann, Jörg: Ein Abschied auf Raten: Ostforschungstraditionen und ihre Nachwirkungen in der bundesdeutschen Ostmitteleuropaforschung. In: Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert, 347–361, hier 356

123 Am Beispiel des Herder-Forschungsrats Unger, Ostforschung in Westdeutschland, 132 f., 137 f.

nige haben versucht, die Ostforschungstradition über ihr Ende hinaus zu perpetuieren, andere sie durch Verwissenschaftlichung, wie sie Klaus Zernack, anders als 1977,¹²⁴ heute nicht mehr einfordern müsste, zu überwinden. Mehrheitlich ist es aber dieser Altersgruppe gelungen, die Forschungsansätze zu entideologisieren und an die aktuellen wissenschaftlichen Standards anzugleichen.

Die derzeit aktive Historikergeneration hat in der Regel die heutige Landessprache gelernt und befasst sich aus Interesse und nicht wegen des biographischen Hintergrunds mit den jeweiligen Regionen. Sie kooperiert insbesondere bei den „neuen“ Kommissionen der heutigen Geschichtsforschung in den Arbeitsregionen, wie überhaupt Kooperation an die Stelle von Kontrovershistoriographie getreten ist. Seit den 1990er Jahren haben alle Kommissionen Wissenschaftler(innen) aus den von ihnen bearbeiteten Regionen als Mitglieder kooptiert.¹²⁵

Die sieben ostdeutschen Historischen Kommissionen, die bis 1994 unter dem Dach des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats bestanden haben, haben ihre jeweils eigene Geschichte. Sie standen lange, ähnlich wie nicht nur die gesamte bundesdeutsche Wissenschaftsorganisation bis in die 1970er Jahre, in der personellen Kontinuität ihrer Vorkriegshistoriographie und haben diese lange verteidigt und die eigene nationalsozialistisch belastete Geschichte, wie in der der alten Bundesrepublik üblich, verschleiert, anstatt sie aufzuarbeiten. Sie betreiben Landesgeschichte bzw. die Erforschung im weitesten Sinne „deutscher“ Elemente in Geschichte und Kultur ihrer Regionen schon längst nicht mehr unter einem unreflektierten Deutschheits- oder Deutschtumsprimat, auch wenn einige ältere Mitglieder diesem immer noch nachtrauern mögen.

Reinhard Wittram forderte bereits 1972 die Neupositionierung der Baltischen Historischen Kommission, die behutsam die deutschbaltischen Perspektiven erweiterte. Seit 1956 bestanden Verbindungen zu den Emigrationen, seit 1981 aktive Kontakte in die damaligen Sowjetrepubliken Estland und Lettland.¹²⁶ Die Forschungsregion ist nach 1990 um Litauen erweitert worden, bezieht sich also jetzt auf die drei baltischen Staaten.

Der Paradigmenwechsel von der Volksforschungstradition zur modernen historischen Forschung fand bei der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen erst nach den Vorsitzenden Gotthold Rhode und Richard Breyer (1990 bis 1996) statt. Die Änderung des Namens in Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen war 1997 nach intensiven Diskussionen unter

124 Zernack, Klaus: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977, 18.

125 Die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission (seit 1972) und die 1990 durch zwischenstaatliche Vereinbarung eingerichtete Deutsch-Tschechoslowakische (seit 1993 Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische) Historikerkommission unterscheiden sich in den Aufgabenstellungen von den Kommissionen, die offiziell nicht beteiligt, aber ggf. durch Mitglieder vertreten sind.

126 Pistohlkors, Baltische Historische Kommission, 79–81.

den Mitgliedern ein Kompromiss, erinnert aber, anders als die Praxis der Kommissionsarbeit, an das volksgeschichtliche Erbe.

Die Südostdeutsche Historische Kommission positionierte sich seit 1984 unter dem Vorsitzenden Friedrich Gottas durch ihre Veröffentlichungen inhaltlich neu. Ein wesentlicher Motor war dabei der derzeitige Vorsitzende der Kommission Mathias Beer. Der neue Name, Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa, war 2006 „Ausdruck der programmatischen Neuausrichtung der Kommission, einschließlich der Geschichte ihrer Vorgängerin“.¹²⁷

Obmann der Historischen Kommission für die Sudetenländer wurde 1968 Ferdinand Seibt (1927–2003), ihm folgte Hans Lemberg (1933–2008). Beide standen für die engagierte Abkehr vom sudetendeutschen Geschichtsbild, wie sie 2000 die Namensänderung in Historische Kommission für die böhmischen Länder ausgedrückt hat.

Die Kommissionen für Ost- und Westpreußen und Schlesien taten sich schwerer, weil sie sich – anders als die mit Gebieten außerhalb der Vorkriegsgrenzen Deutschlands befassten Kommissionen – nicht in der Geschichte Osteuropa verorten, sondern in der deutschen landesgeschichtlichen Tradition. Individuelle Kontakte nach Polen wurden aber auch hier seit den 1970er Jahren gepflegt, Kolleg(inn)en lud man hier seit den 1970er bzw. 1990er Jahren zu den Tagungen ein. Freilich fehlt bei beiden Kommissionen eine programmatische Neupositionierung, wie sie Matthias Weber bereits 1998 für die Schlesienforschung angemahnt hat.¹²⁸

Die Historische Kommission für Pommern ist dabei ein Sonderfall, weil nur die Hälfte der Landesgeschichte außerhalb der aktuellen Grenzen Deutschlands ihren historischen Raum hat. Sie hat seit 2001 wieder in ihren Sitz in (Vor-)Pommern, sie ist, übernehmen wir das Bild Jürgen Petersohns, „nach Pommern zurückgekehrt“.¹²⁹ Das Konzept *Historische Kommission* funktioniert, wie die 1996 gegründete, auf das Bundesland Brandenburg bezogene Brandenburgische Historische Kommission zeigt, offensichtlich dort weiterhin, wo ihr Arbeitsbereich einer bestehenden Gebietskörperschaft entspricht.

Im Fach Osteuropäische Geschichte spielen die Aktivitäten der mit Ostmitteleuropa befassten Kommissionen abseits persönlichen Engagements keine Rolle, zumal das Fach selbst, wie alle Kleinen Fächer, nach den Bologna-Reformen im Bestand bedroht ist. Bei den außeruniversitären Forschungsinstituten zur Ostmitteleuropaforschung spielen sie bestenfalls eine nachgeordnete Rolle, die „Empfehlungen“ zu deren Weiter-

127 <https://www.kgkds.de/> (15.07.2021).

128 Weber, Matthias: Über die Notwendigkeit einer Standortbestimmung der historischen Schlesienforschung in Deutschland. In: *Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung*; Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Matthias Weber und Carsten Rabe. Würzburg 1998, 13–25.

129 Petersohn: *Die Historische Kommission für Pommern im Exil*, 169.

entwicklung aus dem Jahre 2013 erwähnen sie nicht einmal.¹³⁰ Nach dem Ende der „Gegnerforschung“ muss sich nicht nur die geisteswissenschaftliche Osteuropaforschung neu begründen. Zugleich sind die aus dem Kalten Krieg geborene Raumvorstellungen von ‚Osteuropa‘ und, als „ein Produkt der rassistisch-imperialen deutschen Forschung der 1930er Jahre“ entwickelt, ‚Ostmitteleuropa‘ zu Recht in Legitimationsschwierigkeiten geraten.¹³¹

Die nach 1950 gebildeten ostdeutschen Historischen Kommissionen „ohne Land“ könnten als Gremien des transnationalen wissenschaftlichen Austauschs ohne den Druck des ständigen Selbstlegitimierungszwanges, dem Hochschulfächer wie außeruniversitäre Forschungsinstitute unterliegen, helfen, konzeptionelle Ratlosigkeit auch hinsichtlich einer „europäischen Geschichte“ zu überwinden. Gerade im wissenschaftlichen Dialog mit Ostmitteleuropa kann das Nationale und das Regionale, wie die jüngste Politik zeigt, auch unter den Prämissen der Globalisierung nicht einfach weggedacht werden. Insofern haben die ostdeutschen Historischen Kommissionen, entsprechend institutionalisiert oder institutionell angebunden, nach wie vor eine wichtige Funktion.

130 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der außeruniversitären Forschung zum östlichen Europa. Berlin 2013.

131 Krzoska, Markus / Lichy, Kolja / Rometsch, Konstantin: Jenseits von Ostmitteleuropa? Zur Aporie der deutschen Nischenforschung. In: *Journal of Modern European History* 2008, Nr. 1, 40–62, hier 48.

Vom „Deutschtum in Polen“ zur
„multiregionalen Beziehungsgeschichte“
*Zur Entwicklung der Kommission für
die Geschichte der Deutschen in Polen e. V.*

MATTHIAS BARELKOWSKI / EIKE ECKERT

Die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. stellt unter den landesgeschichtlichen Kommissionen eine Besonderheit dar, denn sie hat ihren Namen mehrfach geändert und bezieht sich heute auf den Staat (Polen) und nicht auf eine spezifische Region wie Großpolen oder Schlesien. Dies hat historische Gründe und ist erklärungsbedürftig, weshalb im Folgenden zunächst auf die Entwicklung der Vorgängerorganisationen und deren Schicksal eingegangen wird. Versucht werden soll eine kritische Bewertung ihrer wissenschaftlichen Arbeit und organisatorischen Verfasstheit im Lichte der von Ludwik Fleck (1896–1961) entworfenen Erkenntnistheorie der „Denkkollektive“ und „Denkstile“.¹ Abschließend soll die Neuausrichtung der Kommission seit Mitte der 1990er Jahre thematisiert werden.

**1. Die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen:
Gründung, Aufstieg, Niedergang, 1885 bis 1945**

Die Geschichte der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen ist eng mit der Geschichte des Preußischen Staatsarchivs in Posen verbunden. Dieses ist relativ spät, nämlich erst 1869, begründet worden, und zwar mit dem Ziel,

daß dasselbe die bereits begonnene Eroberung der polnischen Geschichte durch die deutsche Forschung wesentlich fördern werde. Das Archiv würde diese in den Stand setzen, vollständiger als bisher den Nachweis zu führen, daß die Deutschen ein altes Recht an dem

¹ Fleck, Ludwik: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle. Frankfurt am Main 1980.

Boden der Provinz Posen haben, sie würde durch viele Tausend Urkunden desselben den alten Bestand und die weite Ausbreitung des Deutschthums nachzuweisen vermögen, sie würde erhärten können, daß nicht nur die Städte seit ihrer Gründung deutschen Rechts, sondern auch mindestens die Hälfte der Stiftungen in den Händen deutscher Konventualen gewesen sind, daß zahlreiche deutsche Hauländer, zahlreiche deutsche Ansiedlungen insbesondere auf dem Grund und Boden der Kirche bestanden haben, daß die polnische Republik alle wesentlichen Elemente der Kultur aus Deutschland bezogen habe.²

Nach anfänglichen Personalschwierigkeiten im neuen Provinzialarchiv war es insbesondere der 1882 als junger Archivar und promovierter Historiker der Breslauer Universität nach Posen gekommene Adolf Warschauer (1855–1930), der die Gründung der Historischen Gesellschaft vorantrieb.³ Diese kam dann auch 1885 zu Stande und wurde bis 1918 maßgeblich vom Archivdirektor Rodgero Prümers (1852–1921), der als Vorsitzender agierte, vor allem aber von Warschauer als Schriftführer und Redakteur der Zeitschrift bestimmt. Programmatisch hielt man sich an die Ziele, wie sie oben zitiert wurden, auch wenn man versuchte den polnischen Anteil an der Landesgeschichte gebührend zu würdigen. Durch die Vorgabe, dass alle deutschen Beamten in der Provinz möglichst einem Verein angehören sollten, konnte man schnell die Mitgliederzahl auf über 1.000 steigern, womit die Gesellschaft zu einem der mitgliederstärksten landesgeschichtlichen Vereine des Kaiserreiches aufstieg.⁴ Den Mitgliedern wurden neben der von den Archivaren redigierten Zeitschrift auch die *Historischen Monatsblätter* zur Verfügung gestellt, in denen kleinere populärwissenschaftliche Beiträge aus der Geschichte Posens und der Provinz veröffentlicht wurden. Beiträger waren meistens Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere Pastoren, Lehrer und die Archivare selbst, die so ein Forum fanden, um die im Archiv zusammengetragenen Aktenbestände auszuwerten und in größeren oder kleineren Publikationen zu präsentieren.⁵ Deutlich bemerkbar machte sich jedoch das Fehlen einer Universität in der Stadt Posen. Trotz

2 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz [GStaPK], I. HA, Rep. 151 (Finanzministerium) Ic, Nr. 1174, Votum des Minister-Präsidenten, dem Königlichen Staatsministerium vorzulegen, 16.11.1867, unpaginiert.

3 Die Überlieferung der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen [HG] befindet sich heute in der Universitätsbibliothek der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań. Vgl. zur Gründung und Geschichte der HG auch Serrier, Thomas: *Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen 1848–1914*. Marburg 2005, 140–198.

4 Die Mitgliederzahl ist wegen der politischen Gewolltheit und der massiven finanziellen staatlichen Unterstützung des Vereins nur bedingt aussagekräftig und deshalb auch kaum vergleichbar mit den Mitgliederzahlen etwa westdeutscher Geschichtsvereine.

5 Vgl. dazu Dyroff, Stefan: *Die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen 1885–1918. Marginalisierung dilettierender Identitätsarbeit durch archivgestützte Wissenschaft*. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): *Zwischen Region und Nation. 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen*. Osnabrück 2013, 10–30. Der Band umfasst die Beiträge der Jubiläumstagung der Kommission aus dem Jahre 2010.

langer Bemühungen⁶ war es 1903 lediglich zur Einrichtung einer Akademie gekommen. Darin waren es wiederum die Archivare, die wichtige Lehrfunktionen im Bereich Geschichte und Landeskunde innehatten. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs leistete man so „Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark“⁷, in der einzigen preußischen Provinz, die mehrheitlich polnischsprachig war, in der sich jedoch die wenigsten deutschsprachigen Einwohner die Mühe machten, Polnisch zumindest ansatzweise zu lernen. Mit der Schaffung des neuen polnischen Staates 1918/19, zu dem nun auch Posen gehörte, setzte dann folgerichtig der Niedergang der Historischen Gesellschaft ein, da die meisten Mitglieder nach Westen abwanderten.⁸ Übrig blieb eine Handvoll Aktivisten, die mit deutschen Geldern seit 1923 die *Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen* herausgaben,⁹ die seit 1926 praktisch im Alleingang von Alfred Lattermann (1894–1945)¹⁰ betreut wurde und sich vor allem auf Rezensionen verlegte. Durch die politischen Veränderungen wurde zudem eine Namensänderung nötig: Wurde zunächst nur das Wort „Provinz“ gestrichen, erfolgte 1935, zum 50jährigen Bestehen, schließlich die Umbenennung des Vereins in „Historische Gesellschaft für Polen“. Damit deutet sich bereits die Veränderung des Tätigkeitsfeldes an, denn man setzte nun auf den „wissenschaftlichen“ Nachweis der Verdienste einer imaginierten „deutschen Volksgruppe“ in ganz Polen, der man einheitliche Bestrebungen und Ansichten über die Jahrhunderte unterstellte. Programmatisch dafür war das mit einigem Aufwand 1934 herausgegebene Buch von Kurt Lück (1900–1942) *Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens*¹¹. Als Teil einer angefeindeten Minderheit in Polen war man trotz finanzieller und organisatorischer Unterstützung aus Deutschland zudem vor allem mit dem politischen und wirt-

- 6 Vgl. Schutte, Christoph: Die Königliche Akademie in Posen (1903–1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur „Hebung des Deutschtums“. Marburg 2008, 28–31; Białkowski, Błażej: Utopie einer besseren Tyrannis. Deutsche Historiker an der Reichsuniversität Posen (1941–1945). Paderborn 2011, 46–68.
- 7 So der Titel der Memoiren von Warschauer, Adolf: Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten. Berlin 1926.
- 8 Als Ableger gründete sich am 12.11.1921 im Märkischen Museum in Berlin die „Vereinigung der reichsdeutschen Mitglieder der Historischen Gesellschaft für Posen“, die ungefähr 100 Mitglieder umfasste. Auch in Fraustadt, Schönlanke und Schneidemühl, Gebieten, die als Grenzmark Posen-Westpreußen weiterhin zum Deutschen Reich gehörten, bildeten sich der Gesellschaft nahestehende Gruppen heraus. Vgl. dazu Kohte, Julius: Zum 50jährigen Bestehen der Historischen Gesellschaft für Posen 1885–1935. In: Historische Gesellschaft für Posen. Mitteilungen. Herausgegeben von der Vereinigung der Reichsdeutschen Mitglieder. Drittes Heft. Berlin, im Juli 1935, 1–6, hier 5.
- 9 Die Zeitschrift erschien bis 1939 und beinhaltete vor allem einen ausführlichen Rezensionsteil. Nach der deutschen Besetzung Posens trug sie dann den Titel Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift im Wartheland und erschien noch bis 1943, weiterhin in enger Absprache mit der Publikationsstelle in Berlin-Dahlem, über die auch die Finanzierung lief.
- 10 Białkowski, Błażej: Nationalsozialismus als doppelte Grenzerfahrung. In: Kessler / Krzoska (Hg.): Zwischen Region und Nation, 117–139.
- 11 Lück, Kurt: Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum. Plauen 1934.

schaftlichen Überleben beschäftigt – man zog sich auf eine Abwehrposition zurück, die mehr durch die politischen Einstellungen geprägt war, denn durch wissenschaftlichen Anspruch. Anders als etwa in Breslau mit seiner Universität konnte so keine Ausdifferenzierung in eine aus Wissenschaftlern bestehende Historische Kommission und einen allgemeinen Verein für Geschichte erfolgen.¹² Nach der Besetzung Polens 1939 durch deutsche Truppen kam es noch einmal zu einer Umbenennung, die sich wiederum an die neuen Grenzen anpasste: „Historische Gesellschaft für den Reichsgau Wartheland“. Wissenschaftliche Aktivitäten entfaltete diese Gesellschaft nicht mehr. Mit der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg war auch die Geschichte der Historischen Gesellschaft in Posen beendet. Es entbehrt daher nicht einer gewissen Symbolik, dass deren langjähriger Geschäftsführer Alfred Lattermann in den allerletzten Kriegstagen in den Kämpfen um Berlin fiel.¹³

2. Neubeginn – Die Gründung der Kommission 1950

Am 4. September 1950 schrieb Gotthold Rhode an den Archivar Wolfgang Kohte (1907–1984), der ehemals stellvertretender Leiter der Publikationsstelle Dahlem und in Ostforscher-Kreisen bestens vernetzt war:

In letzter Zeit beginnen sich überall wieder die Historischen Kommissionen der ostdeutschen Provinzen zu regen bzw. neu zu konstituieren, so die von Schlesien, West- und Ostpreussen. Es wäre deshalb wohl richtig, auch unsere Historische Gesellschaft für Posen wieder zu beleben und an eine Wiederaufnahme einer Forschungs- und Publikations-tätigkeit zu denken, die sich zweckmäßigerweise auf das gesamte Deutschtum in Polen erstrecken müsste. Man könnte vielleicht sagen, dass eine solche Arbeit unnötig sei, da wir im Gegensatz zu den Pommern und Schlesiern doch nicht mehr auf eine Rückkehr hoffen dürfen, aber ich glaube, dass trotzdem das Vergangene lebendig erhalten werden muss, und das schon jetzt manche Aufgaben da sind, mit deren Erledigung wir nicht länger warten dürfen, wie etwa die Dokumentation der Vertreibung und Septembermorde.¹⁴

12 In Breslau wurde 1921 die Historische Kommission für Schlesien begründet, welche die Trennung zwischen Geschichtsverein und professionellen Historikern institutionell verankerte. Vgl. den Beitrag von Roland Gehrke im vorliegenden Band.

13 Krzoska, Markus: Alfred Lattermann. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Bd. 1. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 409–413; Eckert, Eike: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990). Osnabrück 2012, 44–46.

14 Die Überlieferung der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. befindet sich als verzeichnetes, aber unpaginiertes Depositum in der Dokumentensammlung des Herder-Instituts in Marburg [DSHI], Bestand 120, im Folgenden zitiert als: DSHI 120 HiKoPosPol, Signatur. DSHI 120 HiKoPosPol, 3: Gotthold Rhode an Wolfgang Kohte, 04.09.1950.

Rhodes Schreiben vorausgegangen war ebenfalls 1950 die Schaffung des Herder-Forschungsrates und des Herder-Instituts in Marburg als Nachfolgeinstitutionen der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft und der Publikationsstelle in Berlin-Dahlem.¹⁵ Durch Bundeszuwendungen stellte der Forschungsrat in seinem Haushalt die finanziellen Mittel zur Förderung wissenschaftlicher Vorhaben einzelner ostdeutscher Historischer Kommissionen bereit. Der Plan einer Wiederbelebung der „nie aufgelösten“ Historischen Kommissionen wurde spätestens auf dem Münchener Historikertag im September 1949 in der Tagungssektion des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine erörtert, an der auch der spätere Vorsitzende des Herder-Forschungsrates Hermann Aubin (1885–1969) teilnahm.¹⁶ Er ist auf wissenschaftspolitischem Gebiet als die treibende Kraft bei der Neubelebung der Ostforschung nach 1945 und somit auch der Historischen Kommissionen anzusehen. Aubins Absicht war es „unsere Forschungsgemeinschaft ganz im alten Stil wieder einzurichten, d. h. wir werden uns wiederum auf besondere Vertreter für einzelne Landschaften, und dabei namentlich auf die Historischen Kommissionen stützen“.¹⁷

Aus dem Forschungsrat, mit dem die deutsche Ostforschung erneut institutionalisiert wurde, kam somit auch der Anstoß zur Neu- oder Wiederbegründung der ostdeutschen Historischen Kommissionen. Rhode – selbst seit 1937 Mitglied der Posener Vorkriegsgesellschaft – wurde bei einem Marburger Arbeitsaufenthalt vom Forschungsratsmitglied Erich Keyser ermuntert, mit ehemaligen Mitgliedern der Gesellschaft Kontakt aufzunehmen und eine Wiederbegründung auszuloten.¹⁸ Im September 1950 begann Rhode sich neben Kohte mit dem letzten Vorsitzenden der Gesellschaft, Friedrich Swart (1883–1957) und dem Sprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Waldemar Kraft (1898–1977), über das weitere Vorgehen auszutauschen.

- 15 Zur Gründung des Herder-Forschungsrates siehe: Hackmann, Jörg: Johann Gottfried Herder-Institut und -Forschungsrat. In: Fahlbusch / Haar / Pinnwinkler (Hg.): Handbuch, 1503–1507; Ders.: An einem neuen Anfang der Ostforschung. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Westfälische Forschungen 46 (1996), 232–258; Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005, 391–432; Ders.: Institutionelle Grundlegung und wissenschaftliche Programmatik der westdeutschen Beschäftigung mit ‚deutscher Geschichte‘ im östlichen Mitteleuropa (1945–1959). In: Kłoczowski, Jerzy / Matwiejczyk, Witold / Mühle, Eduard (Hg.): Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945. Lublin/Marburg 2000, 25–64; Weczerka, Hugo: Johann Gottfried Herder-Forschungsrat. In: Oberländer, Erwin (Hg.): Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990. Wiesbaden 1992, 256–275.
- 16 DSHI, 200, Korrespondenz Aubin, masch. Durchschlag: Hermann Aubin an den Vorstand der Historischen Kommission für Schlesien, 12.11.1950, zitiert nach: Mühle, Eduard (Hg.): Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968. Marburg 2008, 427–433, hier 429.
- 17 DSHI, 200, Korrespondenz Aubin, masch. Durchschlag, Hermann Aubin an Adolf Diestelkamp, 01.02.1950, zitiert nach: Mühle, Briefe, 419.
- 18 DSHI, 120, HikoPosPol, 3: Rhode an Kohte, 04.09.1950.

Rhode sah die Finanzierungsvoraussetzungen für eine neu zu begründende Historische Kommission möglicherweise durch das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen gegeben, während für ihn die Gesellschaft „etwas rein Landsmannschaftliches“ bleiben sollte.¹⁹ Es ist davon auszugehen, dass Rhode zum einen über Aubin und Keyser Kenntnisse der Finanzierungsideen für die neu zu gründenden Kommissionen hatte, zum anderen, dass sein persönliches Interesse auf die Neugründung einer wissenschaftlichen Kommission hinauslief, weniger auf die Wiederbegründung einer nicht-akademischen Gesellschaft. Noch vor der konstituierenden Sitzung trug Swart Rhode die gemeinsame Geschäftsführung für Kommission und Gesellschaft an,²⁰ was letzterer jedoch ablehnte, da er sich zunächst habilitieren wollte.

Bereits am 16. Oktober 1950 wurde in Marburg in der Burse am Rotenberg die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen gegründet. Die Kommission baute dabei – wie gezeigt – auf den älteren Traditionen der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen auf.²¹

Nach Gotthold Rhode wurde „der neue Name [...] gewählt, um in ihm sowohl die Posener Tradition wie auch die Erweiterung des Arbeitsgebietes zum Ausdruck zu bringen.“²² Bei der Namensgebung wandte Rhode sich gegen den Zusatz „Weichsel- und Wartheland“, um nicht unnötige Erinnerungen an die deutsche Okkupationszeit in Polen 1939–1945 und die administrative Bezugsgröße „Warthegau“ zu wecken.²³

Ihre Aufgabe sah die Kommission nach Rhode in der „Pflege der Geschichte des Posener Landes und des gesamten Deutschtums in Polen mit dem besonderen Zweck, wissenschaftliche Arbeiten auf diesem Gebiet zu fördern und herauszugeben.“²⁴ Hierzu wollte man zunächst potentielle Mitglieder kontaktieren und bereits vorliegende Manuskripte, die fast ausnahmslos vor 1945 fertiggestellt wurden, veröffentlichen.

Das geographische Arbeitsgebiet umfasste die ehemalige Provinz Posen mit der Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostbrandenburg sowie die deutschen Ansiedlungsgebiete Mittelpolen mit der Stadt Lodz, Galizien und Wolhynien. Für die Zeit der Jahre 1919–1939 sollte dieser Raum auch um Oberschlesien und Westpreußen

19 Ebd., Rhode an Swart, 17.09.1950.

20 Ebd., Swart an Rhode, 14.09.1950.

21 Vgl. zur Geschichte der Kommission auch den umfassenden Aufsatz von Kessler, Wolfgang: Ostforschung als Abwehr. Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen als Gesinnungsgemeinschaft (1950–1990). In: Kessler / Krzoska (Hg.): Zwischen Region und Nation, 149–192 sowie seinen Aufsatz im vorliegenden Band.

22 Rhode, Gotthold: Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen 1950–1955. In: Zeitschrift für Ostforschung 4 (1955) H. 4, 557–565, 561.

23 Vgl. Protokoll der ersten Sitzung der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen am 16.10.1950 im Herder-Institut Marburg, zitiert nach: Kessler, Wolfgang (Hg.): Fünfzig Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen und die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen 1950–2000. Herne 2001, 17.

24 Rhode, Die Historisch-Landeskundliche Kommission, 561.

erweitert werden – mithin also ein buntes Konglomerat an Regionen, die historisch kaum etwas miteinander zu tun hatten.

Laut Gründungsprotokoll²⁵ verlief die Diskussion um die regionale Ausrichtung einvernehmlich. Diese war in der geographischen Ausdehnung nicht nur eine Anknüpfung an die Zeit der Historischen Gesellschaft vor 1939, sondern entsprach weitestgehend auch den Zuständigkeitsgebieten der schon am 6. Mai 1949 gegründeten „Landsmannschaft Weichsel-Warthe“, die Posener, Mittelpolen, Wolhynier und Galizier als heimatpolitischer Interessenverband einte.²⁶

Neben der Festlegung auf räumlich-regionale Bezugspunkte wurde weiterhin versucht, die Geschichte der Deutschen in Polen in Anknüpfung an die „Volksgeschichte“ der Zwischenkriegszeit als Geschichte einer „deutschen Volksgruppe“ aufzufassen.²⁷ Dieser Kompromiss zwischen der provinzialhistorischen und der volksgeschichtlichen Forschungstradition hatte sich aus der unterschiedlichen Herkunft, Erfahrung und Interessenlage der Mitglieder geformt und spiegelte sich in der Kommissionsarbeit über Jahrzehnte wider, wobei vor allem die politische Grundhaltung der Zeit vor 1945 – Deutsche Vereinigung oder Jungdeutsch²⁸ – die Kontroversen prägte.²⁹ Letztlich entstand so jedoch auch ein amorphes Gebilde, das sich von allen anderen Historischen Kommissionen unterschied, die ja eine geographisch klare Ausrichtung hatten und auch einschlägige wissenschaftliche Qualifikationen für die Mitgliedschaft voraussetzen. Von bösen Zungen wurde sie deswegen auch als „Restekommission“ bezeichnet, bekamen in ihr doch all diejenigen heimatvertriebenen Berufs- und vor allem Hobbyhistoriker einen Platz geboten, die geographisch und / oder wissenschaftlich zu keiner anderen Kommission passten.

Auf der von Wolfgang Kohte geleiteten Gründungsversammlung der Kommission, an der zehn ehemalige Mitglieder der Historischen Gesellschaft teilnahmen, wurde Friedrich Swart (1883–1957) zum neuen Vorsitzenden gewählt. Auf ihn folgte bereits 1952 Walter Kuhn (1903–1983). Im gleichen Jahr löste Gotthold Rhode (1916–1990)

25 Das Originaldokument befindet sich in der Dokumentensammlung des Herder-Instituts Marburg im Bestand DSHI, 200, Historische Kommissionen (Posen/Polen).

26 Zur Gründung der Landsmannschaft Weichsel-Warthe vgl. Sprungala, Martin: Die Anfänge der landsmannschaftlichen Arbeit in den drei Westzonen und der Sowjetzone bis zur Gründung der LWV. In: Jahrbuch Weichsel-Warthe 59 (2013), 55–63.

27 Zur „Volksgeschichte“ vgl. Oberkrome, Willi: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945. Göttingen 1993; Flügel, Axel: Ambivalente Innovation. Anmerkungen zur Volksgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), 653–671; Hettling, Manfred (Hg.): Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit. Göttingen 2003.

28 Chu, Winson: The German Minority in Interwar Poland. Cambridge University Press 2012.

29 Zu den Konflikten zwischen den jeweiligen Flügeln innerhalb der Kommission vgl. Kessler, Ostforschung, 170–172.

Manfred Laubert (1877–1960) als Geschäftsführer ab, ehe Rhode 1964 selbst für die nächsten 26 Jahre den Vorsitz übernahm.³⁰

2.1 Projekte der Kommission

Die Kommission formulierte unmittelbar nach ihrer Gründung vorrangige wissenschaftliche Projekte, die es gemeinsam umzusetzen galt. Dazu gehörte zunächst die Fortführung und Herausgabe einer Bibliographie aller Veröffentlichungen aus dem Arbeitsgebiet.³¹ Auch eine Sammlung *Posener Lebensbilder* wurde schon in den 1950er Jahren angeregt, die dann erst im Jahre 2003 als *Biographisches Lexikon der Posener Deutschen* erschien.³² Die ebenfalls seit Gründung der Kommission geplante und geförderte Herausgabe der *Kunstdenkmäler an der mittleren Weichsel und Warthe* von Julius Kohte ließ sich u. a. aus Kostengründen bis heute nicht realisieren. Auch der Beitrag zu einem Kartenwerk *Staats- und Verwaltungsgrenzen im östlichen Mitteleuropa*, an dem die Kommission mit anderen Kommissionen arbeitete, konnte nicht abgeliefert werden.³³

Zu den weiteren geplanten Gemeinschaftsarbeiten gehörte die *Dokumentation der Volksgruppe zwischen den Kriegen 1918–1939*. Mit diesem Arbeitsvorhaben war insbesondere Richard Breyer (1917–1999) befasst. Durch die Sammlung neuen Quellmaterials wie Zeitzeugen-Interviews und Berichten wollte sich die Kommission in die Lage versetzen, den Vorwurf von der angeblich illoyalen deutschen Minderheit in Polen wissenschaftlich zu widerlegen.

Einem ähnlichen Zweck diente die angestrebte *Dokumentation über die Ereignisse in Polen im September 1939*. Sie sollte Aufschlüsse über die tatsächlichen Opferzahlen auf Seiten der deutschen Minderheit, die u. a. mittels Fragebögen nachträglich ermittelt wurden, ermöglichen. Zudem diente sie der Abwehr des Vorwurfs, die Minderheit hätte kollektiv als „Fünfte Kolonne“ an der Okkupation des polnischen Staates mitgewirkt.

30 Kessler, *Fünfzig Jahre*, 26 f.

31 Diese Arbeit wurde letztlich aus dem Herder-Institut heraus geleistet, vgl. Rister, Herbert: *Schrifttum über Polen 1943–1950 mit besonderer Berücksichtigung des Posener Landes (Auswahl)*. Marburg/Lahn 1953. Die Bibliographie wurde bis 1966 unter Berücksichtigung des Posener Landes fortgeführt, vgl. Kessler, *Fünfzig Jahre*, 41, Anm. 185.

32 Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. (Hg.): *Beiträge zu einem biographischen Lexikon der Deutschen aus dem Raum der Provinz Posen*. Nach den 1978–1998 in der Zeitschrift „Der Kulturwart“ von Joachim Heinrich Balde herausgegebenen „Posener Biographien“, durchges. von Helmut Neubach. Herne 2003.

33 Es handelt sich hierbei um: *Atlas östliches Mitteleuropa*. Hrsg. von Theodor Kraus u. a. Bielefeld u. a. 1959. Das Kartenwerk enthält keine gesonderten Karten des Kommissionsgebiets.

Für beide Dokumentationen sammelte die Kommission umfangreiches Material, und in ihrem Kontext wurden mehrere Einzelbeiträge publiziert.³⁴ Zu einer Herausgabe der jeweiligen Gesamtdokumentationen ist es trotz anfänglicher Förderung durch das Auswärtige Amt nicht gekommen, da die Arbeitsergebnisse teilweise wissenschaftlichen Ansprüchen in Form und Inhalt nicht genügten bzw. eine Auswertung aufgrund von Personal- und Geldmangel unterblieb.³⁵

Rückblickend bleibt festzuhalten, dass praktisch alle in den fünfziger Jahren geplanten Kommissions-Gemeinschaftsprojekte nicht abgeschlossen wurden und die stringente Durchführung eines Forschungsprogramms unterblieb. Zu den Desiderata gehören neben der ausgebliebenen Gesamtdarstellung der deutschen Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik 1918–1939 auch die Geschichte des Großherzogtums Posen bzw. der preußischen Provinz Posen von 1815 bis 1918. Die *Geschichte der Stadt Posen*³⁶, erschienen zum 700-jährigen Gründungsjubiläum der Stadt 1953 als populärwissenschaftlicher Sammelband weitgehend ohne Quellenangaben und Anmerkungsapparat, blieb letztlich für Jahrzehnte die einzige gemeinschaftliche Buchveröffentlichung der Kommission zu ihren Forschungsfeldern. Die Gründe sind sicher vielfältig. Das Fehlen finanzieller und personeller Ressourcen bzw. einer festen Organisationsstruktur machte sich hier ebenso bemerkbar wie der Umstand, dass der Zugang zu den im Wesentlichen in polnischen Archiven befindlichen Quellen zwar mühevoll war, von den überwiegend nicht als Historiker tätigen Kommissionsmitgliedern aber, ausweislich der überlieferten Korrespondenz, in der Regel auch gar nicht erst versucht wurde.

2.2 Mitglieder

Mitglied in der Kommission konnte auf Vorstandsbeschluss jeder werden, der wissenschaftlich oder publizistisch auf dem Arbeitsgebiet tätig war. Die begrenzte Anzahl an Fachwissenschaftlern auf dem Betätigungsfeld der Kommission machte eine derartige Öffnung auch für Nicht-Wissenschaftler notwendig. Deren Veröffentlichungen wurden dann in vielen Fällen von Rhode oder Breyer vorab redigiert.³⁷ Obwohl einige

34 Aurich, Peter (Peter Nasarski): Der deutsch-polnische September 1939. Eine Volksgruppe zwischen den Fronten, München 1969; Die Verschleppung der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939. Eine Dokumentation, im Auftrage der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen zusammengestellt und bearb. von Hans von Rosen. Berlin 1990.

35 Die Materialien befinden sich heute im Archiv der Kommission, DSHI, 120 HiKoPosPol, 74 und 77–83.

36 Rhode, Gotthold (Hg.): Geschichte der Stadt Posen. Im Auftrage der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen. Neuendettelsau 1953.

37 Dies geschah u. a. bei dem Buch von Rosen, Hans Freiherr von: Grocholin. Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen. Mit einem Vorwort von Arno Surminski und Rüdiger von Rosen. Leer, 7. Aufl. 2017 (1985).

Aufsätze der Nicht-Wissenschaftler eher der Heimatkunde oder Erinnerungsliteratur zugerechnet werden mussten, wurden nur wenige Manuskriptvorlagen nicht veröffentlicht. Wurde dennoch einmal eine Veröffentlichung wegen mangelnder Wissenschaftlichkeit abgelehnt, konnte es im Extremfall sogar zu juristischen Drohungen gegenüber dem Vorsitzenden kommen, sahen es manche Kommissionsmitglieder doch quasi als verbrieftes Recht an, in der *Zeitschrift für Ostforschung* (ZfO) veröffentlichen zu dürfen.³⁸

Die Kommission bestand über viele Jahre fast ausnahmslos aus Mitgliedern, die aus dem Arbeitsgebiet stammten – vor allem aus der ehemaligen Provinz Posen und Mittelpolen – und deren Leben durch die Jahre 1918–1945 entscheidend geprägt wurde. Es existierte eine nicht zu übersehende personelle Kontinuität zur ehemaligen Funktionselite der deutschen Minderheit in Polen in der Zwischenkriegszeit. Ein Teil der Mitglieder war zudem bereits vor oder in der Kriegszeit der NSDAP oder deren Gliederungen beigetreten.³⁹ Eine Auseinandersetzung über die nationalsozialistische Vergangenheit einzelner Mitglieder blieb jedoch – wie in weiten Teilen der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft – aus. In der Gründungsphase distanzierte man sich zwar in Einzelfällen von jenen Wissenschaftlern und Funktionären, die aufgrund ihrer Haltung dem Ansehen der Kommission nachhaltig schaden konnten, brachte dies jedoch nie öffentlich zur Sprache. Als Beispiel ließe sich hier der während des Krieges als Leiter des Referats „Judenforschung“ im Krakauer Institut für deutsche Ostarbeit tätig gewesene Josef Sommerfeldt (1914–1992) nennen, dessen Dissertation *Die Judenfrage als Verwaltungsproblem in Südpreußen* ausgerechnet als eine der ersten Publikationen der Kommission veröffentlicht werden sollte. Dazu kam es glücklicherweise nicht, denn die Bemühungen von Geschäftsführer Laubert, seinen ehemaligen Schüler Sommerfeldt im Herder-Institut als Mitarbeiter unterzubringen, hatten bereits zu kritischen Nachfragen im Bundestag geführt, wo gerade über die Finanzierung der Ostforschung beraten wurde.⁴⁰ Die Kommission zeigte sich nach außen dennoch als geschlossenes System von Gesinnungsfreunden, die keinen Anlass zur Selbstkritik sahen. Kritik, insbesondere von polnischer Seite, die sich weniger im Feld der wis-

38 So wollte Kommissionsmitglied Karl Alexander Hielscher Mitte der achtziger Jahre seinen Beitrag zum Kriegsende 1945 im Wartheland unbedingt in der *Zeitschrift für Ostforschung* [ZfO] veröffentlicht sehen, was Rhode aus wissenschaftlichen Gründen zunächst ablehnte. Daraufhin erhielt er ein Schreiben eines von Hielscher beauftragten Rechtsanwalts, der ihn juristisch zur Veröffentlichung „zwingen“ wollte. Der überarbeitete Beitrag erschien dann nach einigem Hin und Her tatsächlich unter dem Titel: Das Kriegsende 1945 im Westen des Warthelands und im Osten der Kurmark. In: ZfO 34 (1985) H. 2, 211–248. Die Korrespondenz dazu findet sich in DSHI, 120 HiKoPosPol, 16.

39 Vgl. Kessler, *Ostforschung*, 163–169.

40 Vgl. Barelkowski, Matthias: Manfred Laubert und Wolfgang Kohte. Zwei deutsche Karrieren zwischen „Ostforschung“, Geschichtsschreibung und Wissenschaftspolitik. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): *Zwischen Region und Nation. 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen*. Osnabrück 2013, 90–116, 103–104.

senschaftlichen Auseinandersetzung abspielte, sondern mehr die Tätigkeit einzelner Kommissionsmitglieder vor 1945 in den Mittelpunkt stellte, wurde meist ignoriert oder als ideologisch motiviert abgetan. Bezeichnend hierfür ist Rhodes Mitteilung an das Kommissionsmitglied Peter Nasarski (1914–2001), dessen Tätigkeit in Lodz vor 1945 von dem Lodzer Historiker Mirosław Cygański kritisch hinterfragt wird:⁴¹ „[...] Schriften wie die von Cygański [brauchen] so lange nicht besonders aufregend zu sein, wie sie nur in polnischer Sprache vorliegen und damit außerhalb Polens nur einen geringen Wirkungsbereich haben.“⁴²

2.3 Veröffentlichungen

Seit ihrer Gründung besaß die Kommission bis Ende der 1990er Jahre vor allem aus finanziellen Gründen keine eigene Zeitschrift oder Schriftenreihe. Dieser für die Außenwahrnehmung nachteilige Umstand konnte durch Veröffentlichungen in den Publikationen des Herder-Instituts teilweise ausgeglichen werden. Zu nennen sind hier vor allem die *Zeitschrift für Ostforschung* mit ihren Schwerpunktheften der einzelnen Kommissionen, die Reihe *Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas*, die *Marburger Ostforschungen*, aber auch Monographien einzelner Mitglieder.⁴³ Zudem erfolgten Einzelveröffentlichungen der Mitglieder, finanziell oder ideell gefördert, im Selbstverlag. Besonders erwähnenswert sind Publikationen wie *Nachbarn seit tausend Jahren* oder zuletzt *Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen*, die fast ausschließlich Beiträge von Kommissionsmitgliedern beinhalten, auch wenn die Kommission nicht als Herausgeber fungierte.⁴⁴ Insbesondere der zuletzt genannte, in der aufwändig gestalteten Reihe *Deutsche Geschichte im Osten Europas* veröffentlichte Band, dessen Erscheinen sich durch Rhodes Tod 1990 stark verzögerte, weist im Titel auf das Dilemma der Kommission hin: Völlig unterschiedliche Gebiete und Regionen mussten unter einen Titel gezwungen werden. „Große Ströme“ würde man wohl eher in Indien oder Russland vermuten, nicht aber in Polen.

Der Fokus der Veröffentlichungen lag zeitlich ganz überwiegend im 19., vor allem aber im 20. Jahrhundert bis zum Jahr 1945. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten Arbeiten zur Siedlungsgeschichte, Kirchengeschichte, Bibliographien und Abhand-

41 Cygański, Mirosław: *Mniejszość niemiecka w Polsce Centralnej w latach 1919–1939* [Die deutsche Minderheit in Mittelpolen in den Jahren 1919–1939]. Łódź 1962.

42 Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Gotthold Rhode N1445/6 (Persönlicher Schriftwechsel, 1962), Gotthold Rhode an Peter Nasarski vom 29.08.1962.

43 Vgl. auch die Übersicht bei Kessler, *Fünfzig Jahre*, 39–47.

44 Breyer, Richard u. a. (Hg.): *Nachbarn seit tausend Jahren. Deutsche und Polen in Bildern und Dokumenten*. Mainz 1976; Rogall, Joachim u. a. (Hg.): *Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen*. Berlin 1996. Eine „durchgesehene und auf den neusten Stand gebrachte“ Neuauflage erfolgte ohne Änderung des Titels 2002.

lungen zu den deutschen Minderheiten in Galizien, Mittelpolen und Wolhynien. Des Weiteren zu den Minderheitenproblemen der Zwischenkriegszeit, der preußischen Polenpolitik und den Reichstagswahlen sowie der deutschen Minderheit im Zweiten Weltkrieg.

2.4 Tagungen

Die wissenschaftlichen Tagungen waren und sind ein wesentlicher Bestandteil der Kommissionsarbeit. Bisher wurden ca. 40 Tagungen abgehalten, wobei knapp die Hälfte der Versammlungen auf den Gründungsort der Kommission in Marburg entfiel.

Die Themen der Tagungen bildeten die Referate der Mitglieder über ihre Forschungen, die dem ausgedehnten Arbeitsgebiet der Kommission entsprechend heterogen ausfielen. Eine Erhebung über die Schwerpunkte der regionalen Zuordnung der Themen liegt nicht vor, die Geschichte Posens und Mittelpolens überwog jedoch. Inhaltlich nahm die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert einen gewichtigen Platz ein. Erst Mitte der 1980er Jahre wurden die Tagungen unter einheitlicher gestaltete Rahmenthemen gestellt.

Bis in die 1990er Jahre stammten die im Durchschnitt ca. 30 Teilnehmer und Teilnehmerinnen wie auch die Vortragenden ganz überwiegend aus dem Kreis der Kommissionsmitglieder selbst. Außerhalb der Kommission forschenden Wissenschaftlern, deren Arbeitsergebnisse in der Kommission umstritten waren, boten die Tagungen lange Zeit kein Diskussionsforum. Die Zusammenarbeit mit anderen Kommissionen fand nur insofern statt, als einige Mitglieder eine Doppelmitgliedschaft besaßen. Ansonsten erstreckten sich die Diskussionen zwischen den Kommissionen vor allem auf die Ressourcenvergabe, was zwischen der Historischen Kommission für Schlesien, Gotthold Rhode und dem Herder-Forschungsrat zu einer länger anhaltenden Auseinandersetzung führte.⁴⁵ Historiker aus Polen nahmen – vor allem aus politischen Gründen – nicht an den Tagungen teil. Es gab nur wenige Ausnahmen, wie den Exilpolen Witold Wirpza (1918–1985), eigentlich Schriftsteller und Übersetzer, und den Historiker Paweł Korzec (1919–2012). Trotzdem unterhielten Kommissionsmitglieder bereits seit den 1950er Jahren private Beziehungen zu polnischen Kollegen.⁴⁶

Im Durchschnitt lag die Mitgliedszahl der Kommission über die Jahre bei rund 60 Personen. Trotz vereinzelter Neuaufnahmen kam es aufgrund der Mitgliedsstruktur zu einer starken Überalterung: Noch im Jahre 1988 lag das Durchschnittsalter der Kommissionsmitglieder bei rund 71 Jahren – man sprach unter der Hand von der „Greisenkommission“ – der Anteil der weiblichen Mitglieder lag unter 10 %. Der

45 Vgl. Neubach, Helmut: Gotthold Rhode (1916–1990). Aus der Sicht eines Schülers und Kommissionsassistenten. In: Kessler, 50 Jahre, 84–90, hier 89.

46 Vgl. Eckert, Ostforschung, 249–266.

ausgebliebene Generationswechsel setzte schließlich erst Mitte der 1980er Jahre ein. Müsste man die wissenschaftliche Arbeit der Kommission seit ihrer Gründung 1950 bis Anfang der 1990er Jahre zusammenfassen, bietet sich der Befund von Wolfgang Kessler aus dem Jahr 2013 an:

Die Kommission konnte als Vereinigung von Interessierten ohne hauptamtliches Organisationsgefüge nie mehr sein als die Summe ihrer Mitglieder. Nimmt man deren Mehrheit als Maßstab, arbeitete diese nicht ergebnisoffen. Es dominierte die ‚Ostkunde‘, wie sie Klaus Zernack 1977 beschrieben hat. Die von Zernack eingeforderte ‚Verwissenschaftlichung‘ wäre mit den Mitgliedern, die sich mehrheitlich autoreferentiell mit der ‚eigenen‘ Geschichte befassten, nie zu verwirklichen gewesen. Das unausgesprochene Ziel, eine Meistererzählung der eigenen Geschichte zu finden, die wissenschaftlich fundiert und für die eigene Erinnerung akzeptabel gewesen wäre, war schon deshalb nicht zu erreichen, weil die Erfahrungen wie die Traumatisierungen, aber auch die Rechtfertigungsdiskurse der unterschiedlichen Gruppen in den historischen Siedlungsgebieten viel zu verschieden gewesen sind und im Volksgruppenmythos, der letztendlich die gemeinsame Aufarbeitung der jeweils eigenen Geschichte verhindert hat, nicht aufgehoben werden konnte⁴⁷

Somit war, so ließe sich im Anschluss daran argumentieren, bereits in der ursprünglichen Anlage dieser Kommission die wissenschaftliche Arbeit zum Scheitern verurteilt, weil die territorialen Bezüge disparat, die traditionell-wissenschaftlichen Bezüge nur rudimentär, der politische Rechtfertigungsanspruch jedoch übermäßig stark ausgeprägt vorhanden waren. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass der Tod des Gründungsmitglieds Gotthold Rhode 1990, der seit 1962 als Vorsitzender von seinem Mainzer Lehrstuhl aus die Kommissionsarbeit maßgeblich gelenkt hatte, zwar die Chance einer Neuausrichtung bot, letztlich die Krise der Kommission jedoch nur verstärkte. Nicht ohne symbolische Tragik ist dabei aus heutiger Sicht die letzte, posthum in der *Zeitschrift für Ostforschung* erschienene Publikation Rhodes, eine Rezension des Buches von Michael Burleigh *Germany Turns Eastwards. A Study in German Ostforschung in the Third Reich*⁴⁸. Burleigh hatte wohl als erster einen kritischen Blick auf die sogenannte Ostforschung geworfen und damit den Anstoß gegeben, sich mit deren Verstrickungen in die kolonialistische deutsche Ostpolitik im Allgemeinen und die nationalsozialistische Politik im Besonderen auseinanderzusetzen. Rhode konnte in seiner Rezension keinerlei Verstrickungen erkennen, allenfalls unglückliche Formulierungen, die dem Zeitgeist geschuldet gewesen seien. Zudem verstieg er sich zu der nachweisbar wahrheitswidrigen Behauptung, dass im Institut für deutsche Ostarbeit in Krakau während des Krieges „nicht ein einziger ernst zu nehmender Ostforscher tätig war“. Die oben erwähnten Kommissionsmitglieder Manfred Laubert und Josef

47 Kessler, *Ostforschung*, 190.

48 *ZfO* 40 (1991) H. 1, 89–92.

Sommerfeldt hatte er dabei offensichtlich aus seinem Gedächtnis gestrichen. Vielmehr sah er Burleighs Werk als „Pamphlet“ im Stile der DDR-Propaganda gegen die von ihm heftig verteidigte und wissenschaftlich angeblich makellose Ostforschung und deren Hauptvertreter. Unbeabsichtigt hat Rhode damit am Ende seines Lebens und parallel zum Untergang des Kommunismus sowjetischer Prägung in einem kurzen Text noch einmal sein völliges Unverständnis eines anderen Denkstils, der an den Grundlagen der „Volkstumspolitik“ und deren historischer Rechtfertigung rüttelte, bekundet.

Auch unter Rhodes 1991 gewähltem Nachfolger und langjährigem Weggefährten Richard Breyer (1917–1999) konnte dieser Konflikt nicht angegangen werden. Erst dessen Nachfolger entstammten jüngeren Generationen und nahmen ab 1996 die schwierige Aufgabe in Angriff, nicht nur den Generationswechsel der Kommission voranzubringen, sondern sie als Konsequenz aus der Umstrukturierung des Herder-Instituts rechtlich, organisatorisch und vor allem inhaltlich auch umzugestalten, mit hin also auch die eigene Geschichte kritisch zu reflektieren.

Es lohnt sich, an dieser Stelle auf die langen Linien hinzuweisen, die vom eingangs zitierten Dokument zur Begründung der Einrichtung eines Staatsarchivs in Posen 1869 bis zur beginnenden Auseinandersetzung mit den eigenen Traditionen Anfang der 90er Jahre reichen. Ludwik Fleck hat in seiner in den 1930er Jahren entwickelten Erkenntnistheorie die Begriffe „Denkkollektiv“ und „Denkstil“ geprägt, von deren Ausprägung die Ergebnisse wissenschaftlichen Arbeitens abhängen. Das Denkkollektiv wird demnach durch einen Denkstil zusammengehalten, der von Fleck als „gerichtetes Wahrnehmen, mit entsprechendem gedanklichen und sachlichen Verarbeiten des Wahrgenommenen“ definiert wird. Der Denkstil lege fest, was innerhalb des Kollektivs als wissenschaftliches Problem, evidentes Urteil oder angemessene Methode gelte. Auch was als Wahrheit gelte, könne nur in der „stilgemäßen Auflösung“ von Problemen bestimmt werden:

Solche stilgemäße Auflösung, nur singular möglich, heißt Wahrheit. Sie ist nicht ‚relativ‘ oder gar ‚subjektiv‘ im populären Sinne des Wortes. Sie ist immer oder fast immer, innerhalb eines Denkstils, vollständig determiniert. Man kann nie sagen, derselbe Gedanke sei für A wahr und für B falsch. Gehören A und B demselben Denkkollektiv an, dann ist der Gedanke für beide entweder wahr oder falsch. Gehören sie aber verschiedenen Denkkollektiven an, so ist es eben *nicht derselbe* Gedanke, da er für einen von ihnen unklar sein muß oder von ihm anders verstanden wird.⁴⁹

Sieht man die deutschen Historiker und wenigen Historikerinnen, die sich seit 1869 bzw. 1885 mit der Landesgeschichte Posens und dem „Deutschtum in Polen“ beschäftigt haben als Denkkollektiv an, dann wird anhand der oben zitierten Dokumente und Publikationen deutlich, wie diese Gruppe einen bestimmten Denkstil ausgeprägt hat. Dieser ist gekennzeichnet durch eine fast obsessive Beschäftigung mit allem, was in

49 Fleck, Ludwik: Entstehung und Entwicklung, 130 f.

der Region als „deutsch“ gelten konnte, unter besonderer Betonung der deutschen Verdienste und Aufbauleistungen und unter Beklagen des erlittenen Unrechts bei gleichzeitiger Ausblendung von allem, was als Verflechtungs- und transnationale Geschichte mit den dazugehörigen Ambivalenzen interpretiert werden könnte. Eifrig wurde darauf geachtet, dass dem Denkkollektiv nur solche Mitglieder angehören, die diesen Denkstil teilen. Rhode konnte also die Intentionen von Burleighs Buch in seiner Rezension gar nicht verstehen, denn dieser vertrat schlicht einen anderen Denkstil in einem anderen Denkkollektiv. Erst stark veränderte politische Rahmenbedingungen, die eine Situation schufen, in der nicht mehr die Abwehr des Fremden und Verherrlichung des Eigenen im Vordergrund stand, förderten die Bildung neuer Denkstile und neuer Narrative.

3. Die Kommission seit 1996

Mit den Umstrukturierungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung ging auch eine Neuausrichtung der Forschungslandschaft einher, die sich gleichermaßen auf das Herder-Institut und die Historischen Kommissionen auswirkte. Diese wurden nun in eingetragene Vereine umgestaltet, die wiederum dem Trägerverein Herder-Institut e. V. angehören. Die Finanzierung erfolgt auf Basis des § 96 Bundesvertriebenengesetzes.

Für die „Historische Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen“, seit 1997 „Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen“, bedeutete dies 1996 auch einen erneuten Wechsel des zunehmend als anachronistisch empfundenen sperrigen Namens. Erneut galt es allerdings, die verschiedenen historischen Regionen, aus denen die einzelnen Mitglieder stammten, begrifflich zusammenzuführen. Um nicht erneut einen komplexen Langnamen zu produzieren, blieb letztlich nichts anderes übrig, als erneut auf Polen als begriffliche Klammer zurückzugreifen: das Land, in dem zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Grenzen aus deutschsprachigen Gebieten stammende Menschen mit unterschiedlichen Traditionen und Prägungen agiert haben. In diesem Rahmen wurde es möglich, die Geschichte der Lodzer Industrie, der Galiziendeutschen-Ansiedlungen oder der evangelischen Kirche in Posen gleichberechtigt zu erforschen. Regionalgeschichte konnte so mit biographischen oder raumübergreifenden Themen verbunden werden. Methodisch ging diese Neuausrichtung nach dem Ende der „Ostforschung“ – symbolisiert durch die Umbenennung der *Zeitschrift für Ostforschung* in *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 1994 – einher mit der Hinwendung zu einer Verflechtungsgeschichte und Verwissenschaftlichung des Diskurses, wie sie Klaus Zernack (1931–2017) schon in den 70er Jahren gefordert hatte.⁵⁰ Die Kommissionstagungen fanden nun regelmäßig auch in Polen statt, in Ver-

50 Vgl. Zernack, Klaus: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977, insb. 79–84.

bindung mit dort ansässigen und tätigen Mitgliedern. Zunehmend wurden junge, in den Kulturwissenschaften tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Polen, Deutschland und den USA aufgenommen – 2017 hatte die Kommission 70 Mitglieder und einen im Vergleich zu 1988 deutlich gesenkten Altersdurchschnitt. Ins Leben gerufen wurde 1996 zudem eine eigene Schriftenreihe *Polono-Germanica*, in der bisher (Stand 2018) zehn Bände erschienen sind. Sie spiegeln vor allem die Ergebnisse einzelner Jahrestagungen wider.⁵¹

Im Rahmen der Jubiläumstagung 2013, auf der kritisch auf „125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen“ zurückgeblickt wurde, konnte auch eine große Tafelausstellung mit dem Titel *Region und Nation* im Herder-Institut präsentiert werden, die sich umfassend der Geschichte der Kommission seit ihrer Gründung widmete.⁵²

Festzuhalten bleibt, dass die Kommission den Trend zu einer Vernetzung von Wissenschaft durchaus mitvollzogen und ihr Denkkollektiv für neue Mitglieder und neue Denkstile geöffnet hat, die mehr den Verflechtungscharakter der deutsch-polnischen Geschichte betonen und diesen in einen europäischen Kontext stellen. Als Leitmotiv gilt dabei: „Die Erkenntnis des Konstruktionscharakters aller Formen und Inhalte kann als Voraussetzung für einen ideologiefreieren Umgang mit der Vergangenheit dienen, wobei es selbstverständlich immer auch die eigene Zeitgebundenheit des Forschenden zu berücksichtigen gilt.“⁵³

51 Zuletzt erschienen: Barelkowski, Matthias / Kraft, Claudia / Röskau-Rydel, Isabel (Hg.): Zwischen Geschlecht und Nation. Interdependenzen und Interaktionen in der multiethnischen Gesellschaft Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Osnabrück 2016, sowie Barelkowski, Matthias / Schutte, Christoph (Hg.): Neuer Staat, neue Identität. Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. Osnabrück 2021.

52 Die Ausstellung – kuratiert von Matthias Barelkowski und Eike Eckert – ist online abrufbar: <http://deutsche-polen.org/kommission-fuer-die-geschichte-der-deutschen-in-polen/ausstellung-125-jahre/> (17.11.2022). Sie wurde neben Marburg u. a. in Herne sowie in einer übersetzten polnischen Version in Poznań und Łódź präsentiert und kann ausgeliehen werden.

53 Krzoska, Markus: Neuer Wein in alten Schläuchen? Überlegungen zur Regionalgeschichte einer deutsch-polnischen historischen Kontaktzone am Beispiel Großpolens. In: Kessler / Krzoska (Hg.): Zwischen Region und Nation, 265–280, hier 275.

„Wissenschaftler und Praktiker“ über Zeiten hindurch *Fritz Valjavec und die Südostdeutsche Historische Kommission*

NORBERT SPANNENBERGER

Am 7. Mai 1982 feierte das renommierte Südost-Institut (SOI) sein 50jähriges Bestehen im Rahmen eines prunkvollen Festaktes in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste. Der Bund, der Freistaat Bayern, das konsularische Corps, die Wissenschaften wie das öffentliche Leben ließen sich zahlreich vertreten, den Empfang im Schwarzen Saal der Münchner Residenz finanzierte die Bayerische Staatsregierung. Diese prunkvollen Äußerlichkeiten wurden lediglich durch die Würdigung eines leitenden Funktionärs des Institutes, Hans Hartl (1913–1990) getrübt, der in der *Vierteljahresschrift der Südosteuropa-Gesellschaft* folgende Zeilen zu Papier brachte:

Man hätte sich zum 50jährigen Jubiläum (das übrigens mit zwei Jahren Verspätung gefeiert wurde) die Herausgabe einer umfassenden Informationsschrift über das Südost-Institut gewünscht, denn die Außenwelt – die Fachwelt mit eingeschlossen – ist, wie man immer wieder feststellen muß, über die Entstehung, Entwicklung, Aufgabenstellung, strukturelle Gliederung und bisherige Leistungsbilanz dieser zentralen Einrichtung der Südosteuropaforschung nur lückenhaft unterrichtet; es fehlt die ausführliche, übersichtlich gegliederte Zusammenschau. Wer sich z. B. näher für die Institutsgeschichte interessiert, muss versuchen, sie aus hierüber veröffentlichten Fragmenten zusammenzufügen.¹

Erst 2002 fand eine solche Tagung in München – die übrigens von der Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa (KGKDS), damals Südostdeutschen Historischen Kommission, auf Initiative von Mathias Beer und in Kooperation mit Gerhard Seewann vorbereitet und durchgeführt wurde – mit dem Ziel, statt Fakten zusammenzutragen, das Forschungsfeld auszuleuchten und erste Fragen zu artikulieren, in welche Richtung mögliche Forschungen gehen könnten.² Von der Tagung

- 1 Hartl, Hans: 50 Jahre Südost-Institut. Zur Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung. In: *Südosteuropa-Mitteilungen* 22/2 (1982) 39–47, hier 39.
- 2 Die Beiträge der Tagung erschienen unter dem Titel: *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches (1920–1960). Institutionen – Inhalte – Personen*. Hrsg. v. Mathias Beer und Gerhard Seewann. München 2004.

und der daraus hervorgegangenen Publikation gingen allerdings nicht die erhofften Forschungsimpulse aus, auch nicht für die Erforschung der Geschichte der KGKDS. Bis heute liegt keine Monografie vor. Vor diesem Hintergrund kann der vorliegende Beitrag auch nur ein weiteres Mosaiksteinchen sein für eine Gesamtdarstellung der Kommissionsgeschichte.

Im Gegensatz zum Südost-Institut (heute IOS Leibnitz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung an der Universität Regensburg) oder zur Südosteuropa-Gesellschaft e. V. in München wurde allerdings schon anlässlich des 40. Geburtstages der KGKDS von einem Mitglied die gründliche Aufarbeitung der eigenen Geschichte angemahnt.³ Am 8. September 1997 wandte sich Mathias Beer an den damaligen Vorsitzenden, Friedrich Gottas (1940–2020), mit dem Vorschlag, die Geschichte der Kommission im Rahmen einer eigenen Jahrestagung zu thematisieren. Der Vorsitzende begrüßte die Initiative, nur konnte sie letztlich doch nicht realisiert werden.⁴ Dazu hat sicher auch die fehlende Grundlagenforschung beigetragen. Sie betrifft auch eine Schlüsselfigur der Kommission, Fritz Valjavec (1909–1960), dessen Vita, zugespitzt formuliert, mehr Fragen aufwirft als sie Antworten bietet.⁵

1. Die Zwischenkriegszeit

Am 23. Juni 1930 wurde in München das Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten nominell unter der Ägide des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, doch auf Initiative des Reiches gegründet. Die Mittel stammten aus dem sogenannten Grenzlandfonds des bayerischen Staatsministeriums des Äußeren.⁶ Der zuständige Chef dieser Behörde, der bayerische Ministerpräsident und Außenminister Heinrich Held (1886–1938), zeichnete sich schon 1925 im Volkstumskampf aus und zog gegen die Südtirol-Politik des italienischen Faschismus ins Feld. Am 1. Oktober 1935 wechselte ein 26jähriger Nachwuchswissenschaftler namens Fritz Valjavec von der Münchner Deutschen Akademie (eigentlich Akademie zur Wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums) in dieses Institut. Er sollte

3 Zum Problem der Aufarbeitung der Vergangenheit dieser Institutionen siehe Höpken, Wolfgang: Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft. Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten. Zur Einführung. In: Südosteuropa Mitteilungen 54/04 (2014), 4–15.

4 Gottas, Friedrich: Vierzig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. Rückblick und Ausblick. In: Südostdeutsches Archiv XL/XLI (1997/1998), 1–9, hier 9.

5 So gibt es bislang eine einzige Biographie, jedoch in ungarischer Sprache von einem ungarischen Kollegen. Orosz, László: Tudomány és politika. Fritz Valjavec (1909–1960) a két világháború közötti magyar-német tudománypolitikai kapcsolatokban [Wissenschaft und Politik. Fritz Valjavec (1909–1960) in den ungarisch-deutschen wissenschaftspolitischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen]. Budapest 2014.

6 Vgl. Hartl, 50 Jahre Südost-Institut, 39.

nicht nur die Zukunft dieser Einrichtung, sondern auch der gesamten Südosteuropaforschung bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinein in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend prägen.

Wer war Fritz Valjavec? Über seine Herkunft liegen keine belastbaren Unterlagen vor, dabei könnte womöglich die Schließung genau diese biographischen Lücken aufschlussreich für so manche unerklärlichen Zusammenhänge sein. Nach offizieller Version wurde er am 26. Mai 1909 in Wien geboren, wuchs dort ohne Vater auf und zog mit seiner Mutter nach dem Zerfall der Donaumonarchie nach Budapest.⁷ Als Schulpflichtiger war er der ungarischen Sprache noch nicht mächtig. Logisch erscheint, dass er deshalb in Budapest zwischen 1923 und 1930 die reichsdeutsche Oberschule besuchte, nicht aber, warum letztlich dieser Wohnortwechsel erfolgte. Womöglich lernte er in der ungarischen Hauptstadt auch Ungarisch, denn dies wurde ihm später stets als besonderes Kapital zugute gehalten. Zudem übersetzte er später auch wissenschaftliche Texte von führenden ungarischen Historikern. Doch ob er privat oder in einer Einrichtung die Sprache erlernte, wissen wir nicht.⁸ Gesichert ist dagegen, dass er in dieser Zeit Anschluss an die deutsche Bewegung um Jakob Bleyer (1874–1933) fand und dessen Intimus wurde.⁹

Der Germanistikprofessor Bleyer scharte nicht nur Schüler seiner eigenen Disziplin um sich. Er ermahnte sie auch, einen Beruf zu erlernen, der eine sichere Existenz gewährleisten und damit eine Mitarbeit in der Bewegung überhaupt ermöglichte. Geisteswissenschaften gehörten schon damals gewiss nicht zu jenem Metier. Doch im Bleyerschen Umfeld machte Valjavec eine entscheidende Erfahrung: Die Arbeit der Akteure der deutschen Bewegung war stets eine Zitterpartie im Hinblick auf die unberechenbaren Reaktionen der ungarischen Behörden und der Gendarmerie. Tarnung und Desinformation mussten sich die jugendlichen Aktivisten nicht nur als methodisches Rüstzeug aneignen, sondern auch praktisch beherrschen. Das Horthy-Regime lieferte die besten Bedingungen auch für Valjavec, sich all dies anzueignen.¹⁰

7 In der sog. Hochschullehrerkartei wurde als Religion katholisch festgehalten, ebenso bei seiner Mutter Marie Schiessel. Interessanter ist, dass sein Vater zwar Valjavec heißen soll, doch kein Vorname angegeben wurde, was äußerst ungewöhnlich war in dieser NS-Kartothek, gleichwohl aber dessen Beruf als Oberfinanzrat. Bundesarchiv Berlin, Berlin Document Center (BA Be, BDC), R 4091/13279.

8 Vgl. dazu ausführlich Spannenberger, Norbert: Südost-Forschung im Dienst der SS. Zur Biographie von Fritz Valjavec 1909–1945. In: Südosteuropa Mitteilungen 54/04 (2014), 60–73; Silagi Michael: Valjavec, Fritz. In: <http://kulturportal-west-ost.eu/biographies/valjavec-fritz-3> (03.04.2021).

9 Vgl. Treszl, Anton: Wer ist wer? Erstes ungarndeutsches Biographielexikon. Grünstadt 1993, 17.; Zur Kontextualisierung der politischen Arbeit Bleyers siehe Spannenberger, Norbert: Marginalisiert und stigmatisiert. Zum Problem der deutschen Parlamentsvertretung in Ungarn in der Zwischenkriegszeit. In: Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit. Hrsg. v. Benjamin Conrad, Hans-Christian Maner, Jan Kusber. Berlin 2015, 183–208.

10 Zu den Rahmenbedingungen siehe Spira, Thomas: German-Hungarian relations and the swabian problem from Károlyi to Gömbös 1919–1936. New York 1977; Bellér, Béla: Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn 1933–1938. Heidelberg 2000; Zur

Bleyer benötigte vor allem Historiker und Ethnologen, die Feldforschung betrieben.¹¹ Besonders eine identitätsstiftende Geschichtsschreibung hielt er für dringend notwendig. Anfangs musste er sich noch vertraulich an reichsdeutsche Historiker wenden. Konrad Schünemann (1900–1940) etwa beschäftigte sich aus diesem Grunde verstärkt mit dem Südostdeutschtum.¹² Ein eigener „Haushistoriker“, wie Valjavec, kam Bleyer deshalb wie gerufen. Valjavec erhielt wie viele seiner Kameraden um Bleyer ein reichsdeutsches Stipendium, mit dem er im Herbst 1930 sein Studium in München begann. Diese volksdeutschen Stipendiaten wurden vom Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) gefördert und vom Kyffhäuser-Verband des Verbandes der Vereine Deutschen Studenten (VVVDSt) in einem korporationsstudentischen Rahmen aufgefangen, was sie in zahlreiche Netzwerke einband.¹³ Hierbei ging es aber vornehmlich nicht um die Integration in das farbenstudentische Milieu, sondern um die aktive Partizipation der Auslandsdeutschen: Gemeinsam mit den reichsdeutschen Studenten sollten diese kulturell geschult, das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt und auf ihre volkstumpolitische Rolle in ihren Herkunftsgebieten vorbereitet werden.¹⁴

Ihre Aufgabe bestand volkstumpolitisch auch darin, Aufklärungsarbeit im Reich zu betreiben, was natürlich im Reich so gewollt war. Obwohl sie mit dem Ende der Stipendiatenzeit nach Ungarn hätten zurückkehren müssen, blieben manche von ihnen in Deutschland, teils mit dem Segen Bleyers.¹⁵ Auch Valjavec blieb nach seinem Studium vom Wintersemester 1930/31 bis zum Sommersemester 1934 in München, und zwar auf ausdrückliche Empfehlung Bleyers. So bestätigte Franz Basch (1901–1946) im September 1935 in einem Brief: „Prof. Bleyer vertrat die Ansicht, dass er [nämlich Valjavec] als Wissenschaftler und Verbindungsmann unserer Volksgruppe im Reich bei weitem nützlicher als auf einem außendeutschen Posten sein würde.“¹⁶ Hierbei

Aktivität der Bleyer-Gruppe um Franz Basch siehe Spiegel-Schmidt, Friedrich: Vor 50 Jahren. Zur Vorgeschichte des Volksbundes. In: *Suevia Pannonica* 6 (1988), 21–74.

- 11 Zu diesem Problem siehe ausführlich die Quellenedition: Minderheitenpolitik im „unsichtbaren Entscheidungszentrum“. Der „Nachlass László Fritz“ und die Deutschen in Ungarn 1934–1945. Hrsg. v. Gábor Gonda und Norbert Spannenberger. Stuttgart 2013.
- 12 Kopie des Briefes im Nachlass Valjavec. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA). FA 1644/17. Schreiben Schünemanns, 18.08.1934.
- 13 Zur Institutionalisierung der Reichskontakte siehe Luther, Tammo: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933–1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten. Stuttgart 2004.
- 14 Der VDA bot sich als Partnerorganisation an, um die auslandsdeutschen Studenten „für ihren Beruf als Führer des Auslandsdeutschtums vorzubereiten“. „Wir wollen Deutsche sein, ein einig Volk von Brüdern“. Die Vereinigungen Auslandsdeutscher Studierender 1918–1933 – Eine Text- und Quellensammlung inklusive der Chronik der VADSt Marburg 1919–1934. Hrsg. v. Marc Zierlewagen. Essen 2013, 39.
- 15 So blieb der Banater Medizinstudent Stefan Steyer als Verbindungsmann in Berlin, um die den Kontakt zu den Reichs- und später zu den NS-Parteiorganisationen zu pflegen; Steyer, Stefan: Treue Bewahrung, tapfere Bewährung. In: *Suevia Pannonica* 6 (1988), 3–21.
- 16 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Abteilung V, Valjavec-Nachlass. Brief von Basch an Krehl vom 05.09.1935. Der Verfasser verwendet für diesen Aufsatz Kopien dieser Archivmaterialien.

ist bemerkenswert, dass Valjavec nicht nur sein Studium in einer relativ kurzen Zeit absolvierte, sondern er im Juli 1934 auch bereits seine Promotionsurkunde erhielt.¹⁷

Valjavec schlug einen Weg ein, der bislang in der Forschung unterbeleuchtet blieb. Er und sein früherer Weggefährte Franz Rothen betrieben nicht weiter Volkstumskampf, sondern erkannten, dass eine Karriere für sie nur auf der Parteischiene Erfolg haben würde. Rothen etablierte sich über die NSDAP bei der SS und arbeitete in deren Nachrichtendienst.¹⁸ Valjavec trat schon am 1. Mai 1933 der NSDAP (Parteinummer 3202 280) bei, engagierte sich in der SS und wurde 1935 Politischer Leiter in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). 1933 wurde er Leiter des Amtes Auslandsdeutschtum im Kreis VII der Deutschen Studentenschaft (DSt), 1933–1938 zudem Leiter von Arbeitsgemeinschaften in der DSt und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB). In letzterem profilierte sich Valjavec auch als Blockwart und wurde Referent für Ungarn in der Außenstelle Südost der Reichsstudentenführung. Zudem wurde er Mitarbeiter im Hauptschulungsamt der Reichsleitung und der Parteiamtlichen Prüfungskommission.¹⁹

Er schien zunächst weiterhin die Volkstumsschiene zu fahren, war bei der Deutschen Akademie tätig und ab dem 1. Oktober 1935 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im besagten, von Karl Alexander von Müller (1882–1964) geleiteten Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten.²⁰ Höchstwahrscheinlich waren ihm hierbei die alten Netzwerke Bleyers von Nutzen. Von Anfang an war bei Valjavec eine enge Verzahnung zwischen „Südost-Expertise“ und Parteiprofilierung bzw. wissenschaftlicher Karriere dominant. Dies war wohl auch notwendig, um etliche „Mängel“ in seiner Vita zu kompensieren: er war nämlich kein Reichsbürger, hatte nicht beim Militär gedient und konnte auch noch keine wissenschaftliche Auszeichnungen vorweisen.²¹ Günstig wirkte sich dabei der Umstand aus, dass die NSDAP „bis weit in

lien, die er seinerzeit anfertigte, als der schriftliche Nachlass von Valjavec noch im Archiv des Südost-Instituts verwahrt wurde.

17 BA Be, BDC. R 4091/13279.

18 Franz Rothen avanciert zum Verbindungsmann zwischen dem RSHA und dem ungarischen Pfeilkreuzlerführer Ferenc Szálasi. Er trug der geheimen Finanzierung der Pfeilkreuzler aus dem Ausland bei, wurde deshalb in Ungarn interniert, konnte aber mithilfe der SS nach Berlin fliehen. Unter falschem Namen wurde er im Auftrag des SD in der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes unter Franz Six beschäftigt, wo er Berichte über Ungarn verfasste. Mündliche Mitteilung von Dr. Wilhelm Höttl an den Verfasser am 4.03.1998 in Bad Aussee (Österreich). Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er im Bundesvertriebenministerium in Bonn. Zum Ministerium vgl. Beer, Mathias: Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. In: Oltmer, Jochen (Hg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Osnabrück 2003, 295–322.

19 BA Be, BDC. R 4091/13279.

20 Zu seiner Biografie siehe Berg, Matthias: Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus. Göttingen 2014.

21 BA Be, BDC. R 4091/13279.

die dreißiger Jahre hinein nicht in der Lage war [...], aus ihrem Personalbestand eine eigene Funktionselite zu bilden“.²² Deshalb suchte sie nach geeigneten und kooperationswilligen Spezialisten, die meist auch der jüngeren Generation angehörten und denen das neue Regime Aufstiegschancen ermöglichte. Diese rekrutierten sich auch in den diversen wissenschaftlichen Bereichen vornehmlich aus jüngeren Personen, die am Anfang ihrer akademischen Karriere standen und „der Faszination einer unmittelbar zur Politik hin geöffneten Geschichtswissenschaft nachgaben“, vor allem wenn sie auch „von ihren Lehrern dazu ermuntert wurden, diese neuen Möglichkeiten zu nutzen“.²³ Gleichwohl bot ihnen die Partei scheinbar Chancen im Vorankommen: Valjavec wurde 1937 mit der Geschäftsführung am Südost-Institut betraut, und am 1. Dezember 1938 erhielt er die Habilitationsurkunde an der Universität München.²⁴

Nach Aussagen von Zeitgenossen entlastete der ehrgeizige Valjavec den Institutsvorstand erheblich, wodurch sich der junge Nachwuchswissenschaftler eine Schlüsselposition am Institut erarbeitete. Auf seine Initiative hin wurde die Zeitschrift *Südostdeutsche Forschungen* ins Leben gerufen, die sich schnell etablieren konnte.²⁵ Die Konzeption wie der Name selbst stammten allerdings von Bleyer, der als Batschka-Deutscher „gesamt südostdeutsch“ dachte und einen Ersatz für den früheren Terminus „Deutschungar“ suchte.²⁶ Der Einfluss Bleyers auf Valjavec wird mit Recht betont und nicht zuletzt durch die Themenwahl für seine Dissertation illustriert.²⁷ Hinzu kommt, dass der in Budapest verortete „geistige Standort“²⁸ von Valjavec von besonderer Relevanz war: Ungarn rüstete nach dem Trianon-Vertrag zwecks Grenzrevisionen in erheblichem Maß auf. Nicht militärisch, weil dies verboten war, sondern mit Hilfe der Wissenschaft und einer zielgerichteten Gesellschaftspolitik.²⁹ Wissenschaftliche

22 Haar, Ingo: „Kämpfende Wissenschaft“. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main 2000, 215–241, hier 226.

23 Ebd., 265–274, hier 269 Mommsen, Hans: *Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime*. Anmerkungen zur Historikerdebatte.

24 BA Be, BDC. R 4091/13279. Als „besonderes Forschungsgebiet“ hielt seine Hochschullehrerkartei fest: „Geschichte des Südostens und Kulturgeschichte“.

25 Nehring, Karl: Zu den Anfängen der Südost-Forschungen. Der Briefwechsel von Fritz Valjavec mit Gyula Szekfü 1934–1936. In: *Südost-Forschungen L* (1991), 1–30, hier 2. Selbst der Name der von Valjavec vorgeschlagenen neuen Zeitschrift stammte von Bleyer.

26 Klein, Karl Kurt: Germanistik in Ungarn. In: *Südostdeutsche Heimatblätter III/1–2* (1954), 3–23, hier 3 f. und 16 f.

27 Valjavec, Fritz: Karl Gottlieb von Windisch. Das Lebensbild eines südostdeutschen Bürgers der Aufklärungszeit. München 1936.

28 Mit Recht verweist Karl August Fischer auf den „geistigen Standort Bleyers“ als Fundament. Fischer, Karl August: *Fritz Valjavec (1909–1960)*. In: *Südost-Forschungen XIX* (1960), 1–15, hier 2.

29 Eine besonders wichtige Einrichtung zwecks Etablierung internationaler Zusammenarbeit thematisiert Tilkovszky, Loránt: *Budapester Arbeitsgemeinschaft für die Revision der Friedensverträge (1925–1933)*. In: *Etudes historiques hongroises* (1985), 515–540. Zur Partizipation der deutschen Nationalität siehe Seewann, Gerhard: *Das Ungarndeutschtum 1918–1988*. In: *Ungarndeutsche und Ethnopolitik. A magyarországi németek és az etnopolitika*. Budapest 2000, 107–128.

Institute wirkten auf den öffentlichen patriotischen Diskurs ein und erlangten so eine Schlüsselstellung im Kampf gegen das „Trauma von Trianon“. Wegen ihrer Relevanz erhielten sie trotz der angespannten finanziellen Lage des Landes in der Nachkriegszeit beträchtliche finanzielle Mittel.³⁰

Vor diesem Hintergrund erkannte Valjavec mit gutem Gespür, dass er im Dritten Reich andere Weichen stellen musste, als nur auf den „Volkstumskampf“ zu setzen, der von etablierten Einrichtungen in der Zeit der Weimarer Republik proklamiert worden waren. Man darf daher fragen, ob es ein Zufall war, dass 1936 der Mährendeutsche Fritz Machatschek (1876–1957) die Führung des Instituts übernahm und im selben Jahr die erste Nummer der *Südostdeutsche Forschungen* erschien, die keineswegs nur „volkstumskämpferische“ Beiträge veröffentlichte.³¹ Damit setzte Valjavec bewusst neue Akzente und stellte die Geschichte der deutschen Volksgruppen der Region in die Geschichte der Völker und Länder Südosteuropas.³² Was bewog ihn dazu? Lediglich wissenschaftliche oder auch forschungsstrategische Überlegungen?

1936 begann die SS mit dem Aufbau der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi), einer Einrichtung innerhalb des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), um als Akteur in der Volkstumspolitik mitzumischen.³³ Die eigentliche Intention war, mithilfe der Volkstumspolitik an der Umsetzung der NS-Raumpolitik mitzuwirken, was eine direkte Einmischung in die Außenpolitik bedeutete. Das weckte das Misstrauen der Konkurrenz wie des Auswärtigen Amtes auf der staatlichen oder der AO der NSDAP auf der Ebene der Partei. In diesem Machtspiel erwiesen sich aus der Sicht der SS das Institut und die Arbeit von Valjavec als nützlich. 1935 wurde Franz Ronneberger (1913–1999) Valjavec' Kollege am SOI, ein Paar, das sich gegenseitig ergänzte: Verfügte der 22jährige SA-Mann Ronneberger über hervorragende Parteikontakte und zeichnete sich vor allem in organisatorischen Angelegenheiten und in der Propagandaschulung aus, so war der damals 26jährige Valjavec mit seinen Sprach- und Länderkenntnissen

30 Zum Kontext siehe pars pro toto Ormos, Mária: Magyarország a két világháború korában 1914–1945 [Ungarn in der Zeit des Zweiten Weltkrieges 1914–1945]. Debrecen 1998; Romsics, Ignác: Magyarország története a 20. században [Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert]. Budapest 2001. Ders.: A Horthy-korszak (1920–1944/45) [Die Horthy-Ära (1920–1944/45)]. In: Milleniumi magyar történet. Magyarország története a honfoglalástól napjainkig. Hrsg. v. Tóth István György. Budapest 2002, 503–556.

31 Valjavec, Fritz: Fritz Machatschek zum Gedenken. In: *Südost-Forschungen* 18 (1959), 1–5.

32 Nehring, Zu den Anfängen, 3: „Grundsätzlich war das Konzept von Valjavec zu begrüßen, unter Beteiligung südeuropäischer Wissenschaftler, die Geschichte der „Südostdeutschen“ im Zusammenhang mit der Geschichte ihrer Gastländer darzustellen“.

33 Zum Übergang des Vereins/Volksbundes für das Deutschtum im Ausland zur VOMI siehe Jacobsen, Hans-Adolf: Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937. Erinnerungen und Dokumente. Boppard am Rhein 1970.

der Fachkundige.³⁴ Da Valjavec über gute Kontakte zu Wissenschaftlern in den Ländern Südosteuropas verfügte, versah er die als Nachwuchswissenschaftler getarnten reichsdeutschen Agenten mit Empfehlungsschreiben, die an führende Historiker adressiert waren. Damit konnten diese ihre Feldarbeit meist auch störungsfrei durchführen. Zugleich sammelte Valjavec Materialien zum „rassenbiologischen Zustand“ der deutschen Volksgruppen und versuchte, volksdeutsche Persönlichkeiten zur Spionage zu überreden.³⁵ All diese Tätigkeiten standen bereits im Dienste der Gegnerforschung der SS und haben ihn wohl bewogen, nunmehr alles auf die SS-Karte zu setzen.³⁶

Dies dürfte auch seine Beziehung zu Georg Stadtmüller (1909–1985) bestimmt haben, der 1938 a. o. Professor für Geschichte und Kultur Südosteuropas und Vizepräsident des Südost-Instituts in Leipzig wurde, zudem die *Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa* herausgab und von Hans Koch (1894–1959) als SA-Mann empfohlen wurde.³⁷ Genau deshalb finanzierte das Auswärtige Amt ausschließlich die Leipziger Einrichtung und nicht den SS-Mann Valjavec bzw. dessen Institut. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) lehnte eine Finanzierung ab und stellte gar die Existenzberechtigung des SOI in Frage. In München dagegen intensivierte Valjavec seine Kontakte zu Hans (Joachim) Beyer (1908–1971), der seit dem Frühjahr 1939 hauptamtlich für den Sicherheitsdienst der SS (SD) arbeitete und im Auftrag von SS-Standartenführer Franz Alfred Six (1909–1975) nach zuverlässigen Wissenschaftlern suchte.³⁸

In dieser Zeit hatte sich Valjavec schon längst in die Parteiarbeit eingearbeitet und damit das Vertrauen diverser Parteistellen gewonnen. Am 2. Dezember 1938 fragte die VOMI bei der NSDAP-Gauleitung an, ob sie den Antrag von Valjavec unterstützen würde, seiner Mutter nach Ungarn Devisen zu überweisen.³⁹ Das Gaupersonalamt in München bestätigte, dass Valjavec seit dem 1. Mai 1933 unter der Nummer 3.202.280 Mitglied der NSDAP sei, befürwortete dessen Anliegen und betonte: „Aktiv betätigt

34 Klingemann, Carsten: Franz Ronneberger. Sozialwissenschaft – Publizistik – Nachrichtendienst. Zum Verhältnis von „Intelligence“ und Wissenschaft. In: Christina Holtz-Bacha u. a. (Hg.): Fünfzig Jahre Publizistik. Wiesbaden 2006, 144–175; Heinelt, Peer: Portrait eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913–1999). In: Duchkowitsch, Wolfgang / Hausjell, Fritz / Bernd Semrad, Bernd (Hg.): Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft. Wien 2004, 193–218; Höpken, Wolfgang: Wissenschaft – Politik – Biografie Die deutsche Südosteuropaforschung und ihre Akteure am Beispiel von Franz Ronneberger (1930er bis 1990er Jahre). München 2020.

35 Siehe dazu ausführlich Spannenberger, Südost-Forschung im Dienst der SS.

36 Zu Ronnebergers Zusammenarbeit mit Valjavec siehe Heinelt, Peer: „PR-Päpste“. Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger. Berlin 2003, besonders 131–134; Seewann, Gerhard: Das Südost-Institut 1930–1960. In: Beer / Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches, 49–92, hier 59–64.

37 Zum Verhältnis Stadtmüller-Valjavec siehe Grimm, Gerhard: Georg Stadtmüller und Fritz Valjavec. In: Beer / Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches, 237–255.

38 Grimm, Georg Stadtmüller und Fritz Valjavec, 247.

39 BA Be, BDC. R 4091/25744. Fol. 940. Ironischerweise erkundigte sich die VOMI gleichsam auch danach, ob Valjavec tatsächlich arischer Abstammung ist?

er sich in seiner Ortsgruppe [...] Politisch wie charakterlich ist er in jeder Beziehung einwandfrei“.⁴⁰ Im Juli 1939 fragte das Reichspropaganda-Amt München-Oberbayern beim Gaupersonalamt nach, ob Valjavec zuverlässig sei und fortan den „Vertraulichen Zeitschriften-Dienst“ des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda erhalten soll. Auch diese Anfrage wurde positiv beantwortet.⁴¹ Nachdem im Oktober 1939 Gauhauptstellenleiter Werner Best (1903–1989) dem Pressereferat des Reichspropaganda-Amtes München-Oberbayern erneut die Parteimitgliedschaft, die aktive Mitarbeit als Blockleiter und die politische Zuverlässigkeit bestätigt hatte, teilte die NSDAP-Reichsleitung dem Gaupersonalamt mit, dass Valjavec an der Jahresplanung 1940/41 der „Schulungsbriefe Deutsche Weltgeltung“ mitarbeiten soll.⁴²

Am 28. Februar 1940 wurde Valjavec mit der Vertretung des Lehrstuhls für Geschichte und Landeskunde Südosteuropas an dem von Franz Alfred Six geleiteten Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut (DAWI) in Berlin betraut.⁴³ Six war zudem Amtschef im RSHA in der Abteilung „Gegnerforschung“. Offensichtlich erfüllte Valjavec die Erwartungen der SS, weil die Partei-Kanzlei am 22. August 1942 der Gauleitung mitteilte, dass er zum Professor ernannt werden sollte, wofür erneut ein Gutachten notwendig war. Das ersuchte Schreiben fiel überaus positiv aus.⁴⁴

Valjavec bemühte sich mit Erfolg, das SOI 1943 dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut einzugliedern. Nunmehr arbeitete er eng mit führenden SD-Funktionären, mit Walter Schellenberg (1910–1952), mit „Himmlers Professor“ Hans Joachim Beyer, mit Harold Steinacker (1875–1965) u. a. zusammen.⁴⁵ Diese Kontakte blieben fortan wegweisend für ihn. Gleichsam trat die Deutschtumsforschung in den Hintergrund. Dies war ein schlauer Schachzug: In der zeitgenössischen Einordnung der südosteuropäischen Länder wurde nämlich die Deutschtumsforschung als Gefahr für sie erkannt und deshalb skandalisiert.⁴⁶

Die entscheidenden Jahre 1941–1944 sind in der Biographie von Valjavec ungeklärt. Was er genau im DAWI bzw. in dessen Umfeld machte, lässt sich nur fragmentarisch re-

40 Ebd. Fol. 944. Schreiben von Gauhauptstellenleiter Best am 30. März 1939.

41 Ebd. Fol. 948 und 946.

42 Ebd. Fol. 950 und 952. „Die politische Zuverlässigkeit ist gegeben“.

43 BA Be, BDC. R 4091/13279. Siehe dazu ausführlich Hachmeister, Lutz: Der Gegnerforscher: Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München 1998. Zum institutionellen Kontext siehe ausführlich Schreiber, Carsten: Generalstab des Holocaust oder akademischer Elfenbeinturm? Die „Gegnerforschung“ des Sicherheitsdienstes der SS. In: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 5 (2006), 327–352.

44 BA Be, BDC. R 4091/25744. Fol. 956 und 958.

45 Roth, Karl Heinz: Heydrichs Professor. Historiographie des „Volkstums“ und der Massenvernichtungen: Der Fall Hans Joachim Beyer. In: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Hrsg. v. Peter Schöttler. Frankfurt a. M. 1997, 262–342.

46 Siehe dazu ausführlich Spannenberger, Norbert: The Ethnic Policy of the Third Reich toward the *Volksdeutsche* in Central and Eastern Europe. In: Territorial Revisionism and the Allies of Germany in the Second World War. Goals, Expectations, Practices. Ed. by Marina Cattaruzza, Stefan Dyroff and Dieter Langewiesche. New York-Oxford 2013, 56–71.

konstruieren. Offensichtlich wollte er weg aus Berlin und bemühte sich ernsthaft um Professuren geographisch weit weg von dem Reichssicherheitshauptamt. Am 24. Juli 1942 leitete der Dekan der Philosophischen Fakultät an der Karls-Universität Prag u. a. an das Reichserziehungsministerium und an den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren die Vorschlagsliste für die Besetzung des neuen Extraordinariats für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung Südosteuropas. An zweiter Stelle stand Taran Borodajkewycz (1902–1984), der im Wiener Reichsarchiv tätig war. Der Srbik-Schüler hatte zudem an der Universität Wien einen Lehrauftrag. „In erster Linie wünscht die Fakultät Herrn Valjavec zu gewinnen“ – betonte Erich Hofmann ausdrücklich.⁴⁷

Der Vorgang ist interessant, weil der Zweitplatzierte politisch-weltanschaulich von der Partei-Kanzlei der NSDAP in München als unzuverlässig eingestuft wurde.⁴⁸ Dabei war er seit Januar 1934 NSDAP-Mitglied und hatte die Mitgliedsnummer der illegalen Alt-Kämpfer, erhielt die „Ostmark-Medaille“, war politischer Schulungsleiter seiner Ortsgruppe im Gau Wien und vom 1. Februar 1935 „bis zum Umbruch in der Ostmark aktiver Mitarbeiter des Nachrichtendienstes der SS.“⁴⁹ Dennoch verweigerte die Partei-Kanzlei ihre Zustimmung noch im Juni 1943 und wollte die „weitere Entwicklung“ abwarten.⁵⁰ Die Affäre hielt bis zum Ende des Weltkrieges an. Am 21. Juli 1944 erstellte Professor Anton Ernstberger (1894–1966) ein weiteres Gutachten, in dem er betonte, dass Valjavec einstimmig von der Fakultät favorisiert werde. „Nur weil Valjavec aber von Berlin aus für Prag nicht frei war, kam nach ihm Borodajkewycz als zweiter in Frage“ – stellte er lapidar und nachtragend fest.⁵¹

Im Rahmen des Verfahrens wurde auch Valjavec von den Parteiorganen überprüft. Dekan Hofmann stellte zu dessen Lebenslauf fest: „Valjavec ist zur Zeit der hervorragendste Kenner der südosteuropäischen Volks- und Landeskunde“, der zudem nicht nur Parteimitglied, sondern auch Mitarbeiter der Parteiamtlichen Prüfungskommission sei. In einem unscheinbaren Satz heißt es zudem: „Vom Juli bis Dezember 1941 war er in einem Kommando der Sicherheitspolizei und des SD in Südrussland eingesetzt“.⁵² Demnach waren beide Platzierten SD-Leute, was angesichts des Profils der Prager Universität auch nicht überraschend ist. Welche Rolle Valjavec aber konkret, besonders während dieses Einsatzes in der Bukowina spielte, ist in der Forschung umstritten.⁵³

47 Berlin Document Center (BDC) R 4901/25744. Fol. 0802.

48 Ebd. Fol. 0892. Antwortschreiben des Reichserziehungsministeriums an die Partei-Kanzlei am 09. Juni 1943.

49 Ebd. Fol. 0870. Bestätigung des SD-Leitabschnitt Wien vom 20.09.1941.; Fol. 0832.

50 Ebd. Fol. 0896. Antwort der Partei-Kanzlei vom 25. Juni 1943.

51 Ebd. 0924. Gutachten Ernstbergers.

52 Ebd. Fol. 0964. Schreiben von Erich Hofmann, undatiert.

53 Ingo Haar ist der Ansicht, dass Valjavec sich persönlich an den Hinrichtungen beteiligt habe. Vgl. Haar, Ingo: Friedrich Valjavec. Ein Historikerleben zwischen den Wiener Schiedssprüchen und der Dokumentation der Vertreibung. In: Theologie und Vergangenheitsbewältigung. Eine kriti-

2. (Dis-)Kontinuitäten in der Nachkriegszeit

„Ohne Grundlagenforschung kommt man nicht weiter, und auch Kontinuitäten vor und nach 1945 sind im Spiegel des gegenwärtigen Forschungsstandes nicht zu erfassen“.⁵⁴ Diese Feststellung von 2004 gilt auch heute selbst dann, wenn im Spiegel des gegenwärtigen Forschungsstandes alles dafür spricht, dass eine sehr starke personelle wie strukturelle Kontinuität postuliert werden kann. Deshalb muss die Überlegung von Edgar Hösch, der noch 2005 einen signifikanten Unterschied zwischen der Zeit vor und nach 1945 konstatiert hatte, hinterfragt werden:

Dass die südosteuropäische Fachdisziplin in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht in gleicher Weise von den Themen der großen Politik, dem sich abzeichnenden Ost-West-Gegensatz und der ideologischen Auseinandersetzung mit der sowjetmarxistischen Geschichtsdoktrin in Anspruch genommen wurde, hatte auch Vorteile für die innerfachliche Diskussion.⁵⁵

Doch im Gegenteil: auch nach 1945 gab es sehr wohl eine „auffällige Übereinstimmung zwischen Historiographie und Außenpolitik“.⁵⁶ Valjavec, wie auch etliche Geisteswissenschaftler, waren ganz und gar nicht „integere, politikferne Gelehrtenpersönlichkeiten“, wie man das nach 1945 weitgehend im Sinne der „Vergangenheitspolitik“ wahrhaben wollte.⁵⁷ Doch wie konnte eine Revitalisierung von Strukturen aus der (Vor-)Kriegszeit erfolgen?

Zunächst schien angesichts der *Stunde Null* aus der Sicht von Valjavec alles verloren zu sein, selbst seine Existenz war fundamental gefährdet. Diese schwierige Situation traf ihn nicht unvorbereitet. Angeblich war er schon 1942 überzeugt gewesen, dass der Krieg verloren sei und bereitete sich auf die Nachkriegszeit vor.⁵⁸ Doch entscheidend waren die politischen Rahmenbedingungen, die auch Valjavec die Chance eines Neubeginns boten. Im Kalten Krieg richtete sich der Blick des Westens zunächst auf

sche Bestandsaufnahme im interdisziplinären Vergleich. Hrsg. v. Lucia Scherzberg. Paderborn 2005, 103–119. Eine ganz andere Meinung vertritt Silagi, Michael: Valjavec, Fritz. <https://kulturportal-west-ost.eu/valjavec> (20.08.2021).

54 Spannenberger, Norbert: Vom volksdeutschen Nachwuchswissenschaftler zum Protagonisten nationalsozialistischer Südosteuropapolitik. Fritz Valjavec im Spiegel seiner Korrespondenz 1934–1939. In: Beer / Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches, 215–235.

55 Hösch, Edgar: Südosteuropa in der Historiographie der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre. In: Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Hrsg. v. Dittmar Dahlmann. Stuttgart 2005, 107–121, hier 117.

56 Ebd., 111.

57 Siehe dazu Oberkrome, Willi: Regionalismus und historische „Volkstumsforschung“ 1890–1960. In: Beer / Seewann (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches, 39–48, besonders 47.

58 Etliche Belege dafür wie auch für zynisch-abfällige Bemerkungen zum NS-Regime zitiert Zach, Krista: Friedrich Valjavec nach seinen privaten tagebuchartigen Aufzeichnungen (1934–1946). In: Ebd., 257–274. So wollte er 1942 weg von Six und seinem Dunstkreis und strebte deshalb nach einer Professur in Innsbruck bzw. in Prag. Vgl. Seewann: Das Südost-Institut, 73.

Osteuropa. Mit der Jugoslawien-Krise 1948 zeigte sich allerdings die Relevanz Südosteuropas als eigenständige Region.⁵⁹ Sie bot Valjavec die Chance, alte Konfigurationen zu reaktivieren.⁶⁰

Wie schon in der Vergangenheit erwies sich die „Volkstumsfrage“ als Rettungsanker für die Aktivitäten von Valjavec. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erhielt die Frage der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen einen zentralen Stellenwert. Er zeigt sich auch in der Schaffung des Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.⁶¹ Das Ministerium vertrat die Ansicht, dass die vertriebenen Deutschen „ohne Hass und Leidenschaft“ den Leistungen ihrer Vorfahren „auf politischem, wirtschaftlichen, sozialem und kulturellen Gebiet“ gedenken sollten, da diese Leistungen aus der Geschichte jener Räume gar nicht „wegzudenken“ seien.⁶²

Für diese Kulturarbeit wurden – gestützt auf das Bundesvertriebenengesetz von 1953 – auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Valjavec gründete genau deshalb in München die Südostdeutsche Forschungsstelle, die anfangs mit 10.000 DM subventioniert wurde.⁶³ Hierbei dürfte eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben, dass Valjavec auf mächtige Fürsprache zählen konnte in der Person Theodor Oberländers (1905–1998), der 1950–1953 nicht nur Vorsitzender des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) in Bayern war, sondern auch Mitglied des Landtages und Staatssekretär für Flüchtlingswesen im Bayerischen Innenministerium und ab 1953 Bundesvertriebenenminister. Die „Volkstumsfrage“ zu forcieren war also vorteilhaft, wenn auch dies für Valjavec nicht im Vordergrund stand und lediglich ein Mittel zum Zweck war. Ausgerechnet die Lehren aus der (Vor-)Kriegszeit gaben Valjavec genügend Rüstzeug für diesen Neustart, wobei er seine ehrgeizigen Pläne als politischer Wissenschaftler keineswegs aufgab. Sein Credo bewahrheitete sich erneut: „Wissenschaftliche Forschung kann nie im luftleeren Raum schweben“.⁶⁴ So ließ er seine alten Beziehungsgeflechte schnell wieder mit Leben füllen, die sich in den Dienst der neuen politischen Erwartungen stellten und sich nutzbar zu profilieren wussten. Vor allem

59 Diesen Aspekt betont mit Recht Hartl, 50 Jahre Südost-Institut, 43.

60 Vgl. dazu insb. Beer, Mathias: Die deutsche Südosteuropa-Forschung zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Kontinuität – Bruch – Neubeginn. In: Südosteuropa Mitteilungen, 54 (2014), H. 4, 28–45.

61 Vgl. dazu Beer, Mathias: Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. In: Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Jochen Oltmer. Osnabrück 2003, 295–322. Beer BMVt.

62 So etwa Staatssekretär Nahn in einem Interview in der Politisch-Soziale Korrespondenz/PSK Jg. XVI, Nr. 7 am 01.04.1967. Siehe ACDP 1–518 010/1.

63 Ablehnung erfolgte beim Antrag für Zuwendungen aus der Kulturhilfe des Bayerischen Rundfunks, die „an die praktische Volkstumsarbeit gebunden“ war und nicht „für rein wissenschaftliche Zwecke“ verwendet werden konnte. BayHStA FA 1644/17. Südostinstitut 17. Schreiben des Regierungsdirektor Dr. Ahnelt aus dem Bayerischen Innenministerium vom 04.10.1951.

64 Valjavec, Fritz: Wege und Wandlungen deutscher Südostforschung. In: *Südostdeutsche Forschungen* I (1936), 1–14, hier 1.

strebte er danach, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden: Als im März 1951 etwa die Südostdeutsche Forschungsstelle in Südostdeutsches Kulturwerk umbenannt wurde, teilte er sich die Leitung mit Franz Hamm (1900–1988), der als Referent im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte nah an den Finanzquellen saß.

Doch noch wichtiger als die Deutschtumsschiene waren die weltpolitischen Veränderungen und die Einbeziehung der Bundesrepublik in die antikommunistische Allianz. Als wegweisend erwies sich in diesem Zusammenhang für Valjavec, dass Hans Karl Joachim (Achim) Oster von München nach Bonn kam und für ihn vorsprach. Der Sohn des hingerichteten Widerständlers Hans Oster war 1946–1949 Mitarbeiter der CSU-Landesgeschäftsstelle und kümmerte sich um Informationsbeschaffung. 1950 wurde er Mitarbeiter der Zentrale für Heimatdienst im Bundeskanzleramt und war Leiter des Informations- und Nachrichtendienstes im Amt Blank, der Vorläuferorganisation des Militärischen Abschirmdienstes. Ob Oster Valjavec noch aus seiner Münchener Zeit kannte oder aber der Ministerialbeamte Friedrich von Zahn (1902–1993) die Vermittlung bewerkstelligte, der ab 1949 im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) bald eine Führungsposition innehatte, lässt sich gegenwärtig nicht beantworten.⁶⁵ Auf jeden Fall bleibt auch diese Beziehung ein großes Rätsel mit weitreichender Wirkung in der Biographie von Valjavec.

Oster fuhr Ende 1950 persönlich nach München, um mit dem zuständigen Referenten im Bayerischen Ministerium für Unterricht und Kultus (BMUK), Johannes von Elmenau (1906–1998) zu sprechen. Dabei sollten „gewisse politische Unklarheiten bezüglich meiner Person zerstreuen und das sachliche Interesse des Bundeskanzleramtes an der raschen Wiederbelebung des Instituts zum Ausdruck zu bringen“ – berichtete Valjavec in einem Brief an seinen früheren Gönner und Vorgesetzten, Karl Alexander von Müller.⁶⁶ Der Stein kam damit ins Rollen.

Das BMUK befand sich insofern in einer heiklen Situation, als ihm die Vergangenheit von Valjavec sehr wohl bekannt war. Selbst Karl Alexander von Müller äußerte sich gegenüber von Elmenau sehr zurückhaltend über Valjavec und gab zu bedenken: „[...] ich könnte mich auch nicht verbürgen, wie weit er in einer exponierten Stellung vor Anschüssen völlig sicher ist.“⁶⁷ Doch genau hier kam ein Zug der Persönlichkeit von Valjavec zum Tragen: Er war kein Mann der lauten Töne, Selbstdarstellung nach außen überließ er schon in den Kriegsjahren etwa Franz Ronneberger.⁶⁸ Valjavec wusste sich

65 Gottas, Friedrich: Dreißig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. Rückblick und Ausblick. In: Südostdeutsches Archiv 30/31 (1987/1988), 5–10, hier 6.

66 Hier zitiert nach Seewann, Das Südost-Institut, 88; Offiziell wurde Valjavec persönlich wie auch das Institut entlastet.

67 Ebd.

68 Dies attestierten ihm selbst seine Parteigenossen während des Krieges: nach einem „ausführlichen Gesamturteil“ der NSDAP Gauleitung München-Oberbayern vom 1. September 1942 war er „gesinnungstreu und offen, ohne Winkelzüge, doch mangelt es ihm an selbstbewusstem und ge-

also in Strukturen einzuordnen und beanspruchte nicht die verbale Deutungshoheit für sich.⁶⁹ Nach Ansicht seiner Weggefährten wirkte er schüchtern und sogar gelegentlich ängstlich, war oft schwer zugänglich und misstrauisch und war nicht der Prototyp des ideologisch überzeugten Kämpfers wie Harold Steinacker.⁷⁰ Und er war ohnehin ein mit Organisationstalent gesegneter Netzwerker, ein geschickter Strippenzieher im Hintergrund und zäh auf seinem Wege. Alte Seilschaften aus der Vorkriegszeit waren im antibolschewistischen Kampf vom praktischen Nutzen und daher galt es, sie wiederzubeleben bzw. sich den neu formierenden Strukturen einzupassen.

Doch etwaige Bedenken des BMUK spielten letztlich nur eine untergeordnete Rolle, denn das Ansinnen aus Bonn überzog alles andere. Am 18. Dezember 1950 wurde Valjavec ins Ministerium geladen, wo man sich darauf einigte, dass sein Institut selbständig, nicht als Teil des zu gründenden Ost-Instituts des Theodor Oberländer existieren sollte. So konnte das SOI einen Monat später, am 19. Januar 1951, vom Stiftungsrat revitalisiert werden. Die eigentliche Arbeit konnte allerdings erst mit dem 26. Juli beginnen, nachdem vom Ministerium klargelegt worden war, dass eine mögliche Fusion mit Oberländers Institut künftig doch möglich sei und Ministerialdirektor Karl August Fischer (1885–1975) zum Direktor gewählt worden war. „Aus gewissen Gründen“, wie sich von Elmenau äußerte, wurde das Münchener Kulturinstitut für Kulturforschung mit diesem 1945 verliehenen neuen Namen genehmigt.⁷¹ Damit setzte laut Hans Hartl „die Renaissance des Institutes nach dem Kriege“ ein.⁷²

Somit befand sich Valjavec zwar „in einer exponierten Stellung“, war aber „vor Anschüssen“ weniger gefährdet, da er als geschäftsführender Direktor zwar die operative Arbeit erledigte, doch nicht nach außen als Repräsentant auftrat. Genau dies wiederum erleichterte ihm, ein durch enge Beziehungen verbundenes Geflecht von unterschiedlichen Einrichtungen aufzubauen. Im März 1951 wurde die Südostdeutsche

geschlossenem Auftreten. Er ist keine Führernatur, zeigt aber politischen Instinkt und kämpferische Veranlagung“. www.zinnewarte.de/Transsylvania/Blindheit2.html (18.11.2022).

69 Zugleich zeigt seine Korrespondenz aus der Zwischenkriegszeit, dass er hemmungslos Freunde und Vertraute erpressen oder verraten konnte, wenn ihm das gegenüber einem Dritten Vorteile versprach: So äußerte er sich über seinen Mentor Jakob Bleyer herablassend gegenüber dem ungarischen Historiker Gyula Szekfű, um dessen Wohlwollen zu erheischen. Später lästerte er über Szekfű, um dessen Konkurrenten Elemér Mályusz zu schmeicheln. Ob Karl Alexander von Müller an solche Intrigen dachte, als er von Elmenau zu Protokoll gab: „dagegen hat seine [Valjavec] Persönlichkeit im letzten Grund für mich immer etwas Undurchsichtiges behalten“. Zitiert nach Seewann, *Das Südost-Institut*, 88.

70 In dieser Richtung argumentiert ganz stark Grimm, Georg Stadtmüller, besonders 253 f.

71 Siehe dazu ausführlich Seewann, *Das Südost-Institut*, 89 f.; Beer, *Die unerforschte Geschichte*. Erst am 20. November 1953 wurde das Institut in „Südostinstitut München“ umbenannt. Ob das mit dem Wechsel Oberländers nach Bonn zusammenhängt, lässt sich gegenwärtig nicht beantworten. Valjavec blieb weiterhin geschäftsführender Direktor.

72 Diese gewollte Kontinuität – trotz der provisorischen Namensänderungen – widerspiegelte sich auch darin, dass 1952 Band 11 der Südost-Forschungen als nahtlose Fortsetzung erschien, zumal die Beiträge alle schon 1944 gesetzt waren.

Forschungsstelle ins Südostdeutsches Kulturwerk umbenannt mit dem Auftrag, die Landsmannschaften zu betreuen. Valjavec galt ohnehin als deren Vertrauensmann, so dass er sich folgerichtig auch beim Ostdeutschen Kulturrat engagierte.⁷³ Dies dürfte notwendig gewesen sein, weil im Auftrag des Bundesvertriebenenministeriums ein Großprojekt durchgeführt wurde, das als „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ in die Geschichte Eingang fand. Bei der Erstellung der Konzeption und der faktischen Durchführung der Befragungen der Erlebnisgeneration spielte Valjavec mit seinen Mitarbeitern eine Schlüsselrolle. Die Einnahmen aus diesem Projekt wurden als Kapital für weitere Vorhaben, für die Bezahlung auch anderer Mitarbeiter eingesetzt etc.⁷⁴

Welche Entfaltungsmöglichkeiten sich Valjavec plötzlich eröffneten, belegen die „Adam Müller-Guttenbrunn-Feiern“. Diese vom Rat der Südostdeutschen initiierten Veranstaltungen sollten „das Verantwortungsbewusstsein der Heimatvertriebenen stärken und zugleich dem Binnendeutschtum eine Vorstellung von der Leistungsfähigkeit des donauschwäbischen Kolonistentums vermitteln“.⁷⁵ Die Feier fand im Sophiensaal im Münchner Oberfinanzministerium am 28. November 1952 statt, den Vorsitz des Festausschusses übernahm Valjavec selbst.⁷⁶ Im Ehrenpräsidium befanden sich neben honorigen Persönlichkeiten von Politik und Kirchen auch Professor Hans Koch, der Leiter des Osteuropa-Institutes in München, Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek, Staatssekretär Theodor Oberländer, Ministerialrat Friedrich von Zahn und der einzige südostdeutsche Bundestagsabgeordnete, Dr. Josef Trischler (1903–1975). Die Ansprache hielt Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers (1904–1954), der explizit darauf einging, dass er als Student im VDSt 1926 auch die Schwäbische Türkei und das Ofener Bergland kennen gelernt habe. Der Innsbrucker Professor Harold Steinacker hielt den Festvortrag mit dem Titel: „Die Südostdeutschen, ein Vorposten des Abendlandes“.⁷⁷ Trischler wiederum stilisierte Adam Müller-Guttenbrunn, der in der Zeit der Doppelmonarchie sich als ideologischer Vordenker für die

73 Fischer: Fritz Valjavec, 9.

74 Zu den Rahmenbedingungen siehe Beer, Mathias: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46/3 (1998), 345–389.

75 BayHStA FA 1644/17. Südostinstitut 17. Schreiben von Valjavec an die Bayerische Staatskanzlei. Der Rat der Südostdeutschen wurde von dem Buchenlanddeutschen Dr. Rudolf Wagner, dem Ungarndeutschen Heinrich Reitingen und dem Batschkadeutschen Josef Trischler gegründet. Valjavec spielte auch hierbei eine Führungsrolle.

76 Valjavec entwarf auch eine penibel ausgearbeitete Sitzordnung der Ehrengäste, wobei diese je nach Rang und persönlicher Beziehung zu ihm einen Platz zugewiesen erhielten. Im Mittelpunkt beanspruchte er für sich den Zentralplatz. BayHStA FA 1644/17. Südostinstitut 162. Handschriftliche Skizze. Zudem redigierte er sorgfältig die Redeentwürfe seiner Mitarbeiter und Weggefährten, denen er „ranghöher“ gestellt war.

77 BayHStA FA 1644/17. Südostinstitut 162. Programm der Veranstaltung.

deutsche Bewegung um Edmund Steinacker profiliert hatte, zum „echten Europäer“.⁷⁸ Dies war kein Ausrutscher, sondern Teil eines politischen Ansatzes, nämlich nach historischen Vorläufern einer föderativen europäischen Struktur zu suchen. Schon 1949 publizierte der langjährige Valjavec Mitarbeiter, Wolfgang Naager den Aufsatz „Das Reich als mitteleuropäischer demokratischer föderativer Rechtsstaat“.⁷⁹

Doch während das Reich als Konstrukt der Vormoderne und somit als Bezugsobjekt weniger problematisch werden konnte, sollte die „Donaumonarchie als Modell des zukünftigen Europa“ suggestiv und publikumswirksam ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Da die Südostdeutschen wiederum eine Art Kohäsionskraft in diesem Vielvölkerstaat und keine polarisierende oder gar destabilisierende Rolle in den Nationalitätenkämpfen spielten, wurde die Relevanz der Mobilisierung der südostdeutschen Vertriebenen legitimiert. Der Spiritus Rector dieser Konstruktion, Hans Joachim Beyer, hob in diesem Zusammenhang besonders hervor, dass Adam Müller-Guttenbrunn auch Kontakte zur sozialdemokratischen Opposition pflegte, also kein ideologisch bornierter Kämpfer war, doch praktische Politik, wie soziale Reformen, erwartete er von der Obrigkeit, wie vom Thronfolger Franz Ferdinand.⁸⁰

Auch der „Wissenschaftler und Praktiker“, so die Selbstbezeichnung von Valjavec, ergriff das Wort auf dieser Großveranstaltung. Er lieferte eine Erklärung für die Gründe, die die parallellaufende Großkundgebung legitimierten.⁸¹ So betonte er die Bedeutung der „gut 900.000 Landsleute aus dem Südosten“ und folgerte: „Wir wissen, daß Zahlen nicht entscheidend sind. Wir wissen aber auch, daß in einer lebendigen Demokratie Kreislaufstörungen gefährlichster Art auftreten, wenn wichtige Glieder des Volkes sich vernachlässigt oder verkannt fühlen“. Die Emanzipation als Teil des Gesamtdeutchtums sollte also erstens demonstriert werden. Zweitens beteuerte Valjavec das historische Erbe der Südostdeutschen, die stets im Dialog mit den anderen Völkern ihrer Herkunftsstaaten standen und genau deshalb neben den Sudetendeutschen als erste wieder „im Geiste europäischer Verantwortung und im Geiste gegenseitigen Vertrauens“ das Gespräch „mit ihren früheren Nachbarn“ in Gestalt der Emigranten suchten.⁸² Wie geschickt und für seine Vorhaben zukunftsweisend Valjavec agierte, belegt die Tatsache, dass die ganze Veranstaltung laut Pressemitteilung „in Verbindung mit dem Südost-Institut und dem Südostdeutschen Kulturwerk“

78 Er schuf das Epos des donauschwäbischen Stammes. In: Neuland vom 07.12.1952.

79 Naager, Wolfgang: Das Reich als mitteleuropäischer demokratischer föderativer Rechtsstaat. In: Die Drei. Zeitschrift zur Erneuerung von Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben 2 (1949), 127–137. Naager wirkte in der Außenstelle Südost der Reichsstudentenführung, und arbeitete eng mit Valjavec und Ronneberger zusammen. Vgl. Heinelt, Portrait eines Schreibtischtäters, 197.

80 Beyer, Hans: Adam Müller-Guttenbrunn. In: Der Nordschleswiger vom 12.11.1952.

81 In der BMW-Halle München-Allach fand parallel dazu eine Großkundgebung der Südostdeutschen statt.

82 BayHStA FA 1644/17. Südostinstitut 162. Redeentwurf von Valjavec.

stattfand.⁸³ Im Namen des Südostdeutschen Kulturwerkes gab er nachher noch einen Empfang, womit seine Schlüsselrolle unterstrichen wurde.⁸⁴ Demnach war es geradezu legitim, dass gleich an den darauf folgenden Tagen, am 29. und 30. November eine wissenschaftliche Tagung im Café Ludwig stattfand, die von Valjavec und Franz Hamm geleitet wurde. Behandelt werden sollten aktuelle Fragen Südosteuropas und die „gegenwärtige Situation des Südostdeutchtums“ – so die Reihenfolge.⁸⁵ Vordergründig konnte dies damit legitimiert werden, dass auch Exil-Rumänen, -Slowaken und -Kroaten der Tagung beiwohnten, die sich intensiv an den Aussprachen beteiligten.⁸⁶ Theodor Oberländer referierte zum Thema „Heimatabusstsein als Erziehungsaufgabe“, als weitere Experten sprachen Hans Beyer über „Ost- und Südosteuropafragen im Spiegel des Westens“, Hans Hartl über „Die Bolschewisierung Südosteuropas, dargestellt am Beispiel Rumänien“, Denis Silagi, Hans Koch sowie Hans Diplich (1909–1990). Valjavec selbst ergriff auch das Wort und legte die Aufgaben der Südosteuropaforschung dar: Demnach musste der kommunistisch gewordene Südosten „im Bewusstsein des Westens lebendig“ erhalten werden. Doch nicht allein der Antikommunismus als aktuelle Herausforderung, sondern auch eine historische Kontinuität verpflichtete dazu. So erklärte er als Verpflichtung, „die Kunde von Südosteuropa, die stets ein besonderes Aufgabengebiet deutscher Wissenschaft war, mit allen Mitteln zu fördern und zu pflegen.“⁸⁷ Diese Überlegungen, die im eigentlichen Sinne nur rudimentär mit den deutschen Volksgruppen zu tun hatten, waren von programmatischer Natur.

Auf dieser Tagung wurde laut Münchner Merkur auch „die schon seit einiger Zeit geplante Südosteuropa-Gesellschaft gegründet“.⁸⁸ Als dritte Säule seines Imperiums forcierte also Valjavec die Gründung der Südosteuropa-Gesellschaft am 27. Juni 1952, die als „sinnvolle Ergänzung des Instituts“ verstanden wurde.⁸⁹ Damit konnten nämlich die Gegenwartsprobleme Südosteuropas intensiv erforscht werden, und München etablierte sich damit zum europäischen Zentrum der Südostforschung in der Nachkriegszeit.⁹⁰ Bis zur Wahl eines Präsidiums beanspruchte Valjavec den Vorsitz für sich selbst.

83 Lage und Leistung des Südostdeutchtums. In: Münchner Merkur vom 26.11.1952.

84 Die Nachfolgeinstitution heißt seit 2001 Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) mit Sitz in München.

85 BayHStA FA 1644/17. Südostinstitut 162. Konzeption von Wolfgang Naager o. D.

86 Studententagung des Südostdeutschen Kulturwerkes und des Südost-Institutes in München. In: Neuland vom 14. Dezember 1952.

87 Eine Südost-Studententagung in München. In: Dolomiten vom 03.12.1952.

88 Recht auf die Heimat. Südosteuropa-Gesellschaft gegründet. In: Münchner Merkur vom 01.12.1952.

89 Fischer, Fritz Valjavec, 11.; Über die Gründung der SOG und deren Bedeutung wollte Valjavec seine Ansprechpartner im Auswärtigen Amt persönlich informieren. FA 1644/17. Südostinstitut 18. Schriftliche Mitteilung von Valjavec an Legationsrat Dr. O. Kossmann am 04.07.1952. Schon am 11. Juli empfing Kossmann Valjavec in seinem Büro. Ebd. Schreiben Kossmanns vom 8.07.1952.

90 Vgl. Fischer: Fritz Valjavec, 8.; Ideologisch noch impulsiver drückte dies Wolfgang Naager aus: „München jedoch ist zum einzigen südöstlichen Vorposten des nichtkommunistischen Mittel-

Die Stilisierung Münchens als kontinuierliche Heimstätte der deutsch(sprachig)en Südostforschung war ein wichtiger Marketingtrick mit letztlich großer Wirkungskraft:

Seit Kriegsende hat München in wachsendem Maße die Rolle eines nach dem südosteuropäischen Raum gerichteten Forschungs- und Beobachtungszentrums übernommen. Die geographische Lage und bereits vorhandene traditionelle Wechselbeziehungen auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet weisen ihm diese Rolle nachdrücklich zu. Das 1930 auf Initiative des bayerischen Staates und des bekannten Historikers Karl Alexander von Müller gegründete, heute von Prof. Dr. Fritz Valjavec geleitete Südost-Institut ist das einzige seiner Art in ganz Deutschland. Aufgabe dieses Institutes ist es, die Südeuropakunde [sic!], die einen besonderen und selbständigen Zweig der Osteuropaforschung darstellt und in München auf eine fundierte Tradition zurückblickt, zu pflegen.⁹¹

Damit waren die wichtigsten Grundsteine für das Valjavec-Imperium gelegt, denn nunmehr konnten – ohne die einzelnen Bereiche und Institutionen sauber voneinander zu trennen – die eigentlichen Aufgaben übernommen werden. So erhielt Valjavec bald nicht nur materielle, sondern auch institutionelle Förderung. Die Abteilung Gegenwartsforschung wurde z. B. vom Auswärtigen Amt finanziert und soll von Valjavec gemeinsam mit dem Siebenbürger Sachsen Hans Hartl gemeinsam eingefädelt worden sein.⁹² Im Sommer 1952 wurde dem persönlichen Referenten von Oberländer ein „Bericht über die Operationen im rum. Banat“ vertraulich zugeleitet.⁹³

Was waren die konkreten Aufgaben dieses „Beobachtungszentrums“? Aus den überlieferten – und zuvor gründlich gereinigten – Aktenbeständen des Südost-Institutes lassen sich u. a. folgende Aktivitäten rekonstruieren: 1952 erschien das erste Heft der analytischen Arbeiten zur Gegenwart mit dem Titel *Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa*. Diese Publikation ging nicht allein nach Bonn, sondern auch als Ergebnis der „Zweckforschung“ an das Staatssekretariat für Vertriebenen (Theodor Oberländer) im Bayerischen Innenministerium.⁹⁴ Die Zusammenarbeit wurde nach dem Abgang Oberländers nach Bonn weiter intensiviert, und Valjavec hielt Vorträge auf persönliche Einladung des neuen Staatssekretärs Walter Stain (1916–2001).⁹⁵ Am 23. September 1954

europas aufgerückt“, nachdem Wien wegen der sowjetischen Besatzung der Bedeutungslosigkeit preisgegeben worden war. BayHStA FA 1644/17. Südostinstitut 162. Konzeption von Wolfgang Naager o.D.; Ganz wichtig war für Valjavec auch in der Presseberichterstattung die Kontinuität zur (Vor-)Kriegszeit zu betonen. Pars pro toto siehe München Mittelpunkt der Südost-Forschung. In: Bayerische Staatszeitung vom 6.12.1952.

91 Südost-Forschungen. In: Vertriebenen-Anzeiger vom 20.11.1952.

92 „Gemeinsam mit dem Verfasser dieser Rückschau bot Valjavec dem Auswärtigen Amt die regelmäßige Lieferung von analytischen Berichten über die Entwicklungen in Südosteuropa an“. Hartl, 50 Jahre Südost-Institut, 44.

93 FA 1644/17. Südostinstitut 17. Entwurfsschreiben, 16.08.1952.

94 Ebd., Schreiben von Valjavec an Oberländer, 23.10.1952.

95 Ebd., Anfrage des Staatssekretariats vom 07.01.1954 und Antwort Valjavec's vom 15.01.1954.

wandte sich Valjavec an ihn mit dem Ersuchen, für den kroatischen General a. D. Ivan Brozović bei der Erwirkung einer Aufenthaltsgenehmigung behilflich zu sein.

Ich kenne Herrn General Brozović schon seit längerem als einen verlässlichen und kenntnisreichen Menschen, der dieser Unterstützung würdig ist und der auch schon uns im Institut zu wiederholten Malen wissenschaftlich wertvolle Auskünfte über geschichtliche Zusammenhänge gegeben hat. Auch in Zukunft würden wir gerne Herrn General Brozović um Auskünfte bitten.⁹⁶

Doch während hierbei Valjavec noch als Bittsteller fungierte, konnte er in einer weiteren Angelegenheit endlich seinen Wissensspeicher als Machtfaktor ausspielen. Im Herbst 1954 erbat das Staatssekretariat für die Vertriebenen im Bayerischen Innenministerium um ein Gutachten, ob deutschstämmige ungarische Offiziere als deutsche Vertriebene im juristischen Sinne betrachtet werden könnten. Und wie waren die Namensmagyarisierungen zu bewerten, zumal die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn die Ansicht vertrat, dass dies das Bekenntnis zum Deutschtum ausschloss? Valjavec sollte eine allgemeine Einschätzung und auch Gutachten in konkreten Fällen erstellen.⁹⁷ Das ausführliche Antwortschreiben von zwei Seiten stellte Valjavec bereits vier Tage später fertig und erklärte: „Das Südost-Institut ist bereit, zu den einzelnen Anträgen gutachtliche Stellung zu nehmen, bittet aber, diese Gutachten als innerdienstliche Äußerungen anzusehen.“⁹⁸ Schon am darauffolgenden Tag erhielt Valjavec die erste konkrete Anfrage vom Staatssekretariat, weitere folgten später. Diese Serviceleistung machte es überhaupt möglich, dass Valjavec sich Anfang 1955 auch an den nunmehr zum bayerischen Minister für Arbeit und soziale Fürsorge ernannten Walter Stain mit der Bitte wenden konnte, die Errichtung von zwölf weiteren KW-Lehrstühlen an der Universität München Fürsprache einzulegen.⁹⁹ Und im Dezember 1955 bat er den Minister um seine Intervention, die Subventionen des SOI von 10.000 auf 20.000 DM zu erhöhen.¹⁰⁰ Dies war insofern gewagt, als zur gleichen Zeit das Institut einen Umzug

96 Ebd., Schreiben von Valjavec an Stain, 23.09.1954.; General Ivan Brozović war 1891 in Križevci geboren. Er absolvierte die k. u. k. Militärakademie in Wiener Neustadt und diente als Offizier in Österreich-Ungarn und im ersten Jugoslawien. Als Befehlshaber des *Banjalučki zdrug* kommandierte er die Kämpfe im nordwestlichen Bosnien ab Anfang 1942, ab Juli 1942 im Rang eines Generals. 1945 zog er sich nach Österreich zurück. Er beteiligte sich aktiv in den kroatischen Exilkreisen, 1952 wurde er zum Vorsitzenden des Exekutivausschusses des HNO (Hrvatski Narodni Otpor) gewählt. Sein Todestag ist unbekannt.

97 Ebd., Anfrage von Ministerialrat Dr. Seemeier, 08.11.1954.

98 Ebd., Antwort von Valjavec, 12.11.1954. Ein Entwurf dieses Briefs wurde mit Ministerialdirektor i. R. Fischer, also von Karl August Fischer unterzeichnet, doch letztlich mit der Unterschrift von Valjavec abgeschickt.

99 Ebd., Valjavec an Stain, 25.01.1955 und dessen positive Antwort am 29.01.1955. Im März musste Valjavec allerdings erneut nachfragen, da es offenbar Widerstand von Seiten des Finanzministeriums gab.

100 Ebd., Valjavec an Stain, 15.12.1955.

von der Ludwigstrasse 14/Rückgebäude I plante und die Raumkommission der Bayerischen Staatskanzlei auf eine schnelle Entscheidung drängte.¹⁰¹

Wie in der Institutionsstrategie setzte Valjavec auch in seiner Serviceleistung nicht allein auf eine, sprich bayerische Karte, sondern versuchte auch in Bonn möglichst viele „Kunden“ zu akquirieren. Über die ungarische Emigration in West-Deutschland, zu der er gute Kontakte pflegte, lieferte er schon Anfang 1952 einen Bericht an das Auswärtige Amt.¹⁰² Eine gewisse Dynamik entwickelte sich, als Valjavec eine Untersuchung zur Südosteuropapolitik der USA und Großbritanniens anbot, was vom AA auch genommen wurde. Valjavec suggerierte auch in diesem Falle, dass er damit finanzielle Synergieeffekte erzeugt habe und das AA eigentlich unter dem tatsächlichen Preis an wertvolle Studien herangekommen sei.¹⁰³ Im Mai lieferte er schon einen Bericht über die rumänische Emigration und kündigte die Fertigstellung eines weiteren Berichts über die slowakische an.¹⁰⁴ Da letztere vom AA ebenfalls angenommen wurde, bot Valjavec eine Arbeit über die jugoslawische und bulgarische Emigration an.¹⁰⁵ Der konkrete Kontext bzw. die Relevanz ergab sich daraus, dass über die konkrete Gestaltung des Senders Radio Free Europe/Freies Europa (RFE) Entscheidungen getroffen werden sollten. Freimütig schloss Valjavec seine Zeilen mit der Empfehlung: „Ich bin bereit und in der Lage, diese Entwicklungen weiterhin im Auge zu behalten“.¹⁰⁶

Wie bei einem Schneeball-Effekt nahmen die Aufträge zu, wobei sich das seit langer Zeit gepflegte und von Valjavec intakt gehaltene Netzwerk auszahlte. Die bereits erwähnten Studien erstellte jener Hans Joachim Beyer, der zu seinen ältesten und engsten Mitarbeitern gehörte.¹⁰⁷ Doch auch der Sohn seines ehemaligen Mentors, der in München ansässige Georg Bleyer recherchierte für ihn bei Bedarf.¹⁰⁸ Als es um das Projekt „Zusammenfassende Arbeit über die Lage des Deutschtums in Südosteuropa“ ging, betonte Valjavec, dass ein Teil an externe Mitarbeiter weiterdelegiert werde und: „Der Briefverkehr mit Rumänien ist immer noch verhältnismäßig rege und ermöglicht in vielen Fällen die Gewinnung eines abgerundeten und verlässlichen Bildes“.¹⁰⁹

101 Ebd., Schreiben des Stiftungsratsvorsitzenden OR Ludwig Müller an die Raumkommission, 13.12.1955. Deren Vorschlag bezog sich auf die Funkerkaserne in der Lazarettstraße, was für das SOI nicht in Frage kam: „Für ein Forschungsinstitut vom Rang und Namen des Südostinstitutes, das ständig mit ausländischen Gelehrten zu tun hat, kann die Unterbringung in der genannten Kaserne, die einen abstoßenden und ungepflegten Eindruck macht, nicht in Betracht gezogen werden. Sie würde zudem falsche und sicher auch von der Bayerischen Staatskanzlei nicht erwünschte Vorstellungen wecken“.

102 FA 1644/17. Südostinstitut 18. Schreiben von Dr. Kossmann am 25.01.1952.

103 Ebd., 8.02.1952.

104 Ebd., Schreiben von Valjavec, 25.05.1952.

105 Ebd., Schreiben von Valjavec, 28.05.1952.

106 Ebd., Schreiben von Valjavec, 17.07.1952.

107 Zur früheren Zusammenarbeit zwischen Valjavec und Beyer bei der Heydrich-Stiftung und nach dem Krieg samt Liste aller Auftragsarbeiten siehe Seewann, Das Südost-Institut 71 f. und 84 f.

108 FA 1644/17. Südostinstitut 18. Notiz von Valjavec am 14.07.1953.

109 Ebd.

Hierbei ging es auch um die Erfassung des volksdeutschen Vermögens in den Vertreibungsländern, was wiederum mit dem Lastenausgleich zusammenhing.¹¹⁰

Zunehmend kam es aber zu Anfragen, die nicht nur die wissenschaftlichen Expertisen von Valjavec ansprachen: Im Herbst 1953 etwa kam es zu Rückfragen wegen ungarischer Waffen-SS-Einheiten, deren Angehörige sich an deutsche Behörden gewandt hatten.¹¹¹ Als Valjavec erfuhr, dass die ungarische Emigration eigene Publikationen in deutscher oder englischer Sprache herausgeben wollte, fragte er im AA nach, ob es dafür Subventionsgelder geben könnte, um „die von uns geschaffene Ungarische kulturelle Arbeitsgemeinschaft mit dieser Aufgabe zu betreuen“.¹¹² „Materialien“ des Senders RFE wurden vom AA direkt Valjavec zur Auswertung zugeleitet.¹¹³ Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Abteilung Nachrichtenwesen sandte dem SOI, ebenfalls bis Ende 1954 seinen Rundfunkdienst zu, der aber „aus Personalmangel“ abrupt beendet wurde.¹¹⁴ Auch über die Erfüllung der Fünfjahrespläne der sozialistischen Länder erging ohnehin immer ein Bericht vom SOI an das AA.¹¹⁵ Am 11. Mai 1955 bat das AA das SOI Informationen zum „Bund deutscher Staatsbürger in Österreich“ zu beschaffen, was auch erfolgte.¹¹⁶

Als letztes Element der Quadriga seines Forschungsimperiums kam noch die erst 1957 mit Balduin Saria, Karl Kurt Klein und Harold Steinacker „nach dem Vorbild anderer deutscher Randgebiete“ ins Leben gerufene Südostdeutsche Historische Kommission.¹¹⁷ Hier sollte „die Geschichte im weitesten Sinne“ der deutschen Volksgruppen im Karpatenbogen, Bessarabien, der Bukowina (Buchenland) und der Dobrudscha erforscht werden. Es ging also um die Erforschung des Südostdeutchtums hinter dem Eisernen Vorhang in Kooperation mit den Landsmannschaften, was innen- wie außenpolitisch der Richtlinie Bonns entsprach.

Während bei dem SOI und der SOG Valjavec sich durchaus als Führungsfigur profilierte, zog er bei der Kommission die Fäden weitgehend aus dem Hintergrund. Er brachte sich zwar als Initiator mit Klein, Steinacker und Saria ein und wählte mit diesen die Gründungsmitglieder aus. Auch die weiteren ordentlichen Mitglieder, deren Zahl begrenzt werden sollte, wie auch die korrespondierenden Mitglieder wurden von ihnen bestimmt. Doch als ersten Vorsitzenden ließ er Harold Steinacker aus Innsbruck „betrauen“.¹¹⁸ Der Sohn des legendären Deutchtumsführers aus Ungarn war eine Sym-

110 Ebd., Brief von Josef Trischler an Kossmann, 18.12.1953.

111 Ebd. Schreiben von Kossmann am 19.11.1953.

112 Ebd. Brief von Valjavec an Kossmann am 15.10.1953.

113 Ebd. z. B. Kossmann vom 05.12.1953.; Von Maydell am 19.07.1954 und am 25.11.1954.

114 Ebd. Schreiben von Valjavec an Kossmann am 26.01.1955.

115 Ebd. Etwa 19.12.1953.

116 Ebd. Briefentwurf ohne Datum und Ergänzungsschreiben vom 20.07.1955.

117 Fischer: Fritz Valjavec, 10.

118 Saria, Balduin: Zehn Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. In: Südostdeutsches Archiv IX (1966), 1–8, hier 3.

bolfigur für viele Zeitgenossen, alte Beziehungen zwischen Valjavec und Steinacker als SS-Angehörige festigten diese Kollaboration. Immerhin bestand der „geschäftsführende Ausschuss“ aus Steinacker, Saria und Valjavec, der auch die zu erforschenden Themen festlegte und deren Bearbeiter auswählte. Es wird deutlich, dass Valjavec nach außen eine sichtbare Dominanz von österreichischen Staatsbürgern schuf, während die Finanzierung aus Bonn erfolgen sollte: Karl Kurt Klein und Steinacker waren Professoren in Innsbruck, Balduin Saria in Graz. Diese Konfiguration ergab sich vermutlich erstens aus den Tatsachen, dass diese Experten erstens nun mal in Österreich ihren Wohnsitz hatten und zweitens damit ein Wirkungsfeld außerhalb der Bundesrepublik ermöglicht werden sollte.

Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 31. März 1957 um 9.00 Uhr in der Früh in den Räumen des SOI in München statt.¹¹⁹ Als Gründungsmitglieder nahmen daran Steinacker, Klein, Valjavec, Saria, der aus Werschetz stammende Ladislaus Weifert (1894–1977) und Min-Dir.i.R. Karl August Fischer teil. Auch die erste Arbeitstagung fand im SOI am 22. Juli 1957 statt, woran zusätzlich auch die ordentlichen Mitglieder teilnehmen durften. Diese waren die Professoren Franz Huter (1899–1997), Theodor Mayer (1883–1972), Josef Matl (1897–1974), Hans Moser, Harald Pirchenegger und Mathilde Uhlirz (1881–1966). Hier wurden die konkreten Aufgaben bestimmt, die aber weitgehend von Valjavec konzeptionell vorbereitet worden waren. Die erste ordentliche Tagung fand am 25.–27. September 1958 auf Herrenchiemsee statt, wo übrigens auch die SOG tagte. Der übermäßige Einfluss von Valjavec ist also in allen Bereichen festzustellen: so erkämpfte er für die Kommission eine ganze Bürokratie, die von Bonn finanziert wurde. Auch die Zeitschrift *Südostdeutsches Archiv* war seine Idee. Dennoch wollte er aber nicht Mitglied der Redaktion werden. Warum?

Mit Recht betont Gerhard Seewann überzeugend die Kontinuitäten in der Konzeption und Herangehensweise, ja sogar teils in der Terminologie bei Valjavec und seinem Mitarbeiterkreis.¹²⁰ Karl Nehring wiederum konstatiert, dass Valjavec schon in den 1930er Jahren sich in der „Deutschtümelei“ zurückhielt, was auch den Inhalt seiner Zeitschrift wie die Umwandlung der *Südostdeutschen* in *Südost-Forschungen* dokumentiert.¹²¹ In seinem Brief an den führenden ungarischen Historiker, Gyula Szekfű, schrieb Valjavec 1935 über die „Beurteilung der Volkstumsfragen“, dass „ich durchaus nicht erbaut wäre, wenn ich in Zukunft mein gesamtes Schaffen auf dieses Gebiet konzentrieren müsste, das derart undankbar ist“.¹²² Das ist ein ganz wichtiger Punkt, dessen Tragweite bislang in der Forschung nicht zur Geltung kam: Valjavec wusste nämlich schon anfangs sehr wohl, dass für seine Karriere das Thema Deutschtumsforschung allein nicht besonders nützlich war – und dies sowohl *vor* als auch *nach*

119 Ebd., 2.

120 Seewann, *Das Südost-Institut*, 92.

121 Nehring, *Zu den Anfängen*, 7.

122 Ebd., 18.

dem Zweiten Weltkrieg. Seine Monografien nach 1945 sollten genau diese Überlegung widerspiegeln.¹²³

Er verstand sich als waschechter Südosteuropahistoriker und wollte auch im akademischen Milieu so wahrgenommen werden. Doch ausgerechnet hier holte ihn die Vergangenheit ein, denn sein Intimfeind und Konkurrent aus der Vorkriegszeit, Georg Stadtmüller (1909–1985) war seit 1950 der erste deutsche Historiker mit einer *venia* für Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, 1954 als a. o. und 1958–1974 als o. Professor.¹²⁴ Valjavec's Professur wiederum erlosch 1945, und er hätte einen Anspruch auf eine „k. w. Professur“ gehabt, doch die Philosophische Fakultät der LMU verweigerte ihm den Titel.¹²⁵ Erst 1958, also zeitgleich mit Stadtmüller und übrigens mit Hans Koch, wurde auch Valjavec o. Prof., allerdings an der Staatswirtschaftlichen Fakultät. Eine ungewollte Arbeitsteilung blieb stets bestehen: Den akademischen Kosmos im Münchner Radius beherrschte Stadtmüller, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen samt Öffentlichkeitswirksamkeit blieben eine Domäne von Valjavec und seinen Schülern.

Valjavec, der 1960 verstarb, sollte nicht mehr erleben, dass er mit seiner Einschätzung der Kurzlebigkeit der Deutschtumsforschung auch in der Bundesrepublik Deutschland Recht behalten sollte. 1975 wurde die Förderung der Kommission von Bonn eingestellt. Der „Wandel durch Annäherung“ wurde auch mit dem Preis erkaufte, dass das inzwischen umbenannte Ministerium für innerdeutsche Beziehungen neu ausgerichtet wurde.¹²⁶ Großprojekte der Südostdeutschen Historischen Kommission, wie das *Handbuch der Geschichte Österreich-Ungarns*, mussten genauso eingestellt werden wie die Nachwuchsseminare. Einzig die Jahrestagungen konnten fortgeführt wer-

123 Valjavec Fritz: *Der Josephinismus. Zur geistigen Entwicklung Österreichs im 18. u. 19. Jahrhundert.* München 1945; Ders.: *Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815.* München 1978²; Ders.: *Geschichte der abendländischen Aufklärung.* Wien/München 1961. Auf Spanisch erschien dieser Titel 1964, Italienisch 1973; Ders.: *Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa.* Bd. 1–5. München 1953–1970.

124 Hösch, *Südosteuropa in der Historiographie*, 116.

125 Karl August Fischer kommentierte dies knapp mit den Worten, dass „das Scheitern dieser Bemühungen ganz unverständlich ist“. Angesichts der Vergangenheit der beiden Kontrahenten gibt es durchaus Erklärungsansätze. Vgl. Fischer, Fritz Valjavec, 14.

126 Dabei forderte die von den Medien befeuerte Öffentlichkeit schon um etwa 1960 die Einstellung der Förderung der Vertriebenen und praktisch die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums. Vgl. dazu die Akten von Staatssekretär Peter Paul Nahm Archiv für Christlich-demokratische Politik, St. Augustin I–518 005/1.; Und die Verhandlungskommission der FDP notierte sich am 28. November 1962 bereits nach dieser ersten Sitzung mit der CDU/CSU, dass eine Zusammenlegung des Bundesvertriebenenministeriums, an dessen Spitze übrigens der FDP-Politiker Wolfgang Mischnik stand, mit dem Gesamtdeutschen Ministerium „erstrebenswert“ sei. In der darauffolgenden Koalitionsvereinbarung der V. Regierung-Adenauer wurde der deutschen Einheit, also der DDR, oberste Priorität eingeräumt, wofür von den Ostgebieten keine Rede mehr war, da die „Kriegsfolgen bereinigt“ werden sollten. Vgl. Archiv des Liberalismus, Gummersbach A40–801. Fol. 15.

den, aber dies nur der Tatsache geschuldet, dass Friedrich von Zahn die Unterstützung des Herder-Forschungsrates erwirken konnte.¹²⁷

Valjavec als Persönlichkeit und Wissenschaftler geriet allerdings zunehmend in Vergessenheit. Nur anekdotenhaft wurde er meist im Zusammenhang mit Georg Stadtmüller von Zeitgenossen, die zumindest einen von den Beiden persönlich gekannt hatten, ins Gespräch gebracht. Die Konzeption „Feindforschung“ dagegen konnte sich bis zu den 1980er Jahren behaupten. Hierbei spielt die Südostdeutsche Historische Kommission eine bemerkenswerte Rolle, denn bereits in den 1970er Jahren überwogen qualitativ wie quantitativ die Beiträge über das Mittelalter, während die Moderne, also das 19. und das 20. Jahrhundert eher dem tradierten Forschungsstand und hergebrachter Methodik verhaftet blieb. Somit konnten auch etwa nationale Konfliktkonfigurationen ausgeklammert bzw. marginalisiert werden. Mit der politischen Wende wurde auch eine konzeptionelle Neuorientierung der Kommission mit Erfolg durchgeführt.¹²⁸ Hierbei erwies sich der Umstand als wegweisend, dass die Kommission – trotz personeller Überlappungen – weder mit der SOG noch mit dem SOI intensive Arbeitskontakte pflegte. Umso erfreulicher gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Südostdeutschen Kulturwerk, nicht zuletzt in der Ausrichtung der im Rahmen der Jahrestagungen stattgefundenen und bis heute stattfindenden Nachwuchsseminare bzw. in der Herausgabe von gemeinsam betreuten Publikationen.

Erst die Münchner Tagung von 2002 versuchte auch eine intensive Auseinandersetzung mit der Person Valjavec wie mit seinem wissenschaftlichen Vermächtnis. Sie offenbarte Einblicke in seine „gespaltene“ Persönlichkeit und machte auch die Kontinuitäten seines Wirkens über Regime hindurch als „Wissenschaftler und Praktiker“ deutlich.

127 Siehe dazu ausführlich Gottas, *Dreißig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission*, 6 f.

128 Siehe dazu die markanten Ausführungen von dem damaligen Vorsitzenden Gottas, Friedrich: *Vierzig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. Rückblick und Ausblick*. In: *Südostdeutsches Archiv XL/XLI (1997/1998)*, 1–11.

Von der Erlebnis- zur Erkenntnisgeneration? *Die Baltische Historische Kommission 2007 bis 2021*

DAVID FEEST

1. Erlebnis- und Erkenntnisgeneration

In der Baltischen Historischen Kommission (BHK) einen Übergang von einer Erlebnis- zu einer Erkenntnisgeneration sehen zu wollen, mag gleich in mehrfacher Hinsicht auf Widerspruch stoßen. Denn erstens gehörte es immer zum Selbstverständnis der BHK, auf wissenschaftliche Erkenntnis ausgerichtet zu sein. Als die Kommission im Jahr 1951 in Göttingen gegründet wurde, hatte sie bereits fünf Jahre dezidierter wissenschaftlicher Arbeit hinter sich.¹ Und unter ihren Gründungsmitgliedern waren nicht zufällig die letzten Vorstandsmitglieder aller bei der Umsiedlung aufgelösten baltischen Geschichtsgesellschaften.² Sie befand sich damit in einer dezidiert wissenschaftlichen Tradition. Zweitens ist auch der Erlebnisbegriff problematisch. Mitglieder einer Erlebnisgeneration sind im allgemeinen Sprachgebrauch jene, die selbst in bestimmte Ereignisse involviert waren. Historische Untersuchungen zeichnen sich dagegen meist dadurch aus, dass die Forschenden das Erforschte eben nicht erlebt haben, sondern es aus unterschiedlichen Quellen rekonstruieren müssen. Ergibt das Konzept der Erlebnisgeneration für eine geschichtswissenschaftliche Einrichtung – umso mehr eine, die sich nicht zuletzt mit dem Mittelalter beschäftigt – überhaupt Sinn?

Rechtfertigen ließe sich eine solche Unterscheidung nur durch die Verwendung eines sehr breiten Erlebnisbegriffs. Meistens werden zur deutschbaltischen Erlebnisgeneration jene gezählt, die noch wesentliche Teile ihres Lebens im Baltikum verbracht

1 Zur Vorgeschichte und Gründung der Baltischen Historischen Kommission siehe Neitmann, Klaus: Reinhard Wittram und der Wiederbeginn der baltischen historischen Studien in Göttingen nach 1945. In: Nordost-Archiv 7 (1998), 11–32, hier 13–15.

2 Sie waren 1815 in Mitau, 1834 in Riga, 1842 in Reval und 1869 in Pernau gegründet worden. Wittram, Reinhardt: Die Baltische Historische Kommission. In: Zeitschrift für Ostforschung 3 (1954), 250–253, hier 253.

hatten, diese Region also noch aus eigener Anschauung kannten.³ Als Historiker forschten aber auch sie in der Regel zu Ereignissen, mit denen sie nicht unmittelbar über das eigene Erlebnis verbunden waren. Vielmehr fühlten sie sich mit ihrem Forschungsgegenstand durch einen Traditionszusammenhang verknüpft. Dieser begründete ihr besonderes Forschungsinteresse, während ihre Forschung ihrerseits dazu beitrug, die Kontinuität dieses historischen Erbes zu bekräftigen und es als kollektive Erfahrung weiterzureichen. Eine ähnliche Verbundenheit lässt sich aber auch noch bei vielen deutschbaltischen Historikerinnen und Historikern feststellen, die zum Zeitpunkt der Umsiedlung der Minderheit im Jahr 1939 sehr jung waren oder erst nach der Umsiedlung geboren wurden. Zwar war ihre Beziehung zum Baltikum kaum oder überhaupt nicht mehr durch persönliches Erlebnis in den dortigen Ländern geprägt. Doch sahen auch sie sich noch in einem Traditionszusammenhang mit ihren Vorfahren und deren Erlebniswelten, der ein besonderes Erkenntnisinteresse an der baltischen Geschichte am Leben hielt. Obgleich die Umstände, unter denen sie Forschung betrieben, sich ebenso grundlegend geändert hatten wie ihre Fragestellungen und Methoden, herrscht doch eine Kontinuität, was die persönliche Beziehung zu den erforschten Ereignissen anbetrifft. Dies unterschied sie von jenen Forscherinnen und Forschern, die in den letzten Jahrzehnten in der BHK eine immer stärkere Rolle gespielt haben: jene, die sich mit baltischer Geschichte beschäftigten, ohne sie als einen Teil des eigenen unmittelbaren kulturellen Erbes zu begreifen.

Allerdings hat eine solche Gleichsetzung der Erlebnisgeneration mit jenen, die vergangene Erlebnisse als Teil ihrer eigenen Überlieferung ansehen, ihre Grenzen. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit stand und steht immer in einer gewissen Abhängigkeit zu den gegenwärtigen Lebensumständen, sei es in den baltischen Provinzen bzw. Republiken, sei es in der Bundesrepublik Deutschland. Gert von Pistohlkors hat daher recht, wenn er die vor und nach der Umsiedlung sozialisierten deutschbaltischen Mitglieder der BHK als zwei unterschiedliche Generationen ansieht und sie wiederum von einer dritten, nicht mehr deutschbaltisch geprägten Generation abgrenzt. Diese Generationen unterschieden sich schon dadurch voneinander, dass sie unter vollkommen unterschiedlichen Bedingungen Forschungen zur baltischen Geschichte betrieben. Auch beschreiben diese Generationen jeweils eine Reihe von Lehrer-Schüler-Verhältnissen.⁴ So geschah die Ablösung der Erlebnis- durch eine Erkenntnisgeneration letztlich durch die Verschiebung von Erkenntnisinteressen, neuen

3 Vgl. beispielsweise Pistohlkors, Gert von: Sechzig Jahre Baltische Historikertreffen in Göttingen. Rückblick und Bericht des scheidenden Ersten Vorsitzenden der Baltischen Historischen Kommission e. V. (BHK) vom 2. Juni 2007. In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums LV (2007), 33–52, hier 35.

4 Ders.: Baltische Geschichtsforschung in drei Generationen. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 55 (2009), 243–268, Ders.: Generations in Baltic German Historical Writing 1919–2009. In: Zadencka, Maria / Plakans, Andrejs / Lawaty, Andreas (Hg.): East and Central European History Writing in Exile 1939–1989. Leiden/Boston 2015, 297–321.

thematischen Schwerpunkten und einer Öffnung gegenüber den estnischen und lettischen Überlieferungstraditionen. Dies war ein gradueller Prozess, der nicht im letzten Jahrzehnt aus dem Nichts kam. Daher dürfen die „kollektiven Ablösungs- und Identifikationsprozesse“, durch die sich jeweils Generationen konstituieren, nicht absolut gesetzt werden.⁵ Vielmehr gilt es, den Wandel nachzuvollziehen.

Um die grundlegenden Fragen besonders scharf zu zeichnen, lohnt ein Blick in die Anfangsjahre der BHK. Denn die Nachkriegszeit war ein Zeitpunkt der Umorientierung. Die Umsiedlung hatte eine völlig neue Situation geschaffen: Landesgeschichte als deutschbaltisches Betätigungsfeld musste von nun an „ohne Land“ geschehen. Die Gruppe von Historikern, die sich im Jahr 1947 in Göttingen zusammenfand, um das gerettete Material über die baltische Geschichte zu sichten, war gezwungen, sich grundsätzliche Gedanken über den Sinn und die Ausrichtung der baltischen Geschichtsforschung zu machen. Im Jahr 1952, ein Jahr nach der Gründung der Baltischen Historischen Kommission, legten drei Historiker auf dem 5. Baltischen Historikertreffen jeweils einen Beitrag zu der Frage vor, wie überhaupt noch über diese Landesgeschichte geschrieben werden könne.⁶ Es handelte sich dabei um Reinhard Wittram (1902–1973), den Vorsitzenden der BHK, und Werner Conze (1910–1986) – einem der beiden Nichtbalten der BHK – sowie Baron Arved von Taube (1905–1978). Sie stehen auch für eine Kontinuität mit der Vorkriegsforschung: Alle drei waren bereits in der Zwischenkriegszeit als Historiker der Region tätig gewesen. Sie repräsentierten aber auch die politische Funktionalisierung der baltischen Geschichtsforschung und ihre Verstrickungen in den Nationalsozialismus. Alle drei Historiker waren Mitglieder der NSDAP gewesen und hatten in unterschiedlicher Weise ihr Expertenwissen über die ostmitteleuropäischen Gegebenheiten in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie gestellt.⁷ Damit gewann die Frage nach der künftigen Ausrichtung

- 5 Bernd Weisbrod: Generation und Generationaität in der Neueren Geschichte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte [APuZ]*. (16.02.2005), URL: <https://www.bpb.de/apuz/29215/generation-und-generationalitaet-in-der-neueren-geschichte?p=all> (13.02.2022). Zum Phänomen der Selbstthematisierung vgl. auch Jureit, Ulrike: Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 1.0. In: *Docupedia-Zeitgeschichte* (2.11.2010), URL <http://docupedia.de/zg/Generation,2,10> (8.07.2021).
- 6 Wittram, Reinhard: Geschichtswissenschaft und geschichtliche Wahrheit. In: *Baltische Briefe* 8/9 (1952), 7; Conze, Werner: Kann es heute noch eine lebendige Geschichte des Deutschtums in Ostmitteleuropa geben? In: *Baltische Briefe* 8/9 (1952), 8; Taube, A. Baron: Vom Sinn der Beschäftigung mit baltischer Geschichte in heutiger Zeit. In: *Baltische Briefe* 8/9 (1952), 8. Vgl. zu dieser Debatte auch Pistohlkors: *Geschichtsforschung*, 245 f.
- 7 Wittram war maßgeblich an der Organisation der Wissenschaftspolitik im besetzten Posen gewesen. Conze hatte in jungen Jahren antisemitische Positionen vertreten und war später ebenfalls in Posen als Professor für Siedlungsgeschichte tätig. Taube hatte die nationalsozialistische Eroberungspolitik in den Kontext der mittelalterlichen christlich abendländischen Missionsidee gestellt. Vgl. Bialkowski, Błażej: *Utopie einer besseren Tyrannis. Deutsche Historiker an der Reichsuniversität Posen (1941–1945)*. Paderborn 2011; Wolnik, Gordon: *Mittelalter und NS-Propaganda. Mittelalterbilder in den Print-, Ton- und Bildmedien des Dritten Reiches*. Münster 2004, 171.

baltischer Geschichtsschreibung auch den Charakter einer persönlichen Vergangenheitsbewältigung. Ihre Strategien für einen Neuanfang wiesen sowohl zurück als auch nach vorne: zurück zu einer Achtung wissenschaftlicher Grundlagen, nach vorne zu einem neuen Wissenschaftsverständnis oder einer veränderten Aufgabenbeschreibung der baltischen Geschichtsschreibung. Ihre Positionen beschrieben sie mit folgenden Schlagworten: „Bewahren, ohne zu verklären“ (Wittram), „Distanz völligen Unbeteiligtseins“ (Conze) und „völkerverbindende baltische Aufgabe“ (v. Taube). In ihrer zeitgenössischen Form wurde keines dieser Schlagwörter zum herrschenden Paradigma der BHK. Und doch zeigen sie die äußeren Pole des 1952 Denkbaren und geben damit eine aufschlussreiche Folie für die Entwicklungen, welche die BHK seitdem – und speziell in den letzten zehn Jahren – durchgemacht hat.

2. Bewahren ohne zu verklären?

Eine Rückkehr zu wissenschaftlichen Standards mahnte der Vorsitzende der BHK an. Der Historiker müsse darauf achten, „daß die Darstellungen, auf die er sich stützt, der wissenschaftlichen Kritik standhalten und dem neuesten Kenntnisstande entsprechen.“⁸ Den Zusammenhang mit der Tradition sah er ambivalent. Zwar gestand er ihr zu, dass sie „in der unmittelbaren Erzählung das Beste an geschichtlichem Wissen“ festzuhalten vermöge, warnte aber davor, dass sie zugleich „tiefe Trübungen“ bewirke.⁹ Wissenschaftliche Analyse taucht in dieser Lesart als Korrektiv tradierter Bilder der Vergangenheit auf, als Heilmittel gegen Verklärung und Heroisierung. „Wir sollen unsere Geschichte bewahren und zu ihr stehen, ohne sie zu verklären“, und auch „Schuld und Schwäche“ müssten thematisiert werden. Außer wissenschaftlichen Methoden – Wittram verwendet dafür emphatisch den Begriff der Wahrheit – erfordere dies besonders einen Horizont, der über die Überlieferung hinausginge, konsequente Historisierung und etwas, was wir heute als „Multiperspektivität“ bezeichnen würden. Und doch blieb immer klar, dass es hier noch um etwas ging, das Wittram als „unsere Geschichte“ bezeichnete.¹⁰

Wie steht es heute um das Verhältnis zwischen traditionellem Erkenntnisinteresse und Wissenschaftlichkeit? Die Emphase auf „unserer Geschichte“ kann nicht mehr in dieser Weise geschehen, wie noch vor einigen Jahrzehnten. Die Zusammensetzung der Kommission hat sich grundlegend geändert. Bei ihrer Gründung am 8. September 1951 waren von den 29 Gründungsmitgliedern 27 Deutschbalten – die Nichtbalten waren Werner Conze und der Archivar Kurt Dülfer (1908–1973).¹¹ 1997 hatten von 60 or-

8 Wittram, *Geschichtswissenschaft*, 7.

9 Ebd.

10 Ebd.

11 Pistohlkors, *Generations*, 311.

dentlichen Mitgliedern der BHK noch 22 einen landsmannschaftlichen Bezug, also gut ein Drittel. 2017 waren es mit 22 von 104 nur noch etwa 21 Prozent.¹² Auf den ersten Blick sehen diese Zahlen sehr positiv aus: Bei einem über die Jahrzehnte hin erstaunlich konstanten Anteil der deutschbaltischen Mitglieder hat sich die Kommission erheblich vergrößert. Eine nähere Analyse zeigt jedoch, dass die Entwicklung weniger stabil ist, als es den Anschein hat. Es ist zwar wahr, dass die Anzahl der ordentlichen Kommissionsmitglieder gestiegen ist, wobei auch die Umwandlung der korrespondierenden in ordentliche Mitglieder eine gewisse Rolle gespielt hat. Doch sind die deutschbaltischen Mitglieder in die Jahre gekommen, und ihr Anteil wird längerfristig sinken. Im Vorstand der BHK spiegelt sich diese Entwicklung schon jetzt wieder. Dass Nichtbalten bis in den Vorstand vordrangen, war bereits seit 1973 Normalität. Doch erst im Jahr 2007 wurde mit Matthias Thumser ein Nichtbalte erster Vorsitzender der BHK, als er den seit 1979 amtierenden Vorsitzenden Gert von Pistohlkors ablöste. Seit 2016 gibt es keinen einzigen Deutschbalten mehr im Vorstand der Kommission, seit 2015 erstmals eine Frau. Insgesamt ist der Anteil von Frauen an der Kommission trotz starker Wachstumsraten im Untersuchungszeitraum bis heute gering geblieben. Die steigende Bedeutung von Nichtbalten ist, wie Thumser es in einem programmatischen Vortrag auf dem Historikertreffen 2008 sagte, „zwangsläufig und unumkehrbar. Mehr und mehr rücken jüngere Leute nach, die keinen deutschbaltischen Hintergrund haben und sich aus ganz anderen Gründen mit baltischer Geschichte beschäftigen.“¹³

Dessen ungeachtet hat die Kommission ziemlich unbeschadet einige der alten Projekte der Historischen Kommissionen fortgesetzt, die durchaus unter der Überschrift „Bewahren ohne zu verklären“ stehen könnten. Ein besonders herausragendes Beispiel ist das Editionsprojekt des *Liv-, Est- und kurländischen Urkundenbuchs*. Es war vor der Mitte des 19. Jahrhunderts von Georg von Bunge begonnen worden, aber im Jahr 1914 mit dem 3. Band der II. Abteilung vorerst zum Stillstand gekommen. Wittram wies bereits 1954 darauf hin, dass sich die BHK in Fortsetzung der Gelehrten Gesellschaften eben diesem Projekt widmen solle.¹⁴ In die Tat umgesetzt wurde dieser Vorschlag erst Jahrzehnte später von Matthias Thumser, Klaus Neitmann und Madlena Mahling auch getan – drei Vorstandsmitglieder der BKH übrigens, die keine baltischen Wurzeln haben. Im Jahr 2018, also mehr als hundert Jahre nach dem vorerst letzten Band, er-

12 Baltische Historische Kommission e. V., Mitgliederverzeichnis 2017 (Stand August 2021). Das Mitgliederverzeichnis von 2017 ist online nicht mehr zugänglich. Das aktuelle Verzeichnis zeigt aber, dass sich der Trend fortgesetzt hat, siehe Baltische Historische Kommission e. V., Mitgliederverzeichnis 2020 (Stand Oktober 2020), https://www.balt-hiko.de/wp-content/uploads/2022/07/BHK_Mitgliederverzeichnis_2020.pdf (20.12.2022).

13 Zit. nach Ritscher, Alfred/Brüggemann, Karsten: 60. Baltisches Historikertreffen vom 2. bis 3. Juni 2007 in Göttingen. In: Baltische Briefe 60 (2007), 17–19.

14 Pistohlkors, Geschichtsforschung, 244.

schien der 13., 2020 der 14. Band der I. Abteilung.¹⁵ Ein weiteres Editionsprojekt, das als Langzeitprojekt der „Bewahrung“ verpflichtet ist, ist eine von Thomas Brück besorgte wissenschaftlich fundierte Edition, der *Rigaer Chronik des Johann Witte*, die von den Verfälschungen des 18. und 19. Jahrhunderts frei ist.¹⁶ Die Erhaltung und Ergänzung älterer Wissensbestände steht auch im Zentrum eines dritten Projektes: Das *Deutsch-baltische Biographische Lexikon* von 1970, in dem die erste Generation der BHK bemüht war, die Personen baltischer Geschichte systematisch festzuhalten, wurde als *Baltisches Biographisches Lexikon* digital im Internet zugänglich gemacht. Es wird ständig erweitert.¹⁷ Zuletzt verschafft die Baltische Bibliographie, 1954 von Hellmuth Weiß begonnen und seit 1977 von Paul Kaegbein fortgesetzt, bis heute einen Überblick über die jeweils aktuelle Forschung.¹⁸ Projekte dieser Art sind nur nicht ein wesentliches Merkmal der Arbeit der BHK und der ihnen vorangegangenen Einrichtungen. Sie sind typisch für die Arbeit Historischer Kommissionen insgesamt: Sie leisten damit Grundlagenarbeit, die an den Universitäten in dieser langfristigen Perspektive kaum mehr geleistet werden kann. Und doch muss bei aller Kontinuität solcher Projekte gefragt werden, ob sich nicht die Fragestellungen über die Jahre gewandelt haben. Unterscheiden sich Erkenntnisinteressen der heutigen Historikerinnen und Historiker nicht erheblich von jenen der „Erlebnisgeneration“, deren Verbundenheit mit den lebensweltlichen baltischen Traditionen nicht mehr teilen?

3. Distanz völligen Unbeteiligtseins?

Diese Frage ist nicht neu. Conze war bereits 1952 der Meinung, dass sich die lebensweltliche Anbindung der baltischen Geschichtsschreibung überholt hatte. Wo für Wittram noch der außerwissenschaftliche Traditionszusammenhang zu einer Beschäftigung mit „unserer Geschichte“ motivierte, hatte es nach Conze nur noch, um Wissenschaft zu gehen. Die baltische Geschichtsschreibung, so Conze, konnte unter den neuen Bedingungen nur noch aus der „Distanz völligen Unbeteiligtseins“ geschrieben werden.¹⁹ In dieser Forderung spiegelte sich nicht nur die etwas distanziertere Haltung wieder, die Conze als einziger Nichtbalte der drei Diskutanten gegenüber der baltischen Geschichte einnahm. Sie entsprach auch seinen generellen Vorstellungen über Geschichtswissenschaften, die er in den Nachkriegsjahren entwickelte hatte. Außerdem spiegeln sie seine pessimistische Meinung über die mögliche Kontinui-

15 Liv-, Est- und Kurländisches Urkundenbuch nebst Regesten. 1. Abteilung. Bd. 13. 1472–1479. Bearbeitet von Madlena Mahling, Klaus Neitmann und Matthias Thumser. Köln/Weimar/Wien 2018.

16 Brück, Thomas: Die Rigaer Chronik des Johann Witte (1614–1657), siehe <https://balt-hiko.de/forschungsprojekte/> (17.11.2022).

17 Vgl. <https://www.bbld.de> (17.11.2022).

18 Siehe <https://balt-hiko.de/publikationen/baltische-bibliographie> (17.11.2022).

19 Conze, Geschichte.

tät baltischer Kultur wider. In allen diesen Punkten ging Conze weit über Wittrams Vorschläge hinaus. Wo Letzterer im Wesentlichen eine Rückkehr zu strengeren wissenschaftlichen Methoden forderte, arbeitete Conze an deren radikaler Umformung. Was er selbst noch als „Volksgeschichte“ im Dienste einer völkischen Ideologie mitentwickelt hatte, wurde nun als „Strukturgeschichte“ ideologisch neutralisiert und von außerwissenschaftlichen Interessen befreit.²⁰ Die Beschäftigung mit der baltischen Geschichte, so behauptete Conze, sei aber auch aus dieser Perspektive ein lohnendes Unterfangen. Deutschbaltische Lebensformen konnten als Beispiele eines „strukturtypischen Verhaltens und einem strukturtypischen Aufbau der Gesellschaft in volklichen Mischgebieten“ dienen.²¹ Die mit diesem Ansatz einhergehende „Distanz völligen Unbeteiligtseins“ bringe es zudem mit sich, dass die Beschäftigung mit der baltischen Geschichte ihren provinziellen Charakter verlöre. Denn die aus diesen Beispielen wissenschaftlich zu deduzierenden Zusammenhänge verliehen der Geschichte der Deutschen im Osten ein „über die Geschichte der Deutschen hinausgehendes Interesse, sowohl individuell-historische wie vergleichend-soziologisch.“²² Der Preis dafür war eine Abkoppelung von den Überlieferungstraditionen der Erlebnisgeneration. Dass die baltische Geschichte auf diese Weise zu einem nachgerade beliebigen Fallbeispiel für eine bestimmte sozialhistorische Konstellation wurde, hing auch damit zusammen, dass Conze sie als abgeschlossen ansah. Politische Motivationen ließ er in durchaus revisionistischer Manier für die Vertriebenen aus Ostpreußen oder dem Sudetenland gelten, nicht aber für das „Streudeutschtum“, für deren besondere Siedlungslage es keine Voraussetzungen mehr gebe. Und die gemeinschaftsstiftende Erinnerung wollte Conze den „alten Volksgruppen und Landsmannschaften“ überlassen – die Wissenschaft hatte mit ihr nichts mehr zu schaffen.²³

Conzes radikale Abkoppelung der wissenschaftlichen Arbeit von der Traditionswahrung hatte unter den Gegebenheiten der 1950er Jahre keine Chance, zum leitenden Forschungsparadigma der BHK zu werden. Zu eng war deren historiografische Arbeit mit der kulturellen Selbstversicherung der Kommissionsmitglieder nach den Umbrüchen der vorgegangenen Jahrzehnte verknüpft. Und doch wirkte das neue wissenschaftliche Selbstverständnis, das Conze vertrat, weit in die Arbeit der Kommission hinein. Auch hier löste die Sozialgeschichte zunehmend die individualisierte und häufig heroisierende Beschäftigung mit einzelnen Personen ab. Sozialwissenschaftliche Methoden wurden immer dominanter. Teilweise konnten sich die neueren Forschungen auf Vorarbeiten der so genannten „Volksgeschichte“ stützen, von deren problematischen

20 Zu Conzes Forschung nach dem zweiten Weltkrieg: Etzemüller, Thomas: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. Oldenbourg 2001.

21 Conze, Geschichte.

22 Ebd.

23 Ebd.

Erbe sie sich gleichzeitig zu lösen suchten.²⁴ Ein besonders eindrucksvolles Beispiel sozialhistorischer Forschung von Mitgliedern der BHK ist das Gemeinschaftswerk von Paul Johansen und Heinz von zur Mühlen *Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval* von 1973.²⁵

Aber auch in allgemeinerer Form lässt sich von einer Fortsetzung des Ansatzes von Conze sprechen. Zwar sind strukturgegeschichtliche und sozialgeschichtliche Ansätze aus der Mode gekommen. Doch ist die Tatsache, dass die baltische Geschichte gerade aufgrund ihrer Besonderheiten aussagekräftige Anwendungsfälle für eine ganze Reihe neuer methodischer Ansätze bietet, bis heute ein Motiv für Historikerinnen und Historiker geblieben, sich mit ihr zu beschäftigen. Ein Blick auf die Themen, die in den letzten zehn Jahren auf den Jahrestagungen der BHK diskutiert wurden, zeigt eine Vielfalt an Zugängen, die einen Erkenntnisgewinn über die Landesgeschichte hinaus versprechen.

Ob im Sinne des *pictorial turn* über Bildquellen diskutiert,²⁶ die kulturelle Konstruktion von Räumen²⁷ oder Grenzen²⁸ diskutiert wurde oder Themen wie Migration, Integration und Segregation am baltischen Beispiel analysiert wurden²⁹ – in jedem Fall bot die baltische Geschichte Anwendungsbeispiele für globale Phänomene. Diese Ansätze erfordern eine gewisse Interdisziplinarität, die auf der einen Seite gut zu den lokalgeschichtlichen Traditionen passt, auf der anderen Seite aber auch eine Vergleichbarkeit im größeren historischen Rahmen herstellt. Dasselbe gilt für historiografische Themen, in denen die baltische Geschichtsschreibung selbst historisiert und auf ihre Funktionalisierung hin untersucht wurden. Im vergangenen Jahrzehnt sind in dieser Hinsicht besonders zwei Tagungen über Geschichtsschreibung im mittelalterlichen sowie im neuzeitlichen Livland von Bedeutung.³⁰

Und doch: So sehr das Interesse an sich wandelnden wissenschaftlichen Fragestellungen auf den Tagungen sichtbar ist, so zweifelhaft erscheint es, dass auf ihnen der Geist des „völligen Unbeteiligtsein“ im Sinne Conzes herrscht.

24 Zur Volksgeschichte noch immer grundlegend: Oberkrome, Willi: *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*. Göttingen 1993.

25 Johansen, Paul / Zur Mühlen, Heinz von: *Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval*. Köln/Wien 1973.

26 Riemer, Jacob: 67. Baltisches Historikertreffen in Göttingen vom 14.–15. Juni 2014. In: *Baltische Briefe* 67 (2014), 16 f.

27 Thumser, Matthias: 66. Baltisches Historikertreffen in Göttingen vom 25. bis 26. Mai 2013 in Göttingen. In: *Baltische Briefe* 66 (2013), 15 f, hier 15.

28 Tuchtenhagen, Ralf: 65. Baltisches Historikertreffen vom 1. bis 3. Juni 2012 in Göttingen. In: *Baltische Briefe* 65 (2012), 14–16.

29 Maurer, Trude: 63. Baltisches Historikertreffen vom 29. bis 30. Mai 2010 in Göttingen. In: *Baltische Briefe* 63 (2010), 14–16, hier 15.

30 Donecker, Stefan: 68. Baltisches Historikertreffen vom 29. bis 30. Mai 2010 in Göttingen. In: *Baltische Briefe* 68 (2015), 12 f., hier 13.

4. Völkerverbindende baltische Aufgabe?

Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass die BHK bereits früh begonnen hat, intensive Kontakte zu den Kolleginnen und Kollegen in den baltischen Staaten selbst aufzubauen und zu pflegen. An die Seite alter Traditionslinien traten allmählich neue. Auch dieser Prozess war bereits 1952 angemahnt worden. Während in den Diskussionsbeiträgen von Wittram und Conze von der estnischen und lettischen Bevölkerungsmehrheit keine Rede war, spielten sie bei von Taube eine große Rolle. Ja, er forderte eine radikale Abkehr von einer rein deutschbaltischen Geschichtsschreibung. Nicht nur machte er sich Sorgen darüber, dass die Deutschbalten durch ihr negatives Russlandbild seit dem späten 19. Jahrhundert das deutsch-russische Verhältnis nachhaltig beeinträchtigt hätten. Auch übte er Selbstkritik daran, dass die Deutschbalten die Staaten Estland und Lettland ignoriert hätten. Sie seien daher mitverantwortlich dafür, dass in Deutschland niemand etwas über sie wisse und auch ihre Preisgabe durch Hitler an Stalin „kaum bemerkt, geschweige denn verurteilt“ worden sei.³¹ Zuletzt regte er an, auch die Leistungen der baltischen Völker in der Zeit der Eigenstaatlichkeit stärker zu würdigen. Anstelle eines rückwärtsgewandten, nur auf die eigene Geschichte gerichteten Blickes forderte er die Annäherung an die Nachbarvölker Osteuropas, mit denen doch große Gemeinsamkeiten bestünden. Dies galt umso mehr, als die deutschbaltische Geschichtsschreibung seiner Meinung nach von „Abwehr und Apologetik“ geprägt gewesen sei.³² Seine eigene Vision zukünftiger baltischer Geschichtsschreibung formulierte er als Frage:

Sehen wir in den baltischen Ländern nicht ein ‚verlorenes deutsches Ostgebiet‘, sondern ein ‚abgetrenntes Stück Europas‘, verzichten wir darauf, auf dieses Land Ansprüche zu erheben als einen ehemaligen ‚deutschen Siedlungsraum‘, und beschränken wir uns darauf, zu fordern, daß den dort beheimateten Menschen und Völkern die Freiheit und das Recht der Selbstbestimmung wiedergegeben wird?³³

Was auf ersten Blick als vollständiger Neuanfang verstanden werden könnte, erscheint bei näherer Betrachtung typisch für ein vornationales baltisches Selbstverständnis. Zwar hatte das „Recht auf Selbstbestimmung“ damals noch keine Rolle gespielt. Doch dem „Gefühl der Verpflichtung gegenüber der einstigen Heimat und ihren andersnationalen Bewohnern“,³⁴ von dem Taube schrieb, klingt auch die alte paternalistische Zuständigkeit für das „gesamte Land“ wider, die zentral für das deutschbaltische Selbstverständnis war. Landesgeschichte, Landesverbundenheit und Landesdienst sind Begriffe, die im baltischen Verständnis eng beieinanderliegen. Bereits die ver-

31 Taube, Sinn.

32 Ebd.

33 Ebd.

34 Ebd.

schiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften, die als Vorläufer der BHK gelten können – am ältesten die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde – hatten die Maxime verfolgt, gesamtbaltsche Geschichtsschreibung zu betreiben – freilich in einem ganz altlivländischen Verständnis der Region.³⁵ Der überhitzte Nationalismus der 1930er Jahre, der auch die deutschbaltische Geschichte als Teil einer deutschen Volksgeschichte präsentiert hatte, war in dieser Hinsicht eine Abweichung gewesen. Taubes Vorschlag kam in vieler Hinsicht einer Rückkehr zu früheren Interpretationsmustern gleich. Als Anknüpfung an ein früheres Selbstverständnis lässt sich auch das Sendungsbewusstsein verstehen, von dem Taubes Vorschlag nicht frei war. Die „Verpflichtung gegenüber der einstigen Heimat und ihren andersnationalen Bewohnern“ war für ihn Teil einer „völkerverbindenden baltische Aufgabe“ in einem neu zu schaffenden Europa.³⁶

Gleichzeitig, und darin lag die eigentliche Innovation, machte Taube aber auch deutlich, dass eine baltische Geschichte nur noch als Gemeinschaftsprojekt mit lettischen und estnischen Historikern denkbar war.³⁷ In der Tat gab es dazu wenig Alternativen. Denn die deutschbaltische Geschichtsschreibung hatte gleich in doppelter Hinsicht kein Land mehr. Zum einen lag ihr ehemaliges Siedlungsgebiet hinter dem Eisernen Vorhang. Zum anderen war das gesellschaftliche System, das den Deutschbalten Macht und Verantwortung über alle Bewohner des Landes gegeben hatte, schon mit dem Zarenreich untergegangen. Neben der deutschbaltischen Perspektive hatten sich die anderen, meist national geprägten Blickwinkel der Esten und Letten aufgetan. Eine Landesgeschichte, in der die baltische Geschichte als eine Art Gestaltungsraum der deutschbaltischen Eliten begriffen wurde, war nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig obsolet. Diese Einsicht ermöglichte eine Annäherung an Esten und Letten, die vorher kaum denkbar erschienen wäre. Bereits in den 1950er Jahren existierten Kontakte zum estnischen und lettischen Exil. Im Jahr 1956 trug zum ersten Mal ein lettischer Historiker auf dem Baltischen Historikertreffen vor. An den großen Sammelwerken der BHK zur Kirchengeschichte und zu den Staatsgründungen sind, wenn auch in geringem Ausmaß, estnische und lettische Historiker aus dem westlichen Exil beteiligt. Auf der anderen Seite kam noch 1986 das große historiografiegeschichtliche Werk der BHK völlig ohne Letten und Esten aus – es hieß nicht zufällig *Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung*.³⁸

Der Wandel in den folgenden Jahrzehnten war nicht nur das Resultat neuer Bedingungen und programmatischer Absichten Einzelner. Es war auch Folge eines Generationenwandels. Von Pistohlkors hat ihn beschrieben: In Abgrenzung zu der Generation

35 Wittram, Kommission, 250 f.

36 Taube, Sinn.

37 Ebd.

38 Rauch, Georg von (Hg.): *Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung*. Köln, Wien 1986.

der BHK-Gründungsmitglieder macht er eine zweite Generation aus, die in der Nachkriegszeit sozialisiert war.³⁹ Die Nationalitätenkämpfe der 1920er und 1930er Jahre waren für sie Geschichte. Dadurch konnten diese Historiker viel unbefangener den Kontakt zu den Kollegen der baltischen Mehrheitsvölker suchen. Zunächst betraf dies schon aus praktischen Gründen nur jene Esten und Letten, die im westeuropäischen oder amerikanischen Exil lebten.⁴⁰ In den 1980er-Jahren weiteten sie ihre Kontakte aber auch auf Altersgenossen, die in der Estnischen und Lettischen Sowjetrepublik lebten, aus. Als erfahrene Teilnehmer wissenschaftlicher Veranstaltungen in der Sowjetunion gerieten sie wenig später sogar in die Rolle von Vermittlern zwischen baltischen Historikerinnen und Historikern aus dem Exil und aus der estnischen und lettischen Sowjetrepublik.⁴¹ Damit wurde der Grundstein einer Entwicklung gelegt, die erst ab 1985 nach dem Amtsantritt Michail Gorbachevs, an Fahrt gewinnen konnten. Diese Verbindungen trugen wesentlich dazu bei, dass aus einer Landesgeschichte, in der Esten und Letten weitgehend Objekte gewesen waren, zunehmend eine umfassendere Geschichte des Landes wurde.

Die während der letzten Jahrzehnte der Sowjetunion geknüpften Verbindungen sollten entscheidenden Einfluss auf die heutige Situation der BHK haben. Als die baltischen Staaten 1991 wieder unabhängig wurden, existierte nicht nur ein persönliches Netzwerk aus Historikern der BHK und ihren Kolleginnen und Kollegen in Estland und Lettland, sondern seit 1989 sogar eine offizielle Partnerschaft zwischen den Universitäten Dorpat und Göttingen. Eben diese Beziehungen privater und formaler Natur kamen der dritten Generation der BHK zugute. Sie setzte sich ihrerseits in den meisten Fällen aus Schülerinnen und Schüler von Angehörigen der zweiten Generation zusammen. Im Gegensatz zu diesen hatten sie aber die Möglichkeit, längere Studien- oder Forschungsaufenthalte in den baltischen Staaten zu machen. Dies veränderte auch den inhaltlichen Zuschnitt der deutschen Baltikumsforschung. Die zweite Generation hatte sich noch weitgehend auf Quellen beschränken müssen, die nach Deutschland geschafft worden waren – insbesondere die Materialien des Revaler Stadtarchivs, die zunächst in Göttingen aufbewahrt und später ins Bundesarchiv nach Koblenz gebracht wurden. (Seit 1990 befinden sie sich wieder in Reval).⁴² Schon dadurch war eine thematische Beschränkung auf die deutsche Geschichte vorgegeben. Die dritte Generation hatte dagegen wieder die Möglichkeit, die örtlichen Sprachen zu lernen. Dies änderte auch ihren Zugang zur Geschichte. Da ihre Mitglieder meist keinen deutschbaltischen Hintergrund mehr hatten, war ihre Perspektive viel stärker von

39 Pistohlkors, *Generations*, 314.

40 Im Überblick: Ders.: *Sechzig Jahre*, 43–45. Die Genese dieser Beziehungen wäre ein lohnender Gegenstand für ein eigenes Forschungsprojekt. Sehr lebensnahe Einblicke bietet auch Ders.: *Grußwort an Aleksander Loit*. In: *Time of Change in the Baltic Countries. Essays in Honour of Alexander Loit*. Stockholm 2000, 185–190.

41 Ders.: *Sechzig Jahre*, 44 f.

42 Einen Überblick über die Leistungen, aber auch die quellenbedingten Grenzen dieser Forschung gibt Pistohlkors, *Geschichtsforschung*, 251–255.

den Erlebnissen in den Ländern selbst bestimmt. Die Abkehr von einer deutschbaltischen Perspektive zeigt sich auch darin, dass – wenn auch zögerlich – Litauen stärker in die Arbeit BHK einbezogen wurde. Damit wurde eine Entwicklung fortgesetzt, die bereits in den achtziger Jahren ihren Anfang genommen hatte. Allerdings sind Besucherinnen und Besucher aus Litauen auch heute noch eher die Ausnahme, auch wenn im Jahr 2014 eine ganze Jahrestagung der litauischen Geschichte gewidmet wurde.

Außerdem öffnete sich die Kommission zunehmend für Historikerinnen und Historiker aus den baltischen Republiken. Zum einen hat die Anzahl der auf den Jahrestagungen der BHK vortragenden Esten, Letten und Litauer stetig zugenommen. In den letzten zehn Jahren war sie besonders hoch. Zum anderen spiegelt sich die Öffnung auch in den Mitgliedschaften wieder. Ein wichtiges Instrument war die Änderung des Status des „korrespondierenden Mitglieds“. Diese besondere Form der Mitgliedschaft war ursprünglich für einen Mitarbeiter der BHK geschaffen worden, der in Göttingen lebte, aufgrund einer fehlenden deutschen Staatsbürgerschaft aber nach damaligem Vereinsrecht nicht zum ordentlichen Mitglied ernannt werden konnte.⁴³ Später wurde sie insbesondere Exilesten und -letten zuerkannt, deren Qualifikation sie zu einer ordentlichen Mitgliedschaft berechnete, deren Wohnort es aber nicht erlaubte, regelmäßig an der Arbeit der Kommission teilzunehmen.⁴⁴ Nach 1991 stieg die Zahl durch Historiker aus den baltischen Staaten und damit die Zahl korrespondierender Mitglieder stark an, im Jahr 1997 betrug die Zahl der korrespondierenden Mitglieder 31 gegenüber 60 ordentlichen Mitgliedern.⁴⁵ Eine wichtige symbolische Bedeutung hatte im Jahr 2011 die Möglichkeit, ohne weitere Überprüfung vom korrespondierenden zum ordentlichen Mitglied ernannt zu werden. Es verdient festgestellt zu werden, dass bei der Diskussion um diese Änderung die Frage der nationalen Abgrenzung keine Rolle spielte. Auch war die Aufwertung der meist estnischen und lettischen korrespondierenden Mitglieder kein Projekt, dass etwa die dritte Generation gegen die noch deutschbaltisch geprägte zweite Generation durchgesetzt hätte. Im Gegenteil forderte das Kommissionsmitglied Henning von Wistinghausen mit besonderem Nachdruck die formale Gleichstellung der meist estnischen und lettischen korrespondierenden Mitglieder. Kontroversen entstanden lediglich um die vergleichsweise formale Frage, ob die Qualifikation bereits durch die erste Wahl zum korrespondierenden Mitglied festgestellt, oder durch einen weiteren Wahlakt bestätigt werden müsse. Als Kom-

43 Es handelte sich um Alexander Webermann, Pistohlkors, Sechzig Jahre, 49.

44 In der Satzung hieß es: „Korrespondierende Mitglieder können solche Personen werden, die die Voraussetzungen ordentlicher Mitglieder in ihrer Person erfüllen, von denen aber nicht erwartet werden kann, dass sie an Mitgliederversammlungen teilnehmen. Ihre Mitgliedschaft erwerben sie wie die ordentlichen Mitglieder. Sie sind von der Beitragszahlung befreit, nehmen an Mitgliederversammlungen nicht teil und haben kein Stimmrecht.“ Satzung der Baltischen Historischen Kommission vom 2. Oktober 1981. www.balt-hiko.de/die-kommission/satzung-der-baltischen-historischen-kommission (20.12.2022).

45 Mitgliederverzeichnis (1997). URL: www.balt-hiko.de/mitglieder/Kaegbein-Lenz.pdf (20.12.2022).

promiss einigte sich der Vorstand 2011 darauf, alle korrespondierenden Mitglieder zu befragen, ob sie den Statuswechsel wünschten, die abschließende Entscheidung aber der Mitgliederversammlung zu überlassen. Dabei sollte aber betont werden, dass über die wissenschaftliche Qualifikation bereits entschieden war. Die Umformung wurde von etwa einem Drittel der korrespondierenden Mitglieder – im Jahr 2011 waren dies 10 von 30 – in Anspruch genommen, unter ihnen alle aktiven Hochschullehrer, die diesen Status hatten. Für die übrigen zwei Drittel mögen in erster Linie pragmatische Gründe leitend gewesen sein, wenn sie sich mit dem Status des korrespondierenden Mitglieds, das kein Stimmrecht besaß, zufriedengaben: Er erfordert keinen Mitgliedsbeitrag und trägt nicht die implizite Verpflichtung mit sich, sich in der Kommission zu engagieren. Alleine die Möglichkeit der schnellen Umformung zur ordentlichen Mitgliedschaft entfernte aber eine Grenze, die zwischen den meist deutschen ordentlichen und den meist nichtdeutschen korrespondierenden Mitgliedern noch bestanden hatte.

Nicht weniger trug zu dieser Entwicklung bei, dass besonders in den letzten zehn Jahren sehr viele Neumitglieder aus den baltischen Staaten in die BHK aufgenommen wurden. Auch sie können der dritten Generation zugerechnet werden, doch sind sie durch eigene Erlebnisse und Überlieferungen mit der baltischen Geschichte verbunden. Ein Blick auf die Zahlen des Jahres 2017 zeigen, wie stark sich die Verhältnisse geändert haben: Von 102 ordentlichen Mitgliedern haben 45 einen unmittelbaren familiären Bezug zur Region: 22 von ihnen sind deutschbaltischer, 23 estnischer, lettischer oder litauischer Herkunft. Ihnen stehen 55 deutsche Mitglieder ohne baltische Vorfahren, sowie vier Angehörige anderer Nationalitäten gegenüber.⁴⁶

Durch die wachsende Anzahl von ordentlichen Mitgliedern aus den baltischen – sei es durch Neukooptierung oder Statuswechsel – haben die Konzepte der Erlebnis- und Erkenntnisgeneration ihre Trennschärfe um ein weiteres verloren. Denn wenn der Begriff der Erlebnisgeneration für die Geschichtswissenschaften überhaupt einen Sinn haben soll, dann muss er auch für Esten, Letten und Litauer gelten, die sich den historischen Überlieferungen ihrer eigenen Länder zugehörig fühlen. Doch ist fraglich, ob sie mit der gleichen Alterskohorte der BHK-Mitglieder aus Deutschland tatsächlich eine Generation bilden. Denn der Generationszusammenhang im Sinne Karl Mannheims konstituiert sich eben durch eine gemeinsame kulturelle „Erlebnis- und Bewußtseins-schichtung“,⁴⁷ die hier nicht vorausgesetzt werden kann. Es ist daher auch nachvollziehbar, dass von Pistohlkors bei seiner Behandlung der dritten Generation in überwiegender Mehrheit die deutschen Mitglieder der Kommission im Blick hat.⁴⁸ Auf der

46 Baltische Historische Kommission e. V., Mitgliederverzeichnis 2017 (Stand August 2017).

47 Mannheim, Karl: Das Problem der Generation [1928]. In: Ders.: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Hg. von Kurt H. Wolff, Neuwied 1964, 509–565, 526. Vgl. auch Jureit, Generation, 3 f.

48 Eine rein deutsche Auflistung findet sich in Pistohlkors, Generations, 315. An anderer Stelle wurde der litauische Historiker Alvydas Nikžentaitis noch dieser Generation zugeschlagen, Pistohlkors, Geschichtsforschung, 249.

anderen Seite muss aber die starke Annäherungen zwischen den Erlebniswelten der dritten Generation im Baltikum und in Deutschland berücksichtigt werden. Viele baltische Kommissionsmitglieder haben lange Zeit in Deutschland verbracht. Und auch die aus Deutschland stammenden Historikerinnen und Historiker der dritten Generation haben ihre eigenen Erfahrungen in den baltischen Staaten gesammelt und sich ihnen in teils längeren Aufenthalten angenähert. Besonders hervorzuheben sind die drei Kommissionsmitglieder Karsten Brüggemann, Olaf Mertelsmann und Ulrike Plath, die an estnischen Universitäten tätig sind, wobei lediglich bei Letzterer die Forschung und Lehre zu deutschbaltischer Geschichte expliziter Teil ihres Aufgabengebietes ist.⁴⁹ Entsprechend finden sich unter den Forschungsarbeiten der aus Deutschland stammenden dritten Generation dann auch eine ganze Reihe von Arbeiten, in denen die deutsche Perspektive eine geringe oder überhaupt keine Rolle spielt – teilweise, da sie die Geschichte nach 1939 behandeln.⁵⁰ Es ist nur folgerichtig, dass die BHK an einem Projekt beteiligt ist, das seit 2006 dazu beiträgt, die estnische, lettische und litauische Perspektive stärker in die deutschsprachige Diskussion einzubringen: die Zeitschrift *Forschungen zur baltischen Geschichte*, herausgegeben von Karsten Brüggemann (Tallinn) und Mati Laur (Tartu). Diese Publikation zeigt auch, dass die Vorstellung des BHK-Gründungsmitglieds Heinrich Laakmann, eine eigene deutschbaltische Geschichtsschreibung müsse sich von jener der Mehrheitsvölker weitgehend abgrenzen, obsolet ist.⁵¹ Denn sowohl Fragestellungen als auch Methoden haben sich einander weitgehend angeglichen. Nicht zufällig heißen die neuen Schlagworte der Forschung Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte. Dasselbe ist auch in den drei Publikationsreihen zu bemerken, die von der BHK herausgegeben werden. Im letzten Jahrzehnt (2007–2017) waren baltische Historiker Autoren oder Mitherausgeber von über der Hälfte der hier erschienenen Bände.⁵² Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem

49 Prof. Dr. Ulrike Plath (<https://www.tlu.ee/inimesed/ulrike-plath>), Prof. Dr. Karsten Brüggemann (<https://www.tlu.ee/inimesed/karsten-bruggemann>), Dr. Olaf Mertelsmann (<https://www.ut.ee/et/olaf-mertelsmann>).

50 Brüggemann, Karsten: Die Gründung der Republik Estland und das Ende des „Einen und unteilbaren Rußland“. Die Petrograder Front des russischen Bürgerkriegs 1918–1920. Wiesbaden 2002; Fülberth, Andreas: Tallinn – Riga – Kaunas. Ihr Ausbau zu modernen Hauptstädte 1920–1940. Köln u. a. 2005; Mertelsmann, Olaf: Der stalinistische Umbau in Estland. Von der Markt- zur Kommandowirtschaft. Hamburg 2006; Feest, David: Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des Estnischen Dorfes 1944–1953. Köln/Wien 2007; Onken, Eva Clarita: Demokratisierung der Geschichte in Lettland. Staatsbürgerliches Bewusstsein und Geschichtspolitik im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit. Hamburg 2003; Wezel, Katja: Geschichte als Politikum Lettland und die Aufarbeitung nach der Diktatur. Berlin 2016; Brüggemann, Karsten: Licht und Luft des Imperiums: Legitimations- und Repräsentationsstrategien russischer Herrschaft in den Ostseeprovinzen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2018.

51 Pistohlkors, Generations, 302.

52 Dies gilt insgesamt für 12 von 20. Vgl. <https://www.balt-hiko.de/pubflikationen>.

Zusammenhang Sammelbände, die unter der gemeinsamen Herausgeberschaft deutscher und baltischer Kollegen und Kolleginnen entstanden sind.⁵³

Trotzdem hat die BHK einige gewichtige strukturelle Probleme. Das eine betrifft die langfristige Mitarbeit an Projekten. Indem das Erkenntnisinteresse vielfältiger und weniger klar definiert ist, bringt es auch weniger Verbindlichkeit mit sich. Es ist nicht selten, dass die Beschäftigung mit der baltischen Geschichte nur eine vorübergehende Phase in einer wissenschaftlichen Biografie ist. Dies führt dazu, dass der aktive Anteil der BHK-Mitglieder trotz der eindrucksvollen Steigerung an Kommissionsmitgliedern in den letzten zehn Jahren doch verhältnismäßig klein geblieben ist. Dabei spielen die Deutschbalten eine überproportional große Rolle. Und diese werden immer älter. Das, was von Pistohlkors einmal scherzhaft im sozialistischen Jargon als das „Aktiv“ der BHK bezeichnet hat, wird es von deutschbaltischer Seite bald nicht mehr geben.

Das andere Problem ist, wie in allen historischen Kommissionen, finanzieller Natur. Die Herausgabe von drei Reihen sowie die Organisation einer Tagung pro Jahr bringt die Kommission an ihre Grenzen. Als Konsequenz daraus hat die Kommission die alte Form der inhaltlich diversen Jahrestagung aufgegeben. Stattdessen findet jährlich eine themengebundene Konferenz als eine Art „Tagung in der Tagung“ statt. Sie wird jeweils von einem Mitglied der BHK organisiert und ist in der Regel drittmittelfinanziert. Dieses Vorgehen führt nicht zuletzt auch zu einem intensiveren Austausch mit Historikerinnen und Historikern, die mit der baltischen Geschichte noch wenig Berührungspunkte hatten, thematisch aber für das Tagungsthema einschlägig sind. Außerdem ist die BHK in der glücklichen Lage, von einem ihrer Ehrenmitglieder, dem Bibliothekswissenschaftler Paul Kaegbein, eine große Geldsumme gestiftet bekommen zu haben. Mit der Paul-Kaegbein-Stiftung existiert seit 2017 eine Treuhandstiftung, die von der Deutschbaltischen Kulturstiftung verwaltet wird. Sie dient der Finanzierung von Projekten des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie von Publikationsprojekten zur Geschichte des Baltikums.⁵⁴ Bei alledem besteht das eigentliche Kapital der BHK, wie aller anderer Historischer Kommissionen, in der freiwilligen Arbeit und dem Enthusiasmus ihrer Mitglieder.

53 Brüggemann, Karsten / Laur, Mati / Piirimäe, Pärtel (Hg.): Die baltischen Kapitulationen von 1710. Kontext, Wirkungen, Interpretationen. Köln, Weimar, Wien 2014; Misāns, Ilgvas / Neitmann, Klaus (Hg.): Leonid Arbusow (1882–1951) und die Erforschung des mittelalterlichen Livland. Köln/Weimar/Wien 2014; Hahn, Kadri-Rutt / Thumser, Matthias / Winkler, Eberhard (Hg.): Estnisches Mittelalter. Sprache – Gesellschaft – Kirche. Berlin 2015; Angermann, Norbert / Brüggemann, Karsten / Põltsam-Jürjo, Inna (Hg.): Die baltischen Länder und Europa in der Frühen Neuzeit. Köln, Weimar, Wien 2015; Selart, Anti / Thuser, Matthias (Hg.): Livland – eine Region am Ende der Welt? Forschungen zum Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie im späten Mittelalter. Livonia – a Region at the End of the World? Studies on the Relations between Centre and Periphery in the Later Middle Ages. Köln/Weimar/Wien 2017; Lukas, Liina/Schwidtal, Michael / Undusk, Jaan (Hg.): Politische Dimensionen der deutschbaltischen literarischen Kultur. Berlin 2018.

54 <https://www.balt-hiko.de/paul-kaegbein-stiftung/> (22.10.2022)

5. Eine Zwischenbilanz

Das letzte Jahrzehnt der Tätigkeit der BHK weist einige Besonderheiten auf, die vor dem Hintergrund der 1952 gestellten Forderungen besonders deutlich werden.

Erstens hat die noch von Wittram zentral geforderte *Kontinuität*, die das „Bewahren“ von dem was er als „unsere Geschichte“ bezeichnet in den Mittelpunkt rückt, ihre Funktion geändert. Die Kommission widmet sich zwar durchaus dem „Bewahren“, aber nicht mit dem Ziel der Identitätsstiftung oder -wahrung. Das „Interesse an Verlust und Erinnerung“ spielt hier kaum eine Rolle mehr, oder wird selbst historisiert.

Gleichzeitig kann aber *zweitens* auch kaum die Rede davon sein, dass die BHK heute bei einer „Distanz völligen Unbeteiligtseins“ angelangt sei. Der Grund dafür liegt nicht darin, dass die Mehrheit der Mitglieder sich in einer unmittelbaren Kontinuität mit der Erlebnisgeneration sähe. Wohl aber gibt es in der Kommission kaum jemanden, der oder die nicht auch lebensweltliche Verbindungen zu den Baltischen Republiken aufgebaut hätte. So ist die baltische Geschichte nicht nur für die Esten, Letten und Litauer, sondern auch für die meisten anderen Mitglieder der BHK längst keine Geschichte „ohne Land“ mehr. Doch ist dieser Geschichte die einheitlichen Perspektive abhandengekommen, die der alten baltische „Landesgeschichte“, auch wenn sie sich mit den Esten und Letten beschäftigte, noch eigen war. Das Forschungsprogramm der BHK reflektiert diesen Umstand durch eine Vielfalt an Themen und methodischen Zugängen. In diesem Zusammenhang erscheint *drittens* die gemeinsame Forschungsarbeit mit Esten, Letten und Litauern in der BHK naheliegend und natürlich. Sie bedarf aber nicht mehr des Pathos einer besonderen „Verantwortung“ oder einer „völkerverbindenden Aufgabe“ im Sinne von Taubes. In diesem Sinne ist die BHK doch über die Jahre bescheidener geworden. Aber als ein Forschungsverbund kann die BHK weit über die Grenzen ihrer schwachen Personaldecke und ihrer sehr geringen Finanzen als Koordinationsstelle baltischer Geschichtsschreibung sehr wichtige Dienste leisten.

Historische Schlesienforschung jenseits von Schlesien

Wiedergründung, Arbeitsvorhaben und Positionierung der Historischen Kommission für Schlesien in der Bundesrepublik nach 1945

ROLAND GEHRKE

1. Einleitung

Meine sehr geehrten Herren!

Ich wende mich heute wieder an Sie nach einer Zwischenzeit, in welcher über das Land und den Stamm, dem unsere gemeinsame Arbeit galt, das fürchterliche Unglück herein-
gebrochen ist. Auch unser engster Kreis ist davon aufs Schwerste betroffen worden. Allein der Vorstand unserer Historischen Kommission ist durch den Tod von Mitgliedern nach dem Stand des Jahres 1940, der mir allein noch vorliegt, fast auf die Hälfte zusammengesmolzen.¹

Dieser deprimierende Befund findet sich am Beginn eines auf den 12. November 1950 datierten Schreibens, mit dem sich der noch amtierende Vorsitzende der Historischen Kommission für Schlesien, Hermann Aubin (1885–1969), erstmals nach Ende des Zweiten Weltkriegs an die noch lebenden Mitglieder des Kommissionsvorstands wandte. Neben dem mittlerweile in München lehrenden Kirchenhistoriker Franz Xaver Sepelt (1883–1956), der der Kommission bis zum Herbst 1933 selbst vorgesessen hatte, waren dies noch der Neuzeithistoriker Gisbert Beyerhaus (1882–1960), der Archivar Karl Gustav Bruchmann (1902–1967), der Bankier Eckart von Eichborn (1893–1967), der österreichische Kunsthistoriker Dagobert Frey (1883–1962) sowie der gleichfalls aus Österreich stammende Mediävist, Hilfswissenschaftler und Archivar Leo Santi-

¹ Hermann Aubin an den Vorstand der Historischen Kommission für Schlesien, Hamburg, 12.11.1950. Abgedruckt bei Mühle, Eduard (Hg.): Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968. Marburg 2008, Nr. 156, 427–433, hier 428.

faller (1890–1974).² Aubins langjähriger Stellvertreter im Kommissionsvorsitz Erich Randt (1887–1948), der während des letzten Kriegsjahres das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem geleitet hatte, hatte das Kriegsende zwar noch überlebt, war aber, wie Aubin in seinem Schreiben mitteilte, im Frühjahr 1948 kurz vor der Vollendung seines 61. Lebensjahrs in Berlin verstorben.³

Aubin selbst, im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens bemerkenswerterweise als „unbelastet“ eingestuft, hatte bereits 1946 einen Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg übernommen und befand sich somit zu Beginn der fünfziger Jahre wieder in Amt und Würden. In seinem Schreiben an den Kommissionsvorstand hieß es weiter, er habe am Rande des ersten deutschen Nachkriegshistorikertages in München im September 1949 einem Treffen der landesgeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft beigewohnt – und dort sei festgestellt worden, „dass die Historischen Kommissionen der abgerissenen Ostprovinzen nie aufgelöst [worden] seien und also weiterbeständen“. Auch wenn „unser Zusammentreten für absehbare Zeit nicht zu erwarten“ sei,⁴ bestehe nun, mit dem in Marburg an der Lahn neugegründeten Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und dessen finanziellen Mitteln im Rücken, „die Aussicht, die Tätigkeit der Kommission wieder in Gang zu setzen“.⁵ Zugleich gelte es aber, nunmehr „die jüngere Generation zum Zuge“ kommen zu

- 2 Ebd., Anm. 981 (mit der fehlerhaften Namensangabe „Herbert Beyerhaus“). Zu den von Aubin adressierten Vorstandsmitgliedern vgl. Panzram, Bernhard: Franz Xaver Seppelt. In: Neubach, Helmut / Petry, Ludwig (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 5: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts. Würzburg 1968, 215–227; Wiess, Peter Ulrich: Karl Gustav Bruchmann (1902–1967). In: Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 12. Würzburg 2017, 399–413; Kaczmarek-Löw, Klara: Dagobert Frey in Breslau. Schlesien und Polen im Spannungsfeld von Kunstgeschichte und Politik. In: Harasimowicz, Jan (Hg.): Uniwersytet Wrocławski w kulturze europejskiej XIX i XX wieku. Materiały międzynarodowej konferencji naukowej, Wrocław 4–7 października 211 r. Księga pamiątkowa jubileuszu 200-lecia utworzenia Państwowego Uniwersytetu we Wrocławiu. Bd. 4, Wrocław 2015, 493–502; Arend, Sabine: Studien zur deutschen kunsthistorischen „Ostforschung“ im Nationalsozialismus. Die kunsthistorischen Institute an den (Reichs-)Universitäten Breslau und Posen und ihre Protagonisten im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Phil. Diss. Berlin 2009, 51–55, 420–608, 740–766 (über Dagobert Frey); Marquard-Twarowski, Juliane: Dagobert Frey als kunsthistorischer Ostforscher. Phil. Diss. Berlin 2007; Störtkuhl, Beate: Paradigmen und Methoden der kunstgeschichtlichen „Ostforschung“ – der „Fall“ Dagobert Frey. In: Born, Robert / Janatková, Alena / Labuda, Adam S. (Hg.): Die Kunsthistoriographien in Ostmitteleuropa und der nationale Diskurs. Berlin 2004, 155–172; Obermair, Hannes: Willfähige Wissenschaft – Wissenschaft als Beruf. Leo Santifaller zwischen Bozen, Breslau und Wien. In: Lorenz, Sönke / Zotz, Thomas (Hg.): Frühformen von Stiftskirchen in Europa. Funktion und Wandel religiöser Gemeinschaften vom 6. bis zum Ende des 11. Jahrhunderts. Festgabe für Dieter Mertens zum 65. Geburtstag. Leinfelden-Echterdingen 2005, 393–406; Ders.: Leo Santifaller (1890–1974). Von Archiven, Domkapiteln und Biografien. In: Hruza, Karel (Hg.): Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts. Wien 2008, 597–617.
- 3 Mühle, Briefe Hermann Aubins, 428 f. Zu Randt vgl. Bruchmann, Karl G.: Erich Randt (1887–1948). Nachruf. In: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1957), 403–411.
- 4 Mühle, Briefe Hermann Aubins, 429.
- 5 Ebd., 431.

lassen, weshalb Aubin seinen Entschluss zur Niederlegung des Kommissionsvorsitzes verkündete und als seinen Nachfolger den Ende 1949 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Geographen und Historiker Herbert Schlenger (1904–1968) vorschlug.⁶ Die Vorstandsmitglieder stimmten dieser Personalrochade im schriftlichen Umlaufverfahren zu.

Was sich in Aubins Schreiben bezeichnenderweise nicht findet, sind Ansätze einer selbstkritischen Reflexion. Die äußerst problematische Rolle gerade Aubins im Kontext einer explizit völkisch ausgerichteten Deutschen Ostforschung vor und auch noch nach 1945 hat in der historischen Forschung breiten Niederschlag gefunden,⁷ wobei insbesondere die von Eduard Mühle 2005 vorgelegte umfangreiche Gelehrtenbiographie hervorzuheben ist.⁸ Die Forschungen zur wissenschaftlich-politischen Rolle Au-

6 Ebd., 431, 433.

7 Oberkrome, Willi: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945. Göttingen 1993, 29 f., 33–35, 66 f.; Raeff, Marc: Hermann Aubin und die zeitgenössische Historiographie. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 48 (1993), 159–166; Ders.: Some Observations on the Work of Hermann Aubin (1885–1969). In: Lehmann, Hartmut (Hg.): Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s. Cambridge 1994, 239–249; Volkmann, Hans-Erich: Historiker aus politischer Leidenschaft. Hermann Aubin als Volksgeschichts-, Kulturboden- und Ostforscher. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2001), 32–49; Ders.: Hermann Aubin. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen. München 2008, 58–62; Michelsen, Jakob: Von Breslau nach Hamburg. Ostforscher am Historischen Seminar der Universität Hamburg nach 1945. In: Hering, Rainer / Nicolaysen, Rainer (Hg.): Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky. Wiesbaden 2003, 659–681; Mommsen, Wolfgang J.: „Gestürzte Denkmäler“? Die „Fälle“ Aubin, Conze, Erdmann und Schieder. In: Elvert, Jürgen (Hg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen 2001. Wiesbaden 2003, 96–109; Trüper, Henning: Die Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und ihr Herausgeber Hermann Aubin. Wiesbaden 2005; Werner, Matthias: Der Historiker und Ostforscher Hermann Aubin. Anmerkungen zu einigen neueren Publikationen. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 74 (2010), 235–253; Bavaj, Riccardo: Moderne Wissenschaft und völkische Ideologie. Hermann Aubins Kulturraumforschung im „Dritten Reich“. In: Scholtyseck, Joachim (Hg.): Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand. XIX. Königswinterer Tagung vom 17.–19. Februar 2006. Münster 2008, 181–191.

8 Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005. Vgl. ergänzend ders.: Institutionelle Grundlegung und wissenschaftliche Programmatik der westdeutschen Beschäftigung mit „deutscher“ Geschichte im östlichen Mitteleuropa. In: Kłoczowski, Jerzy u. a. (Hg.): Doświadczenia przeszłości. Niemcy w Europie Środkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 roku. – Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945. Lublin/Marburg 2000, 25–66; Ders.: Weltkriegsforschung an der galizisch-polnischen Ostfront 1914/15. Zur Wahrnehmung des Ostens in Feldpostbriefen des Ostforschers Hermann Aubin. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 51 (2002), 529–575; Ders.: The European East on the Mental Map of German ‚Ostforschung‘. In: Ders. (Hg.): Germany and the European East in the Twentieth Century. Oxford/New York 2003, 107–130; Ders.: Die „Schlesische Schule der Ostforschung“. Hermann Aubin und sein Breslauer Arbeitskreis in den Jahren des Nationalsozialismus. In: Hałub, Marek / Mańko-Matysiak, Anna (Hg.): Śląska Republika Uczonych – Schlesische Gelehrtenrepublik – Slezská vědecká obec, Bd. 1. Wrocław 2004, 568–607; Ders.: Hermann Aubin, der „deutsche Osten“ und

bins fügen sich ein in die breite ideologiekritische Aufarbeitung der deutschen Ostwissenschaften seit den neunziger Jahren. Die ostdeutschen Historischen Kommissionen sind dabei – zumeist im Kontext „runder“ Jubiläen – bislang aber bestenfalls gestreift worden,⁹ was den vorliegenden Sammelband umso wertvoller erscheinen lässt.

Die Historische Kommission für Schlesien bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Erst 2021 aus Anlass des 100jährigen Bestehens der Kommission ist eine erste und grundlegende Gesamtdarstellung – eine kollektive Monographie – der Geschichte der Kommission in zwei Bänden erschienen.¹⁰ Sie ist einem traditions- und ideologiekritischen Ansatz verpflichtet, bildet die Grundlage für den vorliegenden Beitrag und kann auf umfangreiche Quellenbestände zurückgreifen, die im Marburger Herder-Institut verwahrt werden (soweit es die Nachkriegszeit betrifft). Eine wertvolle Ergänzung hierzu stellt der Nachlass des langjährigen Kommissionsvorsitzenden Ludwig Petry (1908–1991) dar, der im Frühjahr 2016 eher zufällig bei Aufräumarbeiten im Keller der Mainzer Universitätsbibliothek entdeckt und mittlerweile durch ein eigenes Findbuch gut erschlossen ist.¹¹ Was die Historische Kommission für Schlesien betrifft, enthält er nicht nur Arbeitsberichte, Kostenaufstellungen, Tagesordnungen oder Versammlungsprotokolle, sondern auch umfangreiche Korrespondenzen, die über die formalen Abläufe hinaus einen tieferen Einblick in das Innenleben der Kommission erlauben. Ähnliches gilt für den Nachlass des Nachfolgers Petrys im Kommissionsvorsitz, des

der Nationalsozialismus. Deutungen eines akademischen Wirkens im Dritten Reich. In: Lehmann, Hartmut (Hg.): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 1: Fächer, Milieus, Karrieren. Göttingen 2004, 531–591; Ders.: *Obraz historii i polityka historyczna. O historiograficznej konstrukcji „ogólnosłaskiego obszaru plemiennego“ i jego politycznej instrumentalizacji*. In: Haubold-Stolle, Juliane (Hg.): *Górny Śląsk wyobrażony = Imaginiertes Oberschlesien. Wokół mitów, symboli i bohaterów dyskursów narodowych*. Marburg/Opole 2005, 55–77; Ders.: „... einfach dem Instinkte nach vertraut“. Zum Wissenschaftsverständnis Hermann Aubins und seiner historischen Kulturraumforschung. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 139/140 (2006), 233–266; Ders.: *Der europäische Osten in der Wahrnehmung deutscher Historiker. Das Beispiel Hermann Aubin*. In: Thum, Gregor (Hg.): *Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2006, 110–137; Ders.: „Von den wilden Schlachzizen glücklich wieder zurückgekehrt“. Hermann Aubin und der internationale Historikerkongress in Warschau 1933. In: Symanzik, Bernhard (Hg.): *Studia Philologica Slavica. Festschrift für Gerhard Birkfellner zum 65. Geburtstag gewidmet von Freunden, Kollegen und Schülern, Teilbd. 1*. Berlin 2006, 477–494; Ders.: *Putting the East in Order. German Historians and their Attempts to Rationalize German Eastward Expansion during the 1930s and 1940s*. In: Nelson, Robert L. (Hg.): *Germans, Poland, and Colonial Expansions to the East. 1850 through the Present*. Basingstoke u. a. 2009, 95–120.

- 9 Jähniß, Bernhart (Hg.): *75 Jahre Historische Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung. Forschungsrückblick und Forschungswünsche*. Lüneburg 1999; Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): *Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick*. Köln, Weimar 2018. Vgl. dazu auch den Beitrag von Mathias Beer im vorliegenden Band.
- 10 Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland / Schmilewski, Ulrich (Hg.): *Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Historische Kommission für Schlesien (1921–2021), Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Dokumentation*. Leipzig 2021.
- 11 https://www.ub.uni-mainz.de/files/2016/12/NL02_Petry.pdf: Findbuch NL 2 Ludwig Petry (1908–1991), Stand: Dezember 2016 (5.07.2021).

Mainzer Mediävisten Josef Joachim Menzel (1933–2020). Der Nachlass befindet sich im Bestand des Herder-Instituts.¹²

Hinzu kommen die überschaubaren Veröffentlichungen zum Thema. Dazu zählen die aktuellen Biogramme des bereits erwähnten Historikers und Geographen Herbert Schlenger¹³ sowie des langjährigen Mainzer Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte Ludwig Petry¹⁴, verfasst für die von der Kommission verantwortete Reihe *Schlesische Lebensbilder*. Für die vornehmlich mit dem Namen Menzel (Vorsitz 1988 bis 2005) verbundene Phase liegt zudem bereits eine kleine Überblicksdarstellung vor.¹⁵ Zu den Jahresberichten sowie den in der Zeitschrift für Ostforschung in unregelmäßigen Abständen abgedruckten und sich über längere Zeiträume erstreckenden Tätigkeitsberichten des Kommissionsvorstands kommt ferner ein zum 50. Jubiläum veröffentlichter geschichtlicher Abriss.¹⁶

- 12 Mittlerweile eingegliedert in den Gesamtbestand: Herder-Institut Marburg, Dokumentensammlung, Sign. 120 HiKo Schlesien. Vgl. Gehrke, Roland: Josef Joachim Menzel (1933–2020). In: Bahlcke, Schlesische Lebensbilder, Bd. 13, 505–522.
- 13 Lotz, Christian: Herbert Schlenger (1904–1968). In: Bahlcke, Schlesische Lebensbilder, Bd. 12, 431–444. Zu Schlenger vgl. ferner Petry, Ludwig: Herbert Schlenger (geb. 10.04.1904 in Neumittelwalde, gest. 3.12.1968 in Kiel). In: Zeitschrift für Ostforschung 18 (1969), 1–14. Wieder abgedruckt in: Ders.: Dem Osten zugewandt. Gesammelte Aufsätze zur schlesischen und ostdeutschen Geschichte. Festgabe zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Sigmaringen 1983, 94–106; Birke, Ernst: Nachruf auf Herbert Schlenger. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 44 (1970), 207–220; Hinkel, Heinz: Der Geograph und Kartograph Herbert Schlenger (1904–1968). In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 42–44 (2001–03), 721–725.
- 14 Irgang, Winfried: Ludwig Petry (1908–1991). In: Bahlcke, Schlesische Lebensbilder, Bd. 12, 445–458. Zu Petry vgl. ferner Conrads, Norbert / Menzel, Josef Joachim: Ludwig Petry und die schlesische Geschichtsschreibung. In: Petry, Dem Osten zugewandt, XV–XVIII; In Breslau und Mainz: Ludwig Petry (1908–1991). Ansprachen bei der akademischen Gedenkfeier am 20. November 1992. Hg. v. Ludwig-Petry-Institut e. V. Mainz 1996; Bahlcke, Joachim: Die Breslauer Habilitation Ludwig Petrys. In: Petry, Ludwig: Breslau und seine ersten Oberherren aus dem Hause Habsburg 1526–1635. Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Stadt. Hg. v. Joachim Bahlcke, 133–143; Wojtynowski, Katja: Das Fach Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz 1946–1961. Gründung und Ausbau des Historischen Seminars, des Instituts für Alte Geschichte und der Abteilung Osteuropäische Geschichte am Institut für Osteuropakunde. Stuttgart 2006; Krzoska, Markus: Ludwig Petry. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften, 475–477; Schnettger, Matthias (Hg.): Gedenkfeier zum 100. Geburtstag Ludwig Petrys (1908–1991) in Mainz (3. Juni 2008). Mainz 2008.
- 15 Irgang, Winfried: Die Rolle der Historischen Kommission für Schlesien in der deutschen schlesienkundlichen Forschung der beiden letzten Jahrzehnte. In: Hałub, Marek / Mańko-Matysiak, Anna (Hg.): Śląska Republika Uczonych – Schlesische Gelehrtenrepublik – Slezská vědecká obec, Bd. 2. Wrocław 2006, 554–572.
- 16 Petry, Ludwig / Schlenger, Herbert (+): Fünfzig Jahre Historische Kommission für Schlesien. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 17 (1972), 385–416. Wieder abgedruckt (allerdings ohne Anhang) bei Petry, Dem Osten zugewandt, 71–88. Vgl. den Nachtrag von Petry, Ludwig: Die Historische Kommission für Schlesien im 6. Jahrzehnt ihres Bestehens. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 22 (1981), 240–244. Wieder abgedruckt bei Petry, Dem Osten zugewandt, 89–93.

Um die geistigen, thematischen und personellen Kontinuitäten aufzuzeigen, ist zunächst ein flüchtiger Blick in die Zwischenkriegszeit vonnöten, in der die Historische Kommission für Schlesien zweifellos ihre institutionelle Blütezeit erlebte.

2. Rückblick: Die Historische Kommission für Schlesien und ihre Projekte in der Zwischenkriegszeit.

Auch wenn Aubin 1950 nicht wieder an die Spitze der Kommission trat, so bürgte doch allein der Umstand, dass er die Initiative übernommen hatte, für ein unmittelbares Wiederanknüpfen an die Kommissionsarbeit der dreißiger Jahre. Die Universität Breslau, an die er 1929 berufen worden war, hatte Aubin zunächst wohl eher als Durchgangsstation betrachtet, weshalb er sich bereits im Folgejahr zeitweise nach Kairo verabschiedete, um dort, jeweils während der Wintersemester 1930/31, 1931/32 und 1932/33, einen Lehrstuhl für die Geschichte des europäischen Mittelalters zu vertreten. Erst nach Ende dieser ägyptischen Episode richtete Aubin sich 1933 dauerhaft in der Odermetropole ein¹⁷ und prägte von dort aus die deutsche Ost- und insbesondere die historische Schlesienforschung entscheidend – mit all ihren geschichtspolitischen Implikationen. Das bereits zuvor entwickelte Konzept einer „landesgeschichtlichen Kulturraumforschung“¹⁸ reichte Aubin in seiner Breslauer Zeit um seine Deutung der spezifischen Rolle Schlesiens innerhalb der deutschen Geschichte an. Dem Oderland schrieb er dabei eine „ewige Grenzlandaufgabe“¹⁹ zu, erkannte in ihm aber zugleich so etwas wie das „Ausfalltor deutscher Kultur nach dem Osten“.²⁰

Das maßgebliche institutionelle Rückgrat einer so verstandenen Ostforschung bildete die Ende 1933 begründete Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft, kurz N. O. F. G., die ihre wissenschaftliche Tätigkeit fortan ganz in den Dienst eines mit den Zielen der neuen Machthaber kompatiblen völkischen Geschichtsverständnisses stellte.²¹ Ihre Leitung übernahm der Historiker und Archivar Albert Brackmann (1871–1952), der zwei Jahre zuvor bereits die im Kontext der Ostforschung gleichfalls

17 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 72–83, 210–235.

18 Ebd., 152–165. Vgl. hierzu Mühle, Zum Wissenschaftsverständnis Hermann Aubins; Bavaj, Moderne Wissenschaft und völkische Ideologie.

19 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 565–584, hier 579.

20 So der Titel seiner 40seitigen schlesienkundlichen Programmschrift: Aubin, Hermann: Schlesien als Ausfallstor deutscher Kultur nach dem Osten im Mittelalter. Breslau 1942 [1937].

21 Fahlbusch, Michael: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945. Baden-Baden 1999, 178–247, 547–590; Haar, Ingo: Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften, 432–443; Ders.: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. Göttingen 2000, 236–247.

einschlägige „Publikationsstelle“ in Berlin-Dahlem aus der Taufe gehoben hatte.²² Die Mitgliedschaft im Vorstand der N. O. F. G. eröffnete Aubin eine über Breslau hinausreichende Wirkungsebene, während er sich an der heimischen Universität dem Aufbau eines Schülerkreises widmete, des später sogenannten „Breslauer Arbeitskreises“.²³ Hier studiert hatte unter anderem der 1904 im niederschlesischen Neumittelwalde geborene Herbert Schlenger, für dessen kulturgeographisch ausgerichtete Dissertation Aubin 1930 das Zweitgutachten angefertigt hatte und den er anschließend als Assistenten gewann. Den um vier Jahre jüngeren, aus Darmstadt gebürtigen Ludwig Petry kannte Aubin hingegen noch von der Universität Gießen her, holte ihn für die Promotion und eine sich 1932 daran anschließende Assistenz aber gleichfalls nach Breslau.²⁴

Mit Schlenger und Petry standen diejenigen zwei Gelehrten, die die Geschehnisse der Historischen Kommission für Schlesien nach 1950 entscheidend prägen sollten, also in einem direkten Schülerverhältnis zu Aubin. Institutionell hervorgegangen war die Kommission aus dem viel älteren und parallel fortexistierenden „Verein für Geschichte Schlesiens“,²⁵ ihre formelle Gründung erfolgte bezeichnenderweise im Kontext des oberschlesischen Abstimmungskampfes von 1921.²⁶ An die Spitze der Kommission trat zunächst der Breslauer Mediävist Robert Holtzmann (1873–1946),²⁷ dem nach seiner Wegberufung nach Halle 1923 sein vormaliger Stellvertreter nachfolgte, der amtierende Direktor des Breslauer Hauptstaatsarchivs Konrad Wutke (1861–1951).²⁸ Anlässlich seiner Pensionierung übergab Wutke den Vorsitz 1926 wiederum an den bereits erwähnten katholischen Theologen Seppelt.

- 22 Schöbel, Thomas: Albert Brackmann und die Publikationsstelle Berlin-Dahlem. In: Hoffmann, Jessica u. a.: Dahlemer Erinnerungsorte. Mit einem Nachwort von Wolfgang Wippermann. Berlin 2007, 229–243.
- 23 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 244–249, 265–269; Ders.: Die „schlesische Schule der Ostforschung“.
- 24 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 249–253.
- 25 Maetschke, Ernst: Bericht über die Vereinstätigkeit 1919 und 1920. In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 55 (1921), 134–136, mit der Ankündigung, dass „die Schaffung einer historischen Kommission in Aussicht genommen“ sei (135). Zu dem bereits 1844 gegründeten Verein – ursprünglicher Name: „Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens“ – vgl. Kersken, Norbert: Breslau als Zentrum landesgeschichtlicher Forschung. Der „Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens“. In: Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland (Hg.): Institutionen der Geschichtspflege und Geschichtsforschung in Schlesien. Von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Köln/Weimar/Wien 2017, 87–120.
- 26 Petry / Schlenger(+), Fünfzig Jahre, 385. Zu den Anfängen der Kommission vgl. Bericht über die Tätigkeit und den Mitgliederbestand der Historischen Kommission für Schlesien 1 (1921/22). Breslau [1922]; Gruhn, Herbert: Die Historische Kommission für Schlesien. In: Schlesische Monatshefte 8 (1931), 485–488.
- 27 Zu ihm vgl. Albrecht, Timm: Art. Holtzmann, Robert. In: Neue Deutsche Biographie 9 (1972), 562.
- 28 Zu ihm vgl. Bruchmann, Karl G.: Konrad Wutke. In: Neubach / Petry, Schlesische Lebensbilder, Bd. 5, 158–166.

Die im Zeichen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 vorgenommenen staatlichen Mittelkürzungen hatten der Kommissionsarbeit bereits erheblich zugesetzt, als die nationalsozialistische Machtergreifung auch zu einer inhaltlichen Neuausrichtung führte. In einer Situation, in der die landesgeschichtlich ausgerichteten Historischen Kommissionen sich vorübergehend gar von der Zwangsauflösung bedroht sahen, erschien Seppelt als vormaliger Zentrumspolitiker für den Vorsitz nicht länger tragbar,²⁹ zumal das unter seiner Ägide favorisierte Projekt eines *Schlesischen Klosterbuchs* unter den neuen Verhältnissen in den Verdacht einer „reaktionär-klerikalen Geschichtsforschung“ geraten war und daher nicht weiterverfolgt wurde. Aubin hingegen, der erst im Mai 1933 aus Kairo zurückgekehrt war und sich innerhalb der Kommission bis dahin nicht in den Vordergrund gedrängt hatte, erkannte in diesem Moment seine Chance: Den Vorsitz übernahm er im Oktober 1933 zunächst kommissarisch per Vorstandsbeschluss, im März 1934 dann auch per Entscheid der Mitgliederversammlung und übte faktisch das Amt fortan bereits auf der Grundlage des „Führerprinzips“ aus (auch wenn dieses offiziell erst im Frühjahr 1935 in der Kommissionsatzung verankert wurde).³⁰

Aufgabe der Kommission sollte es nunmehr sein, „die Munition großen Kalibers für die Wissenschaft herzustellen“, wie Aubin Ende 1936 in der *Schlesischen Zeitung* formulierte.³¹ In der Praxis hieß dies, dass die Kommissionsarbeit anstelle einer schwer überschaubaren Vielfalt kleinerer wissenschaftlicher Einzelprojekte – darunter die zwischen 1922 und 1931 erschienenen und vom Kommissionsmitglied Friedrich Andreae (1879–1939) verantworteten ersten vier Bände der *Schlesischen Lebensbilder*³² – ab sofort auf zwei zentrale Großvorhaben konzentriert wurde. Zum einen ist hier das Langzeit-Editionsprojekt des *Schlesischen Urkundenbuchs* zu nennen³³, zum anderen die geplante, ursprünglich auf zwei Bände hin angelegte Synthese der *Geschichte Schlesiens*.³⁴ Beide Projekte erfuhren im Rahmen der Kommission eine institutionelle Aufwertung.

29 Für die Zentrumspartei war Seppelt seit 1919 Mitglied des Breslauer Stadtrats, seit 1929 – in der Funktion des Fraktionsvorsitzenden – auch Abgeordneter des schlesischen Provinziallandtags gewesen.

30 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 270–272.

31 Zit. nach ebd., 272; vgl. den Tätigkeitsbericht nebst Skizzierung des fortlaufenden Arbeitsprogramms bei Aubin, Hermann: 15 Jahre Historische Kommission für Schlesien 1921–1936. Breslau 1936.

32 Andreae, Friedrich (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 1: Schlesier des 19. Jahrhunderts. Breslau 1922; Bd. 2: Schlesier des 18. und 19. Jahrhunderts. Breslau 1926; Bd. 3: Schlesier des 17. bis 19. Jahrhunderts. Breslau 1928; Bd. 4: Schlesier des 16. bis 19. Jahrhunderts. Breslau 1931. Vgl. Petry / Schlenger (+), Fünfzig Jahre, 386; Bahlcke, Joachim: Friedrich Andreae (1879–1939). In: Ders., Schlesische Lebensbilder, Bd. 12, 275–299, hier 288 f.

33 Irgang, Winfried: Regestenedition und Urkundenbuch. Quellenkundliche Grundlagenforschung in der Historischen Kommission. In: Bahlcke / Gehrke / Schmielewski (Hg.): Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Bd. 1, 187–212.

34 Weber, Matthias: Die Geschichte Schlesiens (1938–1999). Ein disziplinen- und epochenübergreifendes Projekt. In: Bahlcke / Gehrke / Schmielewski (Hg.): Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Bd. 1, 309–344.

Das Urkundenbuch wurde dem 1929 nach Breslau berufenen österreichischen Mediävisten Leo Santifaller anvertraut, der seinen 1934 ebenfalls aus Österreich geholten Assistenten Hanns Krupicka (1905–1980) hierfür als hauptamtlichen Kommissionsmitarbeiter³⁵ einsetzen konnte – flankiert von zwei weiteren „akademischen Hilfsarbeitern“, unter ihnen der spätere Projektverantwortliche Heinrich Appelt (1901–1998; auch er ein Österreicher).³⁶ Die Fortschritte waren durchaus beachtlich, da schon 1937 druckfertige Abschriften von nicht weniger als 2.700 Urkundenstücken vorlagen.³⁷

Die geplante *Geschichte Schlesiens* wiederum war natürlich auch und gerade als ‚deutsche Antwort‘ auf die polnische *Historia Śląska* zu verstehen, deren erster, über 900 Seiten starker Teilband just 1933 erschienenen war.³⁸ Dem bestehenden nationalpolitischen Antagonismus zum Trotz wurde der wissenschaftliche Charakter des polnischen Konkurrenzunternehmens innerhalb der Kommission durchaus anerkannt, weshalb zeitweise sogar eine Komplettübersetzung des Werks ins Deutsche diskutiert wurde.³⁹ Wie die Bearbeiter des Urkundenbuchs wurden auch die Mitarbeiter des 1934 zur Vorbereitung der *Geschichte Schlesiens* eingerichteten „Hilfsstabs“ von der Kommission besoldet. Petry übernahm die Leitung, Schlenger war als historischer Geograph primär für das Kartenmaterial zuständig. Für die nötigen Übersetzungen aus der polnischen und tschechischen Fachliteratur wurde zudem ein Slawist benötigt. Als Dritter im Bunde erledigte diese Aufgabe zunächst der Andreea-Schüler Bertold Spuler (1911–1990); nach dessen Weggang nach Göttingen stieß mit Arnulf Schroeder

35 Vgl. Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 81 unpag.: Leo Santifaller an Hermann Aubin, Breslau, 05.06.1934 („Arbeitsplan für den hauptamtlichen Mitarbeiter Dr. Krupicka“); Haushalts-Übersicht der Historischen Kommission für 1935/36 (mit den Besoldungssätzen des hauptamtlichen Mitarbeiters und der beiden akademischen Hilfsarbeiter am Urkundenbuch-Projekt). Zu Krupicka (ab 1940 Wohlgemuth-Krupicka), der später an das Breslauer Osteuropa-Institut überwechselte und nach dem Krieg aufgrund politischer Belastung in Österreich keine wissenschaftliche Anstellung mehr fand, vgl. Scheutz, Martin: „Turba ist ein ganz gemeiner Kerl“. Rezensionen als Ehrdiskurs am Beispiel der MIÖG (1918–1938). In: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 121 (2013), 63–86, hier 70 f. mit Anm. 40.

36 Zu ihm vgl. Hageneder, Othmar: Nachruf Heinrich Appelt. In: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 107 (1999), 507–511; Thiel, Jens: Gab es eine „nationalsozialistische“ Akademikergeneration? Hochschullehrerlaufbahnen und generationelle Prägungen in Deutschland und Österreich 1933/38 bis 1945. In: *Zeitgeschichte* 35 (2008), 230–256, hier 242–244.

37 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 290 f.

38 Kutrzeba, Stanisław (Red.): *Historja Śląska od najdawniejszych czasów do roku 1400*. Bd. 1, Kraków 1933. Vor Kriegsausbruch erschienen weiterhin Bd. 3, Kraków 1936, und Bd. 2.1, Kraków 1939. Einen aufschlussreichen Vergleich zwischen dem polnischen und dem nachgeschobenen deutschen Geschichtswerk bietet Felsch, Corinna: Zwischen wissenschaftlichem Anspruch und nationalem Interesse. Die Darstellung der mittelalterlichen schlesischen Geschichte in der ‚Historja Śląska‘ (1933) und der ‚Geschichte Schlesiens‘ (1938). In: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 51/52 (2010/11), 103; Thiel, Gab es eine „nationalsozialistische“ Akademikergeneration?, 131.

39 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 274–276.

(1911–1945) ein Schüler des bedeutenden Berliner Slawisten Max Vasmer (1886–1962) hinzu.⁴⁰

Das Buchprojekt, das als „Breslauer Modell interdisziplinärer Zusammenarbeit“ viel Anerkennung erfuhr, geriet trotz intensiver Bearbeitung⁴¹ zwar in zeitlichen Verzug, doch konnte der erste, chronologisch bis zum Beginn der Habsburgerzeit 1526 reichende Band der *Geschichte Schlesiens* immerhin im Mai 1938 vorgelegt werden.⁴² Während Petry aus der Rückschau betonte, der wissenschaftliche Charakter des Werks habe gegen manch versuchten ideologischen Eingriff verteidigt werden können – so sei etwa die Hereinnahme eines fragwürdigen Kapitels zur „rassischen Zusammensetzung des Schlesiertums“ von den Bearbeitern erfolgreich abgewehrt worden⁴³ –, hat Mühle die „geschichtspolitische Ausrichtung des Werkes“ sehr kritisch bilanziert: Aus ihm spreche „eine konsequente Vereinnahmung schlesischer Geschichte für die deutsche Kultur und eine weitgehende Unterschlagung der slawisch-polnisch-böhmischen Dimensionen schlesischer Landesgeschichte bzw. ihre eindeutig negative Bewertung“.⁴⁴

Der Krieg brachte die Kommissionsarbeit dann weitgehend zum Erliegen. Während einzelne der Kommission angehörende Archivare gezielt in von der Wehrmacht besetzte Gebiete abkommandiert wurden, um dort die Leitung des Archivwesens zu übernehmen, wurden andere Kommissionsmitglieder, die bis 1939 mit den vorstehend genannten Projekten betraut waren, nun ganz regulär zur Front einberufen.⁴⁵ Gesuchen um eine zumindest temporäre Freistellung vom Kriegsdienst zur Erledigung von Forschungsaufgaben wurde von den zuständigen Stellen immer seltener stattgegeben – dem zuvor in Russland verwundeten Petry etwa wurde es im Februar 1944 nicht einmal mehr gestattet, eine ihm zugesprochene außerordentliche Professur in Gießen anzutreten, stattdessen folgte postwendend die erneute Einberufung.⁴⁶ Hier zeigte sich, dass im Dienste nationalsozialistischer Groß- und Lebensraumpolitik andere Wissenschaftsinstitutionen als bedeutend wichtiger erachtet wurden als die landesgeschichtlich ausgerichteten Historischen Kommissionen.

40 Petry / Schlenger (+), *Fünfzig Jahre*, 388 f. Zu Spuler, der sich später v. a. als Orientalist einen Namen machte, vgl. Ende, Werner: Art. Spuler, Bertold. In: *Neue Deutsche Biographie* 24 (2010), 769 f.

41 Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Protokolle von insgesamt 16 Sitzungen der „Arbeitsgemeinschaft ‚Schlesische Geschichte‘“, abgehalten zwischen dem 9. November 1934 und dem 2. Mai 1936.

42 Historische Kommission für Schlesien (Hg.): *Geschichte Schlesiens*, Bd. 1: Von der Uhrzeit bis zum Jahre 1526. Breslau 1938. Vgl. Mühle, *Für Volk und deutschen Osten*, 277–283.

43 Petry / Schlenger (+), *Fünfzig Jahre*, 390 f.

44 Mühle, *Für Volk und deutschen Osten*, 283.

45 Petry / Schlenger (+), *Fünfzig Jahre*, 392.

46 Irgang, Ludwig Petry, 451.

3. Die Wiedergründung der Historischen Kommission für Schlesien 1951 und deren Mitgliederstruktur

Das Ende ist bekannt. So gravierend die Auswirkungen der großflächigen Kriegszerstörungen für die deutsche Universitäts- und Wissenschaftslandschaft ganz allgemein sein mochten, so bedeutete der Verlust der deutschen Ostgebiete für die zuvor dort beheimateten Historischen Kommissionen weit mehr: Er war eine gleichsam existenzielle, die eigene landsmannschaftliche und auch wissenschaftliche Identität berührende Katastrophe. In einem Schreiben an den aus Hirschberg gebürtigen prominenten Kunsthistoriker Günther Grundmann (1892–1976), selbst ein Gründungsmitglied der Historischen Kommission für Schlesien, beklagte Aubin im Dezember 1945, dass er durch die Ereignisse, durch „all’ die furchtbaren Schläge“, nicht nur der „angesammelten Hilfsmittel jahrzehntelanger Arbeit“ beraubt worden sei, sondern „des Arbeitsfeldes selbst“.⁴⁷ Oder, um es mit dem Titel des vorliegenden Sammelbandes zu sagen: Historische Schlesienforschung, das war nun „Landesgeschichte ohne Land“.

Ungeachtet dieser deprimierenden Einsicht war Aubin in den folgenden Monaten emsig darum bemüht, nicht nur die alten Netzwerke so weit als möglich wieder zu reaktivieren – etwa in Gestalt des im Herbst 1946 gebildeten „Göttinger Arbeitskreises“⁴⁸ –, sondern in den westlichen Besatzungszonen institutionelle Kristallisationskerne für einen Neustart der deutschen Ostforschung zu schaffen. Schließlich könne, so hieß es in einer von Aubin und dem Marburger Archivar Johannes Papritz (1898–1992)⁴⁹ 1949 veröffentlichten Denkschrift wörtlich, „kein Volk, keine Staatsführung [...] ohne genügende Kenntnis der Verhältnisse der Nachbarländer und ihres geschichtlichen Werdens leben“.⁵⁰ Das anfängliche Vorhaben, die von Brackmann ins oberfränkische Coburg geretteten Bestände der alten Dahlemer Publikationsstelle zum Grundstock eines selbständigen Hamburger Instituts zu machen, das „besondere Aufgaben für den Ostraum“ wahrnehmen sollte, scheiterte allerdings, da die Amerikaner die Materialien

47 Hermann Aubin an Günther Grundmann, Göttingen, 14. Dezember 1945. Abgedruckt bei Mühle, Briefe Hermann Aubins, Nr. 130, 359–363, hier 359 f. Zu Grundmann vgl. Stasiewski, Bernhard: Günther Grundmann – Leben und Werk 1892–1876. In: Zeitschrift für Ostforschung 26 (1977), 1–17; mit deutlich kritischerem Zungenschlag Grajewski, Grzegorz / Störtkuhl, Beate: Günther Grundmann (1892–1976). In: Bahlcke, Schlesische Lebensbilder, Bd. 12, 351–364; Arend, Studien, 70–74, 196–199.

48 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 406 f. Zu den Anfängen des „Göttinger Arbeitskreises“ vgl. Hackmann, Jörg: An einem neuen Anfang der Ostforschung. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Westfälische Forschungen 46 (1996), 232–258, hier 239–241.

49 Zu Papritz, von 1936 bis 1945 Leiter der schon erwähnten „Publikationsstelle Berlin-Dahlem“ und ab 1954 dann Direktor der Archivschule Marburg, vgl. Wolff, Fritz: Art. Papritz, Johannes. In: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), 56 f.

50 Zit. nach Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 413.

im Januar 1947 beschlagnahmen und später in die USA bringen ließen.⁵¹ Als tragfähiger erwies sich da schon die Idee, die Strukturen der alten N. O. F. G. in Marburg an der Lahn wieder zusammenzuführen. Erst die Gründung des Marburger Herder-Instituts und des sie tragenden Herder-Forschungsrats im Frühjahr 1950 schufen die Grundlage für eine Wiederbelebung auch der ostdeutschen Historischen Kommissionen.⁵²

An die Spitze des Herder-Forschungsrates trat noch im gleichen Jahr niemand anderes als Hermann Aubin, der damit über den konkreten schlesienkundlichen Bezug hinaus die Rolle eines Spiritus Rector der wiederbelebten deutschen Ostforschung übernahm. Schon vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, warum er sich in der Historischen Kommission für Schlesien fortan mit dem Ehrenvorsitz begnügte. Die interimistische Wahl Schlengers zum neuen Vorsitzenden wurde auf der ersten ordnungsgemäß einberufenen Mitgliederversammlung der Kommission am 15. September 1951 förmlich bestätigt; Petry übernahm den stellvertretenden Vorsitz.⁵³

Der Krieg hatte die Reihen freilich erheblich gelichtet. Hatte die Kommission 1940 noch 189 Mitglieder gezählt, so waren es elf Jahre später gerade noch 110. In seinem für den zweiten Band der *Zeitschrift für Ostforschung* über die Rekonstitution verfassten Bericht zählte Schlenger nicht weniger als 81 Mitglieder auf, die seit 1940 den Tod gefunden hatten, viele davon im Feld oder durch anderweitige Kriegseinwirkung.⁵⁴ In seinem ersten Mitgliederrundschreiben vom Februar 1952 präsentierte er zudem eine Liste mit 16 „nicht ermittelte[n] Anschriften“ und bat die übrigen Mitglieder um Hinweise.⁵⁵

Zu ergänzen ist hierbei, dass es während des Zweiten Weltkrieges zumindest einen höheren NS-Kader gegeben hatte, der ganz offenkundig nicht seiner wissenschaftlichen Meriten wegen, sondern aus rein politisch-ideologischen Gründen in die Reihen der Kommission gelangt war. Konkret handelte es sich dabei um den prominenten Parteifunktionär Fritz Arlt (1912–2004), der als Gaubeauftragter des „Rassenpolitischen Amtes“ der NSDAP im Gau Schlesien im August 1939 die sogenannte Breslauer „Judenkartei“, als Grundlage der späteren Deportation der jüdischen Bevölkerung, erarbeitet hatte und im besetzten Generalgouvernement wenig später zum Leiter der

51 Ebd., 392, 399–405.

52 Ebd., 408 f., 415–417.

53 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Einladungsschreiben Hermann Aubins an die Mitglieder der Historischen Kommission für Schlesien, Freiburg i. Br., im August 1951; Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Niederschrift über die Hauptversammlung der Historischen Kommission für Schlesien in Marburg/Lahn vom 15.09.1951 (gez. Herbert Schlenger); Schlenger, Herbert: Die Historische Kommission für Schlesien. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 2 (1953), 585–591, hier 589 f.

54 Schlenger, *Die Historische Kommission*, 585, hier 588 f.

55 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 81 unpag.: Erstes Rundschreiben Herbert Schlengers an die Mitglieder der Historischen Kommission für Schlesien, Marburg, im Februar 1952.

Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ avancierte.⁵⁶ Zugleich wurde er seit 1940 in der Mitgliederliste der Kommission als Ordentliches Mitglied geführt. Zwar starb Arlt erst im April 2004 – übrigens ohne für seine Taten während des Nationalsozialismus jemals gerichtlich belangt worden zu sein –, doch wurde seine Mitgliedschaft zum Zeitpunkt der Rekonstitution aus guten Gründen mit Stillschweigen übergangen. Schlenger jedenfalls, der im Frühjahr 1951 auf der Grundlage des letzten vollständigen Jahresberichts von 1940 eine provisorische Mitglieder- und Anschriftenliste erstellt hatte, äußerte sich hierzu nur ein einziges Mal – und dies in einer trockenen Kürze, die erkennen ließ, dass ihm die Personalie Arlt als eine möglichst rasch zu vergessende Peinlichkeit galt: „Die Toten und einen Politiker (Arlt) habe ich weggelassen.“⁵⁷

Gleichsam wie ein Akt geschichtspolitischer Wiedergutmachung mutet es dagegen an, dass die Kommission den deutsch-jüdischen Historiker und vormaligen Breslauer Rabbiner Bernhard Brillung (1906–1987),⁵⁸ der nach dem Novemberpogrom 1938/39 zeitweilig im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert gewesen und anschließend nach Tel Aviv emigriert war, 1955 demonstrativ in ihre Reihen aufnahm. Brillung selbst kehrte bereits 1957 nach Deutschland zurück, wo er sich – unter anderem als Mitarbeiter des Institutum Judaicum Delitzschianum in Münster und später als Professor an der dortigen Westfälischen Wilhelms-Universität – als einer der intimsten Kenner der Geschichte des deutschen Judentums profilierte. Mit Petry, der Brillings 1958 in Münster vorgelegte Dissertation wohlwollend besprochen hatte,⁵⁹ pflegte dieser eine betont herzliche Korrespondenz.⁶⁰ Der Kommission, die ihn als Experten für schlesien-

56 Aly, Götz / Roth, Karl Heinz: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 2000 [1984], 86–90 (über Arlt). Zur Rolle Arlts während des Zweiten Weltkrieges und zu seiner Nachkriegskarriere vgl. auch Musial, Bogdan: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944. Wiesbaden 1999, 97–99, 365, 380 (Biogramm); Sikora, Mirosław: Fritz Arlt (1912–2004). In: Bahlcke (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 13, 383–396.

57 Herder-Institut Marburg, Dokumentensammlung. Sign. 100 Schlenger 68, Bl. 494: Schreiben Schlenegers an Ludwig Petry, 19.05.1951.

58 Zu Brillung vgl. Freimark, Peter / Richter, Helmut (Hg.): Gedenkschrift für Bernhard Brillung. Hamburg 1988; Honigmann, Peter: Das Projekt von Rabbiner Dr. Bernhard Brillung zur Errichtung eines jüdischen Zentralarchivs im Nachkriegsdeutschland. In: Hödl, Klaus (Hg.): Historisches Bewusstsein im jüdischen Kontext. Strategien – Aspekte – Diskurse. Innsbruck u. a. 2004, 223–241.

59 Brillung, Bernhard: Geschichte der Juden in Breslau von 1454–1702. Stuttgart 1960; Im Manuskript seiner Besprechung führt Petry u. a. aus, Brillings Studie reiche über ihr eigentliches Hauptthema hinaus und trage so „zur Beleuchtung einer inhaltsreichen Epoche der Entwicklung Breslaus“ bei: Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 100 unpag.

60 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Rabbiner B. Brillung an Ludwig Petry, Tel Aviv, 15. August 1956. Brillung blickt darin u. a. auf eine von der Kommission kürzlich in Westdeutschland [ohne genauere Ortsangabe] veranstaltete Tagung zurück, „auf der ich Sie und andere alte Bekannte aus Schlesien traf“ und die für ihn „sehr anregend“ gewesen sei: „Ich denke sehr gerne an die dort verlebte Zeit zurück“.

sche Judaica ganz demonstrativ in den Fortgang ihres Projekts der *Geschichte Schlesiens* einzubinden suchte,⁶¹ blieb Brillung zeitlebens verbunden.

Bis 1952 hatte sich der Mitgliederbestand der Kommission konsolidiert. Die auf der Hauptversammlung der Kommission vom 15. September 1951 beschlossene Satzungsänderung⁶² – mit der primär der Gemeinnützigkeitsstatus erreicht werden sollte – bedurfte formal der Zustimmung aller Kommissionsmitglieder. Der im Februar 1952 per Rundschreiben ergangenen Aufforderung zur Unterschrift kamen immerhin 88 von Schlenger namentlich genannte Mitglieder nach,⁶³ die sich auf diese Weise zu ihrer Mitwirkung in der Kommission bekannten. Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit mit ihren hohen Mitgliederzahlen legte die Kommission nach 1951 – wohl im Blick auf ihr Selbstverständnis als exklusiver Kreis einer handverlesenen, wissenschaftlich hochqualifizierten Elite – zunächst freilich keinen Wert auf eine ‚Mitgliederinflation‘; im Gegenteil: Eine auch nur zaghafte Verjüngung blieb bis in die sechziger Jahre weitgehend aus. Wie drastisch der hieraus resultierende personelle Schrumpfungsprozess voranschritt, erhellt etwa aus dem Bericht Schengers über das Geschäftsjahr 1956, in dem nicht weniger als zehn unlängst verstorbener Kommissionsmitglieder gedacht werden musste, während umgekehrt keine einzige Zuwahl verkündet wurde.⁶⁴

So verwundert es nicht, dass – obwohl seit den frühen sechziger Jahren dann doch wieder vermehrt zugewählt wurde – bei Inkrafttreten der abermals überarbeiteten Satzung vom 17. Juli 1970⁶⁵ die Zahl der Ordentlichen Kommissionsmitglieder nur noch bei 54 lag,⁶⁶ Tendenz weiter abnehmend.⁶⁷ Als Reaktion auf diesen unübersehbaren Aderlass ist ein 1970 eingefügter Satzungsparagraf zu verstehen, der ab sofort auch schriftliche Zuwahlen – und damit eine personelle Ergänzung in Jahren ohne Mitgliederversammlung – erlaubte.⁶⁸

61 Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Helmut Neubach an „Herrn Rabbiner Dr. B. Brillung“, Mainz 5. Juli 1963, mit der Bitte um Hilfestellung bei der Erarbeitung eines „Diagramm[s] über die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Schlesien im 19. Jahrhundert“. Das zustimmende Antwortschreiben Brillings (Münster 23.07.1963) findet sich ebd.

62 Ebd.: Niederschrift über die Hauptversammlung der Historischen Kommission für Schlesien in Marburg/Lahn vom 15.09.1951 (gez. Herbert Schlenger).

63 Ebd.: Schreiben Schengers vom 14.07.1952.

64 Ebd.: Bericht über das Geschäftsjahr 1956 der Historischen Kommission für Schlesien (gez. Herbert Schlenger).

65 Abgedruckt bei Petry / Schlenger (+), *Fünfzig Jahre*, 410–413. § 2 der Satzung unterscheidet in a) Ehrenvorsitzende und Ehrenmitglieder, b) Förderer und c) Ordentliche Mitglieder (411).

66 Ebd., 401; Hinzu kam – als einziges institutionelles Fördermitglied – die Stadt Goslar in ihrer Rolle als Patenstadt des schlesischen Brieg.

67 Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Protokoll der Nürnberger Mitgliederversammlung vom 24.07.1980. Festgestellt wird darin – nachdem für den Zeitraum seit der vergangenen Würzburger Mitgliederversammlung von 1976 abermals 15 Sterbefälle vermeldet worden sind – ein Bestand von nur noch 45 ordentlichen Mitgliedern.

68 Ebd.: Jahresbericht 1969 (Typoskript, Durchschlag, gez. Ludwig Petry, Mainz 03.02.1970).

Zugleich hob eine Diskussion darüber an, ob die Zuwahl zur Kommission auch künftig als eine Ehrung individueller wissenschaftlicher Leistung zu verstehen sei – womit die Ordentlichen Mitglieder, wie zuvor, beitragsfrei geblieben wären – oder ob dieses Modell fortan durch eine freie Beitrittsmöglichkeit inklusive Beitragspflicht ersetzt werden solle.⁶⁹ Im Ergebnis hat sich ein bis in die Gegenwart fortbestehender Mittelweg durchgesetzt, dem zufolge das Zuwahl-Prinzip erhalten geblieben ist, die zugewählten Ordentlichen Mitglieder aber dennoch der Beitragspflicht unterliegen. Der zwischenzeitlich reaktivierte Status eines (nicht stimmberechtigten und dafür beitragsfreien) Korrespondierenden Mitglieds wurde seit den neunziger Jahren den Neumitgliedern aus Polen und Tschechien vorbehalten, im Zuge der jüngsten Satzungsrevision von 2017/18 aber wieder abgeschafft, um ein dauerhaftes Zweiklassensystem unter den Kommissionsmitgliedern zu vermeiden.

Von einer nennenswerten Partizipation der einfachen – also nicht dem Vorstand oder speziellen Ausschüssen angehörenden – Ordentlichen Mitglieder konnte zunächst übrigens keine Rede sein. Nach der Rekonstituierung der Kommission versandte Schlenger zwar regelmäßig Rundschreiben, doch fand während der gesamten fünfziger Jahre nur noch eine weitere Hauptversammlung statt (am 25./26. Oktober 1955). Die in dieser Hinsicht geringe Aktivität sei „aus Ersparnisgründen“ geboten gewesen, wie Petry später lapidar schrieb.⁷⁰ Erst die zu Beginn der sechziger Jahre intensivierte Arbeit an Band Zwei der *Geschichte Schlesiens* machte weitere Mitgliederversammlungen im Oktober 1962 (Goslar),⁷¹ im März 1963 (Mainz) sowie im Oktober 1964 (Dortmund)⁷² notwendig – bevor abermals eine fast fünfjährige Pause eingelegt wurde. Das nächste Treffen am 5. Juni 1969 in Marburg stand dann bereits im Zeichen des Todes von Herbert Schlenger (am 3. Dezember 1968) sowie der Neuwahl des Kommissionsvorstands, dem neben Petry (als neuem erstem Vorsitzenden) noch Appelt (als zweitem Vorsitzenden) und Menzel (als Geschäftsführer) angehörten.⁷³

69 Petry / Schlenger (†), Fünfzig Jahre, 401.

70 Ebd., 400.

71 Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Protokoll zu Tagung und Hauptversammlung der Kommission in Goslar, 22.–24.10.1962, gez. i. A. Helmut Neubach.

72 Ebd.: Einladungsschreiben zur Dortmunder Hauptversammlung am 18.–20.10.1964, gez. Helmut Neubach, Mainz 22.09.1964.

73 Petry / Schlenger (†) (Hg.), Fünfzig Jahre, 400.

4. Die zentralen Arbeitsvorhaben der Historischen Kommission für Schlesien in der Nachkriegszeit

Was die Strukturen angeht, ist festzuhalten, dass sich seit den fünfziger Jahren eine sowohl organisatorisch als auch personell enge Verzahnung bzw. Überschneidung der Historischen Kommission für Schlesien mit anderen, ähnlich ausgerichteten Institutionen ergab. Auf den Herder-Forschungsrat, von dem die wesentlichen finanziellen Zuwendungen etwa für Stipendien oder Druckkostenzuschüsse kamen, trifft dies ohnehin zu, aber ebenso auf weitere Vereine, Institute oder Stiftungen, deren Neu- oder Wiedergründung letztlich auf Initiative der Kommission oder einzelner ihrer Mitglieder erfolgte. Petry selbst sprach in diesem Zusammenhang von „nach dem Zusammenbruch wiedererstandenen oder neu geschaffenen wissenschaftlichen Einrichtungen, die wir nicht als Konkurrenten, sondern als gleichstrebende Helfer empfinden“.⁷⁴ Zu nennen wären hier das 1952 zunächst in Neumarkt/Oberpfalz ins Leben gerufene, 1957 nach Würzburg verlegt und später in eine Stiftung umgewandelte „Kulturwerk Schlesien“,⁷⁵ der 1953 reanimierte protestantische „Verein für schlesische Kirchengeschichte“,⁷⁶ der 1971 gleichfalls wiedergegründete „Verein für Geschichte Schlesiens“,⁷⁷ aus dem heraus die Kommission 1921 einst hervorgegangen war, oder schließlich das an der Universität Würzburg angesiedelte „Gerhard-Möbus-Institut für Schlesienforschung“⁷⁸ – erst 1982 offiziell gegründet, drei Jahrzehnte später auch schon wieder abgewickelt. Die enge institutionelle Verzahnung war auch insofern von Vorteil, als die Historische Kommission für Schlesien das organisatorische und finanzielle Niveau der Zwischenkriegszeit letztlich nie wieder erreichen konnte. Ohne die Möglichkeit der Einrichtung eines permanenten eigenen Stellenapparats blieb die Kommissionsarbeit im Wesentlichen eine ehrenamtliche und in ihrer Außenwirkung damit notwendigerweise begrenzt.

74 Ebd., 403.

75 Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Bericht über die erste Hauptversammlung des „Kulturwerks Schlesien e.V.“ am 11.07.1952 in Marburg/Lahn (mit Mitgliederliste und Gründungssatzung); Schmilewski, Ulrich: Entwicklung und Tätigkeit der Stiftung Kulturwerk Schlesien seit 1952. In: Ders./Schellakowsky, Johannes (Hg.): Integration und Erbe. Zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beitrag der Vertriebenen in Deutschland und Bayern. Würzburg 2005, 69–89; Der Gründer und erster Leiter des Kulturwerks, der vormalige Oppelner Kreisschulrat Karl Schodrok (ursprünglich Sczodrok; 1890–1978) war von 1934 bis zu seinem Tod Mitglied der Historischen Kommission für Schlesien.

76 <http://www.schleswig.de/html/geschichte.html> (05.07.2018).

77 Schellakowsky, Johannes / Schmilewski, Ulrich (Hg.): 150 Jahre Verein für Geschichte Schlesiens. Würzburg 1996.

78 <https://www.clio-online.de/webresource/id/webresource-2852> (05.07.2018); Vgl. Schmilewski, Ulrich: Schlesienforschung an der Universität Würzburg etabliert. In: Schlesischer Kulturspiegel 21/1 (1986), 1–2.

So wie bei den anderen ostdeutschen Kommissionen auch lag das inhaltliche Grundproblem indes darin, dass der Zugang zu den archivalischen Primärquellen seit 1945 abgeschnitten war. So gesehen, war historische Schlesienforschung nun nicht nur Landesgeschichte ohne Land, sondern, aus fachwissenschaftlicher Perspektive weit schlimmer noch, Landesgeschichte ohne Quellengrundlage. Um überhaupt arbeitsfähig zu bleiben, stand nun, in den Worten Schlengers, „eine systematische Durchmusterung aller westdeutschen Archive nach Silesiaca“ auf der Agenda. Ohne eine solche Inventarisierung sei „eine moderne, kritischen Ansprüchen genügende schlesische Landesgeschichte nicht möglich“.⁷⁹ Damit hatte Schlenger eine Herausforderung skizziert, die, wie er selbst in seinem Arbeitsbericht von 1953 unumwunden einräumte, „die Kräfte der Historischen Kommission übersteigt“ und die daher dem Herder-Forschungsrat übertragen werden müsse.⁸⁰ Zumindest ein konkretes Projekt in dieser Hinsicht trug die Kommission dann aber doch aus eigener Kraft, indem sie den Pensionär Rudolf Wenisch (1892–1967), vormals Archivar und Museumsdirektor im nordböhmischen Komotau, mit der Sichtung und Abschrift schlesischer Archivalien im Nürnberger Staatsarchiv beauftragte.⁸¹ Bis zu seinem Tod gelang es Wenisch, größere Bestände, darunter etwa sämtliche in den Nürnberger Ratsbüchern (15. bis frühes 17. Jahrhundert) bzw. Ratsverlässen (Mitte 15. bis frühes 19. Jahrhundert) festgehaltenen Angelegenheiten mit Schlesienbezug, entweder vollständig zu transkribieren oder zumindest zu Regesten zusammenzufassen.⁸²

Langwieriger Kärnerarbeit bedurfte auch die von der Kommission verantwortete *Schlesische Bibliographie*, zumal deren für die Jahre 1928 bis 1934 bereits druckfertig vorliegende Satzfarben in den Wirren des Krieges verloren gegangen waren und nun mühevoll rekonstruiert werden mussten. Hierfür und für die Fortsetzung der bibliographischen Arbeiten konnte der aus dem niederschlesischen Faulbrück, Kreis Reichenbach, gebürtige Bibliothekar Herbert Rister (1908–1993) gewonnen werden.⁸³

79 Schlenger, Die Historische Kommission, 591.

80 Ebd.

81 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 [unpag.]: Historische Kommission für Schlesien [d. i. Ludwig Petry]: Bericht über das Geschäftsjahr 1956 (darin der Abschnitt „Fortsetzung der Abschrift der schles. Archivalien im StA Nürnberg unter der Leitung von Archivrat i. R. Dr. Wenisch“; ein von Wenisch zusammengestelltes „Arbeitsprogramm“ sowie dessen „Bericht über die Arbeiten für die Schlesische Kommission [sic] im Staatsarchiv Nürnberg im Wirtschaftsjahr 1957/58“ vom 14.04.1958 liegen bei).

82 Petry / Schlenger (†), Fünfzig Jahre, 401 f. Vgl. die gleichsam als „Nebenprodukte“ von Wenischs Kommissionstätigkeit entstandenen Aufsätze: Wenisch, Rudolf: Aus dem Wortschatz der Nürnberger Ratsbriefbücher des 15. und 16. Jahrhunderts. Eine Anregung zur systematischen Sammlung und kritischen Beleuchtung der älteren Nürnberger Amtssprache. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 46 (1955), 140–161; Ders.: Nürnbergs Bedeutung als Oberhof im Spiegel seiner Ratsverlässe. Ebd., 51 (1962), 443–466.

83 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Aktennotiz Herbert Schlengers zur Wiederaufnahme der Arbeiten an der *Schlesischen Bibliographie* durch Herbert Rister, Marburg, 28.02.1953; Rundschreiben Schlengers an die Kommissionsmitglieder, Marburg, 28.02.1953, gleichfalls mit der

Risters eindrucksvolles bibliographisches Gesamtwerk, das im Ergebnis die Jahrgänge bis 1985 umfasst,⁸⁴ wurde von Petry bereits in dessen zum fünfzigsten Kommissionsjubiläum vorgelegter Zwischenbilanz mit der stolzen Einlassung gewürdigt, Schlesien gehöre „damit zu den bibliographisch am besten erschlossenen Geschichtslandschaften Mitteleuropas“.⁸⁵

Von den genannten Archivinventarisierungen und bibliographischen Grundlagenarbeiten abgesehen, erschien es zunächst naheliegend, die über den Krieg geretteten, aber noch unveröffentlichten Manuskripte zu sammeln, zu sichten und gegebenenfalls zu publizieren. Als Beispiel hierfür mag die mittelalterliche Rechtsgeschichte der Stadt Breslau aus der Feder des Historikers, Politikers und Kommissionsmitglieds Theodor Goerlitz (1885–1949)⁸⁶ dienen, die, nach langjähriger Arbeit, 1962 von Petry herausgebracht wurde.⁸⁷ Der Band erschien in der kommissionseigenen Reihe *Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte*,⁸⁸ in der im Sinne einer Bündelung und Verschlinkung die verschiedenen Schriftenreihen der Kommission aus der Vorkriegszeit jetzt zusammengeführt worden waren.

Schließlich galt es, die beiden Großprojekte wieder aufzunehmen und fortzuführen, die die Kommission schon bis 1939 vorrangig beschäftigt hatten: Das *Schlesische Urkundenbuch* und die bislang nur bis ins frühe 16. Jahrhundert vorgedrungene *Geschichte Schlesiens*. Zunächst war insbesondere das ja schon weit gediehene Urkundenbuch von zentraler Bedeutung: Für die weitere Bearbeitung standen nicht weniger als 14.000 über den Krieg gerettete Leica-Fotografien von Urkunden zur Verfügung,⁸⁹ Material also, das den Kommissionsmitgliedern die Möglichkeit bot, jenseits der unerreicht gewordenen schlesischen Archive wenigstens auf einigen Themenfeldern wieder eigenständige Quellenforschungen zu betreiben. Freilich hatte, ähnlich wie zu-

Meldung, die Arbeiten seien wiederaufgenommen worden – und zwar in der Form von Jahresberichten, die direkt an die ‚alte‘ bis 1941 alljährlich in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens veröffentlichte *Schlesische Bibliographie* wieder anschlossen. Zu Rister vgl. Chmielewski, Horst von: Nachruf auf Herbert Rister. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 43 (1994), 411–412.

84 Kersken, Norbert: Die *Schlesische Bibliographie*. Vom Einzelvorhaben zum Kooperationsprojekt. In: Bahlcke / Gehrke / Schmilewski (Hg.): *Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit*, Bd. 1, 251–276, hier 267–273.

85 Petry / Schlenger (+), *Fünfzig Jahre*, 396.

86 Zu Goerlitz, der zwischen 1921 und 1933 für die linksliberale DDP Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg gewesen war und sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in seine Geburtsstadt Breslau zurückgezogen hatte, um dort wieder seinen wissenschaftlichen Interessen nachzugehen, vgl. Wörster, Peter: „Dieser stille und emsige Breslauer Forscher“. Theodor Goerlitz (1885–1949). Baustein zu einer künftigen historischen Biographie. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 56 (2007), 237–250.

87 Zu den Arbeiten an der posthumen Veröffentlichung von Goerlitz' Manuskript enthält der Mainzer Nachlass Petry umfangreiche Unterlagen: Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 50–57, Nr. 71–74, Nr. 88, Nr. 106.

88 Goerlitz, Theodor: *Verfassung, Verwaltung und Recht der Stadt Breslau*. Hg. im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien von Ludwig Petry. Würzburg 1962.

89 [Petry, Ludwig]: Bericht über das Geschäftsjahr 1956.

vor schon die *Geschichte Schlesiens*, auch das Urkundenbuch eine Konkurrenzsituation mit einem auf polnischer Seite vorangetriebenen Parallelprojekt zu bestehen, konkret mit dem von Karol Maleczyński (1897–1968)⁹⁰ verantworteten *Codex diplomaticus nec non epistolaris Silesiae*.⁹¹ 1956 schrieb Petry beschwichtigend, es sei gar nicht das Ziel, „ein landesgeschichtliches Urkundenwerk zu schaffen, das dem im Erscheinen begriffenen Codex Diplomaticus von Maleczyński gegenübergestellt werden kann“. Vielmehr gehe es „letztlich um die wissenschaftliche Bewertung der gesamten älteren urkundlichen Quellen zur Geschichte der Besiedlung, der Verfassung und Verwaltung, der Wirtschaft und des sozialen Aufbaues der Bevölkerung Schlesiens“.⁹² Aus der Rückschau klang sein Urteil fünfzehn Jahre später schon deutlich kritischer: „Seine [Maleczyńskis] Edition – bis 1227 reichend – scheint freilich mit dem Tod des Bearbeiters zum Erliegen gekommen zu sein und vermag dem Eigenwert der über 1227 hinausreichenden deutschen Edition auch deshalb keinen Abbruch zu tun, weil Maleczyński nicht in jeder Hinsicht als zuständiger Fachmann für die Bearbeitung eines Codex Diplomaticus Silesiae gelten konnte.“⁹³

Was seine maßgeblichen Bearbeiter angeht, blieb das Urkundenbuch, so wie schon in der Vorkriegszeit, zunächst ein zum Großteil ‚österreichisches‘ Projekt. Die Arbeiten wurden zunächst an der Universität Graz vorangetrieben, wo das Kommissionsmitglied Heinrich Appelt 1948 zunächst auf eine außerordentliche, 1959 dann auf eine ordentliche Professur berufen worden war. Die dort auf Betreiben der Kommission eingerichtete Arbeitsstelle folgte Appelt 1963 auch an die Universität Wien; als Mitarbeiter für das Urkundenbuch zuständig waren in Graz zunächst Annelies Pferschy, in Wien anschließend Franz Dirnberger.⁹⁴ Zudem bot das Projekt die Gelegenheit, endlich auch die eigene Nachwuchsarbeit wieder zu intensivieren. So schrieb Appelt Ende 1959 an Petry: „Schlenger sandte mir unlängst einen gebürtigen Schlesier, Herrn Josef Joachim Menzel, nach Graz, der mit Hilfe eines Stipendiums bei mir eine Dissertation schreiben soll, die sich mit den Arbeiten am Urkundenbuch berührt. Schlenger und ich hoffen später einmal an ihm einen Mitarbeiter für das Urkundenbuch zu gewinnen.“⁹⁵ In der Tat ging aus der besagten Personalie nicht nur eine in der Kommissionsreihe publizierte Studie

90 Zu ihm vgl. Bobowski, Kazimierz: Pionier wśród historyków – profesor Karol Maleczyński. In: *Śląski Kwartalnik Historyczny* Sobótka 52 (1997), Nr. 3/4, 295–300.

91 Maleczyński, Karol (Hg.): *Kodeks dyplomatyczny Śląska. Zbiór dokumentów i listów dotyczących Śląska = Codex diplomaticus nec non epistolaris Silesiae*. Unter Maleczyńskis Verantwortung erschienen in den fünfziger und sechziger Jahren die folgenden Bände: Bd. 1: *Obejmujący lata 971–1204*. Wrocław 1956; Bd. 2: *Obejmujący lata 1205–1220*. Wrocław 1959; Bd. 3: *Obejmujący lata 1221–1227*. Wrocław 1964.

92 [Petry, Ludwig]: Bericht über das Geschäftsjahr 1956.

93 Petry / Schlenger (†), *Fünfzig Jahre*, 397.

94 Schlenger, Herbert: Die Historische Kommission für Schlesien im Jahrzehnt 1954–1964. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 14 (1965), 485–493, hier 485–487.

95 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 [unpag.]: Heinrich Appelt an Ludwig Petry, Graz, 01.12.1959.

zur schlesischen Dominalverfassung hervor,⁹⁶ vielmehr erfolgte 1962 auch Menzels Zuwahl in die Kommission, die er zunächst als Geschäftsführer (1969–1988), dann als erster Vorsitzender (1988–2005) für nahezu vier Jahrzehnte mit prägen sollte.

Konflikte zwischen einzelnen Kommissionsmitgliedern bzw. Projektmitarbeitern wurden in den offiziellen Verlautbarungen der Kommission indes zumeist mit Stillschweigen übergangen. Wenn Petry später schrieb, der Freiburger katholische Kirchenrechtler Bernhard Panzram (1902–1998), Kommissionsmitglied seit 1934, habe der Wiener Arbeitsstelle um Appelt zu deren „große[r] Erleichterung“ seine im Breslauer Staatsarchiv einst auf eigene Kosten kopierten Urkunden-Regesten „zur Verfügung gestellt“;⁹⁷ so verschwieg er, dass um die besagten Regesten-Abschriften tatsächlich ein erbitterter Streit geführt wurde, über dem die langjährige Freundschaft zwischen Appelt und Panzram offenbar zerbrach. Panzrams Vorhaben, seine Regesten unabhängig von der geplanten Urkundenedition herauszubringen, ließ in Wien die Alarmglocken schrillen. Gegenüber Petry betonte Appelt Ende 1959 ausdrücklich, der „alleinige Autor“ von Band 1 des Urkundenbuchs sei er selbst, die gleichzeitige Publikation von Regesten hingegen ein Unding.⁹⁸ In seiner Replik beschwerte Panzram sich darüber, dass Appelt die an ihn, Panzram, gerichteten Briefe per Durchschlag auch gleichzeitig an Aubin und Petry gerichtet und sie somit „aus der Diskretion intim-freundschaftlichen Briefverkehrs herausgelöst“ habe.⁹⁹ Appelts Auffassung, dass ein Regestenbuch eine Konkurrenz zu einer Urkundenedition darstelle, sei ohnehin nicht nachvollziehbar. „Dazu kommt, daß Du Dir anscheinend nicht die geringste Mühe machst, mein äußeres und inneres Verhältnis zu den handschriftlichen Regesten, mit deren Hilfe Du jetzt hübsch schnell vorwärtszukommen scheinst, zu ergründen.“¹⁰⁰ Mit dieser Ignoranz, so Panzram abschließend an Schlenger, habe Appelt „die von mir intendierte Gegenseitigkeit zerstört“.¹⁰¹

Der in Appelts Verantwortung erarbeitete und bis zum Jahr 1230 reichende erste Band des Schlesischen Urkundenbuchs erschien dann, in mehreren Einzellieferungen, zwischen 1963 und 1971.¹⁰² Anschließend ging das Gesamtprojekt – zunächst auf

96 Menzel, Josef Joachim: *Jura Ducalia. Die mittelalterlichen Grundlagen der Dominalverfassung in Schlesien*. Würzburg 1964.

97 Petry / Schlenger (+), *Fünfzig Jahre*, 398. Zu Panzram vgl. Peter Stockmann: Art. Bernhard Panzram. In: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* 30 (2009), 1083–1090.

98 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Heinrich Appelt an Ludwig Petry, Graz, 23.11.1959; vgl. ebd.: Heinrich Appelt an Ludwig Petry, Graz, 1. Dezember 1959: „Seit 30 Jahren sind sich alle darüber einig, dass das Urkundenbuch eine Notwendigkeit ist. Allen Widerständen zum Trotz ist es nun doch gelungen, die Sache so weit zu fördern, dass die Arbeit am 1. Band vor dem Abschluss steht. Wieso nun zwischendurch Regesten zustande kommen sollen, bleibt mir unverständlich.“

99 Ebd.: Bernhard Panzram an Heinrich Appelt, Freiburg i. Br., 29.11.1959.

100 Ebd.

101 Ebd.: Bernhard Panzram an Herbert Schlenger, Freiburg i. Br., 09.01.1960.

102 *Schlesisches Urkundenbuch*, bearb. von Heinrich Appelt, Bd. 1, erste Lieferung: 971–1216. Köln/Weimar/Wien 1963; Bd. 1, zweite Lieferung: 1217–1230. Köln/Weimar/Wien 1968; als Gesamtbd. 1 (971–1230) erschienen Köln, Weimar, Wien 1971.

Grundlage eines DFG-Stipendiums, ab 1978 dann im Rahmen einer Mitarbeiterstelle am Herder-Forschungsrat – in die Hände von Winfried Irgang über. In der Verantwortung Irgangs, der 1976 selbst in die Kommission gewählt wurde und ihr als Nachfolger Menzels zwischen 2005 und 2013 vorsah, folgten bis 1998 fünf weitere Bände.¹⁰³ Panzrams geplantes Regestenwerk indes blieb dauerhaft in der Schublade.

An der Universität Mainz wiederum, der Wirkungsstätte Petrys und auch Menzels (der dort 1972 eine Professur erhielt), wurden die Arbeiten an der *Geschichte Schlesiens* angesiedelt, die sich zunächst allerdings in einer 1961 veröffentlichten, weitgehend unveränderten und lediglich um ein ganz neugeschriebenes Kapitel zur *Vorgeschichte Schlesiens* ergänzten Neuauflage des ersten Bandes erschöpften.¹⁰⁴ Wesentlich wichtiger indes erschien ein Zeitplan für den noch unverwirklichten zweiten Band, mit dessen inhaltlicher Vorbereitung 1959 begonnen wurde¹⁰⁵ – auch wenn das von Schlenger vorgeschlagene Procedere, die Mitarbeiter im Schnitt alle sechs Monate zu Arbeitsgesprächen zusammenkommen zu lassen,¹⁰⁶ sich letztlich als zu ehrgeizig erwies. Angesichts der Vielfalt der zu berücksichtigenden Einzelthemen fiel zudem schon bald der Entschluss, den zweiten Band – ausgehend von der Eroberung des größten Teils von Schlesien durch Preußen als der entscheidenden Zäsur – in zwei Einzelbände zu unterteilen, deren erster (nunmehr Band Zwei) den Zeitraum 1526 bis 1740 umfassen und deren zweiter (nunmehr Band Drei) von 1740 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs reichen sollte.¹⁰⁷

Zur Vorbereitung des mit Priorität vorangetriebenen zweiten Bandes gelang es der Kommission, ab 1962 an der Universität Mainz zumindest eine Halbtags-Mitarbeiterstelle einzurichten und zu finanzieren, deren Inhaber Helmut Neubach in der Folgezeit faktisch als eine Art Kommissionssekretär wirkte und in dieser Funktion die dem Fortgang der *Geschichte Schlesiens* gewidmete Mainzer Arbeitstagung vom 29./30. März 1963 organisierte.¹⁰⁸ Zudem wirkte Neubach in dieser Zeit auch maßgeblich an der Wiederaufnahme der populären Reihe *Schlesische Lebensbilder* mit.¹⁰⁹ Mit Neubachs Weggang in den Schuldienst 1968 hatte sich diese Konstruktion allerdings erledigt, ohne dass die Kommission anschließend je wieder über einen hauptamtlichen Mitar-

103 Schlesisches Urkundenbuch, bearb. von Winfried Irgang, Bd. 2: 1231–1250. Köln, Weimar, Wien 1977; Bd. 3: 1251–1266. Köln/Weimar/Wien 1984; Bd. 4: 1267–1284. Köln/Weimar/Wien 1988; Bd. 5: 1282–1290. Köln/Weimar/Wien 1993; Bd. 6, unter Mitarb. von Daphne Schadewaldt: 1291–1300. Köln/Weimar/Wien 1998.

104 Vgl. [Petry, Ludwig]: Bericht über das Geschäftsjahr 1956.

105 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Herbert Schlenger an das Kommissionsmitglied Oberarchivrat Walther Latzke, Kiel, 08.10.1959. Latzke (1904–1991) hatte bereits vor Kriegsausbruch zugesagt, für den zweiten Band das Kapitel über Österreichisch Schlesien (1742–1933) zu verfassen.

106 Ebd.

107 Petry / Schlenger (+), Fünfzig Jahre, 399.

108 Schlenger, Die Historische Kommission, 491 f.

109 Neubach / Petry, Schlesische Lebensbilder, Bd. 5.

beiter verfügt hätte. Dass mit Schlenger und Aubin zwei maßgebliche Projektverantwortliche im Dezember 1968 bzw. März 1969 kurz hintereinander verstarben, tat ein Übriges, den Bearbeitungsgang nochmals zu verzögern, so dass Band Zwei der *Geschichte Schlesiens* am Ende erst 1973 erscheinen konnte.¹¹⁰

Waren zwischen den ersten konzeptionellen Überlegungen und der Drucklegung also immerhin 14 Jahre verstrichen, so nahm die Bearbeitung des bis 1945 reichenden Abschlussbandes eine noch längere Zeit in Anspruch. Eine ganze Reihe von in den siebziger Jahren hierzu durchgeführten Arbeitstagungen – einschließlich der zu diesen Anlässen wiederholt ausgesprochenen Mahnungen an einzelne Autoren, die von ihnen zugesagten Kapitel endlich abzuliefern¹¹¹ – änderten nichts daran, dass sich das Erscheinen noch bis 1999 verzögerte.¹¹² In der Gesamtschau waren in die noch im deutschen Vorkriegs-Breslau begonnene Synthese also, wenn auch mit größeren Unterbrechungen, mehr als sechzig Jahre Arbeit investiert worden. Ungeachtet diverser historisch-politisch fragwürdiger Aussagen lässt sich jedenfalls nicht von der Hand weisen, dass die *Geschichte Schlesiens* in den dreißiger Jahren mit einem methodischen Ansatz gestartet war, der in seiner expliziten Interdisziplinarität seinerzeit durchaus neuartig und innovativ erschien. Eine gewisse Tragik des Gesamtprojekts liegt vielmehr darin, dass die beiden erst mit großer Verzögerung nachgeschobenen Folgebände zum Zeitpunkt ihres Erscheinens den aktuellen Forschungsstand wie auch die seit den sechziger Jahren geführten großen Methodendebatten der Geschichtswissenschaft längst nicht mehr angemessen widerspiegeln.

110 Petry, Ludwig / Menzel, Josef Joachim (Hg.): *Geschichte Schlesiens*, Bd. 2: Die Habsburgerzeit 1526–1740. Im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien unter Mitarbeit von Hermann Aubin u. a. Darmstadt 1973.

111 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 76 unpag.: Niederschrift über die Tagung der Historischen Kommission für Schlesien: „Geschichte Schlesiens“, Bd. II und III, Marburg, 01./02.07.1973; Arbeitstagung der Mitarbeiter und Berater von Bd. 3 der „Geschichte Schlesiens“, Marburg, 01.–03.11.1974 (mit Lister der 24 Teilnehmer, Programm und Protokoll: insgesamt zwanzigseitiges Typoskript); Protokoll der Tagung der Historischen Kommission für Schlesien zu Bd. 3 der „Geschichte Schlesiens“ am 09./10.09.1976 in Würzburg (dreizehnseitiges Typoskript). Vgl. ebd., Nr. 80 unpag.: Ludwig Petry: Jahresbericht der Historischen Kommission für Schlesien für 1981, Mainz, 10.02.1982 (mit der Feststellung, dass für den dritten Band immer noch drei von insgesamt zwölf Kapiteln gänzlich fehlten).

112 Menzel, Josef Joachim (Hg.): *Geschichte Schlesiens*, Bd. 3: Preußisch-Schlesien 1740–1945; Österreichisch-Schlesien 1740–1918, 1918–1945. Im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien in Verbindung mit Konrad Fuchs und Hubert Unverricht. Stuttgart 1999.

5. Zwischen Beharrung und Neubeginn: Die wissenschaftlich-politische Positionierung der Historischen Kommission für Schlesien in der Nachkriegszeit

Die Jahre 1968–1969 stellten für die Historische Kommission für Schlesien gerade in personeller Hinsicht eine wesentliche Zäsur dar. Sie wurde im Kontext der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte noch verstärkt. Die Studentenrevolte und der nachfolgende Regierungswechsel hin zur sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt forcierten die kritische Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit – eine Auseinandersetzung, die auch vor der Rolle der Geschichtswissenschaft und der sie tragenden Institutionen nicht haltmachte.

Mit Herbert Schlenger und Ludwig Petry fand die Kommission ihre beiden prägenden Nachkriegsfiguren jedenfalls in zwei Gelehrten, die beide nicht frei von persönlicher Verstrickung waren. Schlenger war 1937 der NSDAP beigetreten, im Zweiten Weltkrieg, in dem er an der Ostfront als Meteorologe eingesetzt war, allerdings unauffällig geblieben.¹¹³ Bei Petry, SA-Mitglied seit November 1933 und Parteigenosse gleichfalls seit 1937, gestaltete sich die Sachlage deutlich problematischer: Unter der Ägide Aubins und gemeinsam mit den Kommissionsmitgliedern Walter Kuhn (1903–1983)¹¹⁴ und Ernst Birke (1908–1980) sowie drei weiteren Wissenschaftlern, unter ihnen der eigens von der Berlin-Dahlemer Publikationsstelle abgestellte Historiker Theodor Schieder (1908–1984), hatte Petry Ende September 1939, vier Wochen nach dem deutschen Überfall auf Polen, Vorarbeiten für eine geplante *Denkschrift über die ostdeutsche Reichs- und Volkstumsgrenze* geleistet.¹¹⁵ Unter der Prämisse, dass „das dem Reiche zufallende Gebiet [...] möglichst geschlossen von deutscher Bevölkerung besiedelt sein“ sollte, plädierte der Entwurf gleichwohl für eine weit über die alte Reichsgrenze von 1914 hinaus auf historisch polnisches Gebiet ausgreifende Grenzziehung. Um diese neue Grenze ethnographisch abzusichern, gelte es, die „Voraussetzungen und Gründe für die Umsiedlung und Verpflanzung großer Menschenmassen in der Vergangenheit und die Frage nach der Aufnahmefähigkeit der zur Verfügung stehenden Gebiete“ einer präzisen wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen.¹¹⁶ Perspektivisch muss man es wohl als Petrys persönliches Glück bezeichnen, dass die besagte Denkschrift unter geändertem Titel (*Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Gebieten*)

113 Vgl. Lotz, Herbert Schlenger, 432.

114 Zur Rolle des Volkskundlers und Siedlungshistorikers Kuhn im Kontext der deutschen Ostforschung vgl. Bönisch-Brednich, Brigitte: Volkskundliche Forschung in Schlesien. Eine Wissenschaftsgeschichte. Marburg 1994 insb. 237–249; Pinwinkler, Alexander: Walter Kuhn (1903–1983) und der Bielitzer „Wandervogel e. V.“ Historisch-volkskundliche „Sprachinselforschung“ zwischen völkischem Pathos und politischer Indienstnahme. In: Zeitschrift für Volkskunde 105/1 (2009), 29–52.

115 Irgang, Ludwig Petry, 454; Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 372–376.

116 Zit. nach Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 374.

letztlich dann von Schieder allein fertiggestellt wurde – und als berüchtigte *Polendenkschrift* des 07. Oktober 1939¹¹⁷ in der späteren historischen Aufarbeitung entsprechend auch meist nur mit Schieders Namen in Verbindung gebracht worden ist.

Gewiss wäre es verfehlt anzunehmen, die deutsche Katastrophe des Jahres 1945 hätte in den Denk- und Deutungsmustern der führenden deutschen Ostforscher überhaupt keine Spuren hinterlassen. Zumindest die Terminologie wandelte sich teilweise: Wo vor 1945 germanozentrische Begriffe wie „Volkstum“, „Volkwerdung“ und „völkischer Staat“ oder die Lobpreisung einer vermeintlich spezifisch „deutschen Leistung im Ostraum“ im Mittelpunkt gestanden hatten, war nun auffallend häufig von den „geschichtlichen Leistungen des Abendlandes“ oder von der „abendländischen Kulturgemeinschaft“ die Rede. Eine ernsthafte Traditionskritik oder gar eine geistige Neuorientierung lässt sich aus dieser Begriffsrevision freilich nicht herauslesen. Der Abendland-Topos hatte durchaus auch schon in der Weimarer Zeit zur geistigen Rüstkammer völkisch-konservativen Denkens gehört und musste nun lediglich reaktiviert werden.¹¹⁸ Im Ergebnis stand eine semantische Akzentverschiebung, für die, wie es Eduard Mühle in seiner Aubin-Biographie ausgedrückt hat, „das alte Bild von einem besonderen geschichtlichen Beitrag des deutschen Volkes [...] keineswegs aufgegeben, lediglich gleichfalls ‚europäisiert‘ werden“ musste.¹¹⁹

Wie sehr insbesondere der Kommissionsehenvorsitzende Aubin den alten Denkmustern auch nach 1945 verhaftet blieb, erhellt selbst aus scheinbar nebensächlichen Details. Wie bereits angesprochen, wurde die 1961 herausgebrachte Neuauflage des ersten Bandes der *Geschichte Schlesiens* lediglich durch ein einzelnes, völlig neugeschriebenes Kapitel ergänzt, eine *Vorgeschichte Schlesiens*, für die man den Bonner Archäologen Otto Kleemann (1911–1996)¹²⁰ verpflichtet hatte. Mit dessen eingereichtem Manuskript, insbesondere dem darin enthaltenen *Slawenkapitel*, zeigte Aubin sich in einem Schreiben an Petry vom Oktober 1958 wenig zufrieden: Bei der Lektüre des Textes gewinne man „kein Bild von der Kulturstufe der Slawen“ – und von „ihrer Berührung mit den Germanenresten“, von denen sie beispielsweise wandalische Vorbilder im Bereich der Keramik übernommen hätten.¹²¹ Auch sei in Kleemanns Manuskript, wie Aubin ein Vierteljahr später in geradezu wortklauberischer Manier noch nach-

117 Zu Schieders *Polendenkschrift* vgl. Nonn, Christoph: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2013, 85–91; Haar, Historiker im Nationalsozialismus, 327–332.

118 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 598–600.

119 Zit. nach Mühle: Für Volk und deutschen Osten, 591. Zur Kontinuitätsproblematik vgl. Oberkrome, Willi: Zur Kontinuität ethnozentrischer Geschichtswissenschaft nach 1945. Weltanschauung und politisches Engagement der westdeutschen Kulturraumforschung in den fünfziger Jahren. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), 50–61.

120 Vgl. Kleemann, Otto: Die Anfänge der Geschichte Schlesiens. Konzepte einer landeskundlichen Vorgeschichte. Köln 1959.

121 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Hermann Aubin an Ludwig Petry, Freiburg i. Br., 31.10.1958.

legte, die Rede „von der Übernahme der einfachsten organisatorischen Einrichtungen und einem gewissen Abstand nur im gesellschaftlichen Leben“. Es könne aber „doch kein Zweifel bestehen, daß die politische Organisation der Slawen noch hinter der der Wandalen erheblich zurückstand [...]. Ich meine, daß man also auch von einem Abstand und nicht nur von einem ‚gewissen Abstand‘ sprechen muß.“¹²² Die Vorstellung einer prinzipiell ‚niedrigeren Kulturstufe‘ der slawischen Völker gegenüber dem ‚germanisch-deutschen Element‘ blieb in Aubins Geschichtsbild ein ehernes Dogma, dessen Infragestellung oder auch nur Relativierung nicht geduldet werden konnte.

Auch andere, weniger prominente Kommissionsmitglieder erwiesen sich nach 1945 als politisch-ideologische Altlast. Der Sprachwissenschaftler und Mundartforscher Wolfgang Jungandreas (1894–1991)¹²³ etwa, der während des Krieges eine Professur an der unter deutscher Besatzung eigens gegründeten „Reichsuniversität Posen“ ergattert hatte und seit 1951 in Mainz als Extraordinarius lehrte, übersandte Petry im Frühjahr 1957 eine kleine Schrift, in der er sich bitter darüber beklagte, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft seine Anträge auf weitere Förderung seines *Schlesischen Wörterbuchs* seit drei Jahren unisono abgelehnt habe, weshalb er das Projekt aus finanziellen Gründen nunmehr abbrechen müsse. Diese Zurückweisung hielt Jungandreas bezeichnenderweise weniger aus wissenschaftlichen als vielmehr aus politischen Gründen für fatal:

Eine große Möglichkeit ist auch für unser Schlesien damit verpaßt. Das stärkste Argument für unser Anrecht auf den deutschen Osten sind nicht die rein historischen und rechtlichen Gesichtspunkte [...]. Es sind dies vor allem die realen Tatsachen im 13. und 14. Jahrhundert: die deutsche und schlesischmundartliche Sprache der Bevölkerung im Oderlande.¹²⁴

Bei alledem ist freilich festzuhalten, dass die Historische Kommission für Schlesien in politischer Hinsicht selbst nach außen zu keinem Zeitpunkt einheitlich auftrat und dass die große Mehrheit ihrer Mitglieder in der Nachkriegszeit immer wieder Anpassungen vollzog, wenngleich oft zögerlich. Ganz generell musste die Ostforschung jenseits ihrer konkreten fachlichen Projekte ihren Platz innerhalb der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft erst finden. Nachdem der zunächst verfolgte Plan der Gründung einer eigenständigen „Ostuniversität“ gescheitert war, verlegte man sich auf etwas bescheidenere Ziele: Hierzu zählten der Aufbau von Patenschaften westdeutscher Hochschulen für erloschene ostdeutsche Einrichtungen, eine möglichst gezielte Stel-

122 Ebd.: Hermann Aubin an Ludwig Petry, Freiburg i. Br., 05.02.1959.

123 Zu ihm vgl. Haubrichs, Wolfgang: Nachruf auf Prof. Dr. Wolfgang Jungandreas. In: Kurtrierisches Jahrbuch 31 (1991), 16–19.

124 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Jungandreas, Wolfgang: „Das schlesische Wörterbuch und die Deutsche Forschungsgemeinschaft“, Trier, im April 1957 (Druckfassung).

lenbesetzungspolitik im universitären Bereich sowie eine intensive Nachwuchsförderung.¹²⁵

Vor allem letzteres machte Schlenger sich in den fünfziger und sechziger Jahren zur Herzensaufgabe. Seit 1951 oblagen ihm die Vorbereitung und Leitung der regelmäßig stattfindenden Nachwuchstagungen des Herder-Instituts, auf deren möglichst „interdisziplinäre“ Zusammensetzung er großen Wert legte.¹²⁶ Entsprechend wurden auch die vom Würzburger Kulturwerk Schlesien veranstalteten, inhaltlich vergleichbar angelegten „schlesischen Studententagungen“ aus der Kommission heraus nach Kräften unterstützt.¹²⁷ Dass Schlenger im Frühjahr 1957 eine Berufung auf den Lehrstuhl für die Geographie Osteuropas an der Freien Universität Berlin ausschlug und stattdessen auf einen Lehrstuhl für allgemeine Geographie in Kiel wechselte, begründete er intern damit, dass er in Berlin nur Studierende erreicht hätte, die bereits von Hause aus an Osteuropa interessiert seien. Sein Kieler Lehramt hingegen biete ihm die Möglichkeit, das historisch-geographische Wissen über den Osten auch darüber hinaus zu verbreiten.¹²⁸ In die gleiche Richtung zielte das Ansinnen, Sammelrezensionen zu neueren Publikationen aus dem Bereich der historischen Schlesienforschung in hoher Auflagenzahl als Sonderdrucke zu verbreiten: „Als ein Mittel, die im ganzen Lande verstreuten und zum Teil auch recht isolierten schlesischen Heimatforscher und die schlesischen Studenten stärker an die allgemeinen Einrichtungen der deutschen Landesgeschichtsforschung heranzuführen und dadurch möglichst zu aktivieren.“¹²⁹

Zu berücksichtigen ist dabei, dass neben der osteuropäischen Geschichte nun auch die Slawistik immer stärker das Fundament der deutschen Ostwissenschaften bildete.¹³⁰ Das hochmütige Motto *Slavica non leguntur* – „Slawisches liest man nicht!“ – hatte die Vorkriegsforschung noch stark geprägt. Aubin selbst beispielsweise pflegte seine engeren Mitarbeiter zwar zum Erlernen einer Ostsprache anzuhalten, hatte entsprechende Kenntnisse persönlich aber niemals für nötig erachtet.¹³¹ Vor allem die fehlenden Polnischkenntnisse zahlreicher Kommissionsmitglieder machten es im Kontext der verschiedenen Arbeitsprojekte immer wieder erforderlich, einen externen

125 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 432–435.

126 Schriftliche Auskunft des Kommissionsmitglieds und vormaligen Direktors des Marburger Herder-Instituts (1990–1995), Dr. Hugo Weczerka, April 2017 (dem Verfasser vorliegend).

127 Vgl. Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 76 unpag.: Bericht Karl Schodroks über eine „schlesische Studententagung“ im Würzburger Kulturwerk Schlesien vom 22.–24.10.1959, auf der die Kommissionsmitglieder Schlenger, Kuhn, Birke (zugleich Tagungsleiter), Latzke, Grundmann und Petry als Referenten aufgetreten waren. Vgl. ferner Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Berichte über die Würzburger „Arbeitstagungen schlesischer Studenten“ vom 26.–29.10.1964 bzw. vom 02.–06.10.1967.

128 Schriftliche Auskunft Dr. Hugo Weczerka, April 2017. Vgl. Petry, Herbert Schlenger, 8.

129 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Aktennotiz des Kommissionsmitglieds Ernst Birke, Marburg, 03.11.1959.

130 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 446, 448–451.

131 Ebd., 243.

Übersetzer zu beschäftigen und zu bezahlen.¹³² Schlenger hingegen, der selbst schon frühzeitig das Polnische und später, in der Kriegsgefangenschaft, auch das Russische erlernt hatte, warb unter seinen Studenten mit Nachdruck für eine zumindest passive Beherrschung slawischer Sprachen als Voraussetzung für eine fruchtbringende wissenschaftliche Beschäftigung mit Ostmitteleuropa.¹³³

Wenn man die polnische und die tschechische Wissenschaft nun deutlich ernsternahm als zuvor, bedeutete dies freilich noch nicht, dass man das eigene tradierte Geschichtsbild bereits kritisch hinterfragt hätte. In diesem langwierigen Prozess kann die Historische Kommission für Schlesien auch schwerlich als Vorreiter gelten. Ein Paradigmenwechsel begann sich frühestens in dem Moment abzuzeichnen, als es Aubin 1959 nicht gelang, einen seiner Schüler als Nachfolger auf den Vorsitz des Herder-Forschungsrats zu hieven, und der stattdessen gewählte deutschböhmische Historiker Eugen Lemberg (1903–1976) das Gremium erstmals zu ernsthafter Traditionskritik aufforderte.¹³⁴ Auf der 1963 vom Forschungsrat organisierten Tagung „Deutsche und europäische Ostsiedlungsbewegung“ war es dann der Mediävist Walter Schlesinger (1908–1984),¹³⁵ der eben dieser Aufforderung nachkam. Seinen wenig erfreuten Kollegen schrieb Schlesinger ins Stammbuch „daß wir uns davon lösen sollten [...], politische Forderungen und Wünsche der Gegenwart mit historischen Argumenten unterstützen oder gar begründen zu wollen“.¹³⁶

Bis sich ein solches, von geschichtspolitischen Prämissen befreites Geschichtsbild auch in den Reihen der Historischen Kommission für Schlesien durchsetzte, verging noch etwas Zeit. Die polnische Forschung wurde, wie schon dargelegt, bis in die sechziger Jahre hinein nicht als potentieller Kooperationspartner, sondern primär als Konkurrenz angesehen. Zugleich musste die westdeutsche Schlesienforschung mit einer gewissen Hilflosigkeit zur Kenntnis nehmen, wie rasch eine neue polnische Wissen-

132 Seit den siebziger Jahren erledigte dies vornehmlich der aus Oberschlesien stammende und nun in Regensburg ansässige Pensionär Wilhelm Mitko, dessen Übertragungen aus dem Polnischen in erster Linie der Arbeit am dritten Band der *Geschichte Schlesiens*, aber auch diversen Tagungsbänden zugutekamen. Vgl. Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 80 unpag.: [Petry, Ludwig]: Jahresbericht der Historischen Kommission für Schlesien für 1979, Mainz, 31.01.1980; [Petry, Ludwig]: Jahresbericht der Historischen Kommission für Schlesien für 1981, Mainz, 10.02.1982. Auch in den neunziger Jahren war Mitko noch entsprechend tätig. Vgl. Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Jahresbericht der Historischen Kommission für Schlesien für 1995, Mainz 20.02.1996.

133 Petry, Herbert Schlenger, 10.

134 Mühle, Für Volk und deutschen Osten, 457–459. Zu Lemberg vgl. Seibt, Ferdinand: Lemberg, Eugen (1903–1976). In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N.F. 27 (1979), 152–157.

135 Vgl. Neitmann, Klaus: Eine wissenschaftliche Antwort auf die politische Herausforderung des geteilten Deutschlands und Europas. Walter Schlesinger, die ost(mittel)deutsche Landesgeschichte und die deutsche Ostforschung. In: Bünz, Enno (Hg.): *100 Jahre Landesgeschichte (1906–2006)*. Leipziger Leistungen, Verwicklungen und Wirkungen. Leipzig, 225–284.

136 Zit. nach Hackmann: An einem neuen Anfang der Ostforschung, 233; zu Kontext und Wirkung des besagten Schlesinger-Referats vgl. ebd., 232–234.

schafflergeneration die historische Region Schlesien als einen selbstverständlichen Bestandteil der eigenen Nationalgeschichte begriff und als Untersuchungsgegenstand entsprechend vereinnahmte. Ein vernehmbar elegischer Grundton durchzog bereits ein Ende 1959 von Petry an Panzram gerichtetes Schreiben:

Der gerade kurz zuvor veranstaltete Gastvortrag des Herrn [Waclaw] Długoborski im Institut von Herrn [Gotthold] Rhode und die dabei sichtbar gewordenen wissenschaftlichen Absichten der Polen stimmen doch recht nachdenklich und lassen es vordringlich erscheinen, daß wir – ein wenig pathetisch formuliert: die vielleicht auf lange Zeit letzte Generation, die das Sachwissen um das deutsche Schlesien bis 1945 und (in wechselndem Ausmaß) slawische Sprachkenntnisse in Personalunion vereinen – denkbar rationell zusammen- und einander in die Hände arbeiten, um die deutsche Stimme im Chor der internationalen Ostwissenschaft vernehmlich und überzeugend zur Geltung zu bringen.¹³⁷

Wie wichtig aber gerade im eigenen Interesse ein näheres Kennenlernen der anderen Seite war – und in weiterer Perspektive möglicherweise dann auch eine grenzübergreifende Zusammenarbeit –, deutet sich in den Kommissionsunterlagen bereits in der zweiten Hälfte der Ära Schlenger zunehmend an. Gemeinsam mit seinem Assistenten Menzel und einer Gruppe Mainzer Studenten (unter ihnen Winfried Irgang) hatte Petry 1966 erstmals eine mehrtägige Studienfahrt in die Tschechoslowakei unternommen.¹³⁸ Das spätere Kommissionsmitglied Hugo Weczerka (1930–2021) wiederum war bereits in den frühen sechziger Jahren auf DDR-Tagungen mit verschiedenen polnischen Kollegen in Kontakt gekommen. Hieraus ergab sich eine enge Beziehung zum bedeutenden Schlesienhistoriker Władysław Czapliński (1905–1981),¹³⁹ den Weczerka 1971 auch erstmals privat in Breslau besuchte.¹⁴⁰

Der gegenseitige Austausch intensivierte sich in den siebziger Jahren, wobei von bundesdeutschen Stellen jetzt auch vermehrt Forschungsstipendien „zur Ermittlung

137 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 36 unpag.: Ludwig Petry an Bernhard Panzram, Mainz, 20.12.1959. Die Rede ist hier von dem polnischen Historiker Waclaw Długoborski, der bis 1996 als Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Wirtschaftsuniversität Breslau lehrte, bzw. von dem von Gotthold Rhode (1916–1990) geleiteten Mainzer Institut für Osteuropäische Geschichte.

138 Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Schreiben des Vertreters des heimatkundlichen Instituts Olmütz (Vlastivědný Ústav v Olomouci), Dr. Zdeněk Šprinc, an Menzel vom 16.06.1967 mit einer Danksagung für die „Einsendung des Berichts über die Exkursion Ihres Seminars in die Tschechoslowakei im Jahre 1966 [...]. Es ist wirklich interessant zu erfahren, woran [sic] die ausländischen jungen Historiker bei de [sic] Stadt- und Museum-Besichtigung den grössten Wert legen.“

139 Zu Czapliński, der zwischen 1946 und 1970 als ordentlicher Professor an der (nunmehr polnisch gewordenen) Universität Breslau/Wrocław lehrte, vgl. Matwijowski, Krystyn: Władysław Czapliński jako uczony i wychowawca. Wrocław 1984.

140 Schriftliche Auskunft Dr. Hugo Weczerka, April 2017 (dem Verfasser vorliegend).

und Erschließung von Ostarchivalien“ vergeben wurden.¹⁴¹ In einer Zeit, in der die west-östliche Entspannungspolitik Aufenthalte deutscher Forscher in polnischen Archiven unter gewissen Bedingungen wieder möglich gemacht hatte, mögen solche Kontakte zunächst noch weniger dem Bedürfnis nach Aufarbeitung politisch-historischer Altlasten entsprungen sein als vielmehr dem ganz pragmatischen Bestreben der Kommissionsmitglieder, endlich wieder direkten Quellenzugang zu erhalten. Doch hebt sich dieser zögerliche Aufbruch bereits markant ab von der mitunter verstockt wirkenden Selbstisolierung der fünfziger Jahre – ein Prozess, der von Petry als der prägenden Autorität dieser Jahre jedenfalls nicht behindert, sondern behutsam unterstützt und gefördert wurde.

Zeitgleich wurde im Kontext der seit 1972 stattfindenden „Deutsch-Polnischen Schulbuchgespräche“ die wohl letzte große, noch ganz von den alten nationalen Stereotypen geprägte ‚Schlacht‘ um die Deutungshoheit über die Geschichte Schlesiens geschlagen. Die regelmäßig veranstalteten deutsch-polnischen Historikerkonferenzen¹⁴² mündeten 1976 in die *Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie*¹⁴³ – die bei einzelnen Kommissionsmitgliedern auf scharfe Ablehnung stießen. Im Rahmen einer eigentlich dem in Planung befindlichen dritten Band der *Geschichte Schlesiens* gewidmeten Würzburger Arbeitstagung vom September 1976 beklagte Kommissionsgeschäftsführer Menzel, diese „Empfehlungen“ seien voller „Fehler, Einseitigkeiten und Verzerrungen“. Viele der „Empfehlungen“ stellten sich tatsächlich „als politisch motivierte Kompromisse dar, bei denen wissenschaftliche und pädagogische Gesichtspunkte in unzulässiger Weise in den Hintergrund treten“.¹⁴⁴ Zugleich gab Menzel seiner tiefen Kränkung darüber Ausdruck, dass die fachliche Kompetenz der Kommission im Vorfeld völlig ignoriert worden war – und zwar ausgerechnet von der ‚eigenen‘, sprich: deutschen Seite:

Gleichzeitig bot sie [die Kommission] der deutschen Verhandlungsdelegation mehrfach konstruktive Mitarbeit an – bisher jedoch vergeblich: weder die Kommission selbst noch einige ihrer zahlreichen kompetenten Mitglieder erhielt Gelegenheit, bei der Abfassung

141 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 79 unpag.: [Petry, Ludwig]: Entwurf zum Jahresbericht 1971, u. a. mit folgender Notiz: „Während er [Petry] durch Krankheit längere Zeit an dem wünschenswerten Besuch einschlägiger Tagungen verhindert war, konnte Prof. Menzel sowohl auf der Reichenau wie auf der stadtgeschichtlichen Tagung in Linz (Donau) Kontakte mit Historikern aus den Ostländern aufnehmen und vertiefen.“

142 Vgl. Jacobmeyer, Wolfgang (Hg.): Zum pädagogischen Ertrag der Deutsch-Polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker 1972–1987. XXI. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz der Historiker, 24.–29.05.1988 in Oldenburg i. O. Braunschweig 1989.

143 Deutsch-Polnische Schulbuchkommission: Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen. In: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht 17 (1976), 158–184.

144 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 76 unpag.: Protokoll der Tagung der Historischen Kommission für Schlesien am 9./10.09.1976 in Würzburg (darin das ausformulierte Referat von Josef Joachim Menzel: „Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche und die schlesische Geschichte“).

der Thesen zur schlesischen Geschichte mitzuwirken. [...] Für die Zukunft gilt es nicht nur energisch auf eine Mitsprachemöglichkeit der HiKo für Schlesien bzw. einzelner ihrer Mitglieder in Fragen der schlesischen Geschichte hinzuwirken, sondern vor allem auf Klarheit, Vollständigkeit, Ausgewogenheit und exakte wissenschaftliche Formulierungen zu dringen. Bevor solche in durchaus weiterzuführenden Expertengesprächen nicht erreicht sind, dürfen sie keinen Eingang in die Schulbücher finden, da sie Kinder und Jugendliche verwirren, verunsichern, manipulieren würden.¹⁴⁵

Als notwendige Konsequenz aus seiner Fundamental-Kritik kündigte Menzel die Erarbeitung eines eigenen Gegenentwurfs an:¹⁴⁶ der 1979 gemeinsam mit dem Flensburger Historiker Wolfgang Stribrny und dem Bad Harzburger Oberstudiendirektor Eberhard Völker (beides keine Kommissionsmitglieder) veröffentlichten sogenannten *Alternativ-Empfehlungen*.¹⁴⁷

Ihre Begleitmusik fand die Kampagne gegen die ‚offiziellen‘ Schulbuchempfehlungen nicht nur durch ihre breite Thematisierung in den Medien, sondern auch in einer umfangreichen Korrespondenz, die Menzel zwischen 1978 und 1980 mit Befürwortern, aber vor allem auch, und dies in mitunter scharfer Form, mit den Widersachern seines exponierten Standpunkts in der Schulbuchfrage führte – bis hinauf zu Bundeskanzler Helmut Schmidt persönlich.¹⁴⁸ Unumstritten war Menzels Engagement in den Reihen der Kommission zu diesem Zeitpunkt freilich nicht mehr. Die von dort geäußerte Auffassung, dass „die Alternativempfehlungen einer Aufnahme von Kontakten

145 Ebd.

146 Ebd.: „Die HiKo für Schlesien sah sich daher veranlaßt – zumal die Schulbücher das Geschichtsbild der heranwachsenden Generationen entscheidend prägen und so eine außerordentliche Breitenwirkung haben – diese Empfehlungen auf ihre Aussagen zur schlesischen Geschichte hin zu überprüfen, und [...] eine korrigierende, kritische Stellungnahme herauszubringen.“

147 Menzel, Josef Joachim / Stribrny, Wolfgang / Völker, Eberhard: *Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern*. Mainz 1979; Zu dem sich daran anschließenden „Schulbuchstreit“ vgl. detailliert Gehrke, Roland: Von volkstumszentrierter Ostforschung zu grenzüberschreitender Wissenschaftskooperation. In: Bahlcke / Gehrke / Schmilowski (Hg.): *Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit*, 463–523, Bd. 1, hier 506–515.

148 Herder-Institut Marburg, Materialien der Historischen Kommission für Schlesien, Nachlass Josef Joachim Menzel: Vgl. exemplarisch Menzels Briefwechsel mit der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes (September 1978), mit dem Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung Josef Rommerskirchen (Dezember 1978), mit dem Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Karl-Ernst Jeismann, sowie dessen Stellvertreter Wolfgang Jacobmeyer (Dezember 1978, September 1979, Mai 1980), mit Redaktion und Herausgeberkollegium der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Juli und Oktober 1979), mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (August 1979; offenbar nicht erwidert), mit dem West-Berliner Senator für Schulwesen Walter Rasch (September 1979). Die Liste von Menzels Korrespondenzpartnern in der Schulbuchfrage ließe sich noch beliebig verlängern.

[zur polnischen Schlesienforschung – Anm. d. Verf.] nicht im Wege stehen sollten“,¹⁴⁹ weist auf beginnende innere Friktionen hin. Dahinter stand ein offenkundig wachsendes Bedürfnis, im ureigenen Interesse einer grenzüberschreitenden Forschungskoope-ration den Weg zu ebnen, statt weiterhin in den nationalpolitischen Antagonismen der Zwischen- und Nachkriegszeit zu verharren.

Immerhin waren einzelne Kommissionsmitglieder auf späteren deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen sehr wohl vertreten und publizierten auch in den entsprechenden Tagungsbänden¹⁵⁰ – und es mutet angesichts der anfangs großen Schärfe der Auseinandersetzung beinahe paradox an, dass eben diese Konferenzen erfolgreich zu einer Verstetigung und Vertiefung der Kontakte zur polnischen Schlesienforschung genutzt wurden.¹⁵¹ Der alte Schulbuchstreit war ohnehin längst verblasst, als der durch den Fall des Eisernen Vorhangs ausgelöste politische Umbruch aus diesen Kontakten in vielen Fällen dann tatsächlich fruchtbare wissenschaftliche Kooperationen entstehen ließ, ablesbar nicht zuletzt an der Zuwahl zahlreicher polnischer und tschechischer Forscher in die Reihen der Kommission seit den neunziger Jahren.¹⁵²

- 149 Ebd.: Schreiben des 1976 zugewählten Kommissionsmitglieds Norbert Conrads an Ludwig Petry, Saarbrücken 07.12.1979 (der spätere Stuttgarter Ordinarius Conrads war zu dieser Zeit Assistent am Fachbereich Geschichte der Universität des Saarlandes). Weiter heißt es dort: „Wenn die schlesische Landesgeschichtsforschung im deutschen und im deutsch-polnischen Vergleich konkurrenzfähig bleiben möchte, muß sie die Kontakte zu den polnischen Historikern suchen, die über die gleichen Themen arbeiten, in Schlesien leben, dort alle Arbeitsmöglichkeiten und die wichtigsten Archivalien zur Verfügung haben. Die deutschen Historiker können langfristig von einer Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen nur profitieren und sie sind auf diese Zusammenarbeit mehr angewiesen als die polnischen im heutigen Schlesien.“
- 150 Vgl. Grawert-May, Gernot von: Schlesiens Stellung im Piastenstaat und sein Verhältnis zum Reich in staatsrechtlicher Sicht. Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter. In: Riemenschneider, Rainer (Hg.): XII. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 05. bis 10. Juni 1979 in Allenstein/Olsztyn (Polen). Braunschweig, 35–43.
- 151 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 80 unpag.: [Petry, Ludwig]: Jahresbericht der Historischen Kommission für Schlesien für 1979, Mainz, 31.01.1980, mit dem Hinweis, dass Petry auf der Allensteiner Schulbuchkonferenz vom 05.–08.06.1979 als „historischer Interpret“ und gut zwei Monate später auch an einer Südpolen-Exkursion der „Gesellschaft Evangelischer Akademie für Hessen und Nassau“ teilgenommen habe: „Beide Reisen wurden zur Knüpfung neuer und Fortsetzung alter Kontakte mit Fachgenossen in Polen genutzt.“ Ebd.: [Petry, Ludwig]: Jahresbericht der Historischen Kommission für Schlesien für 1981, Mainz, 10.02.1982, mit dem Hinweis, dass auf der 14. Schulbuchkonferenz vom 09.–14.06.1981 in Zamość (Thema: „Schlesien und Pommern in den deutsch-polnischen Beziehungen vom 16. bis 18. Jahrhundert“) Petry als Sektionsleiter fungierte, während das Kommissionsmitglied Konrad Fuchs (1928–2015) als Referent auftrat.
- 152 Nach dem Stand von Februar 2019 gehörten der Kommission (bei 82 Mitgliedern insgesamt) neun polnische und zwei tschechische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Korrespondierende Mitglieder an, während seit der unlängst erfolgten Abschaffung der korrespondierenden Mitgliedschaft fünf weitere polnische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Ordentliche Mitglieder zugewählt wurden. Den bisherigen Korrespondierenden Mitgliedern steht es fortan frei, den Mitgliedsstatus auf eigenen Wunsch hin zu wechseln.

6. Schlussbetrachtung: Selbstverständnis und Selbstwahrnehmung der Historischen Kommission für Schlesien im Wandel

Die schwierigen Startbedingungen, mit denen nicht nur die Historische Kommission für Schlesien, sondern die ostdeutschen Historischen Kommissionen nach 1945 insgesamt konfrontiert waren, hinderten diese jedenfalls nicht an einer durchaus selbstbewussten Einschätzung der eigenen wissenschaftlichen Rolle. In einer 1981 verfassten knappen Gesamtschau etwa hieß es:

[Die ostdeutschen Kommissionen] sind seit Jahrzehnten die bedeutendsten Träger der landesgeschichtlichen Forschung, die heute nur in Verbindung mit der Geschichte der Nachbargebiete betrieben werden kann und dadurch universalen Charakter hat. Die Kommissionen dienen der Erhaltung und Entfaltung der kulturellen Leistungen und Werte Ostdeutschlands und pflegen in ihrer Tätigkeit unschätzbare Kontakte zu unseren östlichen Nachbarn. Die von ihnen betreuten wissenschaftlichen Forschungen sowie ihre biographischen, bibliographischen und sonstigen lexikalischen Vorhaben, Quellenpublikationen und Atlas-Werke fördern die gesamteuropäischen Erkenntnisse. Sie haben sich in der wissenschaftlichen Welt auch des Ostens allgemeines Ansehen erworben.¹⁵³

Die eigene Bedeutung wurde hier freilich nicht zum Selbstzweck hervorgehoben, vielmehr gipfelte der knappe Text in einer an das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen gerichteten „dringenden Bitte“, die den ostdeutschen Historischen Kommissionen bisher gewährten Zuwendungen „angemessen zu erhöhen“ – schließlich sei es von zentraler Wichtigkeit, dass künftig *jeder* Kommission eine ständige hauptamtliche wissenschaftliche Kraft zur Verfügung gestellt werde.¹⁵⁴

Da war, wie so oft, der Wunsch der Vater des Gedankens. War der politische Einflussverlust der Historischen Kommission für Schlesien bereits im Kontext der erwähnten Schulbuchgespräche offenkundig geworden, so ließen sich die stetig schrumpfenden finanziellen Spielräume als ein weiteres Indiz für den schleichenden Niedergang einer einst elitär-exklusiven Wissenschaftsinstitution deuten. Aus heutiger Sicht mögen die Verhältnisse des Jahres 1965 geradezu paradiesisch erscheinen, in denen Schlenger noch „die zeitliche Überlastung der Hauptmitarbeiter“ beklagen konnte und zugleich bereits düster orakelte, die jüngsten drastischen Mittelkürzungen stellten für die Kommission „einen Umkehrpunkt in ihrer Nachkriegsentwicklung“ dar.¹⁵⁵ Und wenn Peetry 1971 konstatierte, bis auf das Urkundenbuch (das seinerzeit eine Förderung durch

153 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 80 unpag. [o. Verf.]: „Die ostdeutschen Historischen Kommissionen“ (sechsseitiges Typoskript, auf Blatt eins oben mit der handschriftlichen Ergänzung: „Bericht April 1981“). Im Folgenden werden die Tätigkeitsbereiche und Forschungsschwerpunkte der einzelnen Kommissionen vorgestellt.

154 Universitätsarchiv Mainz, NL 2, Nr. 80 unpag.

155 Schlenger, Die Historische Kommission, 493.

die Deutsche Forschungsgemeinschaft genoss) seien sämtliche Kommissionsprojekte „auf einen Jahresbetrag von rund 10.000 DM gestellt“,¹⁵⁶ so darf nicht übersehen werden, dass diese Summe nach dem Stand des Jahres 2018 einem Betrag von rund 35.000 Euro entspräche – und damit dem rund Vierfachen dessen, was den ostdeutschen Kommissionen gegenwärtig an jährlicher Grundfinanzierung jeweils über das Herder-Institut zur Verfügung gestellt wird.

Doch sind jedes Lamento und jede Verklärung vermeintlicher ‚goldener Zeiten‘ fehl am Platz. Dass die Einbindung der Kommission in größere internationale Verbundprojekte auch bei bescheidenen eigenen finanziellen Mitteln einen reichen wissenschaftlichen Ertrag bringen kann, hat sich im Lauf der vergangenen zwei Jahrzehnte wiederholt gezeigt. Zudem erweist sich gegenwärtig, dass eine kritisch-differenzierte Aufarbeitung der eigenen wissenschaftspolitischen Rolle in der Vergangenheit eine durchaus integrative Wirkung entfalten kann. Die Historische Kommission für Schlesien, der der Verfasser dieses Beitrags als Vorstandsmitglied angehört,¹⁵⁷ hat sich jedenfalls für einen Weg entschieden, auf dem sich notwendige Traditionskritik und angemessenes Selbstbewusstsein miteinander verbinden.

156 Petry / Schlenger (†), Fünfzig Jahre, 404.

157 Das jüngste Personalrevirement im Vorstand der Kommission fand 2013 statt: Als Nachfolger von Winfried Irgang übernahm Joachim Bahlcke den Vorsitz; als zweiter Vorsitzender amtiert seitdem Ulrich Schmilewski, als Geschäftsführer Roland Gehrke.

IV. Fazit

Historische Kommission, quo vadis? *Bestandsaufnahme und Perspektiven*

MATTHIAS THUMSER

1. Blick zurück in die Vergangenheit

Im Jahr 1819 wurde von Karl Freiherrn vom Stein die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde, die spätere Zentralkommission der *Monumenta Germaniae Historica*, ins Leben gerufen.¹ Ihre Aufgabe bestand darin, die Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters umfassend und kritisch zu edieren. Knapp vier Jahrzehnte später, 1858, gründete der bayerische König Maximilian II. auf die maßgebliche Initiative Leopold Rankes hin die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, wiederum mit dem Ziel der Quellenedition zur deutschen Geschichte, und zwar zeitlich anschließend an den Aufgabenbereich der *Monumenta*. Die Bezeichnungen der beiden Organisationen, eine Gesellschaft für Geschichtskunde und eine Historische Kommission, sind im Grunde synonym zu verstehen. In beiden Fällen handelt es sich um einen Zusammenschluss von Personen, die sich der Geschichtsforschung und ihrer Förderung verschrieben hatten und dies im Zusammenwirken bis heute betreiben. Beide entwickelten sich mit der Zeit zu gelehrten Gesellschaften, zusammengesetzt aus Wissenschaftlern, die kooptiert werden mussten, um eine Wahlmitgliedschaft zu erlangen.

Fast gleichzeitig mit der Initiative des Freiherrn vom Stein, doch davon ganz unabhängig, begann die große Gründungswelle der Historischen Vereine. Hier regierte weniger ein wissenschaftliches als ein antiquarisches Interesse, verfolgt von historischen Dilettanten im positiven Wortsinn, von Lehrern, Ärzten, Pastoren, Juristen und anderen Bildungsbeflissenen, die Freude an der Geschichte ihrer Heimat hatten. Die Vereine legten Sammlungen von Urkunden und Handschriften, von Büchern, Münzen, Bildern sowie Alltagsgegenständen an und richteten Museen ein, ihre Mitglieder

1 Vgl. für das Folgende Thumser, Matthias: Historische Kommissionen – ihre Wurzeln, ihre Situation heute und die Zukunft der Baltischen Historischen Kommission. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 153 (2017), 369–385, hier 370–372.

kümmerten sich um die Erhaltung von historischen Bauwerken und probierten sich an archäologischen Grabungen. Es ging ihnen um gegenständliche, viel weniger um schriftliche Quellen.

Dies wurde nach und nach als ein Defizit betrachtet und bewirkte ein gesteigertes Bedürfnis an Wissenschaftlichkeit im Bereich der Landesgeschichte, was die Historischen Vereine zunächst nicht leisten konnten und viele auch nicht wollten.² Aus diesem Bedürfnis heraus wurde das Konzept der Historischen Kommission entwickelt. Die Landesgeschichte sollte professionalisiert werden. Im Jahr 1876 wurde unter dieser Prämisse die Historische Kommission für die Provinz Sachsen gegründet, als erste landesgeschichtlich ausgerichtete Historische Kommission. Das Beispiel machte Schule. 1881 folgte die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, 1883 die Badische Historische Kommission, 1891 die Württembergische Kommission für Landesgeschichte, 1896 kamen die Königlich Sächsische Kommission für Geschichte, die Thüringische Historische Kommission und die Historische Kommission für Westfalen hinzu. Zahlreiche weitere Kommissionen benennt der Überblick von Carl-Hans Hauptmeyer in diesem Band. Deren Zahl – aktive Historische Kommissionen und ranggleiche Organisationen – beläuft sich heute auf 28.³

Ein neuer Stern war am Firmament aufgegangen. Die außeruniversitäre landesgeschichtliche Forschung organisierte sich in Historischen Kommissionen. Strukturell lassen sie sich auf zwei Wurzeln zurückführen. Sie adaptierten zum einen das von den Akademien herrührende Modell bereits bestehender gelehrter Vereinigungen, der Gesellschaft für ältere Geschichtskunde und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Dabei übernahmen sie deren Gepflogenheit, ihre Mitglieder zu kooptieren. Gewählt wurden Wissenschaftler, die in der Geschichte des betreffenden Raums bewandert waren, vornehmlich Professoren und Archivare, dazu außerhalb der Wissenschaft Förderer sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die Finanzierung wurde, reichlich oder auch bescheiden, primär von der öf-

2 Vgl. den einführenden Beitrag von Mathias Beer.

3 Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Schwäbische Forschungsgemeinschaft; Gesellschaft für fränkische Geschichte; Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg; Historische Kommission für Hessen; Hessische Historische Kommission Darmstadt; Historische Kommission für Nassau; Frankfurter Historische Kommission; Historische Kommission für Rheinland-Pfalz; Kommission für Saarländische Landesgeschichte; Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde; Historische Kommission für Westfalen; Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen; Historische Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; Historische Kommission für Thüringen; Historische Kommission für Sachsen-Anhalt; Brandenburgische Historische Kommission; Historische Kommission zu Berlin; Preußische Historische Kommission; Historische Kommission für Mecklenburg; Historische Kommission für Pommern; Baltische Historische Kommission; Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung; Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen; Historische Kommission für Schlesien; Historische Kommission für die böhmischen Länder; Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa; Historische Landeskommision für Steiermark

fentlichen Hand gewährleistet. Zum anderen wurzeln die Kommissionen in den Historischen Vereinen, deren landesgeschichtlichen Ansatz sie übernahmen und zugleich verwissenschaftlichten. In diesem Sinne sind die Prinzipien von Historischer Kommission und Historischem Verein trotz aller Berührungspunkte und Überlappungen strikt zu unterscheiden. Historische Kommissionen betreiben Wissenschaft, Historische Vereine widmen sich der Laienforschung und sammeln.

2. Historische Kommissionen mit und ohne Land

Der Herausgeber dieses Bandes, Mathias Beer, konstatiert für die Zeit nach 1945 hinsichtlich der Geschichte der Historischen Kommissionen ein Forschungsdefizit und benennt damit ein wirkliches Desiderat. Tatsächlich ist die einschlägige wissenschaftsgeschichtliche Fachliteratur spärlich. Zu ergänzen ist, dass es sich für die Zeit davor ganz anders verhält. Für nahezu alle bereits vor dem zweiten Weltkrieg bestehenden Historischen Kommissionen existieren Abhandlungen, die sich ausführlich dem jeweiligen Ursprungsmythos widmen und dabei patriarchalische Gründerväter, ambitionierte Forschungsprogramme sowie willige oder auch weniger willige Geldgeber zur Sprache bringen. Dem Forschungsdefizit für die Zeit nach 1945 will Beer mit seinem Band entgegentreten und stellt hierfür drei Leitfragen. Er will zum einen wissen, inwieweit der Umbruch nach dem Ende des zweiten Weltkriegs Auswirkungen auf Zielsetzung, Arbeit, Selbstverständnis und Wirkung der Historischen Kommissionen gezeitigt hat. Fast schon zwangsläufig fragt er in diesem Zusammenhang zum zweiten nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Historischen Kommissionen, deren Arbeitsgebiet in Deutschland selbst liegt, und jenen des östlichen Europa, die den unmittelbaren Kontakt zu ihren Bezugsregionen nach 1945 verloren haben, also zwischen den Kommissionen mit und ohne Land. Von grundsätzlicher Bedeutung ist zum dritten die Frage nach denjenigen Funktionen, die Beer als hauptsächliche Aufgaben einer Kommission erkennt, Grundlagenforschung und Identitätsstiftung.

Die Begriffe im Titel des Bandes „Landesgeschichte mit und ohne Land“ sind bei der Beschäftigung mit der Thematik von einiger Bedeutung. Von *Landesgeschichte* als dem Bereich der Geschichtswissenschaft, dessen sich die Historischen Kommissionen annehmen, war bereits die Rede. Was in diesem Zusammenhang als *Land* zu begreifen ist, bedarf einer näheren Erläuterung. Der Begriff bezeichnet hier sicher kein Territorium, keine Landesherrschaft des frühneuzeitlichen Reiches – hierauf konzentrieren sich viel eher die Historischen Vereine. Er bezieht sich aber auch auf keine historische Region im Sinne einer kulturgeschichtlich homogenen Einheit. Betrachtet man die Liste der heute aktiven Historischen Kommissionen, zeigt sich zumindest für Deutschland, dass „Land“ jeweils ein Bundesland oder einen Teil davon bezeichnet. In den meisten Fällen wird der Arbeitsbereich einer Kommission durch die jeweiligen Landesgrenzen definiert. In Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-

Vorpommern existieren Organisationen für einzelne Landesteile. Lediglich in Hamburg und Schleswig-Holstein sind keine Historischen Kommissionen tätig. Dass die Unterscheidung zwischen Kommissionen *mit und ohne Land* von großer Bedeutung ist, zeigt sich schon am Bezugsrahmen der Organisationen für das östliche Europa. Sie haben, abgesehen von der Historischen Kommission für Pommern, naturgemäß kein Sitzland in Deutschland und beziehen sich überdies auf andere räumliche Einheiten, entweder auf ehemalige preußische Provinzen oder auf deutsche Siedlungsgebiete, die in mancher Hinsicht als Diaspora bezeichnet werden können. Nicht zuletzt um die Unterschiede kenntlich zu machen, bietet der vorliegende Band Fallbeispiele aus beiden Bereichen, vier mit und vier ohne Land, ergänzt durch einen Überblick über die Historischen Kommissionen des östlichen Europa.

Die Reihe der Fallbeispiele für Historische Kommissionen mit Land beginnt mit einem Beitrag von Max Plassmann. Er behandelt für die Zeit seit dem zweiten Weltkrieg die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, die nach ihrem Selbstverständnis eine Historische Kommission für das *Rheinland* ist. Völlig festgelegt war das Arbeitsgebiet der Gesellschaft über lange Zeit allerdings nicht. Bei ihrer Gründung 1882 bezog man sich ausdrücklich auf die preußische Rheinprovinz, die sich von Kleve im Norden bis Saarbrücken im Süden erstreckte. Bemerkenswert ist, dass man daran festhielt, als die Rheinprovinz 1946 in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie im Saarland aufgegangen war. Der Schwerpunkt lag aber eindeutig im nördlichen Rheinland. Weil man auf eine dauerhafte Grundfinanzierung durch die Landesregierungen verzichtete, taten sich finanzielle Engpässe auf, was wiederum eine weitgehende Beschränkung auf bereits vor dem Krieg laufende Projekte mit sich brachte. Monographien, Aufsatzbände und eine Zeitschrift wurden zunächst nicht in Angriff genommen. Erst in jüngster Zeit hat man sich auf eine dauerhafte Finanzierung durch den Landschaftsausschuss der Landschaftsversammlung Rheinland eingelassen.

Einem hinsichtlich seiner geschichtlichen Traditionen sehr inhomogenen Land, *Baden-Württemberg*, wendet sich der Beitrag von Lioba Keller-Drescher zu. Ihre Ausführungen setzen 1883 mit der Gründung der Badischen Historischen Kommission ein, die auf maßgebliches Betreiben von Großherzog Friedrich I. erfolgte. Der relativ frühe Zeitpunkt mag verwundern, weil Baden erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts seine Gestalt erhalten hatte und auch gegen dessen Ende ein ausgeprägtes Landesbewusstsein fehlte. Acht Jahre später folgte die Württembergische Kommission für Landesgeschichte. Hier kam der Anstoß nicht von der regierenden Dynastie, sondern primär von bürgerlichen Geschichtsinteressierten. Nach 1933 waren die beiden Kommissionen kaum mehr aktiv, wurden dann aber auf Betreiben der NS-Herrschaft reaktiviert. 1941 kam mit der Gründung der kurzlebigen Oberrheinischen Historischen Kommission, die auch für das Elsass zuständig sein sollte, sogar noch eine dritte hinzu. Nach dem zweiten Weltkrieg konnte die württembergische Kommission unter großen Schwierigkeiten wiederbelebt werden. Dies war in hohem Maße den intensiven

Bemühungen des Vorsitzenden Peter Goessler zu verdanken, der freilich 1948 schon wieder zurücktrat. Eine entsprechende Neugründung in Baden unterblieb. Zwei Jahre nach der Formierung des Bundeslandes Baden-Württemberg kam es dann zu einer umfassenden Regelung, die auch die badischen Landesteile einbezog. Auf massiven Druck der Landesregierung wurde 1954 nach langwierigen Diskussionen, die sich vielfach auf das Konzept der Landeskunde bezogen, die Historische Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg gegründet. Ihr erster Vorsitzender wurde Max Miller.

Schleswig-Holstein war nicht immer das „Land ohne Kommission“, denn es gab in der Vergangenheit einen bemerkenswerten Versuch. Der Beitrag von Martin Göllnitz wendet sich primär der Baltischen Kommission zu, die 1925 vom Inhaber der Professur für Schleswig-Holsteinische, Nordeuropäische und Reformationsgeschichte an der Universität Kiel, Otto Scheel, gegründet wurde. Neben einer historisch-philologischen Abteilung, deren Leitung Scheel selbst übernahm, war innerhalb der Organisation noch eine naturwissenschaftlich-geographische aktiv. Doch es lief nicht gut mit dieser Kommission. Das ursprüngliche Bestreben, den gesamten Ostseeraum zu erfassen und damit dem Namen der Kommission gerecht zu werden, kam im Grunde nicht zum Tragen. Publikationstätigkeit und Forschungsprojekte zeitigten nur wenig Erfolge. Und immer problematisch war die offene Konkurrenz zu den alteingesessenen Organisationen in der Region, dem Hansischen Geschichtsverein und der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Nach 1931 kam die Arbeit der Baltischen Kommission weitgehend zum Erliegen. Sie scheiterte an den fehlenden finanziellen Mitteln, aber auch am aggressiven Beharrungsvermögen der Gesellschaft. Diese sah sich, bereits 1833 gegründet, seit jeher dem klassischen Aufgabenspektrum einer Historischen Kommission verpflichtet und hielt an dieser Haltung auch noch nach 1945 fest. So ist der Schlussfolgerung des Beitrags sicher zuzustimmen, dass es sich bei der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte um eine Historische Kommission wider Willen handle. Zu beachten ist allerdings, dass der Begriff „Gesellschaft“ nicht nur in diesem Fall synonym mit „Kommission“ gefasst werden kann. Insofern wäre Schleswig-Holstein eben doch ein Land mit Kommission.

Der Beitrag von Mathias Tullner greift zunächst auf die Gründung der Vorgängereinstitution, der Historischen Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt, der ältesten überhaupt, im Jahr 1876 zurück. Nach langer, erfolgreicher Tätigkeit überstand sie nicht die Umwälzungen in den Anfangsjahren der DDR und erlosch 1952. Kurz nach der deutschen Wiedervereinigung von 1990, nicht aber in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Konstituierung des Bundeslandes, wurde die Historische Kommission für *Sachsen-Anhalt* ins Leben gerufen. Die treibenden Kräfte hierbei waren von außen, aus der Bundesrepublik, gekommen, namentlich in der Person der Marburger Mittelalterhistoriker Helmut Beumann und Roderich Schmidt. Vorsitzender wurde der Hallenser Kunsthistoriker Ernst Schubert. Dieser Akt wurde nicht etwa als eine Neugründung, sondern als eine Wiedergründung begriffen. Damit wird verständlich,

dass man sich mit den eigenen Projekten zunächst in die Tradition der großen Vorgängerin stellte. Die Kommission hielt sich in den ersten Jahren bei der Neuformierung der landesgeschichtlichen Forschung, der Besetzung der Geschichtspräsidenturen, dem Aufbau von Institutionen und Organisationen sowie bei der Vorbereitung der Landesausstellung „Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte“ von 1993 weitgehend zurück. Ob das wirklich mit „elitärem Selbstverständnis“ und „Abgeschlossenheit“ in Verbindung zu setzen ist, wie Tullner konstatiert, kann bezweifelt werden. Tonangebend waren in diesen Jahren ältere Historiker wie Beumann und Schmidt, die die reine Lehre vertraten und als Hauptaufgabe einer Historischen Kommission die Durchführung von wissenschaftlichen Projekten sahen. Die akademische Neuordnung und Ausstellungen gehörten für sie offensichtlich nicht in deren Kompetenzbereich. Sicher als Fortschritt zu sehen ist aber, dass sich die Kommission seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre stabilisiert hat, so dass sie heute als ein „anerkannter Akteur der geschichtlichen Landeskunde in Sachsen-Anhalt“ angesehen werden kann.

Auf vier Fallbeispiele für Historische Kommissionen mit Land folgen in diesem Band ebensoviele ohne Land, allerdings nicht unmittelbar. Der exemplarischen Behandlung von *Historischen Kommissionen des östlichen Europa*, wie sie heute zu bezeichnen sind, steht ein Überblicksvortrag von Wolfgang Kessler voran. Er beobachtet für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg eine schrittweise Verwissenschaftlichung in den preußischen Provinzen, die von den Historischen Vereinen ausging und dann in die Gründung von Historischen Kommissionen mündete. Nach 1918 wird in den Kommissionen für die Provinzen Pommern, Schlesien und Ostpreußen zunehmend ein Zug zur Volksgeschichtsforschung erkennbar. Als 1950 in Marburg der Johann Gottfried Herder-Forschungsrat gegründet wurde, übernahm er sogleich die Einbindung der „ostdeutschen“ Historischen Kommissionen. Unter seiner Ägide wurden die bereits bestehenden reaktiviert, die Historische Kommission für Pommern, die Historische Kommission für Schlesien sowie die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Nach und nach folgten die Neugründungen der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen (heute Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen), der Baltischen Historischen Kommission, der Historischen Kommission der Sudetenländer (heute Historische Kommission für die böhmischen Länder) sowie, unabhängig von der Marburger Initiative, der Südostdeutschen Historischen Kommission (heute Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa). Das Marburger Herder-Institut unterstützte die Kommissionen, was allerdings bei den zuständigen Bundesministerien und dem Bundesrechnungshof zunehmend auf Kritik stieß, vornehmlich weil man die Kontrolle der Mittelverwendung nicht gewährleistet sah. Seitdem das Herder-Institut 1994 ganz neu als Verein organisiert worden war und alle sieben Historischen Kommissionen dessen Mitglieder wurden, erhalten diese nur noch geringe finanzielle Zuwendungen, die der Alimentierung der meisten Kommissionen in den deutschen Bundesländern weit nachstehen. Die wissenschaftliche Ausrichtung aller sieben Historischen Kommissi-

onen des östlichen Europa hat sich im Laufe der Jahrzehnte grundlegend gewandelt. Das Paradigma der Ostforschung hat seine Bedeutung verloren. Die Protagonisten der Erlebnisgeneration knüpften auch noch nach dem zweiten Weltkrieg an die alten Traditionen an, betrieben Volksgeschichtsforschung und konzentrierten sich mit ihren Arbeiten strikt auf die deutsche Bevölkerung. Diese Haltung weichte nach und nach auf, die Forschungsansätze wurden entideologisiert. Die derzeit aktiven Historiker haben in der Regel keine biographischen Verbindungen zu den jeweiligen Regionen und kooperieren mit den dortigen Wissenschaftlern. Auch wenn deutsche Elemente in der Geschichte neben anderen weiterhin behandelt werden, spielt ein Deutschtumsprimat keine Rolle mehr.

Matthias Barelkowski und Eike Eckert beginnen ihren Beitrag über die deutschen Geschichtsorganisationen zum Raum des heutigen *Polen* mit der Gründung der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen im Jahr 1885. Sie hatte zunächst großen Zulauf und sprach wie ein Historischer Verein einen breiten Kreis von deutschen Geschichtsinteressierten an. Nach dem ersten Weltkrieg und der Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit war allerdings nur noch eine kleine Gruppe aktiv, die sich auf den Nachweis der angeblichen Verdienste einer imaginierten deutschen Volksgruppe in ganz Polen konzentrierte. Der Neubeginn 1950 war eng mit Gotthold Rhode verknüpft. In Marburg wurde die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen gegründet, die sich in die Tradition der Historischen Gesellschaft stellte, aber stärker als diese die wissenschaftliche Tätigkeit als ihre Aufgabe sah. Als Arbeitsgebiet definierte man die ehemalige Provinz Posen mit der Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostbrandenburg sowie die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Mittelpolen, Galizien und Wolhynien. Doch war die Tätigkeit der neuen Kommission zunächst wenig erfolgreich. Die mitnichten durchweg wissenschaftliche Mitgliedschaft war inhomogen – man sprach von einer „Restekommission“ –, und kaum ein Projekt gelangte ans Ziel. Problematisch war lange Zeit der politische Rechtfertigungsanspruch und die nachgerade obsessive Suche nach allem, was in der Region als deutsch gelten könne. 1997 erfolgte die Umbenennung in Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen. Damit verbunden war eine tiefgreifende Neuorientierung. Man öffnete sich erstmals der polnischen Wissenschaft, die Mitgliedschaft verjüngte sich, und der Verflechtungscharakter der deutsch-polnischen Geschichte wurde von nun an zum Leitbild.

Im Zentrum des Beitrags von Norbert Spannenberger steht mit Fritz Valjavec (1909–1960) die lange Zeit führende Persönlichkeit für die Geschichte der Deutschen in *Südosteuropa*. Valjavec trat frühzeitig in die NSDAP ein und setzte auf eine Parteikarriere im Rahmen der Gegnerforschung der SS. 1937 wurde er Geschäftsführer des Münchener Südost-Instituts und baute sich von dort aus ein weitgespanntes Beziehungsgeflecht auf. Auch in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg agierte Valjavec als geschickter Netzwerker. 1951 gelang es ihm, das Südost-Institut zu revitalisieren, und wurde dessen geschäftsführender Direktor, später dessen Direktor. In den folgenden

Jahren wurden unter Valjavecs maßgeblicher Beteiligung die Südosteuropa-Gesellschaft, das Südostdeutsche Kulturwerk und schließlich 1957 die Südostdeutsche Historische Kommission, die heutige Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa, gegründet. Letztere sollte für die Geschichte der deutschen Volksgruppen im Karpatenbogen, in Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha zuständig sein. Allerdings übernahm er in der Kommission nicht selbst den Vorsitz, sondern überließ diese Aufgabe dem Innsbrucker Historiker Harold Steinacker. Der Beitrag nähert sich der Thematik dieses Bandes in ganz eigener Weise und stellt die gute Eignung eines biographischen Zugangs unter Beweis.

David Feest beschäftigt sich mit der Geschichtswissenschaft zum *Baltikum* und unterscheidet in Anlehnung an Gert von Pistohlkors drei Generationen von Mitgliedern der 1951 gegründeten Baltischen Historischen Kommission. Die Erlebnisgeneration der Gründerzeit, die das deutschbaltische Leben vor der Umsiedlung von 1939 noch aus eigener Erfahrung kannte, fühlte sich durch einen Traditionszusammenhang eng mit ihrem Forschungsgegenstand verknüpft. Abgelöst wurde sie durch eine Erkenntnisgeneration von deutschbaltischen Mitgliedern, die zwar nicht durch persönliches Erleben geprägt waren, sich aber in jenem Traditionszusammenhang sahen und noch sehen. Eine dritte Generation, welche die Kommission heute prägt, ist nicht mehr deutschbaltisch sozialisiert und nähert sich dem Forschungsgegenstand mit einem ganz anderen Erkenntnisinteresse. Drei Schlagworte von Historikern der ersten Stunde werden in diesem Beitrag herangezogen, um die Entwicklungen in der Kommission deutlich zu machen. „Bewahren, ohne zu verklären“ forderte im Sinne einer strengen Wissenschaftlichkeit seinerzeit Reinhard Wittram, der erste, lange amtierende Vorsitzende der Baltischen Historischen Kommission. Heute geht es nach Feest nicht mehr darum, „unsere“ Geschichte zu bewahren, und schon gar nicht, sie zu verklären, und doch werden Projekte wie das *Liv-, Est- und Kurländische Urkundenbuch* oder die digitale Version des *Deutschbaltischen Biographischen Lexikons* fortgeführt – Grundlagenarbeit, die typisch für Historische Kommissionen ist. Von einer „Distanz völligen Unbeteiligtseins“ handelte Werner Conze, einer von zwei Nichtbalten unter den Gründern der Kommission, der die lebensweltliche Anbindung und die Traditionswahrung der baltischen Geschichtsschreibung ablehnte. Ihm ging es ausschließlich um Wissenschaft, schon um den provinziellen Charakter auszuräumen. Seine übergreifenden sozialgeschichtlichen Konzepte konnten sich in der Kommission nicht durchsetzen, wirkten aber doch in sie hinein. Die Vielfalt der Themen, die in der jüngeren Vergangenheit auf den Jahrestagungen behandelt wurden, ist mittlerweile zwar nicht mehr von der Sozial- oder Strukturgeschichte bestimmt, führt diese Offenheit aber fort. Eine „völkerverbindende baltische Aufgabe“ erkannte Arved von Taube und forderte die radikale Abkehr von einer rein deutschbaltischen Geschichtsschreibung. Zwar wird darin die alte paternalistische Sichtweise vom ganzen Land erkennbar, gleichzeitig machte Taube aber auch deutlich, dass baltische Geschichte nur noch als Gemeinschaftsprojekt mit lettischen und estnischen Historikern denkbar sei. Die

Angehörigen der zweiten Generation machten Ernst damit, knüpften bereits zu Zeiten der Sowjetunion Kontakte und intensivierten diese nach 1990 erheblich. Die dritte Generation hat dies wie selbstverständlich fortgeführt. Mitglieder der Kommission bereisen heute wieder und wieder die baltischen Republiken, mittlerweile auch Litauen, viele haben die Landessprachen gelernt, estnische und lettische Wissenschaftler werden regelmäßig zu Vorträgen eingeladen und ohne Unterschied zu ordentlichen Mitgliedern kooptiert.

Die Geschichte der Historischen Kommission für *Schlesien* ist Gegenstand des Beitrags von Roland Gehrke. Gegründet 1921, wurde sie unter dem Vorsitz von Hermann Aubin stark auf die Ziele des Nationalsozialismus ausgerichtet, bis der zweite Weltkrieg die Fortsetzung ihrer Arbeiten nicht mehr erlaubte. Nachdem Aubin 1950 Vorsitzender des Herder-Forschungsrates geworden war, übernahmen seine Schüler Herbert Schlenger und Ludwig Petry in der wiedergegründeten Kommission den Vorsitz beziehungsweise die Stellvertretung. Die Arbeiten der Kommission kamen allerdings nur sehr allmählich in Gang, was auch noch 1969 galt, als Petry dem verstorbenen Schlenger als Vorsitzender nachfolgte. Das organisatorische und finanzielle Niveau der Zwischenkriegszeit wurde nie wieder erreicht. Doch die beiden großen Projekte der frühen Zeit, das „Schlesische Urkundenbuch“ und die „Geschichte Schlesiens“, konnten fortgeführt werden; ihr Abschluss erfolgte 1998 und 1999. Die führenden Mitglieder der Kommission, allen voran Aubin, blieben lange den alten Denkmustern der Ostforschung verhaftet. Einen ersten Ansatz zum Umdenken bedeutete 1963 der Aufruf Walter Schlesingers, politische Forderungen nicht mit historischen Argumenten zu begründen. Seit Beginn der 70er Jahre intensivierte sich dann nach und nach der Kontakt mit polnischen Kollegen. Gleichzeitig gab es aber aus den Reihen der Kommission auch Widerstand gegen die Empfehlungen, die aus den Deutsch-Polnischen Schulbuchgesprächen hervorgegangen waren. Erst der Umbruch von 1989/90 brachte wirklich fruchtbare Kooperationen mit der polnischen Wissenschaft.

3. Drei Leitfragen, drei Antworten und ein Ausblick

Anhand der Beiträge in diesem Band Antworten auf die Leitfragen des Herausgebers Mathias Beer zu finden fällt nicht leicht, ist doch die Herangehensweise der Autoren recht unterschiedlich. So muss dies bei zwei der drei Leitfragen eher cursorisch geschehen. Doch zur dritten Frage, die sich auf das Aufgabenspektrum der Historischen Kommissionen richtet, soll ausführlicher eingegangen werden, wobei auch die eigenen Erfahrungen des Verfassers dieser Zeilen als Vorsitzender einer solchen Organisation Berücksichtigung finden und ein vorsichtiger Blick in die Zukunft geworfen wird.

Mathias Beer richtet seine *erste Leitfrage* auf die Tätigkeit und die Existenzbedingungen der Historischen Kommissionen nach dem mit dem Ende des zweiten Weltkriegs verbundenen Umbruch und bezieht dies auf die Kommissionen mit und ohne Land.

Die Beiträge dieses Bandes zeigen, dass damals generell viel eher Kontinuität als der Drang zu einem Neubeginn vorherrschte. Sowohl im Westen als auch im Osten wurde an den Maximen der Vorkriegszeit erst einmal festgehalten, die alten Projekte wurden fortgeführt. Die Anfänge waren immer schwierig, doch letztlich haben sich fast alle Kommissionen erholt. Nach und nach trat ein Wandel ein. Neue Vorhaben wurden entwickelt, die Publikationstätigkeit nahm zu, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maß, womit ein Gradmesser für die Wirksamkeit einer Kommission vorliegt. Und mehr als ehedem wurden nun Tagungen organisiert, auf denen sich die Kommissionsmitglieder regelmäßig treffen und austauschen konnten. Die Tätigkeitsbereiche der Kommissionen für die Gebiete der alten Bundesrepublik wurden, soweit noch nicht geschehen, wesentlich an den Grenzen der Bundesländer oder am Teil eines Landes ausgerichtet. Die hierfür notwendigen Neuerungen wurden konsequent nach 1945 und dann noch einmal nach der deutschen Wiedervereinigung von 1990 vollzogen, so dass die Landkarte der Historischen Kommissionen trotz stärkerer Partition jener der Bundesländer entspricht. Als Ausnahme wurde in diesem Band die Historische Kommission für das Rheinland beschrieben, die sich nie voll und ganz auf dieses Prinzip eingelassen hat.

Bei seiner *zweiten Leitfrage* geht es Beer um die Besonderheiten der Historischen Kommissionen des östlichen Europa. Vieles vom soeben Beschriebenen gilt auch für die Kommissionen ohne Land, und doch waren ihre Existenzbedingungen nach 1945 in vieler Hinsicht unterschiedlich, sind es bis heute. Weitgehend bestimmend für die wissenschaftliche Ausrichtung war das Festhalten am Paradigma der Ostforschung, also das fortgesetzte Betreiben von Volkstumsforschung und die damit verbundene strikte Konzentration auf die historischen Leistungen der deutschen Bevölkerung. Dies gilt in unterschiedlichem Ausmaß auch für die nach 1950 neugegründeten Organisationen für das Baltikum, das Sudetenland sowie für die Deutschen in Polen und Südosteuropa. Ihr Zentrum erhielten die Kommissionen, die sich ab 1950 unter das Dach des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates stellten, am Herder-Institut in Marburg. In den 90er Jahren verlor die Ostforschung im Rahmen eines Paradigmenwechsels ihre Bedeutung und ist heute obsolet. Die nachrückenden Generationen, die nicht mehr durch persönliches Erleben in den betreffenden Regionen geprägt und dort auch nicht familiär verwurzelt sind, haben sich andere Zugänge zur Geschichte der betreffenden Region gesucht. Der Primat der deutschen Bevölkerungsgruppe spielte bald nicht mehr die Rolle wie ehedem. Heute ist der Blick weiter, gerichtet auf die jeweilige Region mit allen ihren Ethnien und allen in Betracht kommenden Verflechtungen. Die gewählten Themen sind – wie weithin in der Geschichtswissenschaft – sehr vielfältig geworden. Damit korrespondieren zum Teil enge Kooperationen mit der ortsansässigen Wissenschaft, auf die heute von deutscher Seite weithin unbefangen zugegangen wird. Immer zu berücksichtigen ist allerdings die besondere finanzielle Situation der sieben Ostkommissionen, die, ausgenommen Pommern, kein Sitzland haben und damit über keine regelmäßige Unterstützung größeren Umfangs verfügen. Sie müssen sich damit arrangieren.

Beers *dritte Leitfrage* betrifft Grundlagenforschung und Identitätsstiftung als zentrale Funktionen von Historischen Kommissionen. Dies wird in den nachfolgenden Ausführungen zu differenzieren sein, indem auch Publikationstätigkeit und Forumsfunktion behandelt werden. Damit ist das Aufgabenspektrum benannt. Historische Kommissionen mögen noch so unterschiedlich agieren und individuell geführt werden, ihre basalen Aufgaben sind doch immer die gleichen.

Eine Historische Kommission fungiert seit jeher als die gegebene Plattform für Projekte im Bereich der *Grundlagenforschung*. Das war ihr Ursprung und sollte auch heute noch ihr Kerngeschäft sein. Quellenedition ist in diesem Bereich die vornehmliche Aufgabe und wird von vielen Kommissionen intensiv und mit erheblichem Erfolg betrieben. Nicht nur diverse stattliche Urkundenbucheditionen geben hiervon Zeugnis, auch andere wichtige Ausgaben sind aus Vorhaben von Historischen Kommissionen hervorgegangen. Nachschlagewerke, Handbücher, Hilfsmittel und anderes mehr kommen hinzu. Nur einige Meisterwerke seien hier genannt, der „Historische Atlas von Bayern“, das „Brandenburgische Klosterbuch“ und das „Handbuch der hessischen Geschichte“. Historische Kommissionen bieten eben die Gelegenheit, auch langfristige Projekte zu entwickeln, was im universitären Bereich in dieser Form nicht ohne weiteres möglich ist. Trotz aller in rascher Folge wechselnden Richtungen und Moden, die einem vorgeblich verdammenswürdigen Positivismus ihre Absage erteilt haben, beweist dieser Bereich der Geschichtswissenschaft eine erstaunliche Zähigkeit und ist quicklebendig. Das wird auch in Zukunft ein großer Vorteil derjenigen Kommissionen sein, die speziell auf diesem Gebiet ihre vornehmliche Aufgabe sehen und mit diesem Pfund zu wuchern wissen. Schon deshalb sollte eine jede Historische Kommission ein sinnvolles und ihren Möglichkeiten entsprechendes Editionsprogramm unterhalten und dabei auch vor längerfristigen Projekten keine Scheu haben. Die digitale Edition wird auch im Bereich der Kommissionen weiter an Bedeutung gewinnen, bietet sie doch ungeahnte Möglichkeiten. Bereits seit einiger Zeit aktiv auf diesem Gebiet sind die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung mit dem „Virtuellen Preußischen Urkundenbuch“⁴ und die Baltische Historische Kommission mit dem „Baltischen Biografischen Lexikon digital“⁵.

Es gibt keine Historische Kommission ohne mindestens eine eigene Reihe ihrer *Publikationen*. Einige dieser Reihen sind mit der Zeit auf einen kaum glaublichen Umfang angewachsen. Oft dominieren Aufsatzbände gegenüber Monographien – vielleicht allzu oft. Etliche Kommissionen unterhalten daneben eine eigene Fachzeitschrift. Die Publikation von Quelleneditionen, Hilfsmitteln und grundlegenden Monographien aus eigener Produktion in einer angemessenen Form, das heißt bei einem renommierten Verlag und professionell betreut, sollte für eine Historische Kommission auch

4 <https://www.oa.uni-hamburg.de/datenbanken/preussische-urkundenbuch.html> (15.12.2022).

5 <https://bbld.de/> (10.06.2023).

weiterhin selbstverständlich sein. In diesem Bereich funktionieren die Historischen Kommissionen durchweg gut. Dieses Niveau ist in der Zukunft zu halten.

Anders als in der Gründerzeit der Historischen Kommissionen ist ihre *Forumsfunktion* heute von unbestrittener Bedeutung. Alle organisieren sie meist jährliche öffentliche Tagungen, die in der Regel an die Mitgliederversammlung gekoppelt sind. Ziel über die behandelten Vortragsthemen hinaus ist immer, obgleich nicht durchweg so ausgesprochen, die Aufrechterhaltung eines auf den betreffenden Raum bezogenen geschichtswissenschaftlichen Netzwerks. Die Kommissionen sind also in mancher Hinsicht geeignet, die Landesgeschichtsforschung zu integrieren, indem sie Hochschulangehörige, Archivare, Bibliothekare und promovierte Historiker zusammenbringen. Auch in Zukunft sollte eine Historische Kommission als Netzwerk fungieren, in das möglichst alle Wissenschaftler, die sich mit der Geschichte ihres Arbeitsgebietes beschäftigen, einbezogen werden. Einschlägig ausgewiesene Historiker sind anzusprechen und nicht zuletzt durch attraktive Tagungen zu gewinnen. Zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden Netzwerks gehört aber auch die gezielte Rekrutierung von jüngeren Wissenschaftlern, eine Forderung, die bei nachlassendem Interesse von dieser Seite für einige Kommissionen von erheblicher Bedeutung ist. Gerade bei einigen Historischen Kommissionen ohne Land existiert ein eklatanter Nachwuchsman- gel. Dort treten die Alten ab, eine relativ schmale mittlere Generation hat die Führung übernommen, die Jungen fehlen oft. Und beachtet sollte werden, dass, ob mit oder ohne Land, immer noch relativ wenig Frauen als Mitglieder aktiv sind.

Mathias Beer bezeichnet in diesem Band *Identitätsstiftung* als eine der zentralen Funktionen von Historischen Kommissionen. Sollte er allerdings erwartet haben, dass seine Autoren ihm hierin folgen, so hätte er sich getäuscht. Identität oder Landesbewusstsein wird in keinem der Beiträge thematisiert, und schon gar nicht werden Vorschläge unterbreitet, in welcher Weise eine Kommission auf diesem Feld tätig werden könne. Offensichtlich hatte man Schwierigkeiten mit diesem Aspekt der Thematik. Ansätze in dieser Richtung gibt es allerdings schon. So nimmt die Historische Kommission für Sachsen-Anhalt für sich in Anspruch, dass sie als Koordinierungs-, Diskussions- und Forschungsnetzwerk zur Identitätsstiftung des Landes beitrage.⁶ Besonders gut wird dieser Aspekt bei der Historischen Kommission zu Berlin erkennbar, die ein ambitioniertes Gedenktafelprogramm verfolgt.⁷ Mit der Forderung, Identitätsstiftung in den Aufgabenbereich der Historischen Kommissionen aufzunehmen, sollen diese aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft herausgeholt werden, um in der Öffentlichkeit vermehrt gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Es bleibt freilich zu überlegen, inwieweit die Kommissionen überhaupt über die Möglichkeiten verfügen, von sich aus regionale Identität zu fördern. Sie bemühen sich zwar um die Integration der

6 <https://www.historische-kommission-fuer-sachsen-anhalt.de/die-kommission> (15.12.2022).

7 <https://www.hiko-berlin.de/index.php?id=191> (15.12.2022).

landesgeschichtlichen Forschung, haben aber eine vergleichsweise geringe Außenwirkung. In der breiten Bevölkerung sind sie kaum präsent und müssen das auch nicht sein. Zu bedenken ist weiterhin, dass die Forderung nach Identitätsstiftung mit einer Erwartungshaltung der Landesregierungen korrespondiert. Diese alimentieren einen großen Teil der Kommissionen und begreifen dies nicht unbedingt als eine gute Tat, die keine Gegenleistung nach sich zöge. So ist das Bemühen, die Identität des Sitzlandes zu fördern, ohne die steuernde Funktion der Politik kaum denkbar. Wissenschaftliche Unabhängigkeit gerät dabei leicht in Gefahr. Nichts von ihrer Aussagekraft verloren hat die alte Weisheit: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Noch einmal anders stellt sich die Frage bei den Historischen Kommissionen ohne Land dar. Dort ist eine derartige regional bezogene Identitätsstiftung effektiv nicht möglich, weil es in diesen Regionen keine deutsche Bevölkerung mehr gibt, auf die eine solche Identität zu beziehen wäre.

Carl-Hans Hauptmeyer geht in einem programmatischen Beitrag noch einen Schritt weiter und fordert von den Historischen Kommissionen Offenheit für neue Herausforderungen und die Auseinandersetzung mit Zukunftsvarianten. Hierfür unterbreitet er eine Reihe von Vorschlägen. Hauptmeyer äußert zunächst Zweifel am Fortbestehen der ehrenamtlichen Tätigkeit, die angesichts einer zunehmenden Arbeitsbelastung von Historikern kaum mehr aufrechtzuerhalten sei. Doch gibt es Alternativen? Eine Ausstattung der Historischen Kommissionen mit festen Stellen ist in der Regel utopisch. Nicht vergessen werden sollte auch, dass eine der Stärken der Kommissionen gerade darin liegt, dass sie außeruniversitär und außerinstitutionell agieren können. Uneingeschränkt recht zu geben ist Hauptmeyer, wenn er die Gefährdung der finanziellen Unterstützung anspricht. Gewiss können sich Historische Kommissionen um die Einwerbung von Drittmitteln bemühen, und sie tun dies auch, doch wenn ihre Grundsicherung nicht mehr gewährleistet wäre, würde dies eine existentielle Gefahr bedeuten. Des weiteren stellt Hauptmeyer fest, dass der jüngeren Generation in Deutschland sowie vielen Migranten überkommene Traditionen und Leitbilder fremd seien, und er überlegt, ob nicht die Historischen Kommissionen hier informativ tätig werden sollten. Das würde die Kommissionen freilich in den Bereich der Public History rücken, einem Wissenschaftszweig, der weitab von ihren angestammten Funktionen liegt. Es sollten hier wohl eher Institutionen aktiv werden, die dies professionell betreiben können und über die notwendigen Ressourcen verfügen, wie etwa das Marburger Herder-Institut mit seinem kürzlich veröffentlichten Internetportal „Copernico“.⁸ Sodann fordert Hauptmeyer die Öffnung der Historischen Kommissionen gegenüber der Social Media, um von einem breiteren Publikum gehört zu werden und auch um Geschichtslügen entgegenzutreten. Tatsächlich ist auf diesem Gebiet bislang zu wenig geschehen, was unter anderem vielleicht damit zu erklären ist, dass

8 <https://www.copernico.eu/de/start> (15.12.2022).

eine kontinuierliche Aktivität auf Instagram, Twitter und Co. mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand verbunden wäre. Aber gibt es dann auch genügend Follower, dass sich dieser Aufwand lohnen würde? Und schließlich fordert Hauptmeyer dringend die Einmischung der Historischen Kommissionen in aktuelle politische Diskussionen, die sie mit dem Erklärungswissen ihrer Mitglieder anreichern und versachlichen können. Dem kann nur nachdrücklich zugestimmt werden. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat in jüngster Zeit das große Bedürfnis nach geschichtswissenschaftlich abgesicherten Kontextualisierungen überdeutlich gemacht.

All diese Anregungen sind sehr bedenkenswert, doch sollte das angestammte Kerngeschäft der Historischen Kommissionen dabei nicht aus den Augen verloren werden. Dies sind die Grundlagenforschung, die Publikation von wissenschaftlichen Arbeiten sowie die Unterhaltung eines Forums vornehmlich in Form von jährlichen Tagungen. An diesem Tätigkeitsspektrum sollten sie unbedingt festhalten. Ignorieren sie aber ihre angestammten Aufgaben, werden sie obsolet. Für die Landesgeschichtsforschung wäre dies ein enormer Verlust, auch weil diese an den Universitäten immer weiter zurückgedrängt wird. Ein großer Vorteil der Historischen Kommissionen besteht darin, dass sie außerhalb der Universitäten agieren und somit auch Archivare, Bibliothekare und promovierte Lehrer einbeziehen können. Das ist ihr integratives Potential. Doch ist diese Integrationsfunktion nicht exklusiv. Die Historischen Kommissionen haben kein Monopol innerhalb der landesgeschichtlichen Forschung, sondern sind auf eine fruchtbare Kooperation mit Universitäten, außeruniversitären Forschungsinstituten und landesgeschichtlichen Initiativen angewiesen. Sie müssen ihren Weg in einer vielfältigen Wissenschaftslandschaft finden und behaupten. Beherrigen sie das, werden sie auch in Zukunft unverzichtbar bleiben und wertvolle Arbeit im Bereich der Geschichtswissenschaft leisten. Eine wissenschaftliche, professionell betriebene Landesgeschichte liegt also zu einem wesentlichen Teil in ihren Händen. Die Mitglieder sollten das als eine Verpflichtung ansehen und sich entsprechend in ihrer jeweiligen Historischen Kommission engagieren.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Stefan / Malíř, Jiří / Melville, Ralph (Hg.): Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2004.
- Albrecht, Timm: Holtzmann, Robert. In: Neue Deutsche Biographie 9 (1972), 562.
- Aly, Götz / Roth, Karl Heinz: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 2000.
- Andreae, Friedrich (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 1: Schlesier des 19. Jahrhunderts. Breslau 1922. Bd. 2: Schlesier des 18. und 19. Jahrhunderts. Breslau 1926. Bd. 3: Schlesier des 17. bis 19. Jahrhunderts. Breslau 1928. Bd. 4: Schlesier des 16. bis 19. Jahrhunderts. Breslau 1931.
- Arend, Sabine: Studien zur deutschen kunsthistorischen „Ostforschung“ im Nationalsozialismus. Die kunsthistorischen Institute an den (Reichs-)Universitäten Breslau und Posen und ihre Protagonisten im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Phil. Diss. Berlin 2009.
- Arnold, Udo: Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. In: Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Marburg 1996, 65–76.
- Arnolds, Willi: Die Position des Jülicher Landes im Rheinland. In: Jülicher Geschichtsblätter 82/83/84 (2014/2015/2016), 61–115.
- Asmus, Andrea und Helmut: Sachsen-Anhalt. Landesgeschichte. Magdeburg 1991.
- Asmus, Ivo: Die „Forschungen zur pommerschen Geschichte“. Die Reihe V der Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern. In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 243–255.
- Aubin, Hermann: 15 Jahre Historische Kommission für Schlesien 1921–1936. Breslau 1936.
- Aubin, Hermann: Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde. In: Ders.: Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen. Bonn/Leipzig 1925, 28–45.
- Aubin, Hermann: Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen. Bonn/Leipzig 1925.
- Aubin, Hermann: Zum Geleit. In: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952).
- Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Die Christian-Albrechts-Universität und ihre Geschichtsschreibung. In: Christiana Albertina 78 (2014), 38–58.
- Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Hansegeschichte als Regionalgeschichte. Das Beispiel des Kieler Historikers Wilhelm Koppe (1908–1986). In: Hansische Geschichtsblätter 131 (2013), 229–273.
- Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Landesgeschichtliche Zeitschriften und universitäre Landesgeschichte. Das Beispiel Schleswig-Holstein (1924–2008). In: Küster, Thomas (Hg.): Medien des begrenzten Raumes. Regional- und landesgeschichtliche Zeitschriften im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u. a. 2013, 69–125.
- Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Zwischen Grenzkampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität. Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

- zwischen 1945 und 1965. In: Cornelißen, Christoph (Hg.): *Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945*. Essen 2014, 101–129.
- Auge, Oliver: *Vom Grenzkampf bis zu globalen Bezügen in der Geschichte Schleswig-Holsteins. Landes- und Regionalgeschichte an der CAU*. In: Ders. / Schwedler, Gerald (Hg.): *Impulse der Kieler Geschichtsforschung einst und heute für die deutschsprachige Geschichtswissenschaft. Zum 150-jährigen Bestehen des Historischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel*. Kiel 2022, 147–181.
- Aurich, Peter [Peter Nasarski]: *Der deutsch-polnische September 1939. Eine Volksgruppe zwischen den Fronten*. München 1969.
- Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland / Schmilewski, Ulrich (Hg.): *Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Historische Kommission für Schlesien (1921–2021)*, Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Dokumentation. Leipzig 2021.
- Bahlcke, Joachim: *Die Breslauer Habilitation Ludwig Petrys*. In: Ders.: (Hg.): *Breslau und seine ersten Oberherren aus dem Hause Habsburg 1526–1635. Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Stadt*. Breslau 2000, 133–143.
- Bahlcke, Joachim: *Friedrich Andreae (1879–1939)*. In: Ders., *Schlesische Lebensbilder*. Bd. 12. Würzburg 2017, 275–299.
- Barelkowski, Matthias / Kraft, Claudia / Röskau-Rydel, Isabel (Hg.): *Zwischen Geschlecht und Nation. Interdependenzen und Interaktionen in der multiethnischen Gesellschaft Polens im 19. und 20. Jahrhundert*. Osnabrück 2016.
- Barelkowski, Matthias / Schutte, Christoph (Hg.): *Neuer Staat, neue Identität. Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918*. Osnabrück 2021.
- Barelkowski, Matthias: *Manfred Laubert und Wolfgang Kohte. Zwei deutsche Karrieren zwischen „Ostforschung“, Geschichtsschreibung und Wissenschaftspolitik*. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): *Zwischen Region und Nation. 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen*. Osnabrück 2013, 91–116.
- Bartmuß, Joachim / Kathe, Heinz: *Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Halle/Saale 1992.
- Bavaj, Riccardo: *Moderne Wissenschaft und völkische Ideologie. Hermann Aubins Kulturraumforschung im „Dritten Reich“*. In: Scholtyseck, Joachim (Hg.): *Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand. XIX. Königswinterer Tagung vom 17.–19. Februar 2006*. Münster 2008, 181–191.
- Beer, Mathias: *Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 46/3 (1998), 345–389.
- Beer, Mathias: *Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*. In: Oltmer, Jochen (Hg.): *Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Osnabrück 2003, 295–322.
- Beer, Mathias / Seewann, Gerhard (Hg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches (1920–1960). Institutionen – Inhalte – Personen*. München 2004.
- Beer, Mathias (Hg.): *Das Heimatbuch. Geschichte, Methodik, Wirkung*. Göttingen 2010.
- Beer, Mathias: *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*. München 2011.
- Beer, Mathias: *Die unerforschte Geschichte der deutschen Südosteuropa-Forschung. Anmerkungen zu einem Editionsprojekt*. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 56 (2016), H. 3, 42–53.

- Beer, Mathias: Die deutsche Südosteuropa-Forschung zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Kontinuität – Bruch – Neubeginn. In: Südosteuropa Mitteilungen, 54 (2014), H. 4, 28–45.
- Bellér, Béla: Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn 1933–1938. Heidelberg 2000.
- Benl, Rudolf: Die „Quellen zur pommerschen Geschichte“. In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 213–330.
- Berg, Matthias: Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus. Göttingen 2014.
- Bericht über die Arbeit der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft im Jahrzehnt von 1924 bis 1934/35. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 8 (1934/35), 5–21.
- Beyer, Hans: Adam Müller-Guttenbrunn. In: Der Nordschleswiger vom 12.11.1952.
- Białkowski, Błażej / Lattermann, Alfred / Lück, Kurt: Nationalsozialismus als doppelte Grenzerfahrung. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): Zwischen Region und Nation 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Osnabrück 2013, 117–139.
- Białkowski, Błażej: Reinhard Wittram an der „Reichsuniversität“ Posen. In: Garleff, Michael (Hg.): Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Bd. 2. Köln 2008, 353–384.
- Białkowski, Błażej: Utopie einer besseren Tyrannis. Deutsche Historiker an der Reichsuniversität Posen (1941–1945). Paderborn 2011, 46–68.
- Bibliographie der Vereinsveröffentlichungen: Kessler, Wolfgang: Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens. Schlesische Geschichtsblätter. Gesamtinhaltsverzeichnis. Hannover 1984.
- Biegel, Gerd: Vorwort. In: Ders. (Hg.): Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte – Renaissance eines Kulturraumes. Braunschweig 1993, 9–15.
- Birke, Ernst: Nachruf auf Herbert Schlenger. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 44 (1970), 207–220.
- Blaschke, Karl Heinz: Alte Länder – neue Länder. Zur territorialen Neugliederung der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*. B 27/90 vom 29. Juni 1990.
- Bobowski, Kazimierz: Pionier wśród historyków – profesor Karol Maleczyński. In: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 52 (1997), Nr. 3/4, 295–300.
- Bönisch-Brednich, Brigitte: Volkskundliche Forschung in Schlesien. Eine Wissenschaftsgeschichte. Marburg 1994.
- Boockmann, Hartmut (Hg.): Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 1). Göttingen 1972.
- Bossert, Gustav: Drei pia desideria für die württembergische Geschichtsforschung. Ein Testament. Heilbronn 1883.
- Brandenburgische Historische Kommission e. V., unter: <http://www.brhiko.de/> (12.10.2022).
- Brenner, Sabine: „Das Rheinland aus dem Dornröschenschlaf wecken!“. Zum Profil der Kulturzeitschrift *Die Rheinlande* (1900–1922). Düsseldorf 2004, 9–14.
- Breyer, Richard u. a. (Hg.): Nachbarn seit tausend Jahren. Deutsche und Polen in Bildern und Dokumenten. Mainz 1976.
- Brilling, Bernhard: Geschichte der Juden in Breslau von 1454–1702. Stuttgart 1960.
- Bruchmann, Karl G.: Konrad Wutke. In: Neubach, Helmut / Petry, Ludwig (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 5. Würzburg 1968, 158–166.

- Brück, Thomas: Die Rigaer Chronik des Johann Witte (1614–1657), <https://www.balt-hiko.de/forschung> (17.11.2022).
- Brüggemann, Karsten / Laur, Mati / Piirimäe, Pärtel (Hg.): Die baltischen Kapitulationen von 1710. Kontext, Wirkungen, Interpretationen. Köln/Weimar/Wien 2014.
- Brüggemann, Karsten: Licht und Luft des Imperiums: Legitimations- und Repräsentationsstrategien russischer Herrschaft in den Ostseeprovinzen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2018.
- Brüggemeier, Franz-Josef / Korff, Gottfried / Steiner, Jürg (Hg.): mittendrin. Sachsen-Anhalt in der Geschichte. Katalog zur Ausstellung im stillgelegten Kraftwerk Vockerode, 15. Mai bis 13. September 1998. Dessau 1998.
- Buchholz, Werner (Hg.): Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven. Paderborn u. a. 1998.
- Buchholz, Werner: Vergleichende Landesgeschichte und Konzepte der Regionalgeschichte von Karl Lamprecht bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990. In: Ders. (Hg.) Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektive. Paderborn 1998, 11–60.
- Burleigh, Michael: Germany turns eastwards. A study of Ostforschung in the Third Reich. Cambridge 1988.
- Bünz Enno: Ein Landeshistoriker im 20. Jahrhundert: Rudolf Kötzschke (1867–1945) zwischen methodischer Innovation und Volksgeschichte – der Lehrer, der Forscher. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/2006), Teilbd. 1, 347–369.
- Cattaruzza, Marina / Zala, Sascha: Negotiated History? Bilateral Historical Commissions in Twentieth Century Europe. In: Jones, Harriet / Östberg, Kjell / Randeraad, Nico (Hg.): Contemporary History on Trial. Europe since 1989 and the Role of the Expert Historian. Manchester u. a. 2007, 123–143.
- Chmielewski, Horst von: Nachruf auf Herbert Rister. In: Zeitschrift für Ostforschung 43 (1994), 411–412.
- Chu, Winson: The German Minority in Interwar Poland. Cambridge University Press 2012.
- Claasen, Birte / Köhler, Nils / Lehmann, Sebastian: „Nationalsozialismus in der Region“. Bericht über die Konferenz des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte am 8./9. November 2002 in Schleswig aus Anlass seines 10jährigen Bestehens. In: Demokratische Geschichte 15 (2003), 301–310
- Clemens, Gabriele B.: Regionaler Nationalismus in den Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts? In: Westfälische Forschungen 52 (2002), 133–158.
- Conrads, Norbert / Menzel, Josef Joachim: Ludwig Petry und die schlesische Geschichtsschreibung. In: Perty, Ludwig: Dem Osten zugewandt. Gesammelte Aufsätze zur schlesischen und ostdeutschen Geschichte. Festgabe zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Sigmaringen 1983, XV–XVIII.
- Conze, Werner: Kann es heute noch eine lebendige Geschichte des Deutschtums in Ostmitteleuropa geben? In: Baltische Briefe 8/9 (1952), 8.
- Conze, Werner: Leibniz als Historiker. Berlin 1951.
- Cordes, Lena: Regionalgeschichte im Zeichen politischen Wandels. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte zwischen 1918 und 1945. Frankfurt a. M. 2011.
- Cornberg, Joachim Freiherr von: Die Regierungsbevollmächtigten – ein Institution der Wendezeit. Sinzheim 1996.
- Cornelißen, Christoph / Pezzino, Paolo: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Historikerkommissionen und historische Konfliktbewältigung. Berlin 2018, 1–18.

- Cornelißen, Christoph: Nur noch „strenge Wissenschaftlichkeit“. Das Collegium Carolinum im Gründungsjahrzehnt (1955–1965). In: *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert: Wissenschaftstraditionen – Institute – Diskurse*. Hrsg. v. Christiane Brenner u. a. München 2006, 344–365.
- Credner, Wilhelm: Landschaft und Wirtschaft in Schweden. Ein Ausschnitt aus der Wirtschaftsgeographie des Ostseegebiets. In: *Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 1*. Breslau 1926.
- Curschmann, Fritz: Die Aufgaben der Historischen Kommissionen bei der Erforschung der mittelalterlichen Kolonisation Ostdeutschlands. In: *Altpreußische Forschungen 4* (1927), H. 1, 15–40.
- Cygański, Mirosław: Mniejszość niemiecka w Polsce Centralnej w latach 1919–1939. Łódź 1962.
- Cygański, Mirosław: Zachodni Niemiecka Komisja Historyczno-Krajoznawcza dla Obszaru Poznńskiego i do Badania Niemczyzny w Polsce (1950–1964). In: *Studia Historica Slavo-Germanica 3* (1974), 85–126.
- Daniels, Mario: *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Institutionalisierungsprozesse und Entwicklung des Personenverbandes an der Universität Tübingen 1918–1964*. Stuttgart 2009.
- Danker, Uwe: „Projektunterricht“ oder „Forschungen im Team“? Erfahrungen aus dem IZRG. In: Hill, Thomas / Pohl, Karl Heinrich (Hg.): *Projekte in Schule und Hochschule. Das Beispiel Geschichte*. Bielefeld 2002, 139–159.
- Danker, Uwe: Der schleswig-holsteinische Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biografie. In: Ruck, Michael / Pohl, Karl Heinrich (Hg.): *Regionen im Nationalsozialismus*. Bielefeld 2003, 91–120.
- Danker, Uwe: Oberpräsident und NSDAP-Gauleitung in Personalunion: Hinrich Lohse. In: *Nationalsozialistische Herrschaftsorganisationen in Schleswig-Holstein*. Hrsg. v. der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein. Kiel 1996, 23–44.
- Degn, Christian: *Geschichtsschreibung in Schleswig-Holstein. Ausdruck ihrer Zeit*. In: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 109* (1984), 11–34.
- Deutsch-Polnische Schulbuchkommission: *Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen*. In: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht 17* (1976), 158–184.
- Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. In: *Zeitschrift für Ostforschung 1* (1952), 525–529.
- Diedrichsen-Heide, Karen: Das Institut für Volks- und Landesforschung an der Universität Kiel. Ein Element nationalsozialistischer Kulturpolitik. Seine Vorläufer – seine Nachfolger. In: *Kieler Blätter für Volkskunde 25* (1993), 21–63.
- Dietz, Burkhard / Gabel, Helmut / Tiedau, Ulrich (Hg.): *Griff nach dem Westen. Die ‚Westforschung‘ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)* 2 Bde. Münster 2003.
- Ditt, Karl: Der Wandel historischer Raumbegriffe im 20. Jahrhundert und das Beispiel Westfalen. In: *Geographische Zeitschrift 93* (2005), 45–61.
- Dolezel, Stephan: Zu den Anfängen der Historischen Kommission der Sudetenländer. In: Stefan, Albrecht / Malír, Jiri / Ralph, Melville: *Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer*, München 2004, 1–9.
- Dross, Fritz: Rheinland – Begriff und Sache. Eine Skizze. In: Duchhardt, Heinz / Reininghaus, Wilfried (Hg.): *Stadt und Region. Internationale Forschungen und Perspektiven*. Kolloquium für Peter Johanek. Köln/Weimar/Wien 2005, 31–42.

- Dross, Fritz: Von der Erfindung des Rheinlandes durch die rheinische Landesgeschichte. Eine Polemik. In: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 23 (2005), 13–34.
- Dyroff, Stefan: Die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen 1885–1918. Marginalisierung dilettierender Identitätsarbeit durch archivgestützte Wissenschaft. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): *Zwischen Region und Nation 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen*. Osnabrück 2013, 11–30.
- Eckert, Eike: *Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990)*. Osnabrück 2012.
- Eike Eckert: Zwei Lebenswege in der deutschen Minderheit in Polen. Die Historiker Gotthold Rhode und Richard Breyer als treibende Kräfte in der Kommission. In: *Zwischen Region und Nation*, 93–212.
- Eggers, Willy: Die Oberflächenformen der jungeszeitlichen Landschaft im südlichen Schleswig und nördlichen Holstein. In: *Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel* 21, Breslau 1934.
- Ende, Werner: Spuler, Bertold. In: *Neue Deutsche Biographie* 24 (2010), 769 f.
- Engelbrecht, Jörg: Das Rheinland. In: Buchholz, Werner (Hg.): *Das Ende der Frühen Neuzeit im „Dritten Deutschland“*. Bayern, Hannover, Mecklenburg, Pommern, das Rheinland und Sachsen im Vergleich. München 2003, 121–133.
- Engelbrecht, Jörg: Die Territorialisierung des Raums als Problem der Geschichtswissenschaft. In: Ackermann, Volker / Rusinek, Bernd / Wiesemann, Falk (Hg.): *Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger*. Essen 1995, 16–26.
- Engelke, Bernhard: Musik und Musiker am Gottorfer Hofe. Bd. 1: Die Zeit der englischen Komödianten 1590–1627. In: *Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel* 12, Breslau 1930.
- Engels, Marc: Bruno Kuske. In: *Internetportal Rheinische Geschichte*, <http://www.rheinischegeschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/bruno-kuske/DE-2086/lido/57c93coda134c5.15136554> (16.11.2022).
- Etzemüller, Thomas: *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*. Oldenburg 2001.
- Fachportal für Geschichtswissenschaft: <https://www.clio-online.de/webresource/id/webresource-2852> (05.07.2022).
- Fahlbusch, Michael: Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main 2000, 241–264.
- Fahlbusch, Michael: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*. Baden-Baden 1999.
- Feest, David: *Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des Estnischen Dorfes 1944–1953*. Köln/Wien 2007.
- Fischer, Karl August: Fritz Valjavec (1909–1960). In: *Südost-Forschungen* XIX (1960), 1–15.
- Flachowsky, Sören: *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg*. Stuttgart 2008.
- Fleck, Ludwik: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle. Frankfurt am Main 1980.
- Flügel, Axel: *Ambivalente Innovation. Anmerkungen zur Volksgeschichte*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), 653–671.
- Franzen, K. Erik / Peřinová, Helena: *Biogramme der Mitglieder der Historischen Kommission der Sudetenländer im Gründungsjahr 1954*. In: Stefan, Albrecht / Malř, Jirı́ / Ralph, Melville

- (Hg.): Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2004, 219–276.
- Freimark, Peter / Richtering, Helmut (Hg.): Gedenkschrift für Bernhard Brilling. Hamburg 1988.
- Freitag, Werner u. a. (Hg.): Handbuch Landesgeschichte. Berlin 2018.
- Freitag, Werner: Die disziplinäre Matrix der Landesgeschichte. Ein Rückblick. In: Hirbodian, Sigrid / Jörg, Christian / Klapp, Sabine (Hg.): Methoden und Wege der Landesgeschichte. Ostfildern 2015, 5–27.
- Freitag, Werner: Perspektiven einer Landesgeschichte für Sachsen-Anhalt. In: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte 12 (1998), 83–99.
- Fried, Pankraz (Hg.): Probleme und Methoden der Landesgeschichte. Darmstadt 1978.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Identität und Tradition in Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Selbstfindung eines neuen Bundeslandes. Bonn 1993.
- Fülberth, Andreas: Tallinn – Riga – Kaunas. Ihr Ausbau zu modernen Hauptstädte 1920–1940. Köln u. a. 2005.
- Gädeke, Nora (Hg.) Leibniz als Sammler und Herausgeber historischer Quellen (Wolfenbütteler Forschungen 129). Wiesbaden 2012.
- Gawrecká, Marie: Geschichtspflege und historische Vereine in Österreichisch-Schlesien vor dem Ersten Weltkrieg. In: Institutionen der Geschichtspflege und Geschichtsforschung in Schlesien, 341–364.
- Gębolyś, Zdzisław: Viktor Kauder. Szkic do portretu. In: O etosie książek. Red. Teresy Wilkoń. Katowice 2017, 279–294.
- Gehrcke, Carl: Theodor Mommsen als schleswig-holsteinischer Publizist (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 8). Breslau 1927.
- Gehrke, Roland: Josef Joachim Menzel (1933–2020). In: Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 13, 505–522.
- Gehrke, Roland: Von volkstumszentrierter Ostforschung zu grenzüberschreitender Wissenschaftskooperation. In: Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland / Schmilewski, Ulrich (Hg.): Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Historische Kommission für Schlesien (1921–2021). Bd. 1. Leipzig 2021, 463–523.
- Gerlich, Alois: Geschichtliche Landeskunde des Mittelalters. Genese und Probleme. Darmstadt 1986.
- Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, [http://www.geschichte-s-h.de/\(18.11.2022\)](http://www.geschichte-s-h.de/(18.11.2022)).
- Glassl, Horst: Mährisches Landesbewusstsein am Beispiel eines historischen Vereins. In: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. München 1986, 61–70.
- Goerlitz, Theodor: Verfassung, Verwaltung und Recht der Stadt Breslau. Hrsg. im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien von Ludwig Petry. Würzburg 1962.
- Göllnitz, Martin: Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927–1945). Ostfildern 2018, 15–32.
- Göllnitz, Martin: Umbruch oder Kontinuität? Landesgeschichte unter Christian Degn (1974–1978). In: Auge, Oliver / Piotrowski, Swantje (Hg.): Gelehrte Köpfe an der Förde. Kieler Professorinnen und Professoren in Wissenschaft und Gesellschaft seit der Universitätsgründung 1665. Kiel 2014, 217–262.
- Gonda, Gábor / Spannberger, Nobert (Hg.): Minderheitenpolitik im „unsichtbaren Entscheidungszentrum“. Der „Nachlass László Fritz“ und die Deutschen in Ungarn 1934–1945. Stuttgart 2013.
- Gottas, Friedrich: Dreißig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. Rückblick und Ausblick. In: Südostdeutsches Archiv 30/31 (1987/1988), 5–10.

- Gottas, Friedrich: Vierzig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. Rückblick und Ausblick. In: *Südostdeutsches Archiv* 40/41 (1997/98), 1–11.
- Gräf, Holger Th. / Jendorff, Alexander / Monnet, Pierre (Hg.): *Land – Geschichte – Identität. Geschichtswahrnehmung und Geschichtskonstruktion im 19. und 20. Jahrhundert – eine historiographische Bestandsaufnahme*. Marburg 2016.
- Grajewski, Grzegorz / Störckuhl, Beate: Günther Grundmann (1892–1976). In: Bahlcke, Joachim (Hg.): *Schlesische Lebensbilder*, Bd. 12. Würzburg 2017, 351–364.
- Grawert-May, Gernot von: Schlesiens Stellung im Piastenstaat und sein Verhältnis zum Reich in staatsrechtlicher Sicht. Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter. In: Riemenschneider, Rainer (Hg.): *XII. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 05. bis 10. Juni 1979 in Allenstein/Olsztyn (Polen)*. Braunschweig, 35–43.
- Greiling, Werner (Hg.): *20 Jahre Historische Kommission für Thüringen. Eine Dokumentation*. Jena 2012.
- Grimm, Gerhard: Georg Stadtmüller und Fritz Valjavec. In: Beer, Matthias / Seewann, Gerhard (Hg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches*, 237–255.
- Gruhn, Herbert: Die Historische Kommission für Schlesien. In: *Schlesische Monatshefte* 8 (1931), 485–488.
- Grüttner, Michael: Hochschulpolitik zwischen Gau und Reich. In: John, Jürgen / Möller, Horst / Schaarschmidt, Thomas (Hg.): *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“*. München 2007, 177–193.
- Gundermann, Christine: 50 Jahre Widerstand. Das Phänomen Asterix. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 6 (2009), H. 1, 115–128.
- Gündisch, Gustav: Der Verein für siebenbürgische Landeskunde. Eine Wissenschaftsgeschichte. In: *Wege landeskundlicher Forschung – 25 Jahre Arbeitskreis für Siebenbürgische Landeskunde 1962–1987*. Köln/Wien 1988 13–51.
- Gundlach, Franz: Tätigkeitsbericht der Baltischen Kommission. In: *Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft* 3 (1927), 34 f.
- Haar, Ingo: „Kämpfende Wissenschaft“. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main 2000, 215–241
- Haar, Ingo: Friedrich Valjavec. Ein Historikerleben zwischen den Wiener Schiedssprüchen und der Dokumentation der Vertreibung. In: *Theologie und Vergangenheitsbewältigung. Eine kritische Bestandsaufnahme im interdisziplinären Vergleich*. Hrsg. v. Lucia Scherzberg. Paderborn 2005, 103–119.
- Haar, Ingo: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. Göttingen 2000, 236–247.
- Haar, Ingo: Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme*. Bd. 1: Biographien. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 432–443.
- Haar, Ingo: Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme*. Teilbd. 2: *Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften*. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 1894–1907.
- Hachmeister, Lutz: *Der Gegnerforscher: Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*. München 1998. Zum institutionellen Kontext siehe ausführlich Schreiber, Carsten: *Generalstab des Ho-*

- locaust oder akademischer Elfenbeinturm? Die „Gegnerforschung“ des Sicherheitsdienstes der SS. In: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 5 (2006), 327–352.
- Hackmann, Jörg: „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Westfälische Forschungen 46 (1996), 232–258.
- Hackmann, Jörg: „Der Kampf um die Weichsel“. Die deutsche Ostforschung in Danzig von 1918–1945. In: Zapiski Historyczne 58 (1993), 37–58.
- Hackmann, Jörg: Ein Abschied auf Raten: Ostforschungstraditionen und ihre Nachwirkungen in der bundesdeutschen Ostmitteleuropaforschung. In: Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert, 347–361.
- Hackmann, Jörg: Johann Gottfried Herder-Institut und -Forschungsrat. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Teilbd. 2: Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 1503–1507.
- Hackmann, Jörg: Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem. Wiesbaden 1996.
- Hähnsen, Fritz (Hg.): Ursprung und Geschichte des Artikels V des Prager Friedens. Die deutschen Akten zur Frage der Teilung Schlesiens (1863–1879). 2 Bde. Breslau 1929.
- Hagedner, Othmar: Nachruf Heinrich Appelt. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 107 (1999), 507–511.
- Hahn, Kadri-Rutt / Thumser, Matthias / Winkler, Eberhard (Hg.): Estnisches Mittelalter. Sprache – Gesellschaft – Kirche. Berlin 2015.
- Hans Freiherr von: Grocholin. Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen. Mit einem Vorwort von Arno Surminski und Rüdiger von Rosen. Leer 7. Aufl. 2017 (1985).
- Hartl, Hans: 50 Jahre Südost-Institut. Zur Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung. In: Südosteuropa-Mitteilungen 22/2 (1982) 39–47.
- Hartmann, Josef: 125 Jahre Historische Kommission 1876–2001. In: Jahrbuch für Sachsen und Anhalt 23 (2001), 9–52.
- Hasenklever, Adolf: [Rezension] Joseph Hansen: Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der französischen Revolution 1780–1801. Bd. I: 1780–1791. Bonn 1931. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 94 (1933), 520–522.
- Hauptmeyer, Carl-Hans: Die Historische Kommission und der Niedersächsische Heimatbund. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 83 (2011), 93–115.
- Hauptmeyer, Carl-Hans: Land- und Stadtgemeinde des Späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit als Szenarien einer neuen Zivilgesellschaft? In: Jendorff, Alexander / Pühringer, Andrea (Hg.): Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder. Neustadt a. d. Aisch 2014, 27–38.
- Hauptmeyer, Carl-Hans: Städtische Wirtschaft im Längsschnitt – oder warum die mittelalterliche Stadt weiterhin Modellcharakter besitzt. In: Holbach, Rudolf / Pauly, Michel (Hg.): Städtische Wirtschaft im Mittelalter. Festschrift für Franz Irsigler zum 70. Geburtstag. Köln u. a. 2011, 355–370.
- Hauptmeyer, Carl-Hans: Wozu heute Regionalgeschichte? In: Aufgebauer Peter / van den Heuvel, Christine (Hg.): Herrschaftspraxis und soziale Ordnung im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Ernst Schubert zum Gedenken (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 232). Hannover 2006, 555–568.
- Hauschild-Thiessen, Renate: 150 Jahre Verein für Hamburgische Geschichte. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 76 (1990), 1–11.

- Hausmann, Frank-Rutger: Wissenschaftslenkung an der Reichsuniversität Straßburg. Ernst Anrich, Hans Bender und das „Grenzwissenschaftliche Institut“. In: Krimm, Konrad (Hg.): NS-Kulturpolitik und Gesellschaft am Oberrhein 1940–1945. Ostfildern 2013, 131–143.
- Hävernick, Walter: Bericht über das 1. Geschäftsjahr 1950. In: Cunz, Reiner (Hg.): Concordia datat. 50 Jahre Numismatische Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 1950–2000. Regenstauf 2000, 34–38.
- Heinelt, Peer: „PR-Päpste“. Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger. Berlin 2003.
- Heinelt, Peer: Portrait eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913–1999). In: Duchkowsch, Wolfgang / Hausjell, Fritz / Semrad, Bernd (Hg.): Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft. Wien 2004, 193–218.
- Heinzel, Reto: Theodor Mayer. Ein Mittelalterhistoriker im Banne des „Volkstums“. Paderborn 2016.
- Heinzel, Reto: Theodor Mayer. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Bd. 1. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 485–488.
- Hemmerle, Josef: Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen. In: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. München 1986, 231–247.
- Hering, Rainer: Art. „Pangermanismus“. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 3: Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin 2010, 262–264.
- Herrmann, Hans-Walter: Der Geschichtliche Atlas der Rheinlande im Vergleich mit anderen landeskundlichen Atlanten. In: Bartsch, Frank (Red.): Der Geschichtliche Atlas der Rheinlande. Vorträge gehalten auf der Veranstaltung zum Abschluss des Atlasprojektes der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde am 5. Dezember 2008 im Rheinischen Landesmuseum Bonn, veranstaltet von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde in Verbindung mit dem Landschaftsverband Rheinland. Düsseldorf 2010, 15–32.
- Hettingling, Manfred (Hg.): Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit. Göttingen 2003.
- Hinkel, Heinz: Der Geograph und Kartograph Herbert Schlenger (1904–1968). In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 42–44 (2001–2003), 721–725.
- Hirbodian, Sigrid u. a. (Hg.): Methoden und Wege der Landesgeschichte. Ostfildern 2015.
- Hirsch, Erhard: Die Publikationen der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt 1994–2000. In: Hartmann, Josef (Hg.): 125 Jahre Historische Kommission 1876–2001. Köln/Weimar/Berlin 2001, 65–82.
- Historische Kommission für Schlesien (Hg.): Geschichte Schlesiens, Bd. 1: Von der Uhrzeit bis zum Jahre 1526. Breslau 1938.
- Hoffmann, Gottfried: Das Institut für Volks- und Landesforschung an der Landesuniversität Kiel. Sein Aufbau und seine Aufgaben. In: Kieler Blätter 1 (1938), 213–215.
- Holthausen, Ferdinand / Siebs, Benno Eide: Die Helgoländer. Eine Volkskunde der roten Klippe (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 10). Breslau 1928.
- Honigmann, Peter: Das Projekt von Rabbiner Dr. Bernhard Brillung zur Errichtung eines jüdischen Zentralarchivs im Nachkriegsdeutschland. In: Hödl, Klaus (Hg.): Historisches Bewusstsein im jüdischen Kontext. Strategien – Aspekte – Diskurse. Innsbruck u. a. 2004, 223–241.
- Höpken, Wolfgang: Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft. Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten. Zur Einführung. In: Südosteuropa Mitteilungen 54 (2014) H. 4, 4–15.

- Höpken, Wolfgang: Wissenschaft – Politik – Biografie. Die deutsche Südosteuropaforschung und ihre Akteure am Beispiel von Franz Ronneberger (1930er bis 1990er Jahre). München 2020.
- Hösch, Edgar: Südosteuropa in der Historiographie der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre. In: Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Hrsg. v. Dittmar Dahlmann. Stuttgart 2005, 107–121.
- Hübner, Hans: Geschichte Sachsen-Anhalts. Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952. Bd. 3. Hrsg. vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt. Berlin, München 1994.
- Hüseler, Konrad: Geschichte der schleswig-holsteinischen Fayence-Manufakturen im 18. Jahrhundert. In: Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 16, Breslau 1929.
- Iggers, Georg G.: Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart. Köln u. a. ³1997.
- Iggers, Georg G.: Neue Geschichtswissenschaft. Vom Historismus zur historischen Sozialwissenschaft. Ein internationaler Vergleich. München 1978.
- Irgang, Winfried: Das Schlesische Urkundenbuch – ein Resümee. In: Ders. / Kersken, Norbert (Hg.): Stand, Aufgaben und Perspektiven territorialer Urkundenbücher im östlichen Mitteleuropa. Marburg 1998, 153–162.
- Irgang, Winfried: Die Rolle der Historischen Kommission für Schlesien in der deutschen schlesienkundlichen Forschung der beiden letzten Jahrzehnte. In: Haub, Marek / Mańko-Matysiak, Anna (Hg.): Śląska Republika Uczonych – Schlesische Gelehrtenrepublik – Slezská vědecká obec, Bd. 2. Wrocław 2006, 554–572.
- Irgang, Winfried: Ludwig Petry (1908–1991). In: Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 12. Würzburg 2017, 445–458.
- Irgang, Winfried: Regestenedition und Urkundenbuch. Quellenkundliche Grundlagenforschung in der Historischen Kommission. In: Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland / Schmilewski, Ulrich (Hg.): Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Historische Kommission für Schlesien (1921–2021). Bd. 1. Leipzig 2021, 187–212.
- Irsigler, Franz: Vergleichende Landesgeschichte. In: Hauptmeyer, Carl-Hans (Hg.): Landesgeschichte heute. Göttingen 1987, 35–54.
- Jabben, Oltmann Tjardes: Die friesische Sprache der Karrharde. Lautlehre (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 19). Breslau 1931.
- Jacobmeyer, Wolfgang (Hg.): Zum pädagogischen Ertrag der Deutsch-Polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker 1972–1987. XXI. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz der Historiker, 24.–29.05.1988 in Oldenburg i. O. Braunschweig 1989.
- Jacobsen, Hans-Adolf: Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937. Erinnerungen und Dokumente. Boppard am Rhein 1970.
- Jähnig, Bernhart (Hg.): 75 Jahre Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Forschungsüberblick und Forschungswünsche. (Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung). Lüneburg 1999.
- Jähnig, Bernhart: Die Unterstützung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung durch die öffentliche Hand während der Weimarer Republik. In: Ders. (Hg.): 75 Jahre Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Forschungsüberblick und Forschungswünsche. (Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung). Lüneburg 1999, 93–112.
- Jähnig, Bernhart: Landesgeschichte des Preußenlandes. Forschungsstand und Möglichkeiten Ende des 20. Jahrhunderts. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21 (1997/98), 93–108.

- Janssen, Wilhelm: Ein programmatischer Neuansatz im 20. Jahrhundert: Die geschichtliche Landeskunde. In: Lorenz, Sönke / Holtz, Sabine / Schmidt, Jürgen Michael (Hg.): Historiographie – Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum. Ostfildern 2011, 123–133.
- Janssen, Wilhelm: Kleine Rheinische Geschichte. Düsseldorf 1997.
- Jessen, Wilhelm (Hg.): Uwe Jens Lornsens Briefe an seinen Vater 1811–1837. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 18). Breslau 1929.
- Jessen-Klingenberg, Manfred / Jürgensen, Kurt: Universität und Land. Die Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft 1918–1993. Neumünster 1995.
- Jessen-Klingenberg, Manfred: „Aufklären, beschämen, unterdrückte edlere Erinnerungen zur Auferstehung bringen“. Vorrede zum Forschungsprogramm des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG). In: Grenzfriedenshefte (1994), H. 4, 239–254.
- Jessen-Klingenberg, Manfred: Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft 1933–1945. Intrigen, Krisen, Kriegseinsatz. In: Prahl, Werner / Petersen, Hans-Christian / Zankel, Sönke (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 2. Kiel 2007, 61–98.
- Jessen-Klingenberg, Manfred: Nord-Locarno – Anton Schifferers und Otto Scheels „nordische Reise“ im Oktober 1927. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 96 (1971), 309–339.
- Johansen, Paul / Zur Mühlen, Heinz von: Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval. Köln/Wien 1973.
- John, Herwig: „Zur Förderung der Kenntnis des Großherzoglichen Hauses und des Badischen Landes“. Die ersten fünf Jahrzehnte der Badischen Historischen Kommission. In: Schaab, Meinrad (Hg.): Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit der Landesgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1995, 173–200.
- Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018.
- Jungandreas, Wolfgang: Das schlesische Wörterbuch und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Trier 1957.
- Jureit, Ulrike: Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 1.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte (2.11.2010), URL https://docupedia.de/zg/Jureit_generation_v2_de_2017_2_10 (08.07.2022).
- Kaczmarek, Ryszard: Geschichtspflege und Vereinswesen im preußischen Oberschlesien vor dem Ersten Weltkrieg. In: Institutionen der Geschichtspflege und Geschichtsforschung in Schlesien von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Hrsg. v. Joachim Bahlcke und Roland Gehrke. Köln/Weimar/Wien 2017, 215–227.
- Kaczmarek-Löw, Klara: Dagobert Frey in Breslau. Schlesien und Polen im Spannungsfeld von Kunstgeschichte und Politik. In: Harasimowicz, Jan (Hg.): Uniwersytet Wrocławski w kulturze europejskiej XIX i XX wieku. Materiały międzynarodowej konferencji naukowej, Wrocław 4–7 października 211 r. Księga pamiątkowa jubileuszu 200-lecia utworzenia Państwowego Uniwersytetu we Wrocławiu, Bd. 4. Wrocław 2015, 493–502.
- Kaegbein, Paul / Lenz, Wilhelm: Fünfzig Jahre baltische Geschichtsforschung 1947–1996. Die Baltische Historische Kommission und die Baltischen Historikertreffen in Göttingen. Veröffentlichungen, Vorträge, Mitglieder. Köln 1997.
- Karn, Alexander: Depolarizing the Past. The Role of Historical Commissions in Conflict Mediation and Reconciliation. In: Journal of International Affairs 60 (2006), 31–50.
- Karp, Hans-Jürgen: Der Historische Verein für Ermland. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 147 (2011), 513–518.

- Kasten, Brigitte (Hg.): Historische Blicke auf das Land an der Saar. 60 Jahre Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 45). Saarbrücken 2012.
- Kathe, Heinz: Geschichte Sachsen-Anhalts – konzeptionelle Überlegungen zu einem gemeinsamen Forschungs- und Publikationsvorhaben der Sektionen Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle und an der Pädagogischen Hochschule „Erich Weinert“ Magdeburg. In: Magdeburger Blätter. Jahresschrift für Heimat- und Kulturgeschichte im Bezirk Magdeburg, Magdeburg 1986.
- Kathe, Heinz: Geschichte Sachsens-Anhalts. Reformation bis Reichgründung 1871. Bd. 2. Berlin/München 1993.
- Keller-Drescher, Lioba: Vom Wissen zur Wissenschaft. Ressourcen und Strategien regionaler Ethnografie (1820–1950). Stuttgart 2017.
- Kersken, Norbert: Breslau als Zentrum landesgeschichtlicher Forschung. Der „Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens“. In: Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland (Hg.): Institutionen der Geschichtspflege und Geschichtsforschung in Schlesien von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Köln/Weimar/Wien 2017, 87–120.
- Kersken, Norbert: Die Schlesische Bibliographie. Vom Einzelvorhaben zum Kooperationsprojekt. In: Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland / Schmilewski, Ulrich (Hg.): Landesgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Historische Kommission für Schlesien (1921–2021). Bd. 1, Leipzig 2021, 251–276.
- Kessler, Wolfgang (Hg.): Fünfzig Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen und die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen 1950–2000. Herne 2001.
- Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): Zwischen Region und Nation 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Osnabrück 2013.
- Kessler, Wolfgang / Lemberg, Hans / Sewering-Wollanek, Marlis: Osteuropaforschung in Marburg. Marburg 1988.
- Kessler, Wolfgang: Die „Ostforschung“ und die Deutschen in Polen. In: Nordost-Archiv, N. F. 9 (2000), H. 2, 379–411.
- Kessler, Wolfgang: Neue Gesamtdarstellungen der Geschichte Schlesiens. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 52 (2003), 230–250.
- Kessler, Wolfgang: Ostforschung als Abwehr. Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen als Gesinnungsgemeinschaft (1950–1990). In: Ders., Krzoska, Markus (Hg.): Zwischen Region und Nation 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Osnabrück 2013, 149–192.
- Kessler, Wolfgang: Zwischen Deutschland und Polen. Zu Geschichte und Geschichtsschreibung des preußischen Ostens und polnischen Westens. In: Deutschlands Osten – Polens Westen. Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde. Hrsg. v. Matthias Weber. Frankfurt a. M. 2001, 31–81.
- Keyser, Erich: Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. In: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), 525–529.
- Keyser, Erich: Die völkische Geschichtsauffassung. In: Preußische Jahrbücher 234 (1933), 1–20.
- Kiec, Olgierd: Heimatforschung und „Heimatbildung“ im deutschen Osten. Die Historische Gesellschaft in Posen 1918–1945. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): Zwischen Region und Nation 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Osnabrück 2013, 57–90.
- Kleemann, Otto: Die Anfänge der Geschichte Schlesiens. Konzepte einer landeskundlichen Vorgeschichte. Köln 1959.

- Klein, Karl Kurt: Germanistik in Ungarn. In: Südostdeutsche Heimatblätter III/1–2 (1954), 3–23.
- Kleindienst, Thekla: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Marburg 2009.
- Kleindienst, Thekla: Johannes Papritz. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Bd. 1: Biographien. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 555–558.
- Klingemann, Carsten: Franz Ronneberger. Sozialwissenschaft – Publizistik – Nachrichtendienst. Zum Verhältnis von „Intelligence“ und Wissenschaft. In: Holtz-Bacha, Christina u. a. (Hg.): Fünfzig Jahre Publizistik. Wiesbaden 2006, 144–175.
- Kloosterhuis, Jürgen (Hg.): Archivarbeit für Preußen. Symposium der Preußischen Historischen Kommission und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz aus Anlass der 400. Wiederkehr der Begründung seiner archivischen Tradition (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Arbeitsberichte 2). Berlin 2000.
- Klose, Olaf: 125 Jahre Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. 13. März 1833–13. März 1958. Neumünster 1958.
- Klueting, Harm: Rückwärtigkeit des Örtlichen – Individualisierung des Allgemeinen. Heimatgeschichtsschreibung (Historische Heimatkunde) als unprofessionelle Lokalgeschichtsschreibung neben der professionellen Geschichtswissenschaft. In: Klueting, Edeltraud (Hg.): Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung. Darmstadt 1991, 50–89.
- Kohl, Wilhelm: Neun Jahrzehnte Historische Kommission für Westfalen. In: Westfälische Forschungen 39 (1988), 148–166.
- Kohte, Julius: Zum 50jährigen Bestehen der Historischen Gesellschaft für Posen 1885–1935. In: Historische Gesellschaft für Posen. Mitteilungen. Herausgegeben von der Vereinigung der Reichsdeutschen Mitglieder. Drittes Heft. Berlin, im Juli 1935, 1–6.
- Konrád, Ota: Die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung 1940–1945. Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. München 2004, 71–95.
- Korinman, Michel: Deutschland über alles. Le pangermanisme 1890–1945. Paris 1999.
- Korte, Detlef: Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte. In: Grenzfriedenshefte (1993), H. 2, 115–122.
- Kossert, Andreas: Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956. Wiesbaden 2001, 167–230.
- Krimm, Konrad: Das Badische Generallandesarchiv im NS-Staat. Kampfplatz, Nische, Abstellraum? In: Krimm, Konrad / John, Herwig (Hg.): Archiv und Öffentlichkeit. Aspekte einer Beziehung im Wandel. Stuttgart 1997, 75–108.
- Krimm, Konrad: Eine große, alte Dame der Landesgeschichte. Die Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. In: Revue d’Alsace 133 (2007), 199–216, unter: <http://alsace.revues.org/1473> (16.12.2022).
- Krzoska, Markus / Lichy, Kolja / Rometsch, Konstantin: Jenseits von Ostmitteleuropa? Zur Aporie der deutschen Nischenforschung. In: Journal of Modern European History 2008, Nr. 1, 40–62.
- Krzoska, Markus: Alfred Lattermann. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Bd. 1: Biographien. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 409–413.
- Krzoska, Markus: Ludwig Petry. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Bd. 1: Biographien. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 475–477.

- Krzoska, Markus: Neuer Wein in alten Schläuchen? Überlegungen zur Regionalgeschichte einer deutsch-polnischen historischen Kontaktzone am Beispiel Großpolens. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): Zwischen Region und Nation. 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Osnabrück 2013, 265–280.
- Kunz, Georg: Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewusstsein in den deutschen historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 138). Göttingen 2000.
- Kurlander, Eric: Otto Scheel. National Liberal, Nordic Prophet. In: Haar, Ingo / Fahlbusch, Michael (Hg.): German Scholars and Ethnic Cleansing (1919–1945). New York 2006, 200–212.
- Kutrzeba, Stanisław (Red.): Historia Śląska od najdawniejszych czasów do roku 1400. Bd. 1. Kraków 1933.
- Langewiesche, Dieter: Föderalismus und Unitarisierung – Grundmuster deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. In: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Bd. 4. Stuttgart 2003, 1–21.
- Laux, Stephan: Deutschlands Westen – Frankreichs Osten. Überlegungen zur Historiographie und zu den Perspektiven der rheinischen Landesgeschichte in der Frühen Neuzeit. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 79 (2015), 143–163.
- Lemberg, Hans: Der Verein für die Geschichte der Deutschen in Böhmen im 20. Jahrhundert. In: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. München 1986, 209–230.
- Lemberg, Hans: Von den Deutschböhmen zu den Sudetendeutschen. Der Beitrag von Geschichtswissenschaften und Geschichtspolitik. In: Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert: Wissenschaftstraditionen – Institute – Diskurse. Hrsg. v. Christiane Brenner u. a. München 2006, 95–108.
- Lerchenmüller, Joachim: Das Ende der Reichsuniversität Straßburg in Tübingen. In: Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte 10. Tübingen 2005, 115–174.
- Lerchenmüller, Joachim: Die Reichsuniversität Straßburg. SD-Wissenschaftspolitik und Wissenschaftlerkarrieren vor und nach 1945. In: Bayer, Karen / Sparing, Frank / Woelk, Wolfgang (Hg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit. Stuttgart 2004, 54–80.
- Linnemann, Kai Arne: Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit. Marburg 2002.
- Lintzel, Detlev: Einhundertneunzig Tage. Der Runde Tisch des Bezirkes Halle 1989–1990. Halle/Saale 1997.
- Lohmann, Nina: „Eingedenk der Väter, unerschütterlich treu unserem Volke!“ Der Verein für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Dietmar Neutzat und Volker Zimmermann. Essen 2006, 25–46.
- Lotz, Christian: Herbert Schlenger (1904–1968). In: Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 12. Würzburg 2017, 431–444.
- Lück, Heiner: Beharrlich und unbeirrbar. Walter Zöllner als Hochschullehrer, Autor und Editor. In: Historische Forschungen in Sachsen-Anhalt. Ein Kolloquium anlässlich des 65. Geburtstages von Walter Zöllner. Hrsg. v. Heiner Lück und Werner Freitag. Stuttgart/Leipzig 1999, 7–12.
- Lück, Kurt: Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum. Plauen 1934.
- Lukas, Liina / Schwidtal, Michael / Undusk, Jaan (Hg.): Politische Dimensionen der deutschbaltischen literarischen Kultur. Berlin 2018.

- Luther, Tammo: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933–1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten. Stuttgart 2004.
- Maetschke, Ernst: Bericht über die Vereinstätigkeit 1919 und 1920. In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 55 (1921), 134–136.
- Mager, Friedrich: Der Abbruch der Insel Sylt durch die Nordsee. Eine historisch-geographische Untersuchung. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 6). Breslau 1927.
- Mager, Friedrich: Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, 2 Bde. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 17). Breslau 1930–1937.
- Maleczyński, Karol (Hg.): Kodeks dyplomatyczny Śląska. Zbiór dokumentów i listów dotyczących Śląska = Codex diplomaticus nec non epistolaris Silesiae. Unter Maleczyńskis Verantwortung erschienen in den fünfziger und sechziger Jahren die folgenden Bände: Bd. 1: Obejmujący lata 971–1204. Wrocław 1956; Bd. 2: Obejmujący lata 1205–1220. Wrocław 1959; Bd. 3: Obejmujący lata 1221–1227. Wrocław 1964.
- Małłek, Janusz: Die „Altpreußischen Forschungen“. Das Kommissionsorgan im polnisch-deutschen Nationalitätenstreit. In: Jähnig, Bernhart (Hg.): 75 Jahre Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Forschungsüberblick und Forschungswünsche. (Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung). Lüneburg 1999, 183–204.
- Mannheim, Karl: Das Problem der Generation [1928]. In: Ders.: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Hrsg. v. Kurt H. Wolff, Neuwied 1964, 509–565.
- Marquard-Twarowski, Juliane: Dagobert Frey als kunsthistorischer Ostforscher. Phil. Diss. Berlin 2007.
- Marsch, Ulrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte 1920–1925. Frankfurt a. M. 1994.
- Matwijowski, Krystyn: Władysław Czapliński jako uczonec i wychowawca. Wrocław 1984.
- Maurer, Helmut: Theodor Mayer (1883–1972). Sein Wirken vornehmlich während der Zeit des Nationalsozialismus. In: Hruza, Karel (Hg.): Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftlichen Porträts. Bd. 1. Wien 2008, 493–530.
- Maurer, Michael: Eberhard Gothein (1853–1923). Leben und Werk zwischen Kulturgeschichte und Nationalökonomie. Köln/Weimar/Wien 2007.
- Maurer, Trude: 63. Baltisches Historikertreffen vom 29. bis 30. Mai 2010 in Göttingen. In: Baltische Briefe 63 (2010), 14–16.
- Menke, Matthias: Franz Engel (1908–1967). Historiker und Archivar zwischen Mecklenburg, Pommern und Niedersachsen. In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 279–294.
- Menzel, Josef Joachim (Hg.): Geschichte Schlesiens, Bd. 3: Preußisch-Schlesien 1740–1945; Österreichisch Schlesien 1740–1918, 1918–1945. Stuttgart 1999.
- Menzel, Josef Joachim: Jura Ducalia. Die mittelalterlichen Grundlagen der Dominalverfassung in Schlesien. Würzburg 1964.
- Menzel, Josef Joachim / Stribrny, Wolfgang / Völker, Eberhard: Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern. [Mainz] 1978.
- Mertelsmann, Olaf: Der stalinistische Umbau in Estland. Von der Markt- zur Kommandowirtschaft. Hamburg 2006.
- Meyer, Arnold Oskar: Die europäischen Quellen zur schleswig-holsteinischen Geschichte. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 2 (1926), 168–176.

- Michelsen, Jakob: Von Breslau nach Hamburg. Ostforscher am Historischen Seminar der Universität Hamburg nach 1945. In: Hering, Rainer / Nicolaysen, Rainer (Hg.): Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky. Wiesbaden 2003, 659–681.
- Middell, Matthias: Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890–1990. 3 Bde. Leipzig 2005.
- Miller, Max: 70 Jahre landesgeschichtliche Forschungsarbeit. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 21 (1962), 12–36.
- Misāns, Ilgvas / Neitmann, Klaus (Hg.): Leonid Arbusow (1882–1951) und die Erforschung des mittelalterlichen Livland. Köln/Weimar/Wien 2014.
- Mish, Carsten: Otto Scheel (1876–1954). Eine biographische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriographie und deutsch-dänischen Beziehungen. Göttingen 2015.
- Mölich, Georg / Veltzke, Veit / Walter, Bernd (Hg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte. Münster 2011.
- Mommsen, Hans: Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime. Anmerkungen zur Historikerdebatte. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 2000, 265–273.
- Mommsen, Wolfgang J.: „Gestürzte Denkmäler“? Die „Fälle“ Aubin, Conze, Erdmann und Schieder. In: Elvert, Jürgen (Hg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen 2001. Wiesbaden 2003, 96–109.
- Morrissey, Christof: Heimatkunde, Wissenschaft und die NS-Volkstumspolitik. Die Entwicklung des Instituts für Heimatforschung in der Slowakei 1941–1944. In: Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. Hrsg. v. Mariana Hausleitner und Harald Roth. München 2006, 253–264.
- Morrissey, Christof: Institut für Heimatforschung in Käsmark. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Teilbd. 2: Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 1421–1427.
- Mühle, Eduard: Die „Schlesische Schule der Ostforschung“. Hermann Aubin und sein Breslauer Arbeitskreis in den Jahren des Nationalsozialismus. In: Hałub, Marek / Mańko-Matysiak, Anna (Hg.): Śląska Republika Uczonych – Schlesische Gelehrtenrepublik – Slezská vědecká obec, Bd. 1. Wrocław 2004, 568–607.
- Mühle, Eduard (Hg.): Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968. Marburg 2008.
- Mühle, Eduard: „... einfach dem Instinkte nach vertraut“. Zum Wissenschaftsverständnis Hermann Aubins und seiner historischen Kulturraumforschung. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 139/140 (2006), 233–266.
- Mühle, Eduard: „Von den wilden Schlachzizen glücklich wieder zurückgekehrt“. Hermann Aubin und der internationale Historikerkongress in Warschau 1933. In: Symanzik, Bernhard (Hg.): Studia Philologica Slavica. Festschrift für Gerhard Birkfellner zum 65. Geburtstag gewidmet von Freunden, Kollegen und Schülern, Teilbd. 1.: Biographien. Berlin 2006, 477–494.
- Mühle, Eduard: Der europäische Osten in der Wahrnehmung deutscher Historiker. Das Beispiel Hermann Aubin. In: Thum, Gregor (Hg.): Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006, 110–137.
- Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005.

- Mühle, Eduard: Hermann Aubin, der „deutsche Osten“ und der Nationalsozialismus. Deutungen eines akademischen Wirkens im Dritten Reich. In: Lehmann, Hartmut (Hg.): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 1: Fächer, Milieus, Karrieren. Göttingen 2004, 531–591.
- Mühle, Eduard: Institutionelle Grundlegung und wissenschaftliche Programmatik der westdeutschen Beschäftigung mit ‚deutscher‘ Geschichte im östlichen Mitteleuropa (1945–1959). In: Doświadczenia przeszłości. Niemcy w Europie Środkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 roku = Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945. Red. Jerzy Kłoczowski, Witold Matwiejczyk, Eduard Mühle. Marburg-Lublin 2000, 25–66.
- Mühle, Eduard: *Obraz historii i polityka historyczna. O historiograficznej konstrukcji „ogólnosląskiego obszaru plemiennego“ i jego politycznej instrumentalizacji.* In: Haubold-Stolle, Juliane (Hg.): *Górny Śląsk wyobrażony = Imaginiertes Oberschlesien. Wokół mitów, symboli i bohaterów dyskursów narodowych.* Marburg/Opole 2005, 55–77.
- Mühle, Eduard: ‚Ostforschung‘. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 46 (1997), H. 3, 317–350.
- Mühle, Eduard: Putting the East in Order. German Historians and their Attempts to Rationalize German Eastward Expansion during the 1930s and 1940s. In: Nelson, Robert L. (Hg.): *Germans, Poland, and Colonial Expansions to the East. 1850 through the Present.* Basingstoke u. a. 2009, 95–120.
- Mühle, Eduard: The European East on the Mental Map of German ‚Ostforschung‘. In: Ders. (Hg.): *Germany and the European East in the Twentieth Century.* Oxford/New York 2003, 107–130.
- Mühle, Eduard: *Weltkriegsforschung an der galizisch-polnischen Ostfront 1914/15. Zur Wahrnehmung des Ostens in Feldpostbriefen des Ostforschers Hermann Aubin.* In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 51 (2002), 529–575.
- Müller, Walter: *Geschichte Sachsen-Anhalts. Das Mittelalter.* Bd. 1. Berlin/München 1993.
- Munke, Martin: „die Interessen des deutschen Volkstums zu stützen und zu fördern“. Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem 1931–33 bis 1943–47. In: *Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933.* Hrsg. v. Sven Kriese. Berlin 2015, 307–334.
- Musial, Bogdan: *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944.* Wiesbaden 1999.
- Naager, Wolfgang: Das Reich als mitteleuropäischer demokratischer föderativer Rechtsstaat. In: *Die Drei. Zeitschrift zur Erneuerung von Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben* 2 (1949), 127–137.
- Nehring, Karl: Zu den Anfängen der Südost-Forschungen. Der Briefwechsel von Fritz Valjavec mit Gyula Szekfű 1934–1936. In: *Südost-Forschungen* 50 (1991), 1–30.
- Neitmann, Klaus: Die Historischen Kommissionen der preußischen Provinzen Brandenburg und Pommern 1911/25–1945. Antriebe – Rahmenbedingungen – Wirkungen. In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): *Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick.* Köln/Weimar 2018, 98–129.
- Neitmann, Klaus: Eine wissenschaftliche Antwort auf die politische Herausforderung des geteilten Deutschlands und Europas. Walter Schlesinger, die ost(mittel)deutsche Landesgeschichte und die deutsche Ostforschung. In: Bünz, Enno (Hg.): *100 Jahre Landesgeschichte (1906–2006). Leipziger Leistungen, Verwicklungen und Wirkungen.* Leipzig, 225–284.
- Neitmann, Klaus: *Geschichtsvereine und Historische Kommissionen als Organisationsformen der Landesgeschichtsforschung.* In: Ders. (Hg.): *Land und Landeshistoriographie. Beiträge*

- zur Geschichte der brandenburgisch-preußischen und deutschen Landesgeschichtsforschung. Berlin 2015, 137–170.
- Neitmann, Klaus: Land und Landeshistoriographie. Beiträge zur Geschichte der brandenburgisch-preußischen und deutschen Landesgeschichtsforschung. Hrsg. v. Hans-Christof Kraus und Uwe Schaper. Berlin/Boston 2015.
- Neitmann, Klaus: Reinhard Wittram und der Wiederbeginn der baltischen historischen Studien in Göttingen nach 1945. In: Nordost-Archiv 7 (1998), 11–32.
- Neubach, Helmut: Fünfzig Jahre Zeitzeuge der Kommission. Ein autobiographischer Bericht. In: Kessler, Wolfgang / Krzoska, Markus (Hg.): Zwischen Region und Nation. 125 Jahre Forschung zur Geschichte der Deutschen in Polen. Osnabrück 2013, 213–258.
- Neubach, Helmut: Gotthold Rhode (1916–1990). Aus der Sicht eines Schülers und Kommissionsassistenten. Marburg 2001.
- Neumüller, Michael: Der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen: ein deutschliberaler Verein (von der Gründung bis zur Jahrhundertwende). In: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. München 1986, 179–208.
- Nikolay-Panter, Marlene: Der Steinbach-Lehrstuhl an der Universität Bonn und seine Wiederbesetzung (1960–1962). In: Mauer, Benedikt (Hg.): Das Heute hat Geschichte. Forschungen zur Geschichte Düsseldorfs, des Rheinlands und darüber hinaus. Festschrift für Clemens von Looz-Corswarem zum 65. Geburtstag. Essen 2012, 279–295.
- Nonn, Christoph: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2013, 85–91.
- Noodt, Birgit: Fritz Rörig (1882–1952). Lübeck, Hanse und die Volksgeschichte. In: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 87 (2007), 155–180.
- Oberkrome, Willi: „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen 1900 bis 1960. Paderborn u. a. 2004.
- Oberkrome, Willi: Geschichte, Volk und Theorie. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“. In: Schöttler, Peter (Hg.): Geschichte als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt a. M. 1997, 104–127.
- Oberkrome, Willi: Regionalismus und historische „Volkstumsforschung“ 1890–1960. In: Beer, Mathias / Seewann, Gerhard (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches (1920–1960). Institutionen – Inhalte – Personen. München 2004, 39–48.
- Oberkrome, Willi: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945. Göttingen 1993.
- Oberkrome, Willi: Zur Kontinuität ethnozentrischer Geschichtswissenschaft nach 1945. Weltanschauung und politisches Engagement der westdeutschen Kulturraumforschung in den fünfziger Jahren. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), 50–61.
- Obermair, Hannes: Leo Santifaller (1890–1974). Von Archiven, Domkapiteln und Biografien. In: Hruza, Karel (Hg.): Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts. Wien 2008, 597–617.
- Obermair, Hannes: Willfähige Wissenschaft – Wissenschaft als Beruf. Leo Santifaller zwischen Bozen, Breslau und Wien. In: Lorenz, Sönke / Zotz, Thomas (Hg.): Frühformen von Stiftskirchen in Europa. Funktion und Wandel religiöser Gemeinschaften vom 6. bis zum Ende des 11. Jahrhunderts. Festgabe für Dieter Mertens zum 65. Geburtstag. Leinfelden-Echterdingen 2005, 393–406.

- Olszewski, Henryk: Die deutsche Historiographie über Polen aus polnischer Sicht. In: Hundert Jahre osteuropäische Geschichte: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Hrsg. v. Dittmar Dahlmann. Stuttgart 2005, 281–292.
- Omland, Frank: Kein Phoenix aus der Asche – das IZRG oder vom Scheitern einer guten Idee. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (1999), H. 36, 73–83.
- Onken, Eva Clarita: Demokratisierung der Geschichte in Lettland. Staatsbürgerliches Bewusstsein und Geschichtspolitik im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit. Hamburg 2003.
- Origines Guelficae, hrsg. von Christian Ludwig Scheidt u. Johann Heinrich Jung, Bd. 1–5, Hannover 1750–1780.
- Ormos, Mária: A Horthy-korszak (1920–1944/45) [Die Horthy-Ära (1920–1944/45)]. In: Milléniumi magyar történet. Magyarország története a honfoglalástól napjainkig. Hrsg. v. Tóth István György. Budapest 2002, 503–556.
- Ormos, Mária: Magyarország a két világháború korában 1914–1945 [Ungarn in der Zeit des Zweiten Weltkrieges 1914–1945]. Debrecen 1998; Romsics, Ignác: Magyarország története a 20. században [Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert]. Budapest 2001.
- Orosz, László: Tudomány és politika. Fritz Valjavec (1909–1960) a két világháború közötti magyar-német tudománypolitikai kapcsolatokban [Wissenschaft und Politik. Fritz Valjavec (1909–1960) in den ungarisch-deutschen wissenschaftspolitischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen]. Budapest 2014.
- Othmar Pickl, Othmar (Hg.): 100 Jahre Historische Landeskommission für Steiermark 1892–1992. Bausteine zur Historiographie der Steiermark. Graz 1992.
- Pabst, Klaus: Die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde (1881–1981). Trägerschaft, Organisation und Ziele in den ersten 100 Jahren ihres Bestehens. Redaktion Stephan Laux. Wien/Köln/Weimar 2022.
- Pabst, Klaus: Gerhard Kallen. In: Internetportal Rheinische Geschichte, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/gerhard-kallen/DE-2086/lido/57c9318ad56b66.44143121> (16.11.2022).
- Pabst, Klaus: Historische Vereine und Kommissionen in Deutschland bis 1914. In: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. München 1986, 13–38.
- Panzram, Bernhard: Franz Xaver Seppelt. In: Neubach, Helmut / Petry, Ludwig (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 5. Würzburg 1968, 215–227.
- Patze, Hans: Landesgeschichte. In: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft Historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland 1980, 15–40.
- Paul, Saskia: „Stark sein im Geiste, klar in der Welt, fest im Dienste an unserem Volk“. Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von ihrer Reorganisation bis zur Akademiereform (1945–1974). Stuttgart/Leipzig 2015.
- Pauls, Volquart: Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 74/75 (1951), 591–597.
- Pauls, Volquart: Hundert Jahre Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. 1833–13. März – 1933. Neumünster 1933.
- Pelc, Ortwin: Die große Landesgeschichte – das längste Projekt der GSHG. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 92 (2017), 29–33.
- Peter Stockmann: Art. Bernhard Panzram. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 30 (2009), 1083–1090.
- Peters, Jelko: Das Institut für Heimatforschung und Volkskunde in Königsberg (1924–1945). In: Dröge, Kurt (Hg.): Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. München 1995, 213–226.

- Petersen, Hans-Christian: Ostforschung. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p53916 (Stand 03.06.2022).
- Petersohn, Jürgen: Die Historische Kommission für Pommern im Exil (1951–2001). In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 159–173.
- Petry, Ludwig / Menzel, Josef Joachim (Hg.): Geschichte Schlesiens, Bd. 2: Die Habsburgerzeit 1526–1740. Im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien unter Mitarbeit von Hermann Aubin u. a. Darmstadt 1973.
- Petry, Ludwig / Schlenger, Herbert (+): Fünfzig Jahre Historische Kommission für Schlesien. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 17 (1972), 385–416.
- Petry, Ludwig: Dem Osten zugewandt. Gesammelte Aufsätze zur schlesischen und ostdeutschen Geschichte. Festgabe zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Sigmaringen 1983.
- Petry, Ludwig: Die Historische Kommission für Schlesien im 6. Jahrzehnt ihres Bestehens. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität 22 (1981), 240–254.
- Petry, Ludwig: In Grenzen unbegrenzt. Möglichkeiten und Wege der geschichtlichen Landeskunde. Mainz 1961.
- Philippi, Paul: Land des Segens? Fragen an die Geschichte Siebenbürgens und seiner Sachsen. Köln 2008.
- Philippi, Paul: Von Deutschtum und Zukunft der Siebenbürger Sachsen. In: Siebenbürgisch-sächsische Geschichte in ihrem neunten Jahrhundert. München 1977, 73–93.
- Pinwinkler, Alexander: Konstruktionen des Volkstums in historisch-landeskundlichen Forschungen an der „Reichsuniversität Straßburg“, 1914–1944. In: Krimm, Konrad (Hg.): NS-Kulturpolitik und Gesellschaft am Oberrhein 1940–1945. Ostfildern 2013, 145–160.
- Pinwinkler, Alexander: Walter Kuhn (1903–1983) und der Bielitzer „Wandervogel e. V.“ Historisch-volkskundliche „Sprachinselforschung“ zwischen völkischem Pathos und politischer Indienstnahme. In: Zeitschrift für Volkskunde 105/1 (2009), 29–52.
- Piskorski, Jan M. / Hackmann, Jörg / Jaworski, Rudolf. Osnabrück (Hg.): Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Poznan 2002.
- Pistohlkors, Gert von: Baltische Geschichtsforschung in drei Generationen. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 55 (2009), 243–268.
- Pistohlkors, Gert von: Baltische Historische Kommission. In: Weczerka, Hugo (Hg.) Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Marburg 1996, 77–84.
- Pistohlkors, Gert von: Baltische Regionalgeschichte in universalhistorischer Perspektive. Sechzig Jahre Baltische Historikertreffen in Göttingen. In: Forschungen zur baltischen Geschichte 3 (2008), 11–32.
- Pistohlkors, Gert von: Generations in Baltic German Historical Writing 1919–2009. In: Zadencka, Maria / Plakans, Andrejs / Lawaty, Andreas (Hg.): East and Central European History Writing in Exile 1939–1989. Leiden/Boston 2015, 297–321.
- Pistohlkors, Gert von: Grußwort an Aleksander Loit. In: Time of Change in the Baltic Countries. Essays in Honour of Alexander Loit. Stockholm 2000, 185–190.
- Pistohlkors, Gert von: Sechzig Jahre Baltische Historikertreffen in Göttingen. Rückblick und Bericht des scheidenden Ersten Vorsitzenden der Baltischen Historischen Kommission e. V. (BHK) vom 2. Juni 2007. In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums LV (2007), 33–52.
- Plassmann, Max / Süßmuth, Hans: Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Von der Gründung bis zur Exzellenz. Düsseldorf 2015.

- Porada, Haik Thomas (Hg.): Beiträge zur Geschichte Vorpommerns. Die Demminer Kolloquien 1985–1994. Schwerin 1997.
- Porada, Haik Thomas: Der Historische Atlas von Pommern. Zum Einfluß historisch-geographischer Ansätze auf die pommersche Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert. In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 221–241.
- Prinz, Reinhard: Die Schöpfung der Gísla Saga Súrssonar. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Isländischen Saga. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 24). Breslau 1935.
- Pusch, Thomas: Das IZRG – ein Opfer der eigenen Strukturen. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (1999), H. 36, 84–89.
- Raeff, Marc: Hermann Aubin und die zeitgenössische Historiographie. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 48 (1993), 159–166.
- Raeff, Marc: Some Observations on the Work of Hermann Aubin (1885–1969). In: Lehmann, Hartmut (Hg.): Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s. Cambridge 1994, 239–249.
- Rantzau, Johann Albrecht von: Europäische Quellen zur schleswig-holsteinischen Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. 1: Akten aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv 1818–1852. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 23). Breslau 1934.
- Rathkolb, Oliver: Die späte Wahrheitssuche. Historikerkommissionen in Europa. In: Historische Anthropologie 8 (2000), 445–453.
- Rauch, Georg von: Die deutschbaltische Geschichtsschreibung nach 1945. In: Ders. (Hg.): Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung. Köln/Wien 1986, 399–435.
- Reeken von, Dietmar: „... gebildet zur Pflege der landesgeschichtlichen Forschung“. 100 Jahre Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen 1910–2010. Hannover 2010.
- Regionalgeschichte.net: <http://www.gesamtverein.de/startseite.html> (18.12.2022).
- Rhode, Gotthold: Die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen 1950–1955. In: Zeitschrift für Ostforschung 4 (1955) H. 4, 557–565.
- Ribbe, Wolfgang (Hg.): Die Historische Kommission zu Berlin. Forschungen und Publikationen zur Geschichte von Berlin-Brandenburg und Brandenburg-Preußen. Berlin 2000.
- Riemer, Jacob: 67. Baltisches Historikertreffen in Göttingen vom 14.–15. Juni 2014. In: Baltische Briefe 67 (2014), 16 f.
- Rister, Herbert: Schrifttum über Polen 1943–1950 mit besonderer Berücksichtigung des Posener Landes (Auswahl). Marburg/Lahn 1953.
- Ritscher, Alfred / Brüggemann, Karsten: 60. Baltisches Historikertreffen vom 2. bis 3. Juni 2007 in Göttingen. In: Baltische Briefe 60 (2007), 17–19.
- Rogall, Joachim u. a. (Hg.): Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen. Berlin 1996.
- Rörig, Fritz: Das Einkaufsbüchlein der Nürnberg-Lübecker Mulich's auf der Frankfurter Fastenmesse des Jahres 1495. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 20). Breslau 1931.
- Rörig, Fritz: Hansische Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 9). Breslau 1928.
- Rörig, Fritz: Tätigkeitsbericht der Baltischen Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 4 (1928), 34–35.
- Rosen, Hans von (Bearb.): Die Verschleppung der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939. Eine Dokumentation. Berlin 1990.
- Roth, Karl Heinz: Heydrichs Professor. Historiographie des „Volkstums“ und der Massenvernichtungen: Der Fall Hans Joachim Beyer. In: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Hrsg. v. Peter Schöttler. Frankfurt a. M. 1997, 262–342.

- Rummel, Walter: Landes- und Regionalgeschichte – Komplementärdisziplinen im gesellschaftlichen Umfeld. In: Hirbodian, Sigrid / Jörg, Christian / Klapp, Sabine (Hg.): Methoden und Wege der Landesgeschichte. Ostfildern 2015, 29–40.
- Rutz, Andreas: Deutsche Landesgeschichte europäisch. Grenzen – Herausforderungen – Chancen. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 79 (2015), 1–19.
- Rutz, Werner: Mitteldeutschland in den Konzepten zur Neugliederung der Bundesrepublik nach 1990. In: Jürgen, John (Hg.): „Mitteldeutschland“ Begriff-Geschichte-Konstrukt. Rudolstadt/Jena 2001, 449–467.
- Sächsische Akademie der Wissenschaft zu Leipzig, unter: <https://www.saw-leipzig.de/de/ueber-die-akademie/kommissionen/historische-kommission> (18.11.2021).
- Saria, Balduin: Zehn Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. In: Südostdeutsches Archiv IX (1966), 1–8.
- Satzungen der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. In: Jäh-nig, Bernhart (Hg.): 75 Jahre Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Forschungsüberblick und Forschungswünsche. (Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung). Lüneburg 1999, 21–33.
- Schaab, Meinrad (Hg.): Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit der Landesgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1995.
- Schaab, Meinrad: Der Beitrag der historischen Kommissionen zur geschichtlichen Landesforschung. In: Aufgabe und Bedeutung historischer Vereine in unserer Zeit. Vorträge eines Symposiums zum 150jährigen Bestehen des Vereins für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben am 4. Mai 1991. Hrsg. v. Hans Eugen Specker. Ulm 1992, 49–70.
- Schaab, Meinrad: Die südwestdeutsche Landesgeschichte seit 1918 im Spannungsfeld zwischen staatlicher Förderung, Zeitströmungen und wissenschaftlicher Unabhängigkeit. In: Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit der Landesgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1995, 1–127.
- Scheel, Otto: Bismarcks Wille zu Deutschland in den Friedensschlüssen 1866 (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 22). Breslau 1934.
- Scheel, Otto: Tätigkeitsbericht der Baltischen Kommission für das Jahr 1931. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 7 (1931), 16 f.
- Scheel, Otto: Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden der Baltischen Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 1 (1925), 95–97.
- Scheel, Otto: Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden der Baltischen Kommission. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 2 (1926), 166–168.
- Schellakowsky, Johannes / Schmilewski, Ulrich (Hg.): 150 Jahre Verein für Geschichte Schlesiens. Würzburg 1996.
- Scheutz, Martin: „Turba ist ein ganz gemeiner Kerl“. Rezensionen als Ehrdiskurs am Beispiel der MIÖG (1918–1938). In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 121 (2013), 63–86.
- Schifferer, Anton / Wolters, Friedrich / Petersen, Carl: Jahresbericht der Universitäts-Gesellschaft 1925. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 1 (1925), 80–94.
- Schindling, Anton: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. In: *Revue d'Alsace* 133 (2007), 149–165, unter: <http://alsace.revues.org/1469> (03.04.2022).
- Schleinert, Dirk: Die Gründung der Historischen Kommission für Pommern und die Jahre bis 1945. In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 131–155.

- Schlenger, Herbert: Die Historische Kommission für Schlesien im Jahrzehnt 1954–1964. In: Zeitschrift für Ostforschung 14 (1965), 485–493.
- Schlenger, Herbert: Die Historische Kommission für Schlesien. In: Zeitschrift für Ostforschung 2 (1953), 585–592.
- Schlögel, Karl: Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. München u. a. 2003.
- Schmidt, Heinrich: Heimat und Geschichte. Zum Verhältnis von Heimatbewußtsein und Geschichtsforschung. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 39 (1967), 1–44.
- Schmidt, Roderich: Achtzig Jahre Historische Kommission für Pommern 1910–1990. Verzeichnis ihrer Veröffentlichungen. Ebsdorfergrund 1990.
- Schmidt, Roderich: Pommersche Landesgeschichte und die Historische Kommission für Pommern. In: Ders. (Hg.): Das historische Pommern: Personen, Orte, Ereignisse. Köln/Weimar/Wien 2007, 677–697.
- Schmiewski, Ulrich: Entwicklung und Tätigkeit der Stiftung Kulturwerk Schlesien seit 1952. In: Ders. / Schellakowsky, Johannes (Hg.): Integration und Erbe. Zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beitrag der Vertriebenen in Deutschland und Bayern. Würzburg 2005, 69–89.
- Schmiewski, Ulrich: Schlesienforschung an der Universität Würzburg etabliert. In: Schlesischer Kulturspiegel 21/1 (1986), 1 f.
- Schnell, Jenny: Die dänische Kirchenordnung von 1542 und der Einfluss von Wittenberg. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 3). Breslau 1927.
- Schnettger, Matthias (Hg.): Gedenkfeier zum 100. Geburtstag Ludwig Petrys (1908–1991). Mainz 2008.
- Schöbel, Thomas: Albert Brackmann und die Publikationsstelle Berlin-Dahlem. In: Hoffmann, Jessica u. a. (Hg.): Dahlemer Erinnerungsorte. Mit einem Nachwort von Wolfgang Wippermann. Berlin 2007, 229–243.
- Schoebel, Martin: Historische Kommission für Pommern e. V. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 149 (2013), 505–515.
- Schorn-Schütte Luise: Territorialgeschichte – Provinzialgeschichte – Landesgeschichte – Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung. In: Jäger, Helmut / Petri, Franz / Quirin, Heinz (Hg.): Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift Heinz Stoob zum 65. Geburtstag. Bd. 1. Köln/Wien 1984, 390–416.
- Schorn-Schütte, Luise: Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik. Göttingen 1984.
- Schöttler, Peter: Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die „unüberhörbare Stimme des Blutes“. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto Herhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 2000, 89–113.
- Schröder, Christiane u. a. (Hg.): Geschichte, um zu verstehen. Traditionen, Wahrnehmungsmuster, Gestaltungsperspektiven. Bielefeld 2013.
- Schroeder, Felix von: Zwanzig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. In: Südostdeutsches Archiv 19/20 (1976/77), 5–8.
- Schubert, Ernst: Zum Tode von Helmut Beumann. In: Sachsen und Anhalt, 20 (1997), 467–470.
- Schulte, Aloys (Hg.): Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein. Düsseldorf 2. Auflage 1925.
- Schutte, Christoph: Die Königliche Akademie in Posen (1903–1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zu „Hebung des Deutschtums“. Marburg 2008, 28–31.

- Seewann, Gerhard: Das Südost-Institut 1930–1960. In: Beer, Mathias / Seewann, Gerhard (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches (1920–1960). Institutionen – Inhalte – Personen. München 2004, 49–92.
- Seewann, Gerhard: Das Ungarndeutschtum 1918–1988. In: Ders.: Ungarndeutsche und Ethnopolitik. A magyarországi németek és az etnopolitika. Budapest 2000, 107–128.
- Seewann, Gerhard: Die deutsche Südostforschung und die Tschechoslowakei. In: Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert: Wissenschaftstraditionen – Institute – Diskurse. Hrsg. v. Christiane Brenner u. a. München 2006, 137–155.
- Seibt, Ferdinand: Lemberg, Eugen (1903–1976). In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 27 (1979), 152–157.
- Selart, Anti / Thumser, Matthias (Hg.): Livland – eine Region am Ende der Welt? Forschungen zum Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie im späten Mittelalter. Livonia – a Region at the End of the World? Studies on the Relations between Centre and Periphery in the Later Middle Ages. Köln/Weimar/Wien 2017.
- Serrier, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen 1848–1914. Marburg 2005, 140–198.
- Sikora, Mirosław: Fritz Arlt (1912–2004). In: Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 13. Würzburg 2021, 383–396.
- Silagi Michael: Valjavec, Fritz. In: <http://kulturportal-west-ost.eu/biographies/valjavec-fritz-3> (03.04.2022).
- Soltau, Heinrich: Die geographische Verbreitung und Bedeutung des Nebels in Schleswig-Holstein und Dänemark. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel Bd. 5). Breslau 1927.
- Spannenberger, Norbert: Marginalisiert und stigmatisiert. Zum Problem der deutschen Parlamentsvertretung in Ungarn in der Zwischenkriegszeit. In: Conrad, Benjamin / Maner, Hans-Christian / Jan Kusber, Jan (Hg.): Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit. Berlin 2015, 183–208.
- Spannenberger, Norbert: Südost-Forschung im Dienst der SS. Zur Biographie von Fritz Valjavec 1909–1945. In: Südosteuropa Mitteilungen 54/04 (2014), 60–73.
- Spannenberger, Norbert: The Ethnic Policy of the Third Reich toward the *Volksdeutsche* in Central and Eastern Europe. In: Territorial Revisionism and the Allies of Germany in the Second World War. Goals, Expectations, Practices. Ed. by Marina Cattaruzza, Stefan Dyroff and Dieter Langewiesche. New York-Oxford 2013, 56–71.
- Spannenberger, Norbert: Vom Volksdeutschen Nachwuchswissenschaftler zum Protagonisten nationalsozialistischer Südosteuropapolitik. Fritz Valjavec im Spiegel seiner Korrespondenz 1934–1939. In: Beer, Mathias/Seewann, Gerhard (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches (1920–1960). Institutionen – Inhalte – Personen. München 2004, 215–236.
- Speitkamp, Winfried: Forum. Grenzen der Landesgeschichte. Bemerkungen zu neuen Standortbestimmungen. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 51. 2001, 233–256.
- Spiegel-Schmidt, Friedrich: Vor 50 Jahren. Zur Vorgeschichte des Volksbundes. In: Suevia Pannonica 6 (1988), 21–74.
- Spieß, Karl-Heinz: Das Pommersche Urkundenbuch. In: Jörn, Nils / Porada, Haik Thomas (Hg.): Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Köln/Weimar 2018, 203–211.
- Spira, Thomas: German-Hungarian relations and the swabian problem from Károlyi to Gömbös 1919–1936. New York 1977.
- Spretzer, Renate: Harold Steinacker (1875–1965). Ein Leben für „Volk und Geschichte“. In: Hruza, Karel (Hg.): Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich,

- Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftlichen Porträts. Bd. 1. Wien 2008, 191–224.
- Sprungala, Martin: Die Anfänge der landsmannschaftlichen Arbeit in den drei Westzonen und der Sowjetzone bis zur Gründung der LWW. In: *Jahrbuch Wechsel-Warthe* 59 (2013), 55–63.
- Stasiewski, Bernhard: Günther Grundmann – Leben und Werk 1892–1876. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 26 (1977), 1–17.
- Steinbach, Peter: Territorial- oder Regionalgeschichte: Wege der modernen Landesgeschichte. Ein Vergleich der „Blätter für deutsche Landesgeschichte“ und des „Jahrbuchs für Regionalgeschichte“. In: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), 528–540.
- Steinmetz, Max: Die Aufgaben der Regionalgeschichtsforschung in der DDR bei der Ausarbeitung eines nationalen Geschichtsbildes. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 9 (1961), H. 8, 1735–1773.
- Steyer, Stefan: Treue Bewahrung, tapfere Bewährung. In: *Suevia Pannonica* 6 (1988), 3–21.
- Störtkuhl, Beate: Paradigmen und Methoden der kunstgeschichtlichen „Ostforschung“ – der „Fall“ Dagobert Frey. In: Born, Robert / Janatková, Alena / Labuda, Adam S. (Hg.): *Die Kunsthistoriographien in Ostmitteleuropa und der nationale Diskurs*. Berlin 2004, 155–172.
- Szukała, Maciej: Pruskie archiwa państwowe a niemieckie badania wschodnie (deutsche Ostforschung) w okresie międzywojennym XX wieku (1918–1939). *Między nauką a politycznym zaangażowaniem*. Warszawa 2011, 187–190.
- Taube, A. Baron: Vom Sinn der Beschäftigung mit baltischer Geschichte in heutiger Zeit. In: *Baltische Briefe* 8/9 (1952), 8.
- Tedsen, Julius: Plan zu einem großen nordfriesischen Wörterbuch. In: *Nordfriesische Rundschau vom 11.11.1927*.
- Theil, Bernhard: Zwischen Hochschule und Geschichtsverein. Die Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte (ZWLKG) in den letzten fünfzig Jahren. In: *Revue d'Alsace* 133 (2007), 245–258. Unter: <http://alsace.revues.org/1473> (16.12.2022).
- Theodor, Kraus u. a. (Hg.): *Atlas östliches Mitteleuropa*. Bielefeld u. a. 1959.
- Thiel, Jens: Gab es eine „nationalsozialistische“ Akademikergeneration? Hochschullehrerlaufbahnen und generationelle Prägungen in Deutschland und Österreich 1933/38 bis 1945. In: *Zeitgeschichte* 35 (2008), 230–256.
- Thumser, Matthias: Historische Kommissionen – ihre Wurzeln, ihre Situation heute und die Zukunft der Baltischen Historischen Kommission. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 153 (2017), 369–385.
- Tilkovszky, Loránt: Budapesters Arbeitsgemeinschaft für die Revision der Friedensverträge (1925–1933). In: *Etudes historiques hongroises* (1985), 515–540.
- Tönnies, Ferdinand: *Der Selbstmord in Schleswig-Holstein. Eine statistisch-soziologische Studie*. (Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel 7). Breslau 1927.
- Treszl, Anton: *Wer ist wer? Erstes ungarndeutsches Biographielexikon*. Grünstadt 1993.
- Trüper, Henning: *Die Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und ihr Herausgeber Hermann Aubin*. Wiesbaden 2005.
- Tuchtenhagen, Ralf: 65. Baltisches Historikertreffen vom 1. bis 3. Juni 2012 in Göttingen. In: *Baltische Briefe* 65 (2012), 14–16.
- Tullner, Mathias: 20 Jahre Otto-von-Guericke-Gesellschaft Magdeburg. In: *Monumenta Guericiana* 22 (2012), 12–23.
- Tullner, Mathias: *Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, 1. Aufl.*, Magdeburg 1993.
- Tullner, Mathias: *Sachsen-Anhalt die Entstehung eines Bundeslandes. Von der Weimarer Republik bis zur Landesverfassung von 1992*, Halle/Saale 2015.

- Unger, Corinna R.: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1945–1975. Stuttgart 2007.
- Unterstell, Rembert: Klio in Pommern. Die Geschichte der pommerschen Historiographie 1815 bis 1945. Köln/Weimar/Wien 1996.
- Valjavec Fritz: Der Josephinismus. Zur geistigen Entwicklung Österreichs im 18. u. 19. Jahrhundert. München 1945.
- Valjavec Fritz: Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815. München 1978.
- Valjavec Fritz: Geschichte der abendländischen Aufklärung. Wien/München 1961.
- Valjavec Fritz: Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa. Bd. 1–5. München 1953–1970.
- Valjavec, Fritz: Fritz Machatschek zum Gedenken. In: Südost-Forschungen 18 (1959), 1–5.
- Valjavec, Fritz: Karl Gottlieb von Windisch. Das Lebensbild eines südostdeutschen Bürgers der Aufklärungszeit. München 1936.
- Valjavec, Fritz: Wege und Wandlungen deutscher Südostforschung. In: Südostdeutsche Forschungen I (1936), 1–14.
- Verein für Geschichte Schlesiens: Bericht über die Vereinstätigkeit 1921 und 1922. In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 57 (1923), 134 f.
- Vogel, Wulf: Grundzüge der Kunstgeschichte Sachsen-Anhalts im Mittelalter. In: Biegel, Gerd (Hg.), Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte – Renaissance eines Kulturraums. Braunschweig 1993, 76–79.
- Völkel, Markus: Geschichtsschreibung. Eine Einführung in globaler Perspektive. Stuttgart 2006.
- Volkert, Wilhelm: Die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften. In: Ders. / Ziegler, Walter (Hg.): Im Dienst der bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte, 50 Jahre Institut für Bayerische Geschichte (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 111). München 1999, 21–103.
- Volkman, Hans-Erich: Historiker im Banne der Vergangenheit. Volksgeschichte und Kulturbodenforschung zwischen Versailles und Kaltem Krieg. Versuch eines thematischen Aufrisses. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), 5–12.
- Volkman, Hans-Erich: Hermann Aubin. In: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Bd. 1: Biographien. Berlin/Boston 2., erw. Aufl. 2017, 58–62.
- Volkman, Hans-Erich: Historiker aus politischer Leidenschaft. Hermann Aubin als Volksgeschichts-, Kulturboden- und Ostforscher. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 49 (2001), 32–49.
- Walker, Alastair: Hans Kuhn, das Nordische Institut und die Anfänge der Nordfriesischen Wörterbuchstelle. In: Krüger, Jana u. a. (Hg.): Die Faszination des Verborgenen und seine Entschlüsselung: Rǎði sār kunni. Beiträge zur Runologie, skandinavistischen Mediävistik und germanischen Sprachwissenschaft. Berlin 2017, 347–362.
- Wandruszka, Adam: Felix von Schroeder zur Vollendung des siebenzigsten Lebensjahres (mit Schriftenverzeichnis). In: Südostdeutsches Archiv 24/25 (1981/82), 181–184.
- Waschinski, Emil: Das kirchliche Bildungswesen in Ermland, Westpreußen und Posen. 2 Bde. Breslau 1928.
- Weber, Matthias / Rabe, Carsten (Hg.): Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag. Würzburg 1998.
- Weber, Matthias: Die Geschichte Schlesiens (1938–1999). Ein disziplinen- und epochenübergreifendes Projekt. In: Bahlcke, Joachim / Gehrke, Roland / Schmilewski, Ulrich (Hg.): Landes-

- geschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Historische Kommission für Schlesien (1921–2021). Bd. 1. Leipzig 2021, 309–344.
- Weber, Matthias: Historische Kommissionen. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32691 (Stand 03.05.2021).
- Weber, Matthias: Über die Notwendigkeit einer Standortbestimmung der historischen Schlesienforschung in Deutschland. In: Conrads, Norbert / Weber, Matthias / Rabe, Carsten (Hg.): Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag. Würzburg 1998, 13–26.
- Weczerka, Hugo: Felix von Schroeder †. In: Südostdeutsches Archiv 46/47 (2003/2004), 147–149.
- Weczerka, Hugo: Felix von Schroeder 75 Jahre (mit Schriftenverzeichnis für die Jahre 1982–1988). In: Südostdeutsches Archiv 30/31 (1987/88), 196 f.
- Weczerka, Hugo: Johann Gottfried Herder-Forschungsrat. In: Oberländer, Erwin (Hg.): Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990. Wiesbaden 1992, 256–275.
- Weger, Tobias: Das Collegium Carolinum in München und einer seiner Vorläufer. Die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg. In: Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert. Expertise und „Neuordnung“ Europas. Hrsg. v. Michael Fahlbusch, Ingo Haar. Paderborn 2010, 363–377.
- Wein, Franziska: Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930. Essen 1992.
- Weisbrod, Bernd: Generation und Generationaität in der Neueren Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 16.02.2005. URL: <https://www.bpb.de/apuz/29215/generation-und-generationaitaet-in-der-neueren-geschichte?p=all> (13.02.2022).
- Weiss, Hellmuth: Der Historikerkreis und die Baltische Historische Kommission. In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 1 (1954), 50 f.
- Weiss, Hellmuth: Die historischen Gesellschaften. In: Rauch, Georg von (Hg.): Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung. Köln/Wien 1986, 121–139.
- Weiss, Lothar: Karl Jarres. In: Internetportal Rheinische Geschichte, unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/karl-jarres-/DE-2086/lido/578e1c9cd65737.665137-34> (16.11.2022).
- Weisser, Ansgar (Hg.): Staat und Selbstverwaltung. Quellen zur Entstehung der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbandsordnung von 1953. Paderborn u. a. 2003.
- Wenisch, Rudolf: Aus dem Wortschatz der Nürnberger Ratsbriefbücher des 15. und 16. Jahrhunderts. Eine Anregung zur systematischen Sammlung und kritischen Beleuchtung der älteren Nürnberger Amtssprache. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 46 (1955), 140–161.
- Wenisch, Rudolf: Nürnbergs Bedeutung als Oberhof im Spiegel seiner Ratsverlässe. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 51 (1962), 443–466.
- Werner, Matthias: Zwischen politischer Begrenzung und methodischer Offenheit. Wege und Stationen deutscher Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert. In: Moraw, Peter / Schieffer, Rudolf (Hg.): Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert. Ostfildern 2005, 251–364.
- Wezel, Katja: Geschichte als Politikum Lettland und die Aufarbeitung nach der Diktatur. Berlin 2016.
- Wiess, Peter Ulrich: Karl Gustav Bruchmann (1902–1967). In: Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesische Lebensbilder, Bd. 12. Würzburg 2017, 399–413.

- Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat (vom 14. November 1980). In: Wissenschaftsrat. Stellungnahmen zu geisteswissenschaftlichen Forschungsrichtungen außerhalb der Hochschule. Bonn 1981, 87–104.
- Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zur Historischen Kommission zu Berlin und zum Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat in Marburg. Berlin 1992, 65, 70–71.
- Wittram, Reinhard: Die Baltische Historische Kommission. In: Zeitschrift für Ostforschung 3 (1954), 250–253.
- Wittram, Reinhard: Geschichtswissenschaft und geschichtliche Wahrheit. In: Baltische Briefe 8/9 (1952), 7.
- Wittram, Reinhard: Die Baltische Historische Kommission. In: Zeitschrift für Ostforschung 3 (1954), 250–253.
- Wojtynowski, Katja: Das Fach Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz 1946–1961. Gründung und Ausbau des Historischen Seminars, des Instituts für Alte Geschichte und der Abteilung Osteuropäische Geschichte am Institut für Osteuropakunde. Stuttgart 2006.
- Wolf, Ursula: Litteris et Patriae. Das Janusgesicht der Historie. Stuttgart 1996.
- Wolff, Fritz: Art. Papritz, Johannes. In: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), 56 f.
- Wolgast, Eike: Mittlere und Neuere Geschichte. In: Eckart, Wolfgang / Sellin, Volker / Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus. Heidelberg 2006, 491–516.
- Wolnik, Gordon: Mittelalter und NS-Propaganda. Mittelalterbilder in den Print-, Ton- und Bildmedien des Dritten Reiches. Münster 2004.
- Wörster, Peter: „Dieser stille und emsige Breslauer Forscher“. Theodor Goerlitz (1885–1949). Baustein zu einer künftigen historischen Biographie. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 56 (2007), 237–250.
- Wrede, Günther: Zur historischen Raumforschung in Nordwestdeutschland. In: Historische Zeitschrift 153 (1936), 306–317.
- Zach, Krista: Friedrich Valjavec nach seinen privaten tagebuchartigen Aufzeichnungen (1934–1946). In: Beer, Mathias / Seewann, Gerhard (Hg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches (1920–1960). Institutionen – Inhalte – Personen. München 2004, 257–274.
- Zernack, Klaus: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977.
- Zimmermann, Harald: Der Verein für siebenbürgische Landeskunde. In: Epoche der Entscheidungen. Die Siebenbürger Sachsen im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Oskar Schuster. Köln/Wien 1983, 231–247.

Verzeichnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Matthias Barelkowski, M. A.
Freiberuflicher Historiker, Berlin
m.barelkowski@gmx.de

Mathias Beer, Dr. habil.
Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen
mathias.beer@uni-tuebingen.de

Eike Eckert, Dr.
Wissenschaftlicher Kurator am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg
e.eckert@ol-lg.de

David Feest, PD. Dr.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut an der Universität Hamburg
d.feest@ikgn.de

Roland Gehrke, apl. Professor Dr.
Historisches Institut der Universität Stuttgart
roland.gehrke@hi.uni-stuttgart.de

Martin Göllnitz, Dr.
Philipps-Universität Marburg
mgoellnitz@uni-marburg.de

Carl-Hans Hauptmeyer, Prof. em. Dr.
Historisches Seminar der Leibniz Universität Hannover
hauptmeyer@hist.uni-hannover.de

Lioba Keller-Drescher, Prof. Dr.
Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Universität Münster
l.keller-drescher@uni-muenster.de

Wolfgang Kessler, Dr.
Direktor a. D. der Martin-Opitz-Bibliothek, Herne

Max Plassmann, Dr.
Historisches Archiv der Stadt Köln
max.plassmann@stadt-koeln.de

Norbert Spannenberger, Prof. Dr.
Europäisches Gymnasium Waldenburg
spannenbergernorbert@gmail.com

Matthias Thumser, Univ.-Prof. a. D. Dr.
Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin
matthias.thumser@fu-berlin.de

Matthias Tullner, apl. Prof. em. Dr.
Institut für Gesellschaftswissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
mathias.tullner@ovgu.de

Personenregister

Das Personenregister erschließt nur die Texte, nicht die Fußnoten.

A

Andrae, Friedrich 206
Appelt, Heinrich 207, 213, 218
Arlt, Fritz 210 f.
Arnold, Udo 132, 138
Aubin, Hermann 25, 37, 52, 70, 116, 118, 123, 128 f.,
131 f., 147 f., 199–201, 204–206, 209 f., 218,
220–225, 243

B

Barelkowski, Matthias 14, 241
Basch, Franz 162
Beer, Mathias 141, 159 f., 237, 243 f., 245 f.
Best, Werner 167
Beumann, Helmut 100, 103, 111, 239 f.
Beyer, Hans-Joachim 166 f., 174 f., 178
Beyerhaus, Gisbert 199
Biegel, Gerd 107
Birke, Ernst 221
Blaschke, Karlheinz 99
Bleyer, Georg 178
Bleyer, Jakob 161–164
Boden, Wilhelm 40
Bohnenberger, Karl 70
Bossert, Gustav 59 f.
Brackmann, Albert 204, 209
Brandi, Karl 22
Brandt, Willy 221
Braubach, Max 51
Breyer, Richard 132, 140, 150 f., 156
Brilling, Bernhard 211 f.
Brozović, Ivan 177
Bruchmann, Karl Gustav 199
Brück, Thomas 188

Brüggemann, Karsten 196
Buchholz, Werner 13
Bunge, Georg von 187
Burleigh, Micheal 127, 155–157
Busley, Josef 40, 48

C

Conrads, Norbert 131
Conze, Werner 185 f., 188–191, 242
Curschmann, Fritz 120 f.
Cygański, Mirosław 153

D

Dahlmann, Christoph 91
Dehio, Georg 83
Diestelkamp, Adolf 130
Dipich, Hans 175
Dirnberger, Franz 217
Długoborski, Waclaw 226
Dölker, Helmut 64 f., 69–71, 73
Dülfer, Kurt 186

E

Eckert, Eike 14, 241
Eduard, Prinz von Anhalt 108
Ehlers, Hermann 173
Eichhorn, Eckart von 199
Elmenau, Johannes von 171 f.
Engel, Franz 130
Ennen, Edith 52
Ernst, Fritz 65
Ernst, Victor 65

F

Feest, David 14, 242
 Fischer, Karl August 172, 180
 Fleck, Ludwig 143, 156
 Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich
 174
 Freitag, Werner 110 f.
 Frey, Dagobert 199

G

Gehrke, Roland 14, 243
 Gieseler, Wilhelm 62 f.
 Goerlitz, Theodor 216
 Goessler, Peter 62–67, 70, 74, 239
 Göllnitz, Martin 14, 239
 Gorbachev, Michail 193
 Gothein, Eberhard 61
 Gottas, Friedrich 136, 141 160
 Gradmann, Robert 70 f.
 Gringmuth-Dallmer, Hanns 102
 Grundmann, Günther 209

H

Haase, Hans-Herbert 105
 Hackmann, Jörg 120
 Haering, Hermann 61, 64–66, 74
 Haller, Johannes 83
 Hamm, Franz 171, 175
 Hansen, Joseph 53
 Hartl, Hans 159, 172, 175 f.
 Hartmann, Josef 107
 Hartmann, Julius 59 f.
 Hauptmeyer, Carl-Hans 14, 236, 247 f.
 Heidelberger, Franz 65, 71–73
 Held, Heinrich 160
 Herding, Otto 64, 67
 Herodot von Halikarnassos 17
 Heuss, Theodor 62 f., 66
 Hirsch, Erhard 109
 Hitler, Adolf 191
 Hoffmann, Erich 95
 Holtzmann, Robert 205
 Holtzmann, Walter 51
 Höroldt, Ulrike 111
 Hösch, Edgar 169
 Huter, Franz 180

I

Irgang, Winfried 131, 219, 226

J

Jarres, Karl 45
 Joachim, Hans Karl 171
 Johansen, Paul 190
 John, Herwig 56, 58, 61
 Jordan, Karl 88
 Jungandreas, Wolfgang 223

K

Kaegbein, Paul 188, 197
 Kallen, Gerhard 39, 51
 Karl Friedrich I, Großherzog 56 f., 238
 Kauder, Victor 127
 Keller-Drescher, Lioba 14, 238
 Kessler, Wolfgang 14, 155, 240
 Keyser, Erich 120, 128, 132, 139, 147 f.
 Kleemann, Otto 222
 Klein, Karl Kurt 135, 179 f.
 Klose, Olaf 93
 Koch, Hans 166, 173, 175, 181
 Koeppen, Hans 132
 Kohte, Julius 150
 Kohte, Wolfgang 146 f., 149
 Korzec, Pawel 154
 Kötzschke, Rudolf 68
 Kraft, Waldemar 147
 Kretzschmar, Johannes 85
 Krupicka, Hanns 207
 Kuhn, Walter 127, 132, 149, 221
 Kuske, Bruno 40, 42

L

Lamprecht, Karl 10, 18 f., 52, 118
 Langewiesche, Dieter 57
 Lattermann, Alfred 127, 145 f.
 Laubert, Manfred 132, 150, 152, 155
 Laur, Mati 196
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 17
 Lemberg, Eugen 225
 Lemberg, Hans 141
 Lohse, Hinrich 88
 Löwe, Heinz 51
 Lück, Kurt 127, 145
 Lukaschek, Hans 173

M

Machatschek, Fritz 165
 Mahling, Madlena 187
 Maleczyński, Karol 217
 Mannheim, Karl 195
 Matl, Josef 180
 Maurer, Michael 61
 Mayer, Theodor 135, 180
 Menzel, Josef Joachim 131, 203, 213, 217–219,
 226–228
 Mergenthaler, Christian 61
 Mertelsmann, Olaf 196
 Meyer, Arnold Oskar 86–88
 Miller, Max 55 f., 59, 61, 66–68, 70–72, 74,
 239
 Mish, Carsten 85
 Möllenberg, Walter 98
 Moser, Hans 180
 Mühle, Eduard 138, 201, 208, 222
 Mühlen, Heinz von zur 190
 Müller, Gebhard 69
 Müller, Karl-Alexander von 163, 171, 176
 Müller, Otto Karl 65 f.
 Müller-Bahlke, Thomas 111
 Müller-Guttenbrunn, Adam 173 f.

N

Naager, Wolfgang 174
 Nasarski, Peter 153
 Nehring, Karl 180
 Neitmann, Klaus 187
 Neubach, Helmut 137, 219
 Nipperdey, Thomas 10
 Nirrnheim, Hans 85
 Nokk, Wilhelm 57 f.

O

Oberkrome, Willi 10
 Oberländer, Theodor 172 f., 175 f.
 Oster, Hans 171

P

Panzram, Bernhard 218, 226
 Papritz, Johannes 128, 209
 Pauls, Volquart 84 f., 87–93
 Perti, Franz 52
 Petersohn, Jürgen 115, 130

Petry, Ludwig 116, 131, 137, 202, 205, 207 f., 210 f.,
 213 f., 216–218, 221–223, 226 f., 230, 245
 Pferschy, Annelies 217
 Pirchenegger, Harald 180
 Pistohlkors, Gert von 184, 187, 192, 195, 197, 242
 Plassmann, Max 14, 238
 Plath, Ulrike 196
 Pollmann, Klaus Erich 109
 Preiß, Manfred 101
 Prümers, Rodgero 144
 Puhle, Matthias 107, 109

R

Randt, Erich 200
 Ranft, Andreas 111
 Ranke, Leopold von 22
 Rantzau, Johann Albrecht von 86
 Ratzel, Friedrich 18
 Regio von Prüm 51
 Rhode, Gotthold 126, 132, 137, 140, 146–151, 154–
 157, 226, 241
 Riek, Gustav 62 f.
 Rister, Herbert 131, 215
 Ronneberger, Franz 165, 171
 Rörig, Fritz 84 f.
 Rupieper, Hermann Josef 111

S

Sames, Arno 103
 Santifaller, Leo 207
 Saria, Balduin 179 f.
 Schaab, Meinrad 56, 61, 72, 74, 115
 Scheel, Otto 77–79, 83 f., 85–88, 90, 93, 239
 Schellenberg, Walter 167
 Schenkel, Gotthilf 71
 Schieder, Theodor 221 f.
 Schiff, Meyer Isaac 91
 Schifferer, Anton 84
 Schindling, Anton 56
 Schleinerts, Dirk 124
 Schlenger, Herbert 131, 201, 205, 207, 210–213,
 215, 217–222, 224–226, 230, 242
 Schlesinger, Walter 98, 225, 243
 Schmidt, Helmut 228
 Schmidt, Roderich 100, 103, 115, 130, 239 f.
 Schoebel, Martin 125, 130
 Schorn-Schütte, Luise 10, 121

- Schrader, Franz 102 f., 107
 Schroeder, Arnulf 207
 Schroeder, Felix von 139
 Schubert, Ernst 100, 103, 107, 135, 239
 Schulte, Aloys 51
 Schulze, Winfried 10
 Schünemann, Konrad 162
 Schwantes, Gustav 93
 Seewann, Gerhard 159, 180
 Seibt, Ferdinand 137, 141
 Seppelt, Franz Xaver 199, 205 f.
 Siebrecht, Adolf 107
 Silagi, Denis 175
 Simpfendörfer, Wilhelm 55, 69
 Six, Franz 166 f.
 Sommerfeldt, Josef 152, 156
 Spannenberger, Nobert 14, 241
 Speitkamp, Winfried 11
 Spuler, Bertold 207
 Stadtmüller, Georg 166, 181 f.
 Stain, Walter 176 f.
 Stalin, Josef 191
 Stein, Heinrich Friedrich, Freiherr vom 18, 235
 Steinacker, Edmund 174
 Steinacker, Harold 135, 167, 172 f., 179 f., 242
 Steinbach, Franz 51
 Stenzel, Karl 72
 Stribrny, Wolfgang 228
 Swart, Friedrich 123, 132, 147–149
 Sybel, Heinrich von 58
 Szekfü, Gyula 180
- T**
 Taube, Arved von 185 f., 191, 242
 Tedsen, Julius 83
 Tellenbach, Gerd 55
- Thukydides 17
 Thumser, Matthias 14, 187
 Trischler, Josef 173
 Tullner, Mathias 14, 239 f.
- U**
 Uhlirz, Mathilda 180
- V**
 Valjavec, Fritz 134, 160–182, 241 f.
 Vasmer, Max 208
 Völker, Eberhard 228
- W**
 Wächter, Fritz 107
 Waitz, Georg 91
 Wandruszka, Adam 135
 Warschauer, Adolf 144
 Weczerka, Hugo 226
 Weech, Friedrich von 58
 Weifert, Ladislaus 180
 Weiß, Hellmuth 188
 Wenisch, Rudolf 215
 Werhahn, Peter 45
 Wirpza, Witold 154
 Wistinghausen, Henning von 194
 Witte, Johann 188
 Wittram, Reinhard 140, 185–188, 191, 198, 242
 Wüst, Erwald 79
 Wutke, Konrad 205
- Z**
 Zahn, Friedrich von 171, 173, 182
 Zernack, Klaus 140, 155, 157
 Zöllner, Walter 103, 105

Ortsregister

Das Ortsregister erschließt nur die Texte, nicht die Fußnoten.

A

Aachen 41, 45

B

Baden 55–60, 62 f., 65, 67 f., 72, 74, 238 f.

Baden-Durchlach 57

Baden-Württemberg 55 f., 63, 68 f., 72 f., 238

Bayern 12, 21 f., 42, 159, 170, 237

Belgien 37, 39

Bergisch-Gladbach 50

Berlin 23 f., 86, 146 f., 167 f., 200, 205, 224,
246

Berlin-Dahlem 128, 146 f., 200, 205

Böhmen 125–127, 134, 168

Bonn 10, 41 f., 57, 70, 101, 171 f., 176, 178 f.,
180 f.

Brandenburg 23 f., 119, 141

Bremen 22, 26

Breslau, vgl. Wrocław 121, 123 f., 131, 146, 204 f.,
207, 216, 220, 226

Budapest 161, 164

Bundesrepublik Deutschland 69, 76, 95, 98–
100, 102 f., 116, 118, 129, 131, 137, 139 f., 152, 161,
170 f., 180 f., 184, 199, 239, 244

C

Coburg 209

D

Dänemark 91

Danzig, vgl. Gdańsk 119 f., 126

Darmstadt 23, 205

Deutsche Demokratische Republik 12, 24, 27,
98–105, 107 f., 110, 156, 226, 239

Dorpat, vgl. Tartu 193

Duisburg 42

Düsseldorf 41 f.

E

Ermland 119

Estland 83, 117, 126, 140, 191, 193

F

Flensburg 95

Frankreich 18, 37

Freiburg 58, 64, 68

G

Galizien 148, 154, 241

Gdańsk, vgl. Danzig 119 f., 126

Gießen 205, 208

Göttingen 25, 129, 133, 183, 185, 193 f., 207

Graz 180, 217

Greifswald 13

H

Halberstadt 107

Halle 99, 101, 105–107, 110 f., 205

Hamburg 26, 76, 85, 132, 200, 238

Harz 22, 103

Heidelberg 57–59, 68, 129

Hessen 23, 41, 237

Holstein 91

I

Indien 153

Innsbruck 10, 179 f.

Insterburg 119

J

Jugoslawien 126 f.

K

Kairo 204

Kaliningrad, vgl. Königsberg 130

Karlsruhe 62, 68, 71 f.

Katowice, vgl. Kattowitz 120, 126

Kattowitz, vgl. Katowice 120, 126

Kesmark, vgl. Kežmarok, 126

Kežmarok, vgl. Kesmark 126

Kiel 77, 82, 93, 224, 239

Kleve 36, 238

Koblenz 41 f., 50, 193

Köln 35 f., 41 f., 45, 47–51

Königsberg, vgl. Kaliningrad 25, 121, 124,
126

Kopenhagen 86

Kurland 83

L

Lauenburg 91, 93 f.

Leipzig 18, 99, 166

Lettland 117, 126, 140, 191, 193

Liberec, vgl. Reichenberg 134

Litauen 121, 126, 140, 153, 194, 243

Livland 83, 190

Lodz 148, 153

London 86

Lothringen 37

Lübeck 85, 93

Luxemburg 37, 39

M

Magdeburg 99, 101–103, 105–107, 111

Mainz 41, 43, 137, 213, 219, 223

Marburg 23, 25, 98, 100, 128, 131 f., 147 f., 154, 200,
210, 213, 250 f., 244

Mären-Schlesien 127

Mark Brandenburg 119

Mecklenburg 24 f., 130, 237

Moskau 86

München 25, 58, 86, 128, 134, 127, 159, 160, 162,
164, 166–171, 173, 175 f., 177 f., 180 f., 200

Münster 10, 111, 211

N

Nassau 23

Niederlande 39

Niedersachsen 18, 21 f., 26

Nordrhein 40–42, 48–51

Nordrhein-Westfalen 12, 21, 27, 38, 41 f., 43, 46,
48–52, 237 f.

O

Oberschlesien, vgl. auch Schlesien 121, 148

Ostbrandenburg 148, 241

Österreich 120, 179–181, 199, 206

Ostmark 145, 158

Ostpreußen, vgl. auch Preußen 117, 120 f., 189,
240

P

Paris 37, 86, 121

Polen 14, 117, 120 f. 126–128, 137, 140 f., 144–146, 148–
150, 152–154, 156–158, 213, 221, 226, 240 f. 244

Pommern 12, 25, 115, 117, 120, 122, 124, 129–131,
137, 141, 146, 238, 240, 244

Posen 119, 126, 128, 132 f., 137, 140, 143–146, 148,
151, 154, 156 f., 223, 240 f.

Posen-Westpreußen 148, 241

Prag 126, 134, 168

Preußen, vgl. auch Ost- und Westpreußen 19,
23, 36, 57, 119, 125, 219

R

Reichenberg, vgl. Liberec 126, 134

Reichenbach, Kreis 215

Rheinland 26, 35 f., 39, 42 f., 49–54, 238, 244

Rheinland-Pfalz 26, 38, 42 f., 46, 48 f., 238

Riga 125 f.

Rumänien 126 f., 175, 178

Russland 125, 136, 153, 248

S

Saarbrücken 36, 238

Saarland 24, 41, 43, 238

Sachsen 24, 97, 103 f., 120, 236, 239

Sachsen-Anhalt 14, 24 f., 97–111, 239 f., 246

Schlesien 12, 14, 25, 116 f., 119–123, 125–127, 129,
131, 137, 141, 143, 146, 154, 199, 202, 204 f.,
209 f., 214, 216 f., 219, 221, 223–228, 230 f.,
240, 243

Schleswig 91, 93, 95
Schleswig-Holstein 14, 18, 26, 76–79, 84, 86–
89, 91–96, 238 f.
Sowjetunion 136, 193, 243
Stettin, vgl. Szczecin 130
Stockholm 86
Slowakei 126 f., 135
Straßburg 68
Stuttgart 55, 62, 64 f., 71 f.
Szczecin, vgl. Stettin

T

Tartu, vgl. Dorpat 196
Tel Aviv 211
Trier 41 f.
Tschechien 213
Tschechoslowakei 117, 126 f., 226
Tübingen 13 f., 63–65, 68, 77, 137

U

Ungarn 125–127, 162–164, 166, 177, 179

W

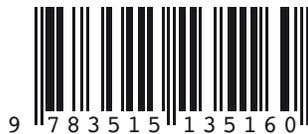
Westfalen 21, 26, 37 f., 42 f., 45, 236
Westfalen-Lippe 21, 26 f., 49
Westpreußen, vgl. auch Preußen 117, 119, 120,
124, 132, 137, 141, 148
Wien 86 f., 161, 168, 217 f.
Wiesbaden 23
Wittenberg 103
Wolhynien 148, 154, 241
Wroclaw, vgl. Breslau 131
Württemberg 59 f., 62 f., 65, 67, 70, 72, 74
Württemberg-Baden 56, 68
Württemberg-Hohenzollern 56, 63
Würzburg 214

13. Márta Fata (Hg.)
Das Ungarnbild der deutschen Historiographie
2004. 335 S., geb.
ISBN 978-3-515-08428-4
14. Hans Gehl
Wörterbuch der donauschwäbischen Lebensformen
(Donauschwäbische Fachwortschätze, Teil 4)
2005. 716 S. mit 38 Abb. und 8 Ktn., geb.
ISBN 978-3-515-08671-4
15. Karl-Peter Krauss (Hg.)
Agrarreformen und ethnodemographische Veränderungen
Südosteuropa vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart
2009. 340 S. mit 20 Abb. und 8 Tab., geb.
ISBN 978-3-515-09263-0
16. Márta Fata (Hg.)
Migration im Gedächtnis
Auswanderung und Ansiedlung im 18. Jahrhundert in der Identitätsbildung der Donauschwaben
2013. 233 S. mit 2 Tab. und 18 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-10329-9
17. Gábor Gonda / Norbert Spannenberger (Hg.)
Minderheitenpolitik im „unsichtbaren Entscheidungszentrum“
Der „Nachlass László Fritz“ und die Deutschen in Ungarn 1934–1945
2014. 317 S., geb.
ISBN 978-3-515-10377-0
18. Mariana Hausleitner
Die Donauschwaben 1868–1948
Ihre Rolle im rumänischen und serbischen Banat
2014. 417 S. mit 3 Ktn., geb.
ISBN 978-3-515-10686-3
19. Karl-Peter Krauss
Normsetzung und Normverletzung
Alltägliche Lebenswelten im Königreich Ungarn vom 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts
2015. 309 S. mit 20 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-10941-3
20. Karl-Peter Krauss
Quellen zu den Lebenswelten deutscher Migranten im Königreich Ungarn im 18. und frühen 19. Jahrhundert
2015. 707 S. mit 28 Abb. und 4 Ktn., geb.
ISBN 978-3-515-10971-0
21. Olivia Spiridon (Hg.)
Textfronten
Perspektiven auf den Ersten Weltkrieg im südöstlichen Europa
2015. 375 S. mit 17 Abb., geb.
ISBN 978-3-515-11194-2
22. Mathias Beer (Hg.)
Krieg und Zwangsmigration in Südosteuropa 1940–1950
Pläne, Umsetzung, Folgen
2019. 305 S., geb.
ISBN 978-3-515-11676-3
23. Daniela Simon
Religion und Gewalt
Ostkroatien und Nordbosnien 1941–1945
2019. 352 S. mit 2 Farb-Abb., geb.
ISBN 978-3-515-11648-0
24. Harald Heppner / Sabine Jesner (Hg.)
Die Personalfrage in neuen Provinzen
Das Banat im regionalen Vergleich
2020. 345 S., geb.
ISBN 978-3-515-12675-5
25. Márta Fata (Hg.)
Melioration und Migration
Wasser und Gesellschaft in Mittel- und Ostmitteleuropa vom 17. bis Mitte des 19. Jahrhunderts
2022. 346 S. mit 49 Farb- und 7 s/w-Abb., geb.
ISBN 978-3-515-13145-2
26. Anton Holzer / Edit Király / Christoph Leitgeb / Olivia Spiridon (Hg.)
Der montierte Fluss
Donaunarrative in Text, Film und Fotografie
2023. 220 S. mit 53 Farb- und 6 s/w-Abb., geb.
ISBN 978-3-515-13458-3

Historische Kommissionen sind neben der universitären Forschung und der Landesgeschichte spezifische Institutionen der Auseinandersetzung mit und der Deutung von Vergangenheit einer räumlichen Entität. Durch die enge Bindung an eine politische Einheit wird ihre Geschichte in hohem Maß durch veränderte Grenzziehungen bestimmt. Das zeigt sich deutlich an der tiefen Zäsur, die das Ende des Zweiten Weltkriegs für die Entwicklung der Historischen Kommissionen markiert. Die meisten westdeutschen Historischen Kommissionen konnten ihre Tätigkeit über 1945 hinaus fortsetzen, also weiter

Landesgeschichte „mit Land“ betreiben. Anders war dagegen die Lage der ostdeutschen Historischen Kommissionen. Bei ihnen ging durch die Grenzverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg der enge Bezug zwischen Forschung und Forschungsgegenstand verloren. Sie betreiben seit ihrer Wiedergründung in der Bundesrepublik Landesgeschichte „ohne Land“. Wie wirkte sich diese zweiseitige Geschichte auf die Zielsetzung, die Arbeit, das Selbstverständnis und die Wirkung der Historischen Kommissionen aus? Mit Antworten auf diese Fragen greift der Band ein Forschungsdesiderat auf.

ISBN 978-3-515-13516-0



www.steiner-verlag.de

Franz Steiner Verlag